

Band 122 | Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein

Die Folgen der Teilung Schleswigs – 1920/ Følgerne af Slesvigs deling – 1920

Herausgegeben von/Udgivet af
Rainer Hering und/og Hans Schultz Hansen

Hamburg University Press

Die Folgen der Teilung Schleswigs – 1920/Følgerne af Slesvigs deling – 1920
Herausgegeben von/Udgivet af Rainer Hering und/og Hans Schultz Hansen

Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein
Band 122

Die Folgen der Teilung Schleswigs - 1920/ Følgerne af Slesvigs deling - 1920

Herausgegeben von/Udgivet af
Rainer Hering und/og Hans Schultz Hansen

Hamburg University Press
Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg
Carl von Ossietzky

Impressum

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://portal.dnb.de abrufbar.



Online-Ausgabe

Die Online-Ausgabe dieses Werkes ist eine Open-Access-Publikation und ist auf den Verlagswebseiten frei verfügbar. Die Deutsche Nationalbibliothek hat die Online-Ausgabe archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek (https://portal.dnb.de) verfügbar.

ISSN (online) 2627-9002

DOI https://doi.org/10.15460/hup.262.2000

Gedruckte Ausgabe

ISSN (print) 1864-9912

ISBN (Deutsche Ausgabe) 978-3-943423-94-5
ISBN (Dänische Ausgabe) 978-3-943423-98-3

Satz Hamburg University Press

Druck und Bindung Books on Demand – Norderstedt

Verlag

Hamburg University Press, Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek
Hamburg Carl von Ossietzky, Hamburg (Deutschland), 2022
https://hup.sub.uni-hamburg.de

Inhalt

Abkürzungen/Forkortelser

CIS	Commission Internationale de Surveillance du Plébiscite Slesvig
DMS	Die dänische Missionsgesellschaft / Det danske Missionsselskab
IM	Innere Mission / Indre Mission
LASH	Landesarchiv Schleswig-Holstein / Landsarkivet for Slesvig-Holsten
LS	Gemeinschaft der Landwirte / Landbrugernes Sammenslutning
NG	Nordschleswigsche Gemeinde / Den nordslesvigske menighed
RAK	Reichsarchiv Kopenhagen / Rigsarkivet København
RAÅ	Reichsarchiv Apenrade / Rigsarkivet Aabenraa
UVM	Bildungsministerium / Undervisningsministeriet

Grußwort

Wir feiern in diesem Jahr gemeinsam hundert Jahre deutsch-dänische Volksabstimmung, wir feiern die friedliche Festlegung der Grenze zwischen Dänemark und Deutschland – wir feiern eine Erfolgsgeschichte. Die deutsch-dänische Grenzregion ist bis heute ein Vorbild für viele Länder dieser Erde.

Weltweit gehören mehr als neunhundert Millionen Menschen in ihrem Heimatland einer Minderheit an. Oft werden sie unterdrückt, diskriminiert, ausgegrenzt und leben im steten Konflikt mit der Mehrheitsbevölkerung.

Bei uns ist das anders. Das beispielhafte Zusammenleben von Deutschen und Dänen im Grenzgebiet überwindet eine Kluft, die anderswo unüberwindlich scheint. Aus dem *Gegen*einander ist über das *Neben*einander inzwischen ein *Mit*einander geworden. Dafür können wir alle, auf beiden Seiten der Grenze, dankbar sein.

„Frieden kann nicht durch Gewalt erhalten werden. Er kann nur durch Verständnis erreicht werden." Dieses Zitat stammt von dem US-amerikanischen Philosophen und Schriftsteller Ralph Waldo Emerson (1803–1882). Gegenseitiges Verständnis in der Gegenwart erfordert auch ein Verständnis der gemeinsamen Geschichte.

Die Archive, in denen historische Quellen gesammelt, erforscht, eingeordnet und vermittelt werden, haben einen großen Einfluss auf unser Geschichtsverständnis. Sie prägen unser Bild von uns und von unseren Nachbarn. Als kollektives, institutionalisiertes Gedächtnis einer Gesellschaft bilden sie das Fundament der Gegenwart.

Archive und Politik sind nicht voneinander zu trennen. Das wird besonders deutlich am Beispiel der langjährigen Auseinandersetzungen um Schleswig-Holstein in der deutsch-dänischen Geschichte. Die unterschiedlichen historischen Interpretationen haben im 19. und 20. Jahrhundert eine große Rolle im deutsch-dänischen Nationalitätenkonflikt gespielt. Die Archive wurden in den nationalen Konflikt sowie in dessen Lösungsversuche unweigerlich mit einbezogen.

Bei der Teilung Schleswigs 1920 mussten auch die gemeinsamen Archivalien aufgeteilt werden. Während Landkreise durch die Grenzziehung zerschnitten werden konnten, war das mit den Archivalien aus den ehemaligen Herzogtümern Schleswig und Holstein nicht möglich. Es war äußerst schwierig, archivfachliche, nationale und wissenschaftliche Interessen zu vereinen. So vergingen viele Jahre intensiver Verhandlungen, bis man zu einem tragfähigen Ergebnis gelangte und am 15. November 1933 das deutsch-dänische Archivabkommen unterzeichnen konnte.

Dieses Abkommen hat sich in den vergangenen mehr als acht Jahrzehnten als dauerhafte Lösung bewährt. Zum einen, weil bei der endgültigen Verteilung der Archivalien ganz pragmatisch vorgegangen wurde. Aber auch, weil die deutsch-dänische Zusammenarbeit im Archivwesen bis heute menschlich wie fachlich ausgezeichnet ist.

Die Archivarinnen und Archivare in Dänemark und in Schleswig-Holstein haben sich um die grenzüberschreitende Annäherung verdient gemacht. Sie haben in einer komplexen, ja komplizierten Situation pragmatische Lösungen erarbeitet und Machtgegensätze überwunden.

Sie haben das Fundament der Gegenwart gelegt. Eine Gegenwart, in der wir 100 Jahre deutsch-dänische Freundschaft feiern, in der wir auf eine enge und vertrauensvolle Beziehung unsere beiden Länder bauen können. Aber auch eine Gegenwart, die uns immer wieder vor neue Herausforderungen stellt. Herausforderungen, die keine Grenzen kennen: der Klimawandel, die Flüchtlingskrise, der Populismus und jetzt, im deutsch-dänischen Freundschaftsjahr, das Corona-Virus.

Viele geplante Veranstaltungen mussten wegen des Corona-Virus abgesagt werden. Auch die gemeinsame zweisprachige Tagung des Landesarchivs Schleswig-Holstein und des Rigsarkivet Aabenraa zu den Folgen der Teilung 1920 konnte nicht wie geplant stattfinden. Das bedauere ich sehr. Corona hat unseren Alltag von heute auf morgen grundlegend verändert.

Für mich ist das aber nicht nur eine Herausforderung, es ist auch eine Chance für unsere Gesellschaft. Gemeinsam können wir nun neue Wege gehen. So haben unsere Lehrkräfte das schleswig-holsteinische Schulwesen kurzfristig zur digitalen Spielwiese gemacht, Kulturschaffende wurden in der Not erfinderisch, Museen und Konzerthäuser haben ihre Ausstellungen und Aufführungen ins Internet verlegt. Dänemark ist bei der Digitalisierung – gerade im Bildungssektor – schon lange ein Vorreiter, und wir in Schleswig-Holstein können als enger Partner und Nachbar davon sicher profitieren.

Für unsere gemeinsame Zukunft wünsche ich mir, dass wir uns diesen innovativen Geist auch nach der Corona-Krise erhalten. Das gilt auch und besonders für unsere Archive. Je weniger Zeitzeugen wir haben, desto mehr müssen wir auf die verbesserte Zugänglichkeit historischer Quellen und Zeugnisse achten. Geschichte muss lebendig bleiben, die Auseinandersetzung mit ihr muss auf modernen Wegen möglich sein. Denn auch die jüngere Generation in Dänemark und Deutschland sollte die gemeinsame Geschichte als Teil ihres Lebens begreifen. Für sie sind ein grenzenloses Europa und ein friedliches Miteinander selbstverständlich. Ein Blick in die Archive lehrt uns aber, dass wir für unsere Freiheit und unsere Demokratie jeden Tag aufs Neue kämpfen müssen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir diese Herausforderungen gemeinsam schultern werden, indem wir uns auf die gute deutsch-dänischen Archivtradition besinnen: pragmatische Lösungen und eine menschlich wie fachliche ausgezeichnete Zusammenarbeit. Schleswig-Holstein und Dänemark können dabei einmal mehr eine Vorreiterrolle einnehmen.

Karin Prien
Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein

Forord

I år er vi sammen om at markere 100-året for den dansk-tyske folkeafstemning, og vi fejrer den fredelige grænsedragning mellem Danmark og Tyskland – vi fejrer en succeshistorie, idet den dansk-tyske grænseregion frem til i dag er en rollemodel for mange lande over hele verden.

Globalt set hører mere end 900 millioner mennesker til et mindretal i deres hjemland. Og ofte er det sådan, at de undertrykkes, diskrimineres, marginaliseres og lever i konstant konflikt med flertalsbefolkningen.

Det er anderledes her hos os. Den eksemplariske sameksistens mellem danskere og tyskere i grænseområdet slår bro henover en kløft, som forekommer uovervindelig andre steder. *Mod*sætninger er via en tilværelse *ved siden af hinanden* efterhånden blevet til *sam*eksistens – noget, vi alle kan være taknemmelige for på begge sider af grænsen.

„Fred kan ikke opretholdes gennem vold. Den kan kun opnås gennem forståelse." Dette citat er fra den amerikanske filosof og forfatter Ralph Waldo Emerson. Gensidig forståelse i nutiden kræver også en forståelse for den fælles historie.

Arkiverne, hvor de historiske kilder samles, undersøges, klassificeres og formidles, har en stor indflydelse på vores forståelse af historien. De er med til at præge, hvordan vi opfatter os selv og vore naboer. Som en kollektiv, institutionaliseret hukommelse i samfundet danner de grundlaget for nutiden.

Arkiv og politik kan ikke holdes adskilt fra hinanden. Dette bliver især tydeligt i form af de mangeårige tvister, der har været om Slesvig-Holsten i den dansk-tyske historie. De forskellige historiske fortolkninger har spillet en vigtig rolle i den dansk-tyske nationalitetskonflikt i det 19. og 20. århundrede. Og arkiverne har uundgåeligt været inddraget i denne nationale konflikt og også i forsøgene på at løse den.

Da Slesvig blev delt i 1920, måtte de fælles arkivdokumenter ligeledes opdeles. Mens amter og distrikter kunne skæres igennem i forbindelse med grænsedragningen, var det umuligt med arkivdokumenterne fra de tidligere

hertugdømmer Slesvig og Holsten. Det var yderst vanskeligt at få arkivfaglige, nationale og videnskabelige interesser til at gå op i en højere enhed. Derfor gik der mange år med intensive forhandlinger, indtil man nåede frem til et bæredygtigt resultat med indgåelsen af den dansk-tyske arkivaftale den 15. november 1933.

Denne aftale har vist sig at være en bæredygtig løsning i de seneste mere end otte årtier. For det første, fordi den endelige fordeling af arkivmaterialet foregik på en meget pragmatisk måde. For det andet, fordi det dansk-tyske samarbejde om arkivering den dag i dag stadig er fremragende – både på det personlige og det professionelle plan.

Arkivarerne i Danmark og Slesvig-Holsten har gjort et nyttigt og samfundstjenligt arbejde ved at finde sammen i den grænseoverskridende kontekst. I en knudret og til tider også kompliceret situation har de udviklet pragmatiske løsninger og overvundet magtrelaterede modsætninger.

De har lagt fundamentet for nutiden. En nutid, hvor vi fejrer 100 år med dansk-tysk venskab og hvor vi kan stole og bygge videre på et tæt og tillidsfuldt forhold mellem vore to lande. Men også en nutid, som konstant giver os nye udfordringer. Udfordringer, som ikke kender nogen grænser: Klimaforandringen, flygtningekrisen, populisme og nu – i det dansk-tyske venskabsår – Corona.

Mange planlagte begivenheder har måttet aflyses på grund af Corona-virussen. Det gælder også den fælles tosprogede konference mellem Rigsarkivet i Aabenraa og Landesarchiv Schleswig-Holstein, hvor emnet skulle have været følgerne af delingen i 1920. Den kunne ikke finde sted som planlagt. Det beklager jeg meget. Corona har ændret vores allesammens hverdag grundlæggende fra den ene dag til den anden.

I min optik er dette imidlertid ikke kun en udfordring, men også en chance for vores samfund. Sammen har vi nu mulighed for at prøve nye veje. Således har for eksempel lærerne i Slesvig-Holsten inden for kort tid gjort skolesystemet til en digital legeplads, kulturaktører har gjort en dyd ud af nødvendigheden og udvist megen opfindsomhed, museer og musiksteder har flyttet deres udstillinger og forestillinger over på internettet. Danmark har jo længe været foregangsland inden for digitalisering – især på uddannelsesområdet – og vi i Slesvig-Holsten kan helt sikkert drage fordel af dette som en nær samarbejdspartner og nabo.

For vores fælles fremtid håber jeg, at vi kan bevare denne nyskabende ånd også efter Corona-krisen. Det gælder også og især for vores arkiver. Jo

færre endnu levende vidner vi har, desto mere er vi nødt til at sikre en bedre tilgængelighed til historiske kilder og vidnesbyrd. Historie skal altid være levende, og det skal være muligt at beskæftige sig med den på moderne og tidssvarende måder. For også den yngre generation i Danmark og Tyskland bør have en forståelse for vores fælles historie som en medvirkende del af deres liv. For dem er et Europa uden grænser og med fredelig sameksistens en selvfølge. Et kig ind i arkiverne fortæller os imidlertid, at vores frihed og demokrati er noget, vi skal gøre en indsats for hver eneste dag.

Jeg er overbevist om, at vi sammen vil klare disse udfordringer ved altid at have den gode dansk-tyske arkivtradition in mente: Pragmatiske løsninger og et fremragende personligt og professionelt samarbejde. Også her kan Danmark og Slesvig-Holsten agere som pionerer og gode eksempler til efterlevelse.

Karin Prien
Minister for uddannelse, videnskab og kultur i delstaten Slesvig-Holsten

1920 – ein historisches Ereignis und seine Folgen

Rainer Hering und Hans Schultz Hansen

Artikel 109 des Versailler Friedensvertrages von 1919 war eindeutig: „Die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark wird in Übereinstimmung mit dem Wunsche der Bevölkerung festgesetzt". Dieses Votum über die staatliche Zuordnung Schleswigs, das dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson (1856–1924) entsprach, wurde durch zwei Volksabstimmungen am 10. Februar 1920 und am 14. März 1920 in der betroffenen Region umgesetzt und führte zum bis heute gültigen Grenzverlauf. In der ersten Zone in Nordschleswig wurde en bloc abgestimmt und das Territorium fiel durch die Zustimmung von 75 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung ganz an Dänemark. Deutsche Mehrheiten gab es in Apenrade, Sonderburg, Tingleff und besonders in Tondern, Hoyer und Uberg. In der zweiten Zone, Mittelschleswig mit der Stadt Flensburg, wurde gemeindeweise votiert. Die deutsche Mehrheit lag bei 80 Prozent, in Flensburg bei 75 Prozent. Nur in drei kleinen Gemeinden auf der Insel Föhr konnte eine kleine dänische Majorität erreicht werden. Konsequent wurde am 15. Juni 1920 Nordschleswig mit Dänemark vereinigt, während Mittelschleswig bei Deutschland blieb. Die Internationale Kommission, die während der Abstimmung das Gebiet verwaltet hatte, beendete ihre Arbeit.

Nicht nur im Norden Deutschlands war das Jahr 1920 bewegt, auch im gesamten Deutschen Reich und in Europa waren diese Monate spannungsgeladen. Zur Erinnerung seien nur einige Aspekte genannt: Kurz nach Inkraft-

treten des Friedensvertrages von Versailles am 10. Januar verweigerte die niederländische Regierung die Auslieferung Kaiser Wilhelms II. (1859–1941) an die Alliierten. Anfang Februar wurde das Hultschiner Ländchen gegen den Wunsch der Bevölkerungsmehrheit an die Tschechoslowakei übertragen. Im Juli votierte die Mehrheit in Ostpreußen für den Verbleib beim Deutschen Reich. Innenpolitisch wurde am 20. Februar die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) durch Umbenennung der deutschen Arbeiterpartei (DAP) gegründet. Im März – während der zweiten Volksabstimmung in Schleswig – fand der Kapp-Lüttwitz-Putschversuch statt, der durch einen Generalstreik scheiterte; zugleich begann der kommunistische Ruhraufstand, der Anfang April durch Einsatz der Reichswehr beendet wurde. Im Juni 1920 verlor die Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP ihre Mehrheit.

Auch in Dänemark waren die Monate Januar bis Juni 1920 durch Turbulenzen gekennzeichnet. Der innerdänische Streit um die Festlegung der Grenze – ob sie nördlich oder südlich von Flensburg verlaufen sollte oder gar entlang des Danewerks – spitzte sich nach der Abstimmung in der zweiten Zone zu. Nationalistische Kreise setzten durch, dass König Christian X. sein linksliberales Ministerium Zahle verabschiedete, da dieses sich strikt am Friedensvertrag orientierte. Stattdessen ernannte der König eine geschäftsführende Regierung mit seinem Anwalt Otto Liebe als Ministerpräsident. Daraus entstand eine Verfassungskrise, die sogenannte Ostern-Krise, in der die Arbeiterklasse Kopenhagens die Existenz der Monarchie infrage stellte und mit Generalstreik drohte, und zwar mit demselben Erfolg wie in Deutschland, denn der König musste das Ministerium Liebe fallen lassen und durch das neue geschäftsführende Ministerium Friis ersetzen, das das Vertrauen der politischen Parteien genoss. Das neue Ministerium schrieb Wahlen aus, die eine liberale Regierung Neergaard ans Ruder brachten. Neergaard konnte aber weder eine Grenze südlich von Flensburg noch eine Internationalisierung der zweiten Zone erreichen. Die Grenze wurde nach dem Friedensvertrag und der Abstimmungen festgelegt. Und sie hat jetzt hundert Jahre standgehalten.

Die gemeinsame Geschichte Schleswig-Holsteins und Dänemarks ist von wechselnden Grenzkonfigurationen geprägt. Daher ist es ertragreich, diese Region als Kontaktzone zu verstehen, in der Menschen sich begegnen, miteinander kommunizieren und agieren. Die gemeinsame Beschäftigung mit der deutsch-dänischen Geschichte trägt dazu bei, die beide Länder betreffenden Prägungen und Traditionslinien zu entdecken und den Kontakt zwischen den

Menschen über die Ländergrenzen hinweg zu intensivieren. Dazu ist wissenschaftliche Forschung eine wesentliche Voraussetzung.

Die schriftlichen und bildlichen Quellen für unsere Erinnerung liegen in Archiven. Daher ist es konsequent, dass Archive, die unser Rechts- und Kulturgut, die unsere Geschichte verwahren, sich aktiv mit fundierten Angeboten für Schulen, Ausstellungen, Vorträgen, Tagungen und Publikationen an der Erforschung und Vermittlung beteiligen.

Archive fördern eine gemeinsame, generations- und grenzübergreifende Arbeit an und mit der Geschichte über nationale, soziale und ethnische Barrieren hinweg. Ältere und jüngere Menschen fühlen sich gleichermaßen angesprochen; gerade Seniorinnen und Senioren können mit ihren Erinnerungen den Jüngeren wertvolle Erkenntnisse und Informationen zum Verständnis der Gegenwart liefern. Umgekehrt bereichern die Fragen des Nachwuchses die Sichtweisen der älteren Generation und fördern Verborgenes wieder zutage. Die Geschichte der Region, die lokalen und regionalen Traditionen, das alltägliche Leben gerade auch der „kleinen Leute" werden erfahrbar und in ihren Ursprüngen und Ursachen nachvollziehbar.

Archive sind also auf vielen Ebenen Grenzen überschreitende Schnittstellen der konstruktiven Zusammenarbeit von Fachhistorikerinnen und Fachhistorikern sowie interessierten Laien, von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Forschenden, von Vergangenheit und Gegenwart. Gerade sie führen neue Schichten von Bürgerinnen und Bürgern an ein demokratisches Geschichtsverständnis heran, das Geschichte und Gegenwart lebendig verbindet. Das gilt für Schleswig-Holstein wie für Dänemark.

Die Teilung Schleswigs 1920 wirkte sich auch auf die archivische Überlieferung aus: Der Kreis Tondern wurde durch die Grenzziehung von 1920 zerschnitten, aber so konnte nicht mit den Archivalien verfahren werden. Es stellte sich heraus, dass es äußerst schwierig war, archivfachliche, nationale und Forschungsinteressen zu vereinen. Es vergingen viele Jahre intensiver Verhandlungen, bis man zu einem tragfähigen Ergebnis gelangte und am 15. November 1933 das deutsch-dänische Archivabkommen unterzeichnen konnte.

Dieses schuf einen neuen Modus, nach dem die Verteilung der Archivalien aus den ehemaligen Herzogtümern Schleswig und Holstein vorzunehmen war. Ziel war es, das Interesse der beiden Nationalstaaten zu berücksichtigen und das archivalische Kulturerbe in Übereinstimmung mit dem neuen staatlichen Territorium zu bringen. Gleichzeitig kam man den Forschenden entgegen, die ein Interesse daran hatten, auf möglichst kurzen Wegen Zugang

zu den Archivbeständen zu erhalten, die für die Geschichte ihrer jeweiligen Nationalstaaten von Bedeutung sein konnten.

Ausgehend von diesen Voraussetzungen hat sich das Archivabkommen in den vergangenen mehr als acht Jahrzehnten als dauerhafte Lösung bewährt – und dies umso mehr, als bei der endgültigen Verteilung der Archivalien ganz pragmatisch vorgegangen wurde.

Aus diesem Grund haben das Landesarchiv Schleswig-Holstein und die dänischen Staatsarchive den 75. Jahrestag am 15. Dezember 2008 mit einem gemeinsamen Festakt im Landesarchiv Schleswig-Holstein begangen, auf dem ein zweisprachiger Band zur Geschichte dieses Abkommens und zu den Nutzungsmöglichkeiten der Archivalien vorgestellt wurde.

Auch dieses gemeinsame Projekt des Reichsarchivs Apenrade (frühere Bezeichnung: Landsarkivet for Sønderjylland/Landesarchiv für Nordschleswig) und des Landesarchivs Schleswig-Holstein zu 1920 ist Ausdruck der hervorragenden Kooperation zwischen beiden Einrichtungen. Vor allem seit 1998 intensivierte sich die Zusammenarbeit zunächst durch eine gemeinsame Veranstaltungsreihe zur Revolution 1848. Langfristig von großer Bedeutung war (und ist) die Vereinbarung gemeinsamer Erschließungsprojekte der beiden „Cross-Border-Archives" für ihre grenzüberschreitenden Bestände, die zeitnah umgesetzt werden konnte. Die Unterlagen des durch die Grenzziehung von 1920 geteilten Kreises Tondern und des Amtes Tondern wurden in beiden Archiven erschlossen und die Findbücher gemeinsam publiziert. Erarbeitet haben sie um die Jahrtausendwende Hans Schultz Hansen (* 1960) und Jesper Thomassen (* 1967) auf dänischer sowie Bettina Dioum, geb. Reichert, (* 1968) auf deutscher Seite. Dabei wurden die unterschiedlichen Erschließungstraditionen und Lagerungsformen von den gemeinsamen Findbüchern nicht berührt. Akzeptanz und Toleranz auf beiden Seiten war die Basis für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Der zweisprachige Aufbau entsprach der deutsch-dänischen Tradition in der Grenzregion. Die Bände wurden öffentlich vorgestellt und stießen auf große Resonanz, nicht nur in der wissenschaftlichen Forschung. Durch sie wurde die freie Nutzung dieser Quellen komfortabel garantiert. Eine gemeinsame Tagung im Museum Tønder über die Archive des alten Amtes Tondern 2001 rundete das Projekt ab.

Fortgesetzt wurde die menschlich wie fachlich ausgezeichnete Zusammenarbeit mit konkreten Projekten: Aus Anlass des 150-jährigen Jubiläums des deutsch-dänischen Krieges von 1864 veranstalteten das Landsarkivet for

Sønderjylland in Apenrade und das Landesarchiv Schleswig-Holstein gemeinsam eine Tagung über die zivilen Aspekte des Konflikts: „1864 – Menschen zwischen den Mächten/Mennesker mellem magterne" im März 2014 je einen Tag in Schleswig in deutscher und einen Tag in Apenrade in dänischer Sprache. Daraus entstand ein zweisprachiger Sammelband, der im Internet kostenfrei eingesehen, ausgedruckt und heruntergeladen werden kann.

Der fachliche Austausch zwischen beiden Archiven wurde und wird auch auf Archivtagen geführt: Seit Anfang der 1990er-Jahre nahmen dänische Archivarinnen und Archivare regelmäßig an den Schleswig-Holsteinischen Archivtagen teil.

Im Jubiläumsjahr einhundert Jahre nach den Volksabstimmungen von 1920 fanden nach dem Festakt der dänischen Ministerpräsidentin im Königlichen Theater in Kopenhagen am 10. Januar 2020 zahlreiche Veranstaltungen statt, die sich mit diesem historischen Ereignis und insbesondere mit der Gegenwart und Zukunft der deutsch-dänischen Beziehungen beschäftigen. Leider mussten sehr viele Termine wegen der Corona-Pandemie ausfallen. Das betraf auch die gemeinsame zweitägige Tagung des Landesarchivs Schleswig-Holstein in Schleswig und des Reichsarchivs Apenrade über die Volksabstimmung von 1920 und ihre Folgen, die nach dreijähriger Vorbereitung am 27. und 28. März 2020 in bewährter Tradition an beiden Orten stattfinden sollte. Auch wenn der direkte gemeinsame Austausch aus deutscher wie aus dänischer Perspektive leider nicht möglich war, liegen doch mit diesem Buch die Beiträge gedruckt vor, um sie auf diesem Wege zur Diskussion zu stellen.

Erstmals werden in diesem Band aus dänischer und deutscher Perspektive auf aktuellem Forschungsstand bislang wenig berücksichtigte Aspekte der Grenzziehung und ihrer Folgen analysiert. Die Ereignisse aus der Abstimmungszeit werden in zwei Beiträgen untersucht: Bettina Dioum, Schleswig, schildert anhand von Briefen, Tagebüchern und ähnlichen Selbstzeugnissen aus Nachlässen im Landesarchiv Schleswig-Holstein, wie die Abstimmung in der zweiten Zone von den Menschen dort erlebt und wahrgenommen wurde. Dr. Caroline Elisabeth Weber und Dr. Martin Göllnitz, Sonderburg beziehungsweise Marburg, analysieren die nationalpolitische Propaganda der Abstimmungszeit und wie diese Ungerechtigkeitsnarrative viele einflussreiche Menschen in Schleswig-Holstein in den 1920er-Jahren und danach tief prägte. Zentral war von Anfang an die Forderung nach einer Revision der Grenze von 1920, ein Traum, der aber nie verwirklicht wurde, weil er mit den Interessen

Berlins nicht übereinstimmte. Dass sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark trotzdem verbesserte, zeigt Dr. Jörg Rathjen, Schleswig, in seinen Beitrag zum deutsch-dänischen Archivabkommen von 1933. Es war nicht einfach, die neue Territorialgrenze zwischen Dänemark und Deutschland auf die umstrittene archivarische Überlieferung aus dem deutsch-dänischen Gesamtstaat vor 1864 anzuwenden.

Für Nordschleswig bedeutete die Grenzverschiebung grundlegende Veränderungen, indem der Landesteil 1920 zu Dänemark kam. Es folgte eine Namensänderung von Nordschleswig in *de Sønderjyske Landsdele* – die süderjütischen Landesteile. Dieses Konstrukt wurde aber in der Alltagssprache bald vom alten dänischen Namen des ganzen Herzogtums, Sønderjylland, verdrängt. Im deutschsprachigen Teil dieses Buches wird aus praktischen Gründen der bekannte Name Nordschleswig benutzt.

Prof. Dr. Hans Schultz Hansen, Apenrade, untersucht die Strategien der Einverleibung Nordschleswigs in Dänemark sowie die Wege zur Vermeidung eines Sonderstatus für Nordschleswig innerhalb des dänischen Staatsgefüges – mit den Übergangsordnungen und Sonderregelungen, die doch unumgänglich waren. Eine Schlüsselbehörde bei der Einverleibung Nordschleswigs war das provisorische Ministerium für nordschleswigsche Angelegenheiten, das von Jørgen Witte M. A., Apenrade, dargestellt wird. Das Ministerium hatte viele Aufgaben, und es wurden viele Initiativen ergriffen, die darauf zielten, Nordschleswig bei der Volksabstimmung für Dänemark zu gewinnen.

Nachdem die Grenze festgelegt worden war, musste sie mitten in der Schleswiger Region konstruiert werden. Dr. Morten Andersen, Sønder Bjert, schildert die dänische beziehungsweise deutsche Grenzpolitik sowie die dänischen Bestrebungen für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Integration Nordschleswigs in Dänemark und für die wirtschaftliche Sicherung der Grenze. Dr. Erik Nørr, Viby Sjælland, und cand. teol. Carl Christian Jessen, Kvissel, widmen sich der kulturellen Integration Nordschleswigs. Nørr untersucht den Aufbau von zweisprachigen kommunalen Schulen im grenznahen Gebiet, während Jessen die schwierigen Bestrebungen um den Erhalt von gemeinsamen Kirchengemeinden für deutsche und dänische Nordschleswiger darstellt. Eine besondere Schwierigkeit für die Integration Nordschleswigs in Dänemark war, wie Dr. Henrik Becker-Christensen, Flensburg, hervorhebt, die Forderungen der neuen deutschen Minderheit nach einer Grenzrevision, weshalb diese sich immer mehr als eigene geschlossene Gesellschaft organisierte. Den letzten Beitrag bildet die Darstellung der rechtsextremen Protest-

bewegungen in Nordschleswig während der wirtschaftlichen Krisen in den 1920er- und 1930er-Jahren von Dr. Leif Hansen Nielsen, Apenrade.

Leider wurden die zugesagten Beiträge über die Grenzlanderfahrung am Beispiel der Museen und die wirtschaftlichen Folgen der Abstimmung 1920 für Flensburg nicht abgegeben, sodass die ursprüngliche umfassende Konzeption des Bandes nicht in allen Facetten umgesetzt werden konnte. Umso mehr danken wir allen Beitragenden, die ihren Text pünktlich zur Verfügung gestellt haben.

In den deutschen Texten werden deutsche Ortsnamen benutzt, in den dänischen Texten die dänischen. Zitate werden übersetzt. Dänische Referentinnen und Referenten benutzen nach dänischer Tradition den Begriff „Wiedervereinigung" (*Genforeningen*) für die Grenzneufestlegung 1920.

Ein besonderer Dank gilt allen Autorinnen und Autoren. Wir freuen uns sehr, dass wir sie als ausgewiesene Expertinnen und Experten für dieses aktuelle Thema gewinnen und wir gemeinsam dieses für die Geschichte unserer beiden Länder so wichtige Thema vertiefen konnten.

Die Finanzierung dieses Buches wurde freundlicherweise durch Interreg-Mittel, Region Sønderjylland-Schleswig, und die Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein, hier danken wir unter anderem Eileen von Elsner für ihre Unterstützung, sowie durch Mittel aus dem dänischen Reichsarchiv und Lauritz og Augusta Dahls Mindelegat und Vicepolitimester Per Thaulows og Hustru Eva Agnete Thaulows, født Kihlstrøm, Fond ermöglicht. Allen Beteiligten sei für ihr Engagement sehr herzlich gedankt. Ralf Marquardt danken wir für die Übersetzung, Veronika Eisermann und Isa Jacobi für das Korrekturlesen. Besonders danken wir der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein Karin Prien für ihr Grußwort.

1920 – en historisk begivenhed og dens følger

Rainer Hering og Hans Schultz Hansen

Artikel 109 i Versailles-fredstraktaten fra 1919 var entydig: „Grænsen mellem Tyskland og Danmark skal fastsættes i overensstemmelse med befolkningens ønsker." Dette løfte om Slesvigs fremtidige statslige tilhørsforhold svarede til den amerikanske præsident Woodrow Wilsons (1856–1924) fredsprogram med folkenes ret til selvbestemmelse og blev ført ud i livet med de to folkeafstemninger i regionen den 10. februar og den 14. marts 1920, som førte til den endnu gældende grænsedragning. I første zone, Nordslesvig, blev der stemt under ét, og området tilfaldt i sin helhed med 75 procent af de afgivne stemmer Danmark. Der var tyske flertal i Aabenraa, Sønderborg og Tinglev og navnlig i Tønder, Højer og Ubjerg. I anden zone, Mellemslesvig med Flensborg, blev der stemt kommunevis. Her lå det tyske flertal på 80 procent af stemmerne, i Flensborg på 75 procent. Kun i tre små kommuner på øen Før blev der opnået dansk flertal. Som konsekvens blev Nordslesvig forenet med Danmark den 15. juni 1920, mens Mellemslesvig blev ved Tyskland. Den internationale Kommission, som havde styret området under afstemningerne, afsluttede sit arbejde.

Det var ikke kun i det nordlige Tyskland, at 1920 var et uroligt år. Også i Det tyske Rige som helhed og i Europa var der tale om spændingsfyldte måneder. Her skal kun enkelte begivenheder nævnes til støtte for erindringen: Kort efter Versailles-fredstraktatens ikrafttræden den 10. januar afviste den hollandske regering at udlevere kejser Wilhelm II. (1859–1941) til de allierede. I begyndelsen af februar blev den lille Hultschiner-region mod befolk-

ningsflertallets ønsker overdraget til Tjekkoslovakiet. I juli stemte flertallet i Østpreussen for at blive ved Det tyske Rige. På den indenrigspolitiske front blev Det nationalsocialistiske tyske Arbejderparti (NSDAP) ved en navneændring fra Det tyske Arbejderparti grundlagt den 20. februar. I marts – under den anden folkeafstemning i Slesvig – fandt Kapp-Lüttwitz-kuppet sted, som imidlertid mislykkedes på grund af en generalstrejke; samtidig begyndte den kommunistiske opstand i Ruhr, som blev slået ned i begyndelsen af april ved Rigsværnets indgreb. I juni 1920 tabte Weimarkoalitionen med SPD, Zentrum og DDP sit flertal.

Også i Danmark var månederne januar-juni 1920 kendetegnet ved turbulens. Den indredanske strid om fastsættelsen af grænsen – om den skulle gå nord eller syd om Flensborg eller sågar langs Danevirke – spidsede til efter afstemningen i anden zone. Nationalistiske kredse fik ført igennem, at kong Christian X. afskedigede sit radikale ministerium Zahle, fordi det holdt sig strikt til fredstraktaten. I stedet udnævnte kongen et forretningsministerium med sin advokat Otto Liebe som statsminister. Det førte til en forfatningskrise, den såkaldte Påskekrise, hvor arbejderklassen i København satte monarkiets videre eksistens til diskussion og truede med en generalstrejke – med det samme held som i Tyskland, for kongen måtte lade ministeriet Liebe falde og erstatte det med et nyt forretningsministerium Friis, som nød de politiske partiers tillid. Det nye ministerium udskrev valg, som bragte venstreregeringen Neergaard til magten. Neergaard kunne dog hverken opnå en grænse syd om Flensborg eller en internationalisering af den anden zone. Grænsen blev lagt i henhold til fredstraktaten og afstemningerne. Og den har holdt stand i 100 år.

Danmarks og Slesvig-Holstens fælles historie er præget af skiftende grænsedragninger. Derfor er det frugtbart at forstå regionen som et område, hvor mennesker mødes, kommunikerer med hinanden og agerer. Den fælles beskæftigelse med den dansk-tyske historie bidrager til at opdage præg og traditioner, som forekommer i begge lande, og til at intensivere kontakten mellem mennesker hen over landegrænsen. Videnskabelig forskning er en vigtig forudsætning herfor.

De skriftlige kilder og billeder, som ligger til grund for vores erindring, ligger i arkiverne. Derfor er det naturligt, at arkiverne, der opbevarer vore retsdokumenter og kulturlevn, tager vare på vores historie og står for solide skoletilbud, udstillinger, foredrag, møder og publikationer, også deltager i forskning og formidling. Arkiverne fremmer det fælles, generations- og græn-

seoverskridende arbejde med historien på tværs af nationale, sociale og etniske barrierer. Såvel ældre som yngre føler sig tiltrukket; netop de ældre kan i kraft af deres erindringer give de yngre værdifulde indsigter og informationer til gavn for forståelsen af nutiden. Omvendt beriger de yngres spørgsmål den ældre generations synsmåder og får det skjulte og glemte frem i dagens lys. Regionens historie, de lokale og regionale traditioner samt hverdagslivet, ikke mindst hos den dårligst stillede del af befolkningen, bliver belyst og deres erfaring, oprindelse og årsager gjort forståelige.

Arkiver er altså på mange niveauer grænseflader i et konstruktivt samarbejde mellem faghistorikere og almindeligt historisk interesserede, mellem samtidsvidner og forskere, mellem fortid og nutid. De giver om nogen nye grupper af borgere en demokratisk historieforståelse, som forbinder fortid og nutid på en levende måde. Det gælder såvel i Danmark som Tyskland.

Slesvigs deling i 1920 fik følger for den arkivalske kulturarv: Tønder amt blev skåret over af grænsedragningen, men sådan kunne man ikke gøre med arkivalierne. Det viste sig, at det var yderst vanskeligt at forene arkivfaglige, nationale og forskningsmæssige hensyn. Der gik mange år med intensive forhandlinger, før man kom til et praktisk anvendeligt resultat og den 15. november 1933 kunne undertegne den dansk-tyske arkivoverenskomst.

Den skabte en ny metode til at dele arkivalierne fra de tidligere hertugdømmer Slesvig og Holsten. Målet blev at tilgodese begge nationalstaters interesse og bringe den arkivalske kulturarv i overensstemmelse med de nye statslige territorier. Samtidig imødekom man forskerne, som var interesserede i den kortest mulige vej til de arkiver, som var af betydning for deres respektive nationalstater. Med dette som udgangspunkt har arkivoverenskomsten gennem mere end otte årtier bevist sit værd som varig løsning – så meget mere, som der ved den endelige fordeling af arkivalierne blev gået ganske pragmatisk frem. På den baggrund kunne det slesvig-holstenske landsarkiv og de danske statsarkiver markere 75-årsjubilæet den 15. december 2008 med en højtidelighed i landsarkivet og en tosproget bog, der fortalte om arkivoverenskomstens historie og mulighederne for at benytte arkivalierne.

Også dette fælles projekt om 1920 mellem Rigsarkivet i Aabenraa (tidligere kaldt Landsarkivet for Sønderjylland) og Landsarkivet for Slesvig-Holsten er udtryk for de to institutioners fremragende samarbejde. Samarbejdet er især blevet intensiveret siden 1998, først med et fælles seminar om revolutionen i 1848. Af særlig langsigtet betydning var (og er) aftalen mellem de to

„Cross-Border-Archives" om at udgive fælles arkivfortegnelser for grænseoverskridende arkivfonds, som hurtigt blev ført ud i livet. Akterne fra Tønder Amt og Tønder Kreds blev delt ved grænsedragningen i 1920, men disse arkivalier blev nyregistreret i begge landsarkiver, der udgav fælles arkivfortegnelser. Ved årtusindskiftet blev de udarbejdet af Hans Schultz Hansen (* 1960) og Jesper Thomassen (* 1967) på dansk side og Bettina Dioum, født Reichert (* 1968) på tysk side. På den måde blev de forskellige registreringstraditioner og opbevaringsformer nord og syd for grænsen ikke ændret, men respekteret. Gensidig accept og tolerance var grundlaget for et tillidsfuldt samarbejde. Den tosprogede opbygning svarede til den danske-tyske tradition i grænseregionen. Bøgerne blev præsenteret for offentligheden og godt modtaget, ikke kun inden for den videnskabelige forskning. De sikrer en fri og nem udnyttelse af disse kilder. Projektet blev afrundet i 2001 med et fælles seminar på Tønder Museum om arkiverne fra det gamle Tønder Amt.

Det menneskeligt og fagligt udmærkede samarbejde blev fortsat med flere konkrete projekter: I anledning af 150-årsjubilæet for den dansk-tyske krig i 1864 arrangerede det daværende landsarkiv i Aabenraa og Landsarkivet for Slesvig-Holsten i marts 2014 et fælles seminar om konfliktens civile aspekter: „1864 – Menschen zwischen den Mächten/Mennesker mellem magterne", med en dag i Slesvig på tysk og en dag i Aabenraa på dansk. Af seminaret udsprang en tosproget antologi, som gratis kan ses, downloades og printes fra internettet.

Den faglige udveksling mellem de to arkiver skete og sker også på arkivdagene: siden begyndelsen af 1990-erne deltager danske arkivarer regelmæssigt i de slesvig-holstenske arkivdage.

I jubilæumsåret 100 år efter folkeafstemningerne i 1920 fandt der efter den danske statsministers festaften i Det Kongelige Teater i København den 10. januar 2020 talrige arrangementer sted, som beskæftigede sig med denne historiske begivenhed og navnlig med det dansk-tyske forhold i nutid og fremtid. Desværre måtte virkelig mange arrangementer falde bort på grund af corona-epidemien. Blandt dem var også Landsarkivet for Slesvig-Holstens og Rigsarkivet Aabenraas fælles todagesseminar om folkeafstemningerne i 1920 og deres følger, som var blevet forberedt i tre år og i henhold til den velafprøvede tradition skulle have fundet sted den 27. og 28. marts 2020 på begge landsarkiver. Selv om det desværre ikke var muligt med en direkte udveksling af tyske og danske

synspunkter, så fremlægger denne bog dog de forskellige indlæg i trykt form for på denne måde at lade dem komme til debat.

Denne antologi undersøger både fra danske og tyske synsvinkler og på grundlag af den nyeste forskning forskellige sider af grænsedragningen og dens følger, som hidtil har været svagt belyst.

To bidrag handler om begivenheder fra afstemningstiden. Bettina Dioum, Slesvig, skildrer på grundlag af breve og dagbøger og tilsvarende egodokumenter fra privatarkiver i Landsarkivet for Slesvig-Holsten, hvorledes afstemningen i den anden zone blev oplevet og bearbejdet af menneskene, som boede der. Dr. Caroline Weber og Dr. Martin Göllnitz, henholdsvis Sønderborg og Marburg, analyserer den nationalpolitiske propaganda i afstemningstiden og hvordan den dybt prægede en uretfærdighedsfortælling hos mange indflydelsesrige slesvig-holstenere i 1920-erne og derefter. Kravet om en revision af 1920-grænsen stod centralt fra begyndelsen, en drøm, der imidlertid aldrig gik i opfyldelse, fordi den ikke stemte overens med Berlins interesser. At det dansk-tyske forhold ikke desto mindre blev bedre, påviser Dr. Jörg Rathjen, Slesvig, i sit bidrag om den dansk-tyske arkivoverenskomst fra 1933. Det var ingen nem opgave at gøre den nye territorialgrænse mellem Danmark og Tyskland gældende for de omstridte arkiver fra den tysk-danske helstat fra før 1864.

For Nordslesvig betød grænseflytningen grundlæggende forandringer, efter at landsdelen i 1920 kom til Danmark. Der foregik en navneændring fra Nordslesvig til De sønderjyske Landsdele. Denne konstruktion blev dog snart fortrængt i det daglige sprog af det gamle danske navn for hele hertugdømmet, Sønderjylland. I denne bogs tysksprogede del benyttes dog af praktiske grunde den kendte tyske betegnelse Nordschleswig.

Adjungeret professor, dr.phil. Hans Schultz Hansen, Aabenraa, undersøger såvel strategierne bag Nordslesvigs indlemmelse i Danmark som vejene til at undgå en særstatus for Nordslesvig inden for den danske statsopbygning – med de overgangsordninger og særordninger, som dog viste sig uomgåelige. En nøglemyndighed ved Nordslesvigs indlemmelse var Det midlertidige Ministerium for sønderjyske Anliggender, som mag.art. Jørgen Witte, Aabenraa, behandler. Ministeriet havde mange opgaver, og der blev taget mange initiativer, som sigtede mod at vinde Nordslesvig for Danmark ved folkeafstemningen.

Efter at grænsen var besluttet, skulle den konstrueres midt i den slesvigske region. Ph.d. Morten Andersen, Sønder Bjert, undersøger den danske

henholdsvis den tyske grænsepolitik og de danske bestræbelser på at genopbygge Nordslesvig og integrere landsdelen økonomisk i Danmark samt den økonomiske sikring af grænsen. Dr.phil. Erik Nørr, Viby Sjælland, og cand. teol. C.C. Jessen, Kvissel, beskæftiger sig derimod med Nordslesvigs kulturelle integration. Nørr analyserer opbygningen af tosprogede kommunale skoler i grænseområdet, mens Jessen undersøger de vanskelige forsøg på at opretholde fælles menigheder for danske og tyske nordslesvigere. Det nye tyske mindretals krav om en grænserevision udgjorde, som dr.phil. Henrik Becker-Christensen fremhæver, en særlig vanskelighed for Nordslesvigs integration i Danmark. Derfor organiserede mindretallet sig mere og mere som et lukket samfund. Det sidste bidrag er skrevet af ph.d. Leif Hansen Nielsen, Aabenraa, og handler om højreekstremistiske protestbevægelser i Nordslesvig i kriseårene i 1920-erne og 1930-erne.

Desværre måtte lovede bidrag om museernes grænselandserfaringer og om grænsedragningens økonomiske følger for Flensborg udgå, hvorfor det oprindelige omfattende koncept for antologien ikke har kunnet gennemføres i alle facetter. Desto mere takker vi alle bidragydere, som stillede deres tekster rettidigt til rådighed.

I de tyske tekster benyttes de tyske stednavne, i de danske tekster de danske. Citater oversættes. Danske bidragydere bruger efter dansk tradition begrebet „Genforeningen" om den nye fastsættelse af grænsen i 1920.

En særlig tak gælder alle bidragydere. Vi glæder os meget over, at vi kunne interessere anerkendte eksperter for det overordnede tema, og at vi sammen kunne fordybe os i dette for begge lande så vigtige emne.

Bogens finansiering blev opnået takket være venlig støtte fra Region Sønderjylland-Slesvigs Interregmidler og fra forbundslandet Slesvig-Holstens statskancelli, hvor vi blandt andet takker Eileen von Elsner for hjælp, såvel som ved tilskud fra det danske Rigsarkiv, Lauritz og Augusta Dahls Mindelegat samt Vicepolitimester Per Thaulows og hustru Eva Agnete Thaulow's, født Kihlstrøm, Fond. Vi takker alle her nævnte hjerteligt for deres engagement. Ralf Marquardt takker vi for oversættelserne og Veronika Eiserman og Isa Jacobi for korrekturlæsningen. Især takker vi minister for uddannelse, videnskab og kultur i forbundslandet Slesvig-Holsten, Karin Prien, for hendes forord.

Die Volksabstimmung im Spiegel von Nachlässen im Landesarchiv Schleswig-Holstein

Bettina Dioum

Dieser Beitrag befasst sich mit der Volksabstimmung von 1920 im Spiegel von Nachlässen – insbesondere von Selbstzeugnissen – im Landesarchiv Schleswig-Holstein.

Was sind überhaupt Selbstzeugnisse? Selbstzeugnisse sind freiwillige autobiografische Texte, die individuelle, auf das „Selbst" bezogene Beobachtungen, Wahrnehmung, Reaktion und Erfahrung spiegeln; nicht unbedingt die Tatsächlichkeit. Sie entstehen außerhalb von administrativ-juristischen Prozessen und Zusammenhängen. Man findet die Selbstzeugnisse zum Beispiel in Form von Tagebüchern, Briefen und Erinnerungen daher vor allem in den Nachlassbeständen und Privatarchiven des Landesarchivs, eher nicht in den amtlichen Akten. Die Selbstzeugnisse zeigen Weltsicht und Einsicht von einzelnen Personen, insbesondere von denen, die sonst immer die sogenannte „schweigende Mehrheit" bilden.[1]

Im Gegensatz dazu stehen „offiziellere" Äußerungen als interessengesteuerter Gruppenausdruck mit geringen Spuren von Individualität. Also eher stereotype Äußerungen von Aktivisten, zum Beispiel Mitglieder des Deutschen Ausschusses, die sich an Formulierungen von Gruppen orientieren und

[1] Dazu s. beispielsweise Tagungsband „Ego-Dokumente: Annäherung an den Menschen in der Geschichte", Hrsg. von Winfried Schulze, Berlin 1996.

das Erwartbare sagen. Ihr Handeln und Denken können heute bereits vielfach in der Literatur nachgelesen werden. Sie kommen daher hier nur ausnahmsweise vor.

In diesem Beitrag soll gezeigt werden, ob überhaupt und wie die Abstimmung als doch elementare historische Veränderung der Heimat von einzelnen Menschen wahrgenommen, verstanden und verarbeitet wurde.

Die Suche nach Äußerungen über die Abstimmung 1920 in Selbstzeugnissen des Landesarchivs glich allerdings der Suche nach einer Stecknadel im Heuhaufen. In diesem Beitrag wird daher eher der Bericht eines Befundes geschildert. Diesen kann man in drei Punkten zusammenfassen:

- Tagebücher und Briefe aus der Abstimmungszeit sind im Landesarchiv leider überraschend wenig überliefert. Gerade auch im Vergleich zu den Tagebüchern und Briefen aus der unmittelbar vorhergehenden Zeit des Ersten Weltkriegs, von denen das Landesarchiv eine sehr große Fülle besitzt.[2]
- Es konnten nur Selbstzeugnisse von deutsch gesinnten Schleswig-Holsteinern und Schleswig-Holsteinerinnen in unseren Beständen ermittelt werden, allerdings durchaus fast erwartungsgemäß, und diese auch vor allem aus der zweiten Abstimmungszone.
- In diesen ganz wenigen Selbstzeugnissen wird die Abstimmung noch dazu eher am Rande thematisiert. Meist wird sie vor allem auch noch von dem gleichzeitig zur Abstimmung in der zweiten Zone stattfindenden Kapp-Putsch überlagert, der die politisch Bewussteren unter den Brief- und Tagebuchschreiberinnen und -schreiber stärker beschäftigte. Emotionaler und ausführlicher wird die Abstimmung eigentlich nur bei den politisch Aktiven behandelt.

Diese Darstellung befasst sich mit dem dritten Punkt: Wie wurde die Volksabstimmung in den Selbstzeugnissen nun überhaupt konkret wahrgenommen? Als Grundlage dienten die umfangreichen Nachlassbestände des Landesarchivs;[3] wegen des Mangels an einschlägigen Quellen wurde der Befund aber gelegentlich durch anderes Material angereichert. Es scheint demnach so, dass

[2] „Der Erste Weltkrieg in Nachlässen des Landesarchivs Schleswig-Holstein". In: Auskunft – Zeitschrift für Bibliothek, Archiv und Information in Norddeutschland (40. Jg., 2020), Heft 1-2, S. 118–130.

[3] Kommentierte Beständeübersicht des Landesarchivs Schleswig-Holstein – Bestandsaufnahme zum 150-jährigen Bestehen. Hrsg. von Rainer Hering (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein 120). Hamburg 2020.

die ganz „normalen Leute" in der zweiten Zone – die „schweigende Mehrheit" – offensichtlich im Frühjahr 1920 persönlich andere Sorgen hatten und auf die Abstimmung – zumindest in ihren Selbstzeugnissen – doch resigniert reagierten oder sie sogar nur beiläufig erwähnten. Sie schrieben eher über die Themen Teuerung, die eigenen beruflichen Sorgen, den Kapp-Putsch, den damit verbundenen Generalstreik oder andere Angelegenheiten, die sie selbst irgendwie unmittelbar und direkt betrafen.

Dazu einige Beispiele und Belege:

Helene Höhnk,[4] die bekannte Dithmarscher Frauenrechtlerin, Heimatforscherin, Archivarin und Autorin, notierte am 24. März 1920 in ihr Tagebuch: „Ein lichter Punkt [...] ist die Abstimmung in der zweiten Zone Nordschleswigs. Flensburg und die friesische Nordseeküste ist überwiegend deutsch geblieben. – Ein anderer Lichtpunkt ist das schöne Frühlingswetter."[5]

Der Bauer Heinrich Lorenzen[6] aus Löwenstedt schrieb in seinen Lebenserinnerungen: „Wie alle Nachbarstaaten Deutschlands, so wollte auch Dänemark einen Anteil vom deutschen Vaterland haben." Löwenstedt war die „südlichste Spitze der 2. Zone und wurde von den Engländern; Amerikanern und Franzosen für die Zeit der Abstimmung besetzt. [...] Auf dem Lande merkte man von dieser Besatzung eigentlich nichts [...]. In der Politik ging es in dieser Zeit drunter und drüber. Eine Regierung löste die andere ab. Im März 1920 stimmte in der 2. Zone die überwiegende Mehrheit für Deutschland [...]. Ich arbeitete [...] auf dem Hof meines Vaters und kümmerte mich weiter nicht um Politik."[7]

Etwas pathetischer äußerte sich zumindest der Jurist Theodor Söhrnsen-Petersen[8] aus Flensburg, der im Januar 1920 auf einer Postkarte schrieb: „Wir hoffen, dass die Schleswig-Holsteiner ihrer großen Vergangenheit gedenken und die jetzige Generation der alten sich würdig erweise. [...] Gott ist stark auch in dem Schwachen. So hoffen wir und bitten wir; sonst erkämpfen wir es später trotz weißem Haus."[9]

Der Lehrerssohn Erich Clausen[10] aus Nordhackstedt erinnerte sich immerhin:

---

4 Geb. 3.2.1850 Sophienkoog, gest. 27.3.1944 Büsum.

5 LASH Abt. 399.19 Nr. 913.

6 Geb. 27.6.1897 Löwenstedt, gest. 20.10.1955 ebenda; Hofbesitzer auf Eiens.

7 LASH Abt. 399.150 Nr. 11.

8 Geb. 19.6.1885 Flensburg, gest. 7.11.1963 Flensburg; Vorsteher des Kulturamtes Flensburg.

9 LASH Abt. 399.122 Nr. 30.

10 Geb. 9.5.1926 Nordhackstedt; Schulleiter in Tönning.

> „Die Abstimmung über die Grenzziehung zwischen Deutschland und Dänemark ließ im Jahr 1920 Emotionen […] hochkochen, wie sie nachher nie wieder zu erleben waren. […] Das Ergebnis für Nordhackstedt war eindeutig. […] Der deutsche Abstimmungssieg wurde in jedem Jahr bis 1933 mit einem großen Freudenfeuer […] gefeiert."[11]

Leider beschrieb er die erwähnten Emotionen aber nicht näher und er vermittelte sie auch nicht unmittelbar.

Sehr deutlich ist in den Selbstzeugnissen meist die Überlagerung der Abstimmung in der zweiten Zone durch den gleichzeitigen Kapp-Putsch[12], mit dem einige unserer Zeitzeugen übrigens auch durchaus sympathisierten. So schrieb der Hofbesitzer Claus von Drathen[13] in Kollmar in sein Tagebuch recht ausführlich:

> „7. Februar 1920: […] Wir stehen jetzt in der Zeit der Schleswigschen Abstimmung, der Abtretung Ostpreussens […] und der Auslieferungsforderung der Entente – welch eine Schmach und Schande für unser armes Vaterland! An der Spitze eine Schar von unfähigen Sozis und Juden, denen jede Kenntnis und auch das Wollen zur nationalen Erstarkung abgeht […]
>
> 14. März 1920 […] Eine unerwartete Wendung! Die socialistische Regierung ist durch einige entschlossene rechtsstehende Männer gestürzt, ist geflohen – die Truppen sind zur neuen Regierung übergetreten […]. Hoffentlich gelingt es den neuen Männern, vorwiegend Generälen, Fuß zu fassen u[nd] die Arbeitermassen im Zaum zu halten. Jedenfalls ein Schritt vorwärts zur Gesundung. Große Teile des Volkes stehen dieser Entwicklung noch gleichgültig, wenn nicht feindlich gegenüber
>
> 16. März 1920 Alles im Stocken […]. In der Zweiten Zone ist die Abstimmung in Schleswig zu Gunsten Deutschlands ausgefallen. Hoffentlich können wir bald all die feindlichen Gebietseingriffe wieder abschütteln

[11] LASH Abt. 399.254 Nr. 110.

[12] Am 13.3.1920 kam es zu einem fünf Tage andauernden Putschversuch reaktionärer Gegner der Weimarer Republik unter General Walther von Lüttwitz und Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp mit Freikorps und Einheiten der Reichswehr. Die Reichsregierung floh aus Berlin. Es folgte ein deutschlandweiter Generalstreik; die Unruhen ergriffen auch Schleswig-Holstein.

[13] Geb. 29.3.1862, gest. 26.9.1933.

18. März 1920 Der Rechts-Vorstoß ist jämmerlich zusammengebrochen. Deutschland ist noch nicht reif für eine feste Regierung.“[14]

Und auch der Lehrer Hans Möller[15] in Halstenbek vermerkte in seinem Tagebuch:

„13. März […]: Heute abend [...] Nachricht von der Einsetzung einer Militärdiktatur […] und der Flucht der bisherigen Regierung.

[14.] März […]: Vom Gesangsvereinsball noch reiste Hedwig morgens 5 [Uhr, B. D.] 45 nach Flensburg zur Abstimmung […]

[15.] März [...]: Gestern und heute […] Generalstreik als Demonstration gegen den Sturz der Regierung […] Hedwig kehrt abends von der Abstimmung zurück […].

[19.] März […]: Ruhe, Ordnung und Verkehr haben wieder eingesetzt. Der Putsch Kapp-Lüttwitz ist im Sande verlaufen.“[16]

Zu der hier angesprochenen Teilnahme seiner Frau Hedwig an der Abstimmung ein kurzer Einschub zu den Frauen. Gemäß den Bestimmungen im Versailler Vertrag waren auch die Frauen ganz selbstverständlich abstimmungsberechtigt. In den Bestimmungen hieß es eindeutig „stimmberechtigt ist jede Person, ohne Unterschied des Geschlechts”, die den aufgeführten Bedingungen genügte. Das allgemeine Wahlrecht für Frauen war in Deutschland gerade erst in der Weimarer Verfassung verankert worden, also hierzulande noch ganz neu. Die Frauen machten nach den Abstimmungsunterlagen auch rege Gebrauch von diesem Recht.

Eine bekannte, lokal prominente, weibliche Abstimmungsberechtigte war zum Beispiel Sophie Bleicken[17] aus Tondern, die Witwe des dortigen ersten preußischen Landrats, die sogar schon in der Erhebungszeit dort aktiv gewesen war. Sie reiste von ihrem Wohnsitz Altona hochbetagt als Neunzigjährige nach Ton-

14 LASH Abt. 399.259 Nr. 4.

15 Geb. 2.1.1877 Auenbüll, gest. 19.7.1962; Lehrer, Heimatforscher und Archivpfleger.

16 LASH Abt. 399.38 Nr. 4.

17 Geb. 8.7.1829 Tondern, gest. 22.4.1926 Altona; s. a. „Sophie Bleicken und ihre Teilnahme an der Volksabstimmung 1920”. In: „Zwischen Eider und Wiedau” – Heimatkalender Nordfriesland 2006, 91–95.

dern, und der Überlieferung nach ließ man sie dort in ihrem Wahllokal im Abstimmungsbezirk Tondern III respektvoll als erste abstimmen.

In einem weiteren Selbstzeugnis schildert Regierungspräsident Heinrich Pauli[18] in seinen ausführlichen Erinnerungen den 13. März 1920:

> „[E]s gehe das Gerücht die Reichsregierung sei durch Kapp gestürzt und geflohen … Auch mein Sohn brachte die Nachricht von dem Sturze der Regierung mit nach Hause […]. Mir selbst, der ich von der ersten Minute an die schwersten Erschütterungen voraussah, war die ganze Stimmung zerschlagen. Ich hatte gar keine Freude mehr an den Ansprachen, die ich am Bahnhof den Abstimmungsberechtigten halten sollte, die auf den höchsten patriotischen Schwung von mir gestellt waren. […] Dann kamen die Züge […] und ich sprach vor dem dichtgedrängten Publikum mit weithin schallender Stimme, dass es bergauf gehe im Deutschen Vaterlande, dass der 14. III. der erste deutsche Sieg seit der furchtbaren Niederlage sein werde [...]. Mit dem Herzen war ich nicht mehr mit meinen Worten, denn ich empfand, dass in demselben Augenblick in Berlin die keimende Saat in verbrecherischer Weise zertreten war. Wo Generale Politik machen, ist es […] so, als wenn Elefanten in einen Porzellanladen einbrechen […]. [Ich] begab [...] mich sofort auf die Regierung […] Leider war Samstagnachmittag kaum ein Beamter anwesend [und] die Telefonzentrale geschlossen (das Telefonfräulein zur Abstimmung nach Flensburg gefahren).“[19]

Dagegen glaubte Johann Ohrtmann[20], der bekannte Lehrer und Pazifist, damals inmitten des Abstimmungstrubels das mit dem Kapp-Putsch eigentlich gar nicht so recht. Er schrieb in seinen Erinnerungen an die Abstimmung in Flensburg:

> „[A]m Vortage der Abstimmung stand ich […] am Bahnhof und besorgte den ankommenden Abstimmungsberechtigten, die weite Wege hatten, Autos. Als ich Sch. […] ablöste, war dieser sehr bedrückt. Er hatte von dem Kapp-Putsch in Berlin erfahren und befürchtete, dass uns dieser Staatsstreich viele Tausend deutsche Stimmen kosten könnte, denn wer wollte noch in einem Staatswesen bleiben, in dem nach einer kurzen demokratischen Periode die Reaktion schon wieder am Ruder war? Es war

[18] Geb. 17.7.1874 Colmar, gest. 16.5.1953 Berlin; 1919–1920 Regierungspräsident Schleswig-Holstein.

[19] LASH Abt. 399.1303 Nr. 2.

[20] Geb. 18.3.1898 Flensburg, gest. 27.5.1978 Kiel.

> ein Glückszufall, dass keine Zeitung mehr erscheinen konnte. Die Dänen brachten die Nachricht vom Kapp-Putsch als Flugblatt heraus, von den deutsch Gesinnten wurde das aber als Abstimmungsmanöver gewertet und nicht recht geglaubt."[21]

Die Zeitgenossen und Zeitgenossinen erkannten diese Überlagerung durch den Kapp-Putsch natürlich schon selbst, so schrieb am 28. März 1920 ein namentlich nicht identifizierbarer Freund aus Berlin an Richard Ortmann[22]: „Meinem Empfinden nach misst man dem Putsch hier [in Berlin] ein größeres Interesse bei […] wie der Abstimmung der II. Zone."[23]

Andererseits befinden sich in vielen privaten Nachlassbeständen des Landesarchivs Materialsammlungen von 1920, vor allem Zeitungsausschnitte, Propagandapostkarten, Plakate, Flugblätter, Liederbücher, Fotos und auch die eigenen persönlichen Dokumente zur Volksabstimmung, zum Beispiel die kleine persönliche Sammlung des preußischen Regierungsbeamten Georg Jessen[24], die er selbst später an das Landesarchiv abgegeben hat, bestehend aus seinem damaligen Legitimationsschein und der kleinen, offensichtlich selbst genähten Fahne, mit der er am 10. Februar 1920 in Tondern und seinen Herkunftsort Hostrup eingezogen war – wie er in einer beigefügten Notiz schrieb.[25]

Den Menschen war also die historische Bedeutung der Abstimmungszeit selbstverständlich bewusst; sie nahmen diese natürlich wahr und wollten sie für die Nachwelt überliefern und festhalten. Aber wenn sie nicht persönlich unmittelbar direkt betroffen waren, wurde die Abstimmung und Abtretung offenbar viel weniger und überhaupt weniger emotional im privaten Bereich der Selbstzeugnisse verarbeitet, als zu erwarten wäre.

Ausnahme sind selbstverständlich – wie bereits erwähnt – die politisch Aktiven im Vorfeld und Umfeld der Abstimmung, von denen im Landesar-

21 LASH Abt. 399.1207 Nr. 10.

22 Geb. 9.4.1879 Jersbek, gest. 16.2.1953 Niebüll; Seminarlehrer in Tondern, Studienrat in Niebüll, leitende Position im Deutschen Verein für das nördliche Schleswig und im Schleswig-Holsteiner Bund.

23 LASH Abt. 399.41 Nr. 7.

24 Geb. 12.1.1890 Sollwig, gest. 15.3.1967 Schleswig; Verwaltungsbeamter auf Helgoland, Bürgermeister in Wedel, Regierungsrat im Innenministerium.

25 LASH Abt. 399.1341 Nr. 1.

chiv auch einige Nachlässe vorliegen, so von Pastor Johannes Schmidt-Wodder[26] und Richard Ortmann[27].

Als Beispiel für einen solchen Aktiven schilderte der bekannte Sprachwissenschaftler Otto Bremer[28] aus Halle sehr empört seine Erlebnisse auf Föhr und schrieb am 11. März 1920 an den Deutschen Ausschuss in Flensburg:

> „Ausgewiesen bin ich, weil ich dänischen Rednern gegenüber dem deutschen Standpunkt deutlich zum Ausdruck gebracht habe […] Die Bevölkerung von Föhr und Amrum [...] nimmt sicherlich für mich Partei und glaubt an die Harmlosigkeit meines Besuches. Dazu bin ich zu oft dort gewesen und habe mit den Leuten wie ein Freund verkehrt. Sie sind mir, auch die Dänenfreunde, noch heute dankbar für die Büchlein, die ich in ihrer friesischen Sprache herausgegeben habe. […] Hätte ich es darauf angelegt, würden die Polizisten mich vielleicht nie gekriegt haben; denn kein Eingeborener hätte meinen Aufenthalt verraten […] Die beiden Polizisten, die von Tondern kamen und den Auftrag hatten, mich sofort über die Grenze zu bringen, nahmen von Wyk nach Dagebüll […] ein Motorboot, das 150 Mark kostete […] Verhaftet wurde ich […] in Oldsum im Gasthof […] Im Auto über Niebüll nach der Grenze bei Enge [gebracht]. Bei der Brücke wurde ich mit meinem ganzen Gepäck auf freiem Felde abgesetzt […] Mir scheint es nicht in der Ordnung zu sein, dass ich nicht an einer Bahnstation oder in einem Gasthof abgesetzt wurde, vielmehr gezwungen war, in einer mir völlig unbekannten Gegend mit meinem schweren Koffer so lange herumzulaufen, bis ich ein Unterkommen fand. […] In diesem zu 9/10 dänisch gesinnten Dorfe [Utersum hielt ich …] eine kurze Ansprache in friesischer Sprache […], worauf wir das Schleswig-Holstein-Lied sangen […]. Montag Vormittag beim Frühstück erschien der mich verhaftende Polizist […] Mit deutschem Gruß.“[29]

Umstritten war, ob Bremer wirklich nur zu Sprachstudien auf Föhr war oder ob er nicht doch im Auftrag des Deutschen Ausschusses Reden halten sollte,

---

26 Geb. 9.6.1869 Tondern, gest. 13.11.1959 auf Petersholm; u.a. Mitbegründer des deutschen Wählervereins, Leiter des Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark und Vertreter der deutschen Minderheit im dänischen Reichstag.

27 Geb. 9.4.1879 Jersbek, gest. 16.2.1953 Niebüll; Seminarlehrer, später Studienrat; Leiter im Deutschen Verein für das nördliche Schleswig und im Schleswig-Holsteiner Bund.

28 Geb. 22.11.1862 Stralsund, gest. 8.8.1936 Halle; Germanist und Phonetiker.

29 LASH Abt. 399.41 Nr. 7.

was aber nicht zulässig war, da Rederecht wohl nur denen zustand, die auch selbst abstimmungsberechtigt waren.

Nach der Abstimmung waren die aus Nordschleswig zurückkehrenden Beamten, zum Beispiel die Lehrer und Lehrerinnen als wohl größte Gruppe, in ihren Schreiben an die Verwaltung nur mit den unmittelbaren Folgen der Abtretung für sie persönlich befasst (zum Beispiel: Wer bezahlt die Umzugskosten?); zur Abstimmung und Abtretung selbst äußern sie sich gar nicht und machen keine emotionalen Bemerkungen. Typisches Beispiel ist ein Brief des Lehrers Petersen[30] vom 15. September 1921:

> „Ich war Lehrer in Gravenstein und musste nach der Abtretung meinen Dienst dort verlassen. Blieb aber bis zum letzten Tag und erst Oktober 1920 trat ich meinen neuen Dienst hier in Altona an. Ich habe also Monate lang mit meiner Familie im schon abgetretenen Gebiet leben müssen und alles mit Kronen bezahlen, obgleich ich von der Regierung mein Gehalt nur in M[ark] erhielt."[31]

Das ist der typische Tenor der Schreiben der versetzten Beamten. Niemand äußerte sich, wie sehr er es schmerzlich bedauerte, Nordschleswig verlassen zu müssen oder ähnliches.

Arno Dietrich,[32] Lehrer an der Landwirtschaftlichen Schule in Tondern, schrieb unmittelbar am Tag nach der Abstimmung eine Postkarte und machte sich noch Hoffnungen: „Die Abstimmung ist nun vorüber […] Tondern hat sich gut gehalten und eine gewaltige deutsche Mehrheit erzielt. Hoffentlich hat das, da ja Tondern an der Südgrenze der 1. Zone liegt, auch praktische Folgen!"[33]

Nein, das hatte es natürlich nicht! Auch die Landwirtschaftsschule Tondern wurde dann im September 1920 nach Niebüll verlegt.[34]

Die preußische Verwaltung reagierte erwartungsgemäß äußerst sachlich – eben preußisch-nüchtern – auf die Abstimmung und ihr Ergebnis. Alles ist lediglich eine Frage der Organisation und Abwicklung. Vor und weiter nach der Abtretung werden die ganzen praktischen Fragen der Grenzregelung

30 Karl Bernhard Petersen, geb. 7.11.1867 Almdorf (Ksp. Breklum), gest. 13.10.1962 Hamburg; 1911–1920 Lehrer in Gravenstein, 1920–1932 Lehrer, zuletzt Konrektor, in Altona.

31 LASH Abt. 309 Nr. 24859.

32 Geb. 27.3.1893 Hardisleben (Thüringen), gest. 8.5.1954 Hamburg-Fuhlsbüttel; Landwirtschaftsstudium an der Universität Jena, 1919–1920 Lehrer an der Landwirtschaftlichen Schule in Tondern.

33 LASH Abt. 399.1439 Nr. 1.

34 LASH Abt. 301 Nr. 1410.

und vor allen auch vermögensrechtlichen Auseinandersetzung der Übertragung des Staatseigentums in der ersten Zone an Dänemark geregelt. Dafür musste zunächst der Wert des gesamten Staatseigentums festgestellt werden; dazu gehörten die Forsten, Waldarbeiterhäuschen, Schulgebäude der Gymnasien und Realschulen, Dienstwohnungen, Seezeichen, selbst jegliches Inventar wie Schutzbrillen, Harken, Musikinstrumente und so weiter und so fort. Die Wertermittlung erfolgte in Goldmark nach Friedenswert 1914 und war wichtig für die Kriegslastenkommission und den Wiedergutmachungsausschuss wegen der Gutschrift und Anrechnung über die abgetretenen Vermögenswerte des Staates.

Die Ordnung sei sowieso auf jeden Fall aufrechtzuerhalten; das wiederholt sich immer wieder in den amtlichen Schreiben. So betonte auch Regierungspräsident Pauli in seiner Ansprache vor seinen Beamten am 15. März 1920: „Meine Pflicht […] ist es in erster Linie mit allen Mitteln für Ruhe und Ordnung in der Bevölkerung besorgt zu sein."[35]

Es ist ein durchaus überraschendes Ergebnis, dass die Volksabstimmung und die Abtretung die „normalen" Menschen in der zweiten Zone zumindest in ihren unmittelbaren Selbstzeugnissen doch nicht so stark bewegt haben, wie die emotionalen Zeitungsartikel, die Wahlplakate, die Propaganda et cetera in der heutigen Erwartung eigentlich nahelegen. Resigniertes Bedauern war das vorherrschende Gefühl.

Der schon erwähnte Lehrer Hans Möller in Halstenbek, der aus dem Kreis Sonderburg stammte, stimmte aus familiärer Rücksichtnahme selbst gar nicht ab; er schrieb am 11. Februar 1920 in sein Tagebuch: „An der gestrigen Abstimmung nahm ich nicht teil, um mich nicht in einen Gegensatz zu Eltern und Geschwistern zu setzen. Die 1. Zone ist für Deutschland verloren."[36] Hier ging also anscheinend der Grenzkampf mitten durch die Familie.

Ein emotionales Beispiel kann hier aber doch vorgestellt werden. Dabei handelt es sich um die „Jugenderinnerungen eines Nordmarkers aus dem politischen Leben seiner nordschleswigschen Heimat", der 1859 in Hadersleben geboren wurde und diese Erinnerungen 1935 niederschrieb; leider anonym.[37] Er schrieb:

---

[35] LASH Abt. 399.1303 Nr. 1.

[36] LASH Abt. 399.48 Nr. 4.

[37] Es konnte ermittelt werden, dass es sich um Julius Waßner, geb. 3.12.1859 Hadersleben, gest. 22.10.1939 Magdeburg; Provinzialschulrat, handelt.

„In der ersten Zone standen die Aussichten der Deutschen von vornherein ungünstig, was […] nicht wundernimmt, zumal nur nach ganz einseitig das Dänentum fördernden Wahlbestimmungen vorgegangen werden sollte. Am 10. Februar 1920 war der ominöse Abstimmungstag der ersten Zone. Tapfer und opferfreudig hatten die dortigen Deutschen alles getan, um das Ergebnis so günstig wie möglich zu gestalten. Von allen Seiten strömten die Wahlberechtigten aus Deutschland gen Norden. Ich kam von Magdeburg, mein Bruder sogar von Zürich. Der Tag selbst gehört zu den trübsten meines Lebens. Äusserlich war ein Hundewetter. Trotzdem schlossen sich die Deutschen am Vormittag zu einem Demonstrationszug durch die Stadt [Hadersleben] zusammen. Es war ein trauriger Gang, denn nie hätte ich es für möglich gehalten, die alte Vaterstadt je wieder in einem Meer der Danebrogs versinken zu sehen. Allerdings hatten die Dänen auch das einzelne Haus oft mit 5 Flaggen behängt, die ihnen aus Dänemark geschickt waren, während die Deutschen sich zurückhielten. Dazu aber wehte von der hochgelegenen Kaserne die französische Trikolore der Wachttruppe, ein Anblick, der für einen Mann, der 1870 hier erlebt hatte, unendlich schmerzlich wirken musste. […] Die Abstimmung selbst ging rasch von statten, da die Papiere in Ordnung und alle Vorbereitungen tadellos getroffen waren. […] Ich bin damals mit einem überaus bitteren Gefühl heimgekehrt, und ich habe mich bis jetzt nicht entschließen können, die Vaterstadt wiederzusehen. […] mein anderer Bruder, Pastor im Grenzdorf, wusste, dass wenn er überhaupt zur Wahl ginge, das schon genügen würde, ihn von der Gemeinde zu scheiden. […] er [hat] sich damals lange gefragt, ob er nicht aus religiösen Gründen bei seiner Gemeinde, in der er ein gesegnetes Arbeitsfeld hatte, bleiben und sich daher der Stimmabgabe enthalten müsste. Er hat es nicht getan; er hat seine Stimme abgegeben; die einzige deutsche im ganzen Dorf. Damit war sein Schicksal besiegelt. Es dauerte nicht lange, da musste er zum Wanderstabe greifen und im südlichen Holstein ein neues, sehr viel schwereres Ackerland zu bearbeiten anfangen. Aber seine Entscheidung hat er nie bereut; er glaubte, dies Opfer seinem Vaterland und seinem Elternhaus […] sowie den großen Erinnerungen seiner Vergangenheit schuldig zu sein.“[38]

[38] Es handelt sich hier um Wilhelm Waßner, geb. 26.7.1863 Hadersleben, gest. 2.5.1924 Klein Wesenberg; 1914 Pastor in Fjelstrup (Kreis Hadersleben), 5.9.1920 Pastor in Klein Wesenberg (Kreis Stormarn); dort litt er unter der „so unkirchlichen" Gemeinde. LASH Abt. 399.67 Nr. 19.

Der ganz andere, leidenschaftlichere und pathetische Ton kommt natürlich daher, dass es sich hierbei um einen Deutschgesinnten der ersten Abstimmungszone handelte, dessen Familie unmittelbar betroffen war. Die bisher gezeigten eher distanzierten und resignierten Stimmen kamen dagegen alle aus der zweiten Zone oder aus dem restlichen Schleswig-Holstein.

Nachträgliche Empörung zeigt der Aufsatz der Hamdorfer Bauerntochter Magda Sievers[39], die einige Jahre später, um 1926 in Rendsburg aus dem Unterrichtsstoff über die Folgen des Weltkriegs in ihr Schulheft schrieb, das dadurch allerdings kein Selbstzeugnis ist:

> „[Das] Selbstbestimmungsrecht der Völker entstand. […] Einige […] Länderteile wie Nordschleswig sind einfach überstimmt worden oder es ist nicht ganz einwandfrei zugegangen. Denn wir erkennen diese Abstimmung nicht an. […] Die Deutschen in Nordschleswig haben deutsche Schulen u[nd] Kirchen, deutsche Versammlungen u[nd] Vereine. Das gleiche Recht haben die Dänen. Sie breiten ihr Dänentum mit Speck u[nd] Kronen aus. Das geht leicht beim armen deutschen Volke. Das Selbstbestimmungsrecht erkennen wir nicht vollkommen an. Es gibt auch noch ein geschichtliches Recht. Haben denn die allein zu bestimmen, die jetzt im Volke leben? Nein, die vor u[nd] nach ihnen kommen, haben auch Anteil daran. Unsere Väter haben um ein Schleswig-Holstein […] hart gekämpft. Wir müssen auch dafür eintreten. Aber ohne Kampf haben sie die Grenze durch Schleswig gezogen. Nur mit dänischem Speck haben sie das Recht erschmuggelt."[40]

In Schleswig war der bereits mehrfach erwähnte Regierungspräsident Pauli über das Abstimmungsergebnis in der zweiten Zone erleichtert und erinnerte sich am Montag, dem 15. März 1920:

> „Sobald ich das schöne Abstimmungsergebnis in Flensburg erfuhr, ordnete ich die Beflaggung des Regierungsgebäudes an und es konnte dies nur mit der alten preußischen Dienstflagge geschehen, da […] eine schleswig-holsteinische blau-weiß-rote Fahne einfach nicht aufzutreiben war. […] Zum Schluß teilte ich dann [den Regierungsbeamten] das Abstimmungsergebnis

39 Geb. 6. März 1905 Hamdorf, gest. 20.1.1985 Hörsten; Landwirtin.

40 LASH Abt. 399.1432 Nr. 1.

> in der zweiten Zone mit und ließ die Versammlung in ein dreimaliges Hoch auf Schleswig-Holstein und das deutsche Vaterland ausklingen."[41]

Resignation spricht auch aus dem Protokoll des Lehrervereins Bornhöved[42] vom 21. Februar 1920:

> „[Lehrer] Christiansen[43] berichtete […] über die Abstimmung in der 1. Zone […], seinen Aufenthalt […] in seinem Geburtsort Mögeltondern und über die Stimmabgabe […] und die Stimmung der Deutschen, die die Hoffnung nicht aufgeben werden, dass den Dänen der Raub wieder abgenommen werden wird. Es ist altes schleswigsches und holsteinisches Recht, das mit Füßen getreten ist."[44]

Auch diese Äußerung klingt sehr formel- und floskelhaft und nicht wirklich berührend oder individuell. Es ist sofort deutlich, dass diese Quelle kein Selbstzeugnis ist.

Es gibt aber auch durchaus anerkennende Äußerungen den Dänischgesinnten gegenüber: So hielt Johann Ohrtmann in seinen autobiografischen Aufzeichnungen zur Abstimmungspropaganda fest: „Es wurden viele Reden gehalten – Dänen sind, was mir spätere Erfahrungen gelehrt haben, sehr abgehärtet im Anhören von Reden!"[45]

Oder Marie Söhrnsen[46] aus Flensburg schrieb am 12. Februar 1920 in einem Brief: „Wie überwältigend die dänischen Stimmen. Ich habe ja keine Sekunde daran gezweifelt. Ich lebte ja Jahrzehnte mit den führenden Dänen und kannte ihre Wünsche, ihre Hoffnung und ihre Zähigkeit."[47]

---

41 LASH Abt. 399.1303 Nr. 2.

42 Der Lehrerverein für Bornhöved und Umgegend wurde 1871 gegründet und hatte die Aufgabe, das Wohl der Schule und des Lehrerstandes sowie das kollegiale Leben unter den Lehrern und Lehrerinnen zu fördern. Die Arbeit des Vereins bestand satzungsgemäß vor allem „in Vorträgen und Lehrproben".

43 Nis Christiansen, geb. 25.4.1891 Mögeltondern, Lehrer in Belau, Ksp. Bornhöved, 1919–1920.

44 LASH Abt. 422.57 Nr. 2.

45 LASH Abt. 399.1207 Nr. 10.

46 Geb. 30.5.1867 Flensburg, gest. 29.12.1951 Flensburg.

47 LASH Abt. 399.122 Nr. 79.

Und auch von offizieller Seite der französische Kommissar Paul Claudel[48] an seinen Außenminister vom 9. Februar 1920[49]:

> „Man bewundert wirklich, dass diese Handvoll armer Bauern […] 56 Jahre lang allen Anstrengungen der mächtigen preußischen Verwaltung [...] hat widerstehen können. Der Däne, nicht glänzend von Anblick, recht langsam in seinen Ideen und seinen Entscheidungen, hat darin alle starken Qualitäten seines Volkes gezeigt. Nicht nur konnte man ihm seine Ländereien nicht entreißen, sondern er hat […] das Mittel gefunden, sie dem deutschen Eroberer wieder wegzunehmen. […] Die geballte Kraft des Bismarck-Reiches hat sich ohnmächtig gegenüber einer Handvoll Bauern gezeigt […].“[50]

Die „normal” deutsch gesinnten Schleswiger und Schleswigerinnen hatten demgegenüber resigniert. So heißt es dann auch in dem Brief eines früheren Kriegskameraden an Anton Schifferer[51] vom 7. November 1920: „Über die allgemeine Misere unseres […] Deutschlands zu schreiben und zu klagen, hat wohl wenig Zweck.”[52]

Es galt jetzt, nach vorn in die Zukunft zu schauen! So wie es Professor Karl Gustav Rendtorff[53] im August 1920 in einem Brief ausdrückte: „Ich versuche nun, mich in das neue Deutschland einzugewöhnen. […] Mein Interesse gilt nicht so sehr der Vergangenheit – die alte Zeit ist endgültig verschwunden und dahin [...].”[54]

„Die alte Zeit” war tatsächlich verschwunden und überwunden. Die weitere einhundert Jahre lange Entwicklung im deutsch-dänischen Verhältnis führte zu der im vergangenen Jahr gemachten Anregung der dänischen Kulturministerin, das Zusammenleben von Dänen und Deutschen in der Grenzregion auf die Unesco-Liste des immateriellen Kulturerbes zu setzen.

48 Geb. 6.8.1868 Villeneuve-sur-Fère, gest. 23.2.1955 Paris; französischer Schriftsteller, Dichter und Diplomat.

49 Im Original in französischer Sprache; Übersetzung von Bettina Dioum; s. a. „‚Es ist eine ziemlich traurige Flachlandgegend ...‘ „ Eindrücke des französischen Kommissars aus dem Abstimmungsgebiet vom 9. Februar 1920”. In: „Zwischen Eider und Wiedau”-Heimatkalender Nordfriesland 2008, S. 92–96.

50 Archiv des Französischen Außenministeriums in Paris, Série A Paix Nr. 206.

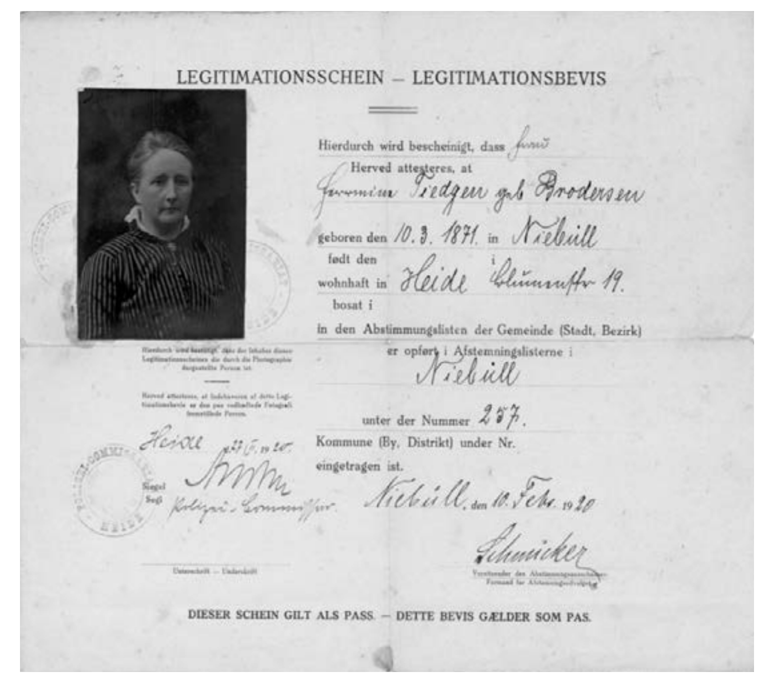
51 Geb. 12.9.1871 Kiel, gest. 20.7.1943 Charlottenhof; Gutsbesitzer und Politiker.

52 LASH Abt. 399.70 Nr. 116.

53 Geb. 28.6.1864 Preetz, gest. 5.5.1945 [Palo Alto]; Professor an der Universität Stanford, USA.

54 LASH Abt. 399.48 Nr. 289.

Das erfolgreiche Modell des heutigen Miteinanders von Minderheiten und Mehrheiten in unserer Grenzregion sei uns eine Inspiration und der Welt ein anschauliches und positives Praxisbeispiel der Verständigung.



LEGITIMATIONSSCHEIN – LEGITIMATIONSBEVIS

Hierdurch wird bescheinigt, dass Frau
Herved attesteres, at
Hermine Tiedgen geb. Brodersen
geboren den 10.3.1871. in Niebüll
født den i
wohnhaft in Heide Blumenstr. 19.
bosat i
in den Abstimmungslisten der Gemeinde (Stadt, Bezirk)
er opført i Afstemningslisterne i
Niebüll
unter der Nummer 257.
Kommune (By, Distrikt) under Nr.
eingetragen ist.

Niebüll, den 10. Febr. 1920

Schmücker

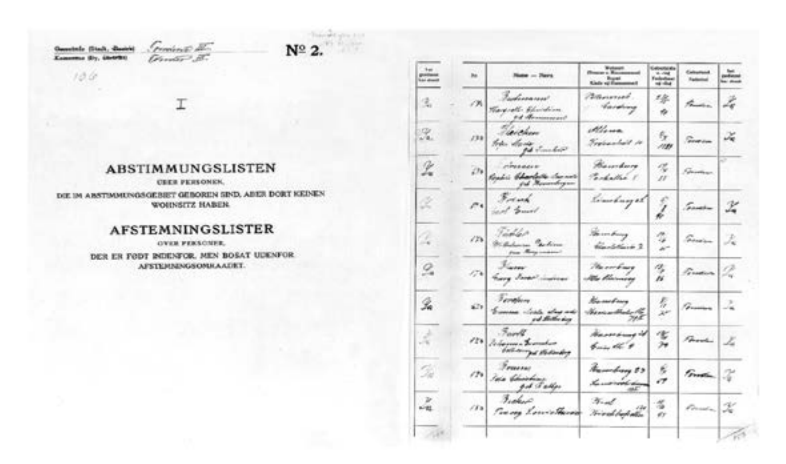
Siegel
Segl

Unterschrift – Underskrift

DIESER SCHEIN GILT ALS PASS. – DETTE BEVIS GÆLDER SOM PAS.

1: Legitimationsausweis Hermine Brodersen (LASH Abt. 399.1424 Nr. 1).

Legitimation for Hermine Brodersen (LASH Abt. 399.1424 nr. 1).



Nº 2.

I

ABSTIMMUNGSLISTEN
ÜBER PERSONEN,
DIE IM ABSTIMMUNGSGEBIET GEBOREN SIND, ABER DORT KEINEN WOHNSITZ HABEN.

AFSTEMNINGSLISTER
OVER PERSONER,
DER ER FØDT INDENFOR, MEN BOSAT UDENFOR AFSTEMNINGSOMRAADET.

2: Abstimmungsliste I des Abstimmungsbezirks Tondern III mit Eintrag Sophie Bleicken als Nr. 172 (Centre Historique des Archives Nationales, Paris (CHAN): J/11/9/2).

Stemmeliste I fra afstemningsdistrikt Tønder III hvor Sophie Bleicken er indført som nr. 172 (Centre Historique des Archives Nationales, Paris (CHAN): J/11/9/2).



3: Legitimationsausweis mit Fahne und Erläuterung (LASH Abt. 399.1341 Nr. 1).

Legitimation med flag og redegørelse (LASH Abt. 399.1341 nr. 1).



Gruß aus der deutschen
Stadt Tondern
am Abstimmungstag der 1. Zone
den 10. Februar 1920

Landwirtschaftliche Schule
Tondern Tel. 89

Ihr Lieben!

Die Abstimmung ist nun vorüber und
das Gesamtresultat werdet Ihr schon
kennen. Wie zu erwarten war, stellte
es eine dänische Mehrheit. Aber
Tondern hat sich gut gehalten und
eine gewaltige deutsche Mehrheit erzielt.
Hoffentlich hat das, da ja Tondern an
der Südgrenze der 1. Zone liegt, auch
praktische Folgen! – Ist Hedi gut gelandet?
Sie konnte sich wohl nur schwer von
Weimar losreißen! Im Briefe mehr.
Herzlichste Grüße Euer Arno.

4: Postkarte „Gruß aus der deutschen Stadt Tondern am Abstimmungstage" (LASH Abt. 399.1439 Nr. 1).

Postkort „En hilsen fra den tyske by Tønder på afstemningsdagen" (LASH Abt. 399.1439 nr. 1).



5: Plakat „Keiner kann sehen, wie Du stimmst" (LASH Abt. 417 Nr. 93).

Plakat „Ingen kan se, hvad du stemmer" (LASH Abt. 417 nr. 93).



6: Postkarte Regierungsgebäude (LASH Abt 2003.1 Nr. 9534).

Postkort der viser regeringsbygningen i Slesvig (LASH Abt. 2003.1 nr. 9534).



7: Karte mit den Ergebnissen der einzelnen Abstimmungsbezirke beider Zonen (LASH P 86).

Kort med resultaterne fra de enkelte afstemningsdistrikter i begge zoner (LASH P 86).

Folkeafstemningerne i lyset af private personarkiver i Landsarkivet for Slesvig-Holsten

Bettina Dioum

Denne artikel omhandler folkeafstemningen i 1920 i lyset af private arkivalier – især egodokumenter – i Landsarkivet for Slesvig-Holsten.

Hvad er egodokumenter (egenvidnesbyrd) egentlig for noget? Egodokumenter er frivilligt skrevne selvbiografiske tekster, der afspejler individuelle observationer, opfattelser, reaktioner og oplevelser, som berører en selv – og som ikke nødvendigvis behøver at være kendsgerninger. De opstår uden for administrative og juridiske sammenhænge. Egodokumenter findes for eksempel i form af dagbøger, breve og erindringer – og derfor især i private personarkiver, men sjældent i de offentlige arkiver. Egodokumenter er tilkendegivelser af individers verdensopfattelse og indsigt, især fra dem, der ellers altid udgør det såkaldte „tavse flertal"[1].

I modsætning hertil findes de „mere officielle" udsagn i form af interessedrevne gruppetilkendegivelser med ringe spor af individualitet. Med andre ord, snarere stereotype udsagn fra aktivister, for eksempel medlemmer af Det tyske Udvalg, der orienterer sig efter formuleringer fra grupper og siger, hvad der kunne forventes i forvejen. Disse handlinger og tanker findes allerede

---

[1] Herom f. eks. konferencerapporten „Ego-Dokumente: Annäherung an den Menschen in der Geschichte", udg. af Winfried Schulze, udgivet i Berlin 1996.

mange steder i litteraturen. I nærværende indlæg vil de derfor kun blive nævnt undtagelsesvis.

Der skal her redegøres for, om – og hvordan – afstemningen blev opfattet, forstået og behandlet af forskellige enkelte individer en afstemning, som trods alt betød en gennemgribende historisk forandring af hjemstavnen.

At gå på jagt efter udsagn om afstemningen i 1920 i Landsarkivets egodokumenter viste sig imidlertid at svare til at søge efter en nål i en høstak. Nærværende bidrag bliver derfor snarere en fortælling om et undersøgelsesresultat. Dette kan sammenfattes i tre punkter:

Dagbøger og breve fra afstemningsperioden findes der desværre overraskende få af i Landsarkivet – ikke mindst sammenholdt med dagbøger og breve fra tiden umiddelbart inden Første Verdenskrig, hvor Landsarkivet er i besiddelse af et væld af sådanne dokumenter[2].

Der er kun fundet skildringer fra tysksindede slesvig-holstenere i vore arkiver, om end dette næsten måtte forventes på forhånd – også, at de især kommer fra anden afstemningszone.

I disse meget få egodokumenter spiller afstemningen desuden kun en marginal rolle – den fortrænges nærmest af det såkaldte Kapp-kup, som foregik på samme tid som afstemningen i anden zone, idet dette kup vakte mere bekymring hos de politisk bevidste brev- og dagbogsforfattere. Faktisk er det kun de decideret politisk aktive, som kommer ind på afstemningen på en mere følelsesladet og detaljeret måde.

Indlægget her beskæftiger sig med det tredje punkt: Hvordan blev folkeafstemningen helt konkret opfattet i egodokumenterne? Landsarkivets omfattende samling af private personarkiver har her tjent som grundlag[3;] dog således, at undersøgelsesresultatet på grund af manglen på relevante kilder indimellem er blevet suppleret med andet materiale. Og det viser sig, at „de helt normale mennesker", i anden zone, „det tavse flertal", åbenbart havde andre personlige bekymringer i foråret 1920 og således – i det mindste i deres vidnesbyrd – mest af alt havde resigneret over for afstemningsspørgsmålet, for så vidt de overhovedet kom ind på det. Det var snarere inflationen, egne

---

2 „Der Erste Weltkrieg in Nachlässen des Landesarchivs Schleswig-Holstein". In: „Auskunft – Zeitschrift für Bibliothek, Archiv und Information in Norddeutschland", 40. Jg., 2020, Heft 1-2, S. 118–130.

3 Kommentierte Beständeübersicht des Landesarchivs Schleswig-Holstein – Bestandsaufnahme zum 150-jährigen Bestehen. Hrsg. von Rainer Hering (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein 120). Hamburg 2020.

arbejdsrelaterede bekymringer, Kapp-kuppet, den dermed forbundne generalstrejke eller andre foreteelser, som folk kom ind på – forhold, som på den ene eller anden måde påvirkede dem selv umiddelbart og direkte.

Nogle eksempler og dokumenter viser dette:

Helene Höhnk,[4] kendt kvindesagskvinde, hjemstavnsforsker, arkivar og forfatter fra Ditmarsken, noterer den 24. marts 1920 i sin dagbog: „Et lyspunkt […] er afstemningen i anden zone i Nordslesvig. Flensborg og den frisiske vesterhavskyst har overvejende vist sig at ville høre til Tyskland. – Et andet lyspunkt er det dejlige forårsvejr."[5]

Landmand Heinrich Lorenzen[6] fra Løvensted skriver i sine erindringer:

> „Som alle Tysklands nabolande ville også Danmark have fat i en del af det tyske fædreland". […] Løvensted var „det sydligste hjørne i anden zone og var i afstemningstiden besat af englændere, amerikanere og franskmænd. […] Ude på landet mærkede man sådan set ikke det store til denne besættelse […]. På det politiske område var det noget værre rod i denne tid – med den ene regering efter den anden. I marts 1920 var der ved afstemningen i anden zone et overvældende flertal for Tyskland […]. Jeg havde arbejde [...] på min fars gård og gik ikke særlig meget op i politik."[7]

En smule mere patetisk er i det mindste et vidnesbyrd fra jurist Theodor Söhrnsen-Petersen[8] fra Flensborg, der i januar 1920 på et postkort skriver: „[…] Vi håber, at slesvig-holstenerne mindes deres store fortid, og at den nuværende generation måtte vise sig den gamle værdig […] Gud er stærk – også i den svage. Således håber vi og beder om det; og ellers vil vi senere tilkæmpe os det på trods af det hvide hus."[9]

Lærersøn Erich Clausen[10] fra Nørre Haksted husker i det mindste: „Afstemningen om grænsedragningen mellem Tyskland og Danmark fik i 1920 sindene […] i kog på en måde, som man ikke skulle komme til at opleve nogensinde igen. […] Resultatet for Nørre Haksted var meget klart. […] Den tyske

4 Født d. 3.2.1850 i Sophienkoog, død d. 27.3.1944 i Büsum.
5 LASH Abt. 399.19 nr. 913.
6 Født d. 27.6.1897 i Løvensted, død d. 20.10.1955 smst.; gårdejer på Eiens.
7 LASH Abt. 399.150 nr. 11.
8 Født d. 19.6.1885 i Flensborg, død d. 7.11.1963 smst.; leder af kulturkontoret i Flensborg.
9 LASH Abt. 399.122 nr. 30.
10 Født d. 9.5.1926 i Nørrehaksted, skoleinspektør i Tønning.

afstemningssejr blev frem til 1933 hvert år markeret med et stort glædesbål."[11] Desværre kommer forfatteren ikke nærmere ind på, hvordan sindene var i kog – og giver heller ikke selv umiddelbart udtryk for det.

Hvad der for det meste er meget fremtrædende i skildringerne, er det såkaldte Kapp-kup,[12] der foregik samtidigt med afstemningen i anden zone og med hensyn til interesse og bevågenhed klart overgik denne – et kup, som nogle af samtidsvidnerne i øvrigt sympatiserede med. Således skriver gårdejer Claus von Drathen[13] i Kollmar ret detaljeret i sin dagbog:

> „7. februar 1920: […] Vi er nu midt i tiden med den slesvigske afstemning, afståelsen af Østpreussen […] og Ententens krav om udlevering – hvilken vanære og skændsel for vort stakkels fædreland! Og i spidsen for det hele en flok uduelige socialdemokrater og jøder, som fuldstændig mangler kendskab og også vilje til at gå ind for national fremgang […].
>
> 14. marts 1920: […] Et uventet omsving! Den socialistiske regering er blevet væltet af nogle beslutsomme højreorienterede mænd og har taget flugten – de militære tropper bakker den nye regering op […]. Forhåbentlig lykkes det for de nye mænd, først og fremmest generaler, at få fodfæste og holde arbejdermassen under kontrol. I hvert fald et skridt fremad henimod sundere forhold. Store dele af folket står endnu ligegyldigt hvis ikke fjendtligt over for denne udvikling.
>
> 16. marts 1920: Det hele er gået i stå […]. I anden zone er Slesvig-afstemningen endt i Tysklands favør. Forhåbentlg kan vi snart ryste alle disse fjendtlige indgreb i vort territorium af os igen.
>
> 18. marts 1920: Højre-fremstødet er brudt ynkeligt sammen. Tyskland er endnu ikke moden til en regering, som står fast."[14]

Også lærer Hans Möller[15] i Halstenbek noterer i sin dagbog:

---

11 LASH Abt. 399.254 nr. 110.

12 Den 13. marts 1920 iværksatte reaktionære modstandere af Weimar-republikken et fem dage langt kupforsøg med general Walther von Lüttwitz og generallandskabsdirektør Wolfgang Kapp i spidsen sammen med forskellige frikorps og enheder fra Reichswehr. Rigsregeringen flygtede fra Berlin. Der opstod generalstrejke over hele Tyskland; urolighederne kom også til at omfatte Slesvig-Holsten.

13 Født d. 29.3.1862, død 26.9.1933.

14 LASH Abt. 399.259 nr. 4.

15 Født d. 2.1.1877 i Avnbøl, død d. 19.7.1962; lærer, hjemstavnsforsker og arkivkustode.

> „13. marts […]: Aftenens nyheder [...] beretter om indsættelse af et militærdiktatur […] og den hidtidige regerings flugt.
>
> [14.] marts […]: Fra sangforeningens bal rejste Hedwig endnu [kl.] 5.45 om morgenen til Flensborg for at stemme […]
>
> [15.] marts [...]: I går og i dag […] generalstrejke for at demonstrere imod, at regeringen er blevet væltet […] [–] Hedwig kommer om aftenen hjem igen fra afstemningen […].
>
> [19] marts […]: Ro, orden og trafik er atter tilbage. Kapp-Lüttwitz-kuppet er løbet ud i sandet."[16]

En kort bemærkning om hans kone Hedwigs her nævnte deltagelse i afstemningen: I henhold til Versailles-traktatens bestemmelser var også kvinder stemmeberettigede som en absolut selvfølge.

Bestemmelserne sagde meget klart, at „enhver person er stemmeberettiget, uanset køn", for så vidt personen ellers opfyldte de øvrige betingelser. Kvindernes almindelige valgret i Tyskland var først blevet forankret i Weimar-republikkens grundlov kort tid forinden og var således en helt ny foreteelse i landet. Og ifølge afstemningsdokumenterne har kvinderne gjort omfattende brug af deres stemmeret.

Et eksempel på en kendt og lokalt fremtrædende stemmeberettiget kvinde var Sophie Bleicken[17] fra Tønder, som var enke efter den første preussiske landråd i byen og som tilmed havde været aktiv i den slesvig-holstenske opstand i perioden 1848–51. Fra sin bopæl i Altona rejste hun højt bedaget i en alder af 90 år til Tønder – hvor man ifølge fortællingerne ærbødigt lod hende være den første til at afgive sin stemme i hendes valglokale i stemmedistrikt Tønder III.

I et andet egodokument fortæller regeringspræsident Heinrich Pauli[18] sine detaljerede erindringer om den 13. marts 1920:

> „[…] Der går rygter om, at rigsregeringen er blevet væltet af Kapp og har taget flugten… Også min søn kom hjem med nyheden om, at regeringen

[16] LASH Abt. 399.38 nr. 4.

[17] Født d. 8.7.1829 i Tønder, død d. 22.4.1926 i Altona, se også „Sophie Bleicken und ihre Teilnahme an der Volksabstimmung 1920". I: „Zwischen Eider und Wiedau – Heimatkalender Nordfriesland 2006, 91–95.

[18] Født d. 17.7.1874 i Colmar, død d. 16.5.1953 i Berlin; 1919–1920 regeringspræsident i Slesvig-Holsten.

var blevet væltet […]. For mig selv, der fra første færd havde forudset de sværeste rystelser, var hele stemningen nu ødelagt. Jeg havde slet ikke længere nogen glæde ved de taler, som jeg ved banegården skulle holde for de afstemningsberettigede, der var indstillet på at høre den allerstørste patriotiske begejstring fra min side. […] Så ankom togene […] og jeg talte foran den tætpakkede folkemængde med højlydt og rungende røst, sagde, at der var fremgang i det tyske fædreland, at den 14. marts ville blive den første tyske sejr siden det frygtelige nederlag [...]. Men mit hjerte følte ikke det samme, som ordene udtrykte, for jeg fornemmede, at der i Berlin i selvsamme øjeblik var forbrydere, som var gået til værks og havde nedtrampet de spirende frø. Hvor generaler bedriver politik, er det […] som om elefanter bryder ind i en porcelænsbutik […].

[Jeg] begav [...] mig straks på vej til regeringen […]. Desværre var der på en lørdag eftermiddag næsten ingen embedsmænd tilstede [og] telefonomstillingen var lukket (idet omstillingsfrøkenen var kørt til Flensborg for at stemme)."[19]

Derimod ville Johann Ohrtmann[20], kendt lærer og pacifist, dengang midt i alt afstemningspostyret slet ikke rigtigt tro på det nyheden om Kapp-kuppet. I sine erindringer om afstemningen i Flensborg skriver han:

„[…] dagen før afstemningen stod jeg […] ved banegården for at organisere biler til de tilrejsende afstemningsberettigede, som havde lang vej. Da jeg afløste Sch. […], var han meget nedtrykt. Han havde hørt om Kapp-kuppet i Berlin og var nu bekymret for, at dette statskup kunne komme til at koste os mange tusinde tyske stemmer – for hvem ville have lyst til at forblive i et statsvæsen, som efter en kort demokratisk periode nu atter var under kontrol af de reaktionære? Det var en tilfældighed og et held, at der ikke mere kunne nå at udkomme nogen avis. Danskerne lancerede nyheden om Kapp-kuppet i form af løbesedler, som de tysksindede imidlertid opfattede som en afstemningsmanøvre, som mange ikke rigtigt troede på."[21]

På det tidspunkt var folk naturligvis også selv opmærksomme på den overvældende medieinteresse, som Kapp-kuppet fik; således skriver en ikke nær-

[19] LASH Abt. 399.1303 nr. 2.

[20] Født d. 18.3.1898 i Flensborg, død d. 27.5.1978 i Kiel.

[21] LASH Abt. 399.1207 nr. 10.

mere navngiven person, en ven fra Berlin, til Richard Ortmann[22]: „Det er min fornemmelse, at der her [i Berlin] er en større interesse for kuppet […] end for afstemningen i II. zone."[23]

På den anden side findes der i mange private personarkiver i Landsarkivet materialesamlinger fra 1920, især avisudklip, propagandapostkort, plakater, løbesedler, sangbøger, fotografier samt også private personlige dokumenter vedr. folkeafstemningen, for eksempel den lille personlige samling tilhørende den preussiske regeringsembedsmand Georg Jessen[24], som han selv senere gav til Landsarkivet: Hans legitimationsbevis fra dengang og det lille flag, som han åbenbart selv havde syet og som han den 10. februar 1920 havde medbragt til Tønder og til sit oprindelige hjemsogn Hostrup – sådan skrev han selv i en vedlagt notits.[25]

Folk var naturligvis bevidste om afstemningstidens historiske betydning; selvfølgelig var de opmærksomme på den og havde et ønske om at notere den og holde den levende for kommende generationer. Men hvis de ikke ligefrem selv var direkte berørt af afstemningen, spillede den og afståelsen tydeligvis – også følelsesmæssigt – en langt mindre rolle i folks private betragtninger, end man kunne have forventet.

Naturligvis, som allerede nævnt, med undtagelse af dem, som var politisk aktive i perioden op til og i forbindelse med selve afstemningen. Det findes der også vidnesbyrd om i Landsarkivet – for eksempel fra pastor Johannes Schmidt-Wodder[26] og Richard Ortmann[27].

Som et eksempel på en sådan aktiv person beretter den kendte sprogforsker professor Otto Bremer[28] fra Halle yderst forarget om, hvad han måtte opleve på Før, og han skriver den 11. marts 1920 til Det Tyske Udvalg i Flensborg:

> „[…] Udvist er jeg blevet, fordi jeg overfor danske talere tydeligt har givet udtryk for den tyske holdning […] Befolkningen på Før og Amrum [...]

---

22 Født d. 9.4.1879 i Jersbek, død d. 16.2.1953 i Nibøl; kursuslærer i Tønder, adjunkt i Nibøl, lederpost i Deutscher Verein für das nördliche Schleswig og i Schleswig-Holsteiner Bund.

23 LASH Abt. 399.41 nr. 7.

24 Født d. 12.1.1890 på Solvig, død d. 15.3.1967 Slesvig; forvaltningsembedsmand på Helgoland, borgmester i Wedel, regeringsråd i Indenrigsministeriet.

25 LASH Abt. 399.1341 nr. 1.

26 Født d. 9.6.1869 i Tønder, død d. 13.11.1959 på Petersholm; bl. a. medstifter af den tyske vælgerforening, leder af foreningen for tysk fredsarbejde i Nordmark og repræsentant for det tyske mindretal i den danske rigsdag.

27 Jf. note 22.

28 Født d. 22.11.1862 i Stralsund, død d. 8.8.1936 i Halle; germanist og fonetiker.

> vil sikkert give mig medhold og tro på, at mit besøg var harmløst. Jeg har været der for ofte til at tro noget andet, jeg har haft samkvem med folk derovre som en ven. De er, og det gælder også danskervennerne, mig stadig taknemmelige for de små bøger, som jeg har udgivet på deres frisiske sprog. […] Hvis jeg havde haft det i sinde og lagt op til det, havde politifolkene måske aldrig fået fat i mig, idet ingen af de lokale ville have røbet mit opholdssted […] De to betjente, som kom fra Tønder og havde ordre til omgående at få mig over grænsen, havde til brug for turen fra Wyk til Dagebøl […] taget en motorbåd, som kostede 150 mark […] Arresteret blev jeg […] på kroen i Oldsum […] I bil via Nibøl [kørt] til grænsen ved Enge. Ved broen blev jeg sat af ude på åben mark med al min bagage […]
>
> Jeg finder det ikke i orden, at jeg ikke blev sat af ved en jernbanestation eller en kro, men tværtimod var tvunget til at flakke om med en tung kuffert i et for mig aldeles ukendt område i lang tid, indtil jeg omsider fandt et logi. […] I denne for ni tiendedeles vedkommende dansksindede landsby [Uetersum holdt jeg] […] en kort tale på frisisk, […], hvorefter vi sang Slesvig-Holsten-sangen […]. Mandag formiddag mens jeg indtog min morgenmad dukkede politibetjenten op og arresterede mig […] Med tysk hilsen."[29]

Der var delte meninger om, hvorvidt professor Bremer rent faktisk kun var kommet til Før med henblik på sprogforskning, eller om det alligevel ikke var Det Tyske Udvalg, som havde bestilt ham til at holde taler – hvilket imidlertid ikke var tilladt, da retten til at tale vistnok kun tilkom personer, som selv var afstemningsberettigede.

Efter afstemningen gik de embedsmænd, som flyttede fra Nordslesvig og sydpå, hvoraf lærerne nok var den største gruppe, i deres breve til forvaltningen kun op i de følger, som afståelsen umiddelbart fik for dem personligt (for eksempel: hvem betaler flytteudgifterne?); afstemningen og afståelsen som sådan kom de derimod overhovedet ikke ind på og fremkom heller ikke med følelsesmæssige bemærkninger desangående. Et typisk eksempel er et brev fra en lærer Petersen[30] af 15. september 1921:

[29] LASH Abt. 399.41 nr. 7.

[30] Karl Bernhard Petersen, født d. 7.11.1867 i Almdorf (Ksp. Breklum), død d. 13.10.1962 i Hamborg; 1911–1920 lærer i Gråsten, 1920–1932 lærer og tilsidst vicerektor i Altona.

„Jeg var lærer i Gråsten og måtte efter afståelsen forlade min arbejdsplads dér. Forblev der dog helt til den sidste dag, og først i oktober 1920 tiltrådte jeg min nye post her i Altona. Jeg har således i flere måneder sammen med min familie måttet bo i det allerede afståede område og betale alle regninger i kroner, selvom jeg fra regeringen kun har modtaget min løn i m[ark]."[31]

Det er den typiske ordlyd i breve fra de bortflyttede embedsmænd. Ingen giver udtryk for at være smerteligt bedrøvet over at skulle forlade Nordslesvig eller lignende.

Arno Dietrich[32], lærer på landbrugsskolen i Tønder, skriver dagen umiddelbart efter afstemningen et postkort – og giver her stadig udtryk for forhåbninger: „Afstemningen er nu forbi [...] Tønder har klaret sig godt og opnået et overvældende tysk flertal. Idet Tønder jo er beliggende ved sydgrænsen af 1. zone, vil det forhåbentlig også få praktiske følger!"[33]

Nej, det fik det naturligvis ikke! Også Tønder landbrugsskole blev sidenhen i september 1920 flyttet til Nibøl.[34]

Som forventeligt reagerede den preussiske forvaltning yderst sagligt – på sædvanlig jordnær preussisk vis – på afstemningen og dens resultat. Det handler jo i virkeligheden altid kun om at få tingene organiseret og sidenhen afviklet. Inden og også efter afståelsen er det de helt praktiske spørgsmål om grænserelaterede forhold, der tages op – og her især formueretsliger aspekter ved at få overført de statslige ejendomme i første zone til Danmark. I den forbindelse måtte man først have opgjort værdien af de samlede statslige besiddelser, deriblandt skove, de små skovarbejderskure, ejendomme og bygninger hørende til gymnasier og realskoler, boliger til offentligt ansatte, sømærker... og såmænd også al form for inventar og tilbehør: Sikkerhedsbriller, haveredskaber, musikinstrumenter og så videre og så videre. Værdiopgørelsen foregik i guldmark i henhold til den såkaldte fredsværdi fra 1914 og var vigtig for krigsskadekommissionen og skadesgodtgørelsesudvalget i forhold til kreditnotering og modregning af statens afståede aktiver.

31 LASH Abt. 309 nr. 24859.

32 Født d. 27.3.1893 i Hardisleben (Thüringen), død d. 8.5.1954 i Hamborg-Fuhlsbüttel; læst til landbrug på universitetet i Jena, 1919–1920 lærer på landbrugsskolen i Tønder.

33 LASH Abt. 399.1439 nr. 1.

34 LASH Abt. 301 nr. 1410.

Og i det hele taget siger det jo sig selv, at der til enhver tid skal holdes orden i tingene – en henstilling, som går igen gang på gang i brevene fra forvaltning og embedsmænd. Således understreger også regeringspræsident Pauli på et medarbejdermøde med sine embedsmænd den 15. marts 1920: „Min pligt [...] består først og fremmest i med alle midler at sikre, at der er ro og orden i befolkningen."[35]

Det er ganske overraskende at kunne konstatere, at „almindelige" mennesker i anden zone, i hvert fald hvad deres umiddelbare refleksioner angår, alligevel ikke gik så meget op i folkeafstemningen og afståelsen, som de følelsesladede avisindlæg, valgplakater, propagandamidler og så videre set med nutidens øjne egentlig lagde op til og lod forvente. Stemningen er overvejende præget af resignation og beklagelse.

Den allerede nævnte lærer Hans Möller i Halstenbek, som oprindelig var fra Sønderborg-egnen, afstod af familiemæssige hensyn sågar fra at stemme – og skriver den 11. februar 1920 i sin dagbog: „Jeg deltog ikke i gårsdagens afstemning for ikke at fremkalde en modsætning mellem mig selv og mine forældre og søskende. For Tysklands vedkommende er den 1. zone tabt."[36] Så under grænsekampen gik der her åbenbart en skillelinje midt igennem familien.

Et enkelt følelsesladet eksempel kan imidlertid også fremdrages. Det drejer sig om „en Nordmark-beboers ungdomsminder fra det politiske liv i hans nordslesvigske hjemstavn", født i 1859 i Haderslev. Hans erindringer er nedskrevet i 1935, desværre anonymt.[37] Han skriver:

> „I den første zone var udsigterne på forhånd ikke for gode for tyskerne, hvilket [...] heller ikke kan undre, når der henses til, at afstemningen kun skulle foregå efter valgbestemmelser, som på en meget ensidig måde var til danskhedens fordel. Den 10. februar 1920 oprandt så den ildevarslende afstemningsdag i den første zone. Med tapperhed og offervilje havde de lokale tyskere gjort alt for at skabe så gunstigt et resultat som muligt. Og fra alle vegne i Tyskland strømmede de stemmeberettigede nordpå. Jeg kom fra Magdeburg, min bror sågar fra Zürich. Selve dagen hører til de bedrøveligste dage i mit liv. Udenfor var det et hundevejr. Alligevel fandt tyskerne om formiddagen sammen til et demonstrationsoptog gennem

35 LASH Abt. 399.1303 nr. 1.

36 LASH Abt. 399.48 nr. 4.

37 Det har imidlertid kunnet opklares, at det drejer sig om dr. Julius Waßner, født d. 3.12.1859 i Haderslev, død d. 22.10.1939 i Magdeburg; provinsundervisningsinspektør.

byen [Haderslev]. Det var en sørgmodig tur, for aldrig ville jeg have troet det muligt, at jeg nogensinde igen skulle se hjembyen synke ned i et hav af dannebrog. Men danskerne havde i mange tilfælde på et enkelt hus ophængt hele 5 flag, som de havde fået tilsendt fra Danmark, mens tyskerne var mere tilbageholdende. Og dertil kom, at man oppe på den højtbeliggende kaserne kunne se vagtkompagniets franske tricolore veje i vinden – et syn, som kun kunne være utrolig smertefuldt for en mand, der havde oplevet 1870 her. […] Selve afstemningen foregik i en håndevending, idet alle papirer var i orden og forberedelserne gennemført upåklageligt. […] Jeg rejste dengang tilbage med en følelse af umådelig stor bitterhed, og jeg har frem til i dag endnu ikke kunnet beslutte mig til at gense min fædrene by igen. […] Min anden bror, præst i en grænselandsby, vidste, at blot det, at han gik hen for at stemme, i sig selv allerede ville være nok til at ‚skille' ham fra sin menighed. […] han [har] dengang igen og igen spurgt sig selv, om det ikke var bedre, hvis han af religiøse grunde blev hos sin menighed, hvor han jo havde en velsignet gerning at passe, og således afstod fra at gå hen og stemme. Men han afholdt sig ikke, han afgav sin stemme – den eneste tyske i hele landsbyen. Dermed var hans skæbne beseglet. Og der gik ikke lang tid, før han måtte fatte vandringsstaven og tage ned til det sydlige Holsten for her at påbegynde et arbejde på et nyt og langt tungere og mere besværligt agerland. Dog således, at han aldrig har fortrudt sit valg. Han mente, at han skyldte sit fædreland og sit barndomshjem dette offer […] og desuden de stærke minder fra sin fortid."[38]

Denne anderledes, mere lidenskabelige og patetiske tone er naturligvis begrundet i, at der her er tale om en tysksindet person i første afstemningszone, hvis familie umiddelbart var berørt af begivenhederne. De hidtil gengivne udsagn, som snarere var resignerende og distancerede, kom derimod alle fra anden zone eller det øvrige Slesvig-Holsten.

Forargelse efter begivenhederne kommer til udtryk i et indlæg fra landmandsdatteren Magda Sievers[39] fra Hamdorf, der nogle år senere, omkring 1926, i forbindelse med skoleundervisning i Rendsborg omhandlede verdens-

[38] Der er her tale om Wilhelm Waßner, født d. 26.7.1863 i Haderslev, død d. 2.5.1924 i Klein Wesenberg; 1914 præst i Fjelstrup (Haderslev amt), 5.9.1920 præst i Klein Wesenberg (Kreis Stormarn), hvor han led under den „så ukirkelige" menighed, som fandtes dér. LASH Abt. 399.67 nr. 19.

[39] Født d. 6. marts 1905 i Hamdorf, død d. 20.1.1985 i Hörsten; landhusmor.

krigens konsekvenser, skriver følgende i sin opgavebog, der således ikke er et egentligt egodokument:

> „[…] Så opstod folkenes ret til selvbestemmelse. […] Nogle […] landsdele, såsom Nordslesvig, blev bare nedstemt, eller fremgangsmåden var ikke helt i orden. For vi accepterer nemlig ikke denne afstemning. […] Tyskerne i Nordslesvig har tyske skoler og kirker, tyske forsamlinger og foreninger. Samme ret har danskerne. De breder sig med deres danskhed, med flæsk og kroner. Det er jo nemt overfor det fattige tyske folk. Selvbestemmelsesretten vil vi ikke acceptere fuldtud. Der findes derudover også en historisk ret. Er det da kun den nulevende befolkning, som skal bestemme? Nej, dem, som kommer før og efter os, har også deres del i det. Vore fædre har […] kæmpet hårdt for et Slesvig-Holsten. Vi må ligeledes træde i karakter for det. Men uden kamp har de trukket en grænse gennem Slesvig. Kun med dansk flæsk har de tilsmuglet sig denne ret."[40]

I Slesvig er den flere gange nævnte regeringspræsident Pauli lettet over afstemningsresultatet i anden zone og beretter herom mandag den 15. marts 1920:

> „Så snart jeg fik det dejlige afstemningsresultat i Flensborg at vide, gav jeg ordre til at hejse flaget på regeringsbygningen, hvilket kun kunne ske med det gamle preussiske tjenesteflag, idet […] et slesvig-holstensk blå-hvid-rødt flag simpelthen ikke var til at opdrive. […] Tilsidst orienterede jeg [regeringsembedsmændene] om afstemningsresultatet i anden zone og bad forsamlingen udbringe et trefoldigt leve for Slesvig-Holsten og det tyske fædreland."[41]

Resignation er også at spore i referatet fra mødet lærerforeningen i Bornhöved[42] den 21. februar 1920:

> „[Lærer] Christiansen[43] fortalte […] om afstemningen i den 1. zone […], sit ophold […] i sin fødeby Møgeltønder samt stemmeafgivelsen […] og om

[40] LASH Abt. 399.1432 nr. 1.

[41] LASH Abt. 399.1303 nr. 2.

[42] Lehrerverein für Bornhöved und Umgegend etableredes i 1871 og havde som formål at fremme skolens og lærergerningens ve og vel samt det kollegiale liv blandt lærerne. Foreningens arbejde bestod ifølge vedtægterne i at „holde foredrag og give læringsprøver".

[43] Nis Christiansen, født d. 25.4.1891 i Møgeltønder, lærer i Belau, Bornhöved Kirchspiel, 1919–1920.

> stemningen blandt tyskerne, der ikke har til hensigt at opgive håbet om, at det frarøvede vil blive frataget danskerne igen. Det er gammel slesvigsk og holstensk ret, som er trådt under fode."[44]

Også denne tilkendegivelse minder meget om en formel eller floskel og lyder ikke virkelig følelsesladet eller individuel. Det ses straks, at denne kilde ikke er noget rigtigt egodokument.

Dog findes der også ganske anerkendende udtalelser om de dansksindede. Således noterer Johann Ohrtmann i sine autobiografiske optegnelser om afstemningspropagandaen: „Der blev holdt mange taler – danskere er, hvilket jeg har lært af senere erfaringer, meget hærdede, når det drejer sig om at lytte til taler!"[45]

Eller Marie Söhrnsen[46] fra Flensborg, som den 12. februar 1920 skriver i et brev: „Hvor overvældende med de danske stemmer. Jeg var jo ikke et sekund i tvivl om det. Gennem årtier levede jeg jo med de førende danskere og kendte deres ønsker, deres forhåbninger og deres ihærdighed."[47]

Men også officielle personer, for eksempel den franske kommissær Paul Claudel[48] skriver i en besked til sin udenrigsminister den 9. februar 1920[49]:

> „Det er virkelig at beundre, at denne håndfuld fattige bønder […] i en periode på 56 år har kunnet modstå alle den magtfulde preussiske forvaltnings anstrengelser. Danskeren, ikke særlig glansfuld i sit udseende og ret så langsom med hensyn til at have idéer og tage beslutninger, har som sådan markeret alle sit folks stærke kvaliteter. Ikke kun, at det mislykkedes at frarive ham sine jordbesiddelser, nej, han har endog […] fundet midlet til at fravriste dem fra den tyske erobrer igen. […] Bismarck-rigets samlede koncentrerede kraft har været i afmagt overfor en håndfuld bønder […]."[50]

---

44 LASH Abt. 422.57 nr. 2.

45 LASH Abt. 399.1207 nr. 10.

46 Født d. 30.5.1867 i Flensborg, død d. 29.12.1951 Flensborg.

47 LASH Abt. 399.122 nr. 79.

48 Født d. 6.8.1868 i Villeneuve-sur-Fère, død d. 23.2.1955 i Paris; fransk forfatter, digter og diplomat.

49 På fransk originalsprog, oversat af Bettina Dioum; se også „Es ist eine ziemlich traurige Flachlandgegend…" – Eindrücke des französischen Kommissars aus dem Abstimmungsgebiet vom 9. Februar 1920. In: Zwischen Eider und Wiedau – Heimatkalender Nordfriesland 2008, 92–96.

50 Det franske udenrigsministeriums arkiv i Paris, série A paix nr. 206.

Den „almindelige" tysksindede slesviger resignerede efter begivenhederne. Det kommer også til udtryk i et brev fra en tidligere krigskammerat til Anton Schifferer[51] af 7. november 1920: „At skrive om den generelle misere i vort […] Tyskland og klage over den er der nok ikke megen mening i."[52] For nu handlede det om at se fremad og møde fremtiden!

Eller som professor Karl Gustav Rendtorff[53] udtrykker det i et brev i august 1920: „Jeg prøver nu at vænne mig til at være i det nye Tyskland. […] Jeg har ikke så megen interesse i fortiden – de gamle dage er uigenkaldeligt borte og forbi [...]."[54]

Og „de gamle dage" er rent faktisk borte og overvundet. Den videre udvikling i de dansk-tyske relationer i løbet af de næste hundrede år mundede i 2019 ud i den danske kulturministers idé om at få sameksistensen mellem danskere og tyskere i grænseregionen optaget på Unescos immaterielle kulturarvsliste. Den vellykkede måde, mindretal og flertal omgås hinanden på i vores grænseregion, burde tjene til inspiration og i forhold til resten af verden udgøre en eksemplarisk, anskuelig og positiv rollemodel for gensidig forståelse og kommunikation med hinanden i hverdagen.

51 Født d. 12.9.1871 i Kiel, død d. 20.7.1943 i Charlottenhof; godsejer og politiker.

52 LASH Abt. 399.70 nr. 116.

53 Født d. 28.6.1864 i Preetz, død d. 5.5.1945 i [Palo Alto]; professor ved Stanford-universitetet, USA.

54 LASH Abt. 399.48 Nr. 289.

„Unser Kampf gilt der blutenden Grenze”

Nationalismus und Propaganda im deutsch-dänischen Grenzdiskurs (1920–1933)

Martin Göllnitz und Caroline E. Weber

Ein Europa ohne Grenzen – mit diesem Traum ist es vorerst vorbei.[1] Eine ganze Reihe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat im März 2020 aufgrund der SARS-CoV-2-Pandemie ihre Grenzen geschlossen und damit die wirkmächtige Denkfigur des „Primats der Außenpolitik” wiederbelebt. Diese Vorstellung von einer klaren Unterscheidung äußerer und innerer Sicherheit und daraus resultierender Grenzziehungen ist in vielen Fällen das Produkt neuer – häufig globaler – Sicherheits- und Unsicherheitswahrnehmungen.[2] In ihr spiegelt sich zugleich eine erneute Hochphase europäischer National-

1 Nationalismus – Propaganda – Kontinuität. Unter diesen drei Schlagworten sollte am 27.3.2020 ein Vortrag im Landesarchiv Schleswig-Holstein in Schleswig zum Abstimmungskampf in der zweiten Zone und zum Erfolg der NSDAP in Südschleswig und Schleswig-Holstein ab 1930 gehalten werden. Wie viele andere Projekte, die angesichts des hundertsten Jahrestages der Grenzabstimmungen von 1920, der dänischen Wiedervereinigung, und dem Entstehen der nationalen Minderheiten beiderseits der Grenze im nördlichsten Bundesland und im Königreich Dänemark geplant waren, musste auch die Tagung „Die Folgen von Schleswigs Teilung 1920/Følgerne af Slesvigs deling 1920” aufgrund der Sars-Cov2-Pandemie abgesagt werden. Die Verschriftlichung eines nicht gehaltenen Vortrags stellte die Autorin und den Autor vor neue Herausforderungen, denn der Zugang zu Archivmaterial und den Universitätsbibliotheken war im März und April 2020 ebenfalls nicht oder nur stark eingeschränkt möglich.

2 Siehe dazu Eckart Conze: Geschichte der Sicherheit. Entwicklung – Themen – Perspektiven. Göttingen 2018, 30–32, 132. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Primat der Innen- oder Außenpolitik liefert Ders.: Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt. Die

und Territorialstaatlichkeit, wie wir sie seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 und dem gleichzeitigen Aufstieg nationalistischer Parteien beobachten können. Allerdings waren Sicherheitsdynamiken schon immer Territorialisierungsdynamiken und unterlagen vor allem im 19. und 20. Jahrhundert der Logik des Statebuilding.[3] Ein Beispiel für diese Entwicklung stellt die deutsch-dänische Grenzregion dar, die ab der Mitte des 19. Jahrhunderts von zahlreichen Konflikten geprägt war und die das binationale Verhältnis Deutschlands und Dänemarks bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts prägte. Vor allem für die Bewohner und Bewohnerinnen der Grenzregion – natürlich beiderseits der Grenze – musste schon deswegen die Entscheidung der dänischen Regierung unter ihrer Ministerpräsidentin Mette Frederiksen vom 13. März 2020, die Grenze zu Deutschland ausgerechnet im Deutsch-Dänischen Kulturellen Freundschaftsjahr[4] auf unbestimmte Zeit zu schließen, ein mulmiges Gefühl hervorrufen.[5] Schließlich existiert seit dem 20. Jahrhundert ein regelrechtes „Grenz-Syndrom", um hier eine Formulierung von Vanessa Conze aufzugreifen, das Grenzen in regelmäßigen Abständen zu einem der zentralen Themen in der politischen Öffentlichkeit werden lässt und dabei gewissermaßen nationale Identitätsbildungsprozesse befördert – stets in Abgrenzung von den unmittelbaren Nachbarn.[6] Wie stark Grenzen dabei zu einem Bestandteil des

gesellschaftliche Dimension in der Internationalen Geschichte. In: Internationale Geschichte: Themen – Ergebnisse – Aussichten. Hrsg. von Wilfried Loth und Jürgen Osterhammel (Studien zur internationalen Geschichte 10). München 2000, 117–140.

3 Vgl. exemplarisch Daniel Lambach: Repräsentationen von Territorialität und internationale Ungleichheit. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 8 (2015), 243–269; Peter Haslinger und Dirk van Laak: Sicherheitsräume. Bausteine zu einem interdisziplinären Modell. In: Saeculum 68 (2018), 9–35.

4 In Dänemark wird der Anschluss Nordschleswigs als „Wiedervereinigung" gefeiert. Zahlreiche Informationen sowie das Veranstaltungsprogramm finden sich unter der URL: https://graenseforeningen.dk/om-graenselandet/graenselandets-historie/genforeningen-2020 (letzter Zugriff am 14.3.2022). Schleswig-Holstein begeht das hundertjährige Jubiläum der Volksabstimmungen von 1920 und das Bestehen der nationalen Minderheiten unter dem Motto „Gemeinsam über Grenzen", URL: https://www.gemeinsam-ueber-grenzen.de/DDV/DE/Home/home_node.html (letzter Zugriff am 8.4.2020). Darüber hinaus findet auf bilateraler Ebene erstmals ein kulturelles Freundschaftsjahr statt, URL: https://ddkultur2020.de/ (letzter Zugriff am 8.4.2020).

5 Siehe Cornelius von Tiedemann: Mette Frederiksen steht trotz fehlender Evidenz zur Grenzschließung. In: Der Nordschleswiger, 15.3.2020, URL: https://www.nordschleswiger.dk/de/daenemark-politik/mette-frederiksen-steht-trotz-fehlender-evidenz-zur-grenzschliessung (letzter Zugriff am 8.4.2020).

6 Vanessa Conze: Die Grenzen der Niederlage. Kriegsniederlagen und territoriale Verluste im Grenz-Diskurs in Deutschland (1918–1970). In: Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen. Hrsg. von Horst Carl, Hans-Henning Kortüm, Dieter Langewiesche und Friedrich Lenger. Berlin 2004, 163–184, 164.

nationalen Mythos stilisiert wurden, versucht der vorliegende Beitrag am regionalen Beispiel, konkret an der Instrumentalisierung der Volksabstimmungen von 1920 sowie dem schleswig-holsteinischen Grenzkampf zwischen 1920 und 1933, zu veranschaulichen.

Die noch während des Ersten Weltkrieges vom Deutschen Kaiserreich erhobene Forderung nach territorialen Zugewinnen war bei Kriegsende bekanntlich nur noch Makulatur, vielmehr sahen sich die Deutschen mit Grenzveränderungen konfrontiert, die das Staatsgebiet in erheblichem Maße beschnitten: Infolge der Vertragsregelungen von Versailles büßte das Deutsche Reich 1919 neben seinen Kolonien auch Elsass-Lothringen, Danzig, das Memelland, Westpreußen und das Hultschiner Ländchen ein. Im Rahmen der – teils manipulierten – Abstimmungen musste Deutschland weiterhin auch Eupen-Malmedy an Belgien, Teile Oberschlesiens an Polen sowie Nordschleswig an Dänemark abtreten. In Zahlen ausgedrückt verlor Deutschland durch diese Grenzkorrekturen insgesamt etwa siebzigtausend Quadratkilometer Land und ungefähr 7,3 Millionen Einwohner. Nach Conze verwob sich die Kriegsniederlage 1918 im kollektiven Gedächtnis der Deutschen auf mehreren Ebenen mit den territorialen Verlusten, wobei hier in erster Linie die Veränderung von nationalstaatlichen Zugehörigkeiten aufgrund der verschobenen Grenzverläufe zu nennen ist und was häufig die Diskriminierung neuer Minderheiten, zuweilen sogar Fluchtbewegungen und Vertreibungen zur Folge hatte.[7] Es verwundert daher nicht, dass Grenzfragen die deutsche Politik und Öffentlichkeit in der Zwischenkriegszeit wie kaum ein anderes Thema beschäftigten und im Sinne eines nationalen Identitätsbildungsprozesses dazu dienten, die Deutschen vom „Anderen", vom „Fremden" abzugrenzen.[8] Zugleich waren Grenzen seit jeher mit einem expansiven Element verbunden worden, weshalb auch die neuen Grenzverläufe keineswegs als statisch verstanden wurden.

Da sich Deutschland nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg vorerst mit der Rolle des besiegten Brandstifters abfinden musste, womit ein (außen-)po-

---

7 Ebd., 163f.

8 Zur identitätsstiftenden Wirkung von Grenzen vgl. exemplarisch Wilfried Heller: Grenzen und ihre Erforschung. Gegenstände, Fragestellungen, Zielsetzungen. In: Geopolitik. Grenzgänge im Zeitgeist, Bd. 1: 1890 bis 1945. Hrsg. von Irene Diekmann, Peter Krüger, und Julius H. Schoeps (Neue Beiträge zur Geistesgeschichte 1). Potsdam 2000, 325–350; Peter Weichhart: Territorialität, Identität und Grenzerfahrung. In: Grenze im Kopf. Beiträge zur Geschichte der Grenze in Ostmitteleuropa. Hrsg. von Peter Haslinger (Wiener Osteuropa-Studien 11). Frankfurt/Main 1999, 19–30; Daniel Nordman: Des limites d'État aux frontières nationales. In: Les lieux de mémoire, Bd. 2: La nation. Hrsg. von Pierre Nora. Paris 1986, 35–61. Zu weiteren Grenzfunktionen vgl. Andrea Komlosy: Grenzen. Räumliche und soziale Trennlinien im Zeitenlauf. Wien 2018.

litischer Machtverlust, die Demütigung durch die ehemaligen Kriegsgegner und allen voran eine erhebliche wirtschaftliche wie militärische Schwächung einhergingen, konnte eine Revision der neuen Außengrenzen nicht offensiv, sprich mit militärischen Mitteln angestrebt werden. Vielmehr verlagerte sich der „Kampf" gegen die veränderten Grenzverläufe, der nach Conze einem Aufbäumen gegen die Kriegsniederlage gleichkam, folgerichtig auf andere gesellschaftliche Bereiche: Rasch mutierte die Grenzfrage zu einer gesamtgesellschaftlichen Debatte, die Politik, Medien, Öffentlichkeit, Wissenschaften und diverse Interessengruppen umfasste.[9] Sie alle vereinte der Wille – im Gegensatz zur bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft –, die Kriegsniederlage nicht zu akzeptieren und die territorialen Verluste folglich als inakzeptabel zu betrachten.[10] Insbesondere an den territorialen Verlusterfahrungen im Osten entzündete sich nach 1920 der deutsche Grenzkampf, anscheinend mit gutem Grund: Während Schlesien zwischen Polen und der Tschechoslowakei „eingeklemmt" war, wurde Ostpreußen durch den „Polnischen Korridor" vom sonstigen Reichsgebiet isoliert.[11] Die relative Unsicherheit des deutsch-polnischen Status quo im Hinblick auf Danzig und Oberschlesien verschärfte die Grenzkampfmentalität der Deutschen zusätzlich. Obgleich die zwischenstaatlichen Konflikte in Bezug auf die übrigen Grenzräume einen deutlich weniger konfrontativen Charakter besaßen, erstreckte sich der Grenzdiskurs in unterschiedlichem Ausmaß bald auch auf den Westen und den Norden Deutschlands.[12]

Mit der Kriegsniederlage des Deutschen Reiches von 1918 gewannen die transformierten Grenzen somit kurz gesagt eine enorme politische, ideologi-

9 Vanessa Conze: „Unverheilte Brandwunden in der Außenhaut des Volkskörpers". Der deutsche Grenz-Diskurs der Zwischenkriegszeit (1919–1930). In: Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933. Hrsg. von Wolfgang Hardtwig (Ordnungssysteme: Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit 22). München 2007, 21–48, 21f.

10 Vgl. Michael Salewski: Das Weimarer Revisionssyndrom. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 30 (1980), 14–25; Hagen Schulze: Versailles. In: Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1. Hrsg. von Étienne François und Hagen Schulze. München 2001, 407–421, 414–421.

11 Vgl. Thomas Ditt: „Stoßtruppfakultät Breslau". Rechtswissenschaft im „Grenzland Schlesien" 1933–1945 (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts 67). Tübingen 2011, 74f.

12 Eine systematisierende Darstellung der Grenzkonflikte nach 1920 stellt noch immer ein Desiderat der Forschung dar. Vgl. bislang Marc Lengereau: Les frontières allemandes (1919–1989). Frontières d'Allemagne et en Allemagne: Aspects territoriaux de la question allemande. Bern 1990; Katarzyna Stoklosa (Hrsg.): Borders and Memories: Conflicts and Co-operation in European Border Regions (Mittel- und Ostmitteleuropastudien 13). Wien–Zürich 2019.

sche und symbolische Bedeutung.[13] Die neuartige Gewalterfahrung des Ersten Weltkrieges, die Besetzung und Entmilitarisierung des Rheinlandes, die territorialen Veränderungen durch den Versailler Vertrag sowie die Konflikte in den Grenzgebieten verliehen der Vorstellung räumlich-dynamischer Grenzen eine außerordentliche Aktualität, Attraktivität und Brisanz. Die Ereignisfolge der Nachkriegskrisen führte außerdem dazu, dass die Grenzen nicht länger eine zwischenstaatliche Normalität garantierten, sondern verstärkt als gewaltsam aufgezwungene Linien erschienen.[14] Vor allem für die völkische Rechte lag es daher nahe, diese Linie in einem Raum aufgehen zu lassen, in dem der Krieg „noch nicht verloren, die letzte Schlacht noch nicht geschlagen, das letzte Wort über die Grenzen noch nicht gesprochen" war.[15] Infolgedessen etablierten nationale Verbände und Freikorps die Schlagworte Grenzland und Grenzkampf als sprachliche Symbole des verlorenen Krieges, des demütigenden „Diktatfriedens" und der volksgemeinschaftlichen Bewusstwerdung.[16] Innerhalb des völkischen und nationalkonservativen Milieus entwickelte sich in den Nachkriegskrisen sogar eine eigene „Grenzlandideologie", die von politischen Gruppierungen und gesellschaftlichen Verbänden in weite Teile der Bevölkerung getragen wurde und der eine eigene Grenzrhetorik zugrunde lag.[17]

In Schleswig-Holstein erfuhr der Grenzkampf-Begriff nach der durch die Volksabstimmungen von 1920 zwischen Dänemark und Deutschland nach Süden gezogenen Grenze verstärkt im kultur- und geschichtspolitischen Bereich eine enorme Aufwertung.[18] Letztlich waren die Verhältnisse in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein aber kaum mit den deutsch-polnischen Auseinandersetzungen um Danzig und Oberschlesien vergleichbar. Der „Grenz-

13 Thomas P. Müller: Imaginierter Westen. Das Konzept des „deutschen Westraums" im völkischen Diskurs zwischen politischer Romantik und Nationalsozialismus (Histoire 8). Bielefeld 2009, 14f.

14 Theoretische Überlegungen zu Grenzen bei Steen Bo Frandsen: Grænser som linjer og rum. In: Europas grænser. Hrsg. von Steen Bo Frandsen und Dorte Jagetic Andersen. Aarhus 2018, 34–54.

15 Müller: Imaginierter Westen (Anm. 13), 15.

16 Conze: Grenzen (Anm. 6), 168–178; Ulrich Herbert: „Generation der Sachlichkeit". Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland. In: Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne. Hrsg. von Frank Bajohr, Werner Johe und Uwe Lohalm (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 27). Hamburg 1991, 115–144, 134ff.

17 Müller (Anm. 13), 15; ferner Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. 4. Aufl. München 1994, 222–250.

18 Jelena Steigerwald: Das Danewerk – ein historischer Erinnerungsort zwischen nationaler, regionaler und lokaler Aneignung. In: Gedächtnisräume. Geschichtsbilder und Erinnerungskulturen in Norddeutschland. Hrsg. von Janina Fuge, Rainer Hering und Harald Schmid (Formen der Erinnerung 56). Göttingen 2014, 183–200, 183.

kampf"-Begriff wurde in der schleswig-holsteinischen Region verstärkt als Gefahr im „staatlich-politischen und im Bereich des nationalen Fühlens"[19] wahrgenommen, wobei eine gewisse „Nordlandromantik" im kulturellen Sektor vorherrschend war.[20] Selbst das völkisch-nationalistische Milieu legte den Terminus weitaus weniger konfrontativ aus als im Osten des Reiches, wo die Grenzstreitigkeiten vom Kieler Neuzeithistoriker Carl Petersen noch im Jahr 1933 als „volkstumsvernichtend" eingestuft wurden.[21]

Vom Abstimmungskampf des Jahres 1920 …

Um den schleswig-holsteinischen Grenzkampf anhand der Schlagworte Nationalismus und Propaganda untersuchen zu können, erscheint es geboten, die Abstimmungsmodalitäten von 1920 sowie die konkrete Umsetzung der Volksabstimmungen in den Blick zu nehmen. Über das vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker,[22] das sich zunächst gar nicht auf die Region Schleswig bezogen hatte, gelangte das ehemalige Herzogtum als Abstimmungsgebiet in den Versailler Friedensvertrag. Demnach sollte die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark „in Übereinstimmung mit dem Wunsche der Bevölkerung festgesetzt" werden, wobei die endgültige Grenzführung von einem „internationalen Ausschuß vorgeschlagen" wurde, der sich an den Ergebnissen der Abstimmung zu orientieren hatte.[23] Der Vertrag regelte ferner die Abstimmungsmodalitä-

19 Carl Petersen: Deutsche Grenzlandprobleme. In: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 9 (1933), 3.

20 Siehe dazu auch Martin Göllnitz: Ein Schleswiger Museumsprojekt in den 1930er-Jahren. Geschichtspolitik im Widerspruch von Wissenschaft und Grenzrevanchismus. In: Demokratische Geschichte 26 (2015), 115–142, 115f.; Ders.: Tysk grænsekamp i København. De nordslesvigske akademikeres nationalpolitiske rolle i 1920-erne og 30-erne. In: Sønderjyske Årbøger (2018), 117–133. S. allgemeiner Steen Bo Frandsen: After the Great War. German-Nordic Relations Between Tradition and a New Beginning. In: Translating Scandinavia. Scandinavian Literature in Italian and German Translation 1918–1945. Hrsg. von Bruno Berni und Anna Wegener (Analecta Romana Instituti Danici 50). Rom 2018, 155–164.

21 Petersen (Anm. 19), 3.

22 Für weiterführende Literatur vgl. Alan Sharp: Versailles 1919. A Centennial Perspective. London 2018, 77–128; Zara Steiner: The Lights That Failed. European International History 1919–1933. Oxford 2005; Erez Manela: The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism. Oxford 1997; Seamus Dunn/Thomas G. Fraser (Hrsg.): Europe and Ethnicity. World War I and Contemporary Ethnic Conflict. London 1996.

23 Friedensvertrag von Versailles vom 28.6.1919, Abschnitt XII: Schleswig, Artikel 109 und 110.

ten und legte die räumlichen Grenzen der beiden Abstimmungszonen fest; eine internationale Kommission übernahm für die Dauer der Abstimmung die gesamte Verwaltungshoheit über das sogenannte „Plebiszit Schleswig". Gemäß Versailler Vertrag durfte bei den Volksabstimmungen ferner „jede Person, ohne Unterschied des Geschlechts", wählen, sofern bestimmte weitere Kriterien erfüllt waren.[24] Was in heutigen Demokratien ganz selbstverständlich erscheint, stellte freilich für viele Zeitgenossinnen und Zeitgenossen ein absolutes Novum dar. Nichtsdestotrotz traten viele Frauen im Rahmen der Abstimmungen selbstbestimmt an die Wahlurnen – wohl auch, weil sie von der Propaganda direkt und aktiv adressiert worden waren.

In der ersten Zone, die bis südlich von Tondern aber nördlich von Flensburg verlief, sich also an der sogenannten Clausen-Linie orientierte und somit den heutigen Grenzverlauf vorwegnahm, wurde am 10. Februar 1920 en bloc abgestimmt.[25] Aufgrund der zu erwartenden Dominanz der dänischen Gesamtmehrheit war schon für die Zeitgenossen offensichtlich, dass lokale Mehrheiten für Deutschland, die vor allem in den Städten lebten, keinerlei Berücksichtigung in der ersten Abstimmungszone finden würden. Mit Blick auf diese Modalitäten, die zahlreiche Konflikte in der Region und zwischen den beiden Nachbarstaaten evozierten, verwundert es letztlich nicht, dass sich in der ersten Abstimmungszone etwa 75 Prozent der Bevölkerung zu Dänemark und nur 25 Prozent zu Deutschland bekannten. Die Abstimmung in der zweiten Zone fand hingegen einen Monat später am 14. März 1920 statt und wurde im Gegensatz zur ersten Zone nicht en bloc, sondern gemeindeweise vorgenommen. In den einzelnen Städten und Gemeinden – darunter Glücksburg, Flensburg, Niebüll, Sylt, Föhr und Amrum – entschieden sich durchschnittlich achtzig Prozent der Einwohner und Einwohnerinnen für Deutschland. Der räumliche Zuschnitt der beiden Zonen sowie die unterschiedlichen Abstimmungsmodalitäten gelten daher auch als ursächliche Faktoren für die neue und bis heutige gültige Grenzziehung zwischen Deutschland und Dänemark.

---

[24] Ebd., Artikel 109/2. Allerdings galt für die im Vertrag geregelte Optionszeit nach der Grenzziehung die „Option des Ehemanns [auch für] die Ehefrau" (ebd., Artikel 113). Eine Studie, die sich mit der Bedeutung von Frauen in den europäischen Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg beschäftigt, ist nach wie vor ein Desiderat der Forschung.

[25] Dazu und zum Folgenden siehe exemplarisch Jan Schlürmann: 1920. Eine Grenze für den Frieden. Die Volksabstimmung zwischen Deutschland und Dänemark. Kiel 2019; Manfred Jessen-Klingenberg: Die Volksabstimmungen von 1920 im historischen Rückblick. In: Grenzfriedenshefte 3 (1990), 210–217.

Eine dritte Zone, wie sie die nationalistische Opposition gefordert hatte, lehnte die dänische Regierung dagegen ab. Nach Karl Heinrich Pohl überwand Dänemark auf diese Weise „sowohl die Position eines streng territorialen wie auch eines rein ethnischen Nationalismus zugunsten einer demokratischen Form der bewußten und willentlichen nationalen Selbstbestimmung".[26] Mithilfe des Versailler Vertrages und der Volksabstimmungen vom 10. Februar und 14. März des Jahres 1920 wurde somit eine demokratische Lösung der deutsch-dänischen Grenzfrage erzwungen, „die den alten funktionalen Nationalismus aushebeln konnte".[27] Nichtsdestotrotz wurde der Abstimmungskampf zunehmend von deutschen wie dänischen Nationalismen verschiedenster Ausprägung dominiert; Zeitgenossen und Zeitgenossinnen sprachen aufgrund der Schärfe der Auseinandersetzungen, die vorwiegend auf einer kulturpolitischen Ebene stattfanden und mit sprachlichen Mitteln ausgefochten wurden, daher auch von einem Grenzkampf. Die Konflikte um die neue Grenze verhallten nach der erfolgten Abtretung Nordschleswigs an Dänemark aber keineswegs, vielmehr nahm der deutsch-dänische Dualismus während der gesamten Dauer der Weimarer Republik noch an Fahrt zu. Aus diesem Grund widerspricht Martin Klatt den Schlussfolgerungen Pohls auch ganz klar: Die Abstimmungen von 1920 seien gewiss kein „Ruhmesspiel hoch entwickelter politischer Kultur" gewesen und hätten schon gar „nicht die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur im Grenzland gefördert".[28] Für Klatt gab mehrheitlich ein aggressiver Nationalismus den Ton der Wahlkampfrhetorik an, wie sich an diversen deutschen wie dänischen Presseerzeugnissen, Plakaten und Flugblättern nachzeichnen lässt – eine demokratisch-rationale Argumentation, wie Pohl sie zu erkennen glaubt, spielte nach Klatt dagegen keine wesentliche Rolle für die Abstimmungen.[29]

Auffällig ist, dass die Volksabstimmungen des Jahres 1920 von einer bis dahin ungekannten massenhaften Bildpropaganda in Form von meist farbi-

[26] Karl Heinrich Pohl: Demokratisches Schleswig-Holstein? Zur politischen Kultur bei den Volksabstimmungen 1920. In: Demokratische Geschichte 10 (1997), 105–124, 113.

[27] Ebd., 114.

[28] Martin Klatt: Nationale Volksabstimmung und demokratische politische Kultur ein Widerspruch? Kritische Anmerkung zum Artikel von Karl Heinrich Pohl: „Demokratisches Schleswig-Holstein? Zur politischen Kultur bei den Volksabstimmungen 1920". In: Demokratische Geschichte 11 (1998), 291–298, 297.

[29] Ebd., 293.

gen Plakaten geprägt waren.[30] Über zwanzig verschiedene Motive wurden von bekannten Künstlern wie Paul Haase (1873–1925), Harald Slott-Møller (1864–1937) oder Thor Bøgelund (1890–1959) entworfen und in den beiden Abstimmungszonen verbreitet.[31] Während für die erste Zone ein mehrheitlich prodänisches Abstimmungsergebnis zu erwarten war, gestalteten sich die Mehrheitsverhältnisse in der zweiten Zone, zu der auch Flensburg gehörte, weniger eindeutig, weshalb in den einzelnen Gemeinden – vor allem aber in der Hafenstadt – ein regelrechter Plakatsturm einsetzte.[32] Bemerkenswert ist ferner die Zweisprachigkeit vieler Plakate, die unabhängig ihrer jeweiligen Position oder Adressierung sowohl in deutscher als auch dänischer Sprache gedruckt worden waren, um die bislang noch unentschlossenen Wählerinnen und Wähler für eine Seite zu gewinnen. Im Gegensatz zu den klassischen Plakaten, bei denen Nationalismen überwogen, zeichneten sich diese Plakate durch verhältnismäßig viele ausformulierte Argumente aus.[33]

Wie Nina Jebsen in ihrer vergleichenden Betrachtung der europäischen Volksabstimmungen 1920/21 herausgearbeitet hat, zielte die Propaganda in den Abstimmungsgebieten darauf ab, „Einstellungen und Verhalten der Rezipienten miteinander zu verbinden und ‚richtige Handlungsoptionen' (also die ‚richtige' Wahl)" aufzuzeigen.[34] Der (Rück-)Gewinn von Territorien stellte somit das übergeordnete Ziel der jeweiligen Staaten dar; in der deutsch-dä-

---

30 Zum Propagandabegriff s. Nina Jebsen: Volksabstimmungen in Europa 1920/1921. In: Grenzfriedenshefte 59/2 (2012), 99–112, 100f.

31 Darstellungen der Plakate finden sich etwa bei Inge Adriansen/Immo Doege: Deutsch oder Dänisch? Agitation bei den Volksabstimmungen in Schleswig 1920. Gravenstein 2010. Eine Zusammenschau von 17 Plakaten und einigen großformatigen Farbabdrucken liefert Simon Kratholm Ankjærgaard: Genforeningen 1920. Da Danmark blev samlet. Kopenhagen 2019.

32 Neben Plakaten und Flugblättern, die hier exemplarisch vorgestellt werden, spielte die Tagespresse eine wichtige Rolle im Abstimmungskampf. Zur Presse s. Tobias Schmelzer: Die Volksabstimmungen in Schleswig als Kieler Medienereignis 1919/1920. Projektskizze zur Masterarbeit. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 97 (2019), 63–67. Die Masterarbeit soll durch die Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte publiziert werden und geht auch auf die Medienlandschaft im Abstimmungsgebiet ein.

33 Die genannten Plakate stellen freilich nur eine Auswahl dar. Eine Einteilung nach Themen findet sich in der zweisprachigen Quellensammlung „Der nationale Gegensatz/De nationale modsætninger 1914–1933", wo zwischen historischen, ökonomischen und sozialen Argumenten auf den Plakaten unterschieden wird. S. dazu Erich Hoffmann (Bearb.): Der nationale Gegensatz/De nationale modsætninger 1914–1933. Hrsg. vom Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte und dem Institut for grænseregionsforskning (Quellen zur Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion/Kilder til den dansk-tyske grænseregions historie 4). Apenrade 2001, 190–195.

34 Jebsen: Volksabstimmungen (Anm. 30), 100.

nischen Grenzregion verbildlichten Deutschland und Dänemark ihren Anspruch auf die Region Schleswig verstärkt mithilfe von Plakaten.[35] Innerhalb der Motivwahl überwogen solche Darstellungen, die „nationale und regionale Eigenarten und Eigenschaften als eine einende Klammer" hervorhoben beziehungsweise konstruierten.[36] Neben dem Territorium war also das dort lebende Volk gleichermaßen inkludiert, wenn es um den Gewinn oder den Verlust des Abstimmungsgebietes ging – oder anders gesagt: Die Abstimmungsplakate begründeten einen „nationalen Gebietsanspruch".

Das deutlichste Motiv nationalistischer Propaganda sind naturgemäß (National-)Flaggen, die in unterschiedlich starker Ausprägung auf den Plakaten der beiden Abstimmungszonen Verwendung finden. Der Dannebrog, die dänische Nationalflagge mit weißem Kreuz auf rotem Grund, ziert zahlreiche prodänische Plakate. In Verbindung mit der Darstellung von dänischen Landschaften sollten die Plakate „an ein Nationalgefühl und eine nationale Identität" appellieren, wobei sie nach Jebsen de facto „nur eine Stimmabgabe für die dänische Seite zuließen".[37] Auf Argumente verzichtete dieser Plakattyp zumeist und richtete sich vorwiegend an eine emotionale Ebene.

Beispielhaft lässt sich dies an einem Plakatmotiv von Thor Bøgelund verdeutlichen, das ein Kornfeld kurz vor der Ernte in kräftigen Farben, eine hügelige Landschaft sowie einen blauen, leicht bewölkten Himmel zeigt. Im Hintergrund sind zudem ein Haus mit gehisstem Dannebrog, ein kleines Waldstück und das brandende Meer zu erkennen. In der Bildmitte und zugleich als größtes Motiv sticht der gehisste Dannebrog hervor, der aus dem Kornfeld ragt. Komplettiert wird das Ganze durch die Inschrift „Stem dig Hjem" (Stimm dich Heim).

Ein weiteres Plakat von Bøgelund zeigt „Mutter Dänemark", die auf ihrer porzellanweißen Haut ein rotes Kleid trägt und überdies den Dannebrog hält. Ihr Kopf ist von einem goldenen Kranz umgeben. Im Hintergrund, der in unterschiedlichen Schwarztönen gehalten ist, lässt sich deutlich der Reichsadler ausmachen. Das Plakat verwendet somit zwei Staatssymbole, die für Zeitgenossen leicht zu deuten waren. Allerdings werden diese nicht mit ihrem

[35] Der Terminus (Rück-)Gewinn bezieht sich an dieser Stelle vor allem auf Deutschland, das über die Abstimmungspropaganda um Zone Zwei kämpfen musste, obgleich dieses Gebiet bis dato Teil des Deutschen Reichs war. Deutlich wird diese Sichtweise auch in der Tagespresse, wenn etwa in der Morgenausgabe der Kieler Zeitung vom 18.6.1920 von „Flensburgs Wiedervereinigung mit dem Reich" geschrieben wurde.

[36] Jebsen: Volksabstimmungen (Anm. 30), 100f. Dort findet sich auch das nachfolgende Zitat.

[37] Ebd., 107.

jeweils passenden Pendant dargestellt: So wäre etwa die Gegenüberstellung von „Mutter Dänemark" mit der Germania oder – in abwertender Absicht – dem deutschen Michel beziehungsweise die Paarung des Reichsadlers mit dem dänischen Löwen logisch gewesen. Stattdessen wird das Deutsche Reich mithilfe des Motivs dehumanisiert, da im Kontrast zu „Mutter Dänemark" ein tierisches, anstatt menschliches Nationalsymbol Verwendung findet. Der übergroße Reichsadler, gezeichnet in düsteren Farben, imaginiert gewissermaßen die drohende Gefahr, die vom Deutschen Reich auch nach dem Ersten Weltkrieg scheinbar ausging: Bedrohlich erhebt sich der Reichsadler mit seinen roten Augen im Hintergrund und überragt selbst „Mutter Dänemark". Mithilfe der in goldenen Lettern gehaltenen Bildinschrift wird außerdem ein Zugehörigkeitsgefühl zu Dänemark und eine bewusste Abkehr von Deutschland beschworen. Im Dänischen reimt sich der Spruch, der im Deutschen lautet: „Jetzt ruft Dänemark ihre Kinder. Leb wohl auf ewig, du deutscher Adler".

Im Gegensatz zum Danebrog spielte die deutsche Nationalflagge bei den Abstimmungen des Jahres 1920 eine untergeordnete Rolle, zumeist überwogen die schleswig-holsteinischen Farben Blau-Weiß-Rot. Die Region Schleswig-Holstein fungierte quasi als Stellvertreter für das Deutsche Reich, wobei Jebsen diese Zurückhaltung vor allem mit der Kriegsniederlage erklärt. Demnach war die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit noch zu geschwächt, um als wirksames Werbeargument zu funktionieren.[38] Es ist jedoch vielmehr anzunehmen, dass die schwarz-rot-goldene Reichsflagge der Weimarer Republik in erster Linie wohl deshalb nicht für die Abstimmungspropaganda infrage kam, weil die deutsche Bevölkerung ihr mehrheitlich distanziert bis ablehnend gegenüberstand und darüber hinaus das kollektive Gedächtnis der Deutschen keinerlei positive Emotionen mit der demokratischen Reichsflagge verband. Schon deswegen waren regionale Symbole in der deutschen Propaganda stärker verbreitet, zumal sich mit diesen die in der Region lebenden Menschen unmittelbar mit ihrer individuellen Identität ansprechen ließen, die im Falle Schleswig-Holsteins in weiten Teilen zudem positiv mit dem Deutschen Reich verknüpft war.[39]

---

38 Ebd., 108.

39 Siehe zum schleswig-holsteinisch-preußischen Verhältnis sowie zu den regionalen Besonderheiten und der dänischen Mehrheit in Nordschleswig Caroline E. Weber: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?" – Preußen in der Wahrnehmung der Schleswig-Holsteiner 1866–1920. In: Pflichthochzeit mit Pickelhaube – Die Inkorporation Schleswig-Holsteins in Preußen 1866/67. Hrsg. von Oliver Auge und Caroline E. Weber (Kieler Werkstücke A/55). Berlin 2020, S. 223–249.

In einigen wenigen, dafür sehr bekannten Fällen tauchte „Schleswig-Holstein" gemeinsam mit „Deutschland" auf. Als Beispiele sind die Plakate von Johann Holtz und Paul Haase zu nennen. Während Holtz die Regionalflagge mit dem in Fraktur geschriebenen Wort „deutsch" in dreifacher Nennung kombiniert,[40] zeigt ein Plakat von Haase einen Jungen, der in den Farben Schwarz-Weiß-Rot (und eben nicht in Schwarz-Rot-Gold) gekleidet ist und die schleswig-holsteinische Flagge in der Hand hält. Haases Plakat ist mit dem Satz „Ich bin deutsch" untertitelt und appelliert vorwiegend an Mütter, für die Zukunft ihrer Kinder abzustimmen.[41] Das von Johann Holtz erstellte Plakat wurde ausschließlich in der zweiten Zone genutzt und hatte eine enorm hohe Auflage von fünfzigtausend Exemplaren – andere Plakate hatten zum Teil nur eine Auflage von fünftausend bis zehntausend Stück. Das Plakat funktionierte zwischenzeitlich sogar als schleswig-holsteinische „Ersatzflagge", denn das Original durfte in der zweiten Zone zeitweise nicht gehisst werden. Die Druckgenehmigung lag aber schon vor Inkrafttreten des Verbots vor, weshalb das Plakat in der Folge massenhaft an Häusern und Zäunen prangte und auch in vielen Privathäusern hing.

Die regionale Trikolore auf den prodeutschen Plakaten verdeutlichte neben den territorialen Ansprüchen der beiden Nationen Dänemark und Deutschland auch die Bedeutung für die Region. Mit den Abstimmungen stand eine Teilung des ehemaligen Herzogtums Schleswig bevor, über die bereits im Rahmen der Friedensverhandlungen von 1864, ganz konkret aber nach 1866 mit Bezug auf den Prager Frieden lange diskutiert worden war und die sich die dänische Minderheit innerhalb der Provinz Schleswig-Holstein sehnlichst gewünscht hatte.[42] Bekanntlich kam es nach 1866 aber zu keiner Volksabstimmung und 1878 einigten sich Österreich und Preußen schließlich darauf, auch künftig keine Volksabstimmungen durchzuführen. 1920 stand

---

40 Auch auf jenen Stimmzetteln, auf denen „Danmark/Dänemark" bzw. „Deutschland/Tyskland" stand, war „Deutschland" in Fraktur gesetzt, wohingegen der prodänische Zettel eine Antiquaschrift mit Serifen nutzte. Eine Abbildung findet sich bei Kratholm Ankjærgaard (Anm. 31), 303.

41 Das Plakat adaptierte eine prodänische Motivversion und wurde in ähnlicher Machart auch in den deutsch-polnischen Abstimmungen verwendet. Vgl. das Titelblatt der Grenzfriedenshefte 59/2 (2012).

42 Zum Prager Frieden und seiner Bedeutung für Schleswig-Holstein und Dänemark s. Inge Adriansen: Art. „Paragraf 5". In: Sønderjylland A-Å. Hrsg. vom Historisk Samfund for Sønderjylland. Apenrade 2011, 291f.; sowie Mogens Rostgaard Nissen/Klaus Tolstrup Petersen: Die Minderheitenfrage im kaiserzeitlichen Schleswig-Holstein. In: Pflichthochzeit mit Pickelhaube – Die Inkorporation Schleswig-Holsteins in Preußen 1866/67. Hrsg. von Oliver Auge und Caroline E. Weber (Kieler Werkstücke A/55). Berlin 2020, S. 115–151.

also erstmals die Teilung Schleswigs an,[43] und mithilfe der schleswig-holsteinischen Farben beziehungsweise der Darstellung der Schleswiger Löwen wurde eine Untrennbarkeit impliziert, die in Schleswig-Holstein mit dem Schlagwort „Up ewig ungedeelt" bereits eine lange Tradition besaß.[44]

Die Verwendung von regionaler Symbolik für die nationale Propaganda wird ferner am Motiv des Flensburger Nordertors sichtbar, wobei sich das Wahrzeichen sowohl auf prodänischen als auch auf prodeutschen Plakaten finden lässt. Interessant ist hierbei die doppelte Nutzung der Sprache. In der prodänischen Version von Thor Bøgelund ist das Nordertor von einem rot-weißen Flaggenmeer umringt und im Vordergrund prangt das Stadtwappen Flensburgs. Darunter steht auf deutscher Sprache: „O Dania! Was glüht bei deinem Namen mir Wang und Busen durch. Ha! Es ist Dänenstolz – die Liebe zu dir mein Vaterland". Über die Sprache und die regionale Symbolik wurden somit auch diejenigen Flensburgerinnen und Flensburger angesprochen, die deutsch sprachen oder sich noch nicht für eine Seite entschieden hatten – auf diese Weise versuchte das Plakat, an ein unbewusstes Nationalgefühl zu appellieren. In der dänisch-sprachigen Ausführung findet sich hingegen der folgende Text: „I 1000 år var du Danmarks By. Du barn af Danmark, bliv dansk paany!" (1000 Jahre warst du Dänemarks Stadt. Du Kind Dänemarks, werde dänisch erneut!).

In der prodeutschen Version von Johann Holtz steht das Nordertor mit der Inschrift „Flensburg 14. März 1920" vor der schleswig-holsteinischen Trikolore, die sich im unteren Bildbereich noch zweimal in kleinerer Darstellung findet. Holtz betonte mit seinem Motiv vor allem die wichtige Rolle Flensburgs als größte Stadt innerhalb der zweiten Abstimmungszone sowie die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der Hafenstadt für die gesamte Region, die für ihn in erster Linie schleswig-holsteinisch und nicht deutsch oder dänisch war.

---

[43] Zu den Folgen für die Region Schleswig, worauf hier nicht weiter eingegangen werden kann, s. Steen Bo Frandsen: Den følte grænse. Slesvigs deling og genopbygning 1918–1933. In: Sønderjyske Årbøger (2010), 178–179; Ders.: Was ist aus Schleswig geworden? In: Heimat. Kulturwissenschaftliche, regionalgeschichtliche und ästhetische Zugänge. Hrsg. von Markus Pohlmeyer und Elin Fredsted (Flensburger Studien zu Literatur und Theologie 16). Hamburg 2019, 69–82.

[44] Das Schlagwort „Up ewig ungedeelt" tauchte allerdings nicht auf den Plakaten auf. Zur Bedeutung der Parole siehe Weber: Preußen (Anm. 39); Lena Cordes: Vom Zeugnis schleswig-holsteinischer Einheit zum Symbol für Frieden, Recht und Freiheit. Der Vertrag von Ripen als Erinnerungsort des Bundeslandes Schleswig-Holstein (bis 1960). In: Der Vertrag von Ripen 1460 und die Anfänge der politischen Partizipation in Schleswig-Holstein, im Reich und in Nordeuropa. Hrsg. von Oliver Auge und Burkhard Büsing (zeit + geschichte 24/Kieler Historische Studien 43). Ostfildern 2012, 221–240.

Wie eingangs erwähnt, nutzten Dänemark und Deutschland neben Plakaten auch Flugblätter und Notgeldscheine für ihren Abstimmungskampf.[45] Ab dem 11. März 1920, unmittelbar vor der Abstimmung in der zweiten Zone, zirkulierte beispielsweise in Flensburg ein Flugblatt, das sich vornehmlich an die „Deutsche[n] Arbeiter" richtete. Im Gegensatz zu den Plakaten war dieser Aufruf in Textform verfasst worden. Auffällig ist die häufige Verwendung des Terminus „deutsch" in dem Flugblatt. Insgesamt acht Mal, häufig in Doppelungen, nimmt der Text auf den „deutschen Arbeiter" und das „deutsche Volk" Bezug, wobei deren Verbundenheit wiederholt betont wird. Im Wortlaut heißt es:

> „Deutsche Arbeiter tut Eure Pflicht am Tag der Abstimmung! Kein deutscher Arbeiter darf den deutschen Volksstaat verraten, den er hat Schaffen helfen. […] Es ist eure Pflicht, deutsche Arbeiter und bleibt der Republik treu! Baut weiter mit uns am freien deutschen Volksstaate."[46]

Das Flugblatt rekurriert ferner auf die Verfassung der jungen Weimarer Republik sowie auf den „Kampf der Arbeiterschaft der ganzen Welt", wie er sich in der sozialdemokratischen Internationalen ausdrückte. Bewusst werden die Arbeiter aber nicht als „Sozialdemokraten" angesprochen, um niemanden auszuschließen und ein maximales Identifikationsmoment zu erreichen. Ein überparteiliches und gesamtgesellschaftliches Werben zeichnete auch die deutsche Presse aus, die ihre Aufrufe zusätzlich mit Kritik an den in Deutschland als ungerecht empfundenen Abstimmungsmodalitäten verknüpfte. Die sozialdemokratische *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung. Organ für das arbeitende Volk* schrieb beispielsweise am 21. Mai 1919 auf der Titelseite von einer drohenden „Vergewaltigung Schleswigs" und drückte damit ein gesamtgesellschaftliches Empfinden jenseits aller Parteizugehörigkeiten aus.[47] Auf den

[45] Zum Notgeld, das hier nicht separat behandelt wird, s. insb. Nina Jebsen: Als die Menschen gefragt wurden. Eine Propagandaanalyse zu Volksabstimmungen in Europa nach dem Ersten Weltkrieg (Internationale Hochschulschriften 610/Skrifter fra Museum Sønderjylland 9). Münster 2015. Zu Beginn der 1920er-Jahre waren Motive der Volksabstimmungen auf den Notgeldscheinen, auch außerhalb der eigentlichen Abstimmungszonen, weit verbreitet.

[46] Aufruf an „deutsche Arbeiter", 11.3.1920, zit. n. dem Abdruck in: Der nationale Gegensatz (2001) (Anm. 33), 196f.

[47] Siehe dazu die Ergebnisse der umfangreichen Presseanalyse von Tobias Schmelzer: Die Volksabstimmungen in Schleswig als Kieler Medienereignis 1919/1920, Masterarbeit. Ms. Kiel 2020. Eine zeitnahe Publikation der Arbeit ist vorgesehen. Zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von deutschen und dänischen Sozialdemokraten s. Klaus Petersen: Sozialdemokratie und die natio-

Abstimmungsplakaten selbst wurde dagegen keine diffamierende Sprache oder Schmähung der jeweils anderen Seite zugelassen, weshalb die Plakate alleine recht friedlich wirken, wenngleich die Pressesprache den Zeitgenossen natürlich bekannt war.

Da im Abstimmungskampf des Jahres 1920 keine Partei explizit erwähnt wurde, wird einmal mehr deutlich, dass der Grenzkampf der noch jungen Weimarer Republik ein überparteiliches Phänomen war. Dies zeigt sich auch an der unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkrieges erfolgten Etablierung des nationalistisch-konservativen Schleswig-Holsteiner-Bundes[48] im Jahr 1919, der aktiv für eine Revision der neuen Grenzverläufe eintrat. Bereits ein Jahr nach seiner Gründung umfasste der Bund schon 38.000 Mitglieder; allerdings nahm die Zahl der Vereinsangehörigen in den Folgejahren rasant ab und 1932 gehörten ihm nur noch fünftausend Personen an. Um diesem eklatanten Mitgliederschwund entgegenzuwirken, publizierte der Bund in den späten 1920er-Jahren diverse Aufrufe, die die Vereinsanliegen einer breiten Bevölkerungsgruppe bekannt machen sollten: Mit einer martialischen Sprache, wie sie vor allem im deutschen Grenzkampf üblich war, lehnte der Bund den Versailler „Gewaltfrieden" von 1919 ab, durch den das Deutsche Reich „auch im hohen Norden […] Land und Menschen verloren" habe.[49] Weiter heißt es in einem Aufruf, die „Wiederherstellung des vergewaltigten deutschen Selbstbestimmungsrechtes auch im Norden" sei eine Pflicht der „deutsche[n] Volksehre". Für den Schleswig-Holsteiner-Bund war es geradezu selbstverständlich, dass die nach Süden verschobene Grenze zwischen Dänemark und Deutschland in einen nationalen Kontext gesetzt wird; auf diese Weise sollte eine Hierarchisierung der zu revidierenden Grenzkorrekturen, die infolge des Ersten Weltkrieges stattfanden, vermieden werden. Die regionalen Akteure waren sich mithin bewusst, dass eine Revision der deutsch-dänischen Grenze auf

nale Frage in Tondern 1920–1937. In: Demokratische Geschichte 12 (1999), 49–60; sowie Caroline E. Weber: Mit Herz für die junge Generation: Kinder in der Arbeiterwohlfahrt. In: Mit Herz! 100 Jahre Arbeiterwohlfahrt in Schleswig-Holstein 1919–2019. Hrsg. von Oliver Auge. Kiel 2019, 58–79. Die Autorin nimmt die sozialdemokratischen Kinderrepubliken in der Grenzregion und im Kieler Raum in den Blick, an denen stets dänische und deutsche Kinder gemeinsam teilnahmen.

48 Die Unterlagen des Schleswig-Holsteiner Bundes mit einer kurzen inhaltlichen Beschreibung des Vereins liegt im LASH Abt. 417: Schleswig-Holsteiner-Bund. Die Organisation bestand bis 1944 und wurde 1933 mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland zusammengeschlossen und gleichgeschaltet. Die vereinseigene Zeitung „Der Schleswig-Holsteiner" fungierte in den 1930er-Jahren als NS-Propagandablatt.

49 Alle Zitate aus: „Warum Schleswig-Holsteiner-Bund? – Aufruf von 1929", in: Der nationale Gegensatz (2001) (Anm. 33), 260–263, 260.

Reichsebene keine Priorität genoss, zu sehr schmerzte im kollektiven Bewusstsein vor allem der Verlust Elsass-Lothringens, Danzigs und Westpreußens. Wohl auch deshalb betonte der Bund mehrfach die historische Bedeutung Schleswig-Holsteins für die gesamte Nation, denn die preußische Provinz war „schon einmal Vorkämpfer deutscher Einheit und Freiheit" gewesen.[50]

… zum Grenzkampf der 1920er-Jahre

Man kommt nicht umhin, zu erkennen, dass sich in den Grenzdebatten der Zwischenkriegszeit, die den öffentlichen Diskurs und die politische Kultur der Weimarer Republik in hohem Maße prägten, unterschiedliche Aspekte der Innen- und Außenpolitik sowie der Gesellschaft verdichteten. Auffällig ist aber auch, dass es den Reichsregierungen nur mühsam gelang, eine konstruktive Politik im Hinblick auf die angestrebte Revision der neu festgelegten Grenzen zu entwickeln.[51] Insbesondere während der Amtszeit Gustav Stresemanns als Reichsminister des Auswärtigen etablierte sich die Vorstellung, Grenzen hätten eine völkerverständigende Funktion und ihnen wohne ein völkerrechtlich legitimiertes Element inne, wodurch das internationale System stabilisiert werde. Den Reichsregierungen gelang es allerdings nicht, ihr multilaterales Verständnis von Grenzen nachhaltig in der Gesellschaft zu verankern. Stattdessen hielt die Mehrheit der deutschen Bevölkerungen am traditionellen Bild des Versailler „Schanddiktats" fest; in der deutschen Öffentlichkeit entwickelte sich sogar zunehmend ein Grenzdiskurs, der von der Außenpolitik des Reiches abgekoppelt war und völkerrechtliche Argumentationen im Hinblick auf die Grenzführungen von Versailles rundweg ablehnte.[52]

Der öffentliche Charakter dieser Grenzdebatten, unabhängig vom regionalen Schwer- oder Ausgangspunkt, enthielt zudem immer auch ein verknüpfendes Element, da die Grenzfragen sowohl die deutsche Politik und Öffentlichkeit als auch das internationale Staatensystem, zumindest aber die betroffenen Nachbarländer, in den Diskurs einbanden. Kurz gesagt fanden derlei Debatten nie im luft-

---

50 Ebd., 262.

51 Dazu und zum Folgenden vgl. Peter Krüger: Der Wandel der Funktion von Grenzen im internationalen System Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert. In: Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Aktuelle Forschungsprobleme. Hrsg. von Hans Lemberg. Marburg 2000, 39–56, 43.

52 Conze: Grenz-Diskurs (Anm. 9), 32.

leeren Raum, einem politischen Vakuum statt, sondern müssen als Aktion und Reaktion verstanden werden, die sich den im Laufe der Zeit wechselnden Realitäten anpassten beziehungsweise eigene Veränderungen zu evozieren suchten. Schon deswegen kapitulierte das Gros der Weimarer Politakteure nicht vor den neuen Grenzkorrekturen, vielmehr war es ihnen ein Anliegen, den Grenzdiskurs in ihrem Sinne zu beeinflussen und letztlich sogar eine Revision zu erreichen. Für sie stellten die Grenzen zum einen gedachte beziehungsweise gemachte Sozial- und Kulturräume dar, und zum anderen imaginierten sie die staatlichen Grenzverläufe vielfach als variable und somit nicht als statische Linien – worin sich zugleich die Hoffnung spiegelte, die Grenzziehungen von 1919/20 im Interesse der deutschen Nation zu revidieren.

Nicht anders erklären sich, um beim schleswig-holsteinischen Beispiel zu bleiben, die diversen Forderungen regionaler Politiker und Geschichtsverbände Anfang der 1920er-Jahre, an der Kieler Universität eine landesgeschichtliche Professur zu etablieren, um künftig weitere Gebietsverluste zu verhindern. Eine gängige Auffassung dieser Zeit lautete beispielsweise, dass Deutschland nur deshalb „so viele Gebietsverluste erlitten habe, weil die deutsche Geschichtsschreibung den Nachbarländern nichts entgegenzusetzen" vermochte.[53] Das preußische Kultusministerium befürwortete seinerseits eine Revision der deutsch-dänischen Grenzziehung, als es 1924 den Lehrstuhl für Schleswig-Holsteinische, Nordische und Reformationsgeschichte einrichten ließ und mit dem Grenzkampfredner und Nordschleswiger Otto Scheel besetzte, der als Theologe und Luther-Kenner bislang nicht als ausgewiesener Historiker wissenschaftlich hervorgetreten war. Offenbar hatten seine wortgewaltigen Reden während der Volksabstimmungen den Ausschlag für seine Berufung auf das Kieler Ordinariat gegeben, womit der kulturpolitische Anstrich der Professur weithin deutlich wurde.[54] Ohnehin war die Grenzlandthematik gerade im universitären Raum äußerst prominent, wie sich an der politisch aufgeladenen Be-

53 Festrede Otto Scheels anlässlich der 100-Jahrfeier der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte am 19. März 1933, zit. n. Lena Cordes: Regionalgeschichte im Zeichen politischen Wandels. Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte zwischen 1918 und 1945 (Kieler Werkstücke H/1). Frankfurt/Main 2011, 78.

54 Vgl. dazu Carsten Mish: Otto Scheel (1876–1954). Eine biographische Studie zu Lutherforschung, Landeshistoriographie und deutsch-dänischen Beziehungen (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte 61). Göttingen 2015, 101–138; Oliver Auge/Martin Göllnitz: Zwischen Grenzkampf, Völkerverständigung und der Suche nach demokratischer Identität: Die Landesgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zwischen 1945 und 1965. In: Wissenschaft im Aufbruch. Beiträge zur Wiederbegründung der Kieler Universität nach 1945. Hrsg. von Christoph Cornelißen (Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 88). Essen 2014, 101–129, 101–105.

zeichnung „Grenzlanduniversität" ablesen lässt, die als soziale Verpflichtung der verfassten, und meist völkisch-nationalen, Studentenschaften und Korporationen sowie als verschlagworteter Ausdruck der nationalkonservativen und antidemokratischen Haltung eines Großteils der Weimarer Professorenschaft diente.[55] Neben Kiel schmückten sich vorrangig die Traditionsuniversitäten in Breslau und Königsberg mit dem Status einer „Grenzlanduniversität", womit die Grenzfrage aus dem öffentlichen Raum in die Hochschulen und von dort wieder zurück in die Gesellschaft getragen wurde.

In welch hohem Maße gerade das Bildungsbürgertum von dem Gedanken getragen wurde, die neugezogenen Grenzverläufe möglichst rasch und umfassend zu korrigieren, zeigt sich hieran sowie an weiteren Beispielen. Insbesondere in Schleswig-Holstein schien ein auf der kulturpolitischen Ebene ausgetragener Grenzkampf salonfähig zu sein, an dem überwiegend das akademische Milieu partizipierte. Schon zu Beginn der 1920er-Jahre hatten sich in Kiel erste studentische Vereinigungen gegründet, die sich des Grenz- und Auslanddeutschtums in Nordschleswig annahmen.[56] Grenzwanderungen und nationalpolitische Lehrkurse, aber auch das Sammeln jeglicher Erkenntnisse, die irgendwie im Grenzkampf gegen Dänemark geeignet sein konnten, gehörten zu den Aufgaben und Zielen der Studierenden. Die Verschiebung der deutsch-dänischen Grenze nach Süden und der damit verbundene Verlust Nordschleswigs 1920 beeinflusste aber nicht nur den studentischen Nachwuchs, sondern hallte auch in der Arbeit der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft wider, wie deren Vorstand im Jahr 1928 betonte:

> „Wie immer, so ist erst recht heute der Kampf um deutsches Volkstum, um die deutsche Sprache und Gesittung in Schleswig-Holstein nur mit den Waffen des Geistes zu führen. Auch die endliche und doch einmal notwendige Bereinigung an der neugeschaffenen Nordgrenze wird auf diesem Wege erfolgen. Er muß beschritten werden einmal durch eindringliches und sachliches Studium aller kulturellen und wissenschaftlichen Grundlagen des von Norden her geführten Grenzkampfes, dann in ehrlichem Ringen zwischen deutscher und dänischer Kultur, damit endlich die

55 Siehe dazu insb. Martin Göllnitz: Der Student als Führer? Handlungsmöglichkeiten eines jungakademischen Funktionärskorps am Beispiel der Universität Kiel (1927–1945) (Kieler Historische Studien 44). Ostfildern 2018, 380f.; sowie Caroline E. Weber: 1920/2020. Elf Kieler Blickwinkel auf die Schleswiger Grenzabstimmungen. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 97 (2019), 11–27.

56 Siehe dazu und zum Folgenden Göllnitz: Student (Anm. 55), 379–390.

> unerfreulichen Zustände beseitigt werden, die immer noch im nördlichen Teile unserer Heimat herrschen."[57]

Deutlich schärfer agierte mitunter die Presse im Rahmen des Grenzkampfes, etwa wenn die nationalkonservative *Kieler Zeitung* die Nordschleswig-Beilage vom 13. Januar 1932 mit der Schlagzeile „Unser Kampf gilt der blutenden Grenze" versah und der damalige Chefredakteur Max Gröters unmissverständlich klarmachte:

> „Niemals werden wir ruhen, bis diese Scharte ausgewetzt, bis diese Schmach, die uns tausende der besten Landsleute ins dänische Joch entführte, wieder ausgelöscht ist. […] Kampf!! Wir wollen Verständnis dafür südlich der Grenze erwecken, wir wollen die Freicorps des Geistes und des Willens werben für den deutschen Gedanken, die Grenze auf ihren alten Platz zurückzuverlegen, wir wollen die Gemüter im Reich wachrufen und hinlenken auf diese brennende Grenze. Und wir wollen nicht ruhen und nicht rasten, bis endlich eine kommende starke und nationale Reichsregierung kategorisch fordert, was dem Willen des Volkes entspricht: Revision dieses schmachvollen Landraubes."[58]

Anhand solcher Äußerungen lässt sich zudem erkennen, dass die Zeitgenossen den schleswig-holsteinischen Grenzkampf nicht als eine regional begrenzte Auseinandersetzung verstanden. Die schon während der Volksabstimmungen gern genutzten Nationalismen sollten in erster Linie vermeintlich vorhandene nationale Gegensätze unterstreichen, die im aufkeimenden Konflikt um die Grenzziehung des Jahres 1920 verstärkt völkisch gedeutet wurden – kurz gesagt ging es also darum, eine historische und kulturelle Deutungsmacht über das ehemalige Herzogtum Schleswig zu erlangen. Beispielhaft lässt sich dies etwa an den Bemühungen des Schleswiger Magistrats illustrieren, der 1928 die Etablierung eines „Grenzmarkmuseums" forcierte und zu diesem Zweck vom

57 Anton Schifferer/Friedrich Wolters/Carl Petersen: Jahresbericht der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 4 (1928), 80–94, 81f. Zur Rolle der Gesellschaft im deutsch-dänischen Grenzkampf s. a. Tomke Jordan: „Professoren lesen für jedermann" – Öffentlichkeitsarbeit einer Grenzlanduniversität: Die Kieler Universitätswochen von 1929 und 1937 zwischen nordischem Gedanken und Grenzkampf-Idee. In: Hochschulen im öffentlichen Raum. Historiographische und systematische Perspektiven auf ein Beziehungsgeflecht. Hrsg. von Martin Göllnitz und Kim Krämer. Göttingen 2020, S. 103–138.

58 Kieler Zeitung, 13.1.1932, Nordschleswig-Beilage Nr. 1, Bl. 3.

preußischen Wissenschaftsministerium eine staatliche Förderung erbat.[59] Der Antrag des Magistrats, in dem das Vorhaben gegenüber der Berliner Ministerialbürokratie begründet wird, spiegelt gewissermaßen die grenzkämpferische Perspektive in der Region:

> „Gerade das Schleswiger Museum kann am besten zu einem wichtigen Grenzmarkmuseum ausgebildet werden. Seine Sammlungen widerlegen am besten die so oft von dänischer Seite vorgebrachten Behauptungen, daß das, was an Werken der Kunst, des Kunsthandwerks und des bürgerlichen Lebens in der Nordmark, also im alten Herzogtum Schleswig, vorhanden ist, dänischen Ursprungs sei."[60]

Die hier ausgewählten Beispiele lassen erkennen, dass geopolitische Legitimationen von Grenzen für den deutsch-dänischen Grenzkampf kaum eine Rolle spielten. Im Wesentlichen bemühten die verantwortlichen Akteure historische Argumente, die im weitesten Sinne um kulturelle und sprachliche Aspekte ergänzt wurden. Bei der Diskussion um die Definition von „idealen" oder „richtigen" Grenzen gehörten die kulturhistorischen Argumentationslinien zu den wichtigsten Rechtfertigungsnarrativen überhaupt, ließ sich doch an ihnen das in hohem Maße pseudowissenschaftliche Konzept des „Volksbodens" – sprich jenem Raum, den das deutsche Volk durch Besiedlung bis in die Gegenwart der Zwischenkriegszeit hinein prägte – allem Anschein nach besonders gut darlegen.[61] Mithilfe des Konzepts sollte der Nachweis einer tausendjährigen Siedlungskontinuität, deutscher Kultur und Sprachtradition erbracht werden, um so den historischen Anspruch des deutschen Volkes auf den „verlorenen" Grenzraum zu festigen. Eng verknüpft mit dieser fragwürdigen Argumentation, wonach die deutsche Bevölkerung als überlegener Kulturträger die Region prägte, war die Hoffnung, die abgetretenen Gebiete als „deutsch" zurückfordern zu können. Zeitgleich begünstigten solche Vorstellungen die virulenten Vergemeinschaftungstendenzen der Weimarer Jahre, die sowohl inkludierend

[59] Siehe dazu auch Göllnitz: Museumsprojekt (Anm. 20), 116f., 120; Ders.: Ein nationaler Erinnerungsort? Zur Entstehung des Wikinger Museums Haithabu im Wandel der Geschichtspolitik. In: Historische Museen und Gedenkstätten in Norddeutschland. Hrsg. von Karl Heinrich Pohl. Husum 2016, 69–94.

[60] LASH Abt. 309, Nr. 35770, Magistrat der Stadt Schleswig an das Preußische Kultusministerium, 21.2.1928.

[61] Dazu und zum Folgenden vgl. Andreas Kossert: „Grenzlandpolitik" und Ostforschung an der Peripherie des Reiches. Das ostpreußische Masuren 1919–1945. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), 117–146, 124; Conze: Grenz-Diskurs (Anm. 9), 43f.

als auch exkludierend wirkten: Der Rückgriff auf kulturhistorische Nationalismen – bei denen es sich, und das ist hier zu betonen, nicht um rassistisch argumentierende Legitimationsmuster handelte – sollte eine Ausgrenzung von allem, was fremd oder anders war, bewirken. Bezogen auf die Region Schleswig gab es somit keinen vordergründigen Rassenkonflikt, sondern, wie Pohl es formuliert, „aus deutscher Sicht ein ‚Dänenproblem' und aus dänischer Sicht ein ‚Deutschenproblem'„.[62]

Erst ab den 1930er-Jahren und verstärkt nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten gewann der Komplex der rassisch-biologischen-ethnischen Argumentationsmuster zur Legitimierung von Grenzverläufen an Bedeutung. Der Begriff des „Volks" und die Idee der homogenen Volksgemeinschaft öffnete letztlich das Grenzdenken der Zwischenkriegszeit auch für das Konzept der „Rasse".[63] Doch obwohl die Grenzen im NS-Staat in erster Linie nach rassistisch-biologischen Kriterien gezogen werden sollten, verdrängten die stark expansiven NS-Grenzkonzeptionen indes niemals die älteren, traditionellen Grenzlegitimationen, die geografisch, historisch, kulturell, politisch, militärisch oder wirtschaftlich geprägt waren.[64]

Nationalismus – Propaganda – Kontinuität: ein Fazit

Wie im vorliegenden Beitrag gezeigt werden konnte, führte vom Abstimmungskampf 1920 ein direkter Weg zum Grenzkampf der 1920er- und 1930er-Jahre, wobei die Schlagworte Nationalismus und Propaganda gewissermaßen ein „Scharnier" bildeten, das die deutsche Politik und die Öffentlichkeit unabhängig von Parteizugehörigkeiten und jenseits von gesellschaftlichen Demarkationslinien verband. Sie alle vereinte der Wille, die Kriegsniederlage nicht zu akzeptieren, die Bestimmungen des Versailler „Diktatfriedens" abzulehnen und folglich die territorialen Verluste, die aus den Volksabstimmungen resultierten, als inakzeptabel zu betrachten. Während die deutschen Abstimmungsplakate – die natürlich einer Genehmigung der Internationalen Kommission bedurften und daher in ihren Gestaltungsmöglichkeiten einge-

62 Pohl: Schleswig-Holstein (Anm. 26), 109.

63 Vgl. beispielhaft Birgit Kletzin: Europa aus Rasse und Raum. Die nationalsozialistische Idee der neuen Ordnung. Münster 2000; Jürgen Elvert: Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918–1945). Stuttgart 1999.

64 Conze: Grenz-Diskurs (Anm. 9), 45.

schränkt waren – mithilfe von bunten Farben und künstlerisch ausgestalteten Symbolen noch vorwiegend an eine vaterländische Gefühlsebene appelliert und nationale Unterschiede ausgeklammert hatten, dominierten ab 1921/22 vor allem solche Ungerechtigkeitsnarrative, die sich gegen den Versailler Vertrag und die Abstimmungsmodalitäten richteten und die bereits nach kurzer Zeit in einem militanten Grenzrevisionismus mündeten, der sich mitunter völkischer Nationalismen bediente. Analog zur Verrohung der politischen Kultur in der Weimarer Republik zeichnete sich auch der schleswig-holsteinische Grenzkampf durch eine zunehmend aggressiver und brutaler werdende Sprache aus, was wohl zumindest teilweise mit dem Frust, den die beteiligten Akteure verspürten, zu erklären ist – schließlich folgten auf die Revisionsforderungen keine Taten und der Grenzkampf blieb innerhalb der Region stets auf eine abstrakte Kulturebene begrenzt. Der Rückgewinnung des verlorenen Grenzraumes war man bis 1933 jedenfalls keinen Schritt nähergekommen.

Es ist hinlänglich bekannt, dass ein Teil der deutschen Bevölkerung Süd- und Nordschleswigs aus der nationalsozialistischen Machtübernahme neue Hoffnung auf eine Revision der Grenze schöpfte, insbesondere nach dem Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund und der damit einhergehenden Absage an multilaterale Kooperationen.[65] Und gleichwohl Adolf Hitler im Mai 1933 nach außen hin betonte hatte, „keine Politik der Grenzkorrekturen auf Kosten fremder Länder"[66] machen zu wollen, arbeiteten sowohl der Parteiapparat als auch die Berliner Ministerialbürokratie unter Hochdruck an einer Revision des Versailler Vertrags, wobei man für die neuen Grenzverläufe keine völkerrechtlichen Maßstäbe heranzog – diese wurden freilich zugunsten geopolitischer Interessen des expansiven NS-Herrschaftssystems geopfert. Schon deswegen lösten die Grenzkorrekturen der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre im ganzen Deutschen Reich – und selbstverständlich auch unter den Schleswigerinnen und Schleswigern – frenetischen Jubel aus. Endlich schien das „Schanddiktat" von Versailles revidiert zu werden und der deutsche Grenzkampf erfolgreich zu sein. Doch während der Traum im Westen und Osten des Reiches zumindest für einen kurzen Zeitraum Realität wurde, zerplatzte er im Norden Deutschlands. Selbst nachdem deutsche Truppen am 9. April 1940 Dänemark überfallen hatten, kam es zu

65 Siehe exemplarisch Rudolf Rietzler: „Kampf in der Nordmark". Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919–1928) (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 4). Neumünster 1982.

66 Zit. n. Hans-Adolf Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938. Frankfurt/Main 1968, 337.

keiner Grenzverschiebung nach Norden.[67] Die nationalsozialistische Regierung war an einem weiteren Unruheherd letztlich nicht interessiert und plante zudem, die „germanischen Brüdervölker" Skandinaviens in einem Großgermanischen Reich unter deutscher Führung zu vereinen – die Revision der deutsch-dänischen Grenze hätte ein solches Vorhaben nur unnötig torpediert.



1: Abstimmungsplakate vor dem Nordertor in Flensburg (Zone Zwei) 1920. Deutlich erkennbar ist die mehrfache Nutzung des gleichen Plakats, um dessen Aussage zu betonen. Das Nordertor selbst fungierte auf verschiedenen Plakaten als Motiv (Inge Adriansen/Immo Doege: Dansk eller tysk? Billeder af national selvforståelse i 1920, Apenrade 1992, 11).

Afstemningsplakater foran Nørreport i Flensborg (zone to) 1920. Det ses tydeligt, at én og samme plakat er blevet anvendt i forskellige sammenhænge for at understrege udsagnet. Selve Nørreport fungerede ligeledes som motiv på forskellige plakater (Inge Adriansen/Immo Doege: Dansk eller tysk? Billeder af national selvforståelse i 1920, Aabenraa 1992, 11).

67 Vgl. zu diesem Themenkomplex insb. Robert Bohn/Jürgen Elvert/Hain Rebas/Michael Salewski (Hrsg.): Neutralität und totalitäre Aggression. Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 1991; Michael Jonas: Das Auswärtige Amt und die deutsche Nordeuropapolitik im Zweiten Weltkrieg. In: Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur. Hrsg. von Johannes Hürter und Michael Mayer. Berlin 2014, 131–148; Ders.: Alternativpolitik und Diplomatie. Das Auswärtige Amt und Nordeuropa im Zweiten Weltkrieg. In: Historische Zeitschrift 293 (2011), 667–707.



2: Links: Abstimmungsplakat „Stem dig Hjem", Auflage: 5.000 Exemplare, Format: 92 x 64 cm. Rechts: Abstimmungsplakat „Mutter Dänemark", Auflage: 5.250 Exemplare, Format: 92 x 64 cm (Inge Adriansen/Immo Doege: Dansk eller tysk? Billeder af national selvforståelse i 1920, Apentade 1992, 12, 32).



Til venstre: Afstemningsplakat „Stem dig hjem”, oplag: 5.000 eksemplarer, format: 92 x 64 cm. Til højre: Afstemningsplakat „Mor Danmark”, oplag: 5.250 eksemplarer, format: 92 x 64 cm. (Inge Adriansen/Immo Doege: Dansk eller tysk? Billeder af national selvforståelse i 1920, Aabenraa 1992, 12, 32).



3: Links: Abstimmungsplakat von Johann Holtz, Auflage: 50.000 Exemplare, Format: 60 x 40 cm. Rechts: Abstimmungsplakat von Paul Haase, Auflage: unbekannt, Format: 77,5 x 54 cm. (Inge Adriansen/Immo Doege: Dansk eller tysk? Billeder af national selvforståelse i 1920, Apenrade 1992, 33, 43).



Til venstre: Afstemningsplakat af Johann Holtz, oplag: 50.000 eksemplarer, format: 60 x 40 cm. Til højre: Afstemningsplakat af Paul Haase, oplag: Ukendt, format: 77,5 x 54 cm. (Inge Adriansen/ Immo Doege: Dansk eller tysk? Billeder af national selvforståelse i 1920, Aabenraa 1992, 33, 43)



4: Abstimmungsplakat von Johann Holtz, das nur in der zweiten Zone benutzt wurde. Das Plakat wurde auf Dänisch (links) und Deutsch (rechts) mit identischem Text verbreitet. Auflage: unbekannt, Format: 38 x 29,5 cm. (Inge Adriansen/Immo Doege: Dansk eller tysk? Billeder af national selvforståelse i 1920, Apenrade 1992, 7; Postkarte).



Afstemningsplakat af Johann Holtz, som kun blev anvendt i Anden Zone. Plakaten offentliggjordes og spredtes på dansk (t. v.) og tysk (t. h.) med identisk tekst. Oplag: Ukendt, format: 38 x 29,5 cm. (Inge Adriansen/Immo Doege: Dansk eller tysk? Billeder af national selvforståelse i 1920, Aabenraa 1992, 7; postkort)



5: Links: prodänisches Abstimmungsplakat von Thor Bøgelund in deutscher Sprache. Rechts: prodänisches Abstimmungsplakat von Thor Bøgelund in dänischer Sprache. Seite 80: prodeutsches Abstimmungsplakat von Johann Holtz. (Inge Adriansen/Immo Doege: Dansk eller tysk? Billeder af national selvforståelse i 1920, Apenrade 1992, 24f; Rigsarkivet).



Til venstre: Prodansk afstemningsplakat af Thor Bøgelund på tysk. Til højre: Prodansk afstemningsplakat af Thor Bøgelund på dansk. Side 80: Protysk afstemningsplakat af Johann Holtz. (Inge Adriansen/Immo Doege: Dansk eller tysk? Billeder af national selvforståelse i 1920, Aabenraa 1992, 24f; Rigsarkivet).


FLENSBURG
14·März
1920
HOLTZ

„Vor kamp gælder den blødende grænse”
Nationalisme og propaganda i den dansk tyske grænsedebat (1920–1933)

Martin Göllnitz og Caroline E. Weber

Et Europa uden grænser – denne drøm er indtil videre forbi.[1] Et stort antal medlemsstater i Den Europæiske Union lukkede deres grænser i marts 2020 på grund af Sars-Cov2-pandemien og genoplivede dermed det magtfulde tankebillede om „udenrigspolitikkens forrang”. Denne idé om en klar sondring mellem ekstern og intern sikkerhed og heraf følgende grænsedragninger er i mange tilfælde produktet af nye – ofte globale – opfattelser af sikkerhed og usikkerhed.[2] Samtidig afspejler denne tænkning også en fornyet opgangstid

1 Nationalisme – propaganda – kontinuitet. Med disse tre slagord som overskrift var det meningen, at forfatterne den 27. marts 2020 skulle have holdt et oplæg i Landsarkivet for Slesvig-Holsten om afstemningskampen i zone to og om nazistpartiet NSDAP‘s fremgang i Sydslesvig og Slesvig-Holsten fra 1930. Som så mange andre projekter, der var planlagt i lyset af 100-årsdagen for grænseafstemningerne, den danske genforening og etableringen af de nationale mindretal på begge sider af grænsen i hhv. Tysklands nordligste delstat og Kongeriget Danmark, måtte også konferencen „Følgerne af Slesvigs deling 1920” aflyses grundet Sars-Cov2-pandemien. Udarbejdelsen af en skriftlig version af et indlæg, som ikke blev holdt, betød nye udfordringer for de to forfattere, idet det i marts og april 2020 enten slet ikke eller kun med store begrænsninger var muligt at få adgang til arkivmaterialet og universitetsbibliotekerne.

2 Om dette se Eckart Conze: Geschichte der Sicherheit. Entwicklung – Themen – Perspektiven. Göttingen 2018, 30–32, 132. En kritisk undersøgelse af spørgsmålet om prioriteringen af inden- og udenrigspolitikken findes hos samme: Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt. Die gesellschaftliche Dimension in der Internationalen Geschichte. I: Internationale Geschichte: Themen – Ergebnisse – Aussichten. (Studien zur internationalen Geschichte 10). Udg. af Wilfried Loth og Jürgen Osterhammel. München 2000, 117–140.

for europæiske staters nationalitets- og territorialitetsfølelse, som man har været vidne til siden den såkaldte „flygtningekrise" i 2015 og sammenholdt hermed en fremgang for nationalistiske partier. Sikkerhedsdynamik har imidlertid altid været lig med territorialiseringsdynamik og har især i det 19. og 20. århundrede været underlagt den logik, der hedder „statsopbygning / state building".[3] Et eksempel på denne udvikling er den dansk-tyske grænseregion, der var kendetegnet ved adskillige konflikter fra midten af det 19. århundrede, som igen satte deres præg på det bilaterale forhold mellem Danmark og Tyskland indtil anden halvdel af det 20. århundrede. Især for beboerne i grænseregionen – og det gælder på begge sider af grænsen – kunne det ikke andet end fremkalde en dårlig fornemmelse, da den danske regering under statsminister Mette Frederiksen den 13. marts 2020 besluttede at lukke grænsen til Tyskland på ubestemt tid – og det lige netop i det Dansk-Tyske Kulturvenskabsår.[4] [5] Immervæk har der siden det 20. århundrede eksisteret et veritabelt „grænsesyndrom", for at bruge Vanessa Conzes udtryk, som gør, at grænsespørgsmål med jævne mellemrum bliver til et centralt emne i den offentlige politiske debat og derved på en måde fremmer nationale identitetsprocesser – og hvor det altid handler om at trække nogle grænser op i forhold til de nærmeste naboer.[6] Nærværende indlæg skal med reference til det regionale Slesvig-eksempel forsøge at illustrere, i hvor stort omfang grænser er blevet ‚opreklameret' til at være en del af en national myte – og det vil i den forbindelse specifikt sige instrumentaliseringen af folkeafstemningerne i 1920 samt den slesvig-holstenske grænsekamp mellem 1920 og 1933.

3 Se for eksempel Daniel Lambach: Repräsentationen von Territorialität und internationale Ungleichheit. I: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 8 (2015), 243–269; Peter Haslinger/Dirk van Laak: Sicherheitsräume. Bausteine zu einem interdisziplinären Modell. I: Saeculum 68 (2018), 9–35.

4 I Danmark markeres indlemmelsen af Nordslesvig under betegnelsen „Genforening". Megen information samt programmet for begivenheden kan findes på: https://genforeningen2020.dk/. Slesvig-Holsten markerer 100-året for folkeafstemningerne i 1920 og de nationale mindretals opståen under mottoet „Sammen hen over grænser", link: https://www.gemeinsam-ueber-grenzen.de/DDV/DE/Home/home_node.html. Derudover afholdes for første gang et bilateralt kulturelt venskabsår, link: https://ddkultur2020.de/ (alle: sidste besøg den 08.04.2020).

5 Se Cornelius von Tiedemann: Mette Frederiksen steht trotz fehlender Evidenz zur Grenzschließung. I: Der Nordschleswiger, 15.3.2020, link: https://www.nordschleswiger.dk/de/daenemark-politik/mette-frederiksen-steht-trotz-fehlender-evidenz-zur-grenzschliessung (sidste besøg den 08.04.2020).

6 Vanessa Conze: Die Grenzen der Niederlage. Kriegsniederlagen und territoriale Verluste im Grenz-Diskurs in Deutschland (1918–1970). I: Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen. Udg. af Horst Carl, Hans-Henning Kortüm, Dieter Langewiesche og Friedrich Lenger. Berlin 2004, 163–184, 164.

Som bekendt var de krav om territoriale gevinster, som Det Tyske Kejserrige fremsatte endnu under Første Verdenskrig, ved krigens afslutning lige til at smide papirkurven. Tværtimod blev tyskerne nu konfronteret med grænseændringer, som alvorligt ville begrænse deres nationale territorium. Som et resultat af Versailles-traktatens bestemmelser mistede Det Tyske Rige i 1919 ud over sine kolonier også Alsace-Lorraine, Danzig, Memellandet, Vestpreussen og Hultschiner Ländchen. I forbindelse med de gennemførte – og til tider manipulerede – afstemninger måtte Tyskland desuden opgive Eupen-Malmedy og overlade det til Belgien, dele af Øvre Schlesien til Polen og det nordlige Slesvig til Danmark. Udtrykt i tal mistede Tyskland som følge af disse grænseflytninger i alt ca. 70.000 km^2 areal og ca. 7,3 millioner indbyggere. Ifølge Vanessa Conze blev krigsnederlaget i 1918 i høj grad noget, som tyskerne på flere niveauer af deres kollektive hukommelse forbandt med disse territoriale tab. Tab, som først og fremmest skyldtes forandringer i de nationalstatslige tilhørsforhold på grund af de gennemførte grænseforskydninger, som igen ofte resulterede i diskrimination af nye mindretal og undertiden endog i flugt og fordrivelse.[7] Det er derfor ikke overraskende, at grænsespørgsmål som næppe noget andet emne kom til at beskæftige tysk politik og offentlighed i mellemkrigsårene og tillige i den nationale identitetsdannelse tjente til at fremme en sondring mellem tyskere og „de andre" eller „de fremmede".[8] Samtidig havde grænsespørgsmål altid haft et ekspansivt element i sig, hvorfor også disse nye grænser ingenlunde blev opfattet som permanente eller ufravigelige.

Efter nederlaget i Første Verdenskrig måtte Tyskland i første omgang acceptere rollen som den besejrede ildspåsætter. Det medførte et (udenrigs) politisk tab af magt, en ydmygelse fra de tidligere krigsmodstandere og frem for alt en betydelig økonomisk og militær svækkelse. Derfor var der ingen mulighed for at tilstræbe en revision af de nye ydre grænser offensivt, altså med militære midler. Tværtimod blev „kampen" mod de ændrede grænser, en kamp, der ifølge Conze var lig med en ‚stejlen' over krigsnederlaget, logisk

---

7 Sst., 163f.

8 Om den identitetsskabende effekt af grænser, se for eksempel Wilfried Heller: Grenzen und ihre Erforschung. Gegenstände, Fragestellungen, Zielsetzungen. I: Geopolitik. Grenzgänge im Zeitgeist, bd. 1: 1890 til 1945 (Neue Beiträge zur Geistesgeschichte 1). Udg. af Irene Diekmann, Peter Krüger og Julius H. Schoeps. Potsdam 2000, 325–350; Peter Weichhart: Territorialität, Identität und Grenzerfahrung. I: Grenze im Kopf. Beiträge zur Geschichte der Grenze in Ostmitteleuropa (Wiener Osteuropa-Studien 11). Udg. af Peter Haslinger. Frankfurt/Main 1999, 19–30; Daniel Nordman: Des limites d'État aux frontières nationales. I: Les lieux de mémoire, Bd. 2: La nation. Udg. af Pierre Nora. Paris 1986, 35–61. Om andre grænsefunktioner, se Andrea Komlosy: Grenzen. Räumliche und soziale Trennlinien im Zeitenlauf. Wien 2018.

nok flyttet over på andre samfundsområder: Grænsespørgsmålet skiftede hurtigt til at blive en overordnet samfundsdebat, der omfattede politik, medier, offentlighed, videnskab og forskellige interessegrupper.[9] Alle bakkede – helt anderledes end det vesttyske samfund efter Anden Verdenskrig – op om ikke at ville acceptere krigsnederlaget, og som en konsekvens heraf betragtede alle de territoriale tab som uacceptable.[10] Det var især erfaringerne med territoriale tab østpå, som efter 1920 pustede til ilden i den tyske grænsekamp – og tilsyneladende med god grund: Mens Schlesien var „klemt inde" mellem Polen og Tjekkoslovakiet, blev Østpreussen afskåret fra resten af rigsområdet ved den „Polske Korridor".[11] Den relative usikkerhed om den tysk-polske status quo med hensyn til Danzig og Øvre Schlesien øgede tyskernes grænsekampmentalitet yderligere. Og selvom de mellemstatslige konflikter om de andre grænseområder havde en markant mindre konfronterende karakter, udvidede grænsedebatten sig snart – i forskellig udstrækning – til også at omfatte de tidligere tyske områder mod vest og nord.[12]

Kort sagt: Med Det Tyske Riges nederlag i 1918 fik de ændrede grænser en enorm politisk, ideologisk og symbolsk betydning.[13] Den hidtil usete oplevelse af vold under Første Verdenskrig, besættelsen og afmilitariseringen af Rhinlandet, de territoriale ændringer ifølge Versailles-traktaten samt konflikterne i grænseområderne gjorde hele tankesættet om, at territoriale grænser var dynamiske og ikke statiske, til noget ekstremt aktuelt, attraktivt og eksplosivt. Begivenhedsforløbet i efterkrigstidens kriser førte også til, at grænserne ikke længere garanterede normalitet mellem stater, men i stigende grad blev

---

9 Vanessa Conze: „Unverheilte Brandwunden in der Außenhaut des Volkskörpers". Der deutsche Grenz-Diskurs der Zwischenkriegszeit (1919–1930). In: Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933 (Ordnungssysteme: Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit 22). Udg. af Wolfgang Hardtwig. München 2007, 21–48, 21f.

10 Jf. Michael Salewski: Das Weimarer Revisionssyndrom. I: Aus Politik und Zeitgeschichte 30 (1980), 14–25; Hagen Schulze: Versailles. I: Deutsche Erinnerungsorte, bd. 1. Udg. af Étienne François og Hagen Schulze. München 2001, 407–421, 414–421.

11 Jf. Thomas Ditt: „Stoßtruppfakultät Breslau". Rechtswissenschaft im „Grenzland Schlesien" 1933–1945 (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts 67). Tübingen 2011, 74f.

12 En systematiserende fremstilling af grænsekonflikterne efter 1920 savnes stadigvæk inden for forskningen. Jf. indtil videre Marc Lengereau: Les frontières allemandes (1919–1989). Frontières d'Allemagne et en Allemagne: Aspects territoriaux de la question allemande. Bern 1990; Katarzyna Stoklosa (udg.): Borders and Memories: Conflicts and Co-operation in European Border Regions (Mittel- und Ostmitteleuropastudien 13). Wien-Zürich 2019.

13 Thomas P. Müller: Imaginierter Westen. Das Konzept des „deutschen Westraums" im völkischen Diskurs zwischen politischer Romantik und Nationalsozialismus (Histoire 8). Bielefeld 2009, 14f.

opfattet som påtvungne linjer.[14] Det var derfor kun naturligt for de højrenationale kræfter at opfatte disse linjer som liggende i et territorium, hvor krigen „endnu ikke var tabt, den sidste kamp endnu ikke var udkæmpet og det sidste ord om grænserne endnu ikke var sagt".[15] Som en konsekvens etablerede nationale foreninger og frikorps slagord som grænseland og grænsekamp som sproglige symboler på den tabte krig, imod det ydmygende „fredsdiktat" og til fremme af en bevidsthed om et folkenationalt samfund.[16] Indenfor det folkenationalistiske og nationalkonservative miljø udvikledes under efterkrigskriserne endog en særegen „grænselandsideologi", som politiske grupper og sociale foreninger sørgede for at bære ud i store dele af befolkningen, og som var baseret på sin særegne grænseretorik.[17]

I Slesvig-Holsten fik begrebet grænsekamp efter flytningen af den dansk-tyske grænse mod syd som følge af folkeafstemningerne i 1920 et enormt løft, især på det kultur- og historiepolitiske område.[18] Men når alt kom til alt, kunne forholdene i den preussiske provins Slesvig-Holsten så alligevel næppe sammenlignes med de tysk-polske tvister om Danzig og Øvre Schlesien. Begrebet „grænsekamp" føltes i Slesvig-Holsten-regionen tiltagende som en fare „på det statsligt-politiske og nationalt-følelsesmæssige område"[19], hvortil en vis „nordlandsk romantik" var fremherskende på det kulturelle område.[20] Selv det folkenationalistiske miljø fortolkede termen langt mindre kon-

14 Teoretiske overvejelser om grænser hos Steen Bo Frandsen: Grænser som linjer og rum. I: Europas grænser. Udg. af Steen Bo Frandsen og Dorte Jagetic Andersen. Aarhus 2018, 34–54.

15 Müller: Imaginierter Westen (note 13), 15.

16 Conze: Grenzen (note 6), 168–178; Ulrich Herbert: „Generation der Sachlichkeit". Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland. I: Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 27). Udg. af Frank Bajohr, Werner Johe og Uwe Lohalm. Hamborg 1991, 115–144, 134ff.

17 Müller (note 13), 15; desuden Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933.. 4. opl. München 1994, 222–250.

18 Jelena Steigerwald: Das Danewerk – ein historischer Erinnerungsort zwischen nationaler, regionaler und lokaler Aneignung. I: Gedächtnisräume. Geschichtsbilder und Erinnerungskulturen in Norddeutschland (Formen der Erinnerung 56). Udg. af Janina Fuge, Rainer Hering und Harald Schmid. Göttingen 2014, 183–200, 183.

19 Carl Petersen: Deutsche Grenzlandprobleme. I: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 9 (1933), 3.

20 Om dette se også Martin Göllnitz: Ein Schleswiger Museumsprojekt in den 1930er-Jahren. Geschichtspolitik im Widerspruch von Wissenschaft und Grenzrevanchismus. I: Demokratische Geschichte 26 (2015), 115–142, 115f.; Samme: Tysk grænsekamp i København. De nordslesvigske akademikeres nationalpolitiske rolle i 1920-erne og 30-erne. I: Sønderjyske Årbøger (2018), 117–133. Mere generelt se Steen Bo Frandsen: After the Great War. German-Nordic Relations Between

fronterende end i rigets østlige områder, hvor grænsetvisterne endnu i 1933 af Carl Petersen fra Kiel, en ekspert i den nyere historie, blev klassificeret som „ødelæggende for nationalitets- og folkefølelsen".[21]

Fra afstemningskampen i 1920 …

For at kunne undersøge Slesvig-Holstens grænsekamp med udgangspunkt i nøgleordene nationalisme og propaganda forekommer det rimeligt først at se på afstemningsvilkårene i 1920 og den konkrete gennemførelse af folkeafstemningerne. Selv om den amerikanske præsident Woodrow Wilsons program for national selvbestemmelse oprindelig ikke omfattede regionen Slesvig-Holsten, kom det tidligere hertugdømme Slesvig alligevel til at indgå i Versailles-fredstraktaten som et afstemningsområde.[22] Ifølge traktaten skulle grænsen mellem Danmark og Tyskland „fastlægges i overensstemmelse med befolkningens ønsker", idet det endelige grænseforløb dog skulle drages efter „forslag af den internationale kommission" på grundlag af afstemningsresultatet.[23] Traktaten bestemte også afstemningsvilkårene og definerede de territoriale grænser for de to afstemningszoner. I afstemningsperioden skulle en international kommission overtage hele den administrative suverænitet over det slesvigske folkeafstemningsområde, det såkaldte „Plebiscit Slesvig". I henhold til Versailles-traktaten havde desuden „hver person uanset køn" ret til at stemme ved folkeafstemningerne, såfremt visse yderligere kriterier også var opfyldt.[24] Hvad der opfattes som en ren selvfølge i nutidens demokratier, var ikke desto mindre dengang noget helt nyt for mange mennesker, hvilket dog

Tradition and a New Beginning. I: Translating Scandinavia. Scandinavian Literature in Italian and German Translation 1918–1945 (Analecta Romana Instituti Danici 50). Udg. af Bruno Berni und Anna Wegener. Rom 2018, 155–164.

21 Petersen (note 19), 3.

22 Mere indgående litteratur se Alan Sharp: Versailles 1919. A Centennial Perspective. London 2018, 77–128; Zara Steiner: The Lights That Failed. European International History 1919–1933. Oxford 2005; Erez Manela: The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism. Oxford 1997; Seamus Dunn/Thomas G. Fraser (udg.): Europe and Ethnicity. World War I and Contemporary Ethnic Conflict. London 1996.

23 Fredstraktaten fra Versailles af 28.6.1919, afsnit XII: Schleswig, artikel 109 og 110.

24 Smst., artikel 109/2. Dog blev der i traktaten i forbindelse med fastsættelsen af en optionsfrist efter grænsedragningen, at „Ægtemandens option omfatter også hustruens" (smst., artikel 113). En undersøgelse, som beskæftiger sig med kvindernes betydning i de europæiske folkeafstemninger efter Første Verdenskrig, savnes indenfor forskningen.

ikke afholdt kvinderne fra at skride selvbevidst til handling og gå hen for at stemme – sandsynligvis også, fordi propagandaen decideret og meget eksplicit havde henvendt sig netop til dem.

Første zones sydgrænse gik syd for Tønder, men nord for Flensborg, og var baseret på den såkaldte Clausen-linje, som foruddiskonterede nutidens grænseforløb. I første zone blev der stemt *en bloc* den 10. februar 1920.[25] På grund af det forventede betydelige danske flertal i zonen som helhed var det på forhånd klart for vælgerne, at lokale flertal for Tyskland, hovedsageligt i de større byer, ville komme til kort. I betragtning af disse vilkår, der udløste adskillige protester fra tysk side, er det ikke overraskende, at omkring 75 procent af befolkningen i første zone følte sig som henhørende til Danmark, mens kun 25 procent stemte for Tyskland. Afstemningen i den anden zone foregik en måned senere, den 14. marts 1920, og gennemførtes i modsætning til den første zone ikke *en bloc*, men kommune for kommune. I de enkelte byer og sogne – inklusive Glücksborg, Flensborg, Nibøl samt øerne Sild, Før og Amrum – stemte et gennemsnit på 80 procent af befolkningen for Tyskland. Den geografiske udformning af de to zoner og de forskellige afstemningsmetoder fik således indflydelse på grænsedragningen mellem Danmark og Tyskland.

Den danske regering modsatte sig en tredje zone, som den nationalistiske Dannevirkebevægelse havde krævet. På den måde undgik Danmark ifølge Karl Heinrich Pohl „både positionen som strengt territorial og rent etnisk nationalisme til fordel for en demokratisk form for bevidst og viljesbestemt national selvbestemmelse.”[26] Gennem Versailles-traktaten og folkeafstemningerne den 10. februar og 14. marts 1920 blev der således gennemtrumfet en demokratisk løsning på det dansk-tyske grænsespørgsmål „som kunne få skovlen under den gamle funktionelle nationalisme.”[27] Ikke desto mindre blev afstemningskampen i stigende grad domineret af forskellige danske og tyske nationalistiske ytringer. På grund af skarpheden i modsætningerne, der overvejende udkæmpedes på kulturpolitisk plan og med verbale midler, talte folk også om en grænsekamp. Og konflikterne om den nye grænse ebbede ingenlunde ud, efter at det nordlige Slesvig var blevet overdraget til Danmark;

---

25 Om dette og det efterfølgende se for eksempel Jan Schlürmann: 1920. Eine Grenze für den Frieden. Die Volksabstimmung zwischen Deutschland und Dänemark. Kiel 2019; Manfred Jessen-Klingenberg: Die Volksabstimmungen von 1920 im historischen Rückblick. I: Grenzfriedenshefte 3 (1990), 210–217.

26 Karl Heinrich Pohl: Demokratisches Schleswig-Holstein? Zur politischen Kultur bei den Volksabstimmungen 1920. I: Demokratische Geschichte 10 (1997), 105–124, 113.

27 Smst., 114.

tværtimod øgedes den dansk-tyske dualisme i hele perioden med Weimar-Republikken. Af denne grund udtrykker Martin Klatt meget tydeligt sin uenighed med Pohls konklusioner: Afstemningerne i 1920 var bestemt ikke nogen „hædersforestilling af højudviklet politisk kultur", og langt mindre kunne der være tale om, at de havde „fremmet udviklingen af en demokratisk politisk kultur i grænselandet."[28] Efter Klatts mening satte en overvejende aggressiv nationalisme tonen for valgkampens retorik, som den kan genfindes i forskellige danske og tyske presseprodukter, plakater og løbesedler – nogen demokratisk-rationel argumentation, som Pohl mener at kunne spore, spillede ifølge Klatt ingen væsentlig rolle for afstemningerne.[29]

Det er påfaldende, at folkeafstemningerne i 1920 var præget af en hidtil uset massepropaganda, for det meste i form af kulørte plakater.[30] Over 20 forskellige motiver blev designet af kendte kunstnere som Paul Haase (1873–1925), Harald Slott-Møller (1864–1937) eller Thor Bøgelund (1890–1959) og fordelt i de to afstemningszoner.[31] Mens der kunne forventes et prodansk afstemningsresultat i den første zone, var flertalsforholdene i den anden zone, som også omfattede Flensborg, mindre klare, hvilket er grunden til, at der her opstod en veritabel plakatstorm i de enkelte kommuner – og frem for alt i Flensborg.[32] Ligeledes bemærkelsesværdig er i den forbindelse de mange tosprogede plakater, som uanset standpunkt eller målgruppe blev trykt på både tysk og dansk for at vinde vælgere, som endnu var tvivlrådige. I modsætning

[28] Martin Klatt: Nationale Volksabstimmung und demokratische politische Kultur ein Widerspruch? Kritische Anmerkung zum Artikel von Karl Heinrich Pohl: „Demokratisches Schleswig-Holstein? Zur politischen Kultur bei den Volksabstimmungen 1920". I: Demokratische Geschichte 11 (1998), 291–298, 297.

[29] Smst., 293.

[30] Om termen propaganda se Nina Jebsen: Volksabstimmungen in Europa 1920/1921. I: Grenzfriedenshefte 59/2 (2012), 99–112, 100f.

[31] Gengivelser af plakater findes f. eks. hos Inge Adriansen/Immo Doege: Deutsch oder Dänisch? Agitation bei den Volksabstimmungen in Schleswig 1920. Gråsten 2010. En samling af 17 plakater samt nogle farvetryk i stort format findes hos Simon Kratholm Ankjærgaard: Genforeningen 1920. Da Danmark blev samlet. København 2019.

[32] Ved siden af plakater og løbesedler, som der her vises eksempler på, spillede dagspressen en vigtig rolle i afstemningskampen. Om pressen, se Tobias Schmelzer: Die Volksabstimmungen in Schleswig als Kieler Medienereignis 1919/1920. Projektskitse til masteropgave. I: Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 97 (2019), 63–67. Masteropgaven bliver offentliggjort af Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte og behandler også emnet om medierne i afstemningsområdet.

til de klassiske plakater, hvor nationalistiske udtryk dominerede, var disse plakater snarere præget af forholdsvis mange velformulerede argumenter.[33]

Som Nina Jebsen påpeger i sin sammenlignende undersøgelse af de europæiske folkeafstemninger 1920/21, var formålet med propagandaen i afstemningsområderne „at forbinde de adresserede gruppers holdninger og adfærd med hinanden og pege på ‚de rigtige handlingsoptioner' (det vil sige det ‚rigtige' valg)".[34] (Gen)opnåelse af territorier var således det overordnede mål for de respektive stater, og i det dansk-tyske grænseland illustrerede de to lande i stigende grad deres krav på Slesvig-regionen ved hjælp af plakater.[35] For så vidt angår valget af motiver dominerede fremstillinger, som understregede eller konstruerede „nationale og regionale særegenheder og karakteristika som en samlende og forbindende ramme".[36] Udover selve territoriet skulle således også de herboende mennesker inkluderes, når det gjaldt om at vinde eller miste afstemningsområdet – eller sagt på en anden måde: Afstemningsplakaterne konstituerede et „nationalt territorielt krav".

Det tydeligste motiv for nationalistisk propaganda er naturligt nok (nationale) flag, som da også ses afbildet med varierende styrke på plakaterne i de to afstemningszoner. Dannebrog findes således på adskillige prodanske plakater, og sammen med billeder af danske landskaber skulle plakaterne appellere til „en national følelse og en national identitet", hvor det ifølge Nina Jebsen i realiteten „ikke var andet tilladeligt end at stemme for den danske side."[37] Argumenter undlod man for det meste på denne type plakater, som hovedsageligt skulle appellere til det følelsesmæssige plan.

Dette kan illustreres ved et plakatmotiv af Thor Bøgelund, der viser en kornmark i kraftige farver kort før høsten, et kuperet landskab samt en blå, let

33 De nævnte plakater er naturligvis blot et udvalg. En emnemæssig opdeling kan findes i den tosprogede kildesamling „Der nationale Gegensatz/De nationale modsætninger 1914–1933", hvor der sondres mellem historiske, økonomiske og sociale argumenter på plakaterne. Om dette se Erich Hoffmann m.fl. (red.): Der nationale Gegensatz/De nationale modsætninger 1914–1933. Udg. af Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte og Institut for grænseregionsforskning (Quellen zur Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion/Kilder til den dansk-tyske grænseregions historie 4), Aabenraa 2001, 190–195.

34 Jebsen: Volksabstimmungen (note 30), 100.

35 Termen (gen)opnåelse er her især møntet på Tyskland, hvor kampen om zone to måtte foregå gennem afstemningspropaganda, selvom dette område indtil da havde været en del af Det Tyske Rige. Dette ræsonnement ses tydeligt i dagspressen, eksempelvis når der i morgenudgaven af Kieler Zeitung 18.06.1920 er tale om „Flensburgs Wiedervereinigung mit dem Reich".

36 Jebsen: Volksabstimmungen (note 30), 100f. Her findes også det efterfølgende citat.

37 Smst., 107.

overskyet himmel. I baggrunden ses derudover et hus med Dannebrog hejst, et lille stykke skov og det bølgende hav. I midten af billedet og samtidig som det mest fremtrædende motiv ses et hejst Dannebrogsflag, der vajer over kornmarken. Det hele afsluttes med inskriptionen „Stem dig hjem".

En anden plakat af Bøgelund viser „Mor Danmark", iført en rød kjole på sin porcelænshvide hud, med Dannebrog i hånden. Hendes hoved er omgivet af en gylden krans. I baggrunden, der fremstår i forskellige afskygninger af sort, ses Det Tyske Riges kejserlige ørn. Plakaten bruger således to statssymboler, som var let genkendelige for de dalevende mennesker – dog således, at de ikke er vist med deres respektive modparter: For eksempel ville der have været en vis logik i at sammenligne „Mor Danmark" med den tyske Germania eller – med nedsættende intentioner – den tyske Michel… eller sætte den tyske kejserørn overfor den danske løve. I stedet afhumaniseres Det Tyske Rige ved hjælp af det viste motiv, idet der i modsætning til „Mor Danmark" anvendes et dyr i stedet for et menneskeligt nationalt symbol. Den kæmpestore kejserørn, tegnet i dystre farver, illustrerer på sin vis den truende fare, som Det Tyske Rige kunne udgøre selv efter nederlaget i Første Verdenskrig: Kejserørnen rejser sig truende med sine røde øjne i baggrunden og overgår dermed „Mor Danmark". Ydermere fremkalder billedinskriptionen med guldbogstaver også en følelse af at høre til Danmark og en bevidst afstandtagen fra Tyskland. Sloganet rimer på dansk: „Nu kalder Danmark sine børn. Farvel for evigt, du tyske ørn".

I modsætning til Dannebrog spillede det tyske nationalflag en underordnet rolle i forbindelse med afstemningerne i 1920, idet det først og fremmest var Slesvig-Holsten-farverne blå, hvid og rød, der brugtes. Slesvig-Holsten-regionen fungerede nærmest som en stedfortræder for Det Tyske Rige. Denne tilbageholdenhed forklarer Nina Jebsen frem for alt med rigets krigsnederlag. Den tyske nation var således som helhed stadig for svag til at kunne fungere som et effektivt ‚reklameargument'.[38] Det kan dog snarere antages, at det sort-rød-gyldne rigsflag fra Weimar-Republikken primært ikke blev taget i brug i afstemningspropagandaen, fordi størstedelen af den tyske befolkning havde et distanceret forhold til det eller endog en decideret modvilje imod det – plus at der i tyskernes kollektive erindring ikke var nogen positive følelser forbundet med det demokratiske riges flag. Alene af den grund var regionale symboler mere udbredt i den tyske propaganda, især når de gav mulighed for at appellere langt mere direkte til regionens lokale beboere med deres individuelle

[38] Smst., 108.

identitet, og at disse mennesker for Slesvig-Holstens vedkommende også stort set var positivt indstillet overfor Det Tyske Rige.[39]

I nogle få, men til gengæld ganske kendte tilfælde, optrådte „Schleswig-Holstein" imidlertid side om side med „Deutschland". Eksempler på dette er plakater af Johann Holtz og Paul Haase. Hvor Holtz kombinerer det regionale flag med ordet „Deutsch" skrevet i gotisk skrift og nævnt tre gange,[40] viser en plakat af Haase en dreng klædt i sort, hvidt og rødt (og netop ikke i sort, rødt og gult eller gyldent), som holder Slesvig-Holsten-flaget i hånden. Haases plakat har teksten „Ich bin deutsch" og henvender sig primært til mødre med en opfordring om at stemme for deres børns fremtid.[41] Johann Holtz' plakat blev udelukkende brugt i afstemningszone to og havde et enormt stort oplag på 50.000 eksemplarer – hvor andre plakater ofte kun optryktes i 5.000 eller 10.000 stk. Undertiden fungerede plakaten endog som et „erstatningsflag" for Slesvig-Holsten, idet det nogle steder var forbudt at hejse det rigtige flag i zone to. Trykketilladelsen var blevet givet, inden flagforbuddet trådte i kraft, hvorfor plakaten efterfølgende i stort tal blev klæbet op på huse og gærder og også ophængtes i mange private hjem.

Den regionale blå-hvid-røde trikolore på de pro-tyske plakater fremhævede ikke kun de territoriale krav fra de to nationer Danmark og Tyskland, men også betydningen for regionen. Med afstemningerne var der lagt op til en opdeling af det tidligere hertugdømme Slesvig mellem to stater, som allerede var blevet drøftet i lang tid under fredsforhandlingerne i 1864, og meget konkret efter 1866 med afstemningsløftet i Prag-freden, som det danske mindretal i provinsen Slesvig-Holsten længtes efter at se virkeliggjort.[42] Som bekendt kom der ingen folkeafstemning efter 1866, og i 1878 blev Østrig og Preussen

---

39 Om forholdet mellem Slesvig-Holsten og Preussen samt regionale særpræg og den danske flertalsbefolkning i Nordslesvig/Sønderjylland se Caroline E. Weber: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?" – Preußen in der Wahrnehmung der Schleswig-Holsteiner 1866–1920. I: Pflichthochzeit mit Pickelhaube – Die Inkorporation Schleswig-Holsteins in Preußen 1866/67 (Kieler Werkstücke A/55). Udg. af Oliver Auge og Caroline E. Weber. Berlin 2020; 223–249.

40 Også på de stemmesedler, hvorpå der hhv. stod „Danmark/Dänemark" og „Deutschland/Tyskland", var „Deutschland" sat med gotisk skrift, hvorimod der på den pro-danske stemmeseddel var brugt en antikvaskrifttype med seriffer. En gengivelse findes hos Kratholm Ankjærgaard (note 31), 303.

41 Plakaten tog et pro-dansk motiv op. Den anvendtes i en lignende udgave også i forbindelse med de tysk-polske afstemninger – jf. forsiden af Grenzfriedenshefte 59/2 (2012).

42 Om Prag-freden og dens betydning for Slesvig-Holsten og Danmark, se Inge Adriansen: „Paragraf 5". I: Sønderjylland A-Å. Udg. af Historisk Samfund for Sønderjylland. Aabenraa 2011, 291f.; samt Mogens Rostgaard Nissen/Klaus Tolstrup Petersen: Die Minderheitenfrage im kaiserzeitlichen

til sidst enige om heller ikke at afholde folkeafstemninger i fremtiden. I 1920 stod det således klart, at Slesvig for første gang skulle deles,[43] og Slesvig-Holsten-farverne eller de slesvigske løver skulle derfor indikere en uadskillelighed, som havde en lang tradition i Slesvig-Holsten med det plattyske slogan „Up ewig ungedeelt" (for evigt uadskilt).[44]

Brugen af regionale symboler til national propaganda ses også tydeligt i motivet med Flensborgs Nørreport – og vel at mærke således, at dette vartegn kan findes både på pro-danske og pro-tyske plakater. Interessant er i den forbindelse den dobbelte brug af sproget. I den pro-danske version af Thor Bøgelund er Nørreport omgivet af et rødt og hvidt hav af flag, og i forgrunden ses Flensborgs byvåben. Nedenunder står på tysk: „O Dania! Was glüht bei deinem Namen mir Wang und Busen durch. Ha! Es ist Dänenstolz – die Liebe zu dir mein Vaterland" (O Dania! Som dit navn dog lader vang og barm gløde hos mig. Ha! Det er danskerstolthed – kærlighed til dig, mit fædreland). Gennem sproget og den regionale symbolik appelleres der således også til Flensborg-borgere, der taler tysk, men endnu ikke har bestemt sig for en af siderne. På denne måde forsøger plakaten at appellere til en ubevidst nationalfølelse. I den danske version ses derimod teksten: „I 1000 år var du Danmarks By. Du barn af Danmark, bliv dansk paany!".

I den pro-tyske version af Johann Holtz ses Nørreport med inskriptionen „Flensburg 14. März 1920" foran den slesvig-holstenske trikolore, som i mindre størrelse kan findes yderligere to steder i billedets nederste del. Med sit motiv fremhæver Holtz Flensborgs vigtige rolle som den største by i afstemningszone to samt havnebyens økonomiske og kulturelle betydning for hele regionen, som for Holtz primært var slesvig-holstensk og ikke tysk eller dansk.

Schleswig-Holstein. I: Pflichthochzeit mit Pickelhaube – Die Inkorporation Schleswig-Holsteins in Preußen 1866/67 (Kieler Werkstücke A/55). Udg. af Oliver Auge og Caroline E. Weber. Berlin 2020, 115–151.

43 Om følgerne for Slesvig-regionen, som det ikke er muligt at komme nærmere ind på her, se Steen Bo Frandsens anmeldelse af Den følte grænse. Slesvigs deling og genopbygning 1918–1933. I: Sønderjyske Årbøger 2010, 178–179; Samme: Was ist aus Schleswig geworden? I: Heimat. Kulturwissenschaftliche, regionalgeschichtliche und ästhetische Zugänge (Flensburger Studien zu Literatur und Theologie 16). Udg. af Markus Pohlmeyer og Elin Fredsted. Hamborg 2019, 69–82.

44 Sloganet „Up ewig ungedeelt" dukkede imidlertid ikke op på plakaterne. Om dette kampråbs betydning se Weber: Preußen (note 39); Lena Cordes: Vom Zeugnis schleswig-holsteinischer Einheit zum Symbol für Frieden, Recht und Freiheit. Der Vertrag von Ripen als Erinnerungsort des Bundeslandes Schleswig-Holstein (indtil 1960). I: Der Vertrag von Ripen 1460 und die Anfänge der politischen Partizipation in Schleswig-Holstein, im Reich und in Nordeuropa (zeit + geschichte 24/ Kieler Historische Studien 43). Udg. af Oliver Auge og Burkhard Büsing. Ostfildern 2012, 221–240.

Som nævnt tidligere brugte Danmark og Tyskland udover plakater også løbesedler og nødpengesedler i afstemningskampen.[45] Fra den 11. marts 1920, lige før afstemningen i den anden zone, cirkulerede et flyveblad i Flensborg, som primært henvendte sig til de „tyske arbejdere". Modsat plakaterne var denne appel skrevet i tekstform, og det er især påfaldende, hvor mange gange udtrykket „deutsch" er brugt: I alt otte gange, ofte i stærke sammenstillinger, henviser teksten til den „tyske arbejder" og „det tyske folk" og hvor disses tilknytning til hinanden understreges gentagne gange. Ordlyden – oversat til dansk – er: „Tyske arbejdere, gør jeres pligt på afstemningsdagen! Ingen tysk arbejder må begå forræderi mod den tyske folkestat, som han har været med til at skabe. […] Det er jeres pligt, tyske arbejdere, og I skal forblive loyale over for republikken! Fortsæt med at bygge videre på den frie tyske folkestat sammen med os."[46]

Løbesedlen henviser endvidere til den unge Weimar-Republiks grundlov samt til „kampen for arbejderbevægelsen i hele verden", som den kommer til udtryk i den socialdemokratiske Internationale. Dog således, at arbejderne bevidst ikke adresseres som „socialdemokrater". Man ville ikke udelukke nogen og samtidig opnå den bredest mulige identifikationsmulighed. Agitation på tværs af parti- og samfundsskel var også karakteristisk for den tyske presse, som tillige altid knyttede sine kampagner sammen med kritik af afstemningsvilkårene, der i Tyskland blev opfattet som uretfærdige. Den socialdemokratiske „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung. Organ für das arbeitende Volk" skrev for eksempel den 21. maj 1919 på forsiden om en forestående „voldtægt af Slesvig" og udtrykte således en generel følelse på tværs af alle tyske partitilhørsforhold.[47] Til gengæld var det ikke tilladt at anvende nedsættende sprog

[45] Om emnet nødpenge, der ikke behandles her, se specielt Nina Jebsen: Als die Menschen gefragt wurden. Eine Propagandaanalyse zu Volksabstimmungen in Europa nach dem Ersten Weltkrieg (Internationale Hochschulschriften 610/Skrifter fra Museum Sønderjylland 9). Münster 2015. I starten af 1920-erne var motiver fra folkeafstemningerne meget udbredt – også udenfor selve afstemningszonerne.

[46] Appel til „deutsche Arbeiter", 11.3.1920, cit. eft. gengivelse i: Der nationale Gegensatz (2001) (note 33), 196f.

[47] Om dette, se resultaterne af den omfattende presseanalyse hos Tobias Schmelzer: Die Volksabstimmungen in Schleswig als Kieler Medienereignis 1919/1920, masteropgave. Ms. Kiel 2020. Om det grænseoverskridende samarbejde mellem danske og tyske socialdemokrater, se Klaus Petersen: Sozialdemokratie und die nationale Frage in Tondern 1920–1937. I: Demokratische Geschichte 12 (1999), 49–60; samt Caroline E. Weber: Mit Herz für die junge Generation: Kinder in der Arbeiterwohlfahrt. I: Mit Herz! 100 Jahre Arbeiterwohlfahrt in Schleswig-Holstein 1919–2019. Udg. af Oliver Auge. Kiel 2019, 58–79. Forfatteren omtaler de socialdemokratiske børnerepublikker i grænseregionen og i Kiel-området, hvor danske og tyske børn altid deltog sammen.

eller smæde modstanderen på selve valgplakaterne, hvilket er grunden til, at disse, isoleret betragtet, fremstår som rimelig fredelige, selvom pressens sprogbrug naturligvis også var kendt i befolkningen dengang.

At intet parti eksplicit bliver nævnt i afstemningskampagnen i 1920, gør det endnu en gang klart, at grænsekampen for den unge Weimar-Republik ikke drejede sig om partipolitik. Dette kommer også til udtryk ved oprettelsen af den nationalistisk-konservative sammenslutning Schleswig-Holsteiner-Bund[48] i 1919, umiddelbart efter afslutningen af Første Verdenskrig – en sammenslutning, som aktivt agiterede for en revision af den nye grænse. Blot ét år efter dets etablering havde dette forbund allerede 38.000 medlemmer, men medlemstallet faldt hurtigt igen i de følgende år, så der i 1932 kun var 5.000 tilbage. For at modvirke dette åbenlyse medlemstab offentliggjorde forbundet i slutningen af 1920-erne diverse appeller, som skulle gøre dets formål mere synlige i den brede befolkning: Med et martialsk sprogvalg, som det især var almindeligt på den tyske side i grænsekampen, undsagde forbundet „voldsfreden" fra Versailles fra 1919, hvorved Det Tyske Rige havde „mistet land og mennesker også højt oppe mod nord".[49] Og videre hedder det i en appel, at „genoprettelsen af den voldtagne tyske ret til selvbestemmelse også i nord" var en pligt for den „tyske folkeære". For Slesvig-Holsten-Forbundet var det en decideret selvfølge, at den nye grænse mellem Danmark og Tyskland skulle placeres i en national kontekst, så man undgik en rangordning af de påtænkte revisioner af de foretagne grænseflytninger efter Første Verdenskrig. De regionale aktører var således opmærksomme på, at en revision af den dansk-tyske grænse ikke havde prioritet på rigsniveau i Berlin, hvor tabet af Alsace-Lorraine, Danzig og Vestpreussen opfattedes som langt mere smertefulde i den kollektive bevidsthed. Dette er sandsynligvis også årsagen til, at forbundet gentagne gange fremhævede Slesvig-Holstens historiske betydning for hele den tyske nation, idet den preussiske provins „allerede før havde været en forkæmper for tysk enhed og frihed".[50]

48 Materialet om Schleswig-Holsteiner Bund inkl. en kort indholdsmæssig beskrivelse af denne sammenslutning ligger i LASH, Abt. 417: Schleswig-Holsteiner-Bund. Organisationen eksisterede frem til 1944 og blev i 1933 fusioneret og bragt på linje med Verein für das Deutschtum im Ausland. Foreningens avis „Der Schleswig-Holsteiner" fungerede som nazistisk propagandablad i 1930'erne.

49 Alle citater fra: „Warum Schleswig-Holsteiner-Bund? – Aufruf von 1929", I: Der nationale Gegensatz (2001) (note 33), 260–263, 260.

50 Smst., 262.

… til grænsekampen i 1920-erne

Man kommer ikke udenom at erkende, at mellemkrigstidens grænsediskussioner, der i høj grad prægede den offentlige debat og politiske kultur i Weimar-republikken, satte forskellige aspekter af den tyske indenrigs- og udenrigspolitik og samfundet som sådan under en lup. Samtidig er det påfaldende, at skiftende rigsregeringer havde svært ved at udvikle en konstruktiv politik for så vidt angår den tilstræbte revision af de nyligt fastlagte grænser.[51] Især under Gustav Stresemanns embedsperiode som Det Tyske Riges udenrigsminister skabtes tanken om, at grænser havde et element af gensidig international forståelse og dermed en folkeretsligt legitimeret funktion i sig, hvilket igen sikrede mere stabilitet i det internationale system. Det lykkedes imidlertid ikke rigsregeringerne at forankre denne multilaterale opfattelse af grænser varigt i samfundet. I stedet holdt flertallet i den tyske befolkning fast i det traditionelle billede af det „skændige Versailles-diktat”. I den tyske offentlighed udvikledes endog henad vejen ligefrem en grænsedebat, der ikke havde meget tilfælles med rigets udenrigspolitik og således blankt afviste folkeretslige argumenter for grænserne fra Versailles.[52]

Disse offentlige debatter indeholdt, uanset deres regionale fokus- eller udgangspunkter, altid et sammenknyttende element, idet grænsespørgsmålene såvel involverede den tyske politik og offentlighed som det internationale statssystem, eller i det mindste de berørte nabolande. Eller sagt på en anden måde: Sådanne debatter foregik aldrig ‚bare sådan', i et politisk tomrum, men må altid forstås som handlinger og modreaktioner, der i tidens løb tilpassedes til skiftende realiteter eller endog forsøgte at fremkalde ændringer ved egen kraft. Alene af den grund anerkendte flertallet af Weimarrepublikkens politiske aktører ikke de nye grænser. Tværtimod var det magtpåliggende for dem at påvirke grænsedebatten i deres egen retning og i sidste ende at opnå en revision. For dem repræsenterede grænserne på den ene side forestillede eller realiserede sociale og kulturelle rum, og på den anden side forestillede de sig ofte landegrænserne som variable og således ikke som statiske linjer – hvilket samtidig afspejlede

[51] Om dette og efterfølgende forhold, se Peter Krüger: Der Wandel der Funktion von Grenzen im internationalen System Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert. I: Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Aktuelle Forschungsprobleme. Udg. af Hans Lemberg. Marburg 2000, 39–56, 43.

[52] Conze: Grenz-Diskurs (note 9), 32.

håbet om, at grænserne fra 1919/20 kunne revideres i overensstemmelse med den tyske nations interesser.

Og på ganske samme måde kan man, for nu at blive ved Slesvig-Holsten-eksemplet, tolke diverse krav i begyndelsen af 1920-erne fra regionale politikere og historiske foreninger om at oprette et professorat i regionalhistorie ved Kiels Universitet for at forhindre yderligere tab af territorium i fremtiden. For eksempel var det en almindelig opfattelse på det tidspunkt, at Tyskland „kun havde tabt så meget territorium, fordi tysk historieskrivning ikke havde formået at sætte noget imod nabolandenes".[53] Det preussiske undervisningsministerium gik selv ind for en revision af den dansk-tyske grænsedragning og viste dette ved i 1924 at oprette et professorat i slesvig-holstensk, nordisk og Reformationshistorie – og besætte det med den nordslesvigske grænsekamptaler Otto Scheel, der som teolog og Luther-ekspert indtil da ikke ligefrem havde været kendt som specielt historiekyndig. Men åbenbart havde hans voldsomme taler under folkeafstemningerne talt for, at han skulle have denne post i Kiel, hvilket gav professoratet et overmåde tydeligt præg af kulturpolitik.[54] I forvejen var hele grænselandstemaet ekstremt fremtrædende på universitetsområdet, således som det kan aflæses af den politisk ladede betegnelse „grænselandsuniversitet", der fungerede som en social forpligtelse for de overvejende folkenationale studentersamfund og kammeratskabssammenslutninger, men også som en slags slagordsudtryk for nationalkonservative og antidemokratiske holdninger hos mange af Weimar-tidens professorer.[55] Foruden Kiel var det fortrinsvis de traditionsrige universiteter i Breslau (Wroclaw) og Königsberg (Kaliningrad), som smykkede sig med status som „grænselandsuniversitet", hvilket tog grænsespørgsmålet fra det offentlige rum ind i universiteterne og derfra igen tilbage ud i samfundet.

[53] Festtale ved Otto Scheel i anledning af 100-års-jubilæet for Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte den 19. marts 1933, cit. eft. Lena Cordes: Regionalgeschichte im Zeichen politischen Wandels. Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte zwischen 1918 und 1945 (Kieler Werkstücke H/1), Frankfurt/Main 2011, 78.

[54] Om dette se også Carsten Mish: Otto Scheel (1876–1954). Eine biographische Studie zu Lutherforschung, Landeshistoriographie und deutsch-dänischen Beziehungen (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte 61). Göttingen 2015, 101–138; Oliver Auge/Martin Göllnitz: Zwischen Grenzkampf, Völkerverständigung und der Suche nach demokratischer Identität: Die Landesgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zwischen 1945 und 1965. I: Wissenschaft im Aufbruch. Beiträge zur Wiederbegründung der Kieler Universität nach 1945 (Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 88). Udg. af Christoph Cornelißen. Essen 2014, 101–129, 101–105.

[55] Om dette, se specielt Martin Göllnitz: Der Student als Führer? Handlungsmöglichkeiten eines jungakademischen Funktionärskorps am Beispiel der Universität Kiel (1927–1945) (Kieler Historische Studien 44). Ostfildern 2018, 380f.; samt Caroline E. Weber: 1920/2020. Elf Kieler Blickwinkel auf die Schleswiger Grenzabstimmungen. I: Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 97 (2019), 11–27.

Dette, men også andre forhold viser, i hvor stor udstrækning netop den del af borgerskabet, som var mest veluddannet, gik ind for tanken om at korrigere de nyligt trukne grænser så hurtigt og omfattende som muligt. Især i Slesvig-Holsten syntes en grænsekamp, udkæmpet på det kulturpolitiske område, at være socialt acceptabel –overvejende med det akademiske miljø som deltager. Allerede i begyndelsen af 1920-erne var de første studenterforeninger blevet etableret i Kiel med henblik på at tage spørgsmålet om de tyske grænser og tyskheden i Nordslesvig op.[56] Grænsevandreture og nationalpolitisk kursusvirksomhed, men også indsamling af viden, som på én eller anden måde kunne være til gavn for grænsekampen mod Danmark, var blandt de studerendes opgaver og målsætninger. Forskydningen af den dansk-tyske grænse mod syd og tabet af Nordslesvig i 1920 påvirkede imidlertid ikke kun unge studerende, men gav også genlyd i det Slesvig-Holstenske Universitets-Samfund, hvis bestyrelse i 1928 understregede:

> „Som altid er det så meget desto mere nu om dage kun muligt at kæmpe kampen for tysk nationalitet, for tysk sprog og sindelag i Slesvig-Holsten med åndens våben. Også den endelige og alligevel nødvendige revision af den nyligt oprettede nordlige grænse vil blive gennemført på denne måde. Dette må og skal ske – i første omgang ved en indtrængende og saglig undersøgelse af det kulturelle og videnskabelige grundlag for den grænsekamp, der føres nordfra, og derefter i en ærlig dyst mellem tysk og dansk kultur, så de bedrøvelige forhold, der stadig hersker i den nordlige del af vor hjemstavn, kan blive definitivt overvundet."[57]

Pressen brugte undertiden langt stærkere skyts i grænsekampen, for eksempel, da den national-konservative „Kieler Zeitung" den 13. januar 1932 forsynede sit Nordslesvig-tillæg med overskriften „Vor kamp gælder den blødende grænse", og den daværende chefredaktør Max Gröters med al ønskelig tydelighed skrev:

---

56 Om dette og efterfølgende forhold, se Göllnitz: Student (note 55), 379–390.

57 Anton Schifferer/Friedrich Wolters/Carl Petersen: Jahresbericht der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft. I: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 4 (1928), 80–94, 81f. Om Universitäts-Gesellschafts rolle i den dansk-tyske grænsekamp, se også Tomke Jordan: „Professoren lesen für jedermann" – Öffentlichkeitsarbeit einer Grenzlanduniversität: Die Kieler Universitätswochen von 1929 und 1937 zwischen nordischem Gedanken und Grenzkampf-Idee. I: Hochschulen im öffentlichen Raum. Historiographische und systematische Perspektiven auf ein Beziehungsgeflecht. Udg. af Martin Göllnitz og Kim Krämer. Göttingen 2020, 103–138.

> „Vi vil aldrig helme, før der er rettet op på denne skade og før denne skam, som har frataget os tusinder af de bedste landsmænd og bragt dem under dansk åg, er elimineret igen. […] Det handler om kamp!! Vi vil vække forståelse for dette syd for grænsen, vi vil støtte åndens og viljens frikorps og hverve for den tyske tanke om at flytte grænsen tilbage til sin gamle plads, vi vil råbe sindene i riget op og henlede deres opmærksomhed på denne brændende grænse. Og vi vil ikke helme og ikke standse, før en kommende stærk og national rigsregering endelig kategorisk kræver, hvad der er i overensstemmelse med folkets vilje: en revision af dette skændige territoriale røveri."[58]

Sådanne udsagn indikerer desuden, at de implicerede dengang ikke så grænsekampen i Slesvig-Holsten som en regionalt begrænset konflikt. De nationalistiske klicheer, der allerede var blevet brugt meget forud for folkeafstemningerne, var primært beregnet til at understrege de postulerede nationale modsætninger. I den spirende konflikt om grænsedragningen i 1920 blev de i stigende grad fortolket folkenationalistisk – kort sagt drejede det sig om at opnå en historisk og kulturel fortolkningsmagt over det tidligere hertugdømme Slesvig. Dette kan eksempelvis illustreres ved bestræbelser fra Slesvig magistrat, der i 1928 forcerede oprettelsen af et „grænselandsmuseum" og til dette formål anmodede om statsstøtte fra det preussiske forskningsministerium.[59] Magistratens ansøgning, hvori planerne blev begrundet over for Berlins ministerielle bureaukrati, afspejler så at sige grænsekampsperspektivet i regionen: „Museet i Slesvig vil være bedst egnet til at blive et vigtigt grænselandsmuseum, idet dets samlinger på bedste vis modbeviser de påstande, der gang på gang fremsættes fra dansk side om, at Nordmarkens, altså det gamle hertugdømme Slesvigs, værker inden for kunst, kunsthåndværk og borgerliv skulle være af dansk oprindelse."[60]

De her valgte eksempler viser, at en geopolitisk legitimering af grænser ikke spillede nogen stor rolle i den dansk-tyske grænsekamp, men at de ansvarlige aktører snarere fremførte historiske argumenter, som i vid udstræk-

---

58 Kieler Zeitung, 13.1.1932, Nordslesvig-tillægget nr. 1, bl. 3.

59 Om dette, se også Göllnitz: Museumsprojekt (note 20), 116f, 120; Samme: Ein nationaler Erinnerungsort? Zur Entstehung des Wikinger Museums Haithabu im Wandel der Geschichtspolitik. I: Historische Museen und Gedenkstätten in Norddeutschland. Udg. af Karl Heinrich Pohl. Husum 2016, 69–94.

60 LASH, Abt. 309, nr. 35770, Slesvig Magistrats henvendelse til PMWKV, 21.2.1928.

ning blev suppleret med kulturelle og sproglige perspektiver. I diskussionen om „ideelle" eller „rigtige" grænser var argumenter, som var baseret på et kulturelt og historisk ræsonnement, så afgjort de vigtigste, idet de tilsyneladende var særligt velegnede til at dokumentere det temmelig pseudovidenskabelige begreb „folkets jord" – det vil sige det territorium, som det tyske folk havde præget gennem bosættelse frem til mellemskrigstiden.[61] Konceptet var beregnet til at dokumentere en tusindårig kontinuitet inden for bosættelse, tysk kultur og sproglig tradition for derved at understrege det tyske folks historisk berettigede krav på det „mistede" grænseområde. Tæt forbundet med dette tvivlsomme ræsonnement om, at den tyske befolkning i kraft af sin kulturelle overlegenhed havde formet regionen, var håbet om at kunne få de afståede områder tilbage igen som „tyske". Samtidig begunstigede sådanne ideer Weimarårenes stærke tendenser til opbygning af fællesskaber, som både virkede inkluderende og ekskluderende. Meningen med at genbruge kulturhistoriske nationalistiske klicheer var at marginalisere og udelukke alt, som var udenlandsk eller anderledes. Det bør dog understreges, at disse klicheer ikke var racistiske i deres måde at argumentere og legitimere på. I forhold til Slesvig-regionen var der således ikke først og fremmest tale om nogen racekonflikt, men, som Pohl udtrykker det, mest af alt om, at der „fra et tysk perspektiv var et ‚danskerproblem' og fra et dansk perspektiv et ‚tyskerproblem'".[62]

Det var først fra 1930-erne og især efter at nazisterne var kommet til magten, at hele komplekset omkring racebiologisk-etniske argumentationsmønstre blev mere vigtigt i forsøget på at legitimere grænselinjer. Begrebet „folket" og ideen om et homogent samfund, et folkefællesskab, åbnede i sidste ende for, at også konceptet „race" vandt indpas i mellemkrigsårenes grænsetænkning.[63] Men selvom grænserne i den nazistiske stat først og fremmest skulle trækkes efter racistisk-biologiske kriterier, erstattede eller fortrængte de stærkt ekspansive nazistiske grænsekoncepter alligevel aldrig den ældre, traditionelle måde at legitimere grænser på, som var geografisk, historisk, kulturelt, politisk, militært eller økonomisk begrundet.[64]

[61] Om dette og efterfølgende forhold, se Andreas Kossert: „Grenzlandpolitik" und Ostforschung an der Peripherie des Reiches. Das ostpreußische Masuren 1919–1945. I: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), 117–146, 124; Conze: Grenz-Diskurs (note 9), 43f.

[62] Pohl: Schleswig-Holstein (note 26), 109.

[63] Se eksempelvis Birgit Kletzin: Europa aus Rasse und Raum. Die nationalsozialistische Idee der neuen Ordnung. Münster 2000; Jürgen Elvert: Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918–1945). Stuttgart 1999.

[64] Conze: Grenz-Diskurs (note 9), 45.

Nationalisme – propaganda – kontinuitet: et facit

Som det fremgår af nærværende bidrag, gik vejen fra afstemningskampen i 1920 direkte til grænsekampen i 1920-erne og 1930-erne. Termerne nationalisme og propaganda udgjorde ligesom det „hængsel", der holdt sammen på tysk politik og tysk offentlighed, uanset partitilhørsforhold og på tværs af sociale skel. Alle delte den samme vilje til ikke at ville acceptere krigens nederlag, til at afvise bestemmelserne i „fredsdiktatet" fra Versailles og, som en konsekvens heraf, til at betragte de territoriale tab efter afstemningerne som uacceptable. Mens de tyske afstemningsplakater – som skulle godkendes af Den Internationale Kommission og derfor var begrænset i deres udtryksmuligheder – ved brug af lyse farver og kunstnerisk prægede symboler vedvarende mestendels appellerede til en national fædrelandsfølelse og ikke fremhævede nationale forskelle, dominerede fra 1921/22 fortællinger om uretfærdighed og kritik af Versailles-traktaten og afstemningsvilkårene. Det resulterede hurtigt i en militant grænserevisionisme, der undertiden brugte folkenationalistiske udtryk. Sideløbende med brutaliseringen af den politiske kultur i Weimarrepublikken var grænsekampen i Slesvig-Holsten ligeledes kendetegnet ved et stadig mere aggressivt og voldeligt sprog, som sandsynligvis i det mindste delvis kan forklares med den frustration, som de involverede aktører følte. Den revisionistiske kritik med tilhørende krav mundede jo aldrig ud i konkret handling, så grænsekampen i regionen blev altid begrænset til et abstrakt kulturelt niveau. Under alle omstændigheder var man frem til 1933 ikke kommet et eneste skridt videre i bestræbelserne om vinde det mistede grænseområde tilbage.

Som bekendt fik en del af den tyske befolkning i det sydlige og nordlige Slesvig nyt håb om en revision af grænsen efter, at nazisterne havde overtaget magten, især efter at Tyskland havde meldt sig ud af Folkeforbundet og dermed sagt farvel til alt multilateralt samarbejde.[65] Og selvom Adolf Hitler i maj måned 1933 udadtil havde understreget, at han „ikke agtede at iværksætte nogen grænseflytningspolitik på bekostning af fremmede lande"[66], så arbejdede både partiapparatet og det ministerielle bureaukrati i Berlin intenst

65 Se som eksempel Rudolf Rietzler: „Kampf in der Nordmark". Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919–1928) (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 4). Neumünster 1982.

66 Cit. efter Hans-Adolf Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938. Frankfurt/Main 1968, 337.

på at opnå en revision af Versailles-traktaten. I den forbindelse havde man ikke tænkt sig at tage hensyn til internationale standarder for de nye grænser – disse blev tilsidesat til fordel for det ekspansive naziregimes geopolitiske interesser. Alene af den grund udløste grænseflytningerne i anden halvdel af 1930-erne en enorm jubel i hele det Tredje Tyske Rige – og selvfølgelig også hos befolkningen i Slesvig. Endelig syntes „skændselsdiktatet" fra Versailles at blive revideret og den tyske grænsekamp at lykkes. Men mens drømmen blev en realitet for rigets territorier i vest og øst – i det mindste i en kort periode – så brast den i det nordlige Tyskland. Selv tyske troppers invasion og besættelse af Danmark den 9. april 1940 resulterede ikke i nogen grænseflytning mod nord.[67] Den nationalsocialistiske regering var i den sidste ende ikke interesseret i yderligere et sted med uro – og havde i øvrigt planer om at forene de „germanske broderfolk" i Skandinavien i et storgermansk imperium under tysk dominans. Bestræbelser på at revidere den dansk-tyske grænse ville kun have sat en unødig kæp i hjulet på et sådant projekt.

---

[67] Om dette emne, se specielt Robert Bohn/Jürgen Elvert/Hain Rebas/Michael Salewski (udg.): Neutralität und totalitäre Aggression. Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 1991; Michael Jonas: Das Auswärtige Amt und die deutsche Nordeuropapolitik im Zweiten Weltkrieg. I: Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur. Udg. af Johannes Hürter og Michael Mayer. Berlin 2014, 131–148; Samme: Alternativpolitik und Diplomatie. Das Auswärtige Amt und Nordeuropa im Zweiten Weltkrieg. I: Historische Zeitschrift 293 (2011), 667–707.

Der deutsch-dänische Archivalientausch

Jörg Rathjen

Die Abtretung der nordschleswigschen Gebiete als Folge der Volksabstimmung von 1920 brachte auf vielen Gebieten einschneidende Veränderungen mit sich. Auch das schleswig-holsteinische und dänische Archivwesen blieb nicht unberührt. Die neue Grenzziehung führte zu deutsch-dänischen Gesprächen über einen Austausch von Akten und Archivalien, die im Dezember 1933 in einem Archivabkommen mündeten. Kurz darauf, im Februar 1934 erschien in der *Archivalischen Zeitschrift* ein Beitrag des Direktors des preußischen Staatsarchivs der Provinz Schleswig-Holstein, Walther Stephan (1873–1959), in dem er über das Zustandekommen des Abkommens berichtete. Mit dem Abkommen, so der Staatsarchivdirektor, seien „außerordentlich verwickelte, seit länger als 10 Jahre zwischen beiden Staaten geführte Verhandlungen zum Abschluss gekommen, die in ihren Ergebnissen durch eine neue Verteilung des archivalischen Quellenstoffes für die historische Forschung Schleswig-Holsteins und Dänemarks eine weittragende Bedeutung besitzen".[1]

[1] Walther Stephan: Das deutsch-dänische Abkommen über den Austausch historischer Archivalien. In: Archivalische Zeitschrift 42–43 (1934), 338–343; vgl. auch Archive zwischen Konflikt und Kooperation/Arkiver mellem konflikt og samarbejde. 75 Jahre deutsch-dänisches Archivabkommen von 1933/75 år dansk-tysk arkivoverenskomst af 1933. Hrsg. von/udgivet af Rainer Hering, Johan Peter Noack, Steen Ousager und/og Hans Schultz Hansen (Landesarchiv Schleswig-Holstein/statens Arkiver i Danmark) (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein 95). Hamburg 2008. URL: https://doi.org/10.15460/HUP.LASH.95.83 (letzter Zugriff am 6.4.2022).

Verwickelt und langandauernd waren die Verhandlungen in der Tat. Begonnen in der Geburtsstunde der Weimarer Republik und im ersten Jahr des „Dritten Reiches" beendet, hatten die deutsch-dänischen Gespräche den gesamten Lebenszyklus der ersten deutschen Demokratie begleitet.

Für die am Archivalientausch beteiligten Archive – das Staatsarchiv der Provinz Schleswig-Holstein (und Vorgänger des heutigen Landesarchivs Schleswig-Holstein), das dänische Reichsarchiv in Kopenhagen sowie das Landesarchiv für Nordschleswig (Landsarkivet for Sønderjylland, seit 2014 Reichsarchiv, Apenrade) – stellte dieses Ereignis einen bedeutenden Markstein dar, das seine Spuren in zahlreichen älteren Beständen hinterlassen hat und das bis in die Gegenwart die Quellenrecherche zu vielen Forschungsfragen der deutsch-dänischen Geschichte prägt.[2] Zum Archivabkommen existiert bereits ein 1996 veröffentlichter Aufsatz des dänischen Archivars Hans Kargaard Thomsen (1936–2020), der seit 2008 auch in einer deutschen Übersetzung vorliegt und in dem Kargaard Thomsen ausführlich vorrangig anhand dänischer Quellen, aber auch Aktenmaterials des deutschen Auswärtigen Amtes Verlauf und Ergebnisse der Verhandlungen beschreibt.[3] Auf Grundlage des Quellenkorpus der beteiligten deutschen Institutionen widmete sich jüngst Sarah Schmidt im Rahmen ihrer Studie zur Geschichte des Staatsarchivs in Schleswig-Holstein ausführlich dem Archivabkommen und seiner Vorgeschichte.[4] Der vorliegende Beitrag zeichnet die wesentlichen Grundzüge des Archivalienaustausches nach.

Das grundlegende Thema, mit dem sich deutsche und dänische Vertreter über Jahre hinweg in zahlreichen Gesprächen intensiv beschäftigten, war im Prinzip nicht neu. Der Austausch von Akten und anderen Unterlagen bei einem Wechsel der Herrschaft über ein Territorium war weithin üblich, wie diesbezügliche Bestimmungen in zahlreichen Friedens- beziehungsweise Abtretungsverträgen belegen. Die Abgaben umfassten in der Regel Akten,

---

[2] Vgl. hierzu Malte Bischoff: Die Folgen des deutsch-dänischen Archivabkommens von 1933 im Landesarchiv Schleswig-Holstein: Vom Nutzen für die Benutzung. In: Archive zwischen Konflikt und Kooperation (Anm. 1), 101–111; Hans Schultz Hansen: Wie benutzt man die Archivbestände, die aus dem Staatsarchiv Kiel stammen und sich im dänischen Reichsarchiv sowie im Landesarchiv für Nordschleswig befinden? In: Archive zwischen Konflikt und Kooperation (Anm. 1), 131–136.

[3] Hans Kargaard Thomsen: Das Archivabkommen mit Deutschland 1933 und seine Vorgeschichte. In: Archive zwischen Konflikt und Kooperation (Anm. 1), 59–100.

[4] Sarah Schmidt: Archivarbeit im Wandel. Das Beispiel des preußischen Staatsarchivs in Schleswig-Holstein 1870–1947 (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein 121). Hamburg 2021. URL: https://doi.org/10.15460/HUP.LASH.121.213 (letzter Zugriff am 6.4.2022).

Amtsbücher oder Urkunden, die der Empfänger für die Ausübung der Herrschaft und zur Fortführung der Verwaltung beziehungsweise zur Sicherung von Rechten benötigte. Mitte des 19. Jahrhunderts richtete sich der Blick bei Verhandlungen nun auf einen weiteren, bislang in der Regel nicht berücksichtigten Bereich der Überlieferung: nämlich auf solche Unterlagen, die keinen unmittelbaren Verwaltungsnutzen mehr besaßen, sondern „nur" noch von historischem Interesse waren.[5]

Zu den frühen Beispielen zählt der Wiener Frieden von 1864, der den deutsch-dänischen Krieg beendete, und in dem sich Dänemark laut Artikel 20 verpflichten musste, Unterlagen an Preußen abzuliefern. Neben dem üblichen Verwaltungsschriftgut, das für die Fortführung einer ordnungsgemäßen Administration in den neugewonnenen Gebieten durch Preußen notwendig war, umfasste die Verpflichtung auch Unterlagen aus dänischen Archiven. In den Jahren nach dem Friedensschluss bis in die 1870er-Jahre hinein erfolgten Verhandlungen, in denen es vor allem um die Frage ging, welche Archivalien von dänischer Seite aus abzugeben seien. Im Blickpunkt standen dabei nicht nur historische Unterlagen, die im abgetretenen Territorium erwachsen waren, sondern auch solche sich auf Schleswig-Holstein beziehende Archivalien, die sich in den Beständen der ehemals für die Herzogtümer zuständigen, in Kopenhagen ansässigen Zentralbehörden befanden. Der Provenienzgedanke spielte bei den Diskussionen keine Rolle. Noch hatte sich die Auffassung, dass auch der organische Zusammenhang von Unterlagen einer Behörde ein Wert für die Forschung an sich sei, den es möglichst zu bewahren gelte, nicht allgemein durchgesetzt. Seinen Siegeszug sollte das Provenienzprinzip erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts antreten. Als Ergebnis der Verhandlungen lieferte Dänemark somit auch aus den Archivbeständen ehemaliger zentraler Verwaltungsbehörden wie zum Beispiel der Deutschen Kanzlei, Unterlagen an Preußen ab. Im Endeffekt ließ die Archivalienabgabe beide Seiten unbefriedigt: Für Dänemark bedeutete die Überlassung Schleswig-Holstein betreffender Unterlagen, dass wichtige Archivbestände gleichsam zerrissen wurden, während die deutsche Seite das dänische Verfahren als willkürlich empfand, da aus ihrer Sicht wesentliche und wichtige Teilbestände zurückbehalten worden waren. Die deutsche Regierung stellte deswegen nach Abschluss der Ablieferungen auch ganz bewusst keine rechtsverbindliche Erklärung aus, dass

[5] Thomas Fitschen: Das rechtliche Schicksal von staatlichen Akten und Archiven bei einem Wechsel der Herrschaft über Staatsgebiet (Saarbrücker Studien zum Internationalen Recht 25). Baden-Baden 2004, 91–93.

Dänemark seine aus dem Frieden herrührenden Verpflichtungen erfüllt habe. Allerdings ließ sie das Thema in der Folgezeit ruhen.[6] Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sollte die Angelegenheit jedoch angesichts der neuen Lage wieder auf die Tagesordnung gelangen.

Die Veränderungen der territorialen Landkarte Europas als Ergebnis der Friedenschlüsse nach dem Ersten Weltkrieg mit den Grenzänderungen und dem Entstehen neuer Staaten in Ostmitteleuropa wirkten sich auch auf das europäische Archivwesen aus. Sämtliche Friedensverträge enthielten Bestimmungen zu Akten und Archiven. So regelten beispielsweise zwei Passus im Versailler Vertrag die Archivalienauslieferungen zwischen Deutschland und Frankreich beziehungsweise Belgien.[7] Die Folgejahre waren daher angefüllt mit einer ganzen Reihe von Verhandlungen zwischen den betroffenen europäischen Staaten zu dieser Frage. Insbesondere betraf dies das Schicksal der Archive der ehemaligen Habsburger Doppelmonarchie, von dem Thomas Fitschen in seiner rechtshistorischen Studie zum Schicksal staatlicher Archive bei einem Herrschaftswechsel gar von einem „präzedenzlosen Fall der Neuordnung eines Aktenimperiums" spricht.[8] Generell lässt sich wohl ohne große Übertreibung behaupten, dass noch nie zuvor so häufig über Archive, archivische Überlieferungen und Archivalien verhandelt, diskutiert und gestritten wurde wie im Zeitraum nach 1919.[9]

Zu den Archivverhandlungen, die aus einer territorialen Veränderung herrührten, aber nicht in einem Friedensvertrag geregelt waren, gehört der deutsch-dänische Austausch. Angesichts der abzusehenden Abtretung der nördlichen Teile Schleswigs an Dänemark regte Arnold Oskar Meyer (1877–1944), Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Kiel und Sekretär der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, beim Generaldirektor der preußischen Staatsarchive Paul Fridolin Kehr (1860–1944) an, die Frage eines Archivalientausches zwischen Deutschland und Dänemark in Anknüpfung an die Verhandlungen der 1870er-Jahre wieder aufzugreifen. Der Generaldirektor stimmte dem zu und wandte sich im April 1919 an Au-

6 Stephan (Anm. 1) 339; Schmidt (Anm. 5), 36-61; vgl. zur dänischen Perspektive Hans Kargaard Thomsen: Arkivforhandlingerne med Preussen 1864–1875. De danske Synspunkter. In: Arkiv 11 (1987), 167–200; Fitschen (Anm. 5), 87.

7 Fitschen (Anm. 5), 107–109.

8 Ebd., 137.

9 Otto Riedner: Archivwesen und Weltkrieg. In: Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der Deutschen Geschichts- und Alterthumsvereine 73 (1925), 204–226. URL: https://periodika.digitale-sammlungen.de/bdlg/Blatt_bsb00000239,00109.html (letzter Zugriff am 6.4.2022).

ßenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869–1928) mit dem Vorschlag, bei den anstehenden Grenzfragen auch eine endgültige Regelung der Ansprüche auf schleswig-holsteinische Archivalien anzustreben, wobei er sich auf die Ablieferungen der 1870er-Jahre bezog, die ja insbesondere von deutscher und schleswig-holsteinischer Seite als unzureichend angesehen wurden:

> „Damals wurden Auslieferungen von Archivalien noch als Prestigefragen aufgefaßt und die Archivbeamten selbst waren von den heutigen Ideen über Archivwesen und des jetzt wohl allgemein angenommenen Provenienzprinzips weit entfernt. Es ist anzunehmen, daß auch die dänische Archivverwaltung sich nicht mehr dagegen sträuben wird, daß denjenigen archivalischen Fonds, die nach Schleswig-Holstein gehören, […] an uns abgeben werden, wie wir unsererseits die auf die voraussichtlich abzutretenden Teile Schleswigs sich beziehende Archivalien herauszugeben keine Schwierigkeiten machen können."[10]

Der Generaldirektor empfahl, Staatsarchivdirektor Paul Richter (1866–1939) und einen Vertreter der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte mit der Aufgabe zu betrauen, die archivalischen Ansprüche festzustellen. Anfang Mai erhielt der Staatsarchivdirektor schließlich eine diesbezügliche Anweisung der beim Auswärtigen Amt angesiedelten Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen.[11] Richter selbst hatte sich jedoch seinerseits bereits vorausschauend seit einiger Zeit mit den Konsequenzen, den die abzusehende Abtretung Nordschleswigs für das Staatsarchiv haben würde, beschäftigt und den Gutsbesitzer von Deutsch Nienhof und Landeshistoriker Paul von Hedemann-Heespen (1869–1937), der auch im Vorstand der Geschichtsgesellschaft saß, aufgrund dessen Erfahrung um Unterstützung gebeten.[12] In den folgenden Wochen und Monaten versuchte Staatsarchivdirektor Richter, sich mittels Rundschreiben an einige Forscher, die über Kenntnisse über die Quellenbestände durch ihre Arbeit in dänischen Archiven verfügten, ein Bild von der dort vorhandenen Überlieferung schleswig-holsteinischer Archivalien zu

[10] LASH Abt. 304 Nr. 129, Bl. 6, Schreiben des Generaldirektors der preußischen Staatsarchive an Außenminister Graf von Brockdorff-Rantzau, 1.4.1919.

[11] Ebd., Bl. 5, Schreiben vom 2.5.1919

[12] Ebd., Bl. 1, Schreiben Richter an von Hedemann-Heespen, 7.3.1919.

verschaffen, um auf dieser Grundlage die Grundsätze für einen Austausch festzulegen.[13]

Nach Abschluss der vorbereitenden Arbeiten wandte sich Richter schließlich im September 1919 an seinen dänischen Kollegen vom Reichsarchiv Kristian Erslev (1852–1930). Richter schlug eine Revision der Archivbestandsaufnahme der 1870er-Jahre vor, die, wie Richter schrieb, „zum Schaden für die archivalischen und wissenschaftlichen Interessen des schleswig-holsteinischen Landes" gewesen sei.[14] Der Direktor des Reichsarchivs stand dem Vorhaben zwar prinzipiell positiv gegenüber, betonte aber, es gebe ebenso von dänischer Seite aus Forderungen nach Rückgaben, da damals von Dänemark „Akten überstellt wurden, die eigentlich in das dänische Reichsarchiv gehörten".[15] Nach dieser ersten Kontaktaufnahme geschah erst einmal wenig. Zwar hatte Richter der Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen vorgeschlagen, mit Paul von Hedemann-Heespen nach Kopenhagen zu reisen, um dort gewissermaßen durch informelle Gespräche unter Kollegen persönliche Vorfeldarbeit zu leisten, bevor es zu offiziellen Verhandlungen über die gegenseitigen Ansprüche und Forderungen kommt. Allerdings ließ der Generaldirektor der preußischen Staatsarchive mitteilen, dass dies nicht erforderlich sei, da man zunächst der dänischen Seite die Initiative überlassen wolle.[16] Erst 1921 nahm die Angelegenheit wieder Fahrt auf.

Im Oktober 1921 kamen deutsche und dänische Vertreter, darunter Richter und Erslev, in Kopenhagen zu sowohl unverbindlichen Gesprächsrunden als auch offiziellen Verhandlungen zusammen. Es zeigte sich dort jedoch nur zu deutlich, wie unterschiedlich die Auffassungen beider Seiten über das Ende der Archivverhandlungen 1875 waren. Auf deutscher Seite wies man aufs Neue darauf hin, dass Dänemark seine Verpflichtungen damals nicht in vollem Umfang erfüllt habe und somit noch deutsche Rechtsansprüche auf die Auslieferung von historischen Unterlagen bestünden. Zum Auftakt präsentierten die deutschen Vertreter ihren Gastgebern auch gleich eine umfangreiche Liste mit Archivbeständen, die für die schleswig-holsteinische Landesgeschichte historisch bedeutsame Unterlagen beinhalteten. Nach deutscher Auffassung waren diese von Dänemark in den 1870er-Jahren zurückbehalten

---

13 Ebd., Bl. 17, Rundschreiben vom 22.5.1919; Schmidt (Anm. 4), 119.

14 LASH Abt. 304 Nr. 129, Bl. 37, Schreiben Richter an Erslev, 6.9.1919.

15 Ebd., Bl. 40, Antwortschreiben Erslevs, 7.10.1919; Thomsen (Anm. 3) 60; Schmidt (Anm. 4), 120.

16 LASH Abt. 304 Nr. 129, Bl. 44, Schreiben des Generaldirektors der preußischen Staatsarchive an Richter, 11.11.1919.

worden und seien nun abzugeben, darunter unter anderem das wertvolle Archiv der Herzöge von Gottorf, das aus der Gemeinsamen Regierung der Herzogtümer herrührende Gemeinschaftliche Archiv sowie Unterlagen von Mittel- und Zentralbehörden, wie der Deutschen Kanzlei und der Glückstädter Kanzlei. In einem gleichzeitig vorgelegten Vertragsentwurf war in einem Passus festgehalten, dass die dänische Regierung sich verpflichte „die noch im dänischen Besitz befindlichen Urkunden, Akten usw., die lediglich oder überwiegend zu Deutschland gehörende Gebiete betreffen und von historischer Bedeutung sind, auszuliefern".[17] Die dänische Seite lehnte diese Bestimmung rundweg ab und machte klar, dass das Kapitel abgeschlossen sei, und daher keine Rede davon sein könne, an die damaligen Verhandlungen umstandslos wieder anzuknüpfen.

Die Dänen präsentierten im weiteren Verlauf der ersten Gespräche ihrerseits eine Reihe von Gegenforderungen. So erhob man Ansprüche auf Rücklieferung der aus Beständen zentraler Behörden abgegebenen historischen Unterlagen zu Nordschleswig sowie der Patente und Registranten der Deutschen Kanzlei aus dem Zeitraum 1730 bis 1770, die insbesondere für Forschungen zur dänischen Außenpolitik von großem Interesse waren. Von mindestens ebenso großer Bedeutung waren aus dänischer Sicht die Akten des Ministeriums für das Herzogtum Schleswig, das von 1852 bis 1864 tätig war. Hier argumentierte man mit der großen Bedeutung der Unterlagen für Forschungen zur Geschichte des dänischen Gesamtstaates in seiner Endphase.

Beide Seiten hatten damit während der ersten Kontakte und Gesprächsrunden gewissermaßen ihre „Argumentationspflöcke" eingeschlagen. Doch die Angelegenheit kam nur langsam voran. Zu unterschiedlich blieben vorerst die jeweiligen Standpunkte, auch wenn zunehmend die Einsicht vorherrschte, mit Maximalforderungen nicht weit zu kommen. So kritisierte Reichsarchivar Erslev die seiner Auffassung nach zu hoch gespannten Erwartungen seiner deutschen Kollegen.[18] Der dänische Professor Aage Friis (1870–1949), der mit Erslev und von Hedemann-Heespen in Kontakt stand und damit gewissermaßen inoffiziell eingebunden war, forderte, dass die Deutschen „von ganz praktischen Dingen ausgehen und sich nicht an Theorien und Formalitäten festbeißen, aber so, wie die Sache bisher verlaufen ist, habe ich da meine Be-

17 Thomsen (Anm. 3), 63; Schmidt (Anm. 4), 154; LASH Abt. 304 Nr. 130, Bl. 49–57, Protokoll über die Verhandlungen.

18 Thomsen (Anm. 3), 70.

fürchtungen".[19] Friis rief beide Seiten zum Verzicht auf und empfahl Großzügigkeit. Auf deutscher Seite wiederum empfand von Hedemann-Heespen später mit kritischem Blick auf beide Seiten die Verhandlungen als „marktschreierisches Gefeilsche".[20] Auch Richter plädierte in einem Schreiben an seinen dänischen Kollegen Erslev für ein gegenseitiges Entgegenkommen und griff dabei gewissermaßen den Faden von Friis auf, als er betonte, lieber über praktische als theoretische Fragen zu sprechen und das möglichst in informellen Verhandlungen zwischen Fachleuten unter Ausschluss der Politik, Verwaltung und Presse.[21] Tatsächlich waren im Rahmen der weiteren Verhandlungen eine Reihe von Behörden beteiligt – neben den jeweiligen Außenministerien waren dies auf preußischer Seite noch die Generaldirektion der preußischen Staatsarchive sowie die preußische Staatsregierung –, mit denen es sich abzustimmen galt, was die Angelegenheit nicht einfacher machte, zumal auch immer wieder übergeordnete politische Interessen durchschienen. Denn bei den kontroversen Diskussionen um den Austausch von Akten und Archivalien handelte es sich nicht allein um rein archivfachliche Fragen oder um die Befriedigung von Wünschen einzelner Geschichtsforscher beiderseits der Grenze. Nicht zu unterschätzen ist das politische Interesse an dem Komplex, insbesondere, so scheint es, auf deutscher Seite. Dieser Aspekt taucht dezidiert 1921 in einem Schreiben des preußischen Innenministeriums an das Auswärtige Amt auf. Angesichts eines übersandten dänischen Vertragsentwurfes zum Austausch sorgte man sich im Innenministerium um eine mögliche Rückwirkung der deutsch-dänischen Verhandlungen auf entsprechende Gespräche mit Polen. Kritisch wurde die beabsichtigte Ablieferung von historischen Unterlagen gesehen. Das Ministerium pochte stattdessen darauf, nur Akten in die Verhandlungen einzubeziehen, die für die Fortführung der Verwaltung in den abgetretenen Gebieten notwendig seien. Aus einer weiter gefassten Ablieferungspflicht könnten sich hingegen „starke politische Unbequemlichkeiten […] ergeben, insoweit es sich um Akten handelt, die die Polen- oder Dänenpolitik betreffen".[22]

[19] Zit. nach ebd., 67.

[20] Ebd., 74.

[21] Ebd., 68. „Da mit prinzipiellen Gesichtspunkten in unserem Sinne bei den Dänen nichts anzufangen ist, so müssen sie auf den Weg der Zugeständnisse im einzelnen gedrängt werden", LASH Abt. 304 Nr. 132, Bl. 140, Schreiben Richter an Scheel, 6.12.1923.

[22] LASH Abt. 304 Nr. 130, Bl. 5, 11.8.1921.

Das Auswärtige Amt stimmte in seiner Stellungnahme den Bedenken des Innenministeriums zu. Auch hier sah man die Gefahr, bei einer entsprechenden Übereinkunft mit Polen, die gesamten Akten über die preußische Polenpolitik des 19. Jahrhunderts abzugeben, „Akten, die dann selbstverständlich propagandistisch von Polen gegen Deutschland ausgenützt würden".[23] Das Amt empfahl, sich auf den Boden des Provenienzprinzips zu stellen und nur Akten von Behörden auszuliefern, die ihren Sitz in den abgetretenen Landesteilen hatten. Staatsarchivdirektor Richter war sich ebenso im Klaren darüber, dass es nicht ausschließlich um archivfachliche und wissenschaftliche Probleme ging. So wandte er sich im Frühjahr 1923 an den Vorsitzenden des Provinziallandtages Hermann Bendix Todsen (1864–1946) und den Landeshauptmann Reinhard Pahlke (1866–1937) und bat um ihre vertrauliche Stellungnahme, ob es hinsichtlich der Ablieferung der Akten des Ministeriums für das Herzogtum Schleswig derart politische Bedenken gebe, dass man ein Archivabkommen scheitern lassen müsste. Beide verneinten die Frage angesichts des ihrer Meinung nach eher geringen Werts der sich im Staatsarchiv befindlichen Unterlagen des Ministeriums.[24] Aber auch auf dänischer Seite kam ein nationalpolitisches Interesse zum Vorschein, wenn Reichsarchivar Erslev 1921 gleich zu Beginn der Gespräche deutlich machte, dass man im Reichsarchiv „imstande sein müsse, die allgemeine Politik sowie die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit der dänischen Monarchie gegenüber dem Gesamtstaate zu studieren und wenn nötig zu verteidigen".[25]

Unterdessen kam es im Herbst 1921 schließlich auf Ebene der beiden Regierungen zu offiziellen Kontakten in Form von Notenwechseln. Das dänische Außenministerium legte eine auf Basis des im Laufe der ersten Gespräche präsentierten deutschen Entwurfs überarbeitete Vertragsfassung vor, die insbesondere darauf abzielte, dass Deutschland die historischen Unterlagen, die Nordschleswig betreffen und in den 1870er-Jahren von Dänemark abgegeben worden waren, wieder zurückgibt. Die deutsche Reaktion war verhalten. Man lehnte dies nicht rundweg ab, wollte es jedoch von der Erfüllung deutscher Wünsche seitens Dänemarks abhängig machen. Dabei vergaß die deutsche Regierung den Hinweis nicht, dass es für Deutschland keinerlei vertragliche Verpflichtung gebe, Verwal-

23 Ebd., Bl. 2, 22.8.1921. Zum Archivabkommen mit Polen s. Fitschen (Anm. 5), 129–130; Schmidt (Anm. 4), 153.

24 LASH Abt. 304 Nr. 132, Bl. 59–67, hier besonders Bl. 67, Schreiben des Landeshauptmanns an Richter, 14.6.1923.

25 LASH Abt. 304 Nr. 135, Denkschrift Richters, S. 7, April 1930.

tungs- und historische Akten auszuliefern. Vielmehr sei es eine Angelegenheit des guten Willens und des Entgegenkommens – was auch auf dänischer Seite so gesehen wurde. Immerhin aber akzeptierte man auf deutscher Seite den Vertragsentwurf als Grundlage für kommende Verhandlungen.[26] Einigkeit konnten beide Regierungen im März 1922 immerhin über die Abgabe der Nordschleswig betreffenden Verwaltungsakten erzielen, deren Aufteilung gemäß dem Provenienzprinzip keine großen Schwierigkeiten bereitete. Eine entsprechende vertragliche Regelung erfolgte im darauffolgenden Monat.[27]

Strittig blieb jedoch weiterhin die Frage, wie mit historischen Unterlagen zu verfahren sei. Im Frühjahr 1922 kam es zu weiteren Treffen zwischen deutschen und dänischen Vertretern unter der Führung von Richter und Erslev. Einen besonderen Streitpunkt stellten hierbei Archivalien zu Südschleswig dar, die bei den in Kopenhagen ansässigen zentralen Behörden erwachsen waren.

Gemäß der Übereinkunft beider Regierungen sollten fortan verbindliche Verhandlungen über die Verteilung historischer Unterlagen von einer deutsch-dänischen Kommission, die mit Fachleuten aus beiden Ländern zusammengesetzt war, stattfinden. Auf deutscher Seite wurde Staatsarchivdirektor Richter zum offiziellen Staatskommissar für den Archivalienaustausch ernannt, ihm beigeordnet war der aus Hadersleben stammende Tübinger Professor für Theologie Otto Scheel (1876–1954) als Sondersachverständiger, der sich zuvor im Abstimmungskampf engagiert hatte und überdies über gute politische Kontakte verfügte.[28] Daneben berief Richter noch den Kieler Privatdozenten für Landesgeschichte Otto Brandt (1892–1935) und den Landesbibliothekar Volquard Pauls (1884–1954) als weitere Sachverständige hinzu. Die dänischen Interessen vertraten Reichsarchivar Erslev sowie seine beiden Kollegen aus dem Reichsarchiv Laurs Rasmus Laursen (1864–1936) und Wilhelm Christensen (1866–1949). Bis zu den ersten Zusammenkünften der Kommissionen sollte es freilich noch ein paar Monate dauern, da Formalitäten geregelt werden mussten, wobei sich offenbar das deutsche Auswärtige Amt viel Zeit

---

26 Thomsen (Anm. 3), 64–67; Schmidt (Anm. 4), 156–158.

27 Thomsen (Anm. 3), 75.; Schmidt (Anm. 4), 159–160; Stephan (Anm. 1), 339; Fitschen (Anm. 5), 109; Riedner (Anm. 7), 221.

28 Schmidt (Anm. 4), 165; Scheel erhielt 1924 den an der Universität Kiel neu eingerichteten Lehrstuhl für Schleswig-Holsteinische Landesgeschichte, Reformationsgeschichte und Nordische Geschichte, vgl. dazu die neueste Studie von Carsten Mish: Otto Scheel (1876–1954). Eine biografische Studie zu Lutherforschung, Landeshistoriografie und deutsch-dänischen Beziehungen (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte Reihe B Darstellungen Bd. 61). Göttingen–Bristol/USA 2015.

ließ.[29] Schließlich sorgte dann noch der Umzug des Staatsarchivs von Schleswig nach Kiel im Winter 1922/23 für Verzögerung. So konnten die Verhandlungen erst im Frühjahr 1923 aufgenommen werden.[30]

Die deutsche Seite hatte inzwischen darauf verzichtet, Rechtsansprüche aus Artikel 20 des Wiener Friedens von 1864 geltend zu machen. Deutsche wie Dänen waren übereingekommen, dem Austausch das Prinzip des „do ut des" zugrunde zu legen, also eines gegenseitigen Austausches von Unterlagen, der möglichst beide Seiten zufriedenstellen sollte. Deutschen wie dänischen Vertretern war klar, dass eine Lösung der Archivalienfrage nach der reinen archivfachlichen Lehre des Provenienzprinzips angesichts der seit den 1870er-Jahren bestehenden Verteilung kaum möglich war. Insbesondere aber das Staatsarchiv konnte an einer solchen Regelung keinerlei gesteigertes Interesse haben, da es in diesem Fall viel zu viel zu verlieren hätte, wie dessen Direktor auch unumwunden zugab:

> „[Das Provenienzprinzip, J.R.] konnte aber für uns in Rücksicht auf die älteren Archivalien deshalb nicht maßgebend sein, weil bei den früheren Archivabgaben von Seiten Dänemarks, besonders in den Jahren 1873/75, von solchen Behörden, die ihren Sitz in Kopenhagen gehabt hatten, umfangreiche Bestände abgegeben worden waren – Bestände, die jetzt den wertvollsten Grundstock des Archivs für das 18. Jahrhundert ausmachen. Auch sonst waren Archivalien, die das jetzt abgetretene Nordschleswig betreffen, aber nicht in dessen Gebietsteilen erwachsen waren, hierher gelangt. Wenn es sich jetzt um die Herausgabe von Archivalien für diese nordschleswig'schen Gebiete handelte, so können alle diese Bestände nicht umgangen werden. Noch weniger konnte unsererseits ein nachträglicher Verzicht auf die Archive der Zentralbehörden in Kopenhagen in Frage kommen."[31]

Statt auf dem Provenienzprinzip sollte die Verteilung vielmehr auf Grundlage des jeweiligen wissenschaftlichen Forschungsinteresses beruhen. Diese Einstellung entsprach der „auch von dänischer Seite genährten und von den Sachverständigen vertretenen Auffassung, daß in der Sphäre der Wissenschaft eine Verständigung leicht erzielt werden würde".[32] Die Hoffnung auf eine schnelle-

---

29 LASH Abt. 304 Nr. 132, Bl. 3, Schreiben Richter an Scheel, 27.9.1922.

30 Ebd., Bl. 45, Schreiben Richter an Erslev, 12.3.1923.

31 LASH Abt. 304 Nr. 135, Denkschrift Richter, S. 7, April 1930; Stephan (Anm. 1), 339

32 Ebd., Denkschrift Richter, S. 3, April 1930; Schmidt (Anm. 4), 166–167.

re Einigung unter Sachverständigen und Forschern sollte freilich trügen. Auch unter ausschließlicher Berücksichtigung wissenschaftlicher Aspekte blieben weiterhin knifflige Fragen zu lösen, waren doch aufgrund der jahrhundertelangen engen Verbindung zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein viele der infrage kommenden Archivalien für dänische und deutsche Forscher gleichermaßen von großem Interesse. Auf bestimmte Unterlagen von vornherein zugunsten des anderen verzichten wollte keine der Parteien. Die deutsch-dänische Kommission sah schwierigen Gesprächen entgegen.

In den folgenden Monaten, während die „Weimarer Republik" von einer Krise in die nächste geriet und die Inflation in Deutschland schwindelerregende Höhen erreichte, gelang es der Kommission, sich weitgehend über die auszutauschenden Unterlagen zu einigen und die Übereinkunft in einen Vertragsentwurf zu gießen. Deutschland erklärte sich bereit, die Lokalakten der abgetretenen Gebiete ebenso abzugeben wie das Archiv des Ministeriums für das Herzogtum Schleswig, wobei man hier noch einige Unterlagen für sich reklamierte, sowie die Patente und Erlasse der Deutschen Kanzlei aus dem Zeitraum 1730 bis 1770. Zu diesem „Austauschpaket" sollten noch weitere Urkunden und Akten hinzukommen, über die man aber erst später eine genaue Vereinbarung treffen wollte. Im Gegenzug sollte das Staatsarchiv Akten und Urkunden aus dem Gemeinschaftlichen Archiv sowie das Gottorfer Archiv mit gewissen Ausnahmen erhalten. Gerade um letztere Überlieferung, auf die die deutschen Vertreter bekanntlich besonderen Wert legten, hatte es noch Auseinandersetzungen gegeben, da Erslev ursprünglich nur die sich auf Holstein beziehenden Akten abzugeben bereit war, während die Unterlagen zu Schleswig im Reichsarchiv verbleiben sollten.[33] Der dänische Reichsarchivar rückte jedoch schließlich von seiner Position ab und gestand zu, auch Akten des Gottorfer Archivs, die Südschleswig betreffen, auszuliefern. Zu diesen beiden großen Beständen sollte das Staatsarchiv noch einige Fürstenarchive, Finanzunterlagen zu Holstein und Südschleswig erhalten sowie Urkunden und Akten nach besonderer Vereinbarung. Damit schien nun endlich nach Jahren der Gespräche und Verhandlungen ein Ergebnis erzielt, das als Grundlage für eine abschließende vertragliche Regelung zwischen beiden Staaten dienen konnte. Bevor es aber so weit war, mussten noch etliche offene Fragen geklärt werden. Denn in der Übereinkunft waren für einige Bestände, wie für das

[33] Wie wichtig für die deutsche Seite das Gottorfer Archiv war, zeigt die Bemerkung von Paul von Hedemann-Heespen in einem Schreiben an Aage Friis: „Bekommen wir nicht das Gottorf-Archiv ganz [...], so lohnt es sich meiner Ansicht nach nicht, auch nur noch 10 Minuten auf die ganzen Archivtauschverhandlungen zu verwenden", zit. nach Thomsen (Anm. 3), 79.

Gemeinschaftliche und das Gottorfer Archiv, Ausnahmen vorgesehen, über die noch eine Vereinbarung getroffen werden sollte. Andere Unterlagen waren zudem gar nicht näher spezifiziert worden, sondern sollten ebenfalls erst Gegenstand gesonderter Verabredungen werden. Der Teufel steckte also in den Details, und diese sorgten dafür, dass sich die ganze Angelegenheit weitere Jahre hinzog und auf beiden Seiten zunehmend zu Ermüdungserscheinungen und Frustrationen führte, wobei sich beide Parteien gegenseitig dafür verantwortlich machten.

Nach weiteren sechs Jahren, im Jahr 1930, waren Richter und Erslev schließlich nach dem mühevollen Durchforsten etlicher infrage kommender Bestände mit ihren Detailausarbeitungen fertig und bereit, einen überarbeiteten Vertragsentwurf ihrer jeweiligen Regierung zuzustellen. Obwohl beide Seiten den Inhalt des Abkommens als vergleichsweise zufriedenstellend bezeichneten, klang in den Stellungnahmen und Äußerungen deutscher wie dänischer Archivare und Sachverständigen keine allzu große Begeisterung an. So vertraten die dänischen Vertreter die Auffassung, die Deutschen würden im Vergleich die wertvollere Überlieferung erhalten. Auch Staatsarchivdirektor Richter auf deutscher Seite war mit dem Erreichten im Grunde nicht glücklich. In einer umfassenden Denkschrift für die preußische Staatsregierung, in der er den Gang der Verhandlungen ausführlich nachzeichnete und die einzelnen Punkte des Abkommens kommentierte, kritisierte er insbesondere die „unerfreuliche und unbefriedigende Behandlung, die unsere Ansprüche bei den dänischen Abgaben erfahren".[34] Er war allerdings auch skeptisch, ob sich momentan durch weitere Verhandlungen ein besseres Ergebnis erzielen ließe und empfahl letztendlich die Annahme des Entwurfs. Auch der preußische Ministerpräsident Otto Braun (1872–1955) sah in seiner Reaktion auf die Mitteilung Richters keinen Sinn darin, weiter zu insistieren, betonte jedoch, es „sei durchaus im Interesse Preußens, die jetzt getroffenen Abmachungen in einer späteren günstigeren Zeit abzuändern".[35] Gemünzt war diese Äußerung des Ministerpräsidenten auf den abschließenden Passus des Abkommens, in dem beide Seiten sich zusicherten, auf künftige Forderungen zu verzichten. Richter hatte empfohlen, diese Bestimmung aufzuweichen, um sich eine Hintertür für spätere Forderungen offenzuhalten –[36] insbesondere dann, wenn sich irgendwann für

[34] LASH Abt. 304 Nr. 135, Denkschrift Richter, S. 41, April 1930.

[35] Zit. nach Thomsen (Anm. 3), 90.

[36] Im Vertragsentwurf hatte es geheißen, „dass auf beiden Seiten kein weiterer Anspruch auf historische Archivalien mehr besteht". Der deutsche Vorschlag lautete: „Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung sollen auf beiden Seiten keine weiteren Rechtsansprüche auf historische Archivalien geltend gemacht werden.", Thomsen (Anm. 3), 96; LASH Abt. 304 Nr. 135, Denkschrift Richter, S. 40, April 1930.

Deutschland günstige politische Umstände ergeben sollten, die es ermöglichten, die Grenze erneut, und diesmal zugunsten Deutschlands, zu verschieben, eine Hoffnung, die weite Kreise in Schleswig-Holstein nicht aufgegeben hatten. Vor diesem Hintergrund ist auch die Bemerkung des preußischen Ministerpräsidenten Braun an das Auswärtige Amt zu verstehen, in der er betonte, nach „deutscher Auffassung ist es völlig unmöglich, dass von deutscher Seite die neue Grenze bei der Herausgabe der Archivalien unbedingt anerkannt wird".[37] Die Dänen stimmten dem deutschen Formulierungsvorschlag über den Verzicht auf weitere Archivforderungen zu, da sie im Gegensatz zu den deutschen Vertretern in den unterschiedlichen Fassungen keinen Unterschied in der Bedeutung zu erkennen vermochten.

Ein weiterer Stein auf dem Wege hin zu einer endgültigen Einigung wurde mit der Gründung des Landesarchivs für Nordschleswig in Apenrade 1931 beiseitegeräumt. Das neue Archiv sollte die nordschleswigschen Lokalakten aufnehmen. Schleswig-holsteinische Forscher sahen hierin ihren Wunsch nach einer „ortsnahen" Verwahrung dieser Überlieferung befriedigt.

Beide Seiten einigten sich zudem darüber, dass im Rahmen wissenschaftlicher Forschungen für Akten bis zum Grenzjahr 1864 selbstständig von den Archiven eine Nutzungserlaubnis erteilt werden konnte, ohne dass eine besondere Genehmigung höherer Stellen einzuholen ist. Ebenso sicherte man sich bei der Benutzung der Archivalien gegenseitige Erleichterungen zu, wie etwa Gebührenbefreiung oder Entgegenkommen bei Aktenversendungen zu Forschungszwecken.[38]

Im Herbst 1932 war das Abkommen unterzeichnungsreif. In fünf Punkten waren die Ergebnisse jahrelangen Bemühens beider Seiten zusammengefasst. Durch die politischen Umstände in Deutschland sowie durch Formalitätsfragen kam es jedoch zu einer weiteren Verzögerung. Erst im Dezember 1933 trat das Abkommen per Notenaustausch beider Regierungen in Kraft.[39]

Mit dem Abkommen waren Gespräche und Verhandlungen auf unterschiedlichen Ebenen, teils offiziell, teils über private Kanäle, beendet, die sich von den ersten Gesprächen bis zum Abschluss, wenn auch mit längeren Unterbrechungen, über einen Zeitraum von vierzehn Jahren hingezogen hatten.

---

37 Zit. nach Thomsen (Anm. 3), 97.

38 Vgl. dazu Schmidt (Anm. 4), 173–175.

39 Abdruck des sich in der Akte LASH Nr. 135 befindlichen Abkommens in: Archive zwischen Konflikt und Kooperation (Anm. 1), 138–144; Deutscher Reichsanzeiger 1934. Nr. 83, 10.4.1934; Schmidt (Anm. 4), 175.

Auf beiden Seiten hatten die intensiven und oftmals als frustrierend empfundenen Diskussionen um Bestände und die daran anknüpfenden komplexen Detailfragen viel Kraft und Energie gekostet. Es herrschte auf beiden Seiten zwar Erleichterung, jedoch keine Freude und schon gar keine Begeisterung über das Erreichte. Zu sehr sahen sich Deutsche wie Dänen im Nachteil. Dänische Vertreter sahen weiterhin den Vorteil ganz auf deutscher Seite, weil diese nach dänischer Auffassung die wertvolleren Unterlagen, wie beispielsweise das Gottorfer Archiv, bekommen hätten, während man selbst überwiegend Lokalakten erhalten habe, deren Wert geringer eingestuft wurde. Die deutsche Sicht gab Staatsarchivdirektor Walther Stephan (1873–1959), der 1931 die Nachfolge Richters angetreten hatte, in seiner eingangs angeführten Bestandsaufnahme in der *Archivalischen Zeitschrift* wieder: „Das endlich Erreichte bleibt Stückwerk."[40] Zahlreiche deutsche Wünsche seien unberücksichtigt geblieben. Doch gestand er auch ein, dass eine beide Seiten gleichermaßen befriedigende Verteilung der Unterlagen wegen der „engen Verflechtung der Geschicke beider Länder in der Vergangenheit" nicht möglich gewesen sei. Dennoch konnte er dem Abkommen durchaus Positives abgewinnen: „Trotz allem unterliegt es keinem Zweifel, daß durch das Abkommen eine sehr wesentliche Verbesserung der Geschlossenheit unserer archivalischen Bestände erreicht wird, die im landesgeschichtlichen Forschungsinteresse auf das dankbarste zu begrüßen ist."[41]

Die Beteiligten hatten eine pragmatische Lösung gefunden, wie sie vermutlich auch vor dem Hintergrund einer spannungsreichen und ressentimentgeladenen Atmosphäre angesichts eines kaum zu entwirrenden Geflechts aus den Folgen der Aktenablieferung der 1870er-Jahre, konkurrierenden wissenschaftlichen Forschungsinteressen und nicht zuletzt politischen Aspekten kaum anders möglich gewesen wäre. Doch trotz aller bemängelten Unzulänglichkeiten erwies sich die Vereinbarung letztendlich als dauerhaft.[42] Die Verteilung der Archivalien bewährte sich in der Forschung, zumal sich mittlerweile besonders in der Frage der Zugänglichkeit viel getan hat. Zu etlichen der betreffenden Bestände in den Archiven in Schleswig, Kopenhagen und Apenrade liegen inzwischen, zum Teil durch Kooperation entstandene Publikationsfindbücher vor, die es Interessierten ermöglichen, sich ohne Besuch der jeweiligen Einrichtung grundlegend über Bestände und Archivalien zu informieren. Und

40 Stephan (Anm. 1), 340.

41 Ebd., 343; Verzeichnisse der jeweils ausgetauschten Archivalien in LASH Abt. 304 Nr. 140–143.

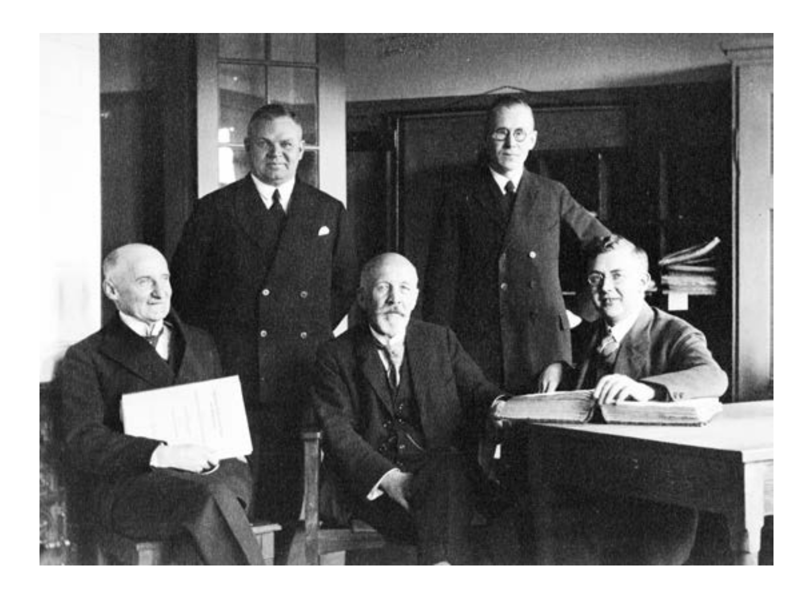
42 Vgl. dazu Schmidt (Anm. 4), 179–180.

der nächste Schritt ist auch schon getan: Viele der damals ausgetauschten Unterlagen sind bereits in elektronischen Datenbanken aufgenommen worden, sodass die Archivalien entweder über das dänische Archivinformationssystem DAISY oder das entsprechende Programm des Landesarchivs Schleswig-Holstein Arcinsys Schleswig-Holstein online recherchierbar sind. Wie in vielen Bereichen im deutsch-dänischen Verhältnis ist auch im Archivwesen beider Länder das Trennende zunehmend in den Hintergrund getreten und hat einem konstruktiven und fruchtbaren Miteinander Platz gemacht.



1: Frontansicht des Staatsarchivs in der Karlstraße in Kiel (LASH Abt. 399.92 Nr. 80).

Facaden på Statsarkivet i Karlstraße i Kiel (LASH Abt. 399.92 Nr. 80).



2: Personal des Staatsarchivs (um 1930) v.l.n.r.: Walther Stephan, August Reimers, Paul Richter, Heinrich Beeck, Gottfried Ernst Hoffmann (LASH Abt. 304 Nr. 5012).

Statsarkivets personale (omkring 1930), f.v.m.h.: Walther Stephan, August Reimers, Paul Richter, Heinrich Beeck, Gottfried Ernst Hoffmann (LASH Abt. 304 Nr. 5012).

Den dansk-tyske arkivudveksling

Jörg Rathjen

Afståelsen af de nordslesvigske områder som følge af folkeafstemningen i 1920 medførte dybtgående forandringer på mange områder – og kom også til at berøre det danske og slesvig-holstenske arkivvæsen. Den nye grænsedragning førte til dansk-tyske forhandlinger om udveksling af akter og arkivalier, som i december 1933 mundede ud i en arkivoverenskomst. Kort efter, i februar 1934, var der i „*Archivalische Zeitschrift*" et indlæg ved direktøren for det preussiske statsarkiv i provinsen Slesvig-Holsten, Walther Stephan (1873–1959), som her fortalte om aftalens tilblivelse. Ifølge statsarkivdirektøren betød overenskomsten, at „mere end 10 års overordentligt indviklede forhandlinger mellem de to lande blev afsluttet, og i kraft af den opnåede nye fordeling af arkivalsk kildemateriale fik den en vidtgående betydning for historieforskningen i Danmark og Slesvig-Holsten."[1]

Indviklede og langvarige – det havde forhandlingerne sandelig været. Påbegyndt i Weimar-republikkens fødselstime og afsluttet i „Det Tredje Riges" første år havde de dansk-tyske forhandlinger i denne sag stået på i hele det første tyske demokratis levetid.

---

[1] Walther Stephan: Das deutsch-dänische Abkommen über den Austausch historischer Archivalien. I: Archivalische Zeitschrift 42–43 (1934), 338–343; se også Archive zwischen Konflikt und Kooperation/Arkiver mellem konflikt og samarbejde. 75 Jahre deutsch-dänisches Archivabkommen von 1933/75 år dansk-tysk arkivoverenskomst af 1933. Hrsg. von/udgivet af Rainer Hering, Johan Peter Noack, Steen Ousager und/og Hans Schultz Hansen (Landesarchiv Schleswig-Holstein/Statens Arkiver i Danmark) (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein 95). Hamborg 2008 (internet: https://doi.org/10.15460/HUP.LASH.95.83).

For arkiverne, som var involveret i arkivudvekslingen – Statsarkivet i provinsen Slesvig-Holsten (forgænger for det nuværende Landsarkiv for Slesvig-Holsten), det danske Rigsarkiv i København samt Landsarkivet for de sønderjydske Landsdele (senere Landsarkivet for Sønderjylland og siden 2014 Rigsarkivet Aabenraa) – var indgåelsen af aftalen en skelsættende begivenhed. Den har sat sine spor i en lang række ældre arkivfonds og har desuden frem til nutiden sat sit præg på kildeundersøgelser i forbindelse med forskning i den dansk-tyske historie.[2] Om selve arkivtraktaten findes der i forvejen en publikation fra 1996 ved den danske arkivar Hans Kargaard Thomsen (1936–2020), som siden 2008 også findes i en tysk oversættelse. Her giver forfatteren en indgående beskrivelse af forløbet og de opnåede resultater, først og fremmest ved hjælp af danske kilder, men også på grundlag af dokumentmateriale fra det tyske udenrigsministerium.[3] Med udgangspunkt i kildemateriale fra de involverede tyske institutioner har Sarah Schmidt i forbindelse med en videnskabelig undersøgelse af det slesvig-holstenske statsarkivs historie for nylig taget arkivtraktaten og dens forhistorie op på ny.[4] Nærværende bidrag skal vise de vigtigste grundlæggende træk i forbindelse med udvekslingen af arkivalierne.

Den grundlæggende problemstilling, som de danske og tyske forhandlere i årevis og på mange møder måtte beskæftige sig intensivt med, var i princippet ikke noget nyt. Udveksling af aktstykker og andre dokumenter i forbindelse med, at et territorium fik et nyt styre, var et udbredt fænomen, hvilket bestemmelser i mange freds- eller afståelsesaftaler dokumenter. Det, der skulle afleveres, var hovedsageligt akter, officielle registre og adkomstdokumenter, som modtageren skulle bruge for at udøve sit styre, videreføre forvaltningen eller sikre rettigheder. I midten af det 19. århundrede kom der i forbindelse med forhandlinger desuden fokus på et område, som der ellers hidtil ikke havde været

---

2 Jf. herom også Malte Bischoff: Die Folgen des deutsch-dänischen Archivabkommens von 1933 im Landesarchiv Schleswig-Holstein: Vom Nutzen für die Benutzung. I: Arkiver mellem konflikt og samarbejde (note 1), 101–111; Hans Schultz Hansen: Hvordan benytter man akterne fra Statsarkivet i Kiel i Rigsarkivet og Landsarkivet for Sønderjylland? I: Arkiver mellem konflikt og samarbejde (note 1), 131–136.

3 Hans Kargaard Thomsen: Arkivoverenskomsten med Tyskland af 1933 og dens forhistorie. I: Arkiver mellem konflikt og samarbejde (note 1), 59–100.

4 Sarah Schmidt: Archivarbeit im Wandel. Das Beispiel des preußischen Staatsarchivs in Schleswig-Holstein 1870–1947 (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein 121). Hamburg 2021 (Internet: https://doi.org/10.15460/HUP.LASH.121.213).

den store interesse for, nemlig dokumenter, som ikke havde nogen umiddelbar administrativ nytteværdi, men ‚blot' var af historisk interesse.[5]

Et tidligt eksempel på dette er Wienerfreden af 1864, som markerede afslutningen på den dansk-tyske krig og som i artikel 20 forpligtede Danmark til at aflevere arkivmateriale til Preussen. Udover de gængse administrative dokumenter, som var nødvendige for, at Preussen på ordentlig vis kunne opretholde administrationen i de vundne områder, omfattede denne forpligtelse også materiale fra danske arkiver, og fra fredsslutningen og helt ind i 1870-erne foregik der forhandlinger, som først og fremmest drejede sig om, hvilke arkivalier Danmark skulle aflevere. Der var i den forbindelse ikke kun fokus på historiske dokumenter, som stammede fra det nu afståede territorium, men også på arkivalier, som havde en relation til Slesvig-Holsten, og som befandt sig hos de centrale myndigheder i København, der tidligere havde været ansvarlige for hertugdømmerne. Provenienspricippet spillede i den forbindelse ingen rolle. Der var dengang endnu ingen almindelig forståelse for, at den organiske sammenhæng i en myndigheds samling af dokumenter i sig selv kunne være af en forskningsmæssig værdi, som man burde bevare. Det var først i slutningen af det 19. århundrede, at proveniensprincippet vandt frem og fik betydning. Som et resultat af forhandlingerne kom Danmark således også til at aflevere arkivalier fra tidligere centrale forvaltningsmyndigheder, for eksempel Tyske Kancelli, til Preussen. Til syvende og sidst endte arkivafleveringen med at være utilfredsstillende for begge parter: For Danmark betød afleveringen af dokumenter, som vedrørte Slesvig-Holsten, at vigtige arkivbeholdninger så at sige blev revet i stykker og skilt fra hinanden, samtidig med, at den tyske side opfattede den danske fremgangsmåde som vilkårlig, idet man mente, at væsentlige samlinger til dels blev tilbageholdt. Derfor undlod den tyske regering efter afslutningen på afleveringsproceduren helt bevidst at udstede en juridisk bindende erklæring om, at Danmark havde opfyldt sine forpligtelser i henhold til fredsaftalen – dog blev det således, at man på den anden side stillede spørgsmålet i bero og undlod at bringe det på bane igen i den efterfølgende tid.[6] Efter Første Verdenskrig skulle sagen i lyset af de på ny ændrede magtforhold imidlertid komme på dagsordenen igen.

---

5 Thomas Fitschen: Das rechtliche Schicksal von staatlichen Akten und Archiven bei einem Wechsel der Herrschaft über Staatsgebiet (Saarbrücker Studien zum Internationalen Recht 25). Baden-Baden 2004, 91–93.

6 Stephan (note 1) 339; Schmidt (note 4), 36–&1; vedr. den danske synsvinkel jf. også Hans Kargaard Thomsen: Arkivforhandlingerne med Preussen 1864–1875. De danske Synspunkter. I: Arkiv 11 (1987), 167–200; Fitschen (note 5), 87.

Forandringerne på Europas territoriale landkort som følge af fredsaftalerne efter Første Verdenskrig med de tilhørende grænseændringer og nye landes opståen i Østmellemeuropa kom også til at påvirke europæisk arkivvæsen. Alle fredsaftaler indeholdt således bestemmelser om dokumenter og arkiver. Således fandtes der for eksempel i Versailles-fredstraktaten to bestemmelser om udleveringer af arkivalier mellem Tyskland og henholdsvis Frankrig og Belgien.[7] I de efterfølgende år gennemførtes derfor en lang række forhandlinger mellem de involverede europæiske lande om dette spørgsmål. Det gjaldt især om den skæbne, der skulle overgå arkiverne fra det tidligere Habsburgske dobbeltmonarki, hvor Thomas Fitschen i sin retshistoriske undersøgelse af, hvad der skete med de statslige arkiver i forbindelse med herredømmeskiftet, ligefrem taler om „en sag uden præcedens, når det drejer sig om omorganisering af et dokumentimperium".[8] Og generelt kan man nok uden megen overdrivelse påstå, at der aldrig nogensinde tidligere havde været forhandlet, diskuteret og skændtes så meget om arkiver, arkivoverlevering og arkivalier som i perioden efter 1919.[9]

Den dansk-tyske udveksling hører til de arkivforhandlinger, som havde deres udspring i en territorial forandring, men som ikke var reguleret af en fredstraktat. I lyset af den forventede afståelse af de nordlige dele af Slesvig til Danmark rådede Arnold Oskar Meyer (1877–1944), professor i middelalder- og nyere historie ved Kiels Universitet og sekretær i Selskabet for Slesvig-Holstensk Historie, generaldirektøren for de preussiske statsarkiver, Paul Fridolin Kehr (1860–1944), til at gribe spørgsmålet om udvekslingen af arkivalier mellem Danmark og Tyskland an som en genoptagelse af 1870-ernes forhandlinger. Generaldirektøren samtykkede og foreslog i april 1919 udenrigsminister Ulrich greve Brockdorff-Rantzau (1869–1928), at man i forbindelse med de forestående grænseforhandlinger også tilstræbte en endelig ordning af kravene på de slesvig-holstenske arkivalier – og hvor han henviste til afleveringerne fra 1870-erne, som især den tyske og slesvig-holstenske side havde fundet utilfredsstillende:

> „Dengang betragtedes aflevering af arkivalier jo stadig som prestigespørgsmål, og selv embedsmændene på arkiverne var langt fra nutidens idéer

7 Fitschen (note 5), 107–109.

8 Smst., 137.

9 Otto Riedner: Archivwesen und Weltkrieg. I: Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der Deutschen Geschichts- und Alterthumsvereine 73 (1925), 204–226 (https://periodika.digitale-sammlungen.de/bdlg/Blatt_bsb00000239,00109.html).

om arkivvæsen i forbindelse med det nu efterhånden vel nok almindeligt anerkendte proveniensprincip. Det kan antages, at også den danske arkivforvaltning ikke længere vil modsætte sig, at de arkivalske beholdninger, som hører hjemme i Slesvig-Holsten, […] afleveres til os, ligesom heller ikke vi vil kunne gøre indsigelser imod at aflevere de arkivalier, som har relation til de dele af Slesvig, som vi efter alt at dømme kommer til at afstå."[10]

Generaldirektøren anbefalede at overdrage opgaven med at bestemme arkivkravene til statsarkivdirektør Paul Richter (1866–1939) samt et medlem af Selskabet for Slesvig-Holstensk Historie. I starten af maj måned fik statsarkivdirektøren en sådan ordre fra det kontor under Udenrigsministeriet, som befattede sig med fredsforhandlingerne.[11] Paul Richter havde imidlertid allerede selv med rettidig omhu tænkt over konsekvenserne, som den forventelige afståelse af Nordslesvig ville få for Statsarkivet, og han havde søgt assistance hos godsejer til Deutsch Nienhof og ekspert i slesvig-holstensk historie, Paul von Hedemann-Heespen (1869–1937), der også var medlem af bestyrelsen for historieselskabet og havde erfaring på området.[12] I de følgende uger og måneder forsøgte statsarkivdirektør Richter også at rundsende breve til flere forskere, som i kraft af deres arbejde i danske arkiver havde kendskab til det eksisterende kildemateriale. Han håbede på den måde at kunne få et overblik over, hvad der fandtes af slesvig-holstenske arkivalier i de danske arkiver og på dette grundlag fastlægge nogle principper for den forestående udveksling.[13]

Efter afslutningen på det forberedende arbejde tog Richter så i september 1919 kontakt til sin danske kollega i Rigsarkivet, Kristian Erslev (1852–1930). Richter foreslog en revision af arkivfordelingen fra 1870-erne, som efter hans opfattelse havde været „til skade for Slesvig-Holstens arkivalske og forskningsmæssige interesser".[14] Rigsarkivaren var i princippet positiv, men understregede, at der så tilsvarende ville være krav om tilbageleveringer fra dansk side, idet der i sin tid fra Danmark var blevet „udleveret akter, som egentlig burde have hørt hjemme i det danske rigsarkiv."[15] Efter denne indledende kon-

10 LASH Abt. 304 nr. 129, Bl. 6, brev fra generaldirektøren for de preussiske statsarkiver til udenrigsminister greve Brockdorff-Rantzau, 1.4.1919.

11 Smst., bl. 5, brev af 2.5.1919

12 Smst., bl. 1, brev fra Richter til von Hedemann-Heespen, 7.3.1919.

13 Smst., bl. 17, rundskrivelse af 22.5.1919; Schmidt (note 4), 119.

14 Smst., bl. 37, brev fra Richter til Erslev, 6.9.1919.

15 Smst., bl. 40, svarbrev fra Erslev, 7.10.1919; Thomsen (note 3) 60; Schmidt (note 4), 120.

takt skete der imidlertid ikke meget i første omgang. Richter havde ganske vist foreslået kontoret for fredsforhandlingerne, at han tog til København sammen med Paul von Hedemann-Heespen for at tage tråden op på det personlige plan på uformelle møder med de danske kolleger, inden de officielle forhandlinger om de respektive krav og forventninger skulle gå i gang. Generaldirektøren for de preussiske statsarkiver lod imidlertid forstå, at det ikke var nødvendigt, da man i første omgang hellere ville overlade initiativet til den danske side.[16] Først i 1921 skete der igen noget i sagen.

I oktober 1921 mødtes danske og tyske repræsentanter, deriblandt Richter og Erslev, i København såvel til uforpligtende samtaler som officielle forhandlinger – dog viste det sig her kun alt for tydeligt, hvor forskellige opfattelserne var hos de to parter om afslutningen på arkivforhandlingerne i 1875. Fra tysk side gjorde man ved denne lejlighed igen opmærksom på, at Danmark dengang ikke havde opfyldt sine forpligtelser i fuldt omfang, og at man således stadig havde retskrav på at få udleveret historiske dokumenter. De tyske mødedeltagere præsenterede tilmed også straks deres værter for en omfattende liste over arkiver med dokumenter, som var betydningsfulde for den slesvig-holstenske historie. Efter den tyske sides mening var de i 1870-erne blevet tilbageholdt af Danmark, hvorfor de nu måtte udleveres – deriblandt Gottorp-hertugernes værdifulde arkiv, Fællesarkivet med sin oprindelse i Fællesregeringen for de to hertugdømmer samt dokumenter fra myndigheder på mellem- og centralt niveau, for eksempel Tyske Kancelli og Regeringskancelliet i Glückstadt. Ifølge et aftaleudkast, som blev fremlagt ved samme lejlighed, skulle den danske regering forpligte sig til „at udlevere de endnu i dansk besiddelse værende dokumenter, akter og så videre, som kun eller dog overvejende vedrørte områder hørende til Tyskland og var af historisk betydning."[17] Den danske side afviste pure at anerkende denne bestemmelse og gjorde det klart, at dette kapitel var afsluttet, og at der ikke kunne blive tale om at tage tråden fra forhandlingerne dengang op igen og fortsætte direkte, hvor man var sluppet.

På de følgende indledende møder fremkom danskerne med en række modkrav, for eksempel om tilbagelevering af udleverede historiske dokumenter fra centrale regeringsmyndigheder, som vedrørte Nordslesvig, samt også patenter og registranter fra Tyske Kancelli fra perioden 1730 til 1770, som var af særlig stor interesse for forskningen i dansk udenrigspolitik. Mindst

[16] Smst., bl. 44, brev fra generaldirektøren for de preussiske statsarkiver til Richter, 11.11.1919.

[17] Thomsen (note 3), 63; Schmidt (note 4), 154; LASH afd. 304 nr. 130, bl. 49–57, mødereferat over forhandlingerne.

lige så betydningsfulde var efter dansk opfattelse akterne fra Ministeriet for Hertugdømmet Slesvig fra 1852 til 1864. Her argumenterede man med disse dokumenters store betydning for forskningen i den danske helstats historie i dens afsluttende fase.

Dermed havde begge parter slået deres ‚argumentationspløkker' i jorden. Men sagen gik langsomt. Synspunkter vedblev med at være for modstridende, selvom den indsigt vandt frem, at der ikke kunne stilles maksimumkrav. Rigsarkivar Erslev kritiserede sine tyske kollegers forventninger, som han mente var for høje.[18] Den danske professor Aage Friis (1870–1949), som var i kontakt med Erslev og von Hedemann-Heespen og således på en måde var uofficielt involveret, krævede, at tyskerne skulle „tage et praktisk udgangspunkt og ikke hænge sig i teorier eller formaliteter, hvad jeg efter sagens hidtidige forløb har næret nogen ængstelse for".[19] Friis opfordrede begge sider til at give afkald og agere generøst. På tysk side fandt Paul von Hedemann-Heespen til gengæld grund til kritik af begge sider og opfattede forhandlingerne som en „prutten og sjakren som på et marked"[20]. I et brev til sin danske kollega Erslev opfordrede Richter også til at komme hinanden i møde og tog dermed tråden op fra Friis, idet han understregede, at han hellere ville tale om praktiske end teoretiske spørgsmål, og dette helst i form af uformelle forhandlinger mellem eksperter og til gengæld uden politikere, embedsmænd og presse.[21] Der var nemlig forskellige myndigheder involveret i de videre forhandlinger: Udover de respektive udenrigsministerier var det på preussisk side generaldirektionen for de preussiske statsarkiver samt den preussiske statsregering, som man var nødt til at holde samråd og koordinere med, hvilket ikke ligefrem gjorde tingene nemmere, navnlig fordi der fra tid til anden også var overordnede politiske interesser, som gjorde sig gældende og spillede ind. De kontroversielle diskussioner om udveksling af akt- og arkivmateriale drejede sig nemlig ikke alene om rent arkivfaglige spørgsmål eller om at tilfredsstille ønsker hos historieforskere på begge sider af grænsen. Den overordnede politiske interesse i hele spørgsmålet må bestemt ikke undervurderes – og tilsyneladende navnlig ikke på den tyske side. Dette forhold skinner klart igennem i et brev fra 1921 fra det preussiske Indenrigsministerium

18 Thomsen (note 3), 70.

19 Cit. efter. smst., 67.

20 Smst., 74.

21 Smst., 68. „Da det ikke kan nytte at komme med principielle synspunkter i vort eget favør overfor danskerne, må vi i stedet presse på for at få dem til at gøre indrømmelser fra sag til sag", LASH Abt. 304 nr. 132, bl. 140, brev fra Richter til Scheel, 6.12.1923.

til Udenrigsministeriet. Med udgangspunkt i et aftaleudkast, som den danske side havde fremsendt, gav Indenrigsministeriet udtryk for sin bekymring for, at de dansk-tyske forhandlinger kunne få en afsmittende virkning på lignende forhandlinger, som skulle føres med Polen. Man ville i den forbindelse undgå at aflevere historiske papirer og insisterede i stedet på kun at lade arkivmateriale indgå i forhandlingerne, som var nødvendigt for den fortsatte forvaltning af de afståede områder, medens en videregående pligt til udlevering kunne medføre „kraftige politiske genvordigheder […], for så vidt der er tale om materiale, som vedrører vores over for Polen eller Danmark førte politik."[22]

Udenrigsministeriet erklærede i sit svar, at man var enig i Indenrigsministeriets betænkeligheder, idet man så risikoen for, at man i tilfælde af en lignende aftale med Polen skulle aflevere alt materiale om Preussens politik over for Polen i det 19. århundrede; „materiale, som Polen så naturligvis ville bruge imod Tyskland i propagandaøjemed."[23] Udenrigsministeriet anbefalede at holde fast i proveniensprincippet og således kun udlevere materiale fra myndigheder, som havde haft hjemme i de afståede landsdele. Statsarkivdirektør Richter var desuden klar over, at sagen ikke udelukkende drejede sig om arkivfaglige og forskningsmæssige problemer. Således henvendte han sig i foråret 1923 til den slesvig-holstenske provinslanddags formand, Hermann Bendix Todsen (1864–1946), og provinsudvalgets direktør, Reinhard Pahlke (1866–1937), og bad dem fortroligt meddele ham, om der var så store politiske bekymringer ved at udlevere dokumenter fra Ministeriet for Hertugdømmet Slesvig, at man ligefrem skulle lade den påtænkte arkivaftale forlise. Begge benægtede dette med henvisning til den ringe værdi, som Statsarkivets dokumenter fra ministeriet efter deres mening havde.[24] Men også på dansk side kom der nationalpolitiske interesser i spil, da rigsarkivar Erslev i 1921 straks ved forhandlingernes begyndelse påpegede, at man fra Rigsarkivets side „måtte have mulighed for nøje at studere den almindelige politik såvel som det danske monarkis regering og forvaltning i relation til helstaten og om nødvendigt også forsvare disse."[25]

I mellemtiden optog man omsider i efteråret 1921 officielle kontakter mellem de to lande med en udveksling af memoranda på regeringsniveau.

---

22 LASH Abt. 304 nr. 130, bl. 5, 11.8.1921.

23 Smst., bl. 2, 22.8.1921. Om arkivaftalen med Polen se Fitschen (note 5), 129–130; Schmidt (note 4), 153.

24 LASH Abt. 304 nr. 132, bl. 59–67, og her især bl. 67, brev fra Landeshauptmann Pahlke til Richter, 14.6.1923.

25 LASH Abt. 304 nr. 135, memorandum ved Richter, s. 7, april 1930.

Det danske udenrigsministerium præsenterede en revideret version af en aftale med udgangspunkt i det tyske udkast, som var blevet fremlagt under de første møder, og hvor det reviderede udkast især havde til formål, at Tyskland nu skulle returnere de historiske dokumenter vedrørende Nordslesvig, som Danmark havde udleveret i 1870-erne. Den tyske reaktion var tilbageholdende, idet man ikke blankt afviste forslaget, men ønskede at gøre det afhængigt af Danmarks opfyldelse af tyske ønsker. Den tyske regering undlod i den forbindelse ikke at påpege, at der for Tysklands vedkommende ikke eksisterede nogen traktatmæssig forpligtelse til at udlevere administrative og historiske sagsakter, og at det i givet fald snarere ville være et spørgsmål om god vilje og imødekommenhed – hvilket man fra dansk side sådan set var enig i. I det mindste accepterede den tyske side aftaleudkastet derhen, at det kunne bruges som grundlag for fremtidige forhandlinger.[26] Immervæk kunne de to regeringer i marts 1922 blive enige om udlevering af forvaltningsrelevant materiale, som vedrørte Nordslesvig, og hvor proveniensprincippet betød, at fordelingen af materialet heller ikke frembød de store vanskeligheder. Således blev der indgået en traktatlig aftale om dette den følgende måned.[27]

Der var imidlertid fortsat uenighed om, hvad der skulle ske med de historiske dokumenter. I foråret 1922 blev der holdt yderligere møder mellem danske og tyske forhandlere under ledelse af Erslev og Richter. Særlig uenighed var der om arkivalier vedrørende Sydslesvig, som i tidens løb var opstået hos de ansvarlige myndigheder i København.

I henhold til en aftale mellem de to regeringer skulle der fremover foregå bindende forhandlinger om fordelingen af historisk materiale ved en dansk-tysk kommission, sammensat af eksperter fra begge lande. På tysk side blev statsarkivdirektør Richter udpeget som officiel statskommissær for arkivudvekslingen. Han blev suppleret med teologiprofessor Otto Scheel (1876–1954) fra Tübingen, der oprindeligt stammede fra Haderslev, som specialsagkyndig. Han havde tidligere været aktiv i afstemningskampen og havde desuden gode politiske kontakter.[28] Udover ham udnævnte Richter som yderligere sagkyndi-

---

26 Thomsen (note 3), 64–67; Schmidt (note 4), 156–158.

27 Thomsen (note 3), 75.; Schmidt (note 4), 159–160; Stephan (note 1), 339; Fitschen (note 5), 109; Riedner (note 7), 221

28 Schmidt (note 4), 165; Scheel fik i 1924 et nyoprettet professorat ved Kiels Universitet i slesvig-holstensk historie, reformationshistorie og nordisk historie, jf. herom den nyeste undersøgelse af Carsten Mish: Otto Scheel (1876–1954). Eine biografische Studie zu Lutherforschung, Landeshistoriografie und deutsch-dänischen Beziehungen (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte Reihe B Darstellungen Bd. 61). Göttingen-Bristol/USA 2015.

ge Otto Brandt (1892–1935) fra Kiel, som var privatdocent i slesvig-holstensk historie, og landsbibliotekar Volquard Pauls (1884–1954). De danske interesser blev varetaget af rigsarkivar Erslev samt hans to rigsarkivkolleger Laurs Rasmus Laursen (1864–1936) og Wilhelm Christensen (1866–1949). Dog skulle der stadig gå nogle måneder, før kommissionen holdt sit første møde, idet der forinden var en række formaliteter, som skulle ordnes, hvilket det tyske udenrigsministerium åbenbart ikke havde særlig travlt med.[29] Oveni dette kom, at Statsarkivet i vinteren 1922/1923 flyttede fra Slesvig til Kiel, hvilket forsinkede sagen yderligere. Således kunne forhandlingerne først komme i gang i foråret 1923.[30]

Den tyske side havde i mellemtiden frafaldet sit ønske om at gøre retskrav gældende i henhold til artikel 20 i Wiener-fredstraktaten af 1864. Begge sider var blevet enige om at anvende princippet „do ut des" for udvekslingen af dokumenter, altså en ordning, hvor begge parter skulle være mest muligt tilfredse. Forhandlerne på begge sider var klar over, at det i lyset af den fordeling, som havde eksisteret siden 1870-erne, næppe ville være muligt at løse arkivaliespørgsmålet udelukkende ved anvendelse af den arkivfaglige lære om proveniensprincippet. Især kunne Statsarkivet ikke være interesseret i sådan en ordning, idet man så ville have alt for meget at miste, hvilket statsarkivdirektøren da også uden omsvøb indrømmede:

> „[Proveniensprincippet J.R.] kunne med hensyn til de ældre arkivalier efter vores opfattelse ikke lægges til grund, fordi der i forbindelse med tidligere danske udleveringer af arkivalier fra myndigheder i København særligt i årene 1873/75 var blevet afleveret omfattende materiale – materiale, som nu om stunder udgør arkivets mest værdifulde grundstamme af arkivalier fra det 18. århundrede. Også på anden måde var arkivalier kommet materiale hertil, som vedrører det nu afståede Nordslesvig, men som ikke var blevet til i disse landsdele. For så vidt det nu skulle komme på tale at udlevere arkivalier vedrørende de nordslesvigske områder, så ville man ikke kunne gå uden om alle disse. Og endnu mindre kunne det fra vor side komme på tale, at vi efterfølgende skulle give afkald på arkiverne fra de centrale myndigheder i København."[31]

29 LASH Abt. 304 nr. 132, bl. 3, brev fra Richter til Scheel, 27.9.1922.

30 Smst., bl. 45, brev fra Richter til Erslev, 12.3.1923.

31 LASH Abt. 304 Nr. 135, memorandum ved Richter, s. 7, april 1930; Stephan (note 1), 339

I stedet for proveniensprincippet skulle fordelingen snarere baseres på den respektive videnskabelige forskningsinteresse. Denne holdning svarede til „den opfattelse, der også blev erklæret fra den danske side og repræsenteret af eksperterne, om at videnskabsfolk sikkert ville kunne nå til enighed her."[32] Håbet om en ret hurtig aftale mellem eksperter og forskere skulle imidlertid vise sig ikke at holde stik. Selvom kun videnskabelige hensyn blev taget i betragtning, var der stadigvæk vanskelige spørgsmål, som skulle løses, idet meget af det arkivmateriale, der var tale om, var af lige stor interesse for både danske og tyske forskere på grund af den århundredgamle tætte forbindelse mellem Danmark og Slesvig-Holsten. Ingen af parterne ønskede på forhånd at give afkald på disse dokumenter til fordel for den anden part. Den dansk-tysk kommission imødeså vanskelige forhandlinger.

I de følgende måneder, mens „Weimar-republikken" gik fra den ene krise til den næste og inflationen i Tyskland nåede svimlende højder, lykkedes det kommissionen stort set at blive enige om de dokumenter, der skulle udveksles, og formulere det aftalte i et udkast til en traktat. Tyskland gik med til at aflevere de lokale dokumenter fra de afståede områder samt arkiverne fra Ministeriet for Hertugdømmet Slesvig, dog således, at det for nogle dokumenter blev krævet, at de forblev hos Tyskland; desuden afleverede man patenter og reskripter fra det Tyske Kancelli fra perioden 1730 til 1770. I denne „pakkeløsning" skulle yderligere indgå en række akter og dokumenter, som der dog først skulle træffes nøjere aftale om senere. Til gengæld skulle Statsarkivet modtage akter og dokumenter fra Fællesarkivet og Gottorp-arkivet, atter med visse undtagelser. Netop sidstnævnte udlevering, som de tyske forhandlere som nævnt havde lagt særlig vægt på, havde der været kontroversielle diskussioner om, idet Erslev oprindeligt kun var villig til at aflevere akter vedrørende Holsten, mens dokumenterne om Slesvig skulle forblive i Rigsarkivet.[33] Den danske rigsarkivar opgav imidlertid sin holdning til sidst og gik med til også at aflevere akter fra Gottorp-arkiverne om Sydslesvig. Ud over disse to omfattende beholdninger skulle Statsarkivet modtage nogle fyrstelige arkiver, regnskabsmateriale vedrørende Holsten og det sydlige Slesvig samt dokumenter og akter efter særlig aftale. Efter mange års møder og forhandlinger syntes der

[32] Smst., memorandum af, s. 3, april 1930; Schmidt (note 4), 166–167.

[33] Hvor vigtigt Gottorp-arkivet var for den tyske side, fremgår af Paul von Hedemann-Heespens bemærkning i et brev til prof. Aage Friis: „Hvis vi ikke får Gottorp-arkivet som helhed [...], så kan det efter min opfattelse heller ikke betale sig at bruge blot 10 minutter på alle disse arkivforhandlinger", cit. efter Thomsen (note 3), 79.

således endelig at være opnået et resultat, som kunne danne grundlag for en definitiv aftale mellem de to lande. Men inden det var så vidt, måtte der stadig afklares en lang række åbne spørgsmål, idet aftalen indeholdt undtagelser med hensyn til nogle beholdninger, således om Fælles- og Gottorp-arkiverne, som man stadig manglede at indgå en aftale om. For andre dokumenter gjaldt, at de endnu ikke var blevet nærmere specificeret, men først skulle gøres til genstand for særskilte aftaler. Så djævelen sad nede i de mange detaljer, og det medførte, at hele sagen trak i langdrag i flere år, hvilket for begge siders vedkommende førte til en vis udmattelse og frustration – som begge parter gav hinanden skylden for.

Efter yderligere seks år, i 1930, var Erslev og Richter efter en møjsommelig gennemgang af diverse dokumentbeholdninger omsider færdige med arbejdet med alle detaljerne og således klar til at fremsende et revideret aftaleudkast til deres respektive regeringer. Selvom begge sider betegnede indholdet af traktaten som forholdsvis tilfredsstillende, lå det i ytringerne og tilkendegivelserne fra både de danske og tyske arkivarer og sagkyndige mellem linjerne, at der ikke var den store begejstring for resultatet. Således syntes de danske medvirkende, at de leveringer, som tyskerne havde fået, havde en større værdi end det, man selv havde fået. Og på den tyske side var statsarkivdirektør Richter i grunden heller ikke tilfreds med det opnåede resultat. I et omfattende memorandum til den preussiske statsregering, hvor han omhyggeligt fulgte op på forhandlingerne og kommenterede aftalens forskellige punkter, kritiserede han især den „bedrøvelige og utilfredsstillende behandling af vore krav i forbindelse med de danske udleveringer."[34] Dog således, at han samtidig også var skeptisk over for, om man kunne opnå et bedre resultat gennem flere forhandlinger, hvorfor han, når alt kom til alt, alligevel anbefalede at acceptere aftaleudkastet. Også den preussiske ministerpræsident Otto Braun (1872–1955) tilkendegav i sin reaktion på Richters redegørelse, at det efter hans opfattelse ikke gav megen mening at insistere yderligere, men understregede samtidig, at det „da bestemt ville være i Preussens interesse at få ændret de nu indgåede aftaler senere, når tiderne var mere gunstige."[35] Dermed hentydede ministerpræsidenten til aftalens afsluttende bestemmelse, hvor begge parter gav hinanden løfte om at give afkald på senere krav. Richter havde tilskyndet til at få blødgjort denne bestemmelse for at holde en bagdør åben med henblik

[34] LASH Abt. 304 nr. 135, memorandum ved Richter, s. 41, april 1930.

[35] Cit. efter Thomsen (note 3), 90.

på senere krav[36], især, når og hvis der for Tyskland på ét eller andet tidspunkt skulle opstå gunstigere politiske omstændigheder, som ville give mulighed for en ny grænseflytning, denne gang i tysk favør – et håb, som ganske mange i Slesvig-Holsten ikke havde opgivet. Det er også i dette lys, at man skal forstå den preussiske statsministers bemærkning til det tyske udenrigsministerium, hvor han understreger, at det „efter tysk opfattelse er aldeles umuligt, at der med afleveringen af arkivmateriale også skulle være forbundet en ubetinget tysk godkendelse af den nye grænse."[37] Danskerne gav deres samtykke til det tyske formuleringsforslag om afkald på yderligere arkivmæssige krav, idet de i modsætning til de tyske medvirkende ikke kunne få øje på nogen betydningsmæssig forskel mellem de respektive versioner.

En yderligere forhindring på vejen mod en endelig overenskomst blev fjernet med etableringen af Landsarkivet for Sønderjylland i Aabenraa i 1931. Her skulle de sønderjyske lokale dokumenter opbevares. Og forskere fra Slesvig-Holsten så dermed også deres ønske om en opbevaring af det afleverede materiale „i nærområdet" tilgodeset.

Begge sider aftalte desuden, at arkivinstitutionerne selv kunne udstede adgangstilladelser uden at skulle høre de højere instanser, når det gjaldt akter og dokumenter ældre end 1864 til brug for videnskab og forskning, ligesom man lovede at lette den indbyrdes brug af arkivalierne for hinanden, for eksempel ved ikke at opkræve gebyrer og ved at være imødekommende med fremsendelse af dokumentmateriale til forskningsformål.[38]

I efteråret 1932 var traktaten klar til underskrift. Resultatet af det arbejde, begge sider havde præsteret over en lang årække, var samlet i fem punkter. Men på grund af de politiske omstændigheder i Tyskland samt nogle yderligere formalitetsspørgsmål blev sagen nok engang forsinket. Først i december 1933 blev aftalen sat i kraft ved en udveksling af noter mellem de to regeringer.[39]

---

36 I aftaleudkastet havde der stået: „ at der for begge siders vedkommende ikke eksisterer yderligere krav på historiske arkivalier." Det tyske forslag lød: „Med denne aftales ikrafttrædelse skal der for begge siders vedkommende ikke gøres yderligere retskrav gældende med hensyn til historiske arkivalier." Thomsen (note 3), 96; LASH Abt. 304 nr. 135, memorandum ved Richter, s. 40, april 1930.

37 Cit. efter Thomsen (note 3), 97.

38 Jf. herom også Schmidt (note 4), 173–175.

39 Optryk af den i LASH-aktstykke nr. 135 beliggende aftale i Archive zwischen Konflikt und Kooperation (note 1), 138–144; Deutscher Reichsanzeiger 1934. nr. 83, 10.4.1934; Schmidt (note 4), 175.

Aftalen markerede afslutningen på møder og forhandlinger på forskellige niveauer, nogle officielle, andre af mere privat karakter, som fra de indledende møder og frem til afslutningen havde stået på i en samlet periode på fjorten år – om end med længere afbrydelser indimellem. På begge sider havde de intense og ofte frustrerende diskussioner om materiale og beholdninger samt de hermed forbundne indviklede spørgsmål om alskens detaljer kostet megen kraft og energi. Hos begge parter kunne der spores en vis lettelse, men ingen glæde – og langt mindre begejstring – over det opnåede resultat. Begge sider havde i for høj grad en følelse af at have fået for lidt ud af det hele. Danske medvirkende syntes fortsat, at tyskerne havde alle fordele, idet den tyske side efter danskernes opfattelse havde fået materiale, som var mere værdifuldt, for eksempel Gottorp-arkivet, medens man selv overvejende havde fået lokale dokumenter, hvis værdi betragtedes som lavere. Det tyske synspunkt formulerede statsarkivdirektør Walther Stephan, der i 1931 havde overtaget Richters post, i sin allerede nævnte statusbetragtning i tidsskriftet „*Archivalische Zeitschrift*": „Det, vi langt om længe er nået frem til, er og bliver bidder uden sammenhæng".[40] En lang række tyske ønsker var efter hans mening ikke blevet opfyldt. Men han indrømmede også, at en fordeling af arkivalierne, som ville have været lige tilfredsstillende for begge parter, ikke ville have været mulig på grund af „den tætte sammenhæng, der havde været mellem begge landes skæbner og tilskikkelser i fortiden". Og alligevel kunne han også se noget positivt i aftalen: „Trods alt kan der ikke herske nogen tvivl om, at aftalen har medført en meget væsentlig forbedring af sammenhængen i vort arkivalske materiale, som man ud fra en forskningsmæssig interesse i Slesvig-Holstens historie kun kan hilse velkommen med største taknemmelighed."[41]

Parterne havde fundet en pragmatisk løsning, som næppe kunne være blevet meget anderledes, når der henses til en forhandlingsatmosfære, som var fyldt med spændinger og følelser af nag på grund af det nærmest uopløselige kompleks efter 1870-ernes arkivudleveringer, konkurrerende videnskabs- og forskningsinteresser samt ikke mindst politiske aspekter og forhold. Men trods de mange kritiserede utilstrækkeligheder skulle aftalen til syvende og sidst vise sig at være bæredygtig og langtidsholdbar.[42] Fordelingen af arkivmaterialet har vist sin duelighed på forskningsområdet – ikke mindst, fordi der sidenhen er sket rigtig meget i spørgsmålet om tilgængelighed. Til adskillige

40 Stephan (note 1), 340.

41 Smst., 343; fortegnelser over de hhv. udvekslede arkivalier hos LASH afd. 304 nr. 140–143.

42 Jf. herom også Schmidt (note 4), 179–180.

arkiver findes der nu i Slesvig, København og Aabenraa trykte fortegnelser, som til dels er fremstillet i et samarbejde, som giver interesserede mulighed for at orientere sig grundlæggende om beholdninger og arkivalier uden at skulle besøge den pågældende institution. Og et næste tiltag er også allerede igangsat: Meget af det materiale, som i sin tid blev udvekslet, findes i elektroniske databaser, hvorfor arkivmateriale enten kan undersøges på nettet via det danske arkivinformationssystem „DAISY" eller det tilsvarende program for Landsarkivet for Slesvig-Hosten, som hedder „Arcinsys Schleswig-Holstein". Som på så mange områder af forholdet mellem Danmark og Tyskland gælder det også indenfor begge landes arkivvæsen, at der er mindre og mindre fokus på, hvad der adskiller os, og mere på, hvad vi kan gøre sammen på en konstruktiv og merværdiskabende måde.

Strategier for Sønderjyllands integration i Danmark

Hans Schultz Hansen

Den 9. juli 1920 om formiddagen underskrev Christian X. (1870–1947) i et statsråd på Amalienborg „Lov om Indlemmelse af de sønderjydske Landsdele i Kongeriget". Loven bestod kun af to paragraffer. Første paragraf lød: „De Landomraader, som overdrages til Danmark ifølge Fredstraktaten i Versailles af 28. Juni 1919, Artikel 110, sidste Sætning, indlemmes i Kongeriget og benævnes de sønderjydske Landsdele". Anden paragraf var endnu kortere: „Denne Lov træder straks i Kraft". Da kongen klokken 11 havde sat sit navn under loven, blev der skudt en kanonsalut og kirkeklokkerne ringede. Genforeningsfesterne var begyndt.[1]

Den del af det gamle hertugdømme Slesvig, som tilfaldt Danmark efter folkeafstemningerne i februar og marts 1920, blev med loven en fuldgyldig del af kongeriget på lige fod med landets øvrige egne. Set på en afstand af 100 år, hvor flere generationer ikke har kendt til andet, kan dette synes selvfølgeligt. Det er ikke givet, at det også var sådan i 1920. Det er et formål med denne afhandling at analysere, om andre muligheder var i spil, om den fuldstændige indlemmelse var et bevidst valg, eller om den allerede i datiden var en selvfølge, som gennemførtes uden dyberegående overvejelser. I tilknytning hertil skal undersøges, hvilke midler man tog i brug for at nå målet.

[1] Retstidende for de sønderjydske Landsdele. Udgivet af Statsministeriet ved Højesteretssagfører Dr.juris N. Cohn og Overretssagfører O. P. Schlichtkrull, 1920, 201. Om lovens underskrivelse, se Carl Dumreicher: Genforeningen 1920. København 1920, 29–31.

Som al anden lovgivning udtrykte indlemmelsesloven den lovgivende magts hensigt. Virkeligheden kunne være en anden. Et andet formål med afhandlingen er derfor at afklare, i hvilket omfang det blev nødvendigt at gå på kompromis med den overordnede målsætning om fuldstændig integration. Det skal herunder undersøges, hvilke hensyn der gjorde det nødvendigt at fravige hensigten om total harmonisering mellem dansk og sønderjysk lovgivning.

Metoden vil for det første formål være en analyse af de forskellige aktørers ytringer om den status, de tiltænkte de sønderjyske landsdele efter Genforeningen. Aktørerne var primært politikere og embedsmænd i København og de ledende danske sønderjyder organiseret i Vælgerforeningen for Nordslesvig. Landsdelens tysksindede beboere havde ingen indflydelse på dette spørgsmål, eller rettere sagt: den begrænsede sig til at stemme nej til en forening med Danmark. Tyskland kunne som tabende magt heller ikke påvirke landsdelens kommende status.

Med hensyn til det andet formål skal der gives et rids af nogle vigtige ordninger, som lå til grund for indlemmelsen. I den forbindelse undersøges de udredninger og betænkninger, som blev udarbejdet som oplæg til lovgivningsarbejdet. Det skal på dette grundlag nærmere belyses, om der var mønstre i, hvor indlemmelsen straks blev ført fuldt igennem, hvor der blev tale om overgangsordninger og hvor længerevarende særordninger blev etableret.

Forskere i det danske Rigsarkiv gennemførte for en snes år siden et projekt om *Sønderjylland som administrativ forsøgsmark efter Genforeningen i 1920*. Det resulterede i to publikationer, Peter Fransen m.fl.: *Harmonisering eller særordning* fra 2002 og Erik Nørr: *Genforeningens bedste gave. Skoleordning og amtsskolekonsulenter i Sønderjylland og Danmark 1920–1963* fra 2003. Nævnes skal også Kim Furdal: *Fra preussiske landkommuner til danske sognekommuner. Kommunestyret i Sønderjylland fra 1867 til 1920-erne* fra 1999. Kirkens forhold er senest behandlet af Per Ingesman: *Da der gik kirkepolitik i Genforeningen* i Sønderjyske Årbøger 1995. Den særlige udfordring for lovgivningen, som det tyske mindretal udgjorde, behandles hos Henrik Becker-Christensen: *Dansk mindretalspolitik i Nordslesvig. Udformningen af den danske politik over for det tyske mindretal 1918–20* fra 1984. Konstruktionen af den nye dansk-tyske grænse midt igennem en hidtil sammenhængende region analyseres af Morten Andersen i *Den følte grænse. Slesvigs deling og genopbygning 1918–1933* fra 2008. Den centrale aktør blandt de danske sønderjyder skildres af Hans Schultz Hansen i *Genforeningens arkitekt: H. P. Hanssen 1914–1936* fra 2020.

Kun i mindre omfang er det nødvendigt at inddrage primære kilder i form af taler, udredninger, betænkninger og forhandlinger fra og mellem centrale aktører. Taler findes i dagspressen, mens udredninger, betænkninger og forhandlingsreferater må søges i arkiver fra Vælgerforeningen for Nordslesvig og det såkaldte Kriegerudvalg, som blev nedsat af den danske regering.[2] Den sønderjyske lovgivning er samlet i *Retstidende for de sønderjydske Landsdele* 1920–21, mens lovenes tilblivelse kan følges via *Forhandlinger i Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg* 1919–20 og *Rigsdagstidende* fra samlingen 1919–20.

Den overordnede strategi for indlemmelsen

De danske sønderjyders politiske forgrundsfigur Hans Peter Hanssen (1862–1936) igangsatte allerede i efteråret 1918 forberedelsen af Sønderjyllands[3] indlemmelse i Danmark. På det afgørende møde i Vælgerforeningens bestyrelse og tilsynsråd på Folkehjem i Aabenraa den 16. og 17. november blev der nedsat udvalg, som henholdsvis skulle forberede „de agrariske og finansielle spørgsmåls bedste ordning ved overgangen" og „ordningen af skole- og kirkespørgsmålene efter afståelsen til Danmark". Det sidste udvalg blev allerede på mødet delt i et kirkeudvalg og et skoleudvalg. Siden kom et særligt udvalg for arbejderne, et kommunaludvalg, et særligt kirke- og skoleudvalg for Mellemslesvig samt et retsudvalg. De fleste af udvalgene udarbejdede betænkninger, som blev drøftet af Vælgerforeningens bestyrelse og tilsynsråd og derefter overgivet til den danske regering.[4]

H. P. Hanssen tilskyndede endvidere på sit møde med statsminister Carl Theodor Zahle (1866–1946) og andre danske ministre den 3. december 1918 regeringen til at nedsætte et udvalg, som skulle samarbejde med Vælgerforeningens udvalg om at forberede overgangen fra tysk til dansk styre. Det blev straks besluttet at udpege et lille embedsmandsudvalg med kongens kabinetssekretær Anthonius Krieger (1858–1940) som formand og den sønderjysk engagerede byfuldmægtig i Stege Martin Hammerich (1883–1940) som sekretær. Udvalgets virke var fortroligt. Svarende hertil blev det kendt under

---

2 Begge arkiver er digitalt tilgængelige via Rigsarkivets hjemmeside: https://www.sa.dk/da/undervisningstilbud/videregaaende-uddannelser/kildepakker/genforeningen-1920-kildepakke/

3 I afhandlingen bruges denne i nutiden gængse betegnelse for Nordslesvig.

4 Se herom Hans Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt: H.P. Hanssen 1914–1936 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 118). Aabenraa 2020, 119–122.

det diskrete navn Kriegerudvalget.[5] Dets arbejde blev siden videreført af Det midlertidige Ministerium for sønderjyske Anliggender med H. P. Hanssen som minister. Kriegerudvalgets og ministeriets betydning for indlemmelsen af Sønderjylland i Danmark behandles nedenfor i et særligt kapitel skrevet af Jørgen Witte.

Det er i trekanten bestående af H. P. Hanssen, Zahle og Krieger-udvalget, at vi finder de første udtalelser om, hvad der skulle ske med den del af Slesvig, som ville tilfalde Danmark efter folkeafstemningerne om grænsen. På et møde i Rigsdagspartiernes politiske Forhandlingsudvalg den 6. december 1918 spurgte den konservative rigsdagsmand Emil Harboe (1867–1943), om dansk lovgivning skulle indføres i Sønderjylland. Hertil svarede Zahle: „Ja! Det maa tilstræbes, at Ordningen bliver saadan, at den i de Dele af Nordslesvig, som forenes med Danmark, bliver helt og fuldt dansk."[6] Tilsvarende udtalte Zahle på et møde med Kriegerudvalget den 31. december 1918, „at det gjaldt om hurtigst at indføre danske Forhold i Slesvig, for at denne Landsdel ikke skulle vokse fast i en Særstilling, som det saa ønskede at bevare". Denne betragtning var Krieger enig i.[7] Blandt de ledende på dansk side var det tidligt opfattelsen, at Sønderjylland skulle integreres i Danmark fuldt og helt. H. P. Hanssen var på samme linje. I en tale holdt i Haderslev den 24. januar 1919 sagde han: „Vi ønsker Kongeågrænsen, denne unaturlige grænse, som deler det danske land og det danske folk, udvisket."[8]

Følgeslutningen af det fælles ønske om fuldstændig indlemmelse af Sønderjylland i kongeriget Danmark var, at landsdelen ikke måtte få en politisk eller administrativ særstatus inden for riget. Det kom derfor ikke på tale at genetablere et hertugdømme ud af de rester af det gamle hertugdømme Slesvig, som ville tilfalde Danmark. Denne mulighed synes end ikke overvejet af de ledende danske eller sønderjyske politikere. Det nærmeste, man kommer en sådan overvejelse, er hos Christian X., der i sin dagbog ved udgangen af 1918 skrev om „den signede dag vi synes er ved at oprinde, hvor det skilte atter skal samles og hvor Slesvig atter forenes med os". Kongen nævnte i en

5 Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (note 4), 122–125.

6 Uddrag af Protokol for Rigsdagspartiernes politiske Forhandlingsudvalg (forsaavidt angaar det slesvigske Spørgsmaal). Udgivet ved Rigsdagens Bureau. København [1919], 11.

7 RAK, privatarkiv nr. 5531, Martin Hammerich, nr. 21: Kammerherre Kriegers udvalg vedr. Slesvigs genforening med Danmark 1918–20, forhandlingsprotokol, referat 31.12.1918.

8 Citeret efter Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (note 4), 117.

anden forbindelse, at han havde „et berettiget Arvekrav".[9] Her har kongen muligvis tænkt tilbage på forbindelsen, som den var før 1864. I det mindste forestillede han sig en genforening med hele Slesvig, hvor H. P. Hanssen og Zahle kun ønskede det dansktalende og dansksindede Sønderjylland til Danmark. Der var andre, der som kongen ønskede Slesvig med ned til Ejderen eller Danevirke, men selv blandt dem støder man ikke på overvejelser om at give det indlemmede område en særstatus. Tværtimod ønskede den fremtrædende Dannevirkemand, overlæge Ionas Collin (1877–1938), i sin betænkning til fredskonferencen, at de allierede sejrsmagter ville pålægge Danmark „den fulde og ubetingede indlemmelse af hele den del af Slesvig, som tilfalder det".[10] Hvorledes dette skulle lade sig gøre med en befolkning i det sydlige Slesvig, som var massivt tysktalende og tysksindet, kom Collin ikke ind på. En anden Dannevirkemand, gårdejer Cornelius Petersen (1882–1935) fra Vester Anflod ved Møgeltønder, var mere realistisk og skrev i en pjece: „Når større dele skal til Danmark, så det hele, for de tysksindede i så fald selvfølgelig fuldstændig ligeberettigelse i kirke, skole og retssal, selvstyre ved egne embedsmænd."[11] Han så altså for sig en kulturel autonomi udvidet til lokaladministrationen, men begrænset til de tysksindede. Den senere leder af den sønderjyske „Selvstyrebevægelse" forestillede sig ingen generel særstatus for de kommende danske områder af Slesvig – det kom først ved midten af 1920-erne.[12] Man kan konkludere, at der på tværs af positionerne i den indbyrdes danske grænsestrid var bred konsensus om, at det indlemmede område skulle fuldt ud integreres i Danmark.

Denne konsensus havde sin rod i den nationale ideologi, nærmere bestemt i tanken om den nationale enhedsstat, som beherskede mange danske politikere. Allerede i 1838 proklamerede den ledende nationalliberale politiker Orla Lehmann (1810–70): „Der gives i Danmark ingen provinser, der gives kun eet Danmark, beboet af danske! Danske af samme æt, med samme historie, et eneste udeleligt folk med fælles karakter og sæder, fælles sprog og litteratur, med fælles minder og forhåbninger…".[13] Dengang var idealet en umulighed

---

9 Citeret efter Knud J.V. Jespersen: Rytterkongen. Et portræt af Christian 10. København 2007, 287.

10 Ionas Collins memorandum til fredskonferencen 20. februar 1919, trykt hos Franz von Jessen: Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals Historie II. København 1938, 94.

11 Cornelius Petersen: Die Schleswigsche Frage vom Standpunkt eines Bauern. Flensborg 1919, 14.

12 Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (note 4), 210f.

13 Citeret efter Steen Bo Frandsen: Men gives der da Provindser i Danmark? I: Historie ny række 19:1, 1991, 129f.

med de tyske hertugdømmer Holsten og Lauenborg og det nationalt blandede hertugdømme Slesvig knyttet til monarkiet. Det var alene realisabelt for kongeriget Danmark. Efter nederlaget og hertugdømmernes afståelse som følge af krigen i 1864 viste det sig tvært imod alle undergangsforestillinger, at det nationalt homogene Danmark fik frigjort kræfter til en rig økonomisk, social, demokratisk og kulturel udvikling. Det var den erfaring, som de danske politikere handlede ud fra 1918–19. De ville fastholde den nationale enhedsstat gennem en fuld integration af Sønderjylland. Zahles politik var, at danske nord og syd for Kongeåen skulle „smelte sammen til et nationalt ensartet folk, en virkelig nationalstat".[14]

Omvendt var erfaringerne med et selvstændigt hertugdømme Slesvig dårlige – i det mindste set fra København. Det havde været en indfaldsvej for tysk politisk og kulturel påvirkning fra Holsten og via dette hertugdømme for indblanding i det danske monarkis forhold fra Det tyske Forbund og fra den tyske opinion. Det havde især gjort sig gældende i tiden mellem de slesvigske krige 1850–1864. Det var ikke glemt i 1918–19. I hvert fald ikke af partiet Venstres leder, historikeren Niels Neergaard (1854–1936), som havde skrevet om periodens konflikt mellem dansk og tysk i sit trebindsværk *Under Junigrundloven*, der udkom 1892–1916. Dertil kom, at Danmark umiddelbart før 1920 havde taget de seneste skridt hen imod en nationalt homogen stat. I 1917 var de Dansk-Vestindiske øer blevet solgt til USA, og i 1918 var Island blevet et selvstændigt land, som kun via en personalunion var forbundet med Danmark – og kun indtil 1944. Tropekolonierne var dermed definitivt afviklet og de nordatlantiske besiddelser reduceret til Færøerne og Grønland med deres fåtallige befolkninger.

I Sønderjylland havde H. P. Hanssen siden 1880-erne stræbt efter at gøre folk fortrolige med „dansk nutidsliv" og dermed med den økonomiske, sociale og kulturelle modernisering, som moderlandet havde gennemgået siden adskillelsen i 1864. Han ville styrke deres danske identitet og udtrykkeligt forhindre, at de faldt tilbage til en slesvigsk regional identitet, som han så som et forstadium til fortyskning. Frem for nogen skabte han forudsætningen for, at de danske sønderjyder kunne opleve indlemmelsen i Danmark som en folkelig genforening.[15]

---

[14] Citeret efter Morten Andersen: Den følte grænse. Slesvigs deling og genopbygning 1918–1933 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 99). Aabenraa 2008, 107.

[15] Hans Schultz Hansen: De danske sønderjyders førstemand: H.P. Hanssen 1862–1914 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 113). Aabenraa 2018, 108, 111f.

Ledende danske sønderjyder delte idealet om deres hjemstavns fulde integration i Danmark. Det gjaldt flere af Vælgerforeningens udvalg. Mest markant kom det til udtryk i det kirkelige udvalgs betænkning fra april 1919:

> „Som grundlæggende synspunkt for ordningen af forholdene ved Nordslesvigs genforening med Danmark har det kirkelige udvalg haft for øje, at grænsen ved Kongeåen nu må slettes lempeligt, men grundigt. Denne naturlige grænse har gennem århundreder gjort ubodelig skade, nu må den fjernes, så vi efterhånden kan blive ét med det øvrige danske folk. Vi ønsker ikke mere at danne en stat i staten."[16]

Med den sidste sætning gav udvalget afkald på at udgøre en særlig afgrænset befolkningsgruppe, således som de danske sønderjyder var blevet det ved de tyske myndigheders udgrænsning af nationale mindretal og ved deres egen gennemgribende organisering. Retsudvalget udtalte tilsvarende, at en „fuld national genforening med Danmark" var de danske slesvigeres ønske.[17]

Nord for Kongeåen blev spørgsmålet igen aktuelt ved Rigsdagens behandling af indlemmelsesloven i juni-juli 1920. Da den nye statsminister Niels Neergaard fremlagde lovforslaget i Folketinget, fremhævede han:

> „Det er jo et af de fremtrædende Træk, der har vist sig tydeligt, lige siden Genforeningstanken efter de allieredes Sejr dukkede op, at Sønderjydernes Ønske var, at der ingen Særstilling skulde være for de sønderjydske Omraader, der maatte blive indlemmet i Danmark, men at man vilde se dem som en Del af Kongeriget, saaledes at deres Kaar, deres Styrelse, deres Lovgivning skulde være i videst muligt Omfang fælles med det øvrige Kongeriges. En Overgangstid er jo, som det saa mange Gange er blevet berørt under Forhandlingerne om de særlige sønderjydske Love, nødvendig paa forskellige Omraader, men Maalet maa være, at Indlemmelsen bliver fuldkommen og ubetinget."[18]

Ingen af ordførerne rejste tvivl herom, hverken ved første-, anden- eller tredjebehandlingen. Lovforslaget blev enstemmigt vedtaget ved navneopråb efter-

---

[16] Citeret efter Peter Fransen m.fl.: Harmonisering eller særordning. Sønderjylland som administrativ forsøgsmark efter Genforeningen i 1920 – bind 1 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 85). Aabenraa 2002, 17.

[17] Sst. 17f.

[18] Rigsdagstidende. Forhandlinger paa Folketinget 1919–20, sp. 6397.

fulgt af et trefoldigt leve for „gamle Danmark".[19] I Landstinget fremhævede Neergaard yderligere, „at de danske Sønderjyder højt og tydeligt har tilkendegivet, at de ikke længere ønskede noget som helst, der var i Slægt med den gamle slesvigske Separatisme".[20] Bortset fra denne distancering til en særlig slesvigsk identitet føjede forhandlingen i Landstinget intet nyt til.[21] Behandlingen i Rigsdagspartiernes sønderjyske udvalg var også præget af tværpolitisk enighed.[22]

Ytringerne fra de danske politikere og embedsmænd nord og syd for Kongeåen viser, at alternativer til den fuldstændige indlemmelse af Sønderjylland i Danmark aldrig blev seriøst overvejet. Man valgte bevidst den fulde integration og fravalgte lige så bevidst en særstatus for Sønderjylland.

Midler til at fremme integration og undgå sønderjysk særstatus

Politikere og embedsmænd gjorde sig tidligt overvejelser om, hvorledes man bedst kunne fremme integrationen og modvirke en særstatus for Sønderjylland. Martin Hammerich fik som sekretær for Kriegerudvalget den 16. december 1918 besked på at skrive en betænkning om overgangen fra tysk til dansk styre. Den var allerede færdig den 27. december. Ifølge Hammerich ville indførelsen af dansk sprog i skolen, kirken, retsvæsnet og forvaltningen blive central, alt med skyldig hensyntagen til tysktalende borgere. Derudover fandt han, at det straks ved indlemmelsen var vigtigt at markere den nye grænse og den danske suverænitet over området. Toldgrænsen skulle hævdes og dansk mønt, mål og vægt indføres. Postvæsnet skulle indføre danske frimærker med kongens portræt, og de røde danske postkasser skulle erstatte de blå tyske. Telegrafvæsen og jernbaner skulle ligeledes fordanskes. Det gjaldt således om at få de borgernære etater med deres synlighed i kraft af uniformer, farver og symboler hurtigt på plads. Inden for statsadministrationen måtte der straks udnævnes amtmænd og politimestre og danske statspolitibetjente til at vare-

[19] Sst., sp. 6460–6476.

[20] Rigsdagstidende. Forhandlinger paa Landstinget 1919–20, sp. 2254.

[21] Sst. sp. 2251–2263.

[22] Forhandlinger i Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg 1919–20, 1571–1581, 1595–1602.

tage den udøvende magt. Andre hasteopgaver var afholdelse af valg til kommune-, amts- og menighedsråd og indførelse af de danske kommunallove.[23]

Som solide embedsmænd orienterede Hammerich og Krieger sig i det seneste fortilfælde: Danmarks indlemmelse af Ærø, de otte sogne syd for Kolding og de tidligere slesvigske områder omkring Ribe i 1866. Krieger citerede ved nytårstid, hvad departementschef E. Vedel (1824–1909) dengang havde udtalt:

> „Under overordentlige Omstændigheder er Befolkningen forberedt paa overordentlige Forholdsregler. Man ved og venter, at der maa foretages væsentlige Forandringer, og man er forberedte paa at finde sig deri. Gennemførelsen af hvilke som helst Reformer, selv af de mest omfattende, foregaar derfor under saadanne Forhold let og hurtigt. Befolkningen kommer paa én Gang over i den nye tingenes Tilstand og lærer efterhaanden at finde sig tilrette deri. Tidens Virkning bliver da en stedse større Befæstelse af den nye Ordning."[24]

Hammerich fandt i en ny betænkning af 1. februar 1919 med titlen „Overvejelser vedr. Indførelsen af dansk Administration og dansk Ret i Slesvig": „Det er nødvendigt, at Staten gennem sine Organer tager Landet i Besiddelse, og alt taler for, at dette sker straks og saa fuldstændigt som muligt. De danske Slesvigere længes efter dette, og man maa benytte det Øjeblik, hvor hele Befolkningen, også Tyskerne, er indstillet paa store Forandringer."[25] For begge embedsmænd var den hurtige gennemførelse en nøgle til succes.

En anden vej til målet førte via den administrative inddeling. Ved at lade embeder gå på tværs af Kongeåen kunne 1864-grænsen udviskes. H. P. Hanssen foreslog allerede i januar 1919, at Ribe Stift skulle have sine gamle områder syd for grænsen tilbage, mens det kommende Haderslev Stift også skulle omfatte sogne nord for denne.[26] Det skete, men derved blev det også. De verdslige administrative inddelinger respekterede generelt Kongeågrænsen. Der blev således ikke lyttet til folk fra sognene Spandet, Roager, Hviding, Rejsby og Brøns, der ønskede at komme til Ribe Amt og Retskreds. Det ville dels

[23] RAK, privatarkiv nr. 5531, Martin Hammerich, nr. 21 (note 7), referat af møde 16.12.1918 og bilag A til protokollen.

[24] Sst., referat af møde 31.12.1918.

[25] Sst., løse notater.

[26] Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (note 4), 117.

komplicere overgangen fra tysk til dansk styre, dels fratage Tønder Amt nogle stærkt dansksindede sogne, som kunne opveje sogne med mange tysksindede længere sydpå. Dog kunne beboernes ønske om at komme under Ribe Politikreds imødekommes.[27] Først kommunalreformen i 2006/07 gjorde endeligt op med Kongeågrænsen i den administrative inddeling.

Den administrative inddeling bestemte også, hvor mange ledende embedsmænd, der skulle være. I sit „Forslag til Inddeling af Nordslesvig i kommunal Henseende" fra 22. januar 1919 opererede Hammerich med fire amter: Haderslev, Aabenraa, Sønderborg og Tønder, svarende til at der før 1920 var fire preussiske kredse. Dog skulle Hviding Herred udskilles fra Haderslev Kreds og indlemmet i Tønder Amt, så danskheden på Tønderegnen kunne styrkes. Hammerich fandt, at en reduktion i antallet af amter ville vække en modvilje i befolkningen, som af nationale grunde måtte undgås, og desuden var det vigtigt, at der i alle fire købstæder boede en fremtrædende dansk embedsmand, som kunne repræsentere dansk kultur: „Skulle hans Embedsforretninger levne ham Tid til selskabelig Omgang, ville han mulig ogsaa derved gøre Gavn i national Henseende, navnlig i de Byer, hvor det højere Borgerskab har tyske Tendenser."[28] Ved at styrke det danske element kunne man svække det tyske og dermed de kræfter, som stærkest modsatte sig integration.

En tredje vej var grænsepassage- og infrastrukturpolitikken. Overordnet gik den danske strategi ud på, at den nye dansk-tyske grænse skulle „føles", det vil sige passagen af personer og gods skulle kontrolleres og begrænses for mest muligt at markere skellet til Tyskland. Til gengæld skulle samkvemmet mellem Sønderjylland og det øvrige Danmark lettes gennem gode vej- og jernbaneforbindelser fra syd mod nord og omvendt.[29] Denne længe upåagtede økonomiske dimension af indlemmelsen behandles i Morten Andersens artikel i denne bog.

En fjerde vej til målet gik gennem en bevidst navnepolitik. Som nævnt indførte indlemmelsesloven benævnelsen „De sønderjydske Landsdele". Dette begrundede Neergaard således:

> „Indlemmelsen betyder jo, at disse Landomraader nu bliver en integrerende Del af det danske Kongerige, saaledes at al fremtidig dansk Lovgivning bliver gældende dér. Det er dette, man har søgt Udtryk for ved Betegnelsen

---

[27] Hans Schultz Hansen: Træk fra den administrative genforening. I: Sønderjyske Årbøger 1995, 317f, 323f.

[28] RAK, privatarkiv nr. 5531, Martin Hammerich, nr. 21 (note 7), betænkning bilagt forhandlingsprotokollen.

[29] Morten Andersen: Den følte grænse (note 14), 142, 231–235.

‚de sønderjydske Landsdele', en Betegnelse, der gaar igen i samtlige de Lovforslag, som det høje Ting kommer til at behandle i Dag. Derved vil man kendetegne disse Landsdele som en Del af Kongeriget og ikke som en selvstændig Provins."[30]

Det havde været nok så oplagt at benytte navnet „Nordslesvig", som de danske sønderjyder havde taget til sig efter 1864 og således brugt i navnene på deres store nationale foreninger og erhvervssammenslutninger. Det erindrede imidlertid om tilhørsforholdet til det gamle hertugdømme Slesvig. Navnet „Sønderjylland" var mindre oplagt, eftersom det i datidens sprogbrug også omfattede Sydslesvig. Ikke desto mindre satte det sig i de følgende årtier igennem som det folkelige navn på den genvundne landsdel. Det var blevet populært allerede i preussisk tid, særlig efter det i 1895 blev forbudt, og det udtrykte samhørigheden med Nørrejylland og Danmark. Det fortrængte snart det konstruerede navn „De sønderjydske Landsdele". Længst holdt dette sig inden for arkivvæsnet, hvor Landsarkivet for de sønderjyske Landsdele først i 1993 skiftede navn til Landsarkivet for Sønderjylland.[31]

Midlerne til at opnå Sønderjyllands fulde integration og undgå sønderjysk særstatus var vidt forskellige og med stærkt varierende gennemslagskraft. Mest effektiv blev den hurtigst mulige og mest synlige indlemmelse og en tæt bemanding med danske embedsmænd. Det lykkedes også at få vendt Sønderjylland økonomisk fra syd mod nord. Derimod blev den bevidste navnepolitik ikke videre vellykket, og den administrative inddeling blev et virkemiddel med begrænset udnyttelse.

Målet om fuldstændig indlemmelse og virkelighedens verden

Forskellige hensyn betød, at Sønderjylland trods målsætningen om fuld integration i Danmark beholdt eller udviklede visse særlige forhold. Det kunne være overgangsordninger af kortere eller længere varighed eller særordninger i forhold til resten af landet. Flere forskellige hensyn lå til grund for, at det ofte blev nødvendigt at indgå kompromiser.

30 Rigsdagstidende. Forhandlinger paa Folketinget 1919/20, 2254.

31 Lars N. Henningsen og Hans Schultz Hansen: „Sønderjylland" og „Slesvig". I: Sønderjyske Årbøger 1997, 15–23.

For det første kunne forholdene være så komplicerede, at der måtte en længere periode til, før de var udredt og faldet på plads. Et eksempel var udstrækningen af dansk lov og ret til Sønderjylland. Af hensyn til retssikkerheden besluttede man i første omgang at lade den gældende ret bestå, med mindre den blev ændret ved nye danske love. De kom til gengæld i stort tal. I slutningen af juni og begyndelsen af juli 1920 blev et omfattende lovkompleks vedtaget, og op gennem 1920-erne kom flere nye love til, men først i 1929 nåede man så langt, at forholdet kunne vendes om, så dansk lovgivning herefter var gældende, med mindre andet udtrykkeligt var bestemt.[32] For at domstolene kunne håndtere denne overgang, blev der i 1920 oprettet en appelinstans alene for Sønderjylland, Søndre Landsret med sæde i Sønderborg, der blev nedlagt i 1928.[33] De komplicerede retsforhold fik også betydning for amtsadministrationen. Amtmanden var statsmagtens øverste repræsentant og amtsadministrationen centraladministrationens forlængede arm i regionen. Amtsrådene var samtidig et vigtigt led i landets demokratiske opbygning. Dansk amtsadministration blev derfor straks indført i de sønderjyske landsdele. De fire nyudnævnte amtmænd fik tilknyttet en såkaldt amtsassessor. To sønderjysk fødte amtmænd fik en amtsassessor fra kongeriget, mens to rigsdanske amtmænd fik en sønderjysk assessor. Dermed blev kendskabet til både dansk og tysk ret og samfundsforhold repræsenteret i amtsledelsen. Derudover blev amtsassessorerne en særlig juridisk støtte til de to sønderjyske amtmænd, der ikke opfyldte kravet om, at en amtmand skulle have juridisk embedseksamen med førstekarakter. Assessorerne var forudsætningen for, at der kunne dispenseres fra dette krav. Indenrigsminister Ove Rode ønskede at bruge ordningen som murbrækker til generelt at ophæve juristernes „amtmandsmonopol", men det kom han ikke igennem med. Amtsassessorerne forblev en sønderjysk særordning. Den varede kun indtil 1927, hvor embederne blev nedlagt og assessorerne fik andre stillinger i statsadministrationen eller ved domstolene.[34] På det retsligt-administrative område dikterede de praktiske hensyn således en strategi med overgangsordninger og -institutioner, der kunne afvikles før udgangen af 1920-erne.

[32] O. A. Borum: Oversigt over den i de sønderjydske Landsdele endnu gældende Særlovgivning. København 1931.

[33] Hans Schultz Hansen: Sønderjyllands administrative genforening. I: Fransen: Harmonisering eller særordning (note 16), 30–31.

[34] Hans Schultz Hansen: Amter, amtmænd og amtsassessorer 1920–1932. I: Fransen: Harmonisering eller særordning (note 16), 55–85.

For det andet var der områder af det offentlige, hvor preussiske ordninger ganske enkelt var de samtidige danske overlegne. Det var typisk teknisk betonede områder, hvor de politisk-ideologiske omkostninger ved at bibeholde dem var overskuelige. Det gjaldt ikke så meget de „uniformerede" etater som toldvæsen, DSB, telefon- og telegraf samt postvæsen. Her var en fuldstændig harmonisering med resten af landet alene af praktiske grunde nødvendig. Dertil kom en nationalpolitisk dimension. Det fælles nationale marked og de tilhørende landsdækkende kommunikationsnet indgik som en del af det 19. århundredes nationalstatsopbygning. I genforeningstiden blev etaterne i kraft af uniformer, emblemer, embedsvåben og farver forlenet med særlig symbolværdi som markører på tilhørsforholdet til den danske stat. Særordningerne på disse områder blev derfor beskedne. At telefonvæsnet forblev statsligt i Sønderjylland frem for at blive overgivet til koncessionerede selskaber, hvilket var det normale i det øvrige land, styrkede snarest forestillingen om etaterne som fanebærere for danskheden.

På flere „civile" tekniske områder blev derimod etableret særordninger, som til dels fik en lang levetid. Her var strategien at opretholde de preussiske indretninger som sønderjyske særordninger, indtil de tilsvarende danske var opgraderet til samme niveau. Disse ordninger havde typisk med registrering af mennesker eller jord at gøre. Her var de preussiske metoder mere i pagt med udviklingen end de danske. Inden for tinglysningen stod det centraleuropæiske grundbogssystem i forvejen til at blive indført overalt i Danmark. Sønderjyderne beholdt derfor den preussiske grundbogsføring indtil 1926, hvor en ny tinglysningslov indførte principperne herfra i hele landet. Meget længere tog afviklingen inden for matrikelvæsnet. Den preussiske matrikulering fra 1870'erne var den danske hartkornsmatrikel overlegen, ligeledes korttegnings- og måleteknikkerne. Derfor blev de preussiske katasterkontorer ført videre som statslige amtslandinspektørkontorer helt indtil 1999, hvor digital teknologi i kombination med et politisk begrundet ønske om privatisering førte til deres nedlæggelse og opgavernes overdragelse til private landinspektører. Til at varetage vedligeholdelsen af matriklen og visse andre opgaver som tilsynet med den dansk-tyske grænse og afvandingen af Tøndermarsken blev der indrettet en særlig sønderjysk enhed af Kort- og Matrikelstyrelsen i Aabenraa, som imidlertid allerede blev skåret væk i 2004 og opgaverne centraliseret i København.

I Tyskland blev den civile registrering af fødsler, vielser og dødsfald uden for kirken indført i 1870-erne. Denne ordning blev opretholdt i Sønderjylland

efter 1920 og fungerer videre endnu i vor tid. Kun når det gælder indgåelse og registrering af ægteskab, har den måttet vige for fælles dansk lovgivning. Selv om de fleste indser, at den civile personregistrering bedre svarer til nutidens sekulariserede samfund med mange nytilkomne trossamfund, er det aldrig lykkedes at udbrede den til resten af landet, formentlig fordi det ville trodse stærke institutionelle særinteresser. Derfor er den fortsat kun sønderjyder, som bliver udstyret med en fødselsattest ved siden af en eventuelt kirkelig dåbsattest.[35]

For det fjerde skulle de sønderjyske særordninger på nogle felter danne model for senere administrative reformer i det øvrige Danmark. Sønderjylland kunne her fungere som en administrativ forsøgsmark, hvor der kunne introduceres ordninger, der i kortere eller længere tid havde været debatteret i den politisk-administrative debat i kongeriget, men endnu ikke var blevet realiseret, eventuelt fordi de stred mod særinteresser eller ideologiske positioner. Det var typisk modsætninger mellem statsmagten på den ene side og kirken, kommunerne eller liberale erhverv på den anden. Sidstnævnte modsætning gjorde sig således gældende med hensyn til de statslige amtslandinspektører, hvor venstrefolk fandt, at de burde være privatpraktiserende som i resten af landet.[36] Her førte nødvendigheden af at videreføre den preussiske matrikulering til en løsning i statsligt regi.

Anderledes stillede det sig for politiet. Det preussiske politi var organiseret temmelig anderledes end det danske. Politimyndigheden var i købstæderne delt mellem landråden og det kommunale politi, på landet mellem landråden og amtsforstanderne bistået af gendarmer. Ved overgangen til dansk styre faldt amtsforstanderne og gendarmeriet bort, mens landråderne blev afløst af amtmændene. I Danmark var politiet ved retsreformen i 1919 langt om længe blevet adskilt fra domstolene, og det gamle herredsfogedembede var blevet delt mellem nyoprettede stillinger som underretsdommere og politimestre. Politimesteren var statstjenestemand, men ellers var det lokale politipersonale kommunalt ansat og lønnet. Ved siden af dette lokale politi, som varetog ordenspolitiopgaverne, fandtes siden 1911 statspolitiet, der kunne operere over hele landet som kriminalpoliti ved opklaring af vanskelige sager og sættes ind imod større uroligheder. Selv om det var oplagt at indføre disse nye ordninger i Sønderjylland, valgte man at foregribe oprettelsen af et statsligt enhedspoliti.

---

35 Schultz Hansen: Sønderjyllands administrative genforening (note 33), 35–42. Se også Leif Hansen Nielsen: Tinglysningsvæsnet. I: Fransen: Harmonisering eller særordning (note 16), 259–278 og Hans H. Worsøe: Civilstandsregistrering, sst. 279–333.

36 Schultz Hansen: Sønderjyllands administrative genforening (note 33), 36.

Såvel ordens- som kriminalpolitiet blev statsligt straks ved Genforeningen. I årene 1920–22 blev der tilmed som en overbygning på de lokale politimestre indsat en sønderjysk politiadjudant med direkte reference til chefen for statspolitiet. Det stærke statslige greb om det sønderjyske politi skyldes ønsket om at undgå, at et tysk domineret bystyre for eksempel i Tønder og Højer fik magt over politifolkene. Svarende hertil blev der til politiadjudant og politimestre udelukkende udnævnt rigsdanskere. Dette var i første række begrundet i det tyske mindretals krav om revision af 1920-grænsen, som Henrik Becker-Christensen skildrer i sit bidrag, men derudover viste tilslutningen til yderligtgående politiske bevægelser i kriseårene omkring midten af 1920-erne og i 1930-erne, at den politiske integration af Sønderjylland ikke forløb problemfrit. Sønderjyderne skulle have tid til at omorientere sig fra national- til partipolitik. De fandt først efterhånden ind i de mønstre mellem erhvervsmæssig og regional tilknytning og partivalg, som kendetegnede de øvrige danske vælgere. Leif Hansen Nielsen gør rede for de politisk ekstreme sønderjyder i sit bidrag.

Bortset fra den første tid efter 1920 gav det tyske mindretal ikke anledning til et særligt talstærkt politi i landsdelen, men i 1933 vendte billedet med slesvig-holstenske nazisters storm mod 1920-grænsen og den hurtige nazificering af mindretallet. Staten reagerede i 1934 med at genoprette det sønderjyske politiadjudantembede for at sikre en effektiv politiledelse under de nye forhold. I det øvrige land blev politiet fuldt ud statsligt med loven om enhedspolitiet fra 1937, der trådte i kraft året efter. Enhedspolitiet skulle nu også i resten af landet fungere som værn for demokratiet under trykket fra de totalitære kræfter på yderfløjene.[37]

Hvad politiet var for hævdelsen af den nationale suverænitet, var skolerne for dannelsen af den nationale identitet. Sideløbende med en betydelig forældreindflydelse på lokalt plan kom der således et stærkt statsligt greb på regionalt niveau. Tilsynet med den sønderjyske folkeskole blev i 1920 lagt i statsligt regi med oprettelsen af stillingen som amtsskolekonsulent. Her var der en preussisk tradition at videreføre, idet provsternes tilsyn med skolen i årene 1876–79 var blevet lagt i hænderne på verdslige kredsskoleinspektører. I Danmark lå skoletilsynet fortsat ved kirken. Provsterne havde som forretningsførere for amtskoledirektionerne bestående af amtmand og provst og et tredje medlem den største indflydelse på det regionale niveau. Ønsket om

[37] Peter Fransen: Statspolitiet. I: Fransen: Harmonisering eller særordning (note 16), 87–258. Henning Koch: Demokrati slå til! Statslig nødret, ordenspoliti og frihedsrettigheder 1932–1945. København 1994, især 97–136.

at begrænse denne gejstlige indflydelse til fordel for et pædagogisk statsligt skoletilsyn var fremme i debatten allerede i 1850-erne, men endnu ikke realiseret ved Genforeningen. Det skete så i Sønderjylland. Amtsskolekonsulenterne skulle sammen med amtmanden og et tredje medlem føre tilsyn med de kommunale folkeskoler, men også med de private skoler, og de fik stor indflydelse på ansættelse og afskedigelse af lærerne. Begge dele havde stor nationalpolitisk betydning. Også inden for skoletilsynet kom Sønderjylland til at fungere som en administrativ forsøgsmark, før ordningen i 1933 og 1949 blev udbredt til resten af Danmark.[38]

For det femte var politiske grundholdninger i spil. Konservative, liberale, socialliberale og socialdemokrater så ikke altid ens på, hvem der skulle varetage de forskellige opgaver: staten, kommunerne, kirken eller private. Venstrefolk opponerede mod det statslige politi og de statslige amtslandinspektører.[39] Kirkeministre fra samme parti gik imod civil personregistrering i resten af landet.[40] Konservative gik imod statslige amtsskolekonsulenter og ville beholde provsternes indflydelse.[41] Konservative teologiske kræfter i Danmark håbede, at den slesvig-holstenske landskirkes tradition for kirkelig selvstændighed over for statsmagten kunne videreføres og danne forbillede for en lignende ordning for resten af landet.[42] Som det vil fremgå af Carl Christian Jessens afhandling senere i denne bog, lykkedes det ikke at bryde den liberale og socialdemokratiske front, der ville sikre Christiansborg fortsat stor indflydelse på folkekirken. Her kom sønderjyske forhold ikke til at udgøre en forsøgsmark.

Når staten ikke desto mindre blev den store vinder inden for politi og skoletilsyn, skyldtes det et sjette hensyn, nemlig tilstedeværelsen af et tysk mindretal i landsdelen. Dette emne behandles af Henrik Becker-Christensen i et senere kapitel, så her skal alene hovedlinjen ridses op. Mindretalsordningen fulgte et privat og et offentligt spor. Det private spor var i tråd med den eksisterende danske lovgivning om friskoler og valg- og frimenighedskirker, der gav mindretallet gode muligheder for selv at opbygge sine institutioner. Det blev imidlertid suppleret med et offentligt spor med kommunale tyske

38 Erik Nørr: Genforeningens bedste gave. Skoleordning og amtsskolekonsulenter i Sønderjylland og Danmark 1920–1963 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 90). Aabenraa 2003.

39 Schultz Hansen: Sønderjyllands administrative genforening (note 33), 36. Fransen: Statspolitiet (note 37), 87, 135.

40 Worsøe: Civilstandsregistrering (note 35), 304f.

41 Nørr: Genforeningens bedste gave (note 38), 39.

42 Per Ingesman: Da der gik kirkepolitik i Genforeningen. I: Sønderjyske Årbøger 1995, 239–260.

skoler eller skoleafdelinger samt tyske folkekirkepræster i byerne, ligesom de tysksprogede folkekirkepræster på landet muliggjorde tyske gudstjenester og kirkelige handlinger på tværs af sogneinddelingen. Det offentlige tilbud havde til hensigt at fremme integrationen af mindretallet i det danske samfund. Nok var skolesproget her overvejende tysk, men undervisningens indhold var præget af et dansk kulturgrundlag. Denne todeling af det sønderjyske skolevæsen skildres indgående af Erik Nørr i et senere kapitel i denne bog.

Udblik til Alace-Lorraine

Ligesom Sønderjylland skiftede Alsace-Lorraine statsligt tilhørsforhold efter Første Verdenskrig.[43] Skønt befolkningsflertallet talte en tysk dialekt, var det fransksindet og markerede sig som sådan siden den tyske erobring 1870/71. Alsace-Lorraine blev i 1871 et rigsumiddelbart land Elsass-Lothringen med en kejserlig statholder. I 1911 blev området ligestillet med forbundslandene og fik sin egen forfatning, landdag og repræsentation i forbundsrådet.

Frankrigs forberedelser til en genforening med Alsace-Lorraine begyndte tidligt i krigen med Conférence d'Alsace-Lorraine, hvor franske politikere, civile og militære eksperter mødtes med folk fra Alsace-Lorraine i eksil. Konferencen ønskede fuld indlemmelse i Frankrig. Ganske vist udråbte landdagen 11. november 1918 Alsace-Lorraine som selvstændig republik, men den fik kun kort levetid, da franske tropper den følgende uge besatte området. 5. december erklærede landdagen det for indlemmet i Frankrig uden folkeafstemning. Versaillesfreden bestemte med tilbagevirkende kraft, at Alsace-Lorraine hørte under fransk overhøjhed med 11. november 1918 som skæringsdato.

Ambitionen om fuld indlemmelse var helt parallel til Sønderjylland. Derimod blev overgangstiden længere. Efter et kort militærstyre under indmarchen blev der i november 1918 indført et civilt styre direkte under den franske ministerpræsident med en særlig understatssekretær for Alsace-Lorraine. Det var placeret i Paris, mens tre kommissærer udgjorde centraladministrationens forlængede arm i regionen. Placeringen i Paris svarede til den stærke franske tradition for centralisme – og til det Midlertidige Ministerium for sønderjyske Anliggenders hjemsted i København. I marts 1919 udnævntes en generalkom-

---

[43] Se herom A.J. West: Et omstridt Land. Elsass-Lothringen – Alsace –Lorraine. København 1938, især 82–205.

missær for Alsace-Lorraine med sæde i Strasbourg, fortsat direkte under ministerpræsidenten. Generalkommissariatet bestod fra april 1919 af et sekretariat og 12 sektioner og udgjorde en egentlig regering. Den første generalkommissær Alexandre Millerand (1859–1943) var indstillet på at gå forsigtigt frem og respektere indbyggernes tyske dialekt og deres katolske kirke, som fra den tyske tid stod stærkere i samfundet end i den verdslige franske stat. Millerand nedsatte også i september 1920 et Conseil Consultatif med 35 medlemmer med repræsentanter fra det franske senat og deputeretkammer, de regionale amtsråd og fem medlemmer særligt udpeget af regeringen. Udviklingen gik således en tid i retning mod autonomi.

Snart vendte tendensen, og generalkommissærens kontorer blev flyttet til Paris og smeltet sammen med ministerierne. I 1924 blev det rådgivende organ opløst, og i 1925 blev generalkommissariatet ophævet og afløst af et generaldirektorat for Alsace-Lorraine med sæde i Paris. Kun sektionerne for skole, kirke, socialforsikring og tjenestemænd blev i regionen. Den lange overgangsordning og den svingende kurs sætter den hurtige og effektive indlemmelse af Sønderjylland i relief.

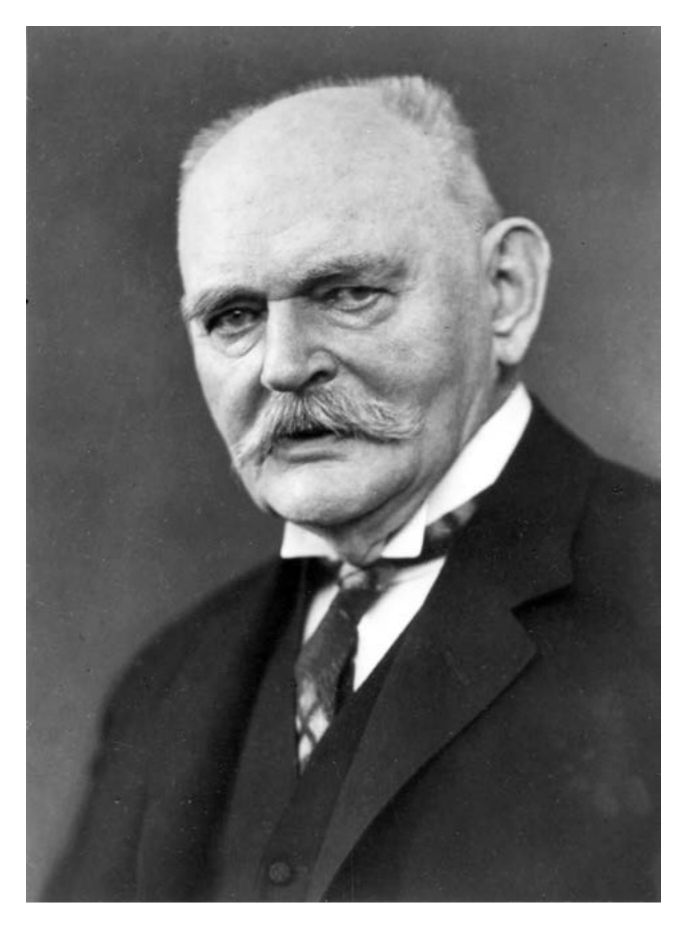
Konklusion

Den overordnede strategi for Sønderjyllands genforening med Danmark var landsdelens totale integration. Den var et bevidst valg, der herskede bred enighed om. Den nationale enhedsstatstanke og historiske erfaringer lå til grund. En politisk eller administrativ særstatus for Sønderjylland i kortere eller længere tid blev aldrig seriøst overvejet. Dog satte nogle mindre vidtrækkende hensyn begrænsninger for, hvornår og hvor langt den fuldstændige integration kunne gennemføres. Praktiske problemer dikterede overgangsordninger for retsgrundlaget og dermed for domstolenes og amtsadministrationens virke, men de kunne afvikles i løbet af 1920-erne. På andre områder tilsagde praktiske forhold og hensynet til den nationale enhed den hurtigst mulige integration. Det gjaldt for de uniformerede etater. Omvendt blev preussiske ordninger bibeholdt inden for flere teknisk betonede væsner, fordi de var mere moderne og stod til at blive indført i resten af landet, indtil privatiseringsbølgen fra 1990-erne afskaffede de statslige telefon- og landinspektørvæsner. Derimod opretholdes den civile personregistrering i Sønderjylland. De fleste indser, at den har fremtiden for sig, men den støder mod kirkelige særinteres-

ser og udbredes derfor ikke til resten af landet. På andre områder sattes straks ind med et stærkt statsligt greb om den genvundne landsdel. Det gjaldt inden for skoletilsynet og politiet, hvor ordningerne siden blev banebrydende for tilsvarende i resten af landet. Her vejede ønsket om at kunne kontrollere et tysk mindretal, som afviste den nye grænse, tungere til end ideologiske ønsker om mindre stat. Dette hensyn lå også til grund for, at mindretallet fik et offentligt tilbud i kirke og skole ved siden af den almindeligt sikrede ret til oprettelse af frie menigheder og skoler.



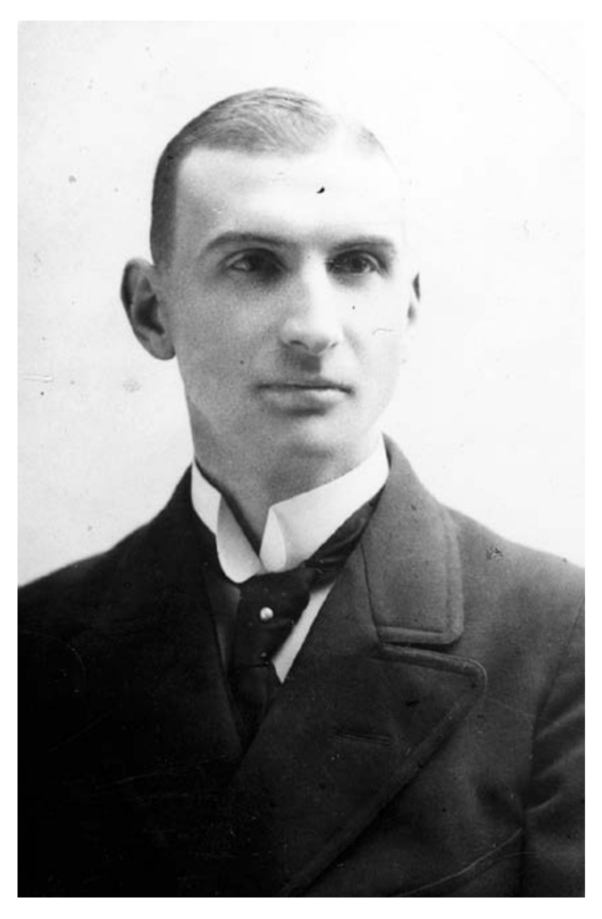
1: Til venstre den danske konge Christian X og til højre hans statsminister fra maj 1920 til april 1924, historikeren Niels Neergaard fra partiet Venstre. Begge var i forgrunden ved Sønderjyllands genforening med Danmark (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



Links der dänische König Christian X und rechts sein Ministerpräsident, der Historiker Niels Neergaard von der liberalen Partei Venstre. Beide standen bei der Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark im Vordergrund (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



2: Til venstre den nye amtmand over Tønder Amt, greve Otto Didrik Schack, Schackenborg, i dansk amtmandsuniform, til højre hans amtsassessor Paul Christian von Stemann. Stemann blev senere amtmand på Bornholm og oplevede som sådan både den tyske og den sovjetiske besættelse af øen (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



Links der neue Amtmann (dt. Landrat) des Amtes (dt. Kreis) Tondern, Graf Otto Didrik Schack von Schackenborg, in seiner dänischen Amtmannsuniform, rechts sein Amtsassessor Paul Christian von Stemann. Dieser wurde später Amtmann auf Bornholm und hat dort sowohl die deutsche als auch die sowjetische Besetzung der Insel miterlebt (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



3: Kort over Sønderjyllands nye administrative inddeling fra 1920 med amter og herreder (Tillæg til Kongelig Dansk Hof- og Statskalender 1920).

Karte von der neuen Verwaltungseinteilung Nordschleswigs ab 1920 mit den Ämtern (dt. Kreise) und Harden (Tillæg til Kongelig Dansk Hof- og Statskalender 1920).



4: Det sønderjyske politi blev i 1920 statsligt. Styrken ved Toftlund politistation i 1926 (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Die Polizei in Nordschleswig wurde im Jahre 1920 eine Staatspolizei. Hier die Beamten des Polizeireviers Toftlund des Jahres 1926. (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



5: Ifølge dansk tradition var Sønderjyllands indlemmelse i Danmark i 1920 en genforening, hvor den røvede datter kom tilbage til sin mor. Her fremstillet i tidens sødladne stil (Rigsarkivet Aabenraa, museumssamlingen).

Nach dänischer Tradition war die Einverleibung Nordschleswigs in Dänemark im Jahre 1920 eine Wiedervereinigung, wo die geraubte Tochter zu ihrer Mutter zurückkehrte. Hier im süßlichen Stil der damaligen Zeit dargestellt (Rigsarkivet Aabenraa, Museumssammlung).

Strategien für die Eingliederung Nordschleswigs in Dänemark

Hans Schultz Hansen

Am 9. Juli 1920 vormittags unterzeichnete der dänische König Christian X. (1870–1947) in einer sogenannten Staatsratssitzung auf Schloss Amalienborg das Gesetz zur Eingliederung der nordschleswigschen Landesteile in das Königreich. Es bestand nur aus zwei Paragrafen, der erste lautete: „Die gemäß dem Versailler Friedensabkommen vom 28. Juni 1919, Artikel 110, letzter Satz, an Dänemark zu übertragenden Gebiete werden in das Königreich eingegliedert und als de sønderjydske Landsdele bezeichnet." Paragraf zwei war noch kürzer: „Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft." Als der König um 11 Uhr das Gesetz unterzeichnet hatte, wurden Salutschüsse abgegeben, und die Kirchenglocken läuteten. Die Feierlichkeiten zur Wiedervereinigung hatten begonnen.[1]

Der Teil des alten Herzogtums Schleswig, der nach den Volksabstimmungen im Februar und März 1920 an Dänemark ging, wurde per Gesetz ein vollständiger Teil des Königreichs, der dem Rest des Landes gleichgestellt war. Im Abstand von hundert Jahren, in denen mehrere Generationen es nicht anders gekannt haben, mag dies als selbstverständlich erscheinen, aber 1920 war das nicht zwangsläufig so. Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist eine

---

1 Retstidende for de sønderjydske Landsdele. Udgivet af Statsministeriet ved Højesteretssagfører Dr. juris N. Cohn og Overretssagfører O. P. Schlichtkrull, 201. Über die Unterzeichnung des Gesetzes s. Carl Dumreicher: Genforeningen 1920. Kopenhagen 1920, 29–31.

Analyse, ob gegebenenfalls andere Möglichkeiten im Spiel waren, ob die vollständige Eingliederung eine bewusste Entscheidung war oder ob dies zu diesem Zeitpunkt bereits etwas Selbstverständliches war, das ohne eingehende Prüfungen und Überlegungen einfach so vollzogen wurde. In diesem Zusammenhang soll auch auf die Frage eingegangen werden, mit welchen Mitteln das Ziel erreicht werden sollte.

Wie immer in Sachen Gesetzgebung, war auch das dänische Eingliederungsgesetz Ausdruck eines Willens der Legislative. Die Wirklichkeit indessen konnte durchaus eine andere sein. Insofern ist ein weiterer Gegenstand dieser Abhandlung ein Klärungsversuch, inwieweit hinsichtlich der Zielsetzung einer vollständigen Integration Kompromisse eingegangen werden mussten – darunter die Frage, welche Aspekte es notwendig erscheinen ließen, auf eine vollständige Harmonisierung zwischen nordschleswigscher und „restdänischer" Gesetzgebung am Ende doch zu verzichten.

Die Methode wird hinsichtlich der ersten Zielsetzung eine Analyse der Aussagen der verschiedenen Akteure über den Status sein, den sie nach der Grenzverschiebung den nordschleswigschen Landesteilen beizumessen gedachten. Die handelnden Personen waren hauptsächlich Politiker und Verwaltungsbeamte in Kopenhagen sowie die im Wählerverein für Nordschleswig organisierten führenden dänischen Nordschleswiger (*sønderjyder*). Die deutsch gesinnten Einwohner der Region hatten keinen Einfluss auf dieses Thema beziehungsweise dieser beschränkte sich darauf, gegen eine Vereinigung mit Dänemark zu stimmen. Deutschland als Kriegsverlierer konnte ebenfalls den zukünftigen Status der Region nicht beeinflussen.

Was die zweite Zielsetzung anbelangt, soll ein Abriss einiger wichtiger Regelungen gegeben werden, die der Eingliederung zugrunde lagen. In dem Zusammenhang wird näher auf die Gutachten und Stellungnahmen einzugehen sein, die als Vorlagen für das Gesetzgebungsverfahren ausgearbeitet worden waren – und es soll auf dieser Grundlage beleuchtet werden, ob und gegebenenfalls in welchen Bereichen es jeweils Muster für eine sofortige Umsetzung der Eingliederung, für das Einführen von Übergangsregelungen oder für längerfristige Sonderregelungen gab.

Wissenschaftler des dänischen Reichsarchivs widmeten sich schon vor etwa zwanzig Jahren einem Projekt über „Nordschleswig als administratives Versuchsfeld nach der Wiedervereinigung 1920". Daraus entstanden zwei Publikationen: Peter Fransen et al.: *Harmonisering eller særordning* (Harmonisierung oder Sonderregelung) von 2002 und Erik Nørr: *Genforeningens bedste*

gave. Skoleordning og amtsskolekonsulenter i Sønderjylland og Danmark 1920–1963 (Größtes Geschenk der Wiedervereinigung. Schulordnung und Kreisschulbeauftragte in Nordschleswig und Dänemark 1920–1963) von 2003. Erwähnt sei außerdem Kim Furdal: *Fra preussiske landkommuner til danske sognekommuner. Kommunestyret i Sønderjylland fra 1867 til 1920-erne* (Von preußischen Landgemeinden zu dänischen Kirchspielgemeinden. Die Kommunalverwaltung in Nordschleswig von 1867 bis in die 1920er-Jahre) von 1999. Kirchliche Belange wurden zuletzt von Per Ingesman thematisiert: *Da der gik kirkepolitik i Genforeningen* (Als die Wiedervereinigung kirchenpolitisch wurde), Sønderjyske Årbøger 1995. Mit der besonderen Herausforderung der Gesetzgeber in Gestalt der deutschen Minderheit beschäftigt sich Henrik Becker-Christensen: *Dansk mindretalspolitik i Nordslesvig. Udformningen af den danske politik over for det tyske mindretal 1918–20* (Dänische Minderheitspolitik in Nordschleswig. Gestaltung der dänischen Politik gegenüber der deutschen Minderheit 1918–20) von 1984. Das Konstrukt der ein bisher zusammenhängendes Gebiet nun durchtrennenden neuen deutsch-dänischen Grenze analysiert Morten Andersen in *Den følte grænse. Slesvigs deling og genopbygning 1918–1933* (Die gefühlte Grenze. Schleswigs Teilung und Wiederaufbau 1918–1933) von 2008. Die zentrale Figur der dänischen Nordschleswiger stellt Hans Schultz Hansen vor: *Genforeningens arkitekt: H. P. Hanssen 1914–1936* (Der Architekt der Wiedervereinigung: H. P. Hanssen 1914–1936) von 2020.

Lediglich in geringem Umfang seien Primärquellen in Form von Reden, Gutachten, Stellungnahmen und Beratungen von und zwischen zentralen Akteuren hier mit hinzugezogen. Reden finden sich in der Tagespresse, während Gutachten, Stellungnahmen und Beratungsprotokolle gegebenenfalls in Archiven des Wählervereins für Nordschleswig und des durch die dänische Regierung gebildeten sogenannten Krieger-Ausschusses[2] ermittelt werden müssten. Die nordschleswigsche Gesetzgebung findet sich gesammelt im juristischen Amtsblatt *Retstidende for de sønderjydske Landsdele* 1920–21, während die Entstehung des Gesetzes sich durch die *Forhandlinger i Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg* 1919–20 und *Rigsdagstidende* aus der Sammlung 1919–20 nachvollziehen lässt.

[2] Beide Archive sind digital über die Homepage des Rigsarkivet zugänglich: https://www.sa.dk/da/undervisningstilbud/videregaaende-uddannelser/kildepakker/genforeningen-1920-kildepakke/ (letzter Abruf am 23.3.2022).

Die allgemeine Strategie der Eingliederung

Die treibende Kraft an der Spitze der dänischen Nordschleswiger, Hans Peter Hanssen (1862–1936), traf bereits im Herbst 1918 erste Vorbereitungen für die Eingliederung des von den Dänen als Sønderjylland[3] bezeichneten Nordschleswig in das dänische Königreich. In der entscheidenden Sitzung des Vorstandes und Aufsichtsrates des Wählervereins im Apenrader Folkehjem am 16. und 17. November wurden Ausschüsse gebildet, die jeweils „die besten Regelungen in agrarischen und finanziellen Fragen beim Übergang" und „die Regelung in Schul- und Kirchenangelegenheiten nach der Abtretung an Dänemark" vorbereiten sollten – wobei letztgenannter Ausschuss bereits in besagter Sitzung in einen Kirchen- und einen Schulausschuss aufgeteilt wurde. Später kamen ein Sonderausschuss für Arbeiter, ein Kommunalausschuss, ein besonderer Kirchen- und Schulausschuss für Mittelschleswig sowie ein Rechtsausschuss hinzu. Die meisten Ausschüsse erarbeiteten Stellungnahmen und Berichte, die im Vorstand und Aufsichtsrat des Wählervereins beraten und anschließend der dänischen Regierung übermittelt wurden.[4]

Hanssen forderte außerdem in einem Gespräch mit dem dänischen Ministerpräsidenten Carl Theodor Zahle (1866–1946) und weiteren dänischen Ministern am 3. Dezember 1918 die Regierung zur Bildung eines Ausschusses auf, der mit den Ausschüssen des Wählervereins in Sachen Vorbereitung des Übergangs von deutscher auf dänische Verwaltung zusammenarbeiten sollte. Sogleich wurde die Benennung eines kleinen aus Verwaltungsbeamten bestehenden Ausschusses unter Vorsitz des königlichen Kabinettssekretärs Anthonius Krieger (1858–1940) und mit dem nordschleswigsch engagierten Kommunalbevollmächtigen der Stadt Stege, Martin Hammerich (1883–1940), als Sekretär beschlossen. Die Arbeit des Ausschusses war vertraulich – und dementsprechend wurde er unter dem unverfänglichen Namen Krieger-Ausschuss bekannt.[5] Seine Arbeit wurde später durch das Interimsministerium für nordschleswigsche Angelegenheiten mit Hanssen als Minister weitergeführt. Die Bedeutung des Krieger-Ausschusses und des Ministeriums für die Einglie-

---

3 In der deutschen Fassung dieses Beitrages wird aber aus praktischen Gründen der bekannte Name Nordschleswig benutzt.

4 Siehe hierzu Hans Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt: H. P. Hanssen 1914–1936 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Nordschleswig, 118). Apenrade 2020, 119–122.

5 Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (Anm. 4), 122–125.

derung Nordschleswigs in Dänemark wird weiter unten in einem von Jørgen Witte verfassten besonderen Kapitel thematisiert.

Es war jenes Dreigestirn aus Hanssen, Ministerpräsident Zahle und Krieger-Ausschuss, das anfängliche Aussagen darüber traf, was mit dem Teil Schleswigs geschehen solle, der nach den Volksabstimmungen über den Grenzverlauf an Dänemark gehen würde. In einer Sitzung des politischen Verhandlungsausschusses der im dänischen Reichstag vertretenen Parteien am 6. Dezember 1918 fragte das Reichstagsmitglied der Konservativen Emil Harboe (1867–1943), ob in Nordschleswig dänische Gesetze eingeführt werden sollten. Daraufhin Zahle: „Ja! Es ist eine Regelung anzustreben, nach welcher die mit Dänemark zusammengeführten Teile Nordschleswigs vollauf und in Gänze dänisch werden."[6] Entsprechend führte Zahle in einer Sitzung mit dem Kriegerausschuss am 31. Dezember 1918 aus, „es gelte, schnellstmöglich dänische Verhältnisse in Schleswig einzuführen, damit sich hier nicht eine Sonderstellung verfestige, die der Landesteil dann beibehalten wollen würde". Dieser Sichtweise stimmte auch Krieger zu.[7] Unter den Federführenden auf dänischer Seite setzte sich frühzeitig die Auffassung durch, dass Nordschleswig voll und ganz in Dänemark zu integrieren sei – was auch der Linie Hanssens entsprach. In einer Rede in Hadersleben am 24. Januar 1919 sagte er: „Wir wünschen eine Tilgung der Königsaugrenze, dieser widernatürlichen Grenze, die dänisches Land und dänisches Volk voneinander trennt."[8]

Der gemeinsame Wunsch nach einer vollständigen Eingliederung Nordschleswigs in das Königreich Dänemark hatte zur Folge, dass dem Landesteil kein besonderer politischer oder verwaltungsmäßiger Status innerhalb des Königreichs gewährt werden sollte. Es konnte daher nicht darum gehen, ein Herzogtum aus den Überresten des alten Herzogtums Schleswig wiederherzustellen, die Dänemark zufallen würden – eine Möglichkeit, die von den führenden Politikern Dänemarks oder Nordschleswigs damals nicht einmal in Betracht gezogen worden zu sein scheint. Am nächsten kommen wir einer solche Überlegung noch mit König Christian X., der Ende 1918 in seinem Tagebuch den „segensreichen Tag, von dem wir glauben, dass er bald anbricht, wenn das Getrennte wieder zusammenkommt, und Schleswig wieder mit uns vereint

[6] Uddrag af Protokol for Rigsdagspartiernes politiske Forhandlingsudvalg (forsaavidt angaar det slesvigske Spørgsmaal). Udgivet ved Rigsdagens Bureau. Kopenhagen [1919], 11.

[7] RAK, Privatarchiv Nr. 5531, Martin Hammerich, Nr. 21: Kammerherre Kriegers udvalg vedr. Slesvigs genforening med Danmark 1918–20, forhandlingsprotokol, Referat 31.12.1918.

[8] Zit. nach Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (Anm. 4), 117.

wird", beschwört. Der König betonte in einem anderen Zusammenhang, dass er „einen berechtigten Erbanspruch" habe.[9] Hier hat sich der König möglicherweise von der Verbindung leiten lassen, die vor 1864 bestand. Zumindest stellte er sich eine Wiedervereinigung mit Gesamtschleswig vor, wohingegen Hanssen und Zahle lediglich eine „Heimkehr" des dänischsprachigen und dänisch gesinnten Nordschleswig nach Dänemark vorschwebte. Doch es gab auch andere, die wie der König ein Schleswig bis an die Eider oder das Danewerk wollten – wobei man indessen auch unter diesen Zeitgenossen nicht auf Überlegungen stößt, dem eingegliederten Gebiet einen Sonderstatus verleihen zu wollen. Im Gegenteil: Der prominente Anhänger einer Grenze entlang des Danewerks und Chefarzt Ionas Collin (1877–1938) wünschte sich in seiner Stellungnahme zur Friedenskonferenz, die alliierten Siegermächte möchten Dänemark „die volle und bedingungslose Eingliederung des Teils von Schleswig zusprechen, das dem Land zufalle".[10] Wie dies allerdings vor dem Hintergrund einer massiv deutschsprechenden und deutsch gesinnten Bevölkerung im südlichen Schleswig möglich sein solle, führte Collin nicht weiter aus. Ein anderer Anhänger einer Danewerk-Grenze, Hofbesitzer Cornelius Petersen (1882–1935) aus Wester Anflod bei Mögeltondern, war in seiner Einschätzung eher realistisch und schrieb in einer Druckschrift: „Wenn größere Teile an Dänemark gehen sollen, dann in Gänze, denn die Deutschgesinnten erhalten in dem Fall selbstverständlich vollständige Gleichberechtigung in Kirche, Schule und Gerichtssaal, Selbstverwaltung mit eigenen Beamten."[11] Ihm schwebte also eine kulturelle Autonomie vor – ausgedehnt auf die Lokaladministration, aber beschränkt auf die deutsch gesinnte Bevölkerung. Der spätere Anführer der nordschleswigschen „Selbstverwaltungsbewegung" stellte sich keinen generellen Sonderstatus für die zukünftigen dänischen Gebiete Schleswigs vor. Zu solchen Erwägungen kam es erst gegen Mitte der 1920er-Jahre.[12] Es kann gefolgert werden, dass positionsübergreifend im internen dänischen Grenzstreit ein breiter Konsens dahingehend vorherrschte, dass das eingegliederte Gebiet voll und ganz in den dänischen Staat zu integrieren sei.

Dieser Konsens fußte auf einer nationalen Ideologie, genauer gesagt: dem Gedanken des sogenannten einheitlichen Nationalstaates, von dem viele

9 Zit. nach Knud J. V. Jespersen: Rytterkongen. Et portræt af Christian 10. Kopenhagen 2007, 287.

10 Ionas Collins Memorandum zur Friedenskonferenz am 20. Februar 1919, Druck: Franz von Jessen: Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals Historie II. Kopenhagen 1938, 94.

11 Cornelius Petersen: Die Schleswigsche Frage vom Standpunkt eines Bauern. Flensburg 1919, 14.

12 Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (Anm. 4), 210f.

dänische Politiker beseelt waren. Bereits 1838 proklamierte der führende nationalliberale Politiker Orla Lehmann (1810–1870): „Es gibt in Dänemark keine Provinzen, sondern nur ein Dänemark, bewohnt von Dänen! Dänen desselben Stammes, mit derselben Geschichte, ein einziges unteilbares Volk gemeinsamen Charakters und gemeinsamer Sitten, Sprache und Literatur, mit gemeinsamen Erinnerungen und Hoffnungen …"[13] Das entsprechende Ideal jedoch war damals – mit den dem dänischen Königreich angegliederten deutschen Herzogtümern Holstein und Lauenburg sowie dem national gemischten Herzogtum Schleswig – ein Ding der Unmöglichkeit, umsetzbar allenfalls für das eigentliche Königreich Dänemark. Nach der Kriegsniederlage 1864 und der daraus folgenden Abtretung der Herzogtümer erwies sich völlig entgegen aller prophezeiten Untergangsszenarien, dass das nunmehr national homogene Dänemark durchaus Kräfte zu mobilisieren vermochte – im Sinne einer reichen wirtschaftlichen, sozialen, demokratischen und kulturellen Entwicklung. Und entsprechend dieser Erfahrung handelte die dänische Politik 1918–1919. Am einheitlichen Nationalstaat sollte durch eine vollständige Einverleibung Nordschleswigs festgehalten werden. Zahles Politik war es, Dänen nördlich und südlich der Königsau „zu einem national einheitlichen Volk, einem wahren Nationalstaat verschmelzen zu lassen".[14]

Andersherum betrachtet, waren die Erfahrungen mit einem eigenständigen Schleswig eher schlecht, zumindest aus Kopenhagener Sicht – war es doch ein Einfallstor für politischen und kulturellen Einfluss aus Holstein und durch besagtes Herzogtum auch Einmischung in Belange der dänischen Monarchie durch den Deutschen Bund und deutsche Meinungsbildung gewesen. Besonders spürbar war dies in der Zeit zwischen den schleswigschen Kriegen 1850–1864 gewesen – und entsprechend auch 1918–1919 gedanklich noch sehr präsent. Jedenfalls beim Anführer der liberalen Partei Venstre, dem Historiker Niels Neergaard (1854–1936), der in seinem dreibändigen Werk *Under Junigrundloven* (Während des Junigrundgesetzes), erschienen 1892–1916, den deutsch-dänischen Konflikt während dieser Zeit thematisierte. Hinzu kam, dass Dänemark unmittelbar vor 1920 die jüngsten Schritte hin zu einem einheitlichen Nationalstaat vollzogen hatte: 1917 waren die Dänisch Westindischen Inseln an die USA veräußert worden, und 1918 war Island ein eigen-

[13] Zit. nach Steen Bo Frandsen: Men gives der da Provindser i Danmark? In: Historie ny række 19:1, 1991, 129f.

[14] Zit. nach Morten Andersen: Den følte grænse. Slesvigs deling og genopbygning 1918–1933 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 99). Apenrade 2008, 107.

ständiger Staat geworden, der lediglich durch eine sogenannte Personalunion noch mit Dänemark verbunden war – und das auch nur bis 1944. Die tropischen Kolonien waren damit endgültig abgewickelt und die nordatlantischen Besitztümer nunmehr auf die Färöer und Grönland mit ihrer jeweils geringen Bevölkerungszahl reduziert worden.

In Nordschleswig war Hanssen seit den 1880er-Jahren bestrebt gewesen, die Menschen mit „dänischem Gegenwartsdasein" und damit der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Modernisierung vertraut zu machen, die das Mutterland seit der Trennung vom Herzogtum Schleswig vorangetrieben hatte. Er wollte dänisches Identitätsbewusstsein stärken und gezielt einen Rückfall in eine schleswigsche regionale Identität verhindern, die seines Erachtens das Vorstadium zu einer „Eindeutschung" wäre. In erster Linie schuf er die Voraussetzung dafür, dass die dänischen Nordschleswiger die Eingliederung in das dänische Reich als eine vom Volk getragene und gewollte Wiedervereinigung wahrnehmen konnten.[15]

Führende dänische Nordschleswiger teilten dieses Ideal einer vollständigen Integration der Heimat mit Dänemark. So war es auch in mehreren Ausschüssen des Wählervereins. Am markantesten kam dies in einer Stellungnahme des Kirchenausschusses vom April 1919 zum Ausdruck:

> „Hinsichtlich der Regelung der Verhältnisse für die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark ist der kirchliche Ausschuss von dem grundlegenden Standpunkt getragen gewesen, dass die Grenze an der Köngisau nunmehr behutsam, aber gründlich beseitigt werden muss. Diese natürliche Grenze hat über Jahrhunderte einen nicht wiedergutzumachenden Schaden angerichtet; nun muss sie fortgeschafft werden, damit wir nach und nach mit dem übrigen dänischen Volk vereint werden können. Wir möchten nicht mehr das Gebilde eines Staates im Staate sein."[16]

Mit dem letzten Satz sprach der Ausschuss seinen Verzicht darauf aus, eine besondere abgegrenzte Bevölkerungsgruppe zu sein, wie es die dänischen Nordschleswiger durch die deutsche behördliche Ausgrenzung nationaler Minderheiten und ihre eigenen durchgreifenden Organisationsmaßnahmen

[15] Hans Schultz Hansen: De danske sønderjyders førstemand: H. P. Hanssen 1862–1914 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 113). Apenrade 2018, 108, 111f.

[16] Zit. nach Peter Fransen et al.: Harmonisering eller særordning. Sønderjylland som administrativ forsøgsmark efter Genforeningen i 1920 Aabenraa – Band 1 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 85). 2002, 17.

geworden waren. Entsprechend äußerte sich auch der Rechtsausschuss dahingehend, dass eine „volle nationale Wiedervereinigung mit Dänemark" der Wunsch der dänischen Schleswiger sei.[17]

Nördlich der Königsau kam die Frage im Zuge der Lesung des Eingliederungsgesetzes im Rigsdag im Juni und Juli 1920 erneut auf die Tagesordnung. Bei seiner Vorstellung der Gesetzesvorlage im Folketing des Reichstages unterstrich der neue Ministerpräsident Niels Neergaard:

> „Es gehört ja zu den auffälligen Wesensmerkmalen, deutlich erkennbar, gleich nachdem der Wiedervereinigungsgedanke nach dem Sieg der Alliierten zutage trat, dass es der Wunsch der Nordschleswiger war, dass es keine Sonderstellung für die Gebiete in Nordschleswig geben sollte, die gegebenenfalls in Dänemark eingegliedert würden, sondern dass man sie vielmehr als einen Teil des Königreichs betrachten wollen würde, deren Verhältnisse, Verwaltung und Gesetzgebung in größtmöglichem Umfang denen des übrigen Königreichs gleich sein sollten. Eine Zeit des Übergangs ist, wie es während der Verhandlungen über die besonderen Gesetze auch so oft angesprochen worden ist, eine Notwendigkeit, gewiss – aber das Ziel muss gleichwohl sein, dass die Eingliederung eine völlige und bedingungslose ist."[18]

Keiner der politischen Sprecher äußerte diesbezügliche Zweifel, weder in erster noch in zweiter und dritter Lesung. Die Gesetzesvorlage wurde in namentlicher Abstimmung einstimmig verabschiedet – gefolgt von einem dreifachen Hoch auf „das alte Dänemark".[19] Im Landsting hob Premier Neergaard zudem hervor, „dass die dänischen Nordschleswiger laut und deutlich geäußert hatten, dass sie nicht länger in irgendeiner Form etwas haben wollten, das mit dem alten schleswigschen Separatismus verbunden wäre".[20] Abgesehen von dieser Distanzierung von einer besonderen schleswigschen Identität fügte die Verhandlung im Landsting der Angelegenheit nichts Neues hinzu.[21] Die Lesung im Nordschleswig-Ausschuss der Reichstagsparteien war ebenfalls durch ein politisch übergreifendes Einvernehmen gekennzeichnet.[22]

17 Ebd. 17f.

18 Rigsdagstidende. Forhandlinger paa Folketinget 1919–20, 6397.

19 Ebd., 6460–6476.

20 Rigsdagstidende. Forhandlinger paa Landstinget 1919–20, 2254.

21 Ebd. 2251–2263.

22 Forhandlinger i Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg 1919–20, 1571–1581, 1595–1602.

Die Äußerungen der dänischen Politik und Verwaltung nördlich und südlich der Königsau sind ein Indiz dafür, dass Alternativen zu einer vollständigen Eingliederung Nordschleswigs in das dänische Reich nie ernsthaft in Betracht gezogen wurden. Man entschied sich bewusst für die völlige Integration und ebenso bewusst gegen einen Sonderstatus für Nordschleswig.

Mittel zur Förderung der Integration und Vermeidung eines Sonderstatus für Nordschleswig

Politik und Verwaltung machten sich schon frühzeitig Gedanken, wie man am besten eine Integration fördern und einem Sonderstatus für Nordschleswig entgegenwirken könne. Martin Hammerich erhielt in seiner Eigenschaft als Sekretär des Krieger-Ausschusses am 16. Dezember 1918 den Auftrag, eine Stellungnahme zum Thema Übergang von deutscher auf dänische Verwaltung zu verfassen. Sie war bereits am 27. Dezember fertig. Nach Ansicht Hammerichs wäre die Einführung der dänischen Sprache in Schule, Kirche, Rechtssystem und Verwaltung von zentraler Bedeutung – wenn auch mit angemessener Rücksichtnahme auf deutschsprachige Bürger. Darüber hinaus sei gleich im Zuge der Eingliederung eine Markierung der neuen Grenze und der dänischen Souveränität über das Gebiet wichtig. Die Zollgrenze sei durchzusetzen, dänische Währung, Maße und Gewichte seien einzuführen. Die Post müsse dänische Briefmarken mit dem Porträt des Königs herausgeben, anstelle der blauen deutschen Briefkästen seien die roten dänischen anzubringen. Telegrafen- und Bahnwesen seien ebenfalls auf dänischen Betrieb umzustellen. Es galt somit, die bürgernahen öffentlichen Dienste mit ihrer Präsenz in Form von Uniformen, Farben und Symbolen schnell „auf Linie" zu bringen. Im Bereich der staatlichen Verwaltung seien unverzüglich Amtmänner (entsprechen ungefähr deutschen Landräten) und Polizeipräsidenten sowie staatliche Polizeibeamte als Vertreter der Exekutive zu ernennen. Andere eilbedürftige Aufgaben waren das Abhalten von Wahlen zu Kommunal- und Kreisräten sowie kirchlichen Gemeinderäten und die Umsetzung der dänischen Kommunalgesetze.[23]

Als beflissene und verlässliche Beamte orientierten sich Hammerich und Krieger an der jüngsten vorherigen Maßnahme: Dänemarks Eingliederung der

[23] RAK, Privatarchiv Nr. 5531, Martin Hammerich, Nr. 21 (Anm. 7), Sitzungsprotokoll 16.12.1918 und Anlage A zum Protokoll.

Insel Ærø, der acht Gemeinden südlich von Kolding und der schleswigschen Gebiete um Ripen im Jahr 1866. Krieger zitierte um die Jahreswende damalige Ausführungen des Staatssekretärs E. Vedel (1824–1909):

> „Unter außerordentlichen Umständen ist die Bevölkerung auf außerordentliche Maßnahmen vorbereitet. Man weiß und erwartet, dass es zu wesentlichen Veränderungen kommen muss, und man ist darauf eingestellt, sich damit abzufinden. Die Durchsetzung von Reformen aller Art, auch der weitreichendsten, erfolgt daher unter solchen Umständen leicht und schnell. Die Bevölkerung tritt gleichsam sofort in die neuen Gegebenheiten über und lernt nach und nach, sich darin zurechtzufinden. Mit der Zeit ergibt sich dementsprechend als Wirkung eine ständig zunehmende Festigung der neuen Ordnung."[24]

Hammerich äußerte in einer neuerlichen Stellungnahme vom 1. Februar 1919 mit dem Titel „Überlegungen zur Einführung dänischer Verwaltung und dänischen Rechts in Schleswig": „Es ist erforderlich, dass der Staat mittels seiner Organe das Land in Besitz nimmt, und es spricht alles dafür, dass dies so unverzüglich und vollständig wie möglich geschehe. Die dänischen Schleswiger sehnen sich danach, und man muss die Gunst der Stunde nutzen, in der die Bevölkerung, einschließlich der Deutschen, auf große Veränderungen eingestellt ist."[25] Für beide Verwaltungsbeamte war die schnelle Umsetzung ein Schlüssel zum Erfolg.

Ein weiterer Weg zum Ziel war die räumliche Einteilung der Verwaltung. Durch bewusstes Organisieren von Aufgaben und Ämtern über die Königsau hinweg konnte die Grenze von 1864 „verwässert" werden. Hanssen regte bereits im Januar 1919 an, dass das Bistum Ripen seine ehemaligen Gebiete südlich der Grenze zurückerhalten solle, während dem künftigen Bistum Hadersleben auch Gemeinden nördlich ebendieser Grenze angehören sollten.[26] So geschah es, aber dabei blieb es auch. Die Ein- und Aufteilung der weltlichen Verwaltung berücksichtigte generell weiterhin die Königsaugrenze – weshalb dem Wunsch von Personen aus den Gemeinden Spandet, Roagger, Hvidding, Reisby und Bröns nicht entsprochen wurde, die gern zum Kreis und Gerichtsbezirk Ripen gehört hätten. Das hätte zum einen den Übergang von deutscher

[24] Ebd., Sitzungsprotokoll 31.12.1918.

[25] Ebd., vereinzelte Notizen.

[26] Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (Anm. 4), 117.

auf dänische Verwaltung komplizierter gestaltet und zum anderen den Kreis Tondern einige ausgesprochen dänisch gesinnte Gemeinden gekostet, die ein Gegengewicht zu Gemeinden mit vielen Deutschgesinnten weiter südlich bilden konnten. Dem Wunsch der Bewohner nach Zuweisung zum Polizeibezirk Ripen konnte indessen entsprochen werden.[27] Erst mit der Kommunalreform 2006/07 gehörte hinsichtlich der verwaltungstechnischen Aufteilung die Königsaugrenze endgültig der Vergangenheit an.

Die verwaltungsbezogene Aufteilung bestimmte auch maßgeblich die Anzahl der leitenden Verwaltungsbeamten. In seinem „Vorschlag zur Einteilung Nordschleswigs in kommunaler Hinsicht" vom 22. Januar 1919 brachte Hammerich vier Kreise ins Spiel: Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und Tondern – entsprechend den vor 1920 existierenden vier preußischen Kreisen. Allerdings sollte der Amtsbezirk Hvidding aus dem Kreis Hadersleben ausgesondert und in den Kreis Tondern eingegliedert werden, um das Dänischtum im Tonderaner Gebiet zu stärken. Hammerich war der Ansicht, eine Verringerung der Anzahl der Kreise werde in der Bevölkerung auf Widerstand stoßen, was aus nationalen Gründen zu vermeiden sei. Zudem sei es wichtig, dass in allen vier größeren Städten ein prominenter dänischer Verwaltungsbeamter als Vertreter dänischer Kultur wohnhaft sei: „Soweit ihm seine Amtsgeschäfte zeitlich auch gesellschaftlichen Umgang erlauben, könnte er dadurch möglicherweise auch der nationalen Sache dienen, zumal in denjenigen Ortschaften, wo das höhere Bürgertum tendenziell eher der deutschen Gesinnung zugetan ist."[28] Eine Stärkung des dänischen Elements führe gleichsam zu einer Schwächung des deutschen – und damit jener Kräfte, die sich der Integration am stärksten widersetzten.

Ein dritter Weg war die Politik in Sachen Grenzpassierbarkeit und Infrastruktur. Vorrangig sah die dänische Strategie hier vor, dass die neue deutsch-dänische Grenze „spürbar" sein sollte, sprich: das Queren von Personen und Gütern kontrolliert und zudem begrenzt werden müsse, um die Trennlinie zu Deutschland möglichst deutlich zu markieren. Buchstäblich auf der anderen Seite nach Norden hin sollten Beziehungen und Begegnungen zwischen Nordschleswig und dem restlichen Dänemark hingegen mittels guter Straßen- und Schienenanbindungen in Nord-Süd-Richtung gefördert

---

[27] Hans Schultz Hansen: Træk fra den administrative genforening. In: Sønderjyske Årbøger 1995, 317f, 323f.

[28] RAK, Privatarchiv Nr. 5531, Martin Hammerich, Nr. 21 (Anm. 7), dem Verhandlungsprotokoll beigefügte Stellungnahme.

werden.[29] Diesen lange Zeit weitgehend unbeachteten wirtschaftlichen Aspekt der Eingliederung thematisiert der Beitrag Morten Andersens in diesem Buch.

Eine vierte Methode zur Zielerreichung lag in einer bewussten Namenspolitik. Wie erwähnt, führte das Eingliederungsgesetz die Bezeichnung *de sønderjydske Landsdele* ein. Ministerpräsident Neergaard begründete dies folgendermaßen:

> „Die Eingliederung bedeutet ja, dass diese Landgebiete nunmehr ein integrierender Teil des dänischen Königreichs werden, sodass jegliche zukünftige dänische Gesetzgebung dort Wirksamkeit erlangt. Dies ist es, was man mit der Bezeichnung ‚de sønderjydske Landsdele' auszudrücken beabsichtigte – eine Bezeichnung, die sich in sämtlichen Gesetzesvorlagen wiederfindet, die das hohe Ting heute erörtern wird. Auf diese Weise sollen diese Landesteile als ein Teil des Königreichs gekennzeichnet werden und nicht als eigenständige Provinz."[30]

Es hätte durchaus seinen Sinn gehabt, die dänische Bezeichnung *Nordslesvig* zu benutzen, den die dänischen Nordschleswiger nach der Kriegsniederlage 1864 in ihren Sprachgebrauch aufgenommen hatten und auch in den Bezeichnungen ihrer großen nationalen Vereinigungen und Wirtschaftsverbände führten. Aber es erinnerte nun mal an das Zugehörigkeitsverhältnis zum alten Herzogtum Schleswig. Der Name *Sønderjylland* erschien hingegen weniger naheliegend, da er nach damaligem Sprachgebrauch auch Südschleswig umfasste. Gleichwohl setzte sich diese Bezeichnung in den folgenden Jahrzehnten in der Bevölkerung als der Name des wiedererlangten Landesteils durch. Er hatte bereits in preußischer Zeit Beliebtheit erlangt, besonders nachdem er 1895 verboten worden war, drückte er doch ein Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem nördlich gelegenen *Nørrejylland* und Dänemark aus. Insofern verdrängte er auch alsbald das Namenskonstrukt *de sønderjydske landsdele*. Am längsten hielt sich diese Bezeichnung noch im Archivwesen, wo das Landsarkivet for de Sønderjyske Landsdele erst 1993 zur Bezeichnung Landsarkivet for Sønderjylland überging.[31]

---

29 Andersen: Den følte grænse (Anm. 14), 142, 231–235.

30 Rigsdagstidende. Forhandlinger paa Folketinget 1919/20, 2254.

31 Lars N. Henningsen und Hans Schultz Hansen: „Sønderjylland" und „Slesvig". In: Sønderjyske Årbøger 1997, 15–23.

Die Mittel und Wege zur Erlangung einer völligen Integration Nordschleswigs und Vermeidung eines Sonderstatus waren überaus vielfältig – und in ihrer Durchschlagskraft höchst unterschiedlich. Am wirkungsvollsten erwiesen sich schnelle und möglichst sichtbare Eingliederungsmaßnahmen und ein engmaschiges Besetzen von Posten mit dänischen Beamten. Auch gelang eine wirtschaftspolitische „Wende" Nordschleswigs weg vom Süden und hin zum Norden. Die gezielte Namensgebungspolitik hingegen hatte keinen besonderen Erfolg, und die verwaltungstechnische Ein- und Aufteilung blieb ein eher wenig genutztes Stil- beziehungsweise Wirkmittel.

Der Wunsch nach vollständiger Eingliederung trifft auf Sachlagen und Wirklichkeit

Verschiedene zu berücksichtigende Faktoren bedeuteten, dass sich trotz der Zielsetzung einer vollständigen Integration gewisse besondere Verhältnisse in Nordschleswig hielten oder entwickelten – seien es Übergangsregelungen von kürzerer oder längerer Dauer oder Sonderregelungen gegenüber dem Rest des Landes. Verschiedene Sachlagen begründeten oftmals die Notwendigkeit von Kompromissen.

Zum einen konnten sich Gegebenheiten als so komplex erweisen, dass es durchaus dauern konnte, bis alles auseinanderdividiert und abschließend geklärt war. Ein Beispiel waren Ausmaß und Reichweite dänischer Gesetze und dänischen Rechts, bezogen auf Nordschleswig. Aus Gründen der Rechtssicherheit entschloss man sich zunächst zum Fortbestehenlassen geltenden Rechts, soweit dies nicht durch neue dänische Gesetze geändert wurde – die dann allerdings auch in großer Zahl eingeführt wurden. Ende Juni und Anfang Juli wurde ein umfassendes Gesetzespaket verabschiedet, und im Laufe der 1920er-Jahre kamen weitere neue Gesetze hinzu. Aber erst 1929 war quasi der Wendepunkt erreicht, ab welchem dänische Gesetzgebung wirksam war, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt war.[32] Zur Ermöglichung der Handhabung dieses Übergangs durch die Gerichtsbarkeit wurde 1920 eine allein für Nordschleswig geltende Berufungsinstanz eingeführt: der Søndre

[32] O. A. Borum: Oversigt over den i de sønderjydske Landsdele endnu gældende Særlovgivning. Kopenhagen 1931.

Landsret mit Sitz in Sonderburg, der 1928 wieder abgeschafft wurde.[33] Die komplizierten rechtlichen Verhältnisse wirkten sich auch auf die Amtsadministration (Kreisverwaltung) aus. Der Amtmann war der oberste Vertreter der Staatsmacht, die Amtsadministration der verlängerte Arm der Zentraladministration in der Region. Zudem waren die Amtsräte (Kreistage) ein wichtiger Faktor für den demokratischen Aufbau des Landes. In Nordschleswig wurde daher unverzüglich eine dänische Amtsadministration eingeführt. Den vier neu ernannten Amtmännern wurde jeweils ein sogenannter Amtsassessor des Königreichs beigestellt – zwei Amtmännern, die gebürtige Nordschleswiger waren, ein Amtsassessor aus dem Königreich, zwei reichsdänischen Amtmännern hingegen jeweils ein Assessor aus Nordschleswig. Somit wurden Kenntnisse sowohl dänischen als auch deutschen Rechts sowie dänischer und deutscher gesellschaftlicher Verhältnisse in der Kreisleitung verankert. Darüber hinaus leisteten die Amtsassessoren besonders in rechtlichen Belangen Hilfestellung für die beiden nordschleswigschen Amtmänner, die nicht die Anforderung erfüllten, dass ein Amtmann im Besitz eines juristischen Prädikatsexamens sein musste. Die Assessoren waren die Voraussetzung dafür, dass bezüglich dieser Anforderung hier eine Ausnahme gemacht werden konnte. Innenminister Ove Rode (1867–1933) wollte diese Regelung zudem als Hebel zur Beseitigung des Juristen vorbehaltenen „Amtmannmonopols" nutzen, konnte sich mit diesem Vorhaben aber nicht durchsetzen. Die Amtsassessoren blieben eine nordschleswigsche Sonderregelung – die auch nur bis 1927 Bestand hatte, als diese Posten abgeschafft und den Assessoren andere Stellen in der Staatsverwaltung oder an den Gerichten zugewiesen wurden.[34] Im rechtlich-administrativen Bereich waren es somit praktische Sachzwänge, die eine Strategie mit Übergangsregelungen und -einrichtungen diktierten, die indessen noch Ende der 1920er-Jahre wieder abgeschafft werden konnten.

Zum anderen gab es in der öffentlichen Verwaltung Bereiche, in denen preußische Regelungen ihren damaligen dänischen Gegenstücken einfach überlegen waren. In der Regel waren das eher technisch geprägte Aufgaben, bei denen die politisch-ideologischen Zugeständnisse im Falle eines Beibehaltens überschaubar blieben. Für die „uniformierten" Verwaltungszweige galt dies indessen eher weniger: Zölle und Steuern, die Staatsbahn DSB, Telefonie,

---

33 Hans Schultz Hansen: Sønderjyllands administrative genforening. In: Fransen: Harmonisering eller særordning (Anm. 16), 30–31.

34 Hans Schultz Hansen: Amter, amtmænd og amtsassessorer 1920–1932. In: Fransen: Harmonisering eller særordning (Anm. 16), 55–85.

Telegrafie, Postdienste. Hier war eine völlige Harmonisierung mit dem Rest des Landes schon aus praktischen Gründen notwendig. Hinzu kam eine nationalpolitische Dimension. Der gemeinsame nationale Markt und die dazugehörigen flächendeckenden Kommunikationsnetze waren Bestandteile des zu schaffenden Nationalstaates im 19 Jahrhundert. Nach der Volksabstimmung und neuerlichen Grenzverlagerung wurde ebendiesen Verwaltungszweigen mit ihren Uniformen, Abzeichen, Dienstwaffen und Farben eine besondere Symbolkraft als Merkmalen der Zugehörigkeit zum dänischen Staat beigemessen. Insofern hielten sich Sonderregelungen in diesen Bereichen in engen Grenzen. Dass das Fernmeldewesen in Nordschleswig in staatlichem Besitz verblieb und nicht, wie sonst im restlichen Land üblich, konzessionierten Gesellschaften überlassen wurde, war durchaus geeignet, die Vorstellung von behördlichen Verwaltungen als Fahnenträger des Dänischseins zu untermauern.

In mehreren „zivilen" technischen Bereichen wurden dagegen Sonderregelungen getroffen, die sich teilweise als langlebig erweisen sollten. Hier bestand die Strategie in einer Aufrechterhaltung der preußischen Einrichtungen als nordschleswigsche Sonderregelungen, bis die entsprechenden dänischen Pendants auf ein gleichwertiges Niveau ertüchtigt waren. Inhaltlich ging es dabei typischerweise um die Eintragung von Personen oder Grundbesitz. Hier waren die preußischen Verfahren eher auf der Höhe der Zeit als die dänischen. Im Bereich des Auflassungsrechts stand das mitteleuropäische Grundbuchsystem ohnehin kurz davor, in ganz Dänemark eingeführt zu werden. In Nordschleswig wurde daher die preußische Grundbuchführung bis 1926 beibehalten, wonach ein neues Auflassungsgesetz die diesbezüglichen Prinzipien für das ganze Land übernahm. Sehr viel länger dauerte die Abwicklung des Katasterwesens. Die preußische Katastrierung der 1870er-Jahre war dem dänischen grundertragsbasierten „Hartkorn"-Katastermodell überlegen, und gleiches galt für die Techniken der Kartierung und Vermessung. Daher wurden die preußischen Katasterstellen als staatliche Amtslandinspektorverwaltungen bis 1999 fortgeführt, als die Digitaltechnologie in Verbindung mit einer politisch gewollten Privatisierung zur Einstellung ihres Betriebs und Übertragung der Aufgaben an private Landinspektoren führte. Zur Betreuung des Katasterwesens und Wahrnehmung anderer Aufgaben, etwa der Aufsicht über die deutsch-dänische Grenze oder der Entwässerung der Tonderner Marsch, wurde eine besondere nordschleswigsche Stelle der Karten- und Katasterverwaltung in Apenrade eingerichtet, die aber bereits 2004 geschlossen und deren Aufgabenbereich zentral nach Kopenhagen verlegt wurde.

In Deutschland war die außerkirchliche, also zivile Erfassung von Geburten, Eheschließungen und Todesfällen in den 1870er-Jahren eingeführt worden – eine Regelung, die nach 1920 in Nordschleswig beibehalten wurde und bis heute weiterhin Bestand hat. Lediglich hinsichtlich der Schließung und Erfassung von Ehen haben diese einer gesamtdänischen Gesetzgebung Platz machen müssen. Obschon den meisten Menschen bewusst ist, dass eine zivile Personenerfassung dem heutigen säkularisierten Gesellschaftsmodell mit vielen neu hinzugekommenen Glaubensrichtungen besser entsprechen würde, ist es nie dazu gekommen, diese auf den Rest des Landes auszudehnen – vermutlich, weil es starken institutionellen Sonderinteressen zuwiderlaufen würde. Insofern sind es weiterhin nur Bewohner Nordschleswigs, die neben einer etwaigen kirchlichen Taufurkunde auch eine zivile Geburtsurkunde erhalten.[35]

Viertens sollten nordschleswigsche Sonderregelungen sich auf einigen Gebieten als modellgebend für spätere Verwaltungsreformen im übrigen Dänemark erweisen. Nordschleswig konnte hier als administratives „Versuchslabor" dienen, wo Regelungen eingeführt werden konnten, die vielleicht schon kürzer oder länger im politisch-administrativen Diskurs des Königreichs zwar angedacht, aber noch nicht umgesetzt worden waren – womöglich auch, weil sie Sonderinteressen oder ideologischen Weltanschauungen entgegenstanden. Da ging es typischerweise um Gegenpositionen zwischen der Staatsmacht auf der einen und Kirche, Kommune oder freien Berufen auf der anderen Seite. Bei den Letztgenannten gab es insofern Widerstände hinsichtlich der bereits erwähnten staatlichen Amtslandinspektoren, als viele in der liberalen Partei Venstre dafür waren, dies privatwirtschaftlich durch Freiberufler organisieren zu lassen wie im Rest des Landes auch.[36] Hier führte indessen die Notwendigkeit einer Fortführung des preußischen Katasterwesens zu einer Lösung in staatlicher Regie.

Anders lagen die Dinge in Sachen Polizei, denn das preußische Polizeiwesen war doch sehr viel anders organisiert als das dänische. Die Polizeigewalt war in den größeren Städten zwischen Landrat und kommunaler Polizei aufgeteilt, auf dem Land zwischen Landrat und den sogenannten Amtsvorstehern, denen Gendarmen beigestellt waren. Beim Übergang auf dänische Verwaltung entfielen Amtsvorsteher und Gendarmerie, während die Landräte durch die Amtmänner

[35] Schultz Hansen: Sønderjyllands administrative genforening (Anm. 33), 35–42. S. a. Leif Hansen Nielsen: Tinglysningsvæsnet. In: Fransen: Harmonisering eller særordning (Anm. 16), 259–278 und Hans H. Worsøe: Civilstandsregistrering, Ebd. 279–333.

[36] Schultz Hansen: Sønderjyllands administrative genforening (Anm. 33), 36.

ersetzt wurden. In Dänemark war die Polizeigewalt 1919 nach langem Hin und Her endlich von der Gerichtsbarkeit getrennt, das ehemalige Amt des Hardesvogts auf neu geschaffene Stellen zwischen Amtsrichtern und Polizeipräsidenten verteilt worden. Der Polizeipräsident (dän.: Polizeimeister) war Beamter im Staatsdienst, die örtlichen Polizeibediensteten ansonsten jedoch kommunal angestellt und entlohnt. Neben dieser Polizei, die ordnungsrechtliche Aufgaben wahrnahm, gab es seit 1911 die Staatspolizei, die als Kriminalpolizei im gesamten Land zur Aufklärung schwieriger Fälle und auch im Falle größerer Unruhen tätig werden konnte. Obgleich eine Einführung dieser neuen Regelungen in Nordschleswig nahegelegen hätte, entschloss man sich, der Einrichtung einer staatlichen Einheitspolizei vorzugreifen. Ordnungs- und Kriminalpolizei wurden im Zuge der Wiedervereinigung unverzüglich dem Staat unterstellt. In den Jahren 1920–1922 wurde zudem als Überbau zu den örtlichen Polizeipräsidenten ein nordschleswigscher Polizeiadjutant eingesetzt, der dem Leiter der Staatspolizei direkt unterstellt war. Das starke staatliche Engagement in Sachen nordschleswigsche Polizei sollte in erster Linie verhindern, dass mehrheitlich deutsch gesinnte Gemeindevertretungen, etwa in Hoyer oder Tondern, zu viel Macht über die Polizeibediensteten erlangten. Dementsprechend wurden als Polizeiadjutanten und Polizeipräsidenten ausschließlich Reichsdänen ernannt. Dies wiederum lag hauptsächlich in der Forderung der deutschen Minderheit nach einer Revision der 1920er-Grenze begründet, wie es Henrik Becker-Christensen in seinem Beitrag thematisiert, aber darüber hinaus legte die vielfache Unterstützung für politisch extreme Strömungen in den Krisenjahren Mitte der 1920er- und erneut in den 1930er-Jahren Zeugnis davon ab, dass die politische Integration Nordschleswigs eben nicht problemlos vonstattenging. Die Bewohner Nordschleswigs brauchten Zeit für die Neuorientierung – weg von der National- und hin zur Parteipolitik. Nur zögerlich wandten sie sich den Denkmustern im Spannungsfeld zwischen beruflicher und regionaler Verbundenheit und Parteipräferenz zu, die die übrigen dänischen Wähler prägte. Leif Hansen Nielsen geht in seinem Beitrag auf das Thema der politisch extremen Nordschleswiger ein.

Außer in der ersten Zeit gleich nach 1920 gab die deutsche Minderheit keinen Anlass zu besonders ausgeprägter Polizeipräsenz im Landesteil, aber 1933 wendete sich diesbezüglich das Blatt mit dem Propagandasturmlauf Schleswig-Holsteiner Nazis gegen die 1920er-Grenze und der rasch einsetzenden Nazifizierung der Minderheit. Der dänische Staat reagierte 1934 mit der Wiedereinführung des nordschleswigschen Polizeiadjutantenamtes, um eine verlässliche Polizeiführung unter den neuen Rahmenbedingungen zu gewähr-

leisten. Im übrigen Land wurde die Polizei mit dem 1938 in Kraft tretenden Einheitspolizeigesetz von 1937 vollends staatlich aufgestellt. Diese Einheitspolizei sollte nun auch im Rest des Landes dem Schutz der Demokratie unter dem Druck totalitärer Kräfte der radikalen politischen Flügel dienen.[37]

Was die Polizei für die Durchsetzung der nationalen Souveränität war, waren die Schulen für die Schaffung einer nationalen Identität. Parallel zu einer wesentlichen elterlichen Mitbestimmung auf örtlicher Ebene gab es auch ein erhebliches staatliches Eingreifen auf regionaler Ebene. Die Aufsicht über die nordschleswigsche Volksschule wurde 1920 mit der Schaffung der Kreisschulbeauftragten dem Staat übertragen. Hier galt es, insofern eine preußische Tradition fortzuführen, als die pröpstliche Schulaufsicht im Zeitraum von 1876 bis 1879 auf weltliche Kreisschulinspektoren übergegangen war. In Dänemark war diesbezüglich weiterhin die Kirche zuständig. Die Pröpste hatten als Geschäftsführer der Kreisschuldirektionen – bestehend aus Amtmann und Propst sowie einem dritten Mitglied – den größten Einfluss auf regionaler Ebene. Der Wunsch nach Beschränkung dieses geistlichen Einflusses hin zu einer pädagogisch ausgerichteten staatlichen Schulaufsicht hatte sich bereits im Diskurs der 1850er-Jahre abgezeichnet, ohne jedoch zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung umgesetzt worden zu sein. Nunmehr aber war es in Nordschleswig so weit. Die Kreisschulbeauftragten konnten zusammen mit dem Amtmann und einem dritten Mitglied die Aufsicht nicht nur über die kommunalen Grundschulen, sondern auch die Privatschulen führen – und erlangten großen Einfluss in Sachen Einstellung und Kündigung von Lehrkräften. Beides war nationalpolitisch von hoher Bedeutung. Auch im Bereich der Schulaufsicht kam Nordschleswig somit die Rolle eines verwaltungsmäßigen „Versuchslabors" zu – bis die Regelung 1933 und 1949 auf das restliche Dänemark ausgedehnt wurde.[38]

Fünftens waren auch politische Grundhaltungen und Weltanschauungen im Spiel. Konservative, Liberale, Sozialliberale und Sozialdemokraten hatten nicht immer gleiche Ansichten, wenn es darum ging, wer welche Aufgaben wahrnehmen solle: Staat, Kommunen, Kirche oder die Privatwirtschaft. Vertreter der liberalen Partei Venstre opponierten gegen die staatliche Polizei und

37 Peter Fransen: Statspolitiet. In: Fransen: Harmonisering eller særordning (Anm. 16), 87–258. Henning Koch: Demokrati slå til! Statslig nødret, ordenspoliti og frihedsrettigheder 1932–1945. Kopenhagen 1994, besonders 97–136.

38 Erik Nørr: Genforeningens bedste gave. Skoleordning og amtsskolekonsulenter i Sønderjylland og Danmark 1920–1963 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 90). Apenrade 2003.

die staatlichen Kreislandinspektoren.[39] Kirchenminister derselben Partei sprachen sich gegen die zivile Personenregistrierung im Rest des Landes aus.[40] Konservative waren gegen staatliche Kreisschulbeauftragte und wollten an der pröpstlichen Einflussmöglichkeit festhalten.[41] Konservative theologische Kräfte in Dänemark erhofften sich eine Fortführung der Tradition der schleswig-holsteinischen Landkirchen zum Erhalt kirchlicher Eigenständigkeit gegenüber dem Staat und entsprechend eine Übernahme und Vorbildfunktion im Sinne einer ähnlichen Regelung für den Rest des Landes.[42] Wie aus dem Beitrag Carl Christian Jessens später in diesem Buch erkennbar, gelang es nicht, die liberale und sozialdemokratische Front aufzubrechen, die der Regierung auf Schloss Christiansborg weiterhin einen starken Einfluss auf die Volkskirche sichern wollte. Insofern kamen nordschleswigsche Verhältnisse in diesem Fall nicht als „Versuchslabor" zum Zuge.

Dass der Staat in den Bereichen Polizei und Schulaufsicht am Ende als großer Gewinner dastand, hatte noch einen sechsten Grund, und zwar die Existenz einer deutschen Minderheit im Landesteil. Dieses Thema behandelt Henrik Becker-Christensen in einem späteren Kapitel, weshalb an dieser Stelle lediglich die Grundzüge aufgezeigt werden sollen. Die Minderheitsregelung folgte quasi einer privaten und einer öffentlichen Linie. Im privaten Bereich lehnte man sich an die vorhandene dänische Gesetzeslage in Sachen Privatschulen und kirchliche Freigemeinden an, wodurch die Minderheit gute Möglichkeiten hatte, hier ihre eigenen Einrichtungen aufzubauen. Aber es gab zudem auch einen öffentlichen Bereich mit kommunalen deutschen Schulen oder Schulabteilungen sowie deutschen Allgemeinkirchenpfarrern in den Städten, wobei die deutschsprachigen Pfarrer auf dem Land auch deutsche Gottesdienste abhalten und kirchliche Handlungen wahrnehmen konnten – und zwar gemeindeübergreifend. Dieses öffentliche Angebot sollte die Integration der Minderheit in die dänische Gesellschaft fördern. Zwar war die schulische Unterrichtssprache hier vorwiegend Deutsch, aber die Lerninhalte hatten eine dänische Kulturgrundlage. Diese Zweiteilung des nordschleswigschen Schulwesens schildert Erik Nørr in einem späteren Kapitel dieses Buches.

39 Schultz Hansen: Sønderjyllands administrative genforening (Anm. 33), 36. Fransen: Statspolitiet (Anm. 37), 87, 135.

40 Worsøe: Civilstandsregistrering (Anm. 35), 304f.

41 Nørr: Genforeningens bedste gave (Anm. 38), 39.

42 Per Ingesman: Da der gik kirkepolitik i Genforeningen. In: Sønderjyske Årbøger 1995, 239–260.

Ausblick auf Elsass-Lothringen

Wie für Nordschleswig wechselte auch für Elsass-Lothringen die staatliche Zugehörigkeit nach dem Ersten Weltkrieg.[43] Obwohl die Bevölkerung mehrheitlich einen deutschen Dialekt sprach, war das Gebiet französisch gesinnt, was es seit der deutschen Eroberung 1870/71 auch allgemein hatte erkennen lassen. Es wechselte 1871 von Alsace-Lorraine zum unmittelbar reichszugehörigen Elsass-Lothringen mit einem kaiserlichen Statthalter. 1911 wurde es den Ländern des Bundes gleichgestellt und erhielt eine eigene Verfassung, einen Landtag und eine Vertretung im Bundesrat.

Frankreichs Vorbereitungen zur Wiedervereinigung mit Elsass-Lothringen begannen frühzeitig mit der Conférence d'Alsace-Lorraine, auf der sich französische Politiker, zivile Vertreter und Militärfachleute mit Exil-Elsass-Lothringern berieten. Die Konferenz befürwortete eine völlige Eingliederung in den französischen Staat. Zwar rief der Landtag am 11. November 1918 die eigenständige Republik Elsass-Lothringen aus, die jedoch nicht lange Bestand hatte, da französische Truppen in der darauffolgenden Woche das Gebiet besetzten. Am 5. Dezember erklärte der Landtag das Gebiet für in Frankreich eingegliedert – ohne Volksabstimmung. Der Versailler Frieden legte mit rückwirkender Kraft fest, dass Elsass-Lothringen mit dem Stichtag 11. November 1918 unter französische Oberhoheit komme.

Hinsichtlich der Ambition nach vollständiger Eingliederung war hier eine völlige Parallelität zu Nordschleswig gegeben. Die Übergangsphase erwies sich indessen als länger. Nach einer kurzzeitigen Militärverwaltung während des Einmarsches wurde im November 1918 eine dem französischen Ministerpräsidenten direkt unterstellte Zivilverwaltung mit einem für Alsace-Lorraine gesondert zuständigen Unterstaatssekretär installiert. Die Verwaltung war in Paris verortet, drei Kommissare dienten als verlängerter Arm der Zentralregierung in der Region. Diese Platzierung in Paris entsprach der ausgeprägten französischen Tradition für Zentralismus – und dem Interimsministerium für nordschleswigsche Angelegenheiten mit seinem Standort in Kopenhagen. Im März 1919 wurde ein in Straßburg verorteter Generalkommissar für Alsace-Lorraine ernannt, der jedoch weiterhin dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt war. Das Generalkommissariat bestand ab April 1919

---

[43] Siehe hierzu A. J. West: Et omstridt Land. Elsass-Lothringen – Alsace-Lorraine. Kopenhagen 1938, besonders 82–205.

aus einem Sekretariat und zwölf Abteilungen (Sektionen) und war im eigentlichen Sinne eine Regierung. Der erste Generalkommissar, Alexandre Millerand (1859–1943), vertrat eine eher behutsame Gangart mit Respekt vor dem deutschen Dialekt der Einwohner und ihrer Verbundenheit mit der katholischen Kirche, die noch aus deutscher Zeit gesellschaftlich stärker verankert war als der weltliche französische Staat. Millerand setzte zudem im September 1920 einen 35-köpfigen beratenden Ausschuss (Conseil Consultatif) mit Mitgliedern des französischen Senats und der Deputiertenkammer, der regionalen Kreisräte sowie fünf von der Regierung gesondert benannten Mitgliedern ein. Insofern ging die Entwicklung eine Zeitlang durchaus in Richtung Autonomie.

Doch bald wendete sich das Blatt, und die Büros des Generalkommissars wanderten nach Paris, wo sie mit den Ministerien verschmolzen. 1924 wurde das erwähnte Beratungsgremium aufgelöst, 1925 das Generalkommissariat abgeschafft und durch ein für Alsace-Lorraine zuständiges Generaldirektorat mit Sitz in Paris abgelöst. Nur die Sektionen für Schule, Kirche, Sozialversicherung und Verwaltungsbeamte verblieben in der Region. Der lange Übergangszeitraum und der unentschlossene Kurs lassen die schnelle und wirksame Eingliederung Nordschleswigs im Vergleich dazu durchaus in einem anderen Licht erscheinen.

Im Ergebnis

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass der Leitgedanke für die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark die totale Integration des Landesteils war. Das war die vorrangige Entscheidung, die auf breiter Front mitgetragen wurde – und im Wunsch nach einem einheitlichen Gesamtstaat wie auch in geschichtlichen Erfahrungen begründet lag. Ein politischer oder verwaltungstechnischer Sonderstatus Nordschleswigs für einen kürzeren oder längeren Zeitraum wurde nie ernsthaft erwogen. Allerdings zeigten einige weniger weitreichende, aber gleichwohl zu berücksichtigende Verhältnisse Grenzen dafür auf, wie schnell und wie weitgehend die vollständige Integration möglich war. Praktische Probleme drückten Übergangsregelungen ihren Sachzwangstempel auf; das betraf rechtliche Grundlagen und damit auch das Wirken von Gerichtsbarkeit und Kreisverwaltung. Aber die Hindernisse konnten im Laufe der 1920er-Jahre ausgeräumt werden. Auf anderen Gebieten hingegen erforderten anderweitige praktische Gegebenheiten und der Wunsch nach nationaler

Einheit eine schnellstmögliche Integration. Für die uniformierten Dienste etwa war dies der Fall. Umgekehrt, wurden in mehreren eher technisch geprägten Bereichen preußische Regelungen übernommen, weil sie zeitgemäßer waren oder ohnehin in absehbarer Zeit im Rest des Landes eingeführt worden wären – bis die Privatisierungswelle der 1990er-Jahre das Ende der bis dahin staatlichen Telefongesellschaft oder der staatlich bediensteten Landinspektoren einläutete. Die zivile Personenerfassung hingegen wurde in Nordschleswig beibehalten. Die meisten Menschen erkennen, dass sie eigentlich das Modell der Zukunft ist, aber man trifft hier auf kirchliche Sonderinteressen, weshalb das System nicht auf den Rest des Landes ausgedehnt wird. In anderen Bereichen sorgte der Staat unverzüglich für einen für einen starke Zugriff auf den wiedererlangten Landesteil. Das betraf die Schulaufsicht und den Polizeidienst, deren Neuregelung sich später auch als wegweisend für den Rest des Landes erweisen sollte. Hier überwog der Wunsch nach Kontrolle einer der neuen Grenze ablehnend gegenüberstehenden deutschen Minderheit gegenüber ideologisch geprägten Wünschen nach weniger Staat. Dieser Aspekt war auch der Grund, weshalb der Minderheit offiziell die Einführung eigener kirchlicher und schulischer Angebote neben der Möglichkeit des allgemein gesicherten Rechts auf freie Kirchengemeinden und Privatschulen zugestanden wurde.

Det midlertidige Ministerium for sønderjyske Anliggender (1919–1920)

Jørgen Witte

I 1919 blev Hans Peter Hanssen (1862–1936) midlertidig minister for sønderjyske anliggender i regeringen Zahle. I artiklen skal undersøges hans funktion i forhold til ministeriet som organisation. Hans resultater i det forberedende lovarbejde til indlemmelsen af Nordslesvig i Danmark skal belyses. Der ses på resultaterne af hans påvirkning af Den internationale Kommission, CIS. Der undersøges ligeledes, hvorledes Det midlertidige Ministerium for sønderjyske Anliggender søgte at begrænse Verdenskrigens omfattende humanitære, ernæringsmæssige og økonomiske ulykker forud for folkeafstemningen. Endelig undersøges den politiske og administrative ophævelse af ministeriet.

Indledning

De dansksindede nordslesvigeres håb om en folkelig genforening med Danmark blev mulig efter afslutningen af Første Verdenskrig. Der kunne nu påregnes en folkeretlig indlemmelse af Nordslesvig i Danmark. Den skulle først forberedes. I begyndelsen lå initiativet hos rigsdagsmand H. P. Hanssen og Vælgerforeningen for Nordslesvig, men i 1919 overgik det til København med Krieger-udvalget og siden til Det midlertidige Ministerium for sønderjyske Anliggender i regeringen Zahle.

Den radikale regering Zahle havde efter valget i april 1918 et spinkelt flertal på to mandater. Den var ikke forberedt på en krigsslutning med Tyskland i opløsning og en eventuel afståelse af Nordslesvig. Regeringen ønskede ikke, at den nye situation skulle belaste landets neutralitet og foretrak derfor, at den dansksindede rigsdagsmand H. P. Hanssen i Berlin skulle forholde sig passivt.[1] Han rejste imidlertid den 23. oktober 1918 i Rigsdagen i Berlin kravet om en afståelse af Nordslesvig efter præsident Woodrow Wilsons nationalitetsprincipper og fik den tyske regerings accept. [2]

Initiativet lå den følgende måned i Nordslesvig, hos H. P. Hanssen og hans parlamentariske basis i Vælgerforeningen. Med tanke på den kommende afstemning efter sindelag søgte han at få neutraliseret de tyske landråders indflydelse ved at erstatte dem med danske. På Vælgerforeningens store møde i Aabenraa den 16. og 17. november 1918 fik han fastlagt afgrænsningen af det primært ønskede afstemningsområde, samt nedsat flere arbejdsudvalg, der skulle formulere sønderjydernes ønsker til Danmarks indlemmelse af landsdelen. Udvalgene blev sammensat med repræsentanter fra de kirkelige, skolemæssige og erhvervsmæssige områder.[3] Der var nedsat et styrende aktionsudvalg, hvor H. P. Hanssen naturligvis havde en central rolle, samt tre fagudvalg: et økonomisk og et kirkeligt udvalg samt et skoleudvalg, og senere oprettedes et såkaldt arbejderudvalg om forsikringsforhold. Deres fokus var på det klart danske Nordslesvig, men i 1919 kom der også udvalg til for Mellemslesvig samt et udvalg angående retsplejen.[4] Desuden var det en overgang tanken at oprette en overordnet koordinerende sønderjysk-rigsdansk kommission.[5]

---

1 Harald Jørgensen: Genforeningens statspolitiske baggrund. Tilblivelsen af Versaillestraktatens slesvigske bestemmelser (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 43). Aabenraa 1970, 18, 107.

2 Troels Fink: Da Sønderjylland blev delt 1918–1920. Institut for Grænseregionsforskning. Aabenraa 1978–1979, I, 17f; Jørgensen: Genforeningens statspolitiske baggrund (note 1), 44ff, 118ff.

3 Kim Furdal: Fra preussiske landkommuner til danske sognekommuner. Kommunestyret i Sønderjylland fra 1867 til 1920-erne (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 79). Aabenraa 1999, 68–70; RAÅ, Vælgerforeningen for Nordslesvig nr. 4/3 og 4/4, forhandlingsprotokoller for bestyrelses- og tilsynsrådsmødet 1908–1921.

4 Henrik Becker-Christensen: Dansk mindretalspolitik i Nordslesvig. Udformningen af den danske politik over for det tyske mindretal 1918–20. Institut for grænseregionsforskning. Aabenraa 1984, 193f.

5 Becker-Christensen: Dansk mindretalspolitik (note 4), 189f.

Krieger-udvalget

Ideen om en sådan grænseoverskridende kommission med adskillige og fremtrædende medlemmer var dog ganske urealistisk. Da Hanssen den 3. december 1918 kom til København som regeringens gæst, blev han hyldet overalt. Statsministeren sonderede, om Hanssen ville indtræde i regeringen som sønderjysk minister, men fik ikke noget svar. Måske fordi han stadig var tysk rigsdagsmand og hans opgave var at lede Vælgerforeningen. Derimod blev han enig med regeringen om at etablere et uofficielt udvalg, der skulle samarbejde med Vælgerforeningens udvalg om overgangen fra tyske til danske forhold. De danske myndigheder skulle stå til rådighed for udvalget.[6]

Statsminister Carl Theodor Zahle (1866–1946) ønskede som formand kongens kabinetssekretær Anthonius Krieger (1858–1940), der 1898–1910 havde været en myndig departementschef i Indenrigsministeriet, og som var sympatisk indstillet over for de radikale.[7] H. P. Hanssen pegede på herredsfuldmægtig i Stege Martin Hammerich (1883–1940) som udvalgets arbejdende sekretær. Andre medlemmer blev ikke udpeget. Hanssen kendte Hammerich fra det nationale arbejde og Zahle kendte ham fra sin borgmestertid i byen.[8] Udvalget kom ikke til at bestå af flere medlemmer, men Hanssen kom så tit og var så inddraget i arbejdet, at han kunne opfattes som et tredje medlem. Efter sin formand blev udvalget kaldt Krieger-udvalget, og det blev forgængeren og forudsætningen for det sønderjyske ministerium et halvt år senere.

Første møde den 16. december 1918 foregik på statsministerens kontor med Krieger, Hammerich og Hanssen som deltagere. Zahle mente først, at udvalgets væsentligste opgave måtte være at besvare spørgsmål fra Vælgerforenings udvalg. På spørgsmål fra Krieger udvidede han det til, at udvalget i videst muligt omfang skulle tage fat på alle praktiske spørgsmål i forbindelse med den kommende genforening og selv skabe rammerne for sit arbejde, da der ikke fandtes fortilfælde.[9]

---

6 Hans Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt: H.P. Hanssen 1914–1936 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 118). Aabenraa 2020, 74f; Rigsdagspartiernes politiske Forhandlingsudvalgs protokol 6.12.1918, trykt i Franz von Jessen: Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals Historie, II, Udgivet af Grænseforeningen. København 1938, II, 54f.

7 Tage Kaarsted: Påskekrisen 1920 (Skrifter udgivet af Jysk Selskab for Historie, 23). Aarhus 1968, 53.

8 Furdal: Fra preussiske landkommuner (note 3), 74.

9 Christian de Fine Licht: Krieger-udvalget. I: Sønderjysk Månedsskrift 1981, 229–231; Becker-Christensen: Dansk mindretalspolitik (note 4), 195; Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (note 6), 20.

Udvalgets sekretær fik lejede lokaler på et hotel nær Christiansborg. Alt foregik diskret, med de praktiske funktioner udført af hotellets portier, en telefon med hemmeligt nummer, lidt studenterhjælp og afskrivning hos private bureauer.[10] Det var vanskeligt at få kontakt til Vælgerforeningen og få de nødvendige administrative oplysninger fra Nordslesvig frem. Regeringen turde ikke lade Hammerich rejse dertil, og postvæsenet var censureret. Hanssen fungerede som kurer og medbragte udskrifter af udvalgenes overvejelser.[11]

Statsministeriet sendte den 23. december 1918 en fortrolig skrivelse til samtlige ministerier om at yde udvalget al den bistand, som det anmodede om, og om at gøre det ekstraordinært hurtigt.[12] På baggrund af Zahles udvidede kommissorium havde Krieger givet Hammerich besked på at udarbejde en samlet oversigt over problemer samt grundlæggende administrative behov ved indlemmelsen af Nordslesvig, så den lå færdig allerede den 27. december.

Det drejede sig om forholdet til den afgivende tyske stat: overtagelse af en del af den tyske stats gæld, tilgodehavender, statsejendomme, pensionsforpligtelser, dokumenter, rets- og forvaltningsakter, afsagte dommes retskraft, evt. garantier for det tyske mindretal.

Der var ifølge Hammerich seks centrale foranstaltninger, der straks skulle gennemføres, når Danmark overtog området: markering af den nye toldgrænse, dansk valuta, dansk mål og vægt, dansk post, overtagelse af telegrafvæsen og statsbaner. Det havde også en symbolværdi for befolkningen. Forholdene skulle ændres hurtigst muligt med dansk forvaltningssprog, danske amtmænd, dansk kommunalforvaltning. Dansk lovgivning og retspleje (civilret, strafferet, procesret og så videre) burde hurtigst muligt og i videst udstrækning indføres samlet, bortset fra enkelte undtagelser.[13]

Da det omfattende program blev forelagt Krieger, havde han nok enkelte tilføjelser, men han fastslog myndigt, at arbejdet skulle være så langt fremme, at lovforslagene kunne ligge klar til forelæggelse og vedtagelse inden Genforeningen, hvilket efterfølgende skete under det sønderjyske ministerium. Hele centraladministrationen skulle stille med den nødvendige ekspertise. Hammerich skulle konkret begynde at arbejde med det kommunale område. H. P. Hanssen havde kun få tilføjelser, men han præciserede, at nordslesvigerne selv

10 de Fine Licht: Krieger-udvalget (note 9), 229–231; RAK, Statsministeriet, Det Sønderjyske Udvalg, journal og journalsager 1918.

11 RAK, Statsministeriet, Det Sønderjyske Udvalg, sag 15/1 1919.

12 RAK, Statsministeriet, Det Sønderjyske Udvalg, sag nr. 1/1918 og 2/1918.

13 Furdal: Fra preussiske landkommuner (note 3), 77–81, 405.

ville tage initiativer til den ændrede lovgivning. Zahle havde ingen indvendinger, men betonede, at landsdelen ikke skulle vokse fast i en særstilling.[14]

Opgaverne for Krieger-udvalget blev således meget mere omfattende end de emner, der drøftedes i Vælgerforeningens udvalg, og som efterhånden udmøntedes i deres beretninger. Krieger-udvalget manglede imidlertid grundlæggende viden om de tyske administrative forhold i det Nordslesvig, der snart skulle indgå i danske strukturer. Den meget vidende H. P. Hanssen og fortrolige henvendelser til personer i landsdelen kunne give Hammerich detaljerede oplysninger om lærere, præster og så videre og endda om deres nationale indstilling. Der var behov for hurtig viden om mange forskellige emner som læge- og medicinalvæsen, skoleordninger, Haderslev bys krigslån og så videre.

I begyndelsen af februar 1919 fremførte Hammerich og H. P. Hanssen over for Zahle, at det var meget ønskeligt, at nye overordnede embedsmænd snart blev udpegede, og det skete i løbet af april 1919 for ledende embedsmænd som postmestre, provster og stationsforstandere. Fra den danske centraladministration søgte Ministeriet for offentlige Arbejder også via det midlertidige udvalg at få oplysninger om jernbanerne og Marineministeriet om lods- og fyrvæsen og udgifterne dertil, mens generaldirektøren for post, telegraf- og telefonvæsen var interesseret i omfanget af de kommende opgaver. Et af de største generelle problemer var overgangen fra tysk til dansk ret, som krævede en gennemarbejdning af alle væsentlige tyske og danske retsregler. Allerede i december 1918 havde Statsministeriets midlertidige udvalg derfor henvendt sig til en juridisk ekspert i tysk ret, dr.jur. Naphtali Cohn (1888–1937), der i løbet af foråret 1919 udarbejdede en afhandling om forskellene mellem den tyske og danske privatret, som efterfølgende skulle blive grundlag for udarbejdelse af lovforslag. Hammerich arbejdede selv på forslag om Nordslesvigs kommende inddeling i amter og retskredse.[15]

---

[14] RAK, privatarkiv nr. 5531, Martin Hammerich, nr. 21: Kammerherre Kriegers udvalg vedr. Slesvigs genforening med Danmark 1918–20, forhandlingsprotokol, referat 31.12.1918.

[15] Becker Christensen: Dansk mindretalspolitik (note 4), 195; RAK, Det Sønderjyske Udvalg, journalsager 18/1, 21/1, 22/2 og 31/1 1919; John Skonberg: Retstidende for de sønderjyske landsdele 1920–1922. I: Sønderjyske Årbøger 1980, 73–92.

Rigsdagspartiernes sønderjyske Udvalg

Mange aktiviteter i Krieger-udvalget, ministerier m.v. havde karakter af undersøgelser og forberedelser. Den 6. maj 1919 blev der holdt et stort fællesmøde i Indenrigsministeriet til belysning af alle de praktiske problemer omkring Genforeningen, hvor de fleste ministre og departementschefer, Krieger og Hammerich og H. P. Hanssen var til stede. Mødet blev afslutningen på det uofficielle arbejde i Krieger-udvalget. Ministerierne gjorde rede for deres forberedelser, og mødet viste, at alle fagministerier og departementer efterhånden var inddraget. Krieger påpegede usikkerheden om, hvornår Danmark var berettiget til at overtage administrationen.[16]

I begyndelsen af maj 1919 nærmede forhandlingerne om en fredsaftale mellem Ententen og Tyskland sig netop deres afslutning i Paris. Statsminister Zahle ønskede, at Rigsdagen kom i gang med at udarbejde de love, som skulle være parat til Genforeningen. Efter rigsdagsvalget den 22. april 1918 havde han aftalt med oppositionspartierne Venstre og Konservative at nedsætte et uofficielt, fortroligt udvalg, Rigsdagspartiernes politiske Forhandlingsudvalg, der snart blev en slags minirigsdag.

De mange love, der skulle være færdige til Genforeningen, ønskede han behandlet i et tilsvarende udvalg. Rigsdagspartiernes sønderjyske Udvalg blev nedsat den 29. april 1919 med fem betydende medlemmer fra hvert af de fire store partier og med en formandspost, der gik på omgang mellem partierne. Udvalget skulle være mellemled mellem Rigsdagens partigrupper og regeringen og skulle uden besluttende myndighed rådgive ved forberedelsen af lovgivningen vedrørende Genforeningen. Ministrene orienterede om sønderjyske forhold med efterfølgende spørgsmål og kommentarer fra rigsdagsmedlemmerne. Lovforslag vedrørende Sønderjylland blev fremlagt af fagministeren, drøftet i et underudvalg og godkendt.[17] Der blev nikket til ønsker om sønderjyske særbevillinger uden om den almindelige bevillingsprocedure. Oppositionen fik gennem udvalget fortrolig indsigt og indflydelse, mens regeringen fik fordelen af en hurtig og udramatisk behandling af dens forslag. I det fortrolige rum forholdt rigsdagsmedlemmerne sig generelt konstruktivt til ministerens forslag. Uagtet uenighed i spørgsmålet om Mellemslesvig formåede de ledende medlemmer generelt at holde en saglig tone på møderne.

---

[16] de Fine Licht: Krieger-udvalget (note 9), 229–231; Morten Andersen: Det nordslesvigske valutaspørgsmål 1918–1920 og kronemøntens indførelse. I: Sønderjyske Årbøger 2002, 91.

[17] Forhandlinger i Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg 1919–20. København 1920, 1.

Den sønderjyske minister H. P. Hanssen

Den administrative udøvende kompetence for Sønderjylland kunne måske ligesom Krieger-udvalget være blevet placeret i Statsministeriet, men dette havde nærmest karakter af et sekretariat for Zahle og fik først i april 1919 en aktiv departementschef. Et styrket Statsministerium ville måske have kunnet koordinere genforeningsarbejdet i de forskellige fagministerier. I situationen i maj 1919 valgte Zahle imidlertid i stedet at oprette et midlertidigt fagministerium for Sønderjylland med H. P. Hanssen som minister.[18]

Ud fra en saglig betragtning var H. P. Hanssen med sin indsigt i sønderjyske forhold og sit personkendskab den rigtige mand, og ud fra en politisk betragtning var han en „guldfugl" for Zahles parlamentarisk svage regering. Den 5. maj 1919, dagen før det store møde i Indenrigsministeriet, tilbød Zahle ham så et midlertidigt ministerium for sønderjyske forhold. Zahle overvejede også at oprette en to-mands regeringskommission for Slesvig med Hanssen som det ene medlem.

H. P. Hanssen var ikke afvisende, men han stillede betingelser for at indtræde i regeringen. Situationen havde ændret sig siden det første tilbud et halvt år tidligere. Sønderjyderne havde ingen politisk interesse i det nye Weimar Tyskland, der var under dannelse, og han selv var ikke længere tysk rigsdagsmand.[19] Der var mulighed for stor politisk indflydelse for Vælgerforeningen gennem en ministerpost, kontakt med de andre ministre og Rigsdagens politikere, men han så også farerne ved blive identificeret med den radikale regering.[20]

Forhandlingerne varede flere dage. Som et særlig vigtigt krav fremhævede Hanssen over for Zahle, at der blev skabt sikkerhed for, at der i overgangstiden kunne føres en støt og sikker, besindig, men fast politik for genforeningsarbejdet uden siksakbevægelser. Det var derfor nødvendigt, at der blev skabt en vis forståelse med de andre politiske partier i Rigsdagens politiske eller sønderjyske udvalg.[21] H. P. Hanssen ville gerne fortsætte sit hidtidige samarbejde med Hammerich og ønskede ham som leder af et nyt ministerium med nogle ansatte. Zahle accepterede gerne ønsket. Hammerich havde nogle

---

18 August Wiemann Eriksen: Træk af Statsministeriets historie. I: Statsministeriet i 75 år. Udgivet af Statsministeriets jubilæumsudvalg. København 1989, 32–37.

19 RAÅ, Vælgerforeningen for Nordslesvig, nr. 4/3, forhandlingsprotokol 30.12.1918

20 Becker Christensen, Dansk mindretalspolitik (note 4), 198 med citat fra Vælgerforeningens møde 4.7.1919.

21 Fink: Da Sønderjylland blev delt (note 2), II, 56f; Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (note 6), 92.

betænkeligheder, men han indvilgede. Spørgsmålet om det nye ministeriums kompetence i forhold til de eksisterende ministerier løstes sådan, at de andre fagministre skulle forelægge alle sager om Sønderjylland for Hanssen, der kom med sin indstilling, før de gik videre til politisk behandling.

Om H. P. Hanssens politiske stilling sagde Zahle, at han ville stå fuldstændig frit i forhold til regeringspartiet, og at der var præcedens for, at ministre uden portefølje ikke var medlem af dette. Hanssen fastholdt dog, at en forudsætning for at overtage posten var tilslutning hos partierne i Det sønderjyske Udvalg, hvilket ville sige forud for udnævnelsen.

Den 7. maj afviste Zahle, at dette var muligt, idet han henviste til § 13 i den nye Grundlov af 1915: at kongen udnævnte sine ministre og bestemte fordelingen af forretningerne, det vil sige fagministerier, mellem dem. Det tilkom altså ikke Rigsdagen at gribe ind. Zahle var jurist og mente, at bestemmelsen hindrede ham som statsminister i at gå til partierne med sin indstilling, inden han havde talt med kongen, og forinden måtte han have Hanssens samtykke.[22] Måske ønskede Zahle at gemme udnævnelsen som en politisk trumf, hvad der var taktisk uklogt, eller også kendte han kongens modvilje mod Hanssen.

Over for dette argument bøjede Hanssen sig. Zahle skulle i stedet over for ham skriftligt fremhæve hans politiske uafhængighed af ministeriet og de radikale. Det gjorde statsministeren så med ord om, at han havde forståelse for, at de sønderjyske rigsdagsmedlemmer i den første tid efter Genforeningen ville holde sig uden for partierne. Han ville derfor ikke se Hanssens indtræden i regeringen som en tilslutning til de radikale og deres politik, og han var fuldstændig frit stillet. Det lovede Zahle at sige udtrykkeligt i samme øjeblik, som han bad ham om at indtræde i regeringen. Den 9. maj svarede Hanssen statsministeren næsten med dennes ord, men tilføjede, at han selv havde den opfattelse, at sønderjyderne i den første tid burde holde sig uden for partierne. Det var derfor en nødvendig forudsætning for hans indtræden i regeringen, at det ikke kunne opfattes som en tilslutning til et enkelt partis politik. Sit svar kopierede han til senere dokumentation over for kritikere.[23]

Udnævnelsen blev holdt hemmelig i seks uger, indtil fredstraktaten var klar. Den 25. juni 1919, tre dage før fredstraktaten blev underskrevet i Paris,

---

22 Det ministerielle system. Af Rigsarkivets 2. afdeling. København 1975, 5; https://danmarkshistorien.dk/leksikon-og-kilder/vis/materiale/danmarks-riges-grundlov-af-5-juni-1915/#indhold3 (siden besøgt 29.3.2020).

23 Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (note 6), 94f.; Fink: Da Sønderjylland blev delt (note 2), II, 58.

fik Folketinget meddelelse om den ny minister. Christian X. (1870–1947) var under indflydelse af nationalistiske kræfter og han havde til dagen før søgt at blokere udnævnelsen, men Zahle fik ham presset til at underskrive den.[24] Ved offentliggørelsen i Folketinget blev oppositionen chokeret, særlig Venstre, over den svage radikale regerings styrkelse med den berømte H. P. Hanssen, som man havde troet var Venstremand. Oppositionen følte med rette, at Zahles fremgangsmåde ved udnævnelsen var et markant brud på det politiske samarbejde. Rigsdagspartiernes politiske Forhandlingsudvalg blev sprængt, men i forhold til H. P. Hanssen holdt Venstres harme sig i tømme.[25]

Ministeriets arbejdsform

Få dage efter udnævnelsen blev der til minister uden portefølje, H. P. Hanssen, ved lov oprettet et midlertidigt ministerium, hvis opgave var at varetage anliggender vedrørende indlemmelsen i kongeriget Danmark af dele af Sønderjylland. Fagministerierne skulle høre hans ministerium eller indhente dets betænkning angående alle spørgsmål, der hørte dertil. Et midlertidigt ministerium var en sjældenhed, og varigheden var ikke aftalt, men H. P. Hanssen forventede nok en længere varighed.[26]

I retlig henseende kan man ikke skelne mellem H. P. Hanssen som minister og hans ministerium. Alle afgørelser blev truffet af ham selv eller af en embedsmand på hans vegne og på hans ansvar. Han var personligt ansvarligt over for Rigsdagen, og kunne forlange at tage stilling til en hvilken som helst sag, om end mængden af sager betød, at det meste måtte overlades til medarbejderne at udføre. Mange sager var korrespondance med andre ministerier og organisationer eller uopfordrede ansøgninger om ansættelse stilet til H. P. Hanssen som minister. Andre sager bestod i lovforberedelse og støtte til ministerens politiske virke. Nogle sager koncentrerede han sig om eller tog de ind-

---

24 Fink: Da Sønderjylland blev delt (note 2), II, 60.

25 Venstres og Konservatives resolutioner 26.6.1919, trykt i Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals Historie (note 6), II, 235; Fink: Da Sønderjylland blev delt (note 2), II, 56f; Jørgensen: Genforeningens statspolitiske baggrund (note 1), 373f; Tage Kaarsted: Ove Rode som indenrigsminister. Institut for presseforskning og samtidshistorie. Århus 1985, 281ff; Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (note 6), 96f.

26 Aarbog for Rigsdagssamlingen 1918–19. Ved Fr. Kretz. København 1919, 27, 126f; Det ministerielle system (note 22), 5.

ledende skridt til, for eksempel forhold vedrørende Den Internationale Kommission, lovforslag, eller sager fra Rigsdagspartiernes sønderjyske Udvalg.[27]

Ministeriet fik lokaler i Niels Juels Gade nær Christiansborg. H. P. Hanssen havde sikret sig den 37-årige Martin Hammerich som leder, der fik titel af kontorchef. Han og den 34-årige fuldmægtig Oluf Skjerbæk (1885–1979) kunne træffe afgørelser på hans vegne. Derudover var der de unge sekretærer Alfred Louw (1882–1956) og Poul Thott-Hansen (1887–1975) samt to sønderjyske konsulenter, Jacob Miang og Andreas Thulstrup (1897–1955), der senere blev ledere af små regionale kontorer i henholdsvis Flensborg og Aabenraa. Kaptajn C.H. Jørgensen var ansat som leder af et kontor for krigsfangesager. Dertil kom et antal kvindelige kontorfunktionærer, i alt en snes medarbejdere.[28]

H. P. Hanssens første opgaver som minister

På sit første udvalgsmøde den 10. juli 1919 gav Hanssen en fyldig oversigt over ministeriets opgaver. To politiske hovedmål lå bag, dels at vise befolkningen i det endnu tyske Nordslesvig, at Danmark havde en fast vilje til at tage hånd om dens problemer, dels at forberede indlemmelsen i Danmark med en omfattende udskiftning af tyske love og institutioner med danske – og overordnet at sikre en dansk sejr ved folkeafstemningen.

Mange sønderjyder havde været med i Verdenskrigen eller var som tyske sømænd blevet internerede fjernt fra hjemmet. Hjemtagningen af dem var en af ministeriets første og umiddelbare opgaver. Der var allerede i juli 1919 kommet 1.000–1.200 mand fra de lettest tilgængelige steder, England og Frankrig. Soldater kunne have været otte år i preussiske garnisoner og krig, og deres familier led alvorlig økonomisk nød. Kontoret skulle også skaffe syge og sårede sønderjyder hjem fra hospitaler i Tyskland. For at hjemtage internerede fra fjerne egne som Japan, Australien, Sydafrika, Sydamerika m.m. samarbejdede H. P. Hanssen nært med skibsreder, etatsråd H.N. Andersen (1852–1937) og hans multinationale selskab Ø.K.[29]

---

[27] Det ministerielle system (note 22), 31f; Niels Petersen: Justitsministeriet. Organisation og arkiv. Administrationshistoriske Studier nr. 6. Rigsarkivet. København 1982, 43, med henvisning til Poul Meyer: Offentlig forvaltning. København 1970, 51; Erik Nørr: Hvad kaldte folk til Sønderjylland? Det Sønderjyske Ministeriums administration af læreransøgninger 1919–20. I: Sønderjyske Årbøger 1995, 205ff, 223.

[28] Hof- og Statskalender 1920, 359–400; Nørr: Hvad kaldte folk til Sønderjylland? (note 27), 229, 232f.

[29] Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (note 17), 5; Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (note 6), 129.

Grundlaget for ministerens arbejde var også fredstraktatens bestemmelser. I § 109 var det mod hensigten blevet formuleret, at stemmeberettigede var personer over 20 år, som var født i afstemningsområdet, eller havde boet der fast siden år 1900 eller var udvist af de tyske myndigheder. Det var for den første gruppes vedkommende gledet ud, at de stemmeberettigede også skulle være bosatte i folkeafstemningsområdet. Udvidelsen af kredsen af stemmeberettigede ville være en betydelig fordel for den tyske side i Flensborg og i den sydlige del af Nordslesvig.[30]

Den preussiske stat bevilgede 200.000 mark til frirejser for at få tyske vælgere frem. H. P. Hanssen fik hurtigt opbakning i sit udvalg til en bevilling på over 50.000 kr. uden om Grundlovens bevillingsregler. Der skulle flest muligt sønderjysk fødte danskere frem til stemmeurnerne. De skulle optages på valglisterne, have fri transport frem og tilbage, og der skulle ydes erstatning for tabt arbejde.[31] Med finansministeren drøftede H. P. Hanssen spørgsmålet om pensioner til krigsinvalider, enker og deres børn. Der skulle også bevilges tilskud til studerende og seminarister til afslutning af deres studier i Danmark.[32] Generelt var der fra partierne i Rigsdagens sønderjyske Udvalg opbakning til H. P. Hanssens bevillingsønsker.

Gennem sine kontakter var H. P. Hanssen orienteret om, hvad der foregik i Nordslesvig. På tysk side forudså nogle, at Nordslesvig ville blive afstået til Danmark, og de forsøgte at modvirke de økonomiske og politiske følger for tyskheden. Nogle søgte at realisere statsejendomme og den preussiske stat selv var direkte involveret i et salg af Sønderborg kaserne. I Versaillestraktaten var der taget stilling til deling af både statsgæld og aktiver ved overdragelsen af tyske territorier. Danmark skulle overtage en del af den tyske statsgæld, og H. P. Hanssen modvirkede disse salg som et forsøg på at besvige den danske statskasse. Ligeledes måtte han forsøge at standse forsøg på at skabe en fortsat tysk indflydelse i Nordslesvig ved på forhånd at forlænge forpagtningskontrakterne på de store statsejede domænegårde.[33]

---

30 Versaillestraktatens art. 112 trykt i Haandbog i det slesvigske Spørgsmaal (note 6), II, 242; Fink: Da Sønderjylland blev delt (note 2), I, 205.

31 Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (note 17), 17f, 64f

32 Sst., 64f.

33 Sst., 6ff.

Indflydelse gennem CIS

Tyskland havde fortsat forvaltningsmyndigheden i Nordslesvig og bestemte over de administrative forhold, indtil fredstraktaten var ratificeret.[34] Ifølge traktatens § 110 skulle en international kommission efter ratifikationen overtage myndigheden i afstemningsperioden, og minister Hanssen så som garvet politiker muligheden for ad denne vej at fremme de danske interesser.

Sidst i juni 1919 enedes Frankrig og England om at udpege deres gesandter i København til den kommission, der skulle overvåge folkeafstemningerne i Slesvig, betegnet med forkortelsen CIS. USA ønskede ikke at stille med et medlem. Formand blev englænderen sir Charles Marling (1862–1933), og de øvrige medlemmer var franskmanden Paul Claudel (1868–1955), telegrafdirektør Thomas Heftye (1860–1921) fra Norge og landshøvding Oscar von Sydow (1873–1936) fra Sverige. Som generalsekretær valgtes englænderen Charles Brudenell-Bruce (1885–1960). Kommissionen fik den 8. august 1919 foreløbige kontorer i København, men ratifikationen af traktaten trak ud i hele fem måneder til den 10. januar 1920, og så længe blev CIS i den danske hovedstad.

På sit første møde stod CIS endnu ret famlende over for opgaven, men efter en måneds arbejde lå hovedlinjerne i kommissionens program klart aftegnet. Det skete i denne tid især i nært samarbejde med minister Hanssen, der var ekspert i forholdene, og som endda gerne hjalp CIS med at få kontakt til tyske myndigheder gennem sin kontakt med den tyske landråd Emilio Böhme (1877–1921) i Tønder. Det gav ham gode muligheder for at præge dens beslutninger. [35] Indflydelsen omfattede således udarbejdelsen af et valgreglement for den snarligt forventede afstemning, som CIS accepterede som helt rimeligt. Desuden afleverede ministeriet både udkast til stemmesedler og konvolutter.[36] CIS accepterede også helt H. P. Hanssens argumentation for, at det preussiske landgendarmeri var militært og derfor ifølge traktaten skulle fjernes og måtte erstattes med et andet politikorps. I stedet indsatte CIS et andet gendarmeri, der nok formelt var neutralt, men mestendels bestod af dansksindede gendarmer og ledere. Det kommunale politi i byerne kunne derimod blive.[37]

---

[34] Fink: Da Sønderjylland blev delt (note 2), II, 163f.

[35] Fink: Da Sønderjylland blev delt (note 2), II, 165ff.

[36] Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (note 17), 29.8.1919; Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (note 6), 133.

[37] Jens Christian Forman: Den internationale kommissions neutraliseringsforanstaltninger ved folkeafstemningen i Sønderjylland 1920. Århus 1975, 26f, 33; Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (note 17), 20.8.1919.

Kommissionens program for neutralisering af området i afstemningsperioden blev efter den 10. januar 1920 sat i værk med udskiftning af de øverste embedsmænd og kontrolforanstaltninger mod de tilbageblevne.[38] Ministeren fortsatte sine forhandlinger med CIS i afstemningstiden. Nu gjaldt de den kommende danske besættelse og overtagelse af administrationen i 1. zone.[39]

Fødevare- og kulforsyningen i Nordslesvig

Under hele Verdenskrigen levede den nordslesvigske befolkning under en krigsøkonomi med streng statslig styring med afleveringspligt, maksimalpriser og rationeringer på fødevarer. Den militære reguleringsøkonomi omsluttede hele det tyske samfund ned til mindste detalje. Efter krigsafslutningen og under demobiliseringen i foråret 1919 blev Tyskland præget af uroligheder og strejker. I Nordslesvig var der desuden en forventning om et kommende dansk styre og økonomi, og den stærke danske krone begyndte at blive anvendt som uofficiel værdienhed. Ved handler trak det både priser og lønninger op, og det gav desuden anledning til en betydelig økonomisk spekulation, som også prægedes af en strøm af tyske firmaer sydfra. Kronelån og organiseret smughandel var stærkt medvirkende til at forvride forholdene mellem det officielle og reelle prisniveau. Den folkelige utilfredshed førte blandt andet til, at der i juli 1919 i Haderslev blev arrangeret storstrejke i protest mod ernæringssituationen.[40]

Ernærings- og forsyningssituationen i afstemningsområdet lå minister Hanssen meget på sinde, da den kunne påvirke den forestående afstemning negativt. Både Haderslev og Sønderborg kredse var i juli 1919 ved at løbe tør for brødkorn. Gennem det danske Ernæringsråd sørgede han da for, at der til efteråret fra Danmark på kredit blev sendt brødkorn til Haderslev og de andre kredse. Kreditten var nødvendig, fordi den tyske regering havde forbudt udførsel af tyske mark. Der var også problemer med den tyske kultilførsel til gas- og elværker samt mejerier. H. P. Hanssen arrangerede, at kuleksport fra Tyskland til Danmark i stedet blev sendt til Nordslesvig.

Ministeren søgte desuden i august 1919 at udarbejde en model for de fremtidige forsyningsforhold i CIS' administrationsperiode, der gik ud på at indføre basale, men dyre livsfornødenheder fra Danmark som kød, brød,

38 Forman: Den internationale kommission (note 37), 11f.

39 Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (note 17), 320, 325.

40 Morten Andersen: Folkeafstemning og fødevareforsyning. I: Sønderjyske årbøger 2004, 172–178.

smør, margarine og gryn, og sælge dem til gældende tyske rationeringer og maksimalpriser. I stedet for denne model fik Hanssen indgået en aftale med statskommissær Adolf Köster (1883–1931), som på den preussiske regerings vegne gik ind på at Nordslesvig kunne beholde sin produktion af brødkorn, men skulle aflevere en mindre del af sit kvæg til Tyskland, mod at dette leverede kul og sukker til området. Det var dog ikke uden problemer. H. P. Hanssens forslag om tilførsel af fødevarer fra Danmark skulle i praksis vise sig bedre egnet til at opfylde områdets forsyningsbehov. Til gengæld gav denne løsning problemer med den nationale neutralitet.[41]

Ministeriet nedsatte i september 1919 en fem-mandskommission til at arbejde med ernæringssituationen. Den bestod af de fire sønderjyder, som CIS havde udpeget som kommende amtmænd i Nordslesvig, samt medlem af Statens Brødkornsadministration, professor Holger Møllgaard (1885–1973). Han var med sin ekspertviden en værdifuld støtte for H. P. Hanssen. Møllgaard og Hanssen forelagde i november 1919 et forslag til en levnedsmiddelordning for Det sønderjyske Udvalg, blandt andet med fødevarer fra Danmark. Udvalget godkendte forslaget, og Møllgaard kunne nu forhandle en løsning på plads med repræsentanter fra den tyske side og aflevere forslaget til CIS.

I slutningen af august 1919 beslaglagde tyske myndigheder flere varelagre i Nordslesvig, som de antog var samlet med henblik på spekulation i danske priser. Hanssen opnåede via CIS og Köster, at beslaglæggelserne hos den hjemmehørende handelsstand blev standset og det allerede beslaglagte frigivet, mens beslaglæggelse af varelagre hos nytilkomne firmaer fortsatte.[42]

Ministeriet og valutaspørgsmålet

Størst økonomisk betydning havde valutaspørgsmålet særlig med indførelsen af kronemønten. De danske nordslesvigere havde store forhåbninger om en forbedring af deres sociale og økonomiske kår. Centralt stod spørgsmålet om veksling af Reichsmark til danske kroner. Før krigen kostede 100 tyske Reichsmark 89 kr., i november 1918 kun 51 kr., og i 1919 var kursen meget lavere. Flertallet i Vælgerforeningens økonomiske udvalg ønskede en ordning baseret på fredskursen eller pari fra 1914. Det ville betyde en enorm økonomisk be-

[41] Sst., 180ff.

[42] Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (note 17), 319f, 322–327; Morten Andersen: Folkeafstemning og fødevareforsyning (note 40), 183ff, 189ff.

lastning for den danske stat. Alternativet til pari var omveksling til den lave dagskurs. Regeringen og H. P. Hanssens ministerium valgte en social udgave det sidste, hvor staten via en udligningskasse på 25 mio. kr. skulle kompensere for de tab, som indehavere af små og mindre formuer led ved omvekslingen. Den beslutning var ikke populær blandt nordslesvigerne.

H. P. Hanssen sagde i september 1919 åbent til de utilfredse, at der ikke var flertal i den danske Rigsdag for en omregning til pari. I stedet for det urealistiske krav om pari skulle man koncentrere sig om at få forbedret erstatningen. Ministeriet nedsatte i december Sønderjysk Kroneudvalg med Martin Hammerich som medlem. Det foreslog regeringen en langt større dækning af tabene. Politikerne blev enige om, at statens udligningsbeløb skulle forhøjes fra 25 til 97 mio. kr., svarende til 350 kr. per indbygger. Desuden skulle der afsættes 10 mio. kr. til en lånekasse til erhvervsdrivende. Erstatningerne skulle udbetales, så personer med de mindste formuer fik den bedste dækning af tabet. Alligevel førte H. P. Hanssens holdning i valutaspørgsmålet til megen kritik, der til dels smeltede sammen med modstanden mod hans moderate grænsepolitik.[43]

Anden lovgivning

Rigsdagens partier ønskede ligesom de dansksindede sønderjyder en fuldstændig sammensmeltning af Danmark og Nordslesvig. Der ville ikke være problemer med hensyn til forfatningsretlige og offentligretlige love, men de betydelige forskelle mellem de tyske og danske privatretlige love ville få store konsekvenser for nordslesvigernes tilværelse, hvis de ændredes. Som tidligere nævnt havde Krieger-udvalget anmodet en ekspert i tysk ret, dr.jur. N. Cohn, om at udarbejde en oversigt over forskellene, som blev uddelt til medlemmerne af Rigsdagspartiernes sønderjyske Udvalg i sommeren 1919.[44]

I Det sønderjyske Udvalg redegjorde stats- og justitsminister Zahle for to principielt forskellige fremgangsmåder til at skabe et fuldstændigt retsfællesskab. Den ene var at indføre dansk ret med det samme og kun tage forbe-

43 Andersen: Det nordslesvigske valutaspørgsmål (note 16), 61–118; Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (note 17), 80f, 724.

44 Skonberg: Retstidende (note 15), 73–92; N. Cohn: Oversigt over de vigtigste forskelligheder mellem den i Sønderjylland gældende og den danske privatret. København 1919. Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (note 17).

hold på punkter, hvor dansk ret stod så meget tilbage for tysk ret, at det for nordslesvigerne ville føles som et utåleligt tilbageskridt at indføre de danske regler. Den anden måde var at lade tysk ret bestå, men efterhånden område for område erstatte den med dansk. Zahle ønskede en hurtig overgang, så dansk ret som hovedregel blev indført straks, og at tysk ret kun blev bestående som en lovfastsat undtagelse. Han blev imødegået af kammerherre Krieger, der fremhævede, at stater historisk set havde fulgt den modsatte vej. De privatretlige regler havde på så mange måder indflydelse på befolkningens dagligliv, at en brat overgang fra det ene retssystem til det andet ville fremkalde forvirring og usikkerhed og blive følt som et overgreb. Hans synspunkt vandt, støttet af Vælgerforeningens retsudvalg og sikkert også minister H. P. Hanssen. Det gik igen i lov nr. 288 af 28. juni 1920 om lovgivning og forvaltning i de sønderjyske landsdele.[45]

Kompetenceaftalen mellem Zahle og H. P. Hanssen gik ud på, at alle spørgsmål om Sønderjylland skulle forelægges hans ministerium, og derfra gå tilbage til de pågældende fagministerier med en indstilling. Det betød ikke vetoret til det sønderjyske ministerium, men at man søgte at tage hensyn til Hanssens ofte omfattende kommentarer, der byggede på Vælgerforeningens eller hans egen lokalviden.[46]

Den ansvarlige fagminister fremlagde sit lovforslag i Rigsdagspartiernes sønderjyske Udvalg, eventuelt med supplerende bemærkninger fra H. P. Hanssen. Undtagelsen var Justitsministeriets forslag om ordning af domstolene og politiet, som Hanssen forelagde i ministerens fravær. Ministeren kunne manøvrere i det danske politiske farvand. Sammen med justitsminister Zahle opnåede han at få et statsligt politikorps og sammen med indenrigsminister Ove Rode (1867–1933) en struktur med fire små amter, trods Venstres modstand mod mere stat og krav om sparsommelighed.[47]

Lovforslagene blev realitetsbehandlet i underudvalg som regel med otte medlemmer, to fra hvert af de fire partier. Da ministrene tilhørte den radikale regering, kom underudvalgsformændene fra oppositionen, navnlig stærke Venstrepolitikere som Niels Neergaard (1854–1936), J.C. Christensen (1856–

[45] Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (note 17), 37f; Lov nr. 288 af 28.6.1920 om nogle bestemmelser vedrørende lovgivningen og forvaltningen i de sønderjyske landsdele.

[46] O. A. Borum: Oversigt over den i de sønderjydske Landsdele endnu gældende Særlovgivning. København 1931, 9; Lov nr. 288 af 28.6.1920 om nogle bestemmelser vedrørende lovgivningen og forvaltningen i de sønderjyske landsdele; Skonberg: Retstidende (note 15), 72f.

[47] Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (note 6), 137.

1930) eller Klaus Berntsen (1844–1927). For kirkeunderudvalget var således J.C. Christensen formand.

Selv om den endelige besluttende myndighed lå i Rigsdagen, var udvalgets behandling af lovforslagene i underudvalg afgørende. Blot i månederne april-oktober 1919 blev der for udvalget fremlagt 13 lovforslag, der spændte fra sølovgivning, indenlandske statslån, dansk mønt og en udligningskasse over kommunal administration, ordenspoliti og toldforhold til afhjælpning af præstemangel.[48] Da ministeriet ophørte i marts 1920, havde det behandlet 42 lovforslag. Der skulle arbejdes hurtigt, for så snart Danmark havde overtaget suveræniteten, skulle de mange love træde i kraft.

Agitation forud for afstemningerne

I oktober 1919 oprettede H. P. Hanssen et midlertidigt kontor i tilknytning til ministeriet, der skulle udbrede oplysninger om danske samfundsforhold og imødegå den tyske agitation. Det blev betegnet „Oplysningskontoret" og ledet af overretssagfører O.P. Schlichtkrull (1864–1940). Ministeren orienterede i oktober 1919 Det sønderjyske Udvalg om, at den tyske side arbejdede med meget store midler til brochurer, plakater og agitation af enhver slags. Der var mangel på papir og sværte i Nordslesvig samt på penge til at imødegå den tyske agitation. Schlichtkrull anslog, at det ville koste omkring 50.000 kr., som udvalget straks bevilgede. Beløbet blev dog væsentligt overskredet, hvilket skyldtes de mange tryksager til 2. zone. Kontoret udgav flyveskrifter og i december 1919 en samling oplysende artikler kaldet *Haandbog for danske Tillidsmænd* med emner som arbejdsløshed, arbejdsløn, priser på livsfornødenheder, valuta, handelsbalance, skatteforhold og socialforsorg.[49]

Ministeriets nedlæggelse

Oprettelsen af det sønderjyske ministerium skete kort efter Frederik V. Petersens (1868–1950) ansættelse som departementschef i Statsministeriet, men

48 Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (note 17), 170–211.

49 Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (note 17), 251ff, 29.10.1919. O. P. Schlichtkrull: Beretning om Oplysningskontorets Virksomhed. I: Sønderjyske Årbøger 1923, 76–84; Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (note 17), 251–253.

uden at han blev inddraget i beslutningen. Han var meget ambitiøs og ønskede at øve indflydelse på de andre ministerier.[50] Da det sønderjyske ministeriums lovbehandling forekom uoverskuelig, fik han den 16. januar 1920 statsministeren til at sætte det under en uformel administration via et udvalg, der skulle samordne lovene og prioritere deres rækkefølge. Departementschefen blev selv formand, og de øvrige medlemmer blev Hammerich, juraprofessor Poul Johannes Jørgensen (1873–1947) og det sønderjyske ministeriums juridiske ekspert dr.jur. N. Cohn.[51]

Resultatet af afstemningen i 1. zone den 10. februar 1920 blev en klar sejr for de dansksindede sønderjyder, men afstemningen i 2. zone den 14. marts 1920 var et lige så tydeligt dansk nederlag. H. P. Hanssens modstandere i den interne danske grænsestrid, der var organiseret i Flensborg- og Dannevirkebevægelserne, arbejdede ikke desto mindre videre på at indlemme Flensborg i Danmark. Det forudsatte, at Zahles regering blev afskediget. Christian X. var underlagt disse kræfter, og den 29. marts 1920 afskedigede han pludseligt Zahles regering, hvilket udløste en stor parlamentarisk krise, Påskekrisen.[52]

Som minister tog H. P. Hanssen straks konsekvensen. Han underrettede sine ledende medarbejdere om afskedigelsen og afviste i pressen at ville fortsætte som minister i et forretningsministerium. Ministeriet fortsatte dog med at fungere uden ham frem til den 12. april 1920.

Kongen udnævnte højesteretssagfører Otto Liebe (1860–1929) som statsminister i en midlertidig regering. Denne meddelte kontorchef Hammerich, at det sønderjyske ministerium skulle lægges ind under Statsministeriet. Liebes regering ønskede at bruge H. P. Hanssen som rådgiver, men det måtte opgives på grund af politisk modstand. Hammerich skulle dog gerne fortsætte, og H. P. Hanssen rådede ham indtrængende dertil.[53]

Så tvang truslen om generalstrejke kongen til at udpege et nyt forretningsministerium med overformynder M.P. Friis (1857–1944) som statsminister. Han ønskede at samarbejde med H. P. Hanssen som kommissær, men modstand fra Venstre og Konservative gjorde det umuligt. H. P. Hanssen tilbød da at yde råd som privatperson, deltage i ministermøder og være over-

---

50 Wiemann Eriksen: Træk af Statsministeriets historie (note 18), 32–37.

51 Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (note 17), 442. Fagministerierne var ikke inddraget, som oplyst hos Furdal: Fra preussiske landkommuner (note 3), 106.

52 Kaarsted: Påskekrisen (note 7), 191ff.

53 Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (note 6), 141f.

tilsyn på et sønderjysk kontor i Statsministeriet, hvortil hans ministeriums opgaver og personale var flyttet.[54]

Lovgivningsarbejdet blev afsluttet forholdsvis hurtigt og kontoret nedlagt i december 1920, hvorefter kun Skjerbæk fortsatte i Statsministeriet. Hammerich kom til at lede et sønderjysk kontor i Udenrigsministeriet, og personalet blev ansat andetsteds i centraladministrationen. Departementschef Petersen fik i bekendtgørelse af 20. november 1920 om Statsministeriets forretningsområde slået fast, at dets ressort fortsat omfattede de sønderjyske landsdele, hvis det ikke ifølge sagernes beskaffenhed hørte under et andet ministerium. Det blev en murbrækker for hans ambitiøse bestræbelser, idet der året efter blev indført som princip i Statshåndbogen, at restgruppen af sager, der ikke kunne knyttes til andre fagministerier, skulle høre under Statsministeriet.[55]

Konklusion

Juridisk var Det midlertidige Ministerium for sønderjyske Anliggender at forstå som minister H. P. Hanssen. Det var skabt til ham, og det forsvandt også med hans afgang. Som minister skulle Hanssen kun have forelagt de sønderjyske love til kommentering, før de blev behandlet politisk. Han formåede imidlertid at påvirke udkastene fra de andre ministre i den retning, som Vælgerforeningen ønskede eller kunne acceptere. Som dreven politiker formåede han med held at gå imod stats- og justitsminister Zahles ønske om et hurtigt tempo for indførelse af lovene, men også i samspil med ham at få love igennem, som oppositionen ikke ønskede.

Da Nordslesvig ville blive midlertidigt administreret af en international kommission, CIS, etablerede Hanssen tidligt kontakter dertil. Derved fik han mulighed for at påvirke den vedrørende afstemningsregler, neutraliseringsforanstaltninger og områdets ernæringsforhold.

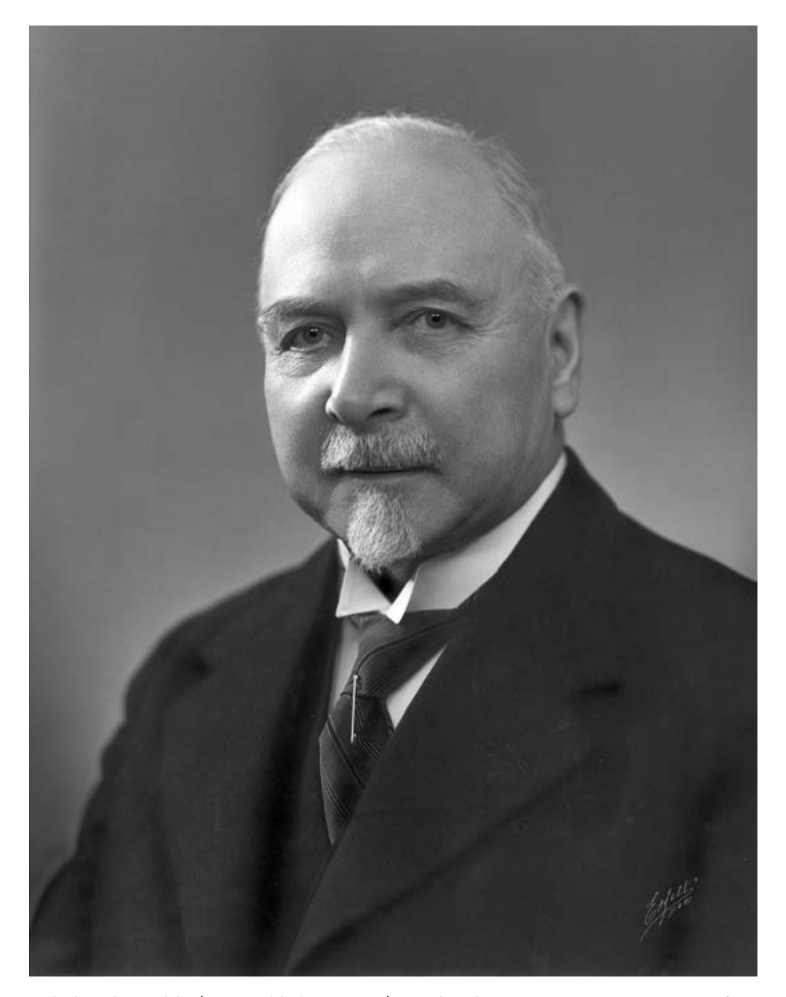
Ministerens klare mål var at vinde den kommende nationale afstemning, men det forudsatte også, at befolkningen fik hjælp imod de sociale og økonomiske ulykker, der fortsatte efter Verdenskrigen. Det er påvist, hvorledes det sønderjyske ministerium søgte veje til at begrænse problemer forud for folkeafstemningen. H. P. Hanssen gik imod Vælgerforeningens urealistiske

54 Sst.,142ff.

55 Nørr: Hvad kaldte folk til Sønderjylland? (note 28); Wiemann Eriksen: Træk af Statsministeriets historie (note 18), 32–37.

krav om omveksling til førkrigskurs, men sikrede i stedet et enormt beløb til hjælp for befolkningen.

De politiske modsætninger førte i påsken 1920 til regeringen Zahles fald og H. P. Hanssens afgang. Det påvises her, hvorledes en ny departementschef i Statsministeriet længe havde ønsket at overtage de sønderjyske sager. Det lykkedes ham nu, da den sønderjyske minister var væk.

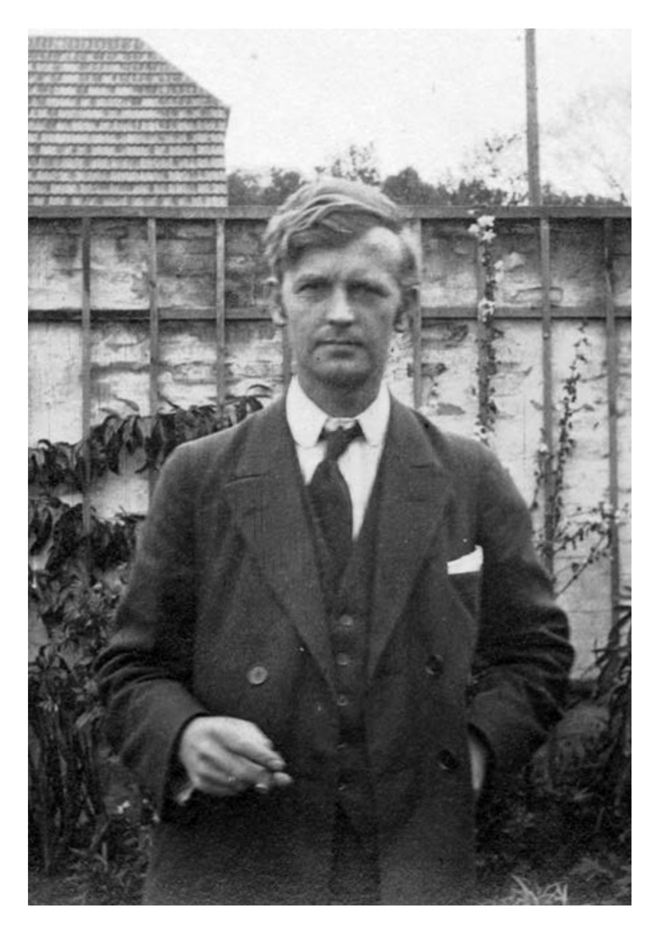


1: Carl Theodor Zahle (Det Radikale Venstre) var dansk statsminister 1908-09 og fra 1913 indtil han blev afskediget af kong Christian X i marts 1920. I hans regeringstid blev retningen sat for Sønderjyllands indlemmelse i Danmark (Det Kongelige Biblioteks billedsamling).

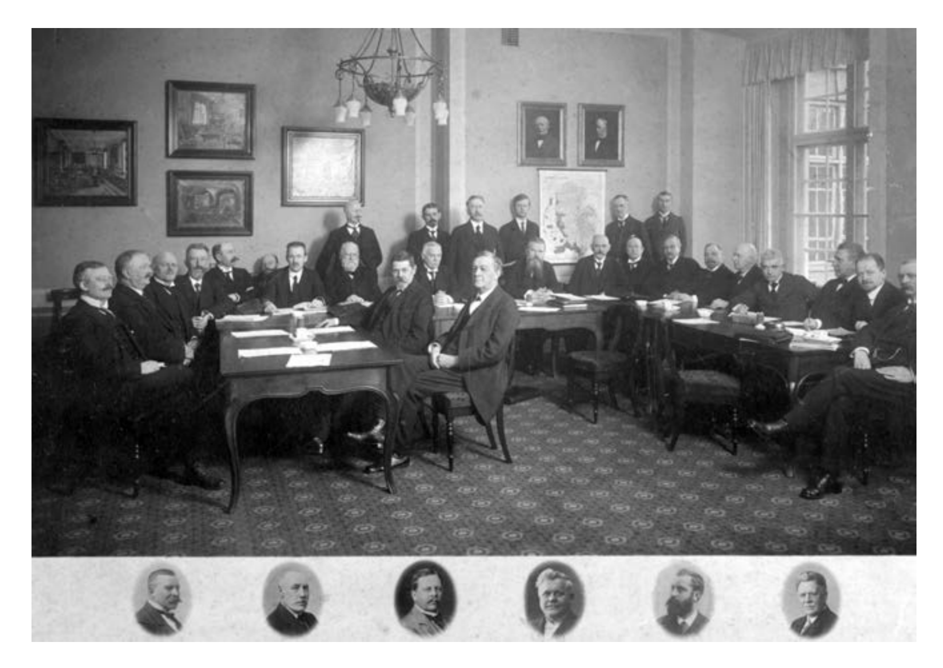
Carl Theodor Zahle (die linksliberale Partei) war dänischer Ministerpräsident 1908-09 und wiederum 1913 bis März 1920, wo König Christian X ihn plötzlich entließ. In seiner Amtszeit wurden die Weichen für die Eingliederung Nordschleswigs in Dänemark gestellt (Det Kongelige Biblioteks billedsamling).



2: Det såkaldte Kriegerudvalg fik allerede i december 1918 til opgave at forberede Sønderjyllands indlemmelse i Danmark. Det bestod kun af to embedsmænd, kongelig kabinetssekretær A. Krieger (til venstre) og den unge herredsfuldmægtig Martin Hammerich (til højre). Udvalget arbejdede tæt sammen med H. P. Hanssen (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



Der sogenannte Krieger-Ausschuss bekam schon im Dezember 1918 die Aufgabe die Eingliederung Nordschleswigs in Dänemark vorzubereiten. Die Mitglieder des Ausschusses waren zwei Beamte, der Kabinettssekretär des Königs, A. Krieger (links) und der junge Hardesbevollmächtigte Martin Hammerich (rechts). Sie arbeiteten aber mit H. P. Hanssen eng zusammen (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



3: De mange lovforslag, som skulle vedtages før Sønderjylland kunne indlemmes i Danmark, blev først behandlet i Rigsdagspartiernes sønderjyske Udvalg, hvor mange ledende danske politikere havde sæde (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Die vielen Gesetzesvorlagen, die angenommen werden sollten, damit Nordschleswig in Dänemark eingegliedert werden konnte, wurden zuerst in dem Ausschuss der Reichstagsparteien für Nordschleswig behandelt, wo viele maßgebende dänische Politiker einen Sitz hatten (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



4: H. P. Hanssen i sit kontor i København som midlertidig minister for Sønderjyske anliggender i den danske regering (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Der Minister Hans Peter Hanssen in seinem Büro in Kopenhagen. Er war als Minister ohne Geschäftsbereich mit der Wahrnehmung von Angelegenheiten bezüglich der Eingliederung von Nordschleswig in Dänemark beauftragt. (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



5: Som sønderjysk minister fører H. P. Hanssen den 12. februar 1920 en række ledende embedsmænd fra centraladministrationen over den hidtidige grænse ved Frederikshøj (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Der nordschleswigsche Minister H. P. Hanssen führte am 12. Februar 1920 leitende dänische Ministerialbeamte über die bisherige Grenze bei Frederikshøj (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Das provisorische Ministerium für nordschleswigsche Angelegenheiten (1919–1920)

Jørgen Witte

Im Jahr 1919 wurde Hans Peter Hanssen (1862–1936) vorübergehender Minister für nordschleswigsche Angelegenheiten in der dänischen Regierung Zahle. Der folgende Beitrag thematisiert seine Funktion in Relation zum Ministerium als Organisation. Die Ergebnisse seiner vorbereitenden Gesetzgebungsarbeit zur Eingliederung Nordschleswigs in das dänische Königreich und ebenso die seiner Beeinflussung der Internationalen Kommission, CIS, werden beleuchtet. Auch soll darauf eingegangen werden, wie das provisorische Ministerium für nordschleswigsche Angelegenheiten die weitreichenden negativen humanitären, auf die Ernährungslage bezogenen und wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges vor der Volksabstimmung 1920 abzumildern versuchte. Und schließlich wird noch die politische und verwaltungstechnische Auflösung des Ministeriums erläutert.

Einleitung

Die Hoffnung der dänisch gesinnten Nordschleswiger im Sinne einer volksgemeinschaftlichen Wiedervereinigung mit Dänemark geriet nach Ende des Ersten Weltkriegs in den Bereich des Möglichen. Mit einer völkerrechtlichen Eingliederung Nordschleswigs in Dänemark konnte jetzt gerechnet werden.

Die musste allerdings vorbereitet werden. Anfänglich lag die Initiative hier beim Mitglied des deutschen Reichstages Hanssen und dem Wählerverein für Nordschleswig; sie wurde indessen 1919 an Kopenhagen und hier zunächst den Krieger-Ausschuss, später dann an das provisorische Ministerium für nordschleswigsche Angelegenheiten der Regierung Zahle übertragen.

Die von der linksliberalen Partei, Det Radikale Venstre, getragene Regierung Zahle hatte nach der Wahl im April 1918 eine hauchdünne Mehrheit von zwei Mandaten. Auf einen Kriegsabschluss mit einem sich in Auflösung befindlichen Deutschland und gegebenenfalls eine Abtretung Nordschleswigs war sie nicht vorbereitet. Die Regierung wollte eine Belastung von Dänemarks Neutralität durch die neue Lage vermeiden, weshalb ihr daran gelegen war, dass das dänisch gesinnte Reichstagsmitglied Hanssen sich in Berlin passiv verhalte.[1] Gleichwohl erhob Hanssen am 23. Oktober 1918 im Berliner Reichstag die Forderung nach einer Abtretung Schleswigs gemäß den Nationalitäts- oder Staatenordnungsgrundsätzen des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson (Selbstbestimmungsrecht der Völker und anderes mehr) – und erhielt dafür die Zustimmung der deutschen Regierung.[2]

Die Initiative lag im folgenden Monat in Nordschleswig, bei Hanssen und seiner parlamentarischen Basis im Wählerverein. Mit Blick auf die kommende Abstimmung nach Gesinnungslage strebte er vergebens eine Neutralisierung des Einflusses der deutschen Landräte an, indem er sie durch dänische ersetzten wollte. Auf der großen Versammlung des Wählervereins in Apenrade am 16. und 17. November 1918 gelang ihm die Festlegung der Abgrenzung des primär gewünschten Abstimmungsgebietes und zudem die Bildung mehrerer Arbeitsausschüsse zur Formulierung der Wünsche der Nordschleswiger hinsichtlich der Eingliederung des Landesteils. Die Ausschüsse setzten sich aus Vertretern der kirchlichen, schulischen und wirtschaftlichen Bereiche zusammen.[3] Es war ein leitender Aktionsausschuss gebildet worden, in dem Hanssen klarerweise eine zentrale Rolle spielte, und dazu drei Fach-

1 Harald Jørgensen: Genforeningens statspolitiske baggrund. Tilblivelsen af Versaillestraktatens slesvigske bestemmelser (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 43). Apenrade 1970, 18, 107.

2 Troels Fink: Da Sønderjylland blev delt 1918–1920. Institut for Grænseregionsforskning. Apenrade 1978–1979, I, 17f; Jørgensen: Genforeningens statspolitiske baggrund (Anm. 1), 44ff, 118ff.

3 Kim Furdal: Fra preussiske landkommuner til danske sognekommuner. Kommunestyret i Sønderjylland fra 1867 til 1920-erne (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 79). Apenrade 1999, 68–70; RAÅ, Vælgerforeningen for Nordslesvig Nr. 4/3 und 4/4, forhandlingsprotokoller for bestyrelses- og tilsynsrådsmødet 1908–1921.

ausschüsse: ein Wirtschafts-, ein Kirchen- und ein Schulausschuss; später kam für Versicherungsfragen noch ein sogenannter Arbeiterausschuss hinzu. Ihr Arbeitsschwerpunkt war eindeutig ein dänisches Nordschleswig, aber 1919 kamen auch Ausschüsse für Mittelschleswig und ein Rechtspflegeausschuss hinzu.[4] Zeitweise gab es auch den Gedanken der Bildung einer allgemein koordinierenden nordschleswigsch-reichsdänischen Kommission.[5]

Der Krieger-Ausschuss

Die Idee einer solchen grenzüberschreitenden Kommission mit zahlreichen und namhaften Mitgliedern war indessen völlig unrealistisch. Als Hanssen am 3. Dezember 1918 als Gast der Regierung nach Kopenhagen kam, wurde er überall bejubelt. Der Ministerpräsident fühlte vor, ob Hanssen der Regierung als nordschleswigscher Minister beitreten wolle, bekam jedoch keine Antwort – vielleicht, weil Hanssen noch immer Mitglied des deutschen Reichstags und seine Aufgabe die Leitung des Wählervereins war. Allerdings einigte er sich mit der Regierung auf die Schaffung eines inoffiziellen Ausschusses, der in Sachen Übergang von deutschen auf dänische Verhältnisse mit dem Wählerverein zusammenarbeiten sollte. Die dänischen Behörden sollten diesbezüglich dem Ausschuss gegebenenfalls zuarbeiten.[6]

Ministerpräsident Carl Theodor Zahle (1866–1946) wünschte sich als Vorsitzenden den königlichen Kabinettssekretär Anthonius Krieger (1858–1940), der von 1898 bis 1910 ein durchsetzungsstarker Staatssekretär im Innenministerium gewesen war, und der linksliberalen Partei (dän.: Die Radikalen) nahestand.[7] Hanssen schlug den Hardesbevollmächtigten der Stadt Stege, Martin Hammerich (1883–1940), als Arbeitssekretär für den Ausschuss vor. Weitere Mitglieder wurden nicht ernannt. Hanssen kannte Hammerich aus der nationalen Arbeit, Zahle kannte ihn aus seiner Zeit als Bürgermeister der

[4] Henrik Becker-Christensen: Dansk mindretalspolitik i Nordslesvig. Udformningen af den danske politik over for det tyske mindretal 1918–20. Institut for grænseregionsforskning. Apenrade 1984, 193f.

[5] Becker-Christensen: Dansk mindretalspolitik (Anm. 4), 189f.

[6] Hans Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt: H.P. Hanssen 1914–1936 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 118). Apenrade 2020, 74f; Protokoll des politischen Verhandlungsausschusses der Rigsdagsparteien 6.12.1918, Abdruck bei Franz von Jessen: Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals Historie, II, Hrsg. von Grænseforeningen. Kopenhagen 1938, II, 54f.

[7] Tage Kaarsted: Påskekrisen 1920 (Skrifter udgivet af Jysk Selskab for Historie, 23). Aarhus 1968, 53.

Stadt.[8] Es wurden, wie erwähnt, dem Ausschuss keine weiteren Mitglieder hinzugefügt, aber Hanssen kam so häufig vorbei und war in einem Maße in die Arbeit eingebunden, dass er durchaus als drittes Mitglied angesehen werden konnte. Der Ausschuss wurde nach dem Namen seines Vorsitzenden Krieger-Ausschuss genannt und wurde zum Vorläufer und zur Voraussetzung für das nordschleswigsche Ministerium ein halbes Jahr später.

Die erste Sitzung fand am 16. Dezember 1918 im Büro des Ministerpräsidenten mit Krieger, Hammerich und Hanssen als Teilnehmern statt. Zahle sah es zunächst als wesentlichste Aufgabe des Ausschusses an, Fragen aus dem Ausschuss des Wählervereins zu beantworten. Auf Nachfrage von Krieger dehnte er den Bereich dahingehend aus, dass der Ausschuss sich im weitesten Sinne um alle praktischen Belange im Zusammenhang mit der kommenden Wiedervereinigung kümmern und diesbezüglich auch selbst die Rahmenbedingungen für seine Arbeit schaffen solle, da es für das Vorhaben keinen Präzedenzfall gab.[9]

Dem Ausschusssekretär wurden angemietete Räume in einem Hotel unweit des dänischen Parlaments- und Regierungssitzes Christiansborg zur Verfügung gestellt. Alles fand sehr im Stillen statt – mit einem für die praktischen Funktionen eingebundenen Hotelportier, einem Telefon mit Geheimnummer, hier und da studentischen Hilfskräften und Erledigung von Schreibarbeiten mittels entsprechender privater Dienstleister.[10] Der Kontakt zum Wählerverein gestaltete sich schwierig, die Beschaffung der nötigen administrativen Informationen aus Nordschleswig ebenso. Der Regierung erschien es zu riskant, Hammerich dorthin reisen zu lassen, die Post war zensiert. Hanssen fungierte als Kurier, unter anderem für die Weiterleitung von Protokollen ausschussseitiger Überlegungen.[11]

Das Ministerpräsidialamt übermittelte am 23. Dezember 1918 ein vertrauliches Schreiben an sämtliche Ministerien mit der Weisung, dem Ausschuss gegebenenfalls jegliche erbetene Unterstützung zu gewähren – und zwar zügig und vorrangig.[12] Aufgrund der erweiterten zahleschen Aufgabenbeschreibung

---

8 Furdal: Fra preussiske landkommuner (Anm. 3), 74.

9 Christian de Fine Licht: Krieger-udvalget. In: Sønderjysk Månedsskrift 1981, 229–231; Becker-Christensen: Dansk mindretalspolitik (Anm. 4), 195; Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (Anm. 6), 20.

10 Christian de Fine Licht: Krieger-udvalget (Anm. 9), 229–231; RAK, Statsministeriet, Det Sønderjyske Udvalg, journal og journalsager 1918.

11 RAK, Statsministeriet, Det Sønderjyske Udvalg, Vorg. Nr. 15/1 1919.

12 RAK, Statsministeriet, Det Sønderjyske Udvalg, Vorg. Nr. 1/1918 und 2/1918.

hatte Krieger Hammerich mit der Ausarbeitung einer Gesamtübersicht über bestehende Probleme und grundlegende verwaltungstechnische Notwendigkeiten im Zusammenhang mit der Eingliederung Nordschleswigs beauftragt. Dementsprechend lag diese bereits am 27. Dezember vor.

Es ging dabei um das Verhältnis zum abtretenden deutschen Staat, sprich: Übernahme eines Teils von dessen Passiva und Aktiva, also Schulden und ausstehenden Forderungen, staatlichen Immobilien, Pensions- und Rentenzahlungsverpflichtungen, Dokumenten, Rechts- und Verwaltungsakten, Wirksamkeit (Rechtskraft) ergangener Urteile und gegebenenfalls Garantien für die deutsche Minderheit.

Es seien nach Ansicht Hammerichs sechs zentrale Maßnahmen unverzüglich nach der dänischen Übernahme des Gebietes umzusetzen: Markierung einer neuen Zollgrenze, Einführung dänischer Währung, Maße und Gewichte, Inbetriebnahme dänischer Postdienste, Übernahme des Telegrafenwesens und der staatlichen Eisenbahndienste – das alles habe schließlich Symbolkraft in der Bevölkerung. Die Änderungen seien so zügig wie möglich herbeizuführen im Sinne dänischer Amtssprache, sogenannter dänischer Amtmänner (entsprechen ungefähr Landräten) und dänischer Kommunalverwaltung. Dänisches Recht und die entsprechende Rechtspflege (Zivil-, Straf- und Prozessrecht) sollten, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, schnellstmöglich und weitestgehend en bloc eingeführt werden.[13]

Als das umfassende Programmpaket Krieger vorgelegt wurde, hatte er zwar noch einige Ergänzungen, gab aber zugleich unmissverständlich vor, dass die Arbeiten so weit abzuschließen seien, dass entsprechende Gesetzesanträge zur Vorlage und parlamentarischen Verabschiedung vor der Wiedervereinigung bereitlägen, was im Anschluss unter Federführung des Nordschleswig-Ministeriums auch umgesetzt wurde. Die gesamte Zentralverwaltung habe mit der nötigen Expertise „Gewehr bei Fuß" zu stehen. Hammerich habe mit seiner Arbeit konkret im kommunalen Bereich zu beginnen. Hanssen hatte dem nur noch wenig hinzuzufügen, präzisierte allerdings, dass die Nordschleswiger die gesetzgeberischen Änderungen selbst initiieren wollten. Premier Zahle hatte nichts dagegen, unterstrich jedoch, dass Nordschleswig sich nicht in Richtung eines Landesteils mit zunehmend gefestigter Sonderstellung bewegen dürfe.[14]

---

13 Furdal: Fra preussiske landkommuner (Anm. 3), 77–81, 405.

14 RAK, Privatarchiv Nr. 5531, Martin Hammerich, Nr. 21: Kammerherre Kriegers udvalg vedr. Slesvigs genforening med Danmark 1918–20, Verhandlungsprotokoll, Protokoll 31.12.1918.

Die Aufgaben des Krieger-Ausschusses gingen somit schließlich weit über die in den Ausschüssen des Wählervereins erörterten Themen hinaus, die nach und nach auch in den entsprechenden Berichten zum Tragen kamen. Dabei mangelte es dem Krieger-Ausschuss jedoch ganz grundlegend an Kenntnissen über deutsche Verwaltungsverhältnisse in dem Nordschleswig, das in Kürze zu dänischen Strukturen übergehen sollte. Der sehr kenntnisreiche Hanssen und vertrauliche Anfragen an Personen im Landesteil konnten Hammerich indessen mit ausführlichen Informationen etwa über Lehrer oder Pfarrer und sogar deren nationale Einstellungen versorgen. Es brauchte schnell Kenntnisse über eine Vielzahl verschiedener Themen: Ärzte- und Arzneimittelwesen, Schulordnungen, Kriegsanleihen der Stadt Hadersleben und vieles andere mehr.

Anfang Februar 1919 äußerten Hammerich und Hanssen gegenüber Premier Zahle, dass möglichst baldige Ernennungen auf der Führungsebene des Beamtenapparats wünschenswert seien, und so geschah dies im Laufe des April 1919 mit leitenden Beamten wie Postamtsvorstehern, Pröpsten und Bahnhofsvorstehern. Vonseiten der dänischen Zentralverwaltung ersuchte das Ministerium für öffentliche Arbeiten zudem über den provisorischen Ausschuss um Informationen über das Eisenbahnwesen, das Marineministerium über das Lotsen- und Leuchtfeuerwesen und die damit verbundenen Kosten, während die Generaldirektion des Post-, Telegrafen- und Telefonwesens sich für Umfang und Ausmaß der kommenden Aufgaben in diesem Bereich interessierte. Eines der größten Probleme ganz allgemein war der Übergang von deutschem auf dänisches Recht, der eine Durchsicht aller wesentlichen deutschen und dänischen Rechtsvorschriften erforderte. Bereits im Dezember 1918 hatte der ministerpräsidiale provisorische Ausschuss daher Kontakt zu einem Fachmann für deutsches Recht aufgenommen: dem promovierten Juristen Naphtali Cohn (1888–1937), der im Frühjahr 1919 eine Darstellung über die Unterschiede zwischen deutschem und dänischem Privatrecht erarbeitete, die im Nachgang als Grundlage für die Erstellung neuer Gesetzesanträge diente. Hammerich selbst arbeitete an Vorschlägen für die kommende Einteilung Nordschleswigs in Kreise und Rechtsbezirke.[15]

15 Becker Christensen: Dansk mindretalspolitik (Anm. 4), 195; RAK, Det Sønderjyske Udvalg, journalsager 18/1, 21/1, 22/2 und 31/1 1919; John Skonberg: Retstidende for de sønderjyske landsdele 1920–1922. In: Sønderjyske Årbøger 1980, 73–92.

Der Ausschuss der Reichstagsparteien für Nordschleswig

Viele Aktivitäten des Krieger-Ausschusses, aber auch in Ministerien und Ähnlichem, dienten Ermittlungs- und Vorbereitungszwecken. Am 6. Mai 1919 fand im Innenministerium eine große Gemeinschaftsversammlung zwecks Erörterung der mit der Wiedervereinigung zu erwartenden praktischen Probleme statt. Anwesend waren die meisten Minister und Staatssekretäre, dazu Krieger, Hammerich und Hanssen. Die Versammlung markierte den Abschluss der inoffiziellen Arbeit des Krieger-Ausschusses. Die Ministerien erläuterten ihre Vorbereitungen, und es stellte sich heraus, dass mittlerweile alle Fachministerien und Abteilungen eingebunden waren. Krieger wies darauf hin, dass es unsicher sei, wann Dänemark das Recht zur Übernahme der Verwaltung innehaben würde.[16]

Anfang Mai 1919 standen die Verhandlungen zu einem Friedensabkommen zwischen der Entente und Deutschland gerade kurz vor ihrem Abschluss in Paris. Ministerpräsident Zahle drückte im Reichstag aufs Tempo hinsichtlich der zur Wiedervereinigung bereitzuhaltenden Gesetzesvorlagen. Nach der Reichstagswahl am 22. April 1918 hatte er mit den Oppositionsparteien, den Liberalen (Venstre) und Konservativen, die Bildung eines inoffiziellen, vertraulichen Ausschusses vereinbart: des politischen Verhandlungsausschusses der Reichstagsparteien, der schon bald zu einem „Reichstag im Kleinen" wurde.

Die vielen zur Wiedervereinigung fertigzustellenden Gesetze sollten auf seinen Wunsch hin durch einen entsprechenden Ausschuss bearbeitet werden. Der Ausschuss der Reichstagsparteien für Nordschleswig (fortan: Nordschleswig-Ausschuss) wurde am 29. April 1919 mit fünf namhaften Mitgliedern aus jeder der vier großen Parteien und einem die Parteien hindurch reihum wechselnden Vorsitz gebildet. Der Ausschuss sollte als Bindeglied zwischen den Parteifraktionen des Reichstags und der Regierung fungieren und ohne Entscheidungsbefugnis bei der Vorbereitung der Gesetzgebung im Vorfeld der Wiedervereinigung beratend tätig sein. Die Minister informierten über nordschleswigsche Verhältnisse mit anschließenden Fragen und Anmerkungen der Reichstagsmitglieder. Gesetzesentwürfe zum Thema Nordschleswig wurden durch den jeweiligen Fachminister vorgelegt, in einem Unteraus-

16 De Fine Licht: Krieger-udvalget (Anm. 9), 229–231; Morten Andersen: Det nordslesvigske valutaspørgsmål 1918–1920 og kronemøntens indførelse. In: Sønderjyske Årbøger 2002, 91.

schuss erörtert und genehmigt.[17] Wünsche nach Sonderbewilligungen für Nordschleswig abseits der üblichen Vorgehensweisen in Bewilligungssachen wurden genehmigt. Der Opposition wurden durch den Ausschuss Einsichtnahmen in vertrauliche Informationen und Einflussnahme ermöglicht, während der Regierung die Vorteile einer zügigen und undramatischen Bearbeitung ihrer Anträge zuteilwurde. In vertraulicher Runde wurden Vorschläge des Ministers von den Reichstagsmitgliedern zumeist wohlwollend aufgenommen. Ungeachtet einiger Dissense in Sachen Mittelschleswig vermochten es die führenden Mitglieder bei Gesprächen in aller Regel, einen sachlichen Ton zu wahren.

Der Nordschleswig-Minister Hanssen

Die exekutive Verwaltungszuständigkeit für Nordschleswig hätte vielleicht, ähnlich wie mit dem Krieger-Ausschuss, im Ministerpräsidialamt angesiedelt werden können, aber das Amt hatte im Wesentlichen die Eigenschaft eines Sekretariats für Premier Zahle und bekam erst im April 1919 einen aktiven Staatssekretär (dän.: Departementschef). Ein gestärktes Ministerpräsidialamt hätte sich vielleicht für die Aktivitäten zur Wiedervereinigung koordinierend gegenüber den verschiedenen Fachministerien einsetzen können. Aber in der Situation im Mai 1919 entschied sich Zahle stattdessen für die Bildung eines vorübergehenden Fachministeriums für Nordschleswig mit Hanssen als Minister.[18]

Sachlich betrachtet, war Hanssen aufgrund seiner Kenntnisse der nordschleswigschen Verhältnisse und seiner persönlichen Kontakte schon mal der richtige Mann, und in politischer Hinsicht war er ein veritabler „Aktivposten" der parlamentarisch ansonsten schwach dastehenden Zahle-Regierung. Am 5. Mai 1919, dem Tag vor der großen Sitzung im Innenministerium, bot Zahle Hanssen somit ein vorübergehendes Ministerium für nordschleswigsche Angelegenheiten an. Der Premier erwog zudem die Einsetzung einer zweiköpfigen Regierungskommission für Schleswig mit Hanssen als einem der Mitglieder.

[17] Forhandlinger i Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg 1919–20. Kopenhagen 1920, 1.

[18] August Wiemann Eriksen: Træk af Statsministeriets historie. In: Statsministeriet i 75 år. Kopenhagen 1989, 32–37.

Hanssen stand dem Ansinnen nicht ablehnend gegenüber, stellte für seinen Eintritt in die Regierung allerdings Bedingungen. Die Lage hatte sich seit dem ersten Angebot ein halbes Jahr zuvor geändert. Die dänisch gesinnten Nordschleswiger hatten keinerlei politisches Interesse an der im Aufbau befindlichen neuen Weimarer Republik, und Hanssen selbst war kein Reichstagsmitglied mehr.[19] Durch einen Ministerposten böten sich dem Wählerverein gute Möglichkeiten für politischen Einfluss, Kontakt zu den anderen Ministern und Reichstagspolitikern, aber Hanssen sah auch das Risiko, mit der linksliberalen Regierung identifiziert zu werden.[20]

Es kam zu mehrtägigen Verhandlungen, wobei Hanssen als eine besonders wichtige Forderung Zahle gegenüber die Sicherheit und die Gewähr dafür betonte, dass in der Übergangszeit ein stetiger und besonnener, zugleich jedoch entschlossener Politikkurs im Sinne der Wiedervereinigungsarbeit ohne Zickzackkurs geführt werde. Es war insofern notwendig, sich mit den anderen Parteien in den politischen Reichstagsausschüssen beziehungsweise dem Nordschleswig-Ausschuss ein Stück weit zu verständigen.[21] Hanssen wollte seine bisherige Zusammenarbeit mit Hammerich gern fortführen und ihn als Leiter des angedachten neuen Ministeriums mit einigen Mitarbeitern einsetzen – ein Wunsch, dem Zahle gern nachkam. Hammerich hatte zwar Bedenken, willigte aber ein. Die Frage der Zuständigkeiten des neuen Ministeriums im Verhältnis zu den vorhandenen wurde dahingehend gelöst, dass die anderen Fachminister Hanssen alle Nordschleswig betreffenden Angelegenheiten vorlegen mussten, der daraufhin seine Empfehlung vorlegte, bevor die Anträge in die parlamentarische Lesung gingen.

Zur Frage, wie Hanssen politisch gestellt sein werde, erläuterte Zahle, dass er in Relation zur Regierungspartei völlig frei sei und es Präzedenzfälle gebe, wonach Minister ohne Geschäftsbereich auch nicht Parteimitglied seien. Hanssen legte jedoch Wert auf die Voraussetzung für seine Annahme des Postens, dass dies von den Parteien im Nordschleswig-Ausschuss mitgetragen werde und dieser Punkt vor seiner Ernennung geklärt sein müsse.

Am 7. Mai erklärte Zahle, dass dies so nicht möglich sei, und verwies dazu auf Paragraf 13 des neuen Grundgesetzes von 1915, wonach der Kö-

---

19 RAÅ, Vælgerforeningen for Nordslesvig, Nr. 4/3, forhandlingsprotokol 30.12.1918.

20 Becker Christensen, Dansk mindretalspolitik (Anm. 4), 198 mit Zitat aus der Versammlung des Wählervereins 4.7.1919.

21 Fink: Da Sønderjylland blev delt (Anm. 2), II, 56f; Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (Anm. 6), 92.

nig seine Minister ernenne und die Verteilung der Geschäftsbereiche, sprich: der Fachministerien, unter ihnen bestimme, und dem Reichstag somit hier keine Mitsprache zustehe. Zahle war Jurist und der Ansicht, diese Bestimmung hindere ihn als Ministerpräsidenten, den Parteien eine entsprechende Beschlussvorlage zu unterbreiten, ohne zuvor mit dem König Rücksprache gehalten zu haben. Dafür wiederum brauchte er die Zustimmung Hanssens.[22] Möglicherweise stellte sich Zahle die Ernennung als ein politisches „Ass im Ärmel" vor, was taktisch unklug war – oder aber ihm war die Abneigung des Königs Hanssen gegenüber bekannt.

Hanssen beugte sich diesem Argument und erbat stattdessen von Zahle schriftlich eine deutliche Zusicherung, dass er, Hanssen, unabhängig vom Ministerium und der linksliberalen Partei agieren könne. Diesem Wunsch kam Zahle mit dem Hinweis nach, dass er Verständnis dafür habe, dass die nordschleswigschen Reichstagsmitglieder sich in der ersten Zeit nach der Wiedervereinigung auf keinerlei Parteinähe festlegen (lassen) wollten und er, Zahle, den Eintritt Hanssens in die Regierung nicht als Zustimmung zu Den Radikalen (Linksliberalen) und ihrer Politik interpretieren werde – und Hanssen diesbezüglich somit völlig frei sei. Zahle versprach, dies ausdrücklich in dem Moment zu äußern, wenn er Hanssen um seinen Eintritt in die Regierung bitte. Am 9. Mai antwortete Hanssen dem Ministerpräsidenten, indem er praktisch dessen Worte zitierte, und fügte hinzu, er selbst sei der Auffassung, dass die Nordschleswiger in der Anfangszeit erst mal außerhalb der Parteienlandschaft bleiben sollten und es für seinen Eintritt in die Regierung eine notwendige Voraussetzung sei, dass dies nicht als Zustimmung zur Politik einer einzelnen Partei interpretiert werden könne. Von dieser Stellungnahme fertigte er eine Abschrift an, um gegebenenfalls späteren Kritikern einen Nachweis seines Standpunktes vorlegen zu können.[23]

Die Ernennung wurde sechs Wochen lang geheim gehalten, bis das Pariser Friedensabkommen inhaltlich unter Dach und Fach war. Am 25. Juni 1919, drei Tage vor der Unterzeichnung des Abkommens in Paris, wurde dem Parlament (Folketing) der neue Minister vorgestellt. König Christian X. (1870–1947) stand unter dem Einfluss nationalistischer Kräfte und hatte sich bis zum Tag

[22] Det ministerielle system. Rigsarkivets 2. afdeling. Kopenhagen 1975, 5; URL: https://danmarkshistorien.dk/leksikon-og-kilder/vis/materiale/danmarks-riges-grundlov-af-5-juni-1915/#indhold3 (letzter Abruf am 29.3.2020).

[23] Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (Anm. 6), 94f.; Fink: Da Sønderjylland blev delt (Anm. 2), II, 58.

vorher gegen die Ernennung zu sperren versucht, aber Zahle rang ihm die Unterschrift schließlich doch noch ab.[24]

Durch die Bekanntgabe im Folketing wurde die Opposition kalt erwischt, besonders die liberale Partei Venstre, erst recht angesichts dieser Stärkung der schwachen linksliberalen Regierung durch den berühmten Hanssen, den man bislang doch politisch als Venstre nahestehend eingeordnet hatte. Der Opposition erschien Zahles Vorgehensweise bei der Ernennung zu Recht als ein markanter Bruch, quasi eine Aufkündigung der politischen Zusammenarbeit. Der politische Verhandlungsausschuss der Reichstagsparteien brach auseinander, wobei sich in Bezug auf Hanssen der Zorn Venstres gleichwohl in Grenzen hielt.[25]

Die Arbeitsform des Ministeriums

Wenige Tage nach der Ernennung wurde für Hanssen, den Minister ohne Geschäftsbereich, per Gesetz ein vorübergehendes Ministerium zur Wahrnehmung von Angelegenheiten bezüglich der Eingliederung von Teilen Nordschleswigs in das Königreich Dänemark eingerichtet. Die Fachministerien hatten Weisung, in allen diesbezüglichen Fragen sein Ministerium zu konsultieren beziehungsweise vorab von dort entsprechende Stellungnahmen einzuholen. Ein vorübergehendes Ministerium war ausgesprochen unüblich, wobei über seine Dauer keine Festlegung getroffen worden war, aber Hanssen rechnete wohl eher mit einem längeren Fortbestehen.[26]

Rechtlich gesehen, kann zwischen Hanssen als Minister und seinem Ministerium nicht getrennt werden. Alle Entscheidungen wurden durch ihn beziehungsweise einen Verwaltungsbeamten in seinem Namen und auf seine Verantwortung hin getroffen. Er selbst war gegenüber dem Reichstag persönlich rechenschaftspflichtig und konnte im Gegenzug in jeglicher Angelegenheit Gehör verlangen, wobei aufgrund der Menge an Vorgängen das meiste hinsichtlich der

[24] Fink: Da Sønderjylland blev delt (Anm. 2), II, 60.

[25] Resolutionen der Parteien Venstre und Konservative 26.6.1919, Abdruck in: Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals Historie (Anm. 6), II, 235; Fink: Da Sønderjylland blev delt (Anm. 2), II, 56f; Jørgensen: Genforeningens statspolitiske baggrund (Anm. 1), 373f; Tage Kaarsted: Ove Rode som indenrigsminister. Institut for presseforskning og samtidshistorie. Århus 1985, 281ff; Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (Anm. 6), 96f.

[26] Aarbog for Rigsdagssamlingen 1918–19. Von Fr. Kretz. Kopenhagen 1919, 27, 126f; Det ministerielle system (Anm. 22), 5.

praktischen Ausführung den Mitarbeitern überlassen werden musste. In vielen Fällen ging es um Schriftverkehr mit anderen Ministerien und Organisationen oder an Minister Hanssen persönlich gerichtete Initiativbewerbungen. Andere Vorgänge betrafen die Vorbereitung von Gesetzesvorlagen oder die Unterstützung des Ministers in seiner politischen Arbeit. Gewisser Angelegenheiten nahm er sich gezielt persönlich an beziehungsweise leitete die ersten Schritte dazu ein, so etwa die Beziehung zur Internationalen Kommission, CIS, Gesetzesanträge oder Sachen des Nordschleswig-Ausschusses.[27]

Das Ministerium bezog Räumlichkeiten in der Niels Juels Gade unweit des Parlamentsgebäudes Christiansborg. Hanssen hatte den 37-jährigen Martin Hammerich zur Führung der Geschäfte gewinnen können, der den Titel eines Büroleiters führte. Hammerich und der 34-jährige Abteilungsleiter Oluf Skjerbæk (1885–1979) waren im Namen Hanssens entscheidungsbefugt. Darüber hinaus gab es die jungen Sekretäre Alfred Louw (1882–1956) und Poul Thott-Hansen (1887–1975) sowie zwei nordschleswigsche Berater, Jacob Miang und Andreas Thulstrup (1897–1955), die später die Leitung kleinerer regionaler Standorte in Flensburg und Apenrade übernahmen. Hauptmann C. H. Jørgensen leitete ein Büro für Kriegsgefangenenangelegenheiten. Zudem gab es mehrere weibliche Bürofachkräfte; alles in allem um die zwanzig Mitarbeiter.[28]

Hanssens erste Maßnahmen als Minister

In seiner ersten Ausschusssitzung am 10. Juli 1919 gab Hanssen einen umfassenden Überblick über die ministeriellen Aufgaben – wobei zwei Schwerpunkte benannt wurden: der Bevölkerung des noch deutschen Nordschleswig zu zeigen, dass Dänemark fest entschlossen sei, sich ihrer Probleme anzunehmen, und zum anderen die Vorbereitung der dänischen Eingliederung des Landesteils im Rahmen eines umfassenden Wechsels von deutschen auf dänische Gesetze und Institutionen – und ganz allgemein die Sicherstellung eines dänischen Erfolgs in der Volksabstimmung.

[27] Det ministerielle system (Anm. 22), 31f; Niels Petersen: Justitsministeriet. Organisation og arkiv. Administrationshistoriske Studier Nr. 6. Rigsarkivet. Kopenhagen 1982, 43, mit Verweis auf Poul Meyer: Offentlig forvaltning. Kopenhagen 1970, 51; Erik Nørr: Hvad kaldte folk til Sønderjylland? Det Sønderjyske Ministeriums administration af læreransøgninger 1919–20. In: Sønderjyske Årbøger 1995, 205ff, 223.

[28] Hof- og Statskalender 1920, 359–400; Nørr: Hvad kaldte folk til Sønderjylland? (Anm. 27), 229, 232f.

Viele Nordschleswiger hatten im Ersten Weltkrieg gekämpft oder waren als deutsche Seeleute fern von Zuhause irgendwo in Gefangenschaft geraten. Die Rückführung dieser Menschen in die Heimat gehörte zu den ersten und vordringlichsten Aufgaben des Ministeriums. Bereits im Juli 1919 waren 1.000 bis 1.200 Mann aus den am leichtesten zugänglichen Gebieten England und Frankreich gekommen. Soldaten konnten acht Jahre in preußischen Garnisonen gedient und Kriegsdienst geleistet haben, während ihre Familien in bitterer finanzieller Not lebten. Das Büro konnte auch kranken und verwundeten Nordschleswigern die Heimkehr aus Lazaretten und Krankenhäusern in Deutschland ermöglichen. Zur Rückholung Internierter aus fernen Gebieten wie Japan, Australien, Südafrika, Südamerika et cetera arbeitete Hanssen eng mit Reeder und Staatsrat Hans Niels Andersen (1852–1937) und seiner multinationalen Gesellschaft Østasiatisk Kompagni, Ø. K, zusammen.[29]

Grundlage für die Arbeit des Ministers waren zudem die Regelungen des Friedensabkommens, in dessen Paragrafen 109 entgegen der eigentlichen Absicht formuliert worden war, dass stimmberechtigte Personen über zwanzig Jahre sein sollten, die im Abstimmungsgebiet geboren waren oder seit 1900 ihren festen Wohnsitz hier gehabt hatten oder von den deutschen Behörden ausgewiesen worden waren. Hinsichtlich der ersten Gruppe war die Vorgabe abhandengekommen, dass die Stimmberechtigten auch im Volksabstimmungsgebiet *wohnhaft* sein müssten. Die dadurch zustande gekommene Ausweitung des Kreises der Stimmberechtigten wäre erheblich zum Vorteil der deutschen Seite in Flensburg und dem südlichen Nordschleswig.[30]

Der preußische Staat stellte zweihunderttausend Mark zum kostenlosen Reisen deutscher Wähler ins Abstimmungsgebiet bereit. Hanssen erhielt die schnelle Unterstützung seines Ausschusses zur Bewilligung von über fünfzigtausend Kronen abseits der Bewilligungsvorschriften des dänischen Grundgesetzes. Möglichst viele nordschleswigsch gebürtige Dänen sollten an die Wahlurnen gebracht werden. Sie mussten in die Wahllisten eingetragen werden, kostenlos hin- und wieder zurückreisen können und ihren Verdienstausfall ersetzt bekommen.[31] Mit dem Finanzminister erörterte Hanssen Fragen hinsichtlich einer Kriegsversehrtenrente oder Zuwendungen an hinterbliebene

---

29 Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (Anm. 17), 5; Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (Anm. 6), 129.

30 Der Art. 112 des Versailler Vertrags, Abdruck im Haandbog i det slesvigske Spørgsmaal (Anm. 6), II, 242; Fink: Da Sønderjylland blev delt (Anm. 2), I, 205.

31 Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (Anm. 17), 17f, 64f

Witwen und Kinder. Auch Beihilfen für Studierende oder Lehramtsanwärter zwecks Abschlusses ihres Studiums in Dänemark galt es zu ermöglichen.[32] Im Großen und Ganzen stießen seitens des Nordschleswig-Ausschusses des Rigsdag die Bewilligungswünsche Hanssens auf Wohlwollen.

Dank seiner Kontakte war Hanssen über die Lage in Nordschleswig gut informiert. Auf deutscher Seite gab es Vorhersagen, dass Nordschleswig an Dänemark abgetreten werden würde, und man bemühte sich um eine Abmilderung der damit einhergehenden wirtschaftlichen und politischen Folgen für das Deutschtum: Da gab es Versuche, staatliche Immobilien zu veräußern, und der preußische Staat selbst war direkt in einen Verkauf der Sonderburger Kaserne eingebunden. Im Versailler Vertrag war die Teilung staatlicher Aktiva und Passiva (Vermögenswerte und Verbindlichkeiten) bei der Übertragung deutschen Hoheitsgebiets geregelt. Dänemark sollte einen Teil der deutschen Staatsschulden übernehmen, und Hanssen widersetzte sich diesen Verkäufen als Versuch eines Betrugs an der dänischen Staatskasse. Ebenso musste er versuchen, die Versuche einer weiterhin fortbestehenden deutschen Einflussnahme in Nordschleswig zu unterbinden, indem die deutsche Seite die Pachtverträge der großen in staatlichem Besitz befindlichen sogenannten Domänengutshöfe verlängerte.[33]

Der Einfluss der CIS

Bis zur Ratifizierung des Friedensvertrages hatte Deutschland weiterhin die Verwaltungshoheit in Nordschleswig inne und somit das Sagen in Verwaltungsfragen.[34] Gemäß Parafgraf 110 sollte nach der Ratifizierung eine Internationale Kommission die Hoheit im Abstimmungszeitraum übernehmen, und Minister Hanssen sah als versierter Politiker hier die Möglichkeit, auf diesem Wege die dänischen Interessen zu unterstützen.

Ende Juni 1919 einigten sich Frankreich und England in Kopenhagen auf die Ernennung ihrer Botschafter als Mitglieder der Kommission zur Überwachung der schleswigschen Volksabstimmungen – der Commission Internationale de Surveillance du Plébiscite Slesvig, CIS. Die USA entsandten kein Mitglied. Den Vorsitz führte der Engländer Sir Charles Marling (1862–1933), die

[32] Ebd., 64f.
[33] Ebd., 6ff.
[34] Fink: Da Sønderjylland blev delt (Anm. 2), II, 163f.

übrigen Mitglieder waren der Franzose Paul Claudel (1868–1955), der Telegrafendirektor Thomas Heftye (1860–1921) aus Norwegen und Lehnshauptmann Oscar von Sydow (1873–1936) aus Schweden. Zum Generalsekretär wurde der Engländer Charles Brudenell-Bruce (1885–1960) gewählt. Die Kommission bezog am 8. August 1919 Behelfsbüros in Kopenhagen, aber die Ratifizierung des Vertrages zog sich ganze fünf Monate bis zum 10. Januar 1920 hin, und entsprechend lang hielt sich die CIS in der dänischen Hauptstadt auf.

In seiner ersten Sitzung musste sich das Gremium noch etwas unsicher an seine Aufgabe herantasten, aber nach einem Monat Arbeit war das Programm der Kommission in klaren Grundzügen und Linien erkennbar. Besonders in dieser Zeit gab es eine enge Zusammenarbeit mit Minister Hanssen, der bekanntlich mit den Verhältnissen bestens vertraut war und die CIS sogar bei der Verbindungsaufnahme zu deutschen Behörden unterstützte, da er Kontakt zum deutschen Landrat Emilio Böhme (1877–1921) in Tondern hatte. Dadurch hatte Hanssen zudem gute Möglichkeiten, Entscheidungen der CIS zu beeinflussen. [35] Das betraf hinsichtlich der zu erwartenden baldigen Abstimmung beispielsweise eine von Hanssen erarbeitete Wahlordnung, die von der CIS sogleich als völlig angemessen gebilligt wurde. Außerdem lieferte das Ministerium Entwürfe für Stimmzettel und die entsprechenden Umschläge.[36] Auch folgte die CIS ohne Weiteres Hanssens Argumentation, dass es sich bei der preußischen Landgendarmerie um eine militärische Einheit handele, die gemäß Abkommen aber außer Dienst gestellt und durch ein anderweitiges Polizeikorps ersetzt gehöre. Stattdessen setzte die CIS entsprechend eine andere Gendarmerie ein, die zwar formal neutral war, zum überwiegenden Teil jedoch aus dänisch gesinnten Gendarmen und Führungskräften bestand. Die kommunale Polizei in den Städten konnte hingegen weiterhin ihren Dienst versehen.[37]

Das Kommissionsprogramm zur Neutralisierung des Gebietes im Abstimmungszeitraum wurde nach dem 10. Januar 1920 durch den Austausch der leitenden Beamten und Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der noch verbliebenen umgesetzt.[38] Die Verhandlungen zwischen Minister und CIS fanden

[35] Fink: Da Sønderjylland blev delt (Anm. 2), II, 165ff.

[36] Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (Anm. 17), 29.8.1919; Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (Anm. 6), 133.

[37] Jens Christian Forman: Den internationale kommissions neutraliseringsforanstaltninger ved folkeafstemningen i Sønderjylland 1920. Århus 1975, 26f, 33; Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (Anm. 17), 20.8.1919.

[38] Forman: Den internationale kommission (Anm. 37), 11f.

auch im Abstimmungszeitraum ihre Fortsetzung. Dabei ging es mittlerweile um die kommende dänische Besetzung und Übernahme des Verwaltungsapparates in der ersten Zone.[39]

Die Kohle- und Lebensmittelversorgung Nordschleswigs

Während des gesamten Ersten Weltkriegs lebte die nordschleswigsche Bevölkerung in einer staatlich straff gesteuerten Kriegswirtschaft mit Ablieferungspflichten, verordneten Höchstpreisen und Lebensmittelrationierungen. Die militärische Regulierungswirtschaft hatte die deutsche Gesellschaft bis in kleinste Verästelungen fest im Griff. Nach Kriegsende und während der Demobilisierung im Frühjahr 1919 war Deutschland von Unruhen und Arbeitsniederlegungen geprägt. In Nordschleswig bestand zudem die Erwartung einer bevorstehenden dänischen Übernahme von Verwaltung und Wirtschaft, und die starke dänische Krone wurde zunehmend als inoffizielle Parallelwährung genutzt – spürbar im Handel durch steigende Preise und Löhne. Zudem kam es vermehrt zu Spekulationsgeschäften, bei denen auch eine Vielzahl deutscher Firmen südlich der Grenze „mitmischten". Kronenanleihen und organisierter Schwarzhandel führten in erheblichem Maße zu einer Verzerrung zwischen offiziellem und realem Preisniveau. Durch die Unzufriedenheit der Bevölkerung kam es zum Beispiel im Juli 1919 in Hadersleben zu einem Massenstreik aus Protest gegen die Lebensmittelsituation.[40]

Die Lebensmittel- und allgemeine Versorgungslage im Abstimmungsgebiet lag Minister Hanssen sehr am Herzen, da sie die bevorstehende Abstimmung negativ beeinflussen könnte. Sowohl in Hadersleben als auch in Sonderburg ging im Juli 1919 das Brotgetreide zur Neige. Durch Einschalten des dänischen Ernährungsrates sorgte Hanssen dafür, dass zum Herbst hin aus Dänemark Brotgetreide auf Kredit nach Hadersleben und in die anderen Kreise geliefert wurde – Kredit deshalb, weil die deutsche Regierung die Ausfuhr deutscher Mark verboten hatte. Probleme gab es auch bezüglich der deutschen Versorgung von Gas- und Elektrizitätswerken sowie Molkereibetrieben mit Kohle. Hanssen sorgte dafür, dass der deutsche Kohleexport nach Dänemark stattdessen nach Nordschleswig umgeleitet wurde.

---

[39] Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (Anm. 17), 320, 325.

[40] Morten Andersen: Folkeafstemning og fødevareforsyning. In: Sønderjyske Årbøger 2004, 172–178.

Der Minister strebte außerdem im August 1919 zunächst die Ausarbeitung einer Regelung der künftigen Versorgungsverhältnisse während des CIS-Verwaltungszeitraums an, bei der es um die Einfuhr zwar basaler, aber teurer Grundnahrungsmittel aus Dänemark, zum Beispiel Fleisch, Brot, Butter und Gries, und deren Verkauf gemäß deutschen Rationierungen und zulässigen Maximalpreisen ging. Zu einer solchen Regelung kam es zwar nicht, doch stattdessen gelang Hanssen eine Vereinbarung mit Staatskommissar Adolf Köster (1883–1930), der im Namen der preußischen Regierung darin einwilligte, dass Nordschleswig sein Aufkommen an produziertem Brotgetreide behalten könne und dafür einen kleinen Teil seines Rinderbestandes an Deutschland abgeben müsse. Im Gegenzug werde Letzteres Kohle und Zucker nach Nordschleswig liefern. Dies ging indessen nicht problemlos vonstatten. Hanssens Vorschlag zur Einfuhr von Lebensmitteln aus Dänemark sollte sich im Sinne der notwendigen Versorgung des Gebietes als geeigneter und praxistauglicher erweisen. Allerdings führte diese Lösung wiederum zu Problemen hinsichtlich der nationalen Neutralität.[41]

Das Ministerium setzte im September 1919 eine fünfköpfige Kommission ein, die sich mit der Ernährungssituation beschäftigen sollte. Sie bestand aus vier seitens der CIS als kommende sogenannte Amtmänner für Nordschleswig vorgesehenen und aus dem Landesteil stammenden Personen sowie Holger Møllgaard (1885–1973), Mitglied der staatlichen Brotgetreideverwaltung. Letzterer war dank seines Fachwissens Hanssen eine wertvolle Hilfe. Møllgaard und Hanssen legten im November 1919 dem Nordschleswig-Ausschuss einen Vorschlag für eine Lebensmittelregelung vor, der unter anderem Lieferungen aus Dänemark vorsah. Der Ausschuss genehmigte die Vorlage, und Møllgaard konnte daraufhin mit Vertretern der deutschen Seite eine umsetzbare Lösung verhandeln und wiederum der CIS als entsprechenden Vorschlag vorlegen.

Ende August 1919 beschlagnahmten deutsche Behörden in Nordschleswig mehrere Läger mit Waren, die ihrer Ansicht nach im Hinblick auf Spekulation mit dänischen Preisen angelegt beziehungsweise gehortet worden waren. Mittels der CIS und Köster erreichte Hanssen, dass die Beschlagnahmen gegenüber dem alteingesessenen Handel eingestellt und entsprechend vereinnahmte Waren wieder freigegeben wurden, wohingegen die Beschlagnahme von Lagerbeständen neu hinzugekommener Betriebe fortgesetzt wurde.[42]

---

41 Ebd., 180ff.

42 Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (Anm. 17), 319f, 322–327; Morten Andersen: Folkeafstemning og fødevareforsyning (Anm. 40), 183ff, 189ff.

Das Ministerium und die Währungsfrage

Von größter wirtschaftlicher Bedeutung war insbesondere die Währungsfrage im Zuge der Einführung der dänischen Krone als Zahlungsmittel. Die dänischen Nordschleswiger setzten hier große Hoffnungen in eine Verbesserung ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse. Zentrales Thema war dabei der Umtausch von Reichsmark in Kronen. Vor dem Krieg hatten 100 deutsche Reichsmark 89 Kronen gekostet, im November 1918 nur noch 51 Kronen, und 1919 war der Kurs nochmals erheblich niedriger. Eine Mehrheit im Wirtschaftsausschuss des Wählervereins wünschte sich eine Regelung gemäß dem Friedenskurs oder Pari (eins zu eins) aus dem Jahr 1914 – was eine enorme finanzielle Belastung des dänischen Staates zur Folge hätte. Die Alternative zum Pari war der Umtausch zum niedrigeren Tageskurs. Die Regierung und Hanssens Ministerium entschieden sich für eine sozial abgefederte Variante des Letzteren, wobei der Staat über eine mit 25 Millionen Kronen bestückte Ausgleichskasse die Verluste kompensieren wollte, die Besitzer kleiner und eher geringer Vermögen durch den Umtausch erleiden würden – eine Entscheidung, die bei den Nordschleswigern nicht gut ankam.

Hanssen ließ im September 1919 die Unzufriedenen unumwunden wissen, dass es im dänischen Reichstag keine Mehrheit für einen Umtausch zum Parikurs gebe und man sich statt entsprechender unrealistischer Forderungen in diese Richtung doch besser für eine Erhöhung der Ausgleichszahlungen einsetzen möge. Das Ministerium setzte im Dezember den Nordschleswigschen Kronenausschuss mit Martin Hammerich als Mitglied ein. Dieses Gremium schlug der Regierung eine erheblich weitergehende Abfederung der Verluste vor. Die Parlamentarier verständigten sich daraufhin auf eine Aufstockung des Ausgleichstopfes von 25 auf 97 Millionen Kronen, was 350 Kronen pro Einwohner entsprach. Außerdem sollten zehn Millionen Kronen für eine Darlehenskasse für Gewerbetreibende vorgesehen werden. Die Entschädigungen sollten so vergeben werden, dass Personen mit den geringsten Vermögen ihren Verlust am stärksten kompensiert bekämen. Dennoch führte die Haltung Hanssens in der Währungsfrage zu viel Kritik, die sich teilweise auch mit dem Widerstand gegen seine gemäßigte Grenzpolitik vermengte.[43]

---

[43] Andersen: Det nordslesvigske valutaspørgsmål (Anm. 16), 61–118; Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (Anm. 17), 80f, 724.

Anderweitige Gesetzgebung

Die Reichstagsparteien strebten wie die dänisch gesinnten Nordschleswiger eine völlige Verschmelzung Nordschleswigs mit Dänemark an. Hinsichtlich der Gesetze des Verfassungsrechts und des öffentlichen Rechts würde es da keine großen Probleme geben, wohingegen die erheblichen Unterschiede zwischen deutscher und dänischer Gesetzgebung im privatrechtlichen Bereich bei entsprechenden Änderungen weitreichende Folgen für Leben und Dasein der Nordschleswiger hätten. Wie bereits erwähnt hatte der Krieger-Ausschuss einen Fachmann in Sachen deutsches Recht, Cohn, mit der Ausarbeitung einer Übersicht über die Unterschiede beauftragt. Diese wurde den Mitgliedern des Nordschleswig-Ausschusses des Rigsdags im Sommer 1919 vorgelegt.[44]

Im Nordschleswig-Ausschuss erläuterte Ministerpräsident und Justizminister Zahle zwei grundlegend verschiedene Vorgehensweisen zur Schaffung einer vollständigen sogenannten Rechtsgemeinschaft: einerseits die sofortige Einführung dänischen Rechts, lediglich mit Vorbehalten in Punkten, in denen dänisches Recht dem deutschen derart nachstand oder unterlegen war, dass die Einführung dänischer Vorschriften den Nordschleswigern nur als ein unzumutbarer Rückschritt erscheinen könne. Auf der anderen Seite ein vorläufiges Fortbestehenlassen deutschen Rechts – um dann nach und nach Bereich für Bereich dänisches Recht an seine Stelle treten zu lassen. Zahle war für einen schnellen Übergang, also im Regelfall eine unverzügliche Einführung dänischen Rechts und ein Fortbestehen deutschen Rechts lediglich in gesetzlich festgelegten Ausnahmefällen. Dem widersprach Kammerherr Krieger mit dem Hinweis, dass andere Staaten, geschichtlich betrachtet, sich eher für die andere Vorgehensweise entschieden hätten. Die privatrechtlichen Bestimmungen würden in so vielfältiger Weise das Alltagsleben der Menschen beeinflussen, dass ein abrupter Übergang von einem auf das andere Rechtssystem zu Verwirrungen und Verwerfungen führen und als übergriffig empfunden werden würde. Seine Argumente setzten sich durch – mit Unterstützung des Rechtsausschusses des Wählervereins und sicherlich auch des Ministers Hanssen.

[44] Skonberg: Retstidende (Anm. 15), 73–92; N. Cohn: Oversigt over de vigtigste forskelligheder mellem den i Sønderjylland gældende og den danske privatret. Kopenhagen 1919. Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (Anm. 17).

Zum Ausdruck kamen die Beschlüsse im Gesetz Nr. 288 vom 28. Juni 1920 über die Gesetzgebung und Verwaltung in den nordschleswigschen Landesteilen.[45]

Die Zuständigkeitsvereinbarung zwischen Zahle und Hanssen besagte, dass alle Nordschleswig betreffenden Fragen zunächst seinem Ministerium vorgelegt und anschließend von dort an die betreffenden Fachministerien mit einer Empfehlung zurückgehen sollten. Das bedeutete zwar kein Vetorecht für das Nordschleswig-Ministerium, jedoch schon, dass stets eine Rücksichtnahme auf Hanssens oftmals umfangreiche Anmerkungen angestrebt wurde, die schließlich auf eigenem Wissen oder dem des Wählervereins in Sachen „Lokalkolorit" beruhten.[46]

Der zuständige Fachminister überließ seinen Gesetzesentwurf dem Nordschleswig-Ausschuss des Rigsdags zur Einsichtnahme, gegebenenfalls mit ergänzenden Anmerkungen Hanssens. Eine Ausnahme bildete diesbezüglich der Entwurf des Justizministeriums über die Regelung des Gerichts- und Polizeiwesens, den Hanssen in Abwesenheit des Ministers vorlegte. Der Minister war imstande, in dänischen politischen Gewässern zu manövrieren. Zusammen mit Justizminister Zahle erreichte er die Schaffung eines staatlichen Polizeikorps und zusammen mit Innenminister Ove Rode (1867–1933) eine Struktur mit vier kleinen sogenannten Ämtern (Kreisen) – gegen den Widerstand der liberalen Partei Venstre gegen mehr Staat und ihre Forderung nach sparsamem Wirtschaften.[47]

Die sachliche Prüfung der Gesetzesentwürfe erfolgte durch in der Regel achtköpfige Unterausschüsse mit je zwei Mitgliedern aus den vier Parteien. Da die Minister der radikalen (linksliberalen) Regierung angehörten, kamen die Unterausschussvorsitzenden aus der Opposition, namentlich starke Venstre-Politiker (Liberale) wie Niels Neergaard (1854–1936), Jens Christian Christensen (1856–1930) oder Klaus Berntsen (1844–1927). Dem Kirchenunterausschuss etwa stand Christensen vor.

Obwohl der Reichstag die abschließende Entscheidungshoheit innehatte, war die Prüfung der Gesetzesentwürfe durch den Ausschuss beziehungsweise dessen Unterausschüsse der entscheidende Schritt. Allein in den Monaten April bis Oktober 1919 gingen dreizehn Entwürfe in die Ausschussprüfung – the-

---

45 Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (Anm. 17), 37f; Lov nr. 288 af 28.6.1920 om nogle bestemmelser vedrørende lovgivningen og forvaltningen i de sønderjyske landsdele.

46 O. A. Borum: Oversigt over den i de sønderjydske Landsdele endnu gældende Særlovgivning. Kopenhagen 1931, 9; Lov nr. 288 af 28.6.1920 om nogle bestemmelser vedrørende lovgivningen og forvaltningen i de sønderjyske landsdele; Skonberg: Retstidende (Anm. 15), 72f.

47 Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (Anm. 6), 137.

matisch von Seerecht über inländische Staatsdarlehen, dänische Währung, eine Ausgleichskasse, kommunale Verwaltung, Schutzpolizei und Zollbelange bis hin zu Maßnahmen zur Abhilfe des Mangels an Pfarrern reichend.[48] Als das Ministerium im März 1920 seine Arbeit einstellte, hatte es 42 Gesetzesentwürfe geprüft. Es musste zügig gearbeitet werden, denn sobald Dänemark die Verwaltungshoheit übernommen hatte, sollten die vielen Gesetze in Kraft treten.

Propaganda im Vorfeld der Abstimmungen

Im Oktober 1919 richtete Hanssen ein dem Ministerium angegliedertes vorübergehendes Büro zur Information über dänische Gesellschaftsverhältnisse und Schaffung von Gegenwicht zur deutschen Propaganda ein. Die Bezeichnung war Oplysningskontoret (Informationsbüro, wobei *oplysning* auch Aufklärung bedeuten kann), die Leitung oblag Obergerichtsanwalt O. P. Schlichtkrull (1864–1940). Der Minister setzte im Oktober 1919 den Nordschleswig-Ausschuss davon in Kenntnis, dass die deutsche Seite sehr hohe Mittel für Prospekte, Plakate und Agitation aller Art aufwende. In Nordschleswig waren Papier und Druckerschwärze knapp, und es fehlte an Geld, um der deutschen Propaganda etwas entgegenzusetzen. Schlichtkrull veranschlagte einen Finanzierungsbedarf von etwa fünfzigtausend Kronen, die der Ausschuss sogleich bewilligte. Die Summe wurde indessen erheblich überschritten, hauptsächlich wegen der vielen Drucksachen für die zweite Zone. Das Informationsbüro gab Flugblätter heraus, und im Dezember 1919 erschien eine informative Artikelsammlung unter dem Namen *Haandbog for danske Tillidsmænd* (Handbuch für dänische Vertrauensleute/Betriebsräte) zu Themen wie Arbeitslosigkeit, Arbeitsentgelt, Preise für Waren des täglichen Bedarfs, Währungsfragen, Warenverkehrsbilanz, Steuerbelange und soziale Daseinsvorsorge.[49]

Die Auflösung des Ministeriums

Die Gründung des Nordschleswig-Ministeriums erfolgte kurz nach der Einstellung Frederik V. Petersens (1868–1950) als Staatssekretär im Ministerprä-

48 Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (Anm. 17), 170–211.

49 Ebd., 251ff, 29.10.1919. O. P. Schlichtkrull: Beretning om Oplysningskontorets Virksomhed. In: Sønderjyske Årbøger 1923, 76–84; Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (Anm. 17), 251–253.

sidialamt, jedoch ohne ihn in die Entscheidung einzubinden. Er war sehr ehrgeizig und strebte nach Einflussnahme auf die anderen Ministerien.[50] Als die Prüfung von Gesetzesentwürfen durch das Nordschleswig-Ministerium dieses zunehmend zu überfordern schien, erwirkte er am 16. Januar 1920 eine Vorgabe des Ministerpräsidenten, die Vorgänge fortan „auf dem kleinen Dienstweg" durch einen Ausschuss abarbeiten zu lassen, der die Gesetze koordinieren und sie nach Priorität in eine Reihenfolge bringen sollte. Der Staatssekretär übernahm selbst den Vorsitz, die übrigen Mitglieder waren Hammerich, Juraprofessor Poul Johannes Jørgensen (1873–1947) und der Rechtsexperte im Nordschleswig-Ministerium Cohn.[51]

Aus der Abstimmung in der ersten Zone am 10. Februar 1920 gingen die dänisch gesinnten Nordschleswiger (*sønderjyder*) als klarer Sieger hervor, wohingegen die Abstimmung in der zweiten Zone am 14. März 1920 für sie in einer ebenso deutlichen Niederlage endete. Hanssens Widersacher im internen Grenzstreit, organisiert in den sogenannten Flensburg- und Danewerksbewegungen, bemühten sich gleichwohl weiterhin um die Einverleibung Flensburgs in den dänischen Staat, was indessen eine Absetzung der Zahle-Regierung voraussetzte. König Christian X. stand unter dem Einfluss dieser Kräfte, und am 29. März 1920 entließ er plötzlich die Zahle-Regierung, wodurch es zu einer großen parlamentarischen Krise, der Osterkrise, kam.[52]

Als Minister zog Hanssen sogleich Konsequenzen. Er unterrichtete seine leitenden Mitarbeiter über die Entlassung und teilte in der Presse mit, dass er nicht als Minister eines kommissarischen Ministeriums weiterzumachen gedenke. Das Ministerium führte indessen seine Arbeit ohne Hanssen bis zum 12. April 1920 fort.

Der König ernannte den Richter am Obersten Gericht Otto Liebe (1860–1929) zum Ministerpräsidenten einer Übergangsregierung. Dieser teilte Büroleiter Hammerich mit, dass das Nordschleswig-Ministerium nunmehr in das Ministerpräsidialamt eingegliedert werde. Die Regierung Liebe hätte Hanssen gern als Berater eingesetzt, was indessen an politischen Widerständen scheiterte. Hammerich hingegen könne gern weitermachen, und Hanssen riet ihm dringend, dies auch zu tun.[53]

[50] Wiemann Eriksen: Træk af Statsministeriets historie (Anm. 18), 32–37.

[51] Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg (Anm. 17), 442. Die Fachministerien waren nicht beteiligt, wie bei Furdal angegeben: Fra preussiske landkommuner (Anm. 3), 106.

[52] Kaarsted: Påskekrisen (Anm. 7), 191ff.

[53] Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt (Anm. 6), 141f.

Dann zwang die Androhung eines Generalstreiks den König zur Einsetzung eines neuen kommissarischen Ministeriums mit dem Mitglied der staatlichen Obertreuhandschaft M. P. Friis (1857–1944) als Ministerpräsidenten. Dieser hätte Hanssen gern als Kommissar beauftragt, aber Widerstand vonseiten Venstres und der Konservativen machten dies unmöglich. Hanssen bot daraufhin seine Unterstützung in Form einer privaten Beratertätigkeit an – einschließlich der Teilnahme an Ministerbesprechungen und Führung der Oberaufsicht mit einem Nordschleswig-Büro im Ministerpräsidialamt, wohin die Aufgaben und das Personal seines Ministeriums verlegt worden waren.[54]

Die Gesetzgebungsarbeit wurde relativ schnell zum Abschluss gebracht und das Büro anschließend im Dezember 1920 aufgelöst – lediglich Skjerbæk blieb im Ministerpräsidialamt tätig. Hammerich wurde Leiter eines Nordschleswig-Büros im Außenministerium, das Personal anderweitig in der Zentraladministration weiterbeschäftigt. Staatssekretär Petersen bekam mit einem den Geschäftsbereich des Ministerpräsidialamts betreffenden Durchführungserlass vom 20. November 1920 bestätigt, dass zum ministeriellen Ressort auch weiterhin die nordschleswigschen Landesteile gehörten, soweit die Angelegenheiten nicht aufgrund ihrer sachlichen Beschaffenheit einem anderen Ministerium zuzuordnen seien. Dies leistete seinen ehrgeizigen Bestrebungen entscheidenden Vorschub, indem im darauffolgenden Jahr im sogenannten Staatshandbuch als Prinzip festgeschrieben wurde, dass die verbleibende Gruppe an Vorgängen, die keinem anderen Fachministerium zugeordnet werden könnten, in die Zuständigkeit des Ministerpräsidialamts fielen.[55]

Im Ergebnis

Rechtlich gesehen war das provisorische Ministerium für nordschleswigsche Angelegenheiten – das Nordschleswig-Ministerium – gleichbedeutend mit der Person des Ministers Hanssen. Es war für ihn geschaffen und ihm „auf den Leib geschrieben" worden, und entsprechend verschwand es auch mit seinem Abgang. Minister Hanssen waren eigentlich lediglich die Nordschleswig betreffenden Gesetzesentwürfe vor der parlamentarischen Lesung zur Kommentierung vorzulegen, aber er vermochte es darüber hinaus auch, Entwürfe

54 Ebd.,142ff.

55 Nørr: Hvad kaldte folk til Sønderjylland? (Anm. 28); Wiemann Eriksen: Træk af Statsministeriets historie (Anm. 18), 32–37.

anderer Minister in eine vom Wählerverein gewünschte oder als annehmbar angesehene Richtung zu beeinflussen. Als geschickter Politiker gelang es ihm nicht nur, Regierungschef und Justizminister Zahle von dessen Vorhaben einer schnellen Einführung von Gesetzen abzubringen, sondern auch in Abstimmung mit dem Premier, Gesetze gegen den Willen der Opposition durchzusetzen.

Da Nordschleswig vorübergehend durch die Internationale Kommission, die CIS, verwaltet werden würde, schuf Hanssen frühzeitig Kontakte zu diesem Gremium, wodurch er es etwa in Hinblick auf Abstimmungsregeln, Neutralisierungsmaßnahmen und die Lebensmittellage im Gebiet beeinflussen konnte.

Der Minister hatte als klares Ziel den Sieg bei der kommenden nationalen Abstimmung vor Augen, was aber voraussetzte, dass der Bevölkerung in ihrer nach dem Weltkrieg weiterhin vorherrschenden sozialen und wirtschaftlichen Not unter die Arme gegriffen würde. Es ist hier aufgezeigt worden, dass das Nordschleswig-Ministerium vor der Volksabstimmung Probleme zu mildern versuchte. Hanssen widersprach der unrealistischen Forderung des Wählervereins nach Währungsumtausch zum Vorkriegskurs, sorgte aber im Gegenzug für die Bereitstellung einer enormen Summe als Beihilfen für die Bevölkerung.

Die politischen Widrigkeiten führten Ostern 1920 zum Fall der Zahle-Regierung – und Hanssens Abgang. Es ist im Vorliegenden ebenfalls aufgezeigt worden, wie ein neuer Staatssekretär im Ministerpräsidialamt sich schon lange gewünscht hatte, die nordschleswigschen Angelegenheiten übernehmen zu können. Mit dem Abgang des Ministers aus Nordschleswig war der Weg dafür nun frei.

Den følte grænse – konstruktionen af den nye grænse

Morten Andersen

Sønderjyllands genforening med Danmark var en realitet med kong Christian X.s (1870–1947) underskrift på indlemmelsesloven den 9. juli 1920. Dermed var den praktiske indlemmelse af Sønderjylland i nationalstaten Danmark dog langt fra slut. Strategien fra dansk side var at integrere Sønderjylland fuldt ud i det danske samfund over så kort en årrække som muligt, og en national homogenisering af de nye landsdele var endemålet. Det krævede en følt grænse mellem Danmark og Tyskland. En analyse af, hvordan en sådan skarpt optrukket grænse blev konstrueret, er formålet med denne artikel. Bidraget bygger i høj grad på forfatterens ph.d. afhandling *Den følte grænse*.[1]

Den 9. november 1919 udtalte statsminister Carl Theodor Zahle (1866–1946):

> „Vi skal nu hævde og gennemføre de danske slesvigeres gamle krav om, at danskerne skal have lov at være danske, tyskere tyske. Vi vil ikke fortsætte den tvangspolitik, der har været ført i Sønderjylland. Ministeriets arbejde rettes mod det mål, at den danske del af Slesvig helt skal sammensmeltes med kongeriget og i enhver henseende udgøre en del af dette uden præg af særprovins; men dette kan kun realiseres, når det er danskere, der fra

[1] Morten Andersen: Den følte grænse. Slesvigs deling og genopbygning 1918–1933. Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland nr. 99. Aabenraa 2008.

> Slesvig kommer til Danmark, så vi kan smelte sammen til et nationalt ensartet folk, en virkelig nationalstat."[2]

Zahles udtalelse indeholder den radikale regerings grænsepolitik, der afviste at Flensborg og Sydslesvig skulle være en del af Danmark. Men udtalelsen indeholdt også en udbredt politisk tilgang til indlemmelsen af Sønderjylland i Danmark.

Da grev Otto Didrik Schack (1882–1949) holdt den officielle tale som sønderjydernes repræsentant på Dybbøl Banke den 11. juli 1920, gentog han budskabet med ordene: „Det store budskab genforeningen bringer os sønderjyder er, at vi nu ikke mere skal bære dette navn, men blive danske, ikke kun i sind, men også i navn."[3] Grænser draget efter den nationale selvbestemmelsesret krævede reelt, som den britiske udenrigsminister George Curzon (1859–1925) formulerede det, „en afblanding af folk", hvilket i praksis oftest blev udført via trusler og deportationer.[4] Den danske strategi var mindre voldsom, men ønsket om en „afblanding" var tydelig. Sammensmeltningen med nationalstaten Danmark skulle dog vise sig vanskeligere end forventet.

Forudsætningerne – den forskelligartede modernisering, krigen og overgangstiden

At Sønderjylland havde været adskilt fra Danmark i perioden 1864 til 1920, hvor moderniseringen af både det danske og tyske samfund tog fart, betød, at genforeningen skulle følges af et større integrations- og genopbygningsarbejde i Sønderjylland. Moderniseringen af de to samfund løb i sidste halvdel af 1800-tallet i forskellig retning. Hvor det tyske „Gründerboom" fra 1870 var præget af en stærk urbaniserings- og industrialiseringsproces omkring de store bycentre, var den danske modernisering præget af landbrugets industrialisering med andelsbevægelsen og omlægningen af ekstensiv landbrugsdrift til

---

2 Henrik Becker-Christensen: Dansk Mindretalspolitik i Nordslesvig. Udformningen af den danske politik over for det tyske mindretal 1918–1920. Institut for Grænseregionsforskning. Aabenraa 1984, 153.

3 Otto Didrik Schack: Grænsesind. Optegnelser fra årene 1913–49. København 1970, 180.

4 Jan-Werner Müller: Kampen om demokratiet. Politiske ideer i det tyvende århundredes Europa. København 2018, 46. Elisabeth Schanz og Nils Arne Sørensen: Grænsen er nået. Afstemningsplakater fra grænselandet 1920. Aarhus 2020, 110–111. Se også Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt. München 2019.

intensiv animalsk produktion som drivkraft. Slesvig oplevede ikke en stærk urbanisering og forblev et landbrugsdomineret område. Alligevel blev regionen påvirket af tilknytningen til det tyske kejserrige og den tyske økonomi. Det slesvigske landbrug indrettede sig på leveringer til det tyske hjemmemarked, ligesom den, om end begrænsede, industrielle produktion blev rettet mod det tyske marked. Og da Tyskland forhøjede korntolden i løbet af 1880-erne for at beskytte det tyske landbrug mod amerikansk og russisk korneksport, forsvandt incitamentet til at omlægge driften til animalsk produktion, som det skete nord for Kongeåen.[5] Kongeriget og Slesvig var således vokset fra hinanden strukturelt.

En anden årsag til, at sammensmeltningen med Danmark tog længere tid end forventet, var krigen. Første Verdenskrig havde kostet Tyskland og Sønderjylland dyrt. 5.270 sønderjyske mænd var faldet i krigen og omtrent 4.000 mænd kom hjem som invalider. De fire års krig havde sat en stopper for investeringer i produktionsapparatet og i stedet drevet en realisering af driftsmidlerne med sig. Ernæringssituationen i Tyskland var løbende blevet forværret i de fire år, trods voksende statslig kontrol over krigsøkonomien. Sortbørshandelen voksede som et resultat heraf og gav gode indtægtsmuligheder. Landbrugets likviditet forstørredes på den baggrund, men blev ikke brugt til investeringer i nye driftsmidler, da disse ikke var at få under krigen. I stedet blev midlerne anbragt i pengeinstitutter og brugt til afvikling af gæld.

Hertil kom markkursens gradvise fald som et resultat af krigsøkonomiens efterspørgsel på krigsindustrielle produkter og den tyske rigsbanks krigsfinansieringspolitik. Allerede i efteråret 1914 satte et kursfald ind, og det skulle vare ved og tage til indtil november 1923. Da det fra november 1918 blev klart, at Sønderjylland højst sandsynlig ville blive dansk, gav markkursens fald anledning til omfattende økonomisk spekulation. For det første i form af tysk kapitalflugt, der søgte væk „begrundet på Fabrikkernes socialisering, Manglen på Raastoffer, Arbejdernes høje Lønkrav og udfordrende Holdning, Tysklands isolerede Stilling i Verdenshandelen og ikke mindst de store Afgifter, som man frygtede, den tyske Stat vilde paalægge Formue og Indtægt", som direktør for Haderslev Bank, Christian Hübbe (1868–1945), beskrev det.[6] Dertil kom forventningen om en omveksling af markformuerne til kronemønt. Her kom mange sønderjyder

5 Med undtagelse af Als og Sundevedområdet, hvor der blev omlagt til animalsk produktion, se Hans Schultz Hansen: Det sønderjyske landbrugs historie 1830–1993. Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland nr. 72. Aabenraa 1994, 101–158.

6 Christian Hübbe: Haderslev Bank 1875–1925. Haderslev 1925, 114.

galt afsted. Med forventning om, at den tyske Reichsmark før eller siden ville genvinde sin styrke, optog mange sønderjyder lån i Danmark for med den mere værdifulde krone at afvikle deres markgæld. En opgørelse fra 1926 viste, at der i 1919 blev indfriet hypoteklån for 24,1 million Reichsmark. I 1918 var tallet 2 millioner. En rundspørge til danske pengeinstitutter i 1921 viste, at der var optaget lån i Danmark for et sted mellem 50 og 60 millioner kroner af sønderjyder før genforeningen. Der var som regel tale om kortfristede lån til en rente på 5–8 procent, hvilket var relativt dyrt. Især fordi genforeningen trak ud og først blev en realitet i juni 1920.[7] På den måde kom mange sønderjyder økonomisk dårligt fra start på deres tilværelse i Danmark. Det skabte forventninger om at blive kompenseret for tabet af den danske stat. Forventningerne blev ikke indfriet.

Den følte grænse og grænsetrafikken

Fredsslutningerne efter den Første Verdenskrig tegnede et nyt Europakort med 20.000 kilometer nye grænser. De 68 kilometer slesvigsk grænse var en lille del heraf. Den britiske økonom John Maynard Keynes (1883–1946) advarede mod de nye grænsers handelsbegrænsende effekt i bogen *The Economic Consequences of the Peace*, som han udgav i julen 1919. Han foreslog at oprette en frihandelsunion i Europa, der kunne opveje „some part of the loss of organization and economic efficiency….which must otherwise result from the innumerable new political frontiers now created between greedy, jealous, immature and economically incomplete, nationalist states."[8] Keynes var her cirka tredive år forud for sin tid, men skulle få ret i sin spådom om et Europa i økonomisk krise i det meste af mellemkrigstiden. Periodens økonomiske udvikling stod i stærk kontrast til tiden før 1914. Moderniseringen af Europa i de sidste årtier af 1800-tallet er senere blevet omtalt som den første globaliseringsbølge. Baggrunden herfor var en stigende international handel og en udpræget grad af fri bevægelighed over statsgrænserne. Paskontrol var stort set ikke eksisterende. Det fik ende med krigen, der med Jan-Werner Müllers ord betød: „at det sociale og økonomiske liv inden i staterne nu blev meget strammere reguleret, ligesom det var tilfældet med livet mellem staterne: Efter 1918 krævede alle europæiske lande, at deres borgere bar pas."[9]

7 Andersen: Følte grænse (note 1), 71–78.
8 John Maynard Keynes: The Economic Consequences of the Peace. London 1920, 249.
9 Müller: Kampen om demokratiet (note 4), 42–43.

At de nye grænser blev væsentlige demarkationsobjekter for nationalstaterne fik Keynes ret i, også for den nye dansk-tyske grænses vedkommende. Reglerne for grænsetrafikken blev en kampplads for forskellige danske og tyske synspunkter på grænsens praktiske administration. Et referat skrevet i det danske udenrigsministerium den 3. april 1924 opsummerer dette forhold med ordene „Efter Fastsættelsen af den nye Grænse var den danske og tyske Grænsepolitik principielt forskellig. De tyske Bestræbelser gik ud paa at holde Grænsetrafikken saa levende og aaben som muligt, medens det danske Synspunkt var dette, at Grænsen burde føles."[10]

Natten mellem den 26. og 27. maj 1920 blev der indført dansk paskontrol ved grænsen mellem den første og anden afstemningszone i Slesvig, og den 17. juni påbegyndte både danske og tyske toldmyndigheder deres arbejde ved den nye grænse. Skulle man som tysk statsborger over grænsen krævede det, ud over et gyldigt pas, en ansøgning om visum, hvis formål skulle dokumenteres med bilag. Gebyret for et visum var 25,5 Reichsmark. Det var en betydelig barriere, der fra den ene dag til den anden blev lagt tværs over Slesvig, og det måtte ramme folk i området med familiemæssige og erhvervsmæssige bånd over grænsen mærkbart. De af henholdsvis den danske og tyske regering nedsatte repræsentanter i afstemningsområdet, administrator for de sønderjyske landsdele Viggo Haarløv (1872–1931) og afviklingskommissær, landråd Trümpelmann, foreslog derfor i fællesskab indførelsen af særlige regler for „den lille grænsetrafik".

Befolkningen inden for en zone af 30 km nord og syd for grænsen skulle have adgang til et særligt grænsepas gældende for tre måneder for henholdsvis 5 mark og 2 kroner. Det var set fra det danske justits- og udenrigsministerium alt for vidtrækkende, mens den tyske regering modsat ønskede at udstede grænsepas til alle indbyggere i grænselandet.

Den 23. oktober 1920 blev der indgået en aftale om den lille grænsetrafik. Personer, som ejede eller forpagtede ejendomme, der blev overskåret af grænsen, samt deres husstande og tjenestefolk, fik ret til at krydse grænsen med et gebyrfrit grænsekort af seks måneders gyldighed. Desuden blev man enige om, at indbyggere i amterne Tønder, Sønderborg og Aabenraa samt kredsene Flensborg land og by og Sydtønder, som havde familiemæssige eller erhvervsmæssige interesser på den anden side, kunne få et grænsepas, der skulle viseres af pasmyndighederne med gyldighed i seks måneder, for et gebyr på 2 kro-

10 RAK, Udenrigsministeriet, gruppeordnede sager 1909–45, 7.B.130 e.

ner eller 5 mark. Visumfriheden blev således begrænset til ejendomsbesiddere, hvis jord var blevet delt af grænsen. Det danske udenrigsministerium beskrev baggrunden for den danske politik med ordene: „Der findes i Danmark ingen egentlig Registreringspligt for Udlændinge, og det er derfor for Kontrollens Skyld af stor Betydning, at Adgangen til Grænseomraadet gøres afhængig af Opnaaelsen af et Visum, udstedt af en dansk Myndighed."[11]

Den dansk-tyske modsætning i grænsetrafikspørgsmålet var markant og havde to modsat rettede mål. Hvor man fra dansk side ønskede at markere grænsespørgsmålets endelige løsning, var målet fra tysk side med Handelskammeret i Flensborgs ord, „at den afståede første zone ikke går økonomisk tabt for Tyskland."[12] Denne tilgang havde en parallel i den almene tyske holdning til Versaillestraktatens bestemmelser. En særlig rolle spillede de handelspolitiske artikler 264–267, der forpligtede Tyskland til at give 27 allierede og associerede traktatstater mestbegunstigelser uden modydelser i op til fem år. Det betød, at Tyskland måtte åbne sine grænser for importvarer fra de 27 stater til mindste toldsats, uden at kunne eksportere tilsvarende. Desuden skulle der kunne indføres varer toldfrit fra Alsace-Lorraine og fra de til Polen afståede områder i tre år. En anden væsentlig del af Versaillestraktaten var de tyske krigsskadeserstatninger, der i maj 1921 blev fastsat til 132 mia. guldmark. Hensigten med disse bestemmelser var at svække Tyskland økonomisk og forsinke den økonomiske genopbygning af landet.

For tyskerne var bestemmelserne, og traktaten som sådan, ubærlige. Den økonomiske og grænsepolitiske strategi var derfor på alle måder at modgå traktatens bestemmelser. Her havde man med markkursens fald og inflationen et redskab, der gav Tyskland konkurrencedygtige eksportpriser over for de stater og områder, der ellers skulle mestbegunstiges. Det blev også føleligt i det dansk-tyske grænseland. Godt hjulpet på vej af en Aussenhandelsstelle, nedsat i Flensborg af den tyske rigskommissær for ud- og indførsel, der kunne give flensborgske virksomheder eksporttilladelser og særlettelser i forhold til centralt fastsatte handelsrestriktioner, voksede en grænsehandel frem i tiden umiddelbart efter juni 1920, med den svage mark som drivkraft. Det gav sønderjyske erhvervsdrivende en ulige konkurrence, der var svær at hamle op med. Som *Hejmdal* refererede fra en sønderjysk erhvervsdelegations besøg hos

11 Andersen: Følte grænse (note 1), 112 og RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.B.130c.

12 Stadtarchiv Flensburg. II C. Nr. 408. Die Flensburger Handelskammer. Betænkning fra Handelskammeret til Auswärtiges Amt 5.7.1920.

statsminister Neergaard den 25. januar 1921: „I de mørkeste Farver skildrede Deputationens Medlemmer, hvilken Skade den legitime Erhvervsvirksomhed lider paa alle Omraader ved handelen med de tyske Varer, og anmodede Ministeriet om at iværksætte øjeblikkelige Foranstaltninger til hjælp for de truede Erhverv."[13]

Det danske industriråd blev bedt om hjælp af direktør for Brdr. Gram i Vojens, Aage Gram (1879–1957), der foreslog at sønderjyske virksomheder fik mulighed for at importere tyske varer toldfrit og sælge disse videre på det danske marked. På denne måde kunne sønderjyderne udnytte deres kendskab til det tyske marked og tyske forretningsforbindelser. Som Aage Gram skrev: „Vi har jo i afvigte Sommer maattet gøre Overgangen fra det tyske Marked til det danske Marked, og derved lidt store Tab. Vi har saaledes mistet hele vort Afsætningsmarked, og det er ikke gjort i en Haandevendning at ændre sine Konstruktioner, at faa en ny Fabrikation i Gang og at Oparbejde et nyt Marked."[14] Gram beskrev her det sønderjyske erhvervslivs store udfordring efter genforeningen. Det tyske marked var med grænsedragningen og de konkurrencedygtige tyske priser blevet utilgængeligt. I stedet skulle man arbejde sig ind på et relativt lille dansk marked og konkurrere mod en hjemmemarkedsorienteret dansk industri. Dertil kom så konkurrencen fra Flensborg.

Det danske Justitsministerium skrev et memorandum herom til Udenrigsministeriet den 9. februar 1921. Der var siden grænseoverenskomsternes ikrafttræden udstedt cirka 11.000 grænsepas på dansk og cirka 6.000 på tysk side, trods danske forsøg på at indskrænke antallet:

> „Følgen af de mange Grænsepas har været, at Beboerne i de sønderjyske Landsdele i meget vidt Omfang har foretaget Indkøb i Flensborg, og denne Trafik er fra tysk Side blevet understøttet i allerhøjeste Grad ved, at der, efter hvad man underhaanden har bragt i Erfaring, af den tyske Regering er Indrømmet Flensborg en Særstilling indenfor det tyske Rige derved, at Flensborg Handelskammer er bemyndiget til selvstændig og uden sædvanlig Udførselsafgift at udfærdige Udførselstilladelserne for Flensborg Firmaer til Udførsel til de sønderjydske Landsdele."[15]

[13] Hejmdal 25.1.1921.

[14] Helle Askgaard: Den sønderjyske industris udvikling fra 1920 til 1970. København 1970, 65–66.

[15] RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.B.130 b.

En begrænsning af grænsetrafikken måtte derfor tages op under de dansk-tyske forhandlinger i 1921–22 om en række praktiske sider af grænsens administration. Disse forhandlinger kom i særlig grad til at afspejle de dansk-tyske modsætninger. Departementschef Frederik C.G. Schrøder (1866–1936) fra Justitsministeriet beskrev situationen overfor udenrigsminister Harald Scavenius (1873–1939) med ordene: „De tyske Forhandlere tilstræbte en Ordning, hvorved man ser bort fra, at der er draget en ny Grænse, medens man fra dansk Side holder paa, at Grænsen som eksisterende maa respekteres."[16] Schrøder påpegede dertil, at Tyskland ikke officielt havde anerkendt grænsen, og at Danmark i den praktiske forvaltning af grænsen havde mulighed for at vise, at grænsen var kommet for at blive. Forhandlingerne endte med en dansk indrømmelse, således at landbrug beliggende på begge sider af grænsen uden at være direkte overskåret kunne tildeles visumfrie grænsekort. Samtidigt blev det aftalt, at erhvervsmæssige relationer, der gav mulighed for et grænsepas, skulle have været i funktion før den 23. oktober 1920. På den måde blev nye pendlermuligheder reelt forhindret.

Under forhandlingerne foreslog den tyske delegation oprettelsen af fælles dansk-tyske toldstationer i Flensborg og Tønder til gavn for handelen mellem de to lande. Byrådet i Tønder støttede forslaget varmt. Kontorchef Martin Hammerich (1883–1940), der spillede en stor rolle i genforeningens praktiske gennemførelse, skrev herom i et memorandum: „Det er imidlertid klart, at der – netop hvor det drejer sig om Forholdene i Tønder – kan og maa gøre sig nationalpolitiske Hensyn gældende ved siden af de tekniske. For Øjeblikket er der 8 tyske Toldere i Tønder, men hvis det slaas fast, at Tønder skal være ikke blot Endestation for de tyske Baner, men ogsaa almindelig tysk Toldstation, vil Personalet hurtigt forøges stærkt."[17] Toldstationen skulle placeres ved grænsen: „Forholdene er jo faktisk saaledes, at Tyskerne har al Grund til at tro, at vi ikke vil Holde fast ved Grænsen, naar vi intet gør for at markere den. En ny, pæn Grænsestation vil derimod markere, hvor Landet begynder", skrev Martin Hammerich til H. P. Hanssen (1862–1936).[18] Andre eksempler på de dansk-tyske modsætninger gjaldt adgangen til øen Sild og til Kollund Skov. Transport til Sild foregik med færge fra Højer Sluse, der nu lå på den

16 RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.B.80. Vedr. dansk-tyske forhandlinger 1921–22, se Troels Rasmussen: Den dansk-tyske traktat 1922. Den praktiske ordning af den nye grænse mellem Danmark og Tyskland. Institut for Grænseregionsforskning. Aabenraa 1996.

17 RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.B.83. Memorandum 20.1.1920.

18 Sst.

danske side af grænsen. Fra tysk side ønskede man derfor pas- og visumfri rejse gennem Danmark for tyskere, der ville til Sild. Ligesom man fra tyske side ønskede fri adgang for Flensborgs borgere til Kollund Skov, som Flensborg by ejede, men som nu lå i Danmark. Begge forslag blev afvist fra dansk side.

Et sidste eksempel var muligheden for at hente tjenestefolk fra Sydslesvig til arbejde i det nordslesvigske landbrug, hvilket der var tradition for og efter krigen et stort behov for. Det blev med markkursens fald attraktivt for sydslesvigske arbejdstagere at tage arbejde nord for grænsen. *Hejmdal* berettede i november 1922, at der befandt sig 100 tyske landarbejdere i Holbøl sogn, 200 i Bov sogn, 100 i Kliplev sogn og 40 i Uge sogn. *Hejmdal* spurgte om „Masseindvandringen af tyske Tjenestefolk til vore Grænseegne rummer en national Fare?" – og svarede selv bekræftende.[19] Der opstod en offentlig debat i Nordslesvig om „tyendespørgsmålet" i sommeren 1923. H. P. Hanssen berørte spørgsmålet i en genforeningstale juni 1923. Der opholdt sig da 5–6.000 personer i Nordslesvig på tre-seks måneders visum, næsten alle tjenestefolk og næsten alle i de sydligste sogne. Deres løn lå i gennemsnit 40 procent under normallønnen i Danmark. Indvandringen sydfra måtte begrænses, da „der nu i Grænsesognene høres langt mere Tysk end Dansk paa Gaden, men ogsaa, at Grænsesproget i et betydeligt Antal Hjem i Grænsesognene bliver tysk."[20] Landstingsmand for Venstre Hans Jefsen Christensen (1880–1956) påpegede modsat i sin genforeningstale, at hvis grænsen blev lukket for indvandringen sydfra, ville et større antal landbrug i Nordslesvig bukke under.[21] Man aner her en parallel til nutidens debat om østeuropæisk arbejdskraft og social dumping. I sidste ende besluttede det danske justitsministerium at reducere antallet af opholdstilladelser med 25 procent i 1924.[22]

At man fra tysk side agerede strategisk i grænsetrafikspørgsmålet, fremgik med al tydelighed af en skrivelse fra den tyske gesandt i København, Konstantin von Neurath (1873–1956), til Auswärtiges Amt den 3. november 1921. I september måned havde 121.000 danskere krydset grænsen for at gøre indkøb syd for grænsen. Det medførte tomme købmandsforretninger og tiltagende arbejdsløshed i Danmark. Den danske udenrigsminister Harald Scavenius havde få dage forinden været hos gesandten for at besvære sig over grænsetrafikken.

19 Hejmdal 6.11.1922.

20 Nationaltidende 11.6.1923 (RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.Z.4.)

21 RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.Z.4. Referat ved Svenningsen i Udenrigsministeriet og Hejmdal 16.6.1923.

22 Andersen: Følte grænse (note 1), 137–141.

Dertil svarede von Neurath: „han er kommet til den forkerte adresse, han må først henvende sig til Ententen for at opnå en ændring af Versailles-traktaten, kun ad den vej kan der skabes en effektiv afhjælpning."[23] Von Neurath afslørede her det egentlige mål bag den tyske politik og manglende indgreb mod inflationen. De små nabostater skulle vendes mod Ententemagterne og Versaillestraktaten for at øge presset for en revision af sidstnævnte.

Genopbygning og integration

Parallelt med grænsetrafikkens regulering blev der arbejdet med genopbygning og omstilling af den sønderjyske økonomi og infrastruktur til danske forhold. Et hovedelement i genopbygningen var tilførslen af kapital og kredit til Sønderjylland, som grundlæggende skulle stimulere og løfte investeringer i det sønderjyske erhvervsliv. Kapitaltilførslen startede med kronemøntens indførelse i Sønderjylland den 20. maj 1920. Omvekslingen af de tyske Reichsmark til danske kroner foregik til den på Københavns fondsbørs officielle kurs for Reichsmark, som i maj 1920 var 14 kroner for 100 Reichsmark. Omvekslingskursen var en skuffelse for mange sønderjyder. Mange havde håbet på en omveksling til „fredskurs", kursen fra august 1914 på 89 kroner for 100 mark. Den danske stat havde modsat sig dette ønske med henvisning til faren for spekulation i gæld og kapitalflugt.[24] Til gengæld ville man kompensere sønderjyderne for tab i forbindelse med krigen og inflationen. Med kronemøntens indførelse rejste den danske stat 97 millioner kroner til forskellige indsatser i Sønderjylland. I forhold til den danske stats udgifter på finansloven i 1919/20 på 286,5 millioner kroner var 97 millioner mange penge. Og det var vel og mærke kun det første indskud i landsdelen. Finansieringen af genforeningen blev i første omgang hentet ved udstedelsen af et statsligt „genforeningslån" på 145 millioner kroner i form af salg af 5 procent obligationer. Dertil kom beslutningen om, at salgssummen for De dansk-vestindiske Øer, som Danmark havde solgt til USA i 1917, skulle anvendes til finansiering af genforeningen. Salgsprisen blev siden opgjort til 25 millioner dollar, svarende til 153 millioner kroner i juli 1920.[25]

---

23 LASH, Abt. 309, Nr. 22560: Grenzabkommen und Grenzfragen. Se også Gerald D. Feldman: The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation 1914–1924. Oxford 1997, 397–398.

24 Se Morten Andersen: Det nordslesvigske valutaspørgsmål 1918–1920 og kronemøntens indførelse. I: Sønderjyske Årbøger 2002, 61–118.

25 Andersen: Følte grænse (note 1), 196–198.

Kompensationen for den lave valutakurs blev givet via Udligningskassen for Sønderjylland, der fik 350 kroner per indbygger i Sønderjylland til rådighed, i alt 59 millioner kroner. Sønderjyder, der kunne påvise tab af markformue i perioden fra januar 1914 til januar 1920, kunne søge om erstatning ved udligningskassen. Erstatningerne blev givet efter en glidende skala, således at dem med de mindste formuer fik størst erstatning. 25.252 sønderjyder søgte om erstatning. 20.832 fik tildelt erstatning, mens 4.420 måtte se ansøgningen afvist. Udover at give sønderjyderne kapital til at leve for, skulle erstatningerne give sig udslag i øgede bankindskud, der efterfølgende kunne bruges til udlån og investeringer i Sønderjylland. Det var også hvad der skete. Direktør Christian Hübbe vurderede, at indlånet i Haderslev Bank forøgedes med 4 millioner kroner på grund af valutaerstatningerne. En del af de 97 millioner kroner fra den danske stat gik til direkte indskud i sønderjyske banker og sparekasser. De fire store banker, Haderslev Bank, Den nordslesvigske Folkebank, Folkebanken for Als og Sundeved samt Tønder Landmandsbank, fik hver 3 millioner kroner i lån, mens øvrige banker og sparekasser fik et mindre beløb.

Dertil kom 10 millioner kroner til rådighed for støtteopkøb af obligationer fra den nystiftede Sønderjyllands Kreditforening. Det danske realkreditsystem var også i 1920 et ganske særligt system, og at få Sønderjylland integreret i dette blev set som en vigtig del af den økonomiske genforening. Når Sønderjyllands Kreditforening ikke desto mindre blev oprettet med monopol på kreditgivning i landsdelen, var det fordi lokalkendskab blev anset for en væsentlig faktor for virksomheden. Direktør for Sønderjyllands Kreditforening blev Poul Anker Callø (1882–1960), indtil da bogholder ved Frøs og Kalvslund Herreders Sparekasse. At der var et stort behov for kredit i Sønderjylland, vidner den allerede i 1923 rundede udlånssum på 100 millioner kroner om.[26]

Endnu en udlånsinstitution blev oprettet ved kronemøntens indførelse. Lånekassen for Sønderjylland fik 10 millioner kroner, der skulle anvendes til driftslån til handlende, næringsdrivende og landbrugere, der på grund af krigen og markens fald ikke havde mulighed for at skaffe sig driftskapital til at grundlægge eller opretholde en virksomhed. Lånekassen blev, dens begrænsede midler til trods, en væsentlig institution i Sønderjyllands økonomiske genopbygning. For det første blev dens udlånsmidler forhøjet med 2 millioner kroner i 1925 og 8 millioner kroner i 1927. For det andet blev Lånekassens udlånsvirksomhed knyttet til en vigtig del af Sønderjyllands strukturelle tilpasning til danske forhold, nemlig udstykning og omfordeling af landbrugsjord,

[26] Andersen: Følte grænse (note 1), 221–227

som under den ekstensive driftsform før 1920 ikke var gennemført så konsekvent som i Danmark.

Det havde et økonomisk, men også nationalpolitisk mål, at gennemføre dette efter 1920. Som Martin Hammerich skrev den 30. oktober 1923 i forbindelse med vedtagelsen af en jordfordelingslov for Sønderjylland:

> „Under det sidste Aars Ophold i Løgumkloster, hvor jeg har haft Lejlighed til paa nærmeste Hold at lære Folk og Forhold i vore sydligste Egne at kende, er det blevet tydeligere for mig, end det før har været, hvilken mægtig Rolle det spiller for Danskhedens nationale Befæstelse – eller hvad man med Rette kan kalde det – Landvinding, om Befolkningen i disse Egne økonomisk kan finde sig til Rette i Danmark."

Der havde været bestræbelser på at udvirke dette, blandt andet ved valutareguleringen: „Men alle Bestræbelser i de angivne Retninger vil kun bære Frugt i det Øjeblik, hvor den arbejdende Befolkning i By og navnlig paa Land økonomisk føler sig tryg og tilfreds i Danmark."[27] Hvad Hammerich beskrev her, var den økonomiske strategi bag genforeningen. Det tyske mindretals medlemmer var ikke udelukket fra tildeling af lånemidler fra de danske institutioner, men der blev uden tvivl skelet til de lokale forhold i udlånsvirksomheden. At skabe økonomisk tryghed for alle skulle øge loyaliteten over for den danske nationalstat, også fra hos tysksindede.

For det tredje var Lånekassen for Sønderjyllands betydning for den økonomiske genforening forbundet med den rolle som rådgiver og initiativtager til økonomiske indsatser i Sønderjylland, som Lånekassens bestyrelse fik igennem hele mellemkrigstiden. Med statsgældsdirektør P. O. A. Andersen (1862–1929) fra Finansministeriet som formand havde bestyrelsen direkte forbindelse med den danske statskasse. Og med Martin Hammerich, formand for Fælleslandboforeningen for Nordslesvig P.J. Refshauge (1869–1942), direktørerne fra Sønderjyllands kreditforening P.A. Callø og Orla Buhl (1871–1958) og fra 1924 de to lokale politiske sværvægtere Hans Jefsen Christensen, Venstre, og J.P. Nielsen (1873–1952), Socialdemokratiet, som medlemmer, blev det en økonomisk og politisk meget stærk institution, der altid havde Folketingets og regeringens øre, når det handlede om sønderjyske forhold.

At Sønderjyllands indlemmelse i Danmark viste sig vanskeligere end forudset, fremgår af, at Lånekassen oprindeligt var nedsat som en midlertidig

[27] RAÅ, Lånekassen for Sønderjyllands arkiv nr. 1832. Betænkning af 30.10.1923.

institution af to års varighed. Og fordi de økonomiske, og dermed de nationalpolitiske, udfordringer i landsdelen vedblev, voksede Lånekassens indflydelse med tiden. Det blev allerede en kendsgerning i 1923–24 med regeringens beslutning om en kreditindskrænkning, og dernæst om at genindføre kronens guldindløselighed. Politikerne ønskede at vende tilbage til førkrigstidens guldbunde valutakurs og undgå en inflation som den i Tyskland. Vedtagelsen af loven om at forhøje kronens guldkurs i december 1924 fik den effekt, at kronekursen øjeblikkeligt steg og allerede i september 1925 nåede kurs 90. Det havde den for Sønderjylland uheldige bivirkning, at de mange lån optaget i tiden 1920–23 blev fordyret betragteligt. Derfor fik Lånekassen for Sønderjylland stillet nye 2 millioner kroner til rådighed i 1925.[28]

Visumtvangens ophævelse

I august 1925 foreslog den tyske regering, at visumtvangen mellem Danmark og Tyskland blev ophævet. Den tyske regering havde iværksat en monetær stabilisering efter inflationens kulmination ved udgangen af 1923. Incitamentet til grænsehandel i Flensborg blev dermed kraftigt reduceret. Det fik dog ikke Tyskland til at ændre syn på grænsetrafikken, og visumtvangens ophævelse skulle stimulere den dansk-tyske handel, særligt i grænselandet. Ikke overraskende var det danske udenrigsministerium skeptisk. Visumtvangen havde ifølge ministeriet to formål: „1) ved at give et Middel til gennem Nægtelse af Udstedelse af Visum paa Kollektivpas i nogen Grad at modvirke en ikke ønskelig nationalpolitisk Agitation, 2) ved at sikre Muligheden for at forhindre en Tilstrømning af tysk Arbejdskraft til de i national Henseende tvivlsomme Egne ved Nægtelse af Visum til Arbejdssøgende."[29]

Amtmand for Aabenraa Amt, Kresten Refslund Thomsen (1884–1960), tilføjede i en samtale med Udenrigsministeriets udsendte embedsmand, at en ophævelse af visumtvangen ville opfordre danskere til at „søge Forretningsforbindelser Syd for Grænsen til Skade for de sønderjyske Købstæders og Flækkers Erhvervsliv." Refslund Thomsen spurgte også, om en dansk afvisning af visumtvangens ophævelse kunne påvirke Tysklands handelspolitiske

---

28 Andersen: Følte grænse (note 1), 235–239 og 241–245.

29 RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.Z.1. Referat i anledning af det tyske Forslag i Note af 20. ds. om Ophævelse af Visumtvang. 27.8.1925.

stilling overfor Danmark.[30] Tyskland fik sin toldpolitiske suverænitet tilbage i januar 1925 og vedtog i august 1925 en ny toldlov, der forhøjede importtolden på landbrugsvarer. Tysk landbrug og industri havde interesse i at beskytte det tyske landbrug og styrke den tyske industris hjemmemarked. Der var som nævnt tradition for en protektionistisk landbrugspolitik. Tolden ramte danske slagtekvægsproducenters eksport til Tyskland.[31]

Den nye socialdemokratiske regering i Danmark havde interesse i en forståelse med den tyske nabo om grænsepolitikken og tog imod tilbuddet om forhandlinger. Den 20. marts 1926 blev der udvekslet noter mellem det danske gesandtskab i Berlin og det tyske udenrigsministerium om at lette tyske handelsrejsendes virksomhed i Danmark og toldlettelser for danske landbrugsvarer i Tyskland.[32] Den dansk-tyske tilnærmelse fortsatte, og den 4. maj 1926 blev en overenskomst om visumtvangens ophævelse indgået mellem den danske og tyske regering. Ophævelsen trådte i kraft den 20. maj 1926. Dermed kunne danske og tyske statsborgere rejse over grænsen på de offentlige grænseovergangssteder, hvis blot de var i besiddelse af et nationalt pas. I aftalen blev det slået fast, at overenskomsten ikke ville berøre aftalerne om den lille grænsetrafik.[33]

Men ophævelsen af visumtvangen fik betydning for brugen af grænsepas. Mens grænsepas skulle fornys hvert halve år for 3,5 mark, skulle nationale pas fornys hvert andet år til en pris på 5 mark. Et nationalt pas var dermed blevet billigere. Til gengæld gav et grænsepas mulighed for at benytte de små bivejsovergange.[34] I 1928 opgjorde den danske konsul i Flensborg, Valdemar Neergaard-Møller (1881–1932), antallet af udstedte grænsepas i de tre tyske grænsekredse 1920–27:

---

30 RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.Z.1. Referat 16.10.1925.

31 Dirk Stegmann: Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1924/5–1929 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer und industrieller Interessen. I: Mommsen/Petzine/Weisbrod (red.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1974, 501 – 502. Schultz Hansen: Sønderjyske landbrug (note 5), 221. Patrick Salmon: Scandinavia and the great powers 1890–1940. Cambridge 1997, 248. På samme tid indførte Tyskland, der ikke havde accepteret sin nye østgrænse mod Polen, importrestriktioner og toldforhøjelser på polsk import for at destabilisere den nye polske stat økonomisk. Polen svarede igen med restriktioner på tysk import, og en toldkrig udspillede sig mellem de to lande frem til 1934.

32 Bekendtgørelse om en mellem den danske og tyske Regering truffet Overenskomst angaaende tyske Handelsrejsendes Behandling i Danmark. Nr. 204, Lovtidende 1926, 1093–1096.

33 Bekendtgørelse om Ophævelse af Pasviseringstvangen overfor tyske Undersåtter. Nr. 138, Lovtidende 1926, 831–832.

34 LASH, Abt. 309 Nr. 22560: Grenzabkommen und Grenzfragen.

Tabel 1 Grænsepas viseret af det danske konsulat i Flensborg 1920–27

ÅR	1920–21	1922	1923	1924	1925	1926	1927
ANTAL	23.299	24.139	27.470	21.011	19.172	5.688	699

Kilde: RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45 7.B.130æ

Med ophævelsen af visumtvangen i 1926 reduceredes behovet for grænsepas betragteligt, men som Neergaard-Møller skrev, havde konsulatet også „bestræbt sig for at anlægge en saa snæver en Anvendelse af Bestemmelserne som muligt, og at der i Aarenes Løb er gennemført en stadig stigende Indskrænkning i disse Visas Antal." Det gik med andre ord den rigtige vej med reduktionerne. Grænsepassene var dermed blevet næsten overflødige. Den 3. juli 1930 afsluttede den danske og tyske regering derfor en ny overenskomst om lettelser i grænsetrafikken. Til grænsetrafikken krævedes der nu blot et almindeligt nationalt pas, hvor personer bosiddende i grænseområdet kunne få en tillægsvedtegning, som berettigede dem til at opholde sig i op til tre uger i det andet lands grænseområde og til dér at udøve et erhverv, som de havde haft før den 23. oktober 1920.

Forhandlingerne om grænsetrafikken 1926–30 viste, at den overordnede samhandel mellem landene nu overtrumfede grænsetrafikkens betydning. Derfor kunne man fra dansk side gå med til visumtvangens ophævelse. Den lille grænsetrafik og de lokale og regionale forbindelser over grænsen var til dansk tilfredshed stort set elimineret.

Befæstelsen af grænsen

Året 1926 gav grund til bekymring for sammensmeltningen af Sønderjylland og Danmark. Sammen med de tyske toldforhøjelser på landbrugsvarer i 1925 betød kronens kursstigning, at det sønderjyske erhvervslivs problemer forøgedes. I januar 1926 udgav gårdejer Cornelius Petersen (1882–1935) for første gang bladet *Bondens Selvstyre*, og han startede en protestbevægelse, der ud over en form for middelalderligt bondeselvstyre krævede det sønderjyske landbrugs gæld nedskrevet til det halve. *Bondens Selvstyre* forårsagede en del virak, men blev aldrig taget helt seriøst.

Det gjorde derimod Kreditanstalt Vogelgesang, der blev stiftet i september 1926 med det formål at yde lån til tysksindede landmænd i Sønderjylland.

Vogelgesang havde 5 millioner Reichsmark fra den tyske rigsregering i ryggen, og selskabet ydede i sin levetid frem til 1945 udlån for 7,2 millioner kroner. De sidste måneder af 1926 var desuden præget af folketingsvalget den 2. december 1926, hvor Sønderjylland kom til at spille en vis rolle. Det tyske mindretals parti, Slesvigsk Parti, gik to procentpoint frem og fik 15,6 procent af stemmerne i Sønderjylland med udgangspunkt i ti valgkrav, hvoraf de første lød: „1. Vi vil en ny Grænseafgørelse, væk med Versailles, 2. Vi vil, uafhængig deraf, økonomisk Tilslutning til Tyskland."[35] Foruroligende budskaber set fra et dansk synspunkt. Den største vinder af folketingsvalget var dog Venstres nye statsministerkandidat, Thomas Madsen-Mygdal (1876–1943), der stillede op i Sønderjylland og høstede 9.300 personlige stemmer. Det vandt han statsministerposten på.

Madsen-Mygdal stillede op på budskabet om sociale nedskæringer, færre offentlige tjenestemænd og fastholdelse af kronens guldkurs. Han stod for et opgør med den stigende statslige indflydelse i det økonomiske liv. Spørgsmålet var, om det også skulle gælde statens indsats i Sønderjylland. Det skulle det ikke, og det var især Vogelgesangs fortjeneste. I sin tiltrædelsestale i folketingssalen den 19. december 1926 udtalte Madsen-Mygdal, at regeringen ville rette sin opmærksomhed mod de overordentligt store økonomiske vanskeligheder i de sønderjyske landsdele, uden dog at give konkrete løfter.

Dagen efter var Sønderjyllands Kreditforenings direktion i København for at drøfte den sønderjyske økonomi med Madsen-Mygdal og finansminister Niels Neergaard (1854–1936).

I forlængelse heraf afholdt Lånekassen et bestyrelsesmøde med Kreditanstalt Vogelgesangs virksomhed som væsentligste samtaleemne. Mødet skulle blive af afgørende betydning, da flere af de kommende års økonomiske initiativer i Sønderjylland her blev rejst. Som P.A. Callø sagde på mødet: „Noget maa der gøres. I Øjeblikket har Folk, der kommer i Vanskeligheder kun Vogelgesang at ty til." Frygten for Vogelgesang førte i første omgang til oprettelsen af Foreningen Landeværnet, hvis formål var „at styrke sønderjyske erhvervsdrivendes økonomiske Stilling, derunder navnlig at hjælpe danske Landmænd til at bevare eller erhverve egen Ejendom."[36] På basis af en frivillig kapitalindsamling og en landsdækkende national bevægelse fik Landeværnet indsamlet 2,2 millioner kroner til udlån. Det var en begrænset udlånssum i for-

[35] Hejmdal 16.11.1926.

[36] Hans Schultz Hansen: Dansk jord på danske hænder. Foreningen Landeværnet og den nationale jordkamp i Sønderjylland 1927–2002. Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland nr. 84. Aabenraa 2002, 43–44.

hold til Vogelgesangs midler, men det var heller ikke Landeværnets primære formål. Det var derimod, som Hans Jefsen Christensen udtalte i januar 1927, da foreningens oprettelse blev drøftet: „Han havde talt med Statsministeren og Finansministeren om Sagen i Tilslutning til Forhandlingerne om Kreditforholdenes Ordning, og de havde begge ment, at et saadant Organ var nødvendigt, og at der maatte gøres en Indsats af den Art fra sønderjysk Side, før man kunne træde hjælpende til med Statsmidler."[37]

Med Landeværnet som murbrækker fulgte de ønskede statsmidler, som Lånekassens bestyrelse havde foreslået i december 1926. De gik til oprettelsen af Sønderjysk Hypoteklånefond i februar 1927, der skulle yde lån i landejendomme i de sønderjyske landsdele mod sekundær pant. Fonden kunne anvende op til 20 millioner kroner. I marts 1927 fulgte yderligere 8 millioner kroner til Lånekassen for Sønderjylland. I april 1927 blev der ved lov oprettet akkordudvalg i hver retskreds i Danmark, som skulle rådgive ejere af landbrugsejendomme i forbindelse med indgåelse af forlig mellem kreditor og debitor om nedskrivning af gælden for at undgå tvangsauktion. Akkordudvalgene var en af Lånekassen for Sønderjylland opfundet institution, der nu blev gældende for hele landet. Endelig åbnede Sønderjyllands Kreditforening i marts 1928 en statsgaranteret fjerde udlånsserie med 5 procent obligationer. Med en meget liberal statsminister ved roret var det vidtrækkende statslige tiltag, der her blev iværksat i Sønderjylland. Hvordan kunne det lade sig gøre?

Det svarede P.A. Callø på i december 1929. Den 1. juni 1929 blev lov om foranstaltninger til fremme af udstykningen i de sønderjyske landsdele vedtaget. Landbrugsministeren fik 10 millioner kroner stillet til rådighed i finansåret 1929/30 til at indkøbe jordarealer egnet til udstykning, til oprettelse af nye landbrug, til grundforbedringer og til anlægning af veje på disse arealer.[38] Der var siden 1920 blevet oprettet 668 nye husmandsbrug i Nordslesvig. Den nye udstykningslov af juni 1929 skulle forvaltes af Statens Jordlovsudvalg, der var blevet nedsat under den radikale regering i 1919. Callø var skeptisk over for statshusmandsbrug. I et brev til sin kollega Orla Buhl den 16. december 1919 begrundede han dette med ordene:

---

37 RAÅ, H.P. Hanssens arkiv nr. 272/146: Korrespondancesager vedr. Landeværnet. Referat af møde 7.1.1927. Schultz Hansen: Dansk jord (note 36), 39–40.

38 Lov om Foranstaltninger til Fremme af Udstykningen i de sønderjydske Landsdele. Nr. 137. Lovtidende 1929, 859–860.

„Naar vi af alle Kræfter arbejder paa at virkeliggøre Genforeningen, at gøre Nordslesvig til et virkeligt Stykke Danmark, saa er det for at befæste Grænsen, gøre det vanskeligt for Tyskerne at ta' os, men ogsaa vanskeligt at ha' os, hvis de skulde falde for Fristelsen. Dette Synspunkt kan jeg ikke helt lade ude af Betragtning ved Bedømmelsen af den sønderjydske Jordpolitik. Det maa ikke være saaledes, at Tyskerne i givet Tilfælde kan lægge Haanden paa Tusinder af Statsfæste-Ejendomme."[39]

Beskrivelsen rammer den overordnede strategi bag den økonomiske genforening, der var blevet arbejdet på siden 1920. P.A. Callø havde været en central person i dette arbejde via sin direktørpost i Sønderjyllands Kreditforening og bestyrelsespost i Lånekassen. Ligheden mellem Calløs ord og statsminister Zahles udtalelse 10 år tidligere om sammensmeltningen til en virkelig nationalstat er stor. Målet om den nationale sammensmeltning var en politisk topprioritet i hele perioden. Og med målet fulgte rigelige statslige midler, selv under den liberale statsminister Madsen-Mygdal.

Konklusion – den følte grænse

Det sønderjyske Erhvervsudvalg, der nødtvunget blev nedsat af Madsen-Mygdals regering i maj 1928, sammenlignede i sin konklusion på undersøgelsen af erhvervsvilkårene i Sønderjylland forholdene dér med dem syd for grænsen:

„Erhvervslivet i Slesvig-Holsten har efter Krigen og Markens sammenbrud staaet over for den samme Nødvendighed, men den økonomiske Hjælp, Erhvervslivet i Sønderjylland hertil har modtaget fra Statens Side, – en Hjælp, der indtil 1. Januar 1928 ifølge Skrivelse af 9. Januar 1929 fra Statsministeriet er opgjort til ca. 108 Mill. Kr., foruden Rente- og Hovedstolsgarantier for Kreditforenings-, Hypoteklaanefonds- og saakaldte Realkreditlaan til et Beløb af indtil 76 Mill. Kr. – er uden Sidestykke i Tyskland."[40]

[39] RAÅ, P.A. Calløs arkiv nr. 93/26: Brev til Buhl 16.12.1929.

[40] Beretning afgiven af Det Sønderjydske Erhvervsudvalg 1928–29. København 1929, 37. Om udvalget, se John Skonberg: Den sønderjyske støttelovgivning 1925–1929. I: Erhvervshistorisk Årbog 1978, 149–178.

Sønderjyderne skulle med andre ord være tilfredse med den danske stats indsats for den økonomiske genforening. Det var der mange sønderjyder, der ikke var, og konklusionen var da også noget tendentiøs i sin udlægning. Det var en konklusion, som den danske stat var interesseret i at fremme i 1929, da erhvervsudvalgets beretning blev lagt frem. De økonomiske udfordringer i landsdelen var langt fra et overstået kapitel, den massive statslige indsats til trods. Da den verdensomspændende krise kom til Danmark i 1929–30, blev det skrøbelige sønderjyske erhvervsliv ramt særdeles hårdt. I 1931 gik 286 sønderjyske landbrugsejendomme konkurs. Tallet steg til 484 konkurser i 1932. Nazisternes magtovertagelse i januar 1933 gav derfor anledning til massiv ængstelse i det sønderjyske.

Der var imidlertid en afgørende forskel på forholdene i 1933 og i 1920. Den økonomiske krise var nu at føle i hele Danmark. Den nye protestbevægelse, Landbrugernes Sammenslutning, havde tilsvarende sit udgangspunkt på Randersegnen og var et landsdækkende fænomen. Den politiske reaktion på krisen var ligeledes en national reaktion. Kanslergadeforliget den 30. januar 1933, selvsamme dag som Hitler blev udnævnt til rigskansler i Tyskland, indeholdt sociale reformer og en kronedevaluering med ti procent i forhold til det britiske pund, der skulle hjælpe hele det danske samfund over krisen. Frygten for det nazistiske Tyskland var stærk i Sønderjylland, men også tilstede i det øvrige land. Grundlæggende var den dansk-tyske grænse i 1933 en meget markant skillelinje og dermed en „følt" grænse, sådan som det danske udenrigsministerium havde ønsket sig. Det var en følt grænse økonomisk, politisk og kulturelt mellem to nationalstater, der nu gik yderligere i hver sin retning: mod demokrati eller mod diktatur.

Besættelsen af Danmark den 9. april 1940 var det værst tænkelige scenarie for dem, der siden 1920 havde arbejdet for sammensmeltningen af Sønderjylland og Danmark. Ret beset kom besættelsen dog til at forstærke det dansk-tyske modsætningsforhold markant og den udjævnede mange af de tilbageværende forskelle mellem Sønderjylland og det øvrige Danmark. Og derfor stod grænsen også stærkt efter 1945 – og for den sags skyld indtil i dag.



1: Før 1920 blev det sønderjyske landbrug drevet temmelig ekstensivt. Det gjaldt især i Tøndermarsken, som endnu ikke var afvandet og derfor var oversvømmet en stor del af vinteren (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Vor 1920 wurde die Landwirtschaft Nordschleswigs ziemlich extensiv betrieben. Dies war insbesondere für die Marsch bei Tondern zutreffend. (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



2: Den nye grænse ved Kruså. En bus passerer grænsen. Postkort fra 1920 (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Ein Autobus passiert die neue Grenze bei Krusau. Postkarte aus dem Jahr1920 (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



3: Den dansk-tyske grænse blev overvåget af et korps af grænsegendarmer i lyseblå uniformer. Her ses en gendarm med sin hund. (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Die deutsch-dänische Grenze wurde von einem Korps von Gendarmen überwacht, das hellblaue Uniformen trug. Hier ein Gendarm mit seinem Hund (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



4: Fabrikant Aage Gram var direktør for Brødrene Gram i Vojens, som efter 1920 blev en af landsdelens førende industrivirksomheder i metalbranchen (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Der Fabrikant Aage Gram war Direktor der Firma „Gebrüder Gram” in Woyens, die nach 1920 einen führenden Industriebetrieb im nordschleswigschen Landesteil wurde (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).





5: Den tyske hyperinflation udhulede alle kontante formuer i Sønderjylland, som ikke var omvekslet til kroner (pengeseddel øverst). Realkreditlån i kroner kunne fås hos den nyoprettede Sønderjysk Kreditforening (bomærke nederst) (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Die deutsche Hyperinflation entwertete alle nordschleswigschen Vermögen, die nicht in Kronen gewechselt waren (Geldschein oben). Bodenkredit in Kronen konnten die Einwohner des Landesteils beim neuen Kreditverein für Nordschleswig erhalten (Firmenzeichen unten) (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



Litr. A. №2471

Medlemsbevis

FORENINGEN

LANDEVÆRNET

erkender herved af [illegible]

at have modtaget et Beløb 100 Kr.

skriver Eet Hundrede Kroner

hvorfor herved meddeles Tilstaaelse.

Foreningens Bestyrelse har optaget Dem som Medlem af LANDEVÆRNET i Overensstemmelse med Foreningens Vedtægter.

Tinglev, den [illegible] 1927

Paa Landeværnets Vegne:
I Forretningsudvalget

[illegible]

Noteret: [illegible]

6: Som et dansk modtræk overfor Kreditanstalt Vogelgesang blev Foreningen Landeværnet grundlagt i begyndelsen af 1927. Medlemsbevis (Rigsarkivet Aabenraa, museumssamlingen).

Als dänischer Gegenzug zur Kreditanstalt Vogelgesang wurde Anfang 1927 der Verein Landeværnet (dt. Die Landwehr) gegründet. Mitgliedskarte (Rigsarkivet Aabenraa, Museumssammlung).



7: Tøndermarskens afvanding skete i 1920'erne. Ved hjælp af pumpestationer blev overfladevandet ledt ud i Vadehavet. (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Die Entwässerung der Tonderner Marsch erfolgte in den 1920er-Jahren. Mit dem Einsatz von Schöpfwerken wurde das Oberflächenwasser ins Wattenmeer geleitet (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



8: Den nye grænse delte det gamle hertugdømme Slesvig. Tydeligt blev det i grænselandsbyen Rudbøl, hvor grænsen går midt gennem gaden (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Die neue Grenze durchschnitt das ehemalige Herzogtum Schleswig. Im Detail ist dieses im Grenzdorf Ruttebüll sichtbar, wo die Grenze sich in der Straßenmitte befindet (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Die spürbare Grenze – das Konstrukt der neuen Grenze

Morten Andersen

Die Wiedervereinigung Nordschleswigs/Sønderjyllands mit Dänemark wurde Realität, als König Christian X. (1870–1947) am 9. Juli 1920 das entsprechende Eingliederungsgesetz unterzeichnete. Allerdings war die *praktische* Eingliederung Nordschleswigs in den dänischen Nationalstaat damit noch lange nicht vollzogen. Die Strategie auf dänischer Seite bestand darin, Nordschleswig so schnell wie möglich vollständig in die dänische Gesellschaft zu integrieren – mit dem ultimativen Ziel einer nationalen Homogenisierung der neuen Landesteile. Das erforderte eine „spürbare" Grenze zwischen Dänemark und Deutschland. Eine Analyse, wie eine solche scharf gezeichnete Grenze geschaffen wurde, ist Gegenstand dieser Abhandlung. Der Beitrag basiert weitgehend auf der Dissertation des Autors *Den følte grænse*.[1]

Am 9. November 1919 äußerte der dänische Ministerpräsident Carl Theodor Zahle (1866–1946):

> „Wir haben jetzt die alten Forderungen der dänischen Schleswiger durchzusetzen und umzusetzen, dass den Dänen das Dänischsein und den Deutschen das Deutschsein erlaubt sein muss. Wir werden die bisherige Zwangspolitik in Nordschleswig nicht fortführen. Die Arbeit des Ministeriums wird darauf abzielen, den dänischen Teil Schleswigs voll-

---

1 Morten Andersen: Den følte grænse. Slesvigs deling og genopbygning 1918–1933 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 99). Apenrade 2008.

> ständig mit dem Königreich zu verschmelzen, damit er in jeder Hinsicht ein Teil davon werde und nicht das Gepräge einer Sonderprovinz erlange. Dies lässt sich jedoch nur verwirklichen, wenn aus Schleswig Dänen nach Dänemark kommen, damit wir zu einem national einheitlichen Volk, einem wahrhaften Nationalstaat verschmelzen können.“[2]

Zahles Äußerung spiegelt die Grenzpolitik der linksliberalen Regierung wider, nach der Flensburg und *Süd*schleswig nicht ein Teil Dänemarks werden sollten – und drückt gleichwohl auch den deutlichen politischen Willen zu einer Eingliederung *Nord*schleswigs in Dänemark aus.

Als Graf Otto Didrik Schack (1882–1949) als Vertreter der dänischen Nordschleswiger (*sønderjyder*) am 11. Juli 1920 seine offizielle Ansprache auf den Düppeler Schanzen hielt, wiederholte er diese Haltung mit den Worten: „Die große Botschaft der Wiedervereinigung an uns Nordschleswiger ist die, dass wir nun nicht länger diesen Namen tragen, sondern Dänen werden sollen – nicht nur der Gesinnung, sondern auch dem Namen nach.”[3] Grenzziehungen gemäß dem nationalen Selbstbestimmungsrecht sahen in der Realität, so auch durch den britischen Außenminister George Curzon (1859–1925) formuliert, „eine Entmischung der Völker” vor, die in der Praxis meistens mittels Drohungen und Deportationen herbeigeführt wurde.[4] Die dänische Strategie war hier zwar weniger vehement, beinhaltete aber gleichwohl erkennbar den Wunsch nach einer solchen „Entmischung”. Die Verschmelzung mit dem Nationalstaat Dänemark sollte sich indessen als schwieriger erweisen als erwartet.

Die Voraussetzungen – unterschiedliche Modernisierung, Krieg und Übergangszeit

Die Trennung Nordschleswigs von Dänemark im Zeitraum 1864 bis 1920, eine Phase, in der die Modernisierung der dänischen wie auch der deutschen

2 Henrik Becker-Christensen: Dansk Mindretalspolitik i Nordslesvig. Udformningen af den danske politik over for det tyske mindretal 1918–1920. Institut for Grænseregionsforskning. Apenrade 1984, 153.

3 Otto Didrik Schack: Grænsesind. Optegnelser fra årene 1913–49. Kopenhagen 1970, 180.

4 Jan-Werner Müller: Kampen om demokratiet. Politiske ideer i det tyvende århundredes Europa. Kopenhagen 2018, 46. Elisabeth Schanz und Nils Arne Sørensen: Grænsen er nået. Afstemningsplakater fra grænselandet 1920. Aarhus 2020, 110–111. Siehe auch Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt. München 2019.

Gesellschaft zunehmend voranschritt, bedeutete, dass die Wiedervereinigung mit umfassenden Integrations- und Wiederherstellungsmaßnahmen in Nordschleswig einhergehen musste, denn besagte Modernisierung der beiden Gesellschaften in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war in unterschiedlichen Richtungen verlaufen. War der deutsche „Gründerboom" ab 1870 durch einen vorwiegend in den Ballungszentren stattfindenden starken Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozess gekennzeichnet gewesen, so ging es bei der Modernisierung Dänemarks eher um die Industrialisierung der Landwirtschaft mit der aufkommenden Genossenschaftsbewegung und der Umstellung von extensiver Bodenbewirtschaftung auf intensive Tierhaltung als den wesentlichen Triebfedern. Schleswig verzeichnete keine starke Urbanisierung, sondern war weiterhin eine landwirtschaftlich geprägte Gegend. Dennoch wurde die Region durch ihre Zugehörigkeit zum deutschen Kaiserreich und zur deutschen Wirtschaft beeinflusst. Die schleswigsche Landwirtschaft richtete sich auf das Beliefern des deutschen Heimatmarktes ein, wie auch die – wenn auch nicht übermäßig ausgeprägte – industrielle Produktion auf den deutschen Markt abzielte. Als Deutschland zudem in den 1880er-Jahren als Schutzmaßnahme für die deutsche Landwirtschaft gegen amerikanische und russische Kornexporte den Kornzoll erhöhte, gab es keinen Anreiz mehr, den Betrieb auf Tierproduktion umzustellen, wie es nördlich der Königsau zunehmend passierte.[5] Insofern hatten sich das Königreich und Schleswig strukturell auseinandergelebt.

Ein weiterer Grund, weshalb die Verschmelzung mit Dänemark länger dauerte als erwartet, war der Krieg. Dieser Erste Weltkrieg hatte Deutschland und Nordschleswig große Opfer abverlangt. Es waren 5.270 nordschleswigsche Männer gefallen, und ungefähr 4.000 kehrten als Kriegsversehrte nach Hause zurück. Der vierjährige Krieg hatte nicht nur jegliche Investitionen in die Produktionsmittel zum Erliegen gebracht, sondern vielmehr sogar Veräußerungen von Betriebsmitteln zur Folge gehabt. Die Lebensmittelsituation in Deutschland hatte sich in den vier Jahren trotz gesteigerter staatlicher Kontrolle der Kriegswirtschaft laufend verschlechtert und einen schwunghaften Schwarzmarkt mit entsprechend guten Erlösaussichten entstehen lassen. Vor diesem Hintergrund verbesserte sich auf Seiten der Landwirtschaft deren Liquidität, die allerdings nicht in neue Betriebsmittel investiert wurde, da es

[5] Ausgenommen die Gebiete Alsen und Sundewitt, wo auf Tierhaltung umgestellt wurde, siehe Hans Schultz Hansen: Det sønderjyske landbrugs historie 1830–1993. (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 72). Apenrade 1994, 101–158.

diese im Krieg nicht zu kaufen gab. Stattdessen flossen die freigewordenen Mittel in die Geldhäuser und wurden zum Ablösen von Verbindlichkeiten, also Abtragen von Schulden, verwendet.

Hinzu kam der allmähliche Wertrückgang der Mark infolge der kriegswirtschaftlichen Nachfrage nach Rüstungsgütern und der Kriegsfinanzierungspolitik der deutschen Reichsbank. Bereits im Herbst 1914 hatte ein Kursverlust eingesetzt, der sich als fortdauernd und zunehmend erweisen sollte und bis zum November 1923 anhalten sollte. Als sich ab November 1918 die Anzeichen verdichteten, dass Nordschleswig höchstwahrscheinlich dänisch werden würde, kam es durch den Kursverfall der Mark zu umfassender Wirtschaftsspekulation: Zum einen in Form von deutscher Kapitalflucht „aus Gründen der Vergesellschaftung der Fabriken, des Rohstoffmangels, der hohen Lohnforderungen und Streitbarkeit der Arbeiterschaft, der isolierten Position Deutschlands im Welthandel und nicht zuletzt der Befürchtung, dass der deutsche Staat hohe Steuern auf Einkommen und Vermögen plane", so die Einschätzung des Direktors der Haderslebener Bank, Christian Hübbe (1868–1945).[6] Zum anderen war da die Vermutung einer Umwandlung der Markvermögen in die Kronenwährung – und hier sollten zahlreiche Nordschleswiger am Ende Blessuren davontragen: In Erwartung, dass sich die deutsche Reichsmark früher oder später wieder erholen würde, nahmen viele Nordschleswiger Kredite in Dänemark auf, um mit der stärkeren Krone ihre Markverbindlichkeiten abzuwickeln. Ausweislich einer Aufstellung aus dem Jahr 1926 wurden 1919 Hypotheken im Wert von 24,1 Millionen Reichsmark getilgt. 1918 waren es noch zwei Millionen gewesen. Laut einer Umfrage bei dänischen Geldinstituten 1921 hatten Nordschleswiger vor der Wiedervereinigung Darlehen im Gesamtwert von fünfzig bis sechzig Millionen Kronen in Dänemark aufgenommen. In der Regel handelte es sich um Kredite mit kurzen Laufzeiten zu Zinssätzen von fünf bis acht Prozent, was relativ hoch war – insbesondere, weil die Sache mit der Wiedervereinigung sich hinzog und am Ende erst im Juni 1920 Realität wurde.[7] Insofern hatten viele Nordschleswiger in ihrer neuen Existenz in Dänemark wirtschaftlich und finanziell einen schlechten Start, was wiederum zu Erwartungen eines Ausgleichs ihrer Verluste durch den dänischen Staat führte, die sich indessen nicht erfüllten.

6 Christian Hübbe: Haderslev Bank 1875– 1925. Haderslev 1925, 114.

7 Andersen: Følte grænse (Anm. 1), 71–78.

Spürbare Grenze und Grenzverkehr

Durch die Friedensschlüsse nach dem Ersten Weltkrieg veränderte sich die Europakarte mit 20.000 Kilometern neuer Grenzen – mit den schleswigschen 68 Kilometern als einem kleinen Teil davon. Der britische Ökonom John Maynard Keynes (1883–1946) warnte in seinem Buch *The Economic Consequences of the Peace*, erschienen Weihnachten 1919, vor den durch die neuen Grenzziehungen aufkommenden Handelshindernissen. Er regte die Bildung einer europäischen Freihandelsunion an – als Gegenmaßnahme und Ausgleich zu „some part of the loss of organization and economic efficiency […] which must otherwise result from the innumerable new political frontiers now created between greedy, jealous, immature and economically incomplete, nationalist states" („einem Teil des Verlustes an Organisation und wirtschaftlicher Effizienz […], der sonst unweigerlich aus den zahllosen neuen politischen Grenzen resultieren wird, die jetzt zwischen gierigen, eifersüchtigen, unreifen und wirtschaftlich mangelhaft dastehenden nationalistischen Staaten geschaffen worden sind.")[8] Keynes war seiner Zeit hier zwar um etwa dreißig Jahre voraus, sollte mit seiner Vorhersage einer Wirtschaftskrise während der meisten Jahre zwischen den beiden Weltkriegen in Europa aber Recht behalten. Die Wirtschaftsentwicklung in dieser Phase stand in starkem Kontrast zu der Zeit vor 1914. Die Modernisierung Europas in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ist später als die erste Globalisierungswelle bezeichnet worden. Die Gründe hierfür waren eine Zunahme des internationalen Handels und ein hohes Maß an Freizügigkeit über Staatsgrenzen hinweg. So waren etwa Passkontrollen weitgehend unbekannt. All dem setzte der Krieg ein Ende, der mit den Worten Jan-Werner Müllers bedeutete, „dass das soziale und wirtschaftliche Leben innerhalb der Staaten nunmehr einer sehr viel strafferen Regulierung unterlag, ebenso, wie das Dasein der Staaten untereinander: Nach 1918 verlangten alle europäischen Länder von ihren Bürgern das Mitführen eines Passes."[9]

Dass die neuen Grenzen zu wesentlichen Demarkationslinien der Nationalstaaten werden sollten, hatte Keynes richtig eingeschätzt – und auch die deutsch-dänische Grenze war da keine Ausnahme. Die Festlegung von Regeln des Grenzverkehrs wurde quasi zu Ersatzkriegsschauplätzen für dänische beziehungsweise deutsche Sichtweisen darüber, wie die Grenze in der Praxis zu

8 John Maynard Keynes: The Economic Consequences of the Peace. London 1920, 249.

9 Müller: Kampen om demokratiet (Anm. 4), 42–43.

handhaben sei. Ein im dänischen Außenministerium verfasstes Memorandum vom 3. April 1924 fasste diesen Umstand so zusammen: „Nach der Festlegung der neuen Grenze erwiesen sich die dänische und die deutsche Grenzpolitik als grundlegend verschieden. War man deutscherseits auf die Aufrechterhaltung eines möglichst lebhaften und offenen Grenzverkehrs bestrebt, so vertrat die dänische Seite den Standpunkt, dass die Grenze spürbar sein möge."[10]

In der Nacht vom 26. auf den 27. Mai 1920 wurde zwischen der ersten und zweiten schleswigschen Abstimmungszone dänischerseits eine Passkontrolle eingeführt, und am 17. Juni nahmen dänische wie deutsche Zollbehörden ihre Tätigkeit an der neuen Grenze auf. Wollte man als deutscher Staatsangehöriger die Grenze passieren, so bedurfte es neben der Vorlage eines gültigen Passes auch der Beantragung eines Visums, dessen Zweck durch entsprechende Unterlagen zu begründen war. Die Visumgebühr betrug 25,5 Reichsmark – eine beträchtliche finanzielle Hürde, die von einem Tag auf den anderen quer durch Schleswig aufgestellt wurde und Gebietsansässige mit familiären oder beruflichen grenzüberschreitenden Beziehungen zwangsläufig spürbar treffen musste. Die von der dänischen beziehungsweise deutschen Regierung jeweils benannten Vertreter im Abstimmungsgebiet, der Beauftragte für die nordschleswigschen Landesteile Viggo Haarløv (1872–1931) und Abwicklungskommissar Landrat Trümpelmann, schlugen daher gemeinsam eine Einführung von Sonderregeln für den „kleinen Grenzverkehr" vor.

Die Bevölkerung innerhalb eines Bereichs von dreißig Kilometer nördlich und südlich der Grenze sollte sich einen besonderen, für jeweils drei Monate gültigen Grenzpass für fünf Mark beziehungsweise zwei Kronen ausstellen lassen können, was dem dänischen Justiz- und Außenministerium allerdings entschieden zu weit ging, wohingegen die deutsche Regierung am liebsten allen Grenzlandbewohnern einen Grenzpass zugestanden hätte.

Am 23. Oktober 1920 wurde eine Vereinbarung über den kleinen Grenzverkehr getroffen. Personen, die als Eigentümer oder Pächter Immobilien nutzten, die von der Grenze nunmehr durchschnitten waren, sowie entsprechende haushaltsnahe Personen und Bedienstete erhielten das Recht auf Grenzübertritt mittels einer gebührenfreien Grenzkarte von sechsmonatiger Gültigkeit. Zudem verständigte man sich darauf, Einwohnern der Ämter (Kreise) Tondern, Sonderburg und Apenrade sowie der Kreise Flensburg Land und Stadt und Südtondern, die familiäre oder berufliche Beziehungen auf der jeweils an-

10 RAK, Udenrigsministeriet, gruppeordnede sager 1909–45, 7.B.130 e.

deren Seite hatten, einen – allerdings passbehördlich sichtvermerkspflichtigen (sprich: Visum) – Grenzpass zu ermöglichen, Gültigkeit sechs Monate, Gebühr zwei Kronen beziehungsweise fünf Mark. Die Visumbefreiung beschränkte sich somit auf Immobilienbesitzer, deren Grund und Boden durch die Grenze geteilt worden war. Die Beweggründe für diese dänische Politik formulierte das dänische Außenministerium so: „Es gibt in Dänemark keine eigentliche Erfassungspflicht für Ausländer, weshalb es aus Gründen der Kontrolle von großer Bedeutung ist, dass der Zutritt zum Grenzgebiet von der Erlangung eines durch eine dänische Passbehörde auszustellenden Visums abhängig gemacht wird."[11]

Die deutsch-dänischen Gegensätze in Fragen des Grenzverkehrs waren markant und hatten zwei sich widerstrebende Zielsetzungen. Wollte man dänischerseits die endgültige Lösung der Grenzfrage quasi „zementieren", so war es mit den Worten der Handelskammer zu Flensburg das Bestreben der deutschen Seite, „dass die abgetretene erste Zone wirtschaftlich Deutschland nicht verloren geht".[12] Dieser Ansatz hatte seine Parallele in der allgemeinen deutschen Auffassung zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages. Eine besondere Rolle spielten hierbei die Artikel 264 bis 267 über die Handelsbeziehungen, die Deutschland bis zu fünf Jahre lang ein gegenleistungsfreies Einräumen von Meistbegünstigungen gegenüber 27 alliierten und assoziierten Vertragsstaaten auferlegten. Das bedeutete, dass Deutschland seine Grenzen für Waren aus den 27 Staaten zum niedrigsten Zollsatz öffnen musste, ohne seinerseits entsprechend exportieren zu können. Außerdem sollten drei Jahre lang Waren zollfrei aus Elsass-Lothringen und den an Polen abgetretenen Gebieten eingeführt werden können. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Versailler Vertrages waren die deutschen Reparationsleistungen, die im Mai 1921 auf 132 Millionen Goldmark festgelegt wurden – in der Absicht, Deutschland finanziell zu schwächen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes zu verlangsamen.

Für die deutsche Seite waren die Bestimmungen – und der Vertrag als solcher – untragbar. Folglich zielte die wirtschaftliche und grenzpolitische Strategie in jeder Hinsicht darauf ab, den Vertrag zu unterlaufen. Und hier hatte man mit dem (Ver)fall des Markkurses und der Inflationen ein Instru-

[11] Andersen: Følte grænse (Anm. 1), 112; RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.B.130c.

[12] Stadtarchiv Flensburg. II C. Nr. 408. Die Flensburger Handelskammer. Stellungnahme der Handelskammer an das Auswärtige Amt 5.7.1920.

ment, das Deutschland gegenüber den meist zu begünstigenden Staaten und Gebieten zu wettbewerbsfähigen Preisen verhalf, was auch im deutsch-dänischen Grenzland zum Tragen kam. Mit tatkräftiger Unterstützung einer vom deutschen Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrangelegenheiten eingerichteten Außenhandelsstelle in Flensburg, die den dort ansässigen Betrieben vor dem Hintergrund zentral festgelegter Handelsbeschränkungen Exportgenehmigungen und Sondervergünstigungen verschaffen konnte, etablierte sich im Zeitraum unmittelbar nach Juni 1920 ein Grenzhandel, dessen Triebfeder die Schwäche der Mark war. Für die nordschleswigsche Wirtschaft bedeutete dies eine Wettbewerbsverzerrung, mit der man es schwerlich bis gar nicht aufnehmen konnte. In einem Bericht der Zeitung *Hejmdal* über den Besuch einer nordschleswigschen Wirtschaftsabordnung bei Ministerpräsident Neergaard am 25. Januar 1921 heißt es: „In den düstersten Farben malten die Delegationsmitglieder den Schaden aus, den die legitime Unternehmerschaft in allen Bereichen durch den Handel mit den deutschen Gütern erleide, und ersuchten das Ministerium um die Einleitung sofortiger Maßnahmen zur Unterstützung der bedrohten Betriebe."[13]

Um Hilfe wurde auch der dänische Industrierat gebeten, und zwar durch den Direktor des Kühlschrankherstellers Gebr. Gram in Woyens, Aage Gram (1879–1957), der vorschlug, dass nordschleswigsche Betriebe die Möglichkeit zur zollfreien Einfuhr deutscher Güter zwecks Weiterverkaufs auf dem dänischen Markt erhalten sollten. Auf diese Weise könnten die Nordschleswiger ihre Kenntnisse des deutschen Marktes und ihre deutschen Geschäftsbeziehungen ins Spiel bringen. Gram formulierte:

> „Wir haben ja im zurückliegenden Sommer den Übergang vom deutschen auf den dänischen Markt absolvieren und dabei erhebliche Einbußen erleiden müssen. So haben wir unseren gesamten Absatzmarkt verloren, und es ist für uns nicht im Handumdrehen möglich, die Bauweise unserer Geräte zu ändern, eine neue Fabrikation aufzubauen und einen neuen Markt zu erschließen."[14]

Gram schilderte hier die großen Herausforderungen der nordschleswigschen Wirtschaft nach der neuen Grenzfestlegung, durch die der deutsche Markt aufgrund seiner wettbewerbsfähigen Preise unzugänglich geworden war.

[13] Hejmdal 25.1.1921.

[14] Helle Askgaard: Den sønderjyske industris udvikling fra 1920 til 1970. Kopenhagen 1970, 65–66.

Stattdessen musste man sich auf einem relativ kleinen dänischen Markt einarbeiten und sich im Wettbewerb mit einer heimatmarktorientierten dänischen Industrie behaupten. Hinzu kam die Konkurrenz aus Flensburg.

Das dänische Justizministerium verfasste diesbezüglich am 9. Februar 1921 ein Memorandum an das Außenministerium. Seit Inkrafttreten der Grenzvereinbarungen waren auf dänischer Seite ungefähr elftausend Grenzpässe und auf deutscher Seite etwa sechstausend ausgestellt worden – trotz dänischer Bemühungen, das Aufkommen gering zu halten:

> „Aufgrund der vielen Grenzpässe hat es sich ergeben, dass die Bewohner der nordschleswigschen Landesteile sehr umfassend Einkäufe in Flensburg getätigt haben, und dieser Verkehr deutscherseits in allerhöchstem Maße dadurch begünstigt worden ist, dass, wie man unterderhand in Erfahrung hat bringen können, die deutsche Regierung Flensburg eine Sonderstellung innerhalb des Deutschen Reiches dergestalt zugebilligt hat, dass die Flensburger Handelskammer eigenständig und ohne die sonst üblichen Ausfuhrsteuern zum Ausfertigen von Ausfuhrgenehmigungen für Flensburger Unternehmen zwecks Ausfuhr in die nordschleswigschen Landesteile ermächtigt worden ist."[15]

Eine Beschränkung des Grenzverkehrs musste daher für die deutsch-dänischen Verhandlungen 1921 bis 1922 über verschiedene Aspekte der Grenzhandhabung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Gespräche, in denen die deutsch-dänischen Gegensätze besonders deutlich zutage traten. Staatssekretär Frederik C. G. Schrøder (1866–1936) aus dem Justizministerium schilderte gegenüber Außenminister Harald Scavenius (1873–1939) die Lage folgendermaßen: „Die deutschen Unterhändler strebten eine die neue Grenzziehung praktisch außer Acht lassende Regelung an, während dänischerseits auf Respektierung der Existenz ebendieser Grenze bestanden wurde."[16] Schrøder wies zudem darauf hin, dass Deutschland die Grenze offiziell nicht anerkannt, Dänemark aber im Gegenzug die Möglichkeit habe, deutlich zu machen, dass die Grenze gekommen sei, um zu bleiben. Die Verhandlungen endeten mit einem dänischen Zugeständnis dahingehend, dass beiderseits grenznah gelegenen

---

15 RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.B.130 b.

16 RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.B.80. Bzgl. der deu.-dän. Verhandlungen 1921–22, s. Troels Rasmussen: Den dansk-tyske traktat 1922. Den praktiske ordning af den nye grænse mellem Danmark og Tyskland. Institut for Grænseregionsforskning. Apenrade 1996.

landwirtschaftlichen Betrieben, auch ohne dass deren Ländereien von der Grenze regelrecht durchschnitten worden waren, ebenfalls visumfreie Grenzkarten erteilt werden konnten. Gleichzeitig wurde aber auch vereinbart, dass einen Grenzpass bedingende berufliche Beziehungen oder Gründe bereits vor dem 23. Oktober 1920 als Stichtag bestanden haben mussten, wodurch ein Aufkommen neuer Grenzpendlerströme in der Realität unterbunden wurde.

Im Rahmen der Verhandlungen schlug die deutsche Delegation die Einrichtung gemeinsamer deutsch-dänischer Zollstationen in Flensburg und Tondern vor – zum Nutzen des Handels zwischen beiden Ländern. Die Tonderner Gemeindevertretung war von dem Vorschlag sehr angetan. Büroleiter Martin Hammerich (1883–1940), der bei der praktischen Umsetzung der Wiedervereinigung eine herausragende Rolle spielte, schrieb dazu in einem Memorandum:

> „Es steht indessen außer Frage, dass – gerade, wo es um die Verhältnisse in Tondern geht – neben den rein technischen auch nationalpolitische Aspekte geltend gemacht werden können und müssen. Derzeit gibt es in Tondern acht deutsche Zollbeamte, aber wenn es zu der Festlegung kommt, dass Tondern nicht nur Endstation der deutschen Eisenbahnen, sondern zudem auch eine normale deutsche Zollstation sein soll, dann wird es hier schnell erhebliche personelle Aufstockungen geben."[17]

Die Zollstation sollte an der Grenze gelegen sein: „So, wie die tatsächlichen Gegebenheiten sind, haben die Deutschen ja allen Grund zu der Annahme, dass wir nicht an der Grenze festzuhalten gedenken, wenn wir nichts tun, um sie zu markieren. Eine neue, anständig anzusehende Grenzstation hingegen würde deutlich machen, wo das Land beginnt", so Martin Hammerich in einem Schreiben an Hans Peter Hanssen (1862–1936).[18]

Andere Beispiele für die unterschiedlichen Auffassungen betrafen die Erreichbarkeit der Insel Sylt oder den Zutritt zum Kollunder Gehölz. Nach Sylt verkehrte eine Fähre von der Hoyer Schleuse aus, die nun aber auf dänischem Gebiet lag. Deutscherseits bestand daher der Wunsch nach pass- und visumfreier Durchreise durch Dänemark für Deutsche, die nach Sylt wollten. Entsprechend sollte es aus deutscher Sicht für Flensburger Bürger freien Zugang zum im Eigentum Flensburgs befindlichen, aber jetzt in Dänemark gelegenen Kollunder Gehölz geben. Beide Ansinnen wurden von der dänischen Seite abgelehnt.

---

17 RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.B.83. Memorandum 20.1.1920.

18 Ebd.

Als abschließendes Beispiel sei die Möglichkeit des Einstellens von Hilfskräften aus Südschleswig zur Beschäftigung in der nordschleswigschen Landwirtschaft erwähnt, wofür es nicht nur eine Tradition, sondern nach dem Krieg auch einen großen Bedarf gab. Durch den Kursverfall der Mark wurde das Arbeiten nördlich der Grenze für Südschleswiger zunehmend attraktiv. Die Zeitung *Hejmdal* berichtete im November 1922, die Anzahl deutscher Landarbeiter in der Gemeinde Holebüll liege bei hundert, in Bau bei zweihundert, in Klipleff bei hundert und in Uk bei vierzig. *Hejmdal* warf die Frage auf, ob die „Masseneinwanderung deutscher Hilfskräfte in unsere Grenzgebiete eine nationale Gefahr" darstellen könne – und bejahte diese Frage gleich selbst.[19] Es kam in Nordschleswig im Sommer 1923 zu einem öffentlichen Diskurs über die *tyendespørgsmålet* (Magd- und Knechtfrage). Hanssen sprach das Thema in einer Wiedervereinigungsrede im Juni 1923 an. Zu dem Zeitpunkt hielten sich ungefähr fünf- bis sechstausend Personen im Rahmen eines Drei-bis-sechs-Monatsvisums in Nordschleswig auf – fast alles Hilfskräfte und Hausangestellte und alle in den südlichsten Gemeinden. Ihr Lohn lag durchschnittlich vierzig Prozent unter der in Dänemark sonst üblichen Vergütung. Hier müsse etwas geschehen, den Zuwanderungszahlen aus dem Süden müsse entgegengetreten werden, da „in den Grenzgemeinden jetzt weitaus mehr Deutsch als Dänisch auf den Straßen zu hören ist, und auch in vielen Haushalten in den Grenzgemeinden zunehmend das Deutsche als Grenzsprache gepflegt wird".[20] Das Landsting-Mitglied der liberalen Partei (Venstre) Hans Jefsen Christensen (1880–1956) wies hingegen in seiner Ansprache anlässlich der Wiedervereinigung darauf hin, dass im Falle eines Unterbindens der Zuwanderung vom Süden eine nicht unerhebliche Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe kollabieren würde.[21] Für den heutigen Leser mag an dieser Stelle eine Parallele zur derzeitigen Debatte über osteuropäische Arbeitskräfte und sogenanntes Sozialdumping erkennbar sein. Schlussendlich beschloss das dänische Justizministerium 1924 eine Senkung der Zahl der Aufenthaltsgenehmigungen um 25 Prozent.[22]

Dass man deutscherseits in Sachen Grenzverkehr durchaus taktierte, ergibt sich in aller Deutlichkeit aus einem Schreiben des deutschen Gesandten in Kopenhagen, Konstantin von Neurath (1873–1956), an das Auswärtige Amt vom 3. November 1921. Im September hatten 121.000 Dänen die Grenze

---

19 Hejmdal 6.11.1922.

20 Nationaltidende 11.6.1923 (RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.Z.4.)

21 RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.Z.4. Protokollnotiz von Svenningsen im Außenministerium und in Hejmdal 16.6.1923.

22 Andersen: Følte grænse (Anm. 1), 137–141.

überquert, um südlich davon einzukaufen. Die Folge waren verwaiste Ladengeschäfte und zunehmende Arbeitslosigkeit in Dänemark. Der dänische Außenminister Harald Scavenius war wenige Tage vorher beim Gesandten vorstellig geworden, um sich über den Grenzverkehr zu beschweren. Hierauf antwortete von Neurath, „er sei an die falsche Adresse gekommen, er möge sich zunächst an die Entente wenden und eine Änderung des Versailler Vertrags herbeiführen; nur dadurch könne eine wirksame Abhilfe geschaffen werden".[23] Von Neurath offenbarte hier das eigentliche Ziel der deutschen Politik und des Ausbleibens von Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation. Die kleinen Nachbarstaaten sollten gegen die Ententemächte und den Versailler Vertrag aufgebracht werden, um den Druck im Sinne einer Revision des Vertrags zu erhöhen.

Wiederaufbau und Integration

Parallel zu den Fragen des Grenzverkehrs beschäftigte man sich mit dem Wiederaufbau beziehungsweise der Umstellung der nordschleswigschen Wirtschaft auf dänische Verhältnisse, wobei ein Hauptaugenmerk für den Wiederaufbau auf der Zufuhr von Kapital und Krediten für Nordschleswig lag, die von Grund auf Investitionen in die nordschleswigsche Wirtschaft herbeiführen und steigern sollten. Die erste Kapitalzufuhrmaßnahme war die Einführung der Kronenwährung in Nordschleswig am 20. Mai 1920. Der Umtausch deutscher Reichsmark in Dänenkronen erfolgte zum offiziellen Reichsmarkkurs der Kopenhagener Börse, der im Mai 1920 vierzehn Kronen für einhundert Reichsmark betrug – eine herbe Enttäuschung für viele Nordschleswiger, die auf einen Umtausch zum „Friedenskurs" aus dem August 1914 von 89 Kronen für 100 Mark gehofft hatten. Der dänische Staat hatte sich diesem Wunsch mit Hinweis auf die Gefahr von Schuldenspekulation und Kapitalflucht widersetzt.[24] Als Ausgleich wollte man die Nordschleswiger für Verluste aus dem Krieg und der Inflation entschädigen. Mit der Einführung der Krone stellte der dänische Staat 97 Millionen Kronen für verschiedene Maßnahmen in

[23] LASH Abt. 309, Nr. 22560: Grenzabkommen und Grenzfragen. s. a. Gerald D. Feldman: The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation 1914–1924. Oxford 1997, 397–398.

[24] Siehe Morten Andersen: Det nordslesvigske valutaspørgsmål 1918–1920 og kronemøntens indførelse. In: Sønderjyske Årbøger 2002, 61–118.

Nordschleswig bereit. Gemessen an den staatlichen Aufwendungen, die im Haushalt 1919/20 Gesamtausgaben in Höhe von 286,5 Millionen Kronen vorsahen, waren 97 Millionen viel Geld, und das war wohlgemerkt erst die erste Finanzspritze für den Landesteil. Die Mittel für die Wiedervereinigung wurden in erster Linie durch das Auflegen einer staatlichen „Wiedervereinigungsanleihe" von 145 Millionen Kronen in Form von Fünf-Prozent-Schuldverschreibungen aufgebracht. Hinzu kam die Entscheidung, dass der Erlös aus der Veräußerung der Dänisch-Westindischen Inseln an die USA 1917 zur Finanzierung der Wiedervereinigung verwendet werden sollte. Der Verkaufspreis betrug 25 Millionen Dollar, was 153 Millionen Kronen im Juli 1920 entsprach.[25]

Die Kompensation für den niedrigen Währungskurs sollte durch die Ausgleichskasse für Nordschleswig gezahlt werden, die mit 350 Kronen je Einwohner Nordschleswigs ausgestattet wurde, insgesamt 59 Millionen Kronen. Nordschleswiger, die Verluste ihres Markvermögens im Zeitraum Januar 1914 bis Januar 1920 nachweisen konnten, hatten mittels Antrags die Möglichkeit einer Entschädigung durch die Ausgleichskasse. Zur Anwendung kam dabei ein Modell der „gleitenden Skala" nach dem Grundsatz „Je kleiner das Vermögen, desto höher die Entschädigung". Es stellten 25.252 Nordschleswiger Anträge, 20.832 erhielten eine Entschädigung, 4.420 wurden abschlägig beschieden. Außer den Nordschleswigern Kapital zur Lebensführung zu bewilligen, sollten die Entschädigungen auch zu höheren Einlagen bei den Banken führen, die später zur Kreditaufnahme und für Investitionen in Nordschleswig eingesetzt werden konnten. Dazu kam es dann auch. Nach Einschätzung des Direktors Christian Hübbe erhöhten sich die Einlagen in der Haderslebener Bank aufgrund der Währungsentschädigungen um vier Millionen Kronen. Ein Teil der 97 Millionen Kronen des dänischen Staats flossen in Form von Einlagen direkt in die nordschleswigschen Banken und Sparkassen. Die vier großen Banken, die Haderslebener Bank, die nordschleswigsche Volksbank, die Volksbank für Alsen und Sundewitt sowie die Tonderner Landwirtschaftsbank erhielten jeweils Kredite in Höhe von drei Millionen Kronen, andere Geldhäuser erhielten niedrigere Summen.

Hinzu kamen zehn Millionen Kronen für Stützungsankäufe von Schuldverschreibungen des neugegründeten nordschleswigschen Kreditvereins. Das dänische sogenannte Realkreditsystem war schon 1920 relativ einzigartig, und den hinzugekommenen Landesteil Nordschleswig darin zu integrieren, galt

[25] Andersen: Følte grænse (Anm. 1), 196–198.

als ein wichtiger Baustein der wirtschaftlichen Wiedervereinigung. Wenn dem Kreditverein für Nordschleswig bei seiner Gründung dennoch ein Monopol auf die Darlehensgewährung im Landesteil eingeräumt wurde, dann deshalb, weil Ortskenntnis und „Lokalkolorit" als ein wesentlicher Bestandteil für den Betrieb einer solchen Einrichtung angesehen wurden. Zum Direktor des Kreditvereins wurde Poul Anker Callø (1882–1960) berufen, der bis dahin als Buchhalter der Sparkasse für die Harden Frös og Kalslund tätig gewesen war. Dass es in Nordschleswig einen großen Bedarf für Kredite gab, davon zeugt die bereits für 1923 ausgewiesene (gerundete) Darlehenssumme von hundert Millionen Kronen.[26]

Eine weitere Kreditanstalt wurde mit der Einführung der Kronenwährung ins Leben gerufen. Die Darlehenskasse für Nordschleswig erhielt zehn Millionen Kronen zur Verwendung als betriebliche Darlehen für Händler, Gewerbetreibende und Landwirte, die wegen des Krieges und der Talfahrt der Mark keine Möglichkeit zur Beschaffung von Betriebskapital zwecks Gründung oder Aufrechterhaltung ihres Betriebs hatten. Diese Darlehenskasse sollte sich trotz ihrer relativ begrenzten Mittel als ein wesentlicher Stützpfeiler des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Nordschleswig erweisen. Zum einen wurden ihre Kreditmittel 1925 um zwei Millionen und 1927 nochmals um acht Millionen Kronen aufgestockt. Zum anderen wurde die Darlehensgewährung der Kasse mit einem wichtigen Aspekt der strukturellen Anpassung Nordschleswigs an dänische Verhältnisse verknüpft, und zwar die (Neu-)Parzellierung und Umverteilung landwirtschaftlichen Bodens, die während der extensiven Betriebsform vor 1920 nicht mit der gleichen Konsequenz wie in Dänemark stattgefunden hatten.

Dieses umzusetzen, hatte nach 1920 nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine nationalpolitische Zielsetzung. Martin Hammerich dazu am 30. Oktober 1923 im Zusammenhang mit der Verabschiedung eines Bodenverteilungsgesetzes für Nordschleswig:

> „Während meines jüngsten einjährigen Aufenthalts in Lügumkloster, wo ich Gelegenheit hatte, Volk und Verhältnisse in unseren südlichsten Gegenden aus nächster Nähe kennenzulernen, ist mir deutlicher als bisher geworden, was für eine gewichtige Rolle es für die nationale Festigung – oder wie man es im wahrsten Sinne berechtigterweise nennen kann: Landgewinnung – spielt, dass die Bevölkerung in diesen Gegenden sich wirtschaftlich in Dänemark zurechtzufinden vermag."

[26] Andersen: Følte grænse (Anm. 1), 221–227.

Entsprechende Bestrebungen hatte es da ja durchaus gegeben, unter anderem mit der Regelung der Währungsfrage: „Doch alle Bemühungen in die angestrebten Richtungen werden nur in dem Moment Früchte tragen, wenn die arbeitende Bevölkerung in den Städten und insbesondere auf dem Lande sich in Dänemark in wirtschaftlicher Hinsicht geborgen und zufrieden fühlt."[27] Worauf Hammerich hier anspielte, war die wirtschaftliche Strategie, die der Wiedervereinigung zugrunde lag. Zwar war es nicht so, dass die Mitglieder der deutschen Minderheit von der Darlehenszuteilung seitens der dänischen Institutionen ausgeschlossen waren, aber zweifellos eben auch nicht so, dass die örtlichen Verhältnisse im Kreditgeschäft nun so gar keine Rolle gespielt hätten. Es ging um „ökonomisches Wohlbefinden" für alle. Dieses herbeizuführen, sollte die Loyalität gegenüber dem dänischen Nationalstaat erhöhen – auch seitens der Deutschgesinnten.

Drittens war die Bedeutung der Darlehenskasse für Nordschleswig für die wirtschaftliche Wiedervereinigung auch mit der Rolle des Ratgebers und Initiators bei wirtschaftsbezogenen Maßnahmen in Nordschleswig verknüpft – wahrgenommen durch den Aufsichtsrat der Darlehenskasse im gesamten Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen. Mit dem Staatsschuldendirektor P. O. A. Andersen (1862–1929) aus dem Finanzministerium als Vorsitzendem hatte der Aufsichtsrat einen direkten Draht zur dänischen Staatskasse. Und mit Martin Hammerich sowie dem Vorsitzenden des Gesamtlandwirtschaftsverbandes für Nordschleswig, P. J. Refshauge (1869–1942), den Vorständen des Kreditvereins für Nordschleswig, P. A. Callø und Orla Buhl (1871–1958), und ab 1924 den beiden örtlichen politischen Schwergewichten Hans Jefsen Christensen, die liberale Partei Venstre, und J. P. Nielsen (1873–1952), Sozialdemokraten, als Mitgliedern wurde die Kasse wirtschaftlich und politisch zu einer sehr gewichtigen Einrichtung, die bei Parlament und Regierung stets ein offenes Ohr fand, wenn es um nordschleswigsche Belange ging.

Dass die Eingliederung Nordschleswigs in das dänische Königreich sich als schwieriger erwies als angenommen, zeigt auch der Umstand, dass die Darlehenskasse ursprünglich lediglich als eine vorübergehende, auf zwei Jahre befristete Einrichtung vorgesehen war. Weil aber die wirtschaftlichen und damit auch die nationalpolitischen Herausforderungen im Landesteil weiterhin anhielten, wuchs mit der Zeit auch der Einfluss der Darlehenskasse – ein Sachverhalt, der bereits 1923 bis 1924 deutlich wurde, als die Regierung zunächst eine Kreditbrem-

27 RAÅ, Archiv Nr. 1832: Lånekassen for Sønderjylland, Denkschrift/Stellungnahme v. 30.10.1923.

se und anschließend die Wiedereinführung der Goldeinlösbarkeit der Krone beschloss. Die Politik wollte zum goldgebundenen Währungskurs der Vorkriegsjahre zurückkehren und eine Inflation ähnlich der in Deutschland vermeiden. Die Einführung des Gesetzes zur Erhöhung des Goldkurses der Krone im Dezember 1924 ließ den Kronenwert unverzüglich steigen und bereits im September 1925 einen Kurs von neunzig erreichen. Das hatte für Nordschleswig den nachteiligen Nebeneffekt, dass die vielen im Zeitraum 1920 bis 1923 aufgenommenen Kredite sich erheblich verteuerten, weshalb der Darlehenskasse für Nordschleswig 1925 weitere zwei Millionen Kronen zur Verfügung gestellt wurden.[28]

Aufhebung des Visumzwangs

Im August 1925 schlug die deutsche Regierung eine Aufhebung des Visumzwangs zwischen Dänemark und Deutschland vor. Die deutsche Regierung hatte währungsstabilisierende Maßnahmen eingeleitet, nachdem die Inflation Ende 1923 ihren Höhepunkt erreicht hatte. Der Anreiz, zum Einkaufen nach Flensburg zu fahren, nahm damit erheblich ab, was Deutschland aber nicht zur Änderung seiner Sicht auf den Grenzverkehr veranlasste. Die Aufhebung des Visumzwangs sollte den deutsch-dänischen Handel beleben, besonders im Grenzland. Das dänische Außenministerium war hiervon erwartungsgemäß nicht angetan. Der Visumzwang hatte laut Ministerium zwei Ziele:

> „1) durch Verweigerung von Sammelpassvisa die Schaffung eines Mittels, um ein Stückweit einer unerwünschten nationalpolitischen Agitation entgegenzuwirken, 2) durch Verweigerung einer Visumerteilung an Arbeitssuchende die Gewährleistung der Möglichkeit zum Verhindern eines Zustroms deutscher Arbeitskräfte in die in nationaler Hinsicht fragwürdigen Gebiete."[29]

Der Amtmann für das Amt Apenrade, Kresten Refslund Thomsen (1884–1960), äußerte in einem Gespräch mit einem Gesandten des Außenministeriums, eine Aufhebung werde für Dänen Anreize schaffen, „südlich der Grenze Geschäftsbeziehungen anzustreben – zum Schaden der Wirtschaft der nordschleswig-

[28] Andersen: Følte grænse (Anm. 1), 235–239 und 241–245.

[29] RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.Z.1. Referat i anledning af det tyske Forslag i Note af 20. ds. om Ophævelse af Visumtvang. 27.8.1925.

schen Städte und Kleinortschaften". Refslund Thomsen warf zudem die Frage auf, ob ein dänisches Ablehnen der Aufhebung des Visumzwangs etwas an der handelspolitischen Stellung Deutschlands gegenüber Dänemark ändern könne.[30] Denn Deutschland erhielt im Januar 1925 seine zollpolitischen Hoheitsrechte zurück – und beschloss im August 1925 ein Zollgesetz mit erhöhten Importzöllen auf landwirtschaftliche Güter. Die deutsche Landwirtschaft und die Industrie hatten ein Interesse daran, die deutsche Landwirtschaft zu schützen und den heimischen Markt für deutsche Industrieprodukte zu stärken. Wie erwähnt, gab es eine Tradition für eine protektionistische Landwirtschaftspolitik. Vom neuen Zoll waren nun die Exporte dänischer Schlachtvieherzeuger nach Deutschland betroffen.[31]

Die neue sozialdemokratische Regierung Dänemarks war in Sachen Grenzpolitik an einer Verständigung mit dem deutschen Nachbarn interessiert und nahm dementsprechend ein diesbezügliches Verhandlungsangebot an. Am 20. März kam es zu einem Austausch von Noten zwischen der dänischen Gesandtschaft in Berlin und dem deutschen Außenministerium hinsichtlich Erleichterungen für in Dänemark tätige deutsche Handelsvertreter und Zollerleichterungen für dänische Landwirtschaftsgüter in Deutschland.[32] Die deutsch-dänische Annäherung setzte sich fort, und am 4. Mai 1926 wurde zwischen beiden Regierungen ein Abkommen über die Aufhebung des Visumzwangs zwischen Deutschland und Dänemark unterzeichnet. Sie trat am 20. Mai 1926 in Kraft. Somit konnten deutsche und dänische Staatsangehörige nunmehr die Grenze an den offiziellen Grenzübergangsstellen passieren und brauchten dafür lediglich im Besitz eines nationalen Passes zu sein. Das Abkommen sah zudem ausdrücklich vor, dass die Vereinbarungen in Sachen kleiner Grenzverkehr nicht angetastet würden.[33]

---

30 RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–45, 7.Z.1. Protokollnotiz 16.10.1925.

31 Dirk Stegmann: Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1924/5–1929 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer und industrieller Interessen. In: Mommsen/Petzine/Weisbrod (Hrsg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1974, 501–502; Schultz Hansen: Sønderjyske landbrug (Anm. 5), 221. Patrick Salmon: Scandinavia and the great powers 1890–1940. Cambridge 1997, 248. Zur selben Zeit führte Deutschland, das seine neue Ostgrenze zu Polen nicht anerkannt hatte, Importbeschränkungen und höhere Zölle auf polnische Importe ein, um den neuen polnischen Staat wirtschaftlich zu destabilisieren. Polen konterte mit Beschränkungen für deutsche Importe. So entspann sich zwischen den beiden Staaten ein Zollkrieg, der bis 1934 anhielt.

32 Durchführungsverordnung zu einem zwischen deutscher und dänischer Regierung geschlossenen Abkommen hinsichtlich des Umgangs mit deutschen Handelsvertretern in Dänemark. Nr. 204, Lovtidende 1926, 1093–1096.

33 Durchführungsverordnung zur Aufhebung des Passvisumzwangs gegenüber deutschen Untertanen [sic!] Nr. 138, Lovtidende 1926, 831–832.

Allerdings sollte die Aufhebung des Visumzwangs für die Nutzung von Grenzpässen von Bedeutung werden. Mussten Letztgenannte alle sechs Monate für eine Gebühr von 3,5 Mark verlängert werden, so brauchte ein nationaler Pass lediglich alle zwei Jahre verlängert zu werden; Gebühr: fünf Mark. Ein nationaler Pass war somit günstiger zu haben. Aber dafür konnte man mit einem Grenzpass auch die kleinen Nebenstraßenübergänge nutzen.[34] 1928 ermittelte der dänische Konsul zu Flensburg, Valdemar Neergaard-Møller (1881–1932), die Anzahl der ausgestellten Grenzpässe in den drei deutschen Grenzkreisen im Zeitraum 1920 bis 27:

Tabelle 1 Durch das dänische Konsulat zu Flensburg mit Visa versehene Grenzpässe 1920 bis 1927

JAHR	1920/21	1922	1923	1924	1925	1926	1927
ANZAHL	23.299	24.139	27.470	21.011	19.172	5.688	699

Quelle: RAK, Udenrigsministeriets gruppeordnede sager 1909–1945 7.B.130æ.

Mit der Abschaffung des Visumzwangs 1926 verringerte sich der Bedarf an Grenzpässen erheblich. Aber wie Neergaard-Møller hierzu schrieb, war das Konsulat auch „bestrebt, die Anwendung der Bestimmungen möglichst eng auszulegen, so dass im Laufe der Jahre eine immer stärkere Einschränkung der Anzahl solcher Visa herbeigeführt worden ist". Oder anders ausgedrückt: Mit den Verringerungen ging es in die gewünschte Richtung – die Grenzpässe waren nahezu überflüssig geworden. Am 3. Juli 1930 schlossen die deutsche und die dänische Regierung daher ein neues Abkommen im Sinne einer Lockerung des Grenzverkehrs. Zu Letzterem bedurfte es nunmehr lediglich eines gewöhnlichen nationalen Passes, für den Grenzlandbewohner einen besonderen Sichtvermerksanhang bekommen konnten, der zu einem bis zu dreiwöchigen Aufenthalt im Grenzgebiet des jeweils anderen Landes und hier zur Wahrnehmung einer beruflichen Tätigkeit berechtigte, sofern diese bereits vor dem 23. Oktober 1920 von der Person ausgeübt worden war.

In den Verhandlungen in Sachen Grenzverkehr 1926 bis 1930 stellte sich heraus, dass der allgemeine Handelsverkehr zwischen den beiden Staaten den Grenzhandel in Sachen Bedeutsamkeit mittlerweile überflügelt hatte, weshalb man von dänischer Seite einer Abschaffung des Visumzwangs zustimmen konnte. Der kleine Grenzverkehr und die örtlichen und regionalen Verbin-

[34] LASH Abt. 309 Nr. 22560: Grenzabkommen und Grenzfragen.

dungen über die Grenze waren zur Zufriedenheit der dänischen Seite quasi bedeutungslos geworden.

Die Festigung der Grenze

Das Jahr 1926 gab Anlass zur Besorgnis hinsichtlich der Verschmelzung Nordschleswigs mit Dänemark. Neben den deutschen Erhöhungen der Zölle auf landwirtschaftliche Güter 1925 führte der Kursanstieg der Krone zu einer Verschärfung der Probleme der nordschleswigschen Wirtschaft. Im Januar 1926 brachte der Hofbesitzer Cornelius Petersen (1882–1935) erstmals das Blatt *Bondens Selvstyre* (Bäuerliche Selbstverwaltung) heraus und rief eine Protestbewegung ins Leben, die außer einer Art mittelalterlich anmutender bäuerlichen Selbstverwaltung auch eine Wertberichtigung der Schulden der nordschleswigschen Landwirtschaft auf die Hälfte, also einen halben Schuldenschnitt, forderte. *Bondens Selvstyre* sorgte zwar für einigen Wirbel, jedoch ohne jemals richtig ernst genommen zu werden.

Das wurde hingegen die Kreditanstalt Vogelgesang, im September 1926 zum Zwecke der Darlehensgewährung an deutsch gesinnte Landwirte in Nordschleswig gegründet. Vogelgesang konnte auf fünf Millionen Reichsmark von der deutschen Reichsregierung zurückgreifen, und die Gesellschaft gewährte während ihrer Existenz bis 1945 Darlehen in Höhe von 7,2 Millionen Kronen. Die letzten Monate des Jahres 1926 waren zudem durch die Folketingswahl am 2. Dezember 1926 geprägt, bei der Nordschleswig, wie sich herausstellte, eine gewisse Rolle spielen sollte, weil die Partei der deutschen Minderheit, die Schleswigsche Partei, um zwei Prozentpunkte zulegte und 15,6 Prozent der Stimmen in Nordschleswig auf sich vereinigen konnte. Zur Wahl hatte man sich mit zehn Forderungen gestellt, von denen die ersten wie folgt lauteten: „1. Wir wollen eine neue Grenzentscheidung, weg mit Versailles! […] 2. Wir wollen, unabhängig davon, den wirtschaftlichen Anschluss an Deutschland."[35] Beunruhigende Aussagen, von einem dänischen Standpunkt aus betrachtet. Der eigentliche Gewinner der Folketingswahl war indessen der neue Ministerpräsidentenkandidat der liberalen Partei Venstre, Thomas Madsen-Mygdal (1876–1943), dessen Wahlkreis in Nordschleswig lag, und der 9.300 persönliche Stimmen erhielt und damit Regierungschef wurde.

---

[35] Hejmdal 16.11.1926.

Madsen-Mygdal war mit der Botschaft angetreten, Sozialleistungen kürzen, die Zahl der öffentlich bedientesten Beamten verringern und am Goldkurs der Krone festhalten zu wollen. Er stand für ein Zurückdrängen des stetig gestiegenen staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft, wobei sich die Frage ergab, ob das auch für staatliche Maßnahmen in Nordschleswig gelten sollte. Das sollte es nicht, was insbesondere auf Vogelgesang zurückzuführen war. In seiner Antrittsrede im Saal des Folketings am 19. Dezember 1926 erklärte Madsen-Mygdal, die Regierung werde ihr Augenmerk auf die außerordentlich großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Landesteilen Nordschleswigs richten, ohne jedoch konkrete Zusagen zu machen.

Tags darauf fand sich der Vorstand des Nordschleswigschen Kreditvereins in Kopenhagen ein, um mit Madsen-Mygdal und Finanzminister Niels Neergaard (1854–1936) die wirtschaftlichen Verhältnisse in Nordschleswig zu erörtern.

Hieran anknüpfend fand in der Darlehenskasse eine Aufsichtsratssitzung statt, in der die Tätigkeit der Kreditanstalt Vogelgesang das beherrschende Gesprächsthema war. Diese Sitzung sollte eine entscheidende Bedeutung erlangen, da hier mehrere Wirtschaftsinitiativen der kommenden Jahre in Nordschleswig erörtert wurden. Oder wie es Callø in der Sitzung ausdrückte: „Hier muss etwas geschehen. Derzeit haben Leute, die in Schwierigkeiten geraten, nur Vogelgesang als möglichen Ansprechpartner." Die erste Maßnahme aus Furcht vor Vogelgesang war die Gründung des Landwehrvereins, dessen Gegenstand „eine Stärkung der Wirtschaftskraft der Unternehmen in Nordschleswig" war, darunter „namentlich dänischen Landwirten beim Erhalt oder Erwerb eigenen Grundbesitzes zu helfen".[36] Durch eine Spendenaktion und eine flächendeckende nationale Bewegung konnte der Landwehrverein 2,2 Millionen Kronen zu Darlehenszwecken einwerben – eine im Vergleich zu den Vogelgesang-Mitteln vielleicht bescheidene Kreditsumme, aber großes Geldvolumen war auch nicht das Primärziel des Landwehrvereins. Vielmehr ging es um das, was Hans Jefsen Christensen im Januar 1927 im Zuge der Gespräche über die Vereinsgründung geäußert hatte: Er habe „im Anschluss an die Beratungen zur Regelung der Kreditverhältnisse mit dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister über diese Angelegenheit gesprochen, und sie hätten beide gemeint, dass ein solches Gremium nötig und dass vonseiten

[36] Hans Schultz Hansen: Dansk jord på danske hænder. Foreningen Landeværnet og den nationale jordkamp i Sønderjylland 1927–2002 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 84). Apenrade 2002, 43–44.

Nordschleswigs eine solche Maßnahme zu ergreifen sei, bevor beziehungsweise damit der Staat seinerseits Subventionen gewähren könne."[37]

Mit der Landwehr als Wegbereiter kamen auch die erbetenen Staatsmittel, wie im Dezember 1926 durch den Aufsichtsrat der Darlehenskasse beantragt. Sie flossen in die Schaffung des Nordschleswigschen Hypothekenkreditfonds im Februar 1927, der in den nordschleswigschen Landesteilen landwirtschaftliche Hypothekendarlehen im zweiten Rang erteilen sollte. Der Fonds hatte ein Volumen von bis zu zwanzig Millionen Kronen zur Verfügung. Im März 1927 kamen weitere acht Millionen Kronen für die Darlehenskasse für Nordschleswig hinzu. Im April 1927 wurde per Gesetz in jedem Gerichtsbezirk Dänemarks ein Vergleichsausschuss gebildet, der Eigentümer landwirtschaftlicher Immobilien im Falle drohender Zwangsversteigerung bei Vergleichsverhandlungen zwischen Schuldner und Gläubiger über teilweisen Schuldenerlass beraten sollte. Diese Akkordausschüsse waren eine von der Darlehenskasse für Nordschleswig erdachte Einrichtung, die nunmehr flächendeckend für ganz Dänemark eingeführt wurde. Und schließlich legte der Nordschleswigsche Kreditverein im März 1928 noch eine staatsbürgschaftlich abgesicherte Darlehenstranche mit fünfprozentigen Schuldverschreibungen auf. Mit einem sehr wirtschaftsliberalen Ministerpräsidenten am Ruder waren das schon ausgesprochen weitreichende staatliche Eingriffe, die hier in Nordschleswig umgesetzt wurden. Wie war das möglich?

Diese Frage beantwortete Callø im Dezember 1929. Am 1. Juni 1929 war das Gesetz über Maßnahmen zur Förderung der Parzellierung in den Landesteilen Nordschleswigs verabschiedet worden. Dem Landwirtschaftsminister wurden für das Finanzjahr 1929/30 zehn Millionen Kronen zwecks Ankaufs von Bodenflächen zur Verfügung gestellt, die zur Parzellierung, Schaffung neuer landwirtschaftlicher Betriebe, Bodenverbesserung und für den Straßenbau auf entsprechenden Flächen geeignet erschienen.[38] Seit 1920 waren 668 neue bäuerliche Kleinbetriebe in Nordschleswig geschaffen worden. Das neue Parzellierungsgesetz vom Juni 1929 stand unter der Verwaltung des Staatlichen Bodenreformgesetzausschusses, der unter der linksliberalen Regierung 1919 geschaffen worden war. Callø sah diese staatlichen Kleinbauernbetriebe kritisch. In einem Schreiben an seinen Kollegen Orla Buhl am 16. Dezember 1919 begründete er dies folgendermaßen:

---

[37] RAÅ, H.P. Hanssens Archiv Nr. 272/146: Korrespondancesager vedr. Landeværnet. Protokoll einer Sitzung v. 7.1.1927. Schultz Hansen: Dansk jord (Anm. 36), 39–40.

[38] Lov om Foranstaltninger til Fremme af Udstykningen i de sønderjydske Landsdele. Nr. 137. Lovtidende 1929, 859–860.

> „Wenn wir alles daransetzen, um die Wiedervereinigung zu verwirklichen, damit Nordschleswig zu einem wirklichen Stück Dänemark werde, dann deshalb, weil es darum geht, die Grenze zu festigen; es den Deutschen möglichst schwer zu machen, uns einzuheimsen, aber, sollten sie der Versuchung nicht widerstehen können, auch schwer, uns innezuhaben. Diesen Standpunkt kann ich bei der Betrachtung der Bodenpolitik in Nordschleswig nicht völlig außer Acht lassen. Es darf nicht so sein, dass sich die Deutschen gegebenenfalls Tausende staatliche Pachtbetriebe einverleiben könnten."[39]

Diese Darstellung deckt sich mit der allgemeinen Strategie der wirtschaftlichen Wiedervereinigung, an der seit 1920 gearbeitet worden war. Callø war kraft seiner Ämter als Vorstand des Kreditvereins für Nordschleswig und Aufsichtsratsmitglied der Darlehenskasse maßgeblich in diese Arbeit eingebunden gewesen. Die Ähnlichkeit zwischen den Worten Calløs und den Ausführungen Ministerpräsident Zahles zehn Jahre zuvor hinsichtlich des Verschmelzens zu einem wahren Nationalstaat ist frappierend. Das Ziel einer solchen nationalen „Fusion" hatte während dieses gesamten Zeitraums höchste politische Priorität. Und mit dieser Zielsetzung ging die Bereitstellung reichlich bemessener staatlicher Mittel einher – sogar unter dem liberalen Ministerpräsidenten Madsen-Mygdal.

Schlussbetrachtung – die spürbare Grenze

Der Nordschleswigsche Wirtschaftsausschuss, der notgedrungen im Mai 1928 durch die Regierung Madsen-Mygdal eingesetzt worden war, stellte in seiner Ergebnisdarstellung der Untersuchungen der wirtschaftlichen Gegebenheiten in Nordschleswig einen Vergleich zwischen den dortigen Verhältnissen mit denen südlich der Grenze:

> „Die Wirtschaft Schleswig-Holsteins stand nach dem Krieg mit dem Zusammenbruch der Mark der gleichen Notwendigkeit gegenüber, aber für die finanziellen Beihilfen, welche die Wirtschaft Nordschleswigs bislang von staatlicher Seite erhalten hat – Beihilfen, die Stand 1. Januar 1928 ausweislich eines Schreibens vom 9. Januar 1929 des Ministerpräsidialamts

[39] RAÅ, P.A. Calløs Archiv Nr. 93/26: Brief an Buhl 16.12.1929.

> mit ca. 108 Mio. Kr. beziffert worden sind, darin nicht enthalten Zins- und Tilgungsbürgschaften für Kreditvereins-, Hypothekendarlehensfonds- und sogenannte Realkreditdarlehen im Wert von bis zu 76 Mio. Kr. – gibt es in Deutschland kein entsprechendes Gegenstück."[40]

Anders ausgedrückt: Die Nordschleswiger sollten sich mit dem Einsatz des dänischen Staates für die wirtschaftliche Wiedervereinigung zufriedengeben. Aber viele Nordschleswiger sahen dies völlig anders, und das Resümee war in seiner Ergebnisauslegung denn auch ein wenig tendenziös. Denn es war ein Fazit, für das der dänische Staat 1929 bei der Vorlage des Wirtschaftsausschussberichts an einer positiven Darstellung interessiert war. Die wirtschaftlichen Herausforderungen im Landesteil waren jedoch weit davon entfernt, ein abgeschlossenes Kapitel zu sein – aller massiven staatlichen Maßnahmen zum Trotz. Als die Weltwirtschaftskrise 1929/30 Dänemark erreichte, wurde die fragile nordschleswigsche Wirtschaft besonders hart davon getroffen. Im Jahr 1931 meldeten 286 nordschleswigsche Landwirtschaftsbetriebe Konkurs an; 1932 war die Zahl der Konkurse auf 484 angestiegen. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland im Januar 1933 tat ein Übriges und gab insofern Anlass zu heftigen Befürchtungen in Nordschleswig.

Allerdings gab es zwischen den Verhältnissen 1933 und 1920 einen entscheidenden Unterschied: Die Wirtschaftskrise war diesmal in ganz Dänemark zu spüren. Die neue Protestbewegung Vereinigung der Landwirte hatte dementsprechend ihren Ursprung in der Gegend um Randers im nördlichen Mitteljütland und war eine flächendeckende Erscheinung. Die politische Reaktion auf die Krise war ebenfalls eine nationale: der sogenannte Kanzlerstraßenvergleich[41] vom 30. Januar 1933 – dem Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Die Furcht vor Nazideutschland war in Nordschleswig ausgesprochen groß, aber auch im Rest des Landes vorhanden. Grundlegend war die deutsch-dänische Grenze ab 1933 eine sehr markante Trennlinie – und damit zu jener „spürbaren" Grenze geworden, die das dänische Außenministerium sich vorgestellt hatte. Spürbar im Sinne einer wirtschaftlichen, politischen

[40] Beretning afgivet af Det Sønderjydske Erhvervsudvalg 1928–29. Kopenhagen 1929, 37. Über den Ausschuss siehe John Skonberg: Den sønderjyske støttelovgivning 1925–1929. In: Erhvervshistorisk Årbog 1978, 149–178.

[41] Benannt nach der Kopenhagener Wohnadresse des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stauning; der Vergleich sah als Exporthilfe für die Landwirtschaft u. A. eine zehnprozentige Abwertung der Dänenkrone gegenüber dem Britischen Pfund vor (Anm. des Übersetzers).

und kulturellen Divergenz zwischen zwei Nationalstaaten, die nun wieder getrennte Wege gingen: in Richtung Demokratie beziehungsweise Diktatur.

Die deutsche Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 war das wahrgewordene Schreckgespenst all derjenigen, die sich seit 1920 für eine Verschmelzung Nordschleswigs mit Dänemark eingesetzt hatten. Aber nüchtern betrachtet, sollte sich die Besatzung als deutlich verstärkend auf die deutsch-dänischen Gegensätze und entsprechend abschwächend auf viele der noch verbliebenen Unterschiede zwischen „südlich" und „nördlich der Königsau" (also zwischen Nordschleswig und dem restlichen Dänemark) erweisen. Aus diesem Grund setzte die Grenze auch nach 1945 weiterhin ein starkes Zeichen – was im Grunde bis heute so geblieben ist.

De tosprogede skoler i de sønderjyske grænsesogne i 1920-erne

Erik Nørr

I 1920 fik Sønderjylland en særlig skoleordning til afløsning af den preussiske skoleordning. Den sønderjyske skolelov var på en række punkter på forkant med skoleforholdene i Danmark. Ordningen tilgodeså også det tyske mindretal. Efter afstemning kunne der oprettes tysksprogede afdelinger i de kommunale skoler, hvilket især skete i Tønder Amt. Artiklen handler om disse afstemninger og om undervisningen, skolebygningerne, lærerne og tilsynet i de tosprogede skoler. Foregik alt i fordragelighed, eller var forholdene præget af nationale og personlige konflikter? Hvilken betydning fik det dobbeltsprogede skolevæsen, og hvorfor blev det afviklet?

Tilblivelsen af den sønderjyske skoleordning

Straks da kravet om at flytte den dansk-tyske grænse efter en folkeafstemning var blevet rejst af Hans Peter Hanssen (1862–1936) på Vælgerforeningen for Nordslesvigs møde på Folkehjem i Aabenraa den 16.–17. november 1918, begyndte overvejelserne om, hvordan skolevæsenet i Sønderjylland skulle organiseres efter en genforening med Danmark. Skolen havde været det område, hvor den preussiske nationalitetspolitik havde påvirket den dansksindede befolkning stærkest, da myndighederne fra 1888 forbød undervisning på dansk, bortset fra fire ugentlige religionstimer.

Initiativet til forhandlingerne om en ny sønderjysk skoleordning blev taget af sønderjyderne selv via Vælgerforening for Nordslesvig og det af denne nedsatte Skoleudvalg. Den nye skoleordning blev tilvejebragt ved et samspil mellem de sønderjyske politikere og skolefolk og de ledende embedsmænd i Undervisningsministeriet og Det Midlertidige Ministerium for Sønderjyske Anliggender i København. Overvejelserne foregik ved, at de sønderjyske repræsentanter deltog i møder i København, blandt andet i det såkaldte Kriegerudvalg[1] og i Undervisningsministeriet.[2]

Hovedprincipperne for den sønderjyske skoleordning blev fastlagt i Vælgerforeningens skoleudvalg.[3] Selv om man straks ved indlemmelsen ønskede at slippe af med de forhadte preussiske skoleanordninger af 1878 og 1888, så skulle de danske skolelove ikke straks indføres i fuld udstrækning. Dels var det i praksis vanskeligt på én gang fuldstændigt at indføre det danske skolesystem, og dels anså man på enkelte punkter den tyske skoleordning for mere tidssvarende. Blandt andet på tilsynsområdet havde den tyske skoleordning indført kredsskoleinspektører i stedet for det gejstlige tilsyn, som fandtes i Danmark. Siden 1850-erne havde der i Danmark været overvejelser om at indføre et fagligt-pædagogisk tilsyn i stedet for provsternes tilsyn.

Den sønderjyske skolelov af 30. juni 1920 indeholdt bestemmelser blandt andet om skoletilsynet og undervisningssproget. På andre områder skulle den hidtidige skolelovgivning indtil videre gælde. Et centralt punkt i den sønderjyske skoleordning var befolkningens og forældrenes direkte indflydelse. En række funktioner, som i Danmark var overladt til kommunalbestyrelsen, blandt andet indstillingsretten til lærerembeder, blev i Sønderjylland tillagt skolekommissionen. Skolekommissionen, som i reglen kun omfattede et enkelt skoledistrikt, blev betragtet som et mere direkte udtryk for forældrenes synspunkter end kommunalbestyrelsen. Sammensætningen af skolekommissionen var også anderledes end i det øvrige Danmark, hvor sognepræsten på landet var født formand, og hvor de øvrige medlemmer var udpeget af kommunalbestyrelsen. I de nye sønderjyske skolekommissioner skulle samtlige medlemmer vælges ved direkte valg, og kommissionen udpegede selv sin formand.

[1] Herom se Hans Schultz Hansens artikel i denne bog.

[2] Forhandlingerne førte til udarbejdelsen af en række udkast til den sønderjyske skolelov (herom se RAK, Undervisningsministeriet (forkortet: UVM), 1. departement, 1. kontor, journalsag AV 1980/1919 og AX 1934/1920 (begge tilakteret journalsag 2433/1938).

[3] RAÅ, Vælgerforeningen for Nordslesvig nr. 34, skoleudvalgets forhandlingsprotokol 1918–20.

På det regionale niveau skulle der ansættes amtsskolekonsulenter og oprettes amtsskoledirektioner, som skulle bestå af tre medlemmer med amtmanden som formand, amtsskolekonsulenten som forretningsfører og vigtigste medlem samt et medlem valgt af amtets skoleråd. Amtsskolekonsulenterne skulle gennemføre jævnlige skolebesøg for at føre tilsyn med skolerne og med lærerne. Både med hensyn til de valgte skolekommissioner og amtsskolekonsulenterne kom den sønderjyske skoleordning til at fungere som en forsøgsordning, da de sønderjyske bestemmelser senere fik indflydelse på tilsvarende ordninger i hele landet.[4]

Den sønderjyske skoleordning byggede på to modsatrettede principper, på den ene side forældrenes og lokalbefolkningens størst mulige indflydelse, og på den anden side en stærkere statslig kontrol end i det øvrige Danmark. Blandt andet skulle alle læreransættelser og lærebøger godkendes i Undervisningsministeriet, og i amtsskoledirektionen havde de statslige repræsentanter, amtmand og amtsskolekonsulent, hovedindflydelsen. Det var især H. P. Hanssen, som havde fremhævet behovet for en statslig kontrol med det sønderjyske skolevæsen i overgangen fra tysk til dansk skole.[5]

Den sønderjyske skoleordning og undervisningssproget

Et centralt element i skoleordningen var spørgsmålet om undervisningssproget og om mindretallets rettigheder. Der var flere grunde til, at sprogspørgsmålet kom til at spille så stor en rolle. Dels kunne man henvise til dårlige eksempler fra fortiden som de mellemslesvigske sprogreskripter 1851–52 og de preussiske skoleforordninger fra 1878 og 1888, og dels var der ved forhandlingerne om Versaillesfreden fokus på mindretalsrettighederne. Desuden var man fra sønderjysk side også opmærksom på, at der ville komme et dansk mindretal syd for grænsen. Det tyske mindretals rettigheder kunne derfor få betydning for det danske mindretals skolevæsen i Sydslesvig.

Af stor betydning for indholdet af mindretalsrettighederne var desuden, at ingen endnu vidste, hvor grænsen kom til at ligge. Ville for eksempel Flensborg og andre dele af Sydslesvig komme med til Danmark? Ingen vidste det,

4 Om den sønderjyske skoleordning og skoleordningen i Danmark henvises generelt til Erik Nørr: Genforeningens bedste gave. Skoleordning og amtsskolekonsulenter i Sønderjylland og Danmark (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 90), Aabenraa 2003.

5 Se også Forhandlingerne i Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg 1919–20 [1605 sider].

før afstemningen den 14. marts 1920 havde fundet sted. Da amtsskolekonsulentstillingerne blev slået op i januar 1920 søgte man „et antal", da man stadig var i tvivl om, hvorvidt der blev brug for en amtsskolekonsulent for Flensborg Amt. Det blev der som bekendt ikke. Alle de kommende amtsskolekonsulenter skulle være „det tyske sprog mægtig".[6]

Vælgerforeningens skoleudvalg tilrådede i sin betænkning, at der blev vist vidtgående imødekommenhed over for det tyske mindretal i folkeskolen ud fra den betragtning, at erfaringerne både fra fortid og nutid tydede på, at en alt for hårdhændet overgang fra tysk til dansk undervisningssprog imod befolkningsflertallets eller et betydeligt mindretals vilje let ville kunne få skæbnesvangre følger. Desuden ville en imødekommende behandling af tysk i folkeskolen modvirke oprettelsen af tyske privatskoler, som statsmagten kun kunne øve ringe kontrol med, mens der ad flere veje kunne øves indflydelse på den tyske undervisning i folkeskolen. I de første udkast til den nye skoleordning fra foråret 1919 blev der indsat en paragraf om, at undervisningssproget på landet i almindelighed var dansk, men at mindst 10 procent af forældrene i en skolekommune, der havde skolepligtige børn under 14 år, kunne forlange afstemning om oprettelse af særlig undervisning med tysk som undervisningssprog. En sådan undervisning skulle oprettes, hvis mindst 25 procent af skolekommunens vælgere, der repræsenterede mindst 10 skolepligtige børn, ved afstemningen krævede det. I de senere udkast og den endelige lov af 30. juni 1920 blev procenten på de 25 nedsat til 20.

Blandt de interne overvejelser indgik også, hvordan undervisningssproget skulle være i områder, hvor folkesproget var tysk, blandt andet i Flensborg og omegn, og i det frisiske område. I udkastet fra september 1919 hed det om Flensborg, at undervisningssproget er tysk, men med mindst 4 timers undervisning i dansk. Desuden skulle der i byen oprettes en særlig afdeling af folkeskolen med dansk undervisningssprog.[7]

Snart nåede man frem til en formulering om, at undervisningssproget på landet og i flækkerne skulle rette sig efter folkesproget. Hvor undervisningssproget var dansk, kunne et mindretal kræve afstemning om oprettelse af en tysk skoleafdeling, mens tilsvarende, hvor undervisningssproget var tysk, kunne et mindretal kræve afstemning om en dansk skoleafdeling. I købstæ-

[6] Opslag i Statstidende 24.1.1920.

[7] Paragraffen om en kommende skoleordning i Flensborg blev indsat i udkastet på foranledning af skrivelse fra Det Midlertidige Ministerium for Sønderjyske Anliggender 19.9.1919, journalsag 185/1919.

derne (inklusive Flensborg, hvis det blev aktuelt) skulle der oprettes både en dansk og tysk skoleafdeling.

Et andet sprogspørgsmål, der optog beslutningstagerne, var, om der skulle undervises i dansk i de tyske skoleafdelinger og i tysk i de danske skoleafdelinger, og om denne undervisning skulle være tvungen eller frivillig. Argumentet for undervisningen var, at det var rimeligt, at børn, der gik i en folkeskole i den danske stat, også skulle undervises i det mindste nogle timer i dansk. Modsat var det ikke hensigtsmæssigt, at man indførte danskundervisning ved tvang, da det i den tyske tid netop havde været tvangsundervisning i tysk, man havde kæmpet imod. Krav om tyskundervisning i rent danske skoler kunne give problemer med at skaffe lærere, der kunne undervise i tysk.

Ifølge skoleloven af 30. juni 1920 § 21 skulle der på landet i de tyske skoleafdelinger fra 3. skoleår undervises i dansk 4–6 timer ugentlig. På begæring kunne forældre anmode skolekommissionen om fritagelse for denne undervisning. I skoler, hvor undervisningen var dansk, kunne skolekommissionen indføre frivillig undervisning i tysk. I købstæderne skulle der i de danske og tyske skoleafdelinger tilbydes undervisning i henholdsvis tysk og dansk, men også her kunne forældrene anmode om fritagelse.

Afstemninger om tyske skoleafdelinger

I november 1920 udsendte Indenrigsministeriet og Undervisningsministeriet bestemmelser om, hvordan afstemningerne om dobbelte skoleafdelinger skulle foregå.[8] 10 procent af skoledistriktets forældre, der var valgberettigede i kommunen, skulle skriftligt anmode skolekommissionen om at foretage afstemning.

Retten til afstemning om en tysk afdeling af folkeskolen blev anvendt i en lang række skoledistrikter særlig i Tønder Amt. En sådan anmodning om en særlig tysk skoleafdeling fremkom fra 16 forældre i Abild den 4. januar 1921. Efter at en valgliste over personer i Abild skolekommune, der havde forældremyndighed over børn under 14 år, havde været offentlig tilgængelig, blev det bekendtgjort i flere dagblade og ved opslag, at afstemning skulle finde

---

8 UVM cirkulære 13.11.1920 til skoledirektionerne i Sønderjylland; Indenrigsministeriets cirkulære 13.11.1920 til amtmændene i Sønderjylland, trykt i Love og Ekspeditioner vedkommende Kirke- og Skolevæsenet 1919–20, 910–915.

sted den 24. februar 1921.[9] Ved afstemningen blev der afgivet 15 stemmer for oprettelsen af en tysk skoleafdeling i Abild og ingen stemmer imod. Da der var 40 stemmeberettigede i alt, var kravet om de 20 procent opfyldt, og den tyske skoleafdeling kunne oprettes, så snart lokale- og lærerforholdene var bragt i orden. I 1924 var der 33 danske og 29 tyske elever i Abild Skole.[10]

Et eksempel fra Jejsing viser, at der ofte kunne gå lang tid, før en tysk afdeling kunne være på plads. Ved afstemningen den 24. maj 1922 var der 13 ja-stemmer for en tysk skoleafdeling. Derefter førtes der utallige forhandlinger mellem sognerådet, skolekommissionen og en arkitekt om forskellige muligheder for om- og tilbygninger, køb af eventuelle bygninger og så videre Men først i foråret 1923 lykkedes det at finde en tilfredsstillende løsning. Derefter måtte lærerspørgsmålet løses. I første omgang underviste den daværende tyskuddannede lærer skiftevis 18 timer om ugen i den danske og 18 timer i den tyske skole. Det lykkedes endelig den 1. december 1923 at få ansat en enelærer for den tyske afdeling.[11]

Både i Abild og i Jejsing blev de danske forældre hjemme fra afstemningen. Ved afstemningen i Rens 10. juli 1922 og i Nørre Løgum i 1924 stemte to forældre imod, men med henholdsvis 11 og 10 ja-stemmer blev den tyske afdeling de to steder oprettet.[12] Det samme var tilfældet i Eggebæk-Kravlund i august 1921, selv om der var 15 nej-stemmer og kun 14 ja-stemmer. Antallet af nej-stemmer havde ingen betydning for afgørelsen, når blot en tilstrækkelig stor procentdel (20 procent) af forældrene stemte for den tyske afdeling.[13]

Ikke alle steder blev der afholdt afstemning. Når sognerådet og skolekommissionen på forhånd var enige om, at en afstemning ville få et positivt resultat, kunne den tyske afdeling oprettes uden videre formaliteter. Det var for eksempel tilfældet med de tyske skoleafdelinger i Ravsted og Tinglev. Tilsvarende blev danske skoleafdelinger i Højer, Rudbøl og Sæd-Ubjerg, hvor skolerne og flertallet af forældrene var tyske, oprettet uden afstemning.[14]

Nogle steder, hvor der var mange børn i skoledistriktet, kunne det være vanskeligt for det tyske mindretal ved afstemningen at opfylde kravet om de

---

9 RAÅ, Tønder Amts Skoledirektion (forkortet: Skoledirektion), journalsager 1920–23 nr. 14/6-1921.

10 Beretning om Skolevæsenet i Tønder Amt i 1924, 9.

11 Om afstemning i Jejsing se RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 13/16-1921.

12 Hejmdal 9.8.1921 og Vestslesvigsk Tidende 7.6.1924.

13 Hejmdal 26.8.1921; jfr. Tønder Skoledirektions svar 20.1.1921 til Tønder Amt på en forespørgsel om nejstemmernes manglende betydning, RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 13/1-1921.

14 Herom se amtsskolekonsulent Nic. Svendsen 5.8.1922 til UVM, RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 13/13-1922.

20 procent af samtlige stemmeberettigede. Dette viste sig for eksempel ved afstemningen om en tysk afdeling i Ulkebøl på Als den 2. november 1921. Imidlertid gav § 21 i den reviderede sønderjyske skolelov af 1. maj 1923 en ny mulighed. En dobbeltsproget afdeling kunne også oprettes, når begæring herom blev fremsat af mindre end 20 procent af skoledistriktets vælgere, hvis disse repræsenterede mindst 24 skolepligtige børn, og disse ikke kunne henvises til en anden skole med tysk undervisningssprog.[15] Mulighederne i den nye lov fik 23 underskrivere, der angav at repræsentere 39 børn, til atter at anmode om en tysk skoleafdeling i Ulkebøl. Resultatet blev dog ikke, at Ulkebøl fik sin egen tyske skole, da børnene kunne henvises til den tyske skole i Sønderborg, fordi børnenes bopæl var således, at de ikke fik væsentlig længere skolevej. Desuden var skolen i Sønderborg villig til at optage børnene fra Ulkebøl.[16]

I de første år efter 1920 var det tyske mindretal tilfreds med muligheden for at oprette tyske kommunale skoleafdelinger.[17] Formanden for den tyske skoleforening for Nordslesvig Wilhelm Koopmann (1870–1940) virkede i baggrunden en række steder for at få tyske forældre til at kræve oprettelse af tyske skoleafdelinger. Men den såkaldte „Bylderuper skolesag" var et tegn på, at de tyske skolekrav snart skulle blive skærpet. Enten krævede man, at de tyske skoleafdelinger skulle have langt mere selvstændighed i forhold til de danske skolemyndigheder, eller også ville man i stedet oprette tyske privatskoler.

Efter mange tilløb til at få tyskundervisning i Bylderup blev der den 20. december 1924 afholdt afstemning om en tysk skoleafdeling, men resultatet og den efterfølgende indmeldelse af børn til den tyske afdeling efterlod usikkerhed om, hvorvidt der var de krævede 10 skolepligtige børn under 14 år, som ønskede at gå i den tyske afdeling. Spørgsmålet blev derefter overvejet i Undervisningsministeriet, som endte med at forlange en ny afstemning den 20. maj 1925. I de tyske nordslesvigske aviser blev sagen slået stort op („Der Bülderuper Schulskandal")[18], og de tyske forældre boykottede den nye afstem-

15 Jfr. Indenrigsministeriets cirkulære 3.4.1925; der skulle nu ved afstemningen ud over den hvide stemmeseddel med ja/nej afgives blå stemmesedler for hvert barn, forældrene ville indmelde i den tyske afdeling, Love og Ekspeditioner vedkommende Kirke- og Skolevæsenet 1925–26, 136–140.

16 RAK, UVM, 1. departement, 1. kontor, journalsag 2683/1923; RAÅ, Sønderborg Skoledirektion, journalsag 306/1922.

17 Se således artiklen: Die Schulleitung der deutchsprachigen Schulabteilungen in Nordschleswig, Neue Tondersche Zeitung 18.3.1922.

18 Apenrader Tageblatt. Deutsche Zeitung für Nordschleswig 10.6, 3.7 og 10.7.1925; W. Koopmann i Deutscher Volkskalender für Nordschleswig 1927, 23–24.

ning, hvor der var over 30 stemmer imod og ingen for oprettelsen af den tyske afdeling. Baggrunden herfor var, at sagen blev murbrækker for oprettelsen af en tysk privatskole i Bylderup. Også her virkede Koopmann i baggrunden, ligesom sagen blev brugt til at skaffe omtale og pengemidler fra Tyskland.[19] Resultatet blev, at der blev oprettet en tysk privatskole, hvis børnetal viste, at der faktisk kunne have været plads til en tysk skoleafdeling. I 1925 havde skolen 18 elever, og tallet var i 1928 steget til 26. Til gengæld blev den danske skole i Bylderup opgraderet ved ansættelsen af en tredje lærer. Dette førte til en ny konflikt, da nogle tyske forældre tilbageholdt den del af skattebetalingen, som svarede til udgiften til den tredje lærers løn.[20]

De ovennævnte eksempler på tyske skoleafdelinger er næsten alle fra Tønder Amt. Dette er udtryk for, at langt de fleste dobbeltsprogede afdelinger fandtes i Tønder Amt. Ved udgangen af 1927 var der i alt fem tysksprogede skoleafdelinger i Aabenraa Amt, tre i Sønderborg Amt og kun to i Haderslev Amt, mens der var hele 19 i Tønder Amt. I de tre førstnævnte amter var der kun enkelte tyske afdelinger uden for selve købstæderne. Årsagen til forskellen var, at der var flest tysksindede i Tønder Amt, men også, at amtsskolekonsulent Nicolai Svendsen (1873–1966) deltog aktivt i tyske forældres forsøg på at oprette tyske skoleafdelinger. Han foretrak langt dette fremfor at risikere, at de i stedet oprettede en tysk privatskole.

Den vestslesvigske overgangsordning med to sprog i samme skole

De brogede nationalitetsforhold i en række skoledistrikter ved grænsen krævede ifølge amtsskolekonsulent Nicolai Svendsen og den øvrige skoledirektion i Tønder Amt særlig opmærksomhed. Det var nødvendigt, at der blev handlet nænsomt og taget hensyn til både de tyske og danske ønsker. En række steder støttede skoledirektionen derfor en „elastisk" skoleordning, som var på kant

[19] Om skolesagen i Bylderup og afstemningen 20.5.1925 se Hejmdal 12.5, 20.5 og 22.5.1925 og RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 27-9/1925.

[20] Herom se RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 29-16/1928 og UVM, 1. departement 1. kontor, journalsag 1576/1928; Vestslesvigsk Tidende 10.10., 20.10., 25.10. og 14.11.1928; Neue Tondersche Zeitung 25.10. og 14.11.1928.

med den sønderjyske skolelov, og som Svendsen gentagne gange måtte redegøre for og forsvare over for Undervisningsministeriet.[21]

Ved en række mindre skoler, hvor læreren var uddannet i den tyske tid, blev børnene ikke delt efter nationalitet, men alle børnene gik sammen i alle timer, og der blev skiftevis anvendt dansk og tysk undervisningssprog. Der var flere næsten rent tysksindede landsbyer, for eksempel Løjtved, Havsted og Bredevad, hvor der var meget få danske elever. En afstemning her ville have betydet en tysk skole og få danske børn, som ikke kunne få undervisning i dansk. Nic. Svendsen var overbevist om, at et skoleforløb med danske timer og et udvidet antal tyske timer efterhånden ville få det danske børnetal til at stige. De tyske forældre var i flere af disse skoledistrikter tilfredse med den provisoriske ordning, da de kendte læreren fra tiden før 1920, og da børnene også blev undervist i tysk i en række fag. I 1923 blev denne elastiske skoleordning anvendt i ti skoler: Vennemose, Lydersholm, Bredevad, Hostrup, Draved, Løgumgård, Løjtved, Nørre Løgum, Havsted og Emmerske.

I 1927 var det ugentlige timetal for den udvidede tyskundervisning i Bredevad 10 timer, Havsted 15, Lydersholm 10, Løjtved 13–15, Løgumgård 12 og Vennemose 8 timer.[22] Af undervisningsplanen for Løjtved Skole fremgår det, at lærerinden underviste 15 timer på dansk og 13 timer på tysk.[23] Danskundervisningen foregik i fagene dansk og skrivning, og halvdelen af timerne i religion, historie, geografi og sang blev holdt på dansk. Tysk var eneste sprog i tyskundervisningen og i regning og blev brugt i halvdelen af timerne i religion, historie, geografi og sang. Enelærerinden Sophie Nissen (*1889), som var uddannet ved seminariet i Schwerin, klarede det hele selv. Ved skolebesøget i januar 1924 konstaterede amtsskolekonsulenten, at lærerinden løste den vanskelige opgave at undervise i to sprog med stor energi og forståelse.[24]

I to tilfælde bidrog Svendsen til, at ordningen med de to sprog blev fastholdt, selv om Koopmann og andre tysksindede nordslesvigere havde fået

21 Nic. Svendsen til UVM 10.2.1923, RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 17 II 42/1923. UVM havde afkrævet et større skema udfyldt med oplysninger om den dobbeltsprogede undervisning i disse skoler. Se også Nic. Svendsens redegørelse: Folkeskolerne i Tønder Amt efter Genforeningen (meddelt på et møde i Rens 24. august 1922), findes i RAÅ, Tønder Skoledirektion, Nic. Svendsens håndarkiv, nr. 9; jfr. Nicolai Svendsen: I Genforeningens tjeneste. Sønderjydsk Skæbne, bd. 3. Aabenraa 1968, 67.

22 Beretning om Skolevæsenet i Tønder Amt 1927, 10.

23 Undervisningsplan for Løjtved Skole (stadfæstet af UVM 12.2.1924), RAÅ, Tønder Skoledirektion, undervisningsplaner 1920–30.

24 Skolebesøg 16.1.1924, RAÅ, Nic. Svendsens privatarkiv, skolebesøg og tjenesterejser 1923–46.

gennemført afstemning om en tysk skoleafdeling. I Bredevad havde 14 personer forlangt afstemning, men inden denne fandt sted den 29. december 1921, havde de danske repræsentanter i sognerådet skrevet til amtsskolekonsulenten og fået denne til at komme til Bredevad for at tale med nogle af forældrene. Da disse havde fået lovning på ekstra tysktimer, blev resultatet, at der kun var fem stemmer for den tyske afdeling, som derfor ikke blev til noget.[25] Tilsvarende gik det i Lydersholm, hvor der var planlagt afstemning om en tysk skoleafdeling, mens enelæreren Willy Leick (1898–1992) var på kursus i København. Men efter at afstemningen var afholdt, blev der på et møde mellem skolekommissionen i Lydersholm og skoledirektionen aftalt, at der blev indført ti timer tysk i skolen. Herefter var der kun to forældre, der ønskede deres børn optaget i en tysk afdeling.[26]

Også på anden måde medvirkede Nic. Svendsen og Tønder skoledirektion til, at nogle af skolevæsenets overgangsproblemer i de nationalt blandede områder ved grænsen i begyndelsen af 1920-erne kunne løses. Han skaffede i flere år en særbevilling fra Undervisningsministeriet, så skoledirektionen kunne supplere undervisningen i de faste skoler med ekstraundervisning i enten tysk eller dansk.[27] Et beløb blev således brugt til en tysk vandrelærer, der kunne undervise i tysk, hvor der endnu ikke var mulighed for at oprette en tysk skoleafdeling. I Rørkær var der blevet ansat en kongerigsk skolelærer, der ikke kunne undervise i tysk. Ekstrabevillingen blev blandt andet brugt til tre timers tyskundervisning ved den tyske lærer i Jejsing. I Ubjerg og Sæd var langt de fleste beboere tysksindede, og undervisningen i de to skoler tysk. Men efter Genforeningen var der tilflyttet en række danske grænsegendarmer, som krævede undervisning på dansk til deres børn.[28] I første omgang blev der indrettet en midlertidig dansk skole i en bondegård. På længere sigt endte det med, at der blev oprettet en dansk skoleafdeling. En endelig ordning af skolevæsenet i Sæd og Ubjerg blev dog udsat nogle år, da man ikke kunne blive enige om, hvor en fælles dansk skole skulle placeres. En særlig ordning blev også etableret i Frederikskog Skole, hvor undervisningen var på tysk, men

25 RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 18/6-1921; Vestslesvigsk Tidende 30.12.1921.

26 En kopi af mødereferatet findes i pakken: RAÅ, Tønder Skoledirektion, lærerembeder 1920–70, Burkal (Lydersholm Skole). Willy Leick: Lydersholm Skole (personlige optegnelser), 16 (privateje); om afstemningen se Ribe Stiftstidende 30.5.1924.

27 Se RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 21/1921 og Nic. Svendsens redegørelse for den ekstraordinære bevilling 10.1.1925 og 21.1.1926, RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsager 15/1-1924-26.

28 Ansøgning til Undervisningsministeriet fra 28 tjenestemænd i Sæd om dansk skole 2.5.1923, RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 5/23-1923.

hvor læreren samtidig sørgede for at undervise to af grænsegendarmernes børn på dansk.[29] I 1926, da der var kommet flere danske elever, blev der indført 15 timer undervisning på tysk og 15 timer på dansk.[30]

Overgangsordningen med de to sprog i samme skole fortsatte ved nogle skoler langt ind i 1930-erne.[31]

Undervisningsplaner og lærebøger

Skoleplaner for den enkelte kommune og ikke mindst undervisningsplaner for den enkelte skoleafdeling er vigtige kilder til undervisningen i de dobbeltsprogede skoler. Skoleplanen skulle indeholde en oversigt over skolerne i kommunen, antallet af lærerembeder samt oplysninger om lærernes navne, fødselsår, løn og boligforhold. Undervisningsplanen skulle udarbejdes af skolekommissionen og sendes via skoledirektionen til godkendelse i Undervisningsministeriet. Dette var en særordning for Sønderjylland; i det øvrige land skulle undervisningsplanerne kun indsendes til ministeriet til orientering. Den mindste ændring i undervisningsplanen krævede en ny godkendelsesprocedure. Blandt de krævede oplysninger i undervisningsplanerne var det ugentlige timetal i fagene og, hvilket sprog der blev benyttet i de enkelte fag. Der var også et afsnit om arbejdets fordeling mellem skolens lærere, om undervisningsmålet i hver klasse i de forskellige fag og endelig en angivelse af de anvendte bøger og undervisningsmidler.[32]

Det er kun muligt her at nævne et par punkter fra undervisningsplanerne. Eksemplerne er taget fra Burkal danske og tyske skoleafdeling, men andre dobbeltsprogede skoler havde tilsvarende undervisningsplaner. I Burkal blev der ligesom i alle tysksprogede skoleafdelinger undervist i dansk. Det var helt ekstraordinært, hvis de tyske elever ikke valgte at følge undervisningen i dansk. Tilsvarende tilbød de dansksprogede skoleafdelinger som regel tysk. I 1927 blev faget tilbudt i 137 sønderjyske skoler, og langt de fleste steder deltog hovedparten af børnene, for eksempel var der i Aabenraa Amt 1404 deltagere i tysktimer-

29 RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 30–34/1926.

30 Sst., UVM skrivelse 18.5.1926.

31 Se f.eks. Beretning Tønder Amt 1934, 8.

32 Både i UVM's arkiv og i skoledirektionernes arkiver findes der samlinger af skole- og undervisningsplaner for de sønderjyske sogne.

ne og 248 fritagne.[33] Tysk blev altså ud over i de dansksprogede afdelinger i de dobbeltsprogede skoler også tilbudt i en lang række rent danske skoler.

Ifølge målbeskrivelsen for faget dansk i den tyske afdeling i Burkal skulle „Børnene lære at opfatte Sproget rigtigt, naar de hører og læser det. De maa kunne tale det nogenlunde flydende og fejlfrit og skrive det i Overensstemmelse med Reglerne for Retskrivning og logisk Tankeorden". Tilsvarende udbytte skulle børnene i den danske afdeling have ud af tyskundervisningen.

I den tyske afdeling skulle børnene i tysk nå noget videre. De skulle „gøres bekendt med de lettest tilgængelige Hovedværker i tysk Literatur" og både skrive diktater, genfortællinger og fristile. I den danske afdeling skulle børnene tilsvarende i ældste klasse „gøres bekendt med de dem lettest tilgængelige Hovedværker i dansk Literatur" og også skrive diktat, genfortælling og frie stile.[34]

Mens målet for fagene dansk og tysk var helt parallelle, så var der en stor forskel mellem fagene historie og geografi ved mange dobbeltsprogede skoler. Mens der i de danske skoleafdelinger blev undervist som i det øvrige Danmark i dansk historie og i den danske geografi med kortere udblik over verdenshistorie og fremmede landes geografi, så blev der i de tyske skoleafdelinger undervist både i dansk og tysk historie og geografi.

I undervisningsplanen skulle det også fremgå, hvilke skolebøger og undervisningsmateriale der blev anvendt både i de danske og tyske skoler.[35] Nye bøger skulle foreslås af skolekommissionen og godkendes af ministeriet. Amtsskolekonsulenterne førte tilsyn med undervisningsmaterialet på deres skolebesøg. Svendsen påtalte for eksempel, at der ved flere skoler blev anvendt gamle tyske regnebøger og atlas. Et særligt problem var at skaffe gode tyske læsebøger, da de hidtidige ikke længere var brugbare. Undervisningsministeriet sørgede for, at skolerne fik tilbudt *Deutsches Lesebuch für die oberen Stufen der Bürger- und Mittelschulen der südjütischen* Landesteile I-II, udgivet af P. Lauridsen, København 1920, men da teksterne var udvalgt efter et dansk kulturgrundlag, tilfredsstillede bøgerne ikke det tyske mindretal. I Burkal havde foreningen Jugendspende Nordschleswig foræret den tyske skoleafdeling en række læsebøger af J. Beltz, som lærer Jacob Hansen (1877–1960) havde indført i den tyske skoleafdeling uden godkendelse, og læreren modtog derfor mini-

33 Tallene stammer fra de fire skoledirektioners beretninger 1927.

34 RAÅ, Tønder Skoledirektion, undervisningsplaner 1920–30: Burkal tyske og danske Skole (stadfæstet af UVM 1926).

35 Nørr: Genforeningens bedste gave (note 4), 127–133.

steriets misbilligelse. Senere viste det sig, at bøgerne alligevel blev godkendt og derfor også kunne anvendes i andre skoler.[36] Nic. Svendsen gjorde et stort arbejde for at skaffe gode tyske læsebøger. Han tog flere gange til Hamburg for at studere det hamburgske læsebogssystem, som han fandt meget anvendeligt i de tyske skoleafdelinger, og som blev anskaffet til flere tysksprogede skoler i Tønder Amt.

Skolebygninger og lærere

Delingen af skolevæsenet i en dansk og tysk afdeling betød øgede udgifter, som mange af de små kommuner ikke kunne eller ville betale. En betydelig hjælp, som i høj grad bidrog til, at det tyske mindretal kunne få egne afdelinger, var muligheden i den sønderjyske skolelov af 1. maj 1923 for ekstraordinært statstilskud fra Undervisningsministeriet, når en deling af kommunens folkeskole i en dansk og tysk afdeling gav „uforholdsvis store udgifter for kommunen". Dette tilskud skulle i hvert enkelt tilfælde søges ved indretning af ekstra skolebygninger og lærerboliger. I første halvdel af 1920-erne blev der brug for bygninger til de mange nye tyske skoleafdelinger især i Tønder Amt. Alene i 1922–23 blev der indviet seks nye skolebygninger i Tønder Amt, som havde kostet i alt 545.000 kr., hvoraf staten havde ydet tilskud på 162.500.[37] Heraf fik tre nybyggede dobbeltsprogede skoler i Burkal Kommune til sammen 100.000 kr. i støtte. Disse tre skolekomplekser i henholdsvis Burkal, Rens og Store Jyndevad er fine monumenter over de dobbeltsprogede skoleafdelinger, som blev indrettet i årene efter 1920. De tre skoler indeholder en fælles skolebygning med klasseværelser til begge nationaliteter og tilhørende lærerboliger for den danske og tyske førstelærer. Bygningerne var i skønvirkestilen med røde mursten.[38]

I Burkal Kommune fik de tyske afdelinger fine forhold. Andre steder som for eksempel i Rudbøl blev der bygget en ny skole til den danske afdeling, mens den tyske afdeling blev indrettet i den gamle skole. Der var også

[36] RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 10/5, 10/9 og 10/12-1925; jfr. samme, indberetninger om undervisningsmateriel 1925.

[37] Herom se Nic. Svendsens fortrolige redegørelse for skolevæsenet i Tønder Amt i 1923, RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 16–17/1929.

[38] Om skolebygningerne i Rens og St. Jyndevad se RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsager 5/25-1921 og 1922; om statstilskuddene se RAK, UVM 1. departement, journalsag 2947/1921 (Rens), 661/1922 (Burkal) og 814/1923 (St. Jyndevad).

eksempler på, at den tyske afdeling måtte nøjes med mere ydmyge forhold, eller måtte vente på, at der blev skaffet bedre bygningsmuligheder. I Egernsund i Broager Kommune indrettedes den tyske skoleafdeling således i den lokale kro. Skolestuen var kun adskilt fra beværtningslokalet ved, at der blev stillet et skab foran døren, så undervisningen blev forstyrret af larm og af lugt af sprit og tobak.[39]

En række steder var de danske og tyske børn fælles om skolelokaler og legeplads. Bortset fra lidt småproblemer og undertiden lidt slagsmål mellem de danske og tyske børn, så gav samværet som regel ikke problemer. Normalt havde heller ikke lærerne problemer med samarbejdet. De fleste steder omgikkes man hinanden venskabeligt og kunne for eksempel passe hinandens børn. En undtagelse herfra var Højer i første halvdel af 1920-erne, hvor der til stadighed var konflikt mellem den danske og tyske førstelærer.

Både skolelokalerne og lærerboligerne fandtes i den gamle tyske skolebygning fra 1905. Først havde begge de tyske lærere besat skolens to lejligheder. Sagen måtte helt til ministeriet, før den tyske andenlærer blev sat ud, og den danske førstelærer kunne flytte ind i stueetagen. Dernæst diskuterede man, hvem der skulle låse yderdøren om aftenen, hvilket skolekommissionen med tysk flertal forlangte, at den danske lærer skulle gøre. Senere opstod der strid om skriveundervisningen i den tyske afdeling, som den danske førstelærer varetog. Nic. Svendsen var flere gange til forligsmøder i Højer, men sagen vanskeliggjordes af, at parterne nægtede at hilse på hinanden. Sagen blev først løst, da både det tyske og danske førstelærerembede blev besat med nye folk.[40]

Det var ikke kun til nye skolebygninger, at der kunne opnås særligt statstilskud. Ved de dobbeltsprogede skoler blev der ofte behov for at ansætte flere lærere, end hvis alle skolebørnene var gået sammen uden deling efter nationalitet. Den sønderjyske skolelov gav derfor mulighed for at opnå statstilskud på 75 procent af lønudgiften til de ekstra lærere, der måtte ansættes på grund af børnenes deling i to afdelinger. Normalt var statens løntilskud til lærerlønninger kun 20 procent.[41]

I 1920 blev samtlige lærerstillinger i de sønderjyske amter slået op som ledige, og de hidtidige lærere måtte søge stillingerne på lige fod med ansøgere fra Danmark. Resultatet blev, at der i 1920-erne var to typer af lærere i de

---

39 Erik Nørr: Udvidet undervisning på Broagerland i 1920-erne. I: Sønderjysk Månedsskrift 2006, 181–82.

40 Om konflikten i Højer se Nørr: Genforeningens bedste gave (note 4), 204–208.

41 Henrik Lehmann: Haandbog i Lovgivningen om den danske Folkeskole. København 1930, 96–97.

sønderjyske skoler: 1) den slesvigske lærertype, uddannet på tyske seminarier før 1920; 2) danske lærere, uddannet ved seminarier i Danmark. De slesvigske lærere var medvirkende til, at de tyske skoleafdelinger kunne få lærere, der uden problemer kunne undervise på tysk. I perioden 1920–24 var der i alt 75 lærere og lærerinder med tysk uddannelse ansat i Tønder Amt. Heraf var de 39 ansat ved dansksprogede skoler og 36 ved tysksprogede skoler.[42]

Ved ledige stillinger skulle skolekommissionen indstille tre kandidater, som skoledirektionen skulle vælge i mellem. Desuden skulle alle ansættelser godkendes af Undervisningsministeriet.[43]

De sønderjyske skolekommissioner, ikke mindst i Tønder Amt, havde ofte et meget lille distrikt. Dette betød, at der i mange skolekommissioner kunne være tysk flertal, selv om der var dansk flertal i kommunen og dermed i sognerådet. Efter skolekommissionsvalget i 1925 var der således tysk flertal 14 steder.[44] I de tyske skoleafdelinger fik de tyske medlemmer af skolekommissionerne stor indflydelse på indstillingerne. Dette bekræftes af Alfred Torp (1896–1933), der var lærer ved den tyske skole i Tønder, og som var en slags sekretær for Nic. Svendsen i skolekonsulentembedet. Torp anså det også for en fordel, hvis lærerne ved de tyske afdelinger var tysksindede, for så kunne de undervise på tysk kulturgrundlag.[45]

I denne sammenhæng skal der kun omtales et enkelt eksempel på læreransættelserne i en dansk-tysk skole, nemlig i Burkal i 1923, hvor den nybyggede dobbeltsprogede skole stod klar. Skolekommissionen og sognerådet indstillede lærer S.A. Christensen til posten som dansk førstelærer, og som andenlærer den dansk uddannede Aage H. Rasmussen, der havde været vikar, og som beboerne ønskede at beholde. Ligeledes var det i overensstemmelse med de tyske forældre, at den hidtidige lærer, Jacob Hansen (ansat i Burkal 1910–41), fortsatte som førstelærer, men nu for den tyske skoleafdeling.[46]

---

42 L.S. Ravn: Tyskuddannede lærere ved danske kommunale skoler i Sønderjylland 1920–63 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 35). Aabenraa 1964.

43 Om læreransættelser i Sønderjylland se Nørr: Genforeningens bedste gave (note 4), 178–203; Erik Nørr: Genforeningslærerne. I: Fyrretyve fortællinger fra Sønderjylland. Udgivet af Sprogforeningen. Aabenraa 2014, 335–343.

44 Beretning om Skolevæsenet i Tønder Amt 1925, 10.

45 Lærer Alfred Torps optegnelser fra et ophold i Tønder. Udgivet af Peter Kr. Iversen. I: Sønderjyske Årbøger 1963 og 1965. Se også Alfred Torp: Den danske Mindretalsskoleordning i Sønderjylland. I: Politisk Aarbog 1930, 31–49.

46 Tønder Skoledirektion, journalsag 13/5-1923.

I flere tilfælde havde lærerne timer i begge skoleafdelinger for at få timeplanen til at gå op. For eksempel blev den nye andenlærer i Burkal, Iver Andersen Damm (1901–1986, ansat 1926), tilknyttet både den danske og tyske afdeling. Mere gængs var det, at en lærer fra den danske afdeling underviste i dansk på den tyske afdeling og vice versa. Jacob Hansen i Burkal bad sig dog fritaget herfor, da de elever, som ikke deltog i hans tyskundervisning i den danske afdeling, lavede larm og ballade.[47] I andre tilfælde måtte lærerne hjælpe hinanden, for eksempel da den danske førstelærer i Jyndevad, Niels Carl Spandet (1892–1971), ikke kunne synge, og sangundervisningen i den danske skole måtte varetages af andenlæreren og af den tyske lærerinde. Tilsvarende måtte gymnastikundervisningen for tyske elever i Bajstrup overdrages til den danske lærer, da lærer Heinrich Fabricius (1895–1961) var krigsinvalid.[48] Der skulle ikke meget til, før der kunne blive blæst om undervisningen i en nationalt blandet befolkning. I 1926 fremkom der i tyske aviser beskyldninger imod førstelærer Christensen i Burkal, fordi han i dansktimerne i den tyske afdeling havde udtalt sig nedsættende om de „grusomme tyske soldater under Trediveårskrigen", men sagen blev henlagt, da også de tyske medlemmer af skolekommissionen mente, at sagen var blevet blæst op af den tyske presse.[49]

I de første år efter 1920 var der ikke problemer med at få lærere til de tyske kommunale skoleafdelinger. Der var stadig kandidater nok, som havde taget den tyske uddannelse før Genforeningen. En del af disse lærere blev sendt på kursusophold enten på Statens Lærerhøjskole i København eller på seminarier nord for Kongeåen, så de kunne fungere i den nye situation. Der var andre lærere, som skulle virke ved de tyske skoler, som blev sendt på efteruddannelseskursus i tysk praktisk og teoretisk læreruddannelse ved Universitetet i Jena, senere også i Hamburg. Den sønderjyske skolelov af 1. maj 1923 åbnede også mulighed for, at kandidater, som havde eksamen fra et tysk seminarium (pædagogisk akademi), kunne ansættes ved de tyske kommunale skoler, hvis de havde bestået en tillægsprøve i dansk sprog, litteratur og historie. En betingelse var dog, at de var danske statsborgere. I slutningen af 1920-erne viste der sig mangel på kandidater til de tyske lærerstillinger, og i 1927 tog hele skoledirektionen i Tønder til København til forhandling med

---

47 J. Hansen til skolekommissionen i Burkal 13.2.1928, RAÅ, Tønder Skoledirektion, lærerembeder Burkal-Bylderup 1920–70.

48 RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 13/5-1923 og 11/4-1921.

49 Der Schleswigholsteiner 23.1.1926; *Neue Tondernsche Zeitung* 9.2.1926; RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 16/8-1926.

Undervisningsministeriet for at finde løsninger på problemet, da manglen på lærere, der kunne undervise på et tysk kulturgrundlag, var en trussel imod hele mindretalsordningen på skolevæsenets område.[50]

Tilsyn med de dansk-tyske skoler

Alle sønderjyske amtsskolekonsulenter var flittige til at besøge skolerne, som det fremgår af deres tilsynsprotokoller og for Tønder amts vedkommende af Nic. Svendsens dagbøger over skolebesøg og embedsrejser.[51] Svendsen besøgte altid både de danske og tyske skoleafdelinger, og han kunne derved sammenligne undervisningens stade i de to afdelinger. I nogle skoler kunne forholdene være bedst i den danske skole (Solderup 18. april 1923), andre steder i den tyske (Abild 10. september 1925).

I nogle tilfælde måtte Svendsen også udrede problemer, som var opstået mellem nationaliteterne. Han skrev således i sin skoleberetning til ministeriet i 1928, at skolebesøg kunne være særlig påkrævet i hele det sydlige bælte mellem Brede Å og grænsen, hvor nationaliteterne er mere eller mindre blandede, og hvor disse forhold stadig volder visse brydninger.[52]

Amtsskolekonsulenterne kunne også møde eksempler på, at det danske og tyske sprog blev benyttet i undervisningen til fælles glæde for alle skolebørn. Da amtsskolekonsulent N.J. Nielsen (1876–1940) i 1924 besøgte Kiskelund Skole (Bov Sogn), overværede han en sangtime, hvor der blandt andet blev sunget følgende danske og tyske sange:

- Vipper springe
- Lieb Heimatland adé
- Moder kær
- Jylland mellem tvende have
- Oh, Strassburg
- Husker du i høst
- Kærlighed fra Gud
- Ich hatt einen Kameraden

---

50 Herom se Nørr: Genforeningens bedste gave (note 4), 199–201.

51 RAÅ, Nic. Svendsens privatarkiv, skolebesøg og tjenesterejser 1923–46; om amtsskolekonsulenternes besøgsaktivitet se Nørr: Genforeningens bedste gave (note 4), 103–112.

52 RAÅ, Tønder Skoledirektion, journalsag 20a/24-1929.

Skolen havde en dansk afdeling med 13 børn og en tysk afdeling med 12 børn. Skolen havde kun en lærer, nemlig den tyskuddannede Nis Johnsen (* 1901). Sangtimen var fælles for alle børn.[53]

De dobbeltsprogede skolers betydning og afvikling

Den sønderjyske skoleordning åbnede mulighed for, at der kunne oprettes dobbeltsprogede afdelinger, hvis et mindretal krævede det. Specielt i Tønder Amt spillede de kommunale dobbeltsprogede skoler en stor rolle. I 1930 var der således 19 kommunale tyske skoler, som i alt havde 934 elever. I 1920-erne var der oprettet enkelte tyske privatskoler, for eksempel i Bylderup 1925, Lydersholm 1929 og Skærbæk 1930. Disse tyske privatskoler havde i 1930 i alt 122 elever.[54] I de andre sønderjyske amter havde de tyske privatskoler en større andel af de tyske børn. Desuden blev der i 1920-erne ved en række mindre skoler i grænseegnene i Tønder Amt praktiseret en særlig vestslesvigsk overgangsordning, hvor samme lærer underviste børnene på to sprog i samme klasse.

De dansk-tyske dobbeltsprogede skoler bidrog til, at overgangen til det danske skolevæsen i 1920 gik forholdsvis smertefrit. Det tyske mindretal fik ret til både at oprette kommunale og private skoler. Et stort antal af de hidtidige lærere fik mulighed for at fortsætte efter 1920, også nogle af dem, som vanskeligt kunne have påtaget sig at undervise på dansk. Amtsskolekonsulentens tilsyn og statslige tilskud sikrede, at det tyske skolevæsen kom til at stå på samme niveau som det danske. Ordningen betød også, at der både blev undervist i dansk i de tyske skoler og tysk i mange af de danske skoler. De to skoleafdelinger konkurrerede flere steder om at være bedst, hvilket var en fordel for skolevæsenets standard. I de fleste tilfælde havde de to afdelinger og deres lærere et tåleligt forhold til hinanden, men nogle steder kunne der opstå forskellige gnidninger mellem de to nationaliteter.

Fra det tyske mindretals politiske repræsentant, pastor Johannes Schmidt (1869–1959), og formanden for den tyske skoleforening i Nordslesvig, rektor for den tyske privatskole i Tinglev Wilhelm Koopmann, blev der fra starten

---

53 RAÅ, Aabenraa Skoledirektion, tilsynsprotokol 1920–35, skolebesøg 12.11.1924; Skolevæsenet i Aabenraa Amt 1924.

54 Beretning om Skolevæsenet i Tønder Amt 1930.

af 1920-erne stillet en række tyske skolekrav.[55] Ordningen med de tyske skoleafdelinger tilfredsstillede ikke det tyske mindretals ønske om en „Gesinnungschule", som ikke blot havde det tyske sprog, men også tysk ånd og kultur som grundlag, og som ikke var underlagt de danske myndigheders kontrol. Kravene blev fremsat en række gange i Rigsdagen og også på møder med de danske skolefolk og ministeriets embedsmænd.

Blandt hovedkravene var selvstændige tyske skolekommissioner for de tyske skoleafdelinger og en selvstændig tysk skolekonsulent. De danske myndigheder var ikke tilbøjelige til at opfylde disse krav, da der også lå en politisk dagsorden bagved, nemlig ønsket om en grænseændring. I 1930-erne opstod også hensigten fra tysk side om at fremme det nazistiske indhold i de tyske skoler. I slutningen af 1930-erne blev de tyske skolekrav skærpet, og der fremsattes krav om en egentlig tysk kulturel autonomi på skoleområdet. Med den sønderjyske skolelov af 15. marts 1939 blev flere af de tyske skolekrav gennemført. Der blev indført en ordning med skolekommissioner for hele kommunen kombineret med skolenævn for de enkelte skoleafdelinger, altså med tyske skolenævn for de tysksprogede skoleafdelinger, og der blev ansat en tysk skolekonsulent, der skulle føre tilsyn med de tyske kommunale og private skoler.

Selv om det nazistiske indhold i undervisningen blev meget stærkere i de tyske privatskoler end i de tyske kommunale skoleafdelinger, og lærerne herfra generelt optrådte mere moderat i skolen og i den offentlige debat end visse højtråbende tyske privatskolelærere[56], så endte det med, at både de tyske private og kommunale skoler blev lukket i 1945–46 efter ophøret af den tyske besættelse af Danmark 1940–45. Mange af lærerne, også i de kommunale skoleafdelinger, blev interneret i Fårhuslejren, fordi de havde ladet sig rekruttere til Zeitfreiwilligendienst, som var et lokalt hjemmeværn for tysksindede nordslesvigere i tilknytning til den tyske værnemagt.

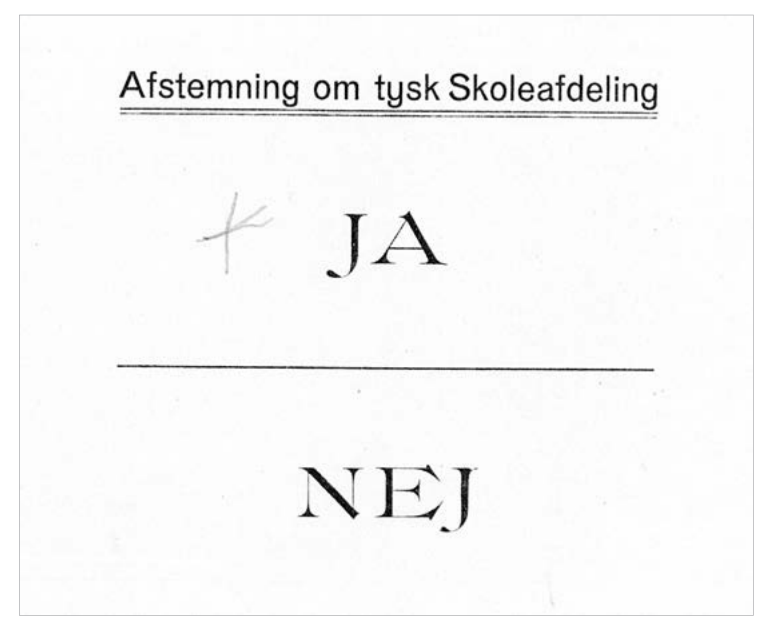
Da det tyske skolevæsen atter blev etableret, skete det udelukkende på privat basis, da tilladelsen til at oprette kommunale tyske skoler blev anset for

[55] Henrik Becker-Christensen: Det tyske mindretal i Nordslesvig 1920–1932, I, Aabenraa 1990, 195–220; Fr. Christensen: Aufbau deutscher Schulen in Nordschleswig 1919–1940. I: Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig, Heft 23, 1971; W. Koopmann: Das deutsche Schulwesen in Nordschleswig. I: Deutscher Volkskalender für Nordschleswig, 1927, 17–32; om de danske myndigheder og skolefolks holdning til de tyske skolekrav se: Nørr: Genforeningens bedste gave (note 4), 267–278 og 369–381.

[56] Herom se Nicolai Svendsen: Mindretallets Skoleforhold efter Genforeningen [1945], om forskellen mellem lærerne i de tyske kommunale skoler og de tyske privatskoler, se RAÅ, Tønder Skoledirektion, amtsskolekonsulent Nicolai Svendsens håndarkiv, nr. 9.

en særrettighed, som man ikke længere ville give det tyske mindretal.[57] Hvis de tyske kommunale lærere havde optrådt mere moderat før og under besættelsen, kunne ordningen med det kommunale skolevæsen formentlig være fortsat efter 1945 på samme måde som med de fælles dansk-tyske menigheder i de sønderjyske købstæder, der eksisterer endnu i 2022. De mange små tyske skoleafdelinger på landet kunne dog næppe have overlevet skolevæsenets centralisering i 1950-erne og 1960-erne, men i købstæderne og et par andre steder kunne der i dag have været kommunale tyske skoleafdelinger. Dette kunne have haft stor betydning for det samlede sønderjyske skolevæsen.

57 Lov 12.7.1946 om private tysksprogede skoler m.v.; jfr. bekendtgørelse 28.8.1946.



Afstemning om tysk Skoleafdeling

JA

NEJ

1: Stemmeseddel (ja-stemme) fra afstemningen om tysk skoleafdeling i Abild februar 1921. Stemmesedlerne skulle indsendes til skoledirektionen og er derfor bevaret. Der var ved afstemningen flertal for at oprette en tysk skoleafdeling (Rigsarkivet Aabenraa, Tønder Amtsskoledirektions arkiv).

Stimmzettel (eine Ja-Stimme) von der Abstimmung im Februar 1921 über die Einrichtung einer deutschen Schulabteilung in Abel. Die Stimmzettel sollten bei der Schuldirektion eingereicht werden und sind deshalb erhalten. Die Abstimmung ergab eine Majorität für eine deutsche Schulabteilung (Rigsarkivet Aabenraa, Tønder Amtsskoledirektions arkiv).

Timeplan

for

Rudböl danske Skole.

Vinteren 1923-24

	Mandag	Tirsdag	Onsdag	Torsdag	Fredag	Lørdag
8–9	Religion	Historie	Religion	Geografi	Religion	Dansk.
9–10	Regning	Dansk.	Regning	Dansk	Regning	Skrivning
10–11	Tysk Sprogundervisning					
11–12						
12–1						
1–2	Dansk	Naturfag		Læsning	Historie	
2–3	Geografi	Skrivning		Tegning	Dansk	
3–4	Læsning	Gymn. Husflid Haandgern.		Sang	Gymn. Husflid. Haandg.	
4–5						
5–6						Angaaende Timefordeling – vend

Nr. 1334. Olaf O. Barfod & Co.s Forlag.

Skolecommission
Lorenz N Nielsen.

Rudböl d. 26. Aug. 1923.
M.R.Mikkelsen

2: Timeplan for Rudbøl dansksprogede afdeling 1923/24. Time planen er både underskrevet af lærer M. Mikkelsen og af skolekommissionen, som havde tysk flertal ved de fleste skolekommissionsvalg i perioden 1920–1937. Af timeplanen fremgår det, at den danske afdeling havde tysk hver dag mellem kl. 10 og 11. (Rigsarkivet Aabenraa, Tønder Skoledirektions arkiv, journalsager 1923) Stundenplan für die dänischsprachige Abteilung der Schule in Ruttebüll 1923/24.

Der Stundenplan ist vom Lehrer M. Mikkelsen und der Schulkommission unterzeichnet worden. Die meisten Wahlen zur Schulkommission ergaben in den Jahren 1920–1937 eine deutsche Majorität. Der Stundenplan zeigt, dass die dänische Abteilung jeden Tag zwischen 10 und 11 Uhr Deutschstunde hatte (Rigsarkivet Aabenraa, Tønder Skoledirektions arkiv, journalsager 1923).

3: Timeplan for Rudbøl tysksprogede skoleafdeling 1923/24. Planen er underskrevet af den tyske førstelærer, P. Christensen, og af skolekommissionens formand. De tyske elever havde dansk-undervisning hver dag mellem 10 og 11, samtidig med at de dansksprogede elever havde tysk (Rigsarkivet Aabenraa, Tønder Amtsskoledirektions arkiv).

Stundenplan für die deutschsprachige Abteilung der Schule in Ruttebüll 1923/24. Der Plan ist vom deutschen Hauptlehrer, P. Christensen, und dem Vorsitzenden der Schulkommission unterzeichnet. Die deutschen Schüler erhielten Dänischunterricht jeden Tag zwischen 10 und 11 Uhr, während die dänischsprachigen Schüler Deutschunterricht bekamen (Rigsarkivet Aabenraa, Tønder Amtsskoledirektions arkiv).



4: Rens dobbeltsprogede skolebygning med de to lærerboliger for henholdsvis den danske og tyske førstelærer. Skolen blev ligesom to andre skoler i Burkal Kommune i Store Jyndevad og Burkal opført i 1922-23 med statstilskud (Foto Erik Nørr 2016 i privateje).

Die doppelsprachige Schule in Renz mit zwei Lehrerwohnungen bzw. für den dänischen und den deutschen Hauptlehrer. Die Schule wurde 1922-23 wie zwei andere Schulen der Gemeinde Buhrkall, in Groß Jündewatt und Buhrkall, mit staatlichen Zuschüssen erbaut (Foto Erik Nørr 2016 im Privatbesitz).



5: Efter det mislykkede forsøg på at oprette en tysksproget afdeling af den kommunale skole i Bylderup, blev der i 1925 oprettet en tysk privatskole i Bylderup. På billedet ses den nye privatskoles bygning, som senere blev udvidet, da børnetallet voksede (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Nach dem gescheiterten Versuch, eine deutschsprachige Abteilung an der kommunalen Schule in Bülderup zu errichten, wurde dort im Jahre 1925 eine deutsche Privatschule gegründet. Abgebildet ist das Gebäude der neuen Schule, das aber später erweitert werden musste, weil die Anzahl der Kinder anstieg (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



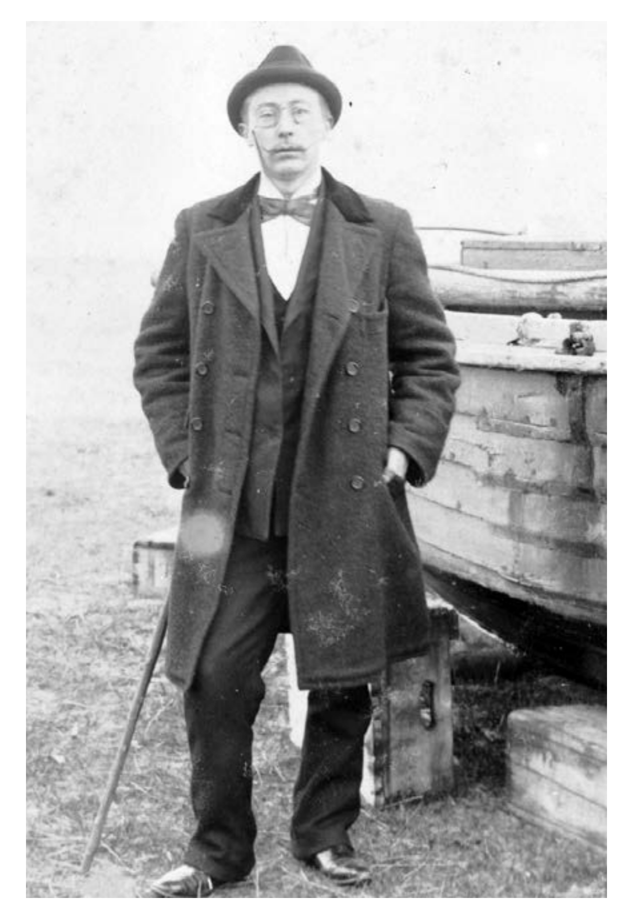
6: Lærere og elever i Burkal dansksprogede afdeling 1931. De to lærere er t.v. den danske førstelærer S.A. Christensen og t.h. andenlærer Iver A. Damm, som også underviste i den tyske afdeling. De blev begge ansat i Burkal i 1923 (Burkal Sogns Lokalarkiv).

Die Lehrer und Schüler der dänischsprachigen Abteilung an der Schule in Buhrkall 1932. Links der dänische Hauptlehrer S.A. Christensen und rechts der zweite Lehrer Iver A. Damm, der auch in der deutschen Abteilung unterrichtete. Sie waren beide im Jahre 1923 nach Buhrkall berufen worden (Burkal Sogns Lokalarkiv).



7: Lærere og elever i Burkal tyske afdeling 1931. Læreren til højre er den tyske førstelærer Jacob Hansen, og læreren til venstre andenlærer Iver A. Damm, som havde timer både i den tyske og danske afdeling (Burkal Sogns Lokalarkiv).

Die Lehrer und Schüler der deutschsprachigen Abteilung in Buhrkall 1931. Rechts der deutsche Hauptlehrer Jacob Hansen, links der zweite Lehrer Iver A. Damm, der sowohl in der deutschen als auch in der dänischen Abteilung Unterricht gab (Burkal Sogns Lokalarkiv).



8: Nicolai Svendsen (1873-1966), amtsskolekonsulent Tønder Amt 1920–46. Han havde seminarieuddannelse fra Tønder Seminarium, men virkede i en årrække som journalist. Han havde indgående kendskab til den sønderjyske befolkning i grænseegnene. På billedet ses Nicolai Svendsen på vej til skoletilsyn. Han blev kaldt „manden med spadserestokken". Svendsen besøgte både de dansksprogede og de tysksprogede skoler (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Nicolai Svendsen (1873-1966) war Kreisschulbeauftragter im Kreis Tondern 1920–46. Er wurde als Seminarist in Tondern ausgebildet, aber arbeitete mehrere Jahre als Journalist. Er verfügte über tiefe Kenntnisse von der nordschleswigschen Bevölkerung im Grenzgebiet. Auf dem Foto sieht man Nicolai Svendsen auf dem Weg zu einer Schulinspektion. Man nannte ihn „der Mann mit dem Spazierstock". Er besuchte sowohl die dänisch- als auch die deutschsprachigen Schulen (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Die zweisprachigen Schulen in den Grenzgemeinden in den 1920er-Jahren

Erik Nørr

1920 erhielt Nordschleswig ein spezielles Schulsystem, um das preußische Schulwesen zu ersetzen. Das nordschleswigsche Schulgesetz nahm hinsichtlich der schulischen Verhältnisse in Dänemark in mehrerlei Hinsicht eine Vorreiterrolle ein, denn das System berücksichtigte auch die deutsche Minderheit. Nach entsprechender Abstimmung konnten in den kommunalen Schulen deutschsprachige Abteilungen eingerichtet werden, was insbesondere im Kreis Tondern auch umgesetzt wurde. Der vorliegende Beitrag handelt von den Abstimmungen, dem Unterricht, den Schulgebäuden, den Lehrkräften und der Aufsicht über die zweisprachigen Schulen. Geschah alles versöhnlich und einträchtig, oder waren die Verhältnisse durch nationale und persönliche Konflikte geprägt? Welche Bedeutung erlangte das zweisprachige Schulwesen und warum wurde es am Ende abgeschafft?

Das Zustandekommen des nordschleswigschen Schulsystems

Gleich nachdem Hans Peter Hanssen (1862–1936) auf einer Tagung des Wählervereins für Nordschleswig am 16. und 17. November 1918 im Apenrader Folkehjem eine Verlagerung der deutsch-dänischen Grenze im Anschluss an eine Volksabstimmung gefordert hatte, begannen Überlegungen, wie das

Schulsystem in Nordschleswig nach einer Wiedervereinigung mit Dänemark organisiert werden solle. Das Schulwesen war der Bereich gewesen, in dem die preußische Nationalitätspolitik die dänisch gesinnte Bevölkerung am stärksten beeinflusst hatte, da ab 1888 dänischsprachiger Unterricht, ausgenommen vier wöchentliche Religionsstunden, behördlich verboten worden war.

Die Initiative zu den Verhandlungen über ein neues Schulsystem in Nordschleswig wurde von den Nordschleswigern selbst über den Wählerverein für Nordschleswig und den durch diesen eingesetzten Schulausschuss ergriffen. Das neue Schulsystem kam im Zusammenwirken zwischen Politikern und Schulfachleuten Nordschleswigs sowie hochrangigen Beamten des Bildungsministeriums und des provisorischen Ministeriums für Nordschleswigsche Angelegenheiten in Kopenhagen zustande, indem die Vertreter Nordschleswigs an Sitzungen in Kopenhagen teilnahmen, darunter im sogenannten Krieger-Ausschuss[1] und im Bildungsministerium.[2]

Die Festlegung der Grundprinzipien des nordschleswigschen Schulsystems erfolgte durch den Schulausschuss des Wählervereins.[3] Obschon man gleich nach der Eingliederung die ungeliebten preußischen Schulverordnungen von 1878 und 1888 gern loswerden wollte, sollten die dänischen Schulgesetze gleichwohl nicht sofort in vollem Umfang eingeführt werden. Zum einen war es in der Praxis schwierig, das dänische Schulsystem komplett und unverzüglich auf die örtlichen Verhältnisse zu übertragen, und zum anderen wurde in einigen Punkten das deutsche Schulsystem als zeitgemäßer angesehen. Unter anderem im Bereich der Aufsichtsführung hatte das deutsche Schulsystem anstelle der in Dänemark praktizierten klerikalen Aufsicht das Amt der Kreisschulinspektoren eingeführt. Seit den 1850er-Jahren hatte es in Dänemark Überlegungen gegeben, eine fachlich-pädagogische Aufsicht anstelle der kirchlichen Aufsicht einzuführen.

Das nordschleswigsche Schulgesetz vom 30. Juni 1920 enthielt unter anderem Bestimmungen zu Schulaufsicht und Unterrichtssprache. In anderen Bereichen sollte die bisherige Schulgesetzgebung hingegen weiterhin gelten. Ein zentraler Punkt des nordschleswigschen Schulsystems war der direkte

1 Siehe hierzu den Beitrag Hans Schultz Hansens in diesem Buch.

2 Die Verhandlungen führten zur Ausarbeitung mehrerer Entwürfe für ein nordschleswigsches Schulgesetz, siehe hierzu RAK, Undervisningsministeriet (UVM), 1. Departement, 1. Kontor, Journalnummer AV 1980/1919 und AX 1934/1920 (beide zur Journalnummer 2433/1938 hinzugenommen).

3 RAÅ, Vælgerforeningen for Nordslesvig Nr. 34, skoleudvalgets forhandlingsprotokol 1918–20.

Einfluss von Bevölkerung und Elternschaft. Verschiedene Funktionen, die in Dänemark in der Gemeindevertretung angesiedelt waren, einschließlich des Vorschlagsrechts für die Ernennung von Lehrkräften, wurden in Nordschleswig der Schulkommission übertragen. In dieser Kommission, die in der Regel nur für einen Schulbezirk zuständig war, kamen nach allgemeinem Verständnis die Belange der Elternschaft unmittelbarer zum Ausdruck als im Gemeinderat. Auch die Zusammensetzung der Schulkommission unterschied sich von der im übrigen Dänemark, wo der ländliche Gemeindepfarrer kraft Amtes von vornherein als Vorsitzender feststand und die übrigen Mitglieder vom Gemeinderat ernannt wurden. In den neuen Schulkommissionen Nordschleswigs mussten alle Mitglieder durch Direktwahl ermittelt werden, und die Kommission bestimmte selbst ihren Vorsitzenden.

Auf regionaler Ebene sollten Kreisschulbeauftragte eingestellt und dreiköpfige Kreisschulvorstände mit dem Amtmann als Vorsitzendem, dem Kreisschulbeauftragten als Geschäftsführer und wichtigstem Mitglied sowie einem durch den Schulrat des Kreises gewählten Mitglied eingeführt werden. Die Kreisschulbeauftragten sollten regelmäßig Schulbesuche absolvieren, um bezüglich der Schulen und Lehrkräfte nach dem Rechten zu sehen. Sowohl hinsichtlich der gewählten Schulkommissionen als auch der Kreisschulbeauftragten entwickelte sich das nordschleswigsche Schulsystem zu einer Versuchsregelung, wobei die Bestimmungen Nordschleswigs später die entsprechenden Systeme auch im Rest des Landes beeinflussen sollten.[4]

Das nordschleswigsche Schulsystem beruhte auf zwei eigentlich widersprüchlichen Grundsätzen: größtmöglichem Einfluss durch Eltern und Ortsansässige einerseits und stärkerer staatlicher Kontrolle als im übrigen Dänemark andererseits. So mussten unter anderem alle Stellenbesetzungen bei den Lehrkräften und alle Lehrbücher durch das Bildungsministerium genehmigt werden, und im Kreisschulvorstand hatten die staatlichen Vertreter sowie Amtmann und Kreisschulbeauftragter maßgeblich das Sagen. Insbesondere Hanssen hatte im Vorfeld die Notwendigkeit einer staatlichen Kontrolle des nordschleswigschen Schulwesens beim Übergang von der deutschen zur dänischen Schule betont.[5]

4 Bezüglich des nordschleswigschen Schulsystems und des Schulsystems für Dänemark sei allgemein auf Erik Nørr verwiesen: Genforeningens bedste gave. Skoleordning og amtsskolekonsulenter i Sønderjylland og Danmark (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 90), Apenrade 2003.

5 Siehe auch Forhandlingerne i Rigsdagspartiernes sønderjydske Udvalg 1919–20 [1.605 Seiten].

Das nordschleswigsche Schulsystem und die Unterrichtssprache

Ein zentrales Element des Schulsystems war die Frage der Unterrichtssprache und der Rechte der Minderheit. Es gab mehrere Gründe, warum das Sprachproblem eine so große Rolle spielte. Zum einen konnte hier auf schlechte Beispiele aus der Vergangenheit wie etwa die mittelschleswigschen Sprachreskripte 1851/1852 und die preußischen Schulverordnungen von 1878 und 1888 verwiesen werden, und zum anderen waren bei den Verhandlungen zum Versailler Frieden die Minderheitenrechte verstärkt ins Blickfeld gerückt. Zudem war man sich vonseiten Nordschleswigs bewusst, dass sich eine dänische Minderheit südlich der Grenze etablieren würde. Die Rechte der deutschen Minderheit würden insofern für das Schulwesen der dänischen Minderheit in Südschleswig bedeutsam werden können.

Darüber hinaus war für den Inhalt der Minderheitenrechte von großer Bedeutung, dass noch niemand wusste, wie der Grenzverlauf schlussendlich verlaufen würde. Würden zum Beispiel Flensburg und andere Teile Südschleswigs Dänemark zugeschlagen werden? Niemand wusste es bis zur Abstimmung am 14. März 1920. Als die Stellen der Kreisschulbeauftragten im Januar 1920 ausgeschrieben wurden, suchte man somit „eine Anzahl", da immer noch nicht sicher war, ob ein Schulbeauftragter für den Kreis Flensburg benötigt würde. Für alle kommenden Kreisschulbeauftragten galt, dass sie „der deutschen Sprache mächtig" sein mussten.[6]

Der Schulausschuss des Wählervereins sprach sich in einer Stellungnahme für ein weitreichendes Entgegenkommen gegenüber der deutschen Minderheit in der Grundschule aus, da aus den Erfahrungen aus Vergangenheit und Gegenwart zu folgern sei, dass hinsichtlich der Unterrichtssprache ein zu schonungsloser Übergang von Deutsch auf Dänisch gegen den Willen der Mehrheitsbevölkerung oder auch einer zahlenmäßig bedeutsamen Minderheit leicht verhängnisvolle Folgen haben könnte. Zudem würde eine wohlwollende Vorgehensweise in Sachen Deutsch in der Grundschule der Einrichtung deutscher Privatschulen entgegenwirken, über die die Staatsmacht nur wenig Kontrolle hätte, wohingegen es eher Möglichkeiten gebe, den deutschen Unterricht in den normalen Grundschulen zu beeinflussen. In den ersten Entwürfen zu einem neuen Schulsystem vom Frühjahr 1919 wurde eine Klausel

6 Veröffentlichung im (dänischen Amtsblatt) Statstidende 24.1.1920.

eingearbeitet, gemäß der die Unterrichtssprache auf dem Land im Regelfall Dänisch sei, jedoch mindestens zehn Prozent der Eltern eines Schulbezirks mit Kindern im schulpflichtigen Alter unter vierzehn Jahren gegebenenfalls eine Abstimmung über die Schaffung von Sonderunterricht mit Deutsch als Unterrichtssprache verlangen könnten. Ein solcher Unterricht sei einzuführen, wenn mindestens 25 Prozent der Wähler des Schulbezirks, die mindestens zehn Kinder im schulpflichtigen Alter vertraten, dies bei der Abstimmung forderten. In späteren Entwürfen und im abschließend beschlossenen Gesetz vom 30. Juni 1920 wurde der Prozentsatz von 25 auf 20 reduziert.

Gegenstand der internen Überlegungen war auch, welche die Unterrichtssprache in Gebieten sein solle, in denen die Umgangssprache Deutsch war, etwa in Flensburg und Umgebung sowie im friesischen Raum. Im Entwurf vom September 1919 hieß es zum Thema Flensburg, dass die Unterrichtssprache Deutsch sei, jedoch mindestens vier Stunden Unterricht auf Dänisch zu erteilen sei. Außerdem sollte in der Stadt ein besonderer Teil der Grundschule mit dänischer Unterrichtssprache eingerichtet werden.[7]

Bald verständigte man sich auf eine Formulierung, dass die Unterrichtssprache auf dem Land und in den Flecken der Umgangssprache entsprechen solle. Wo die Unterrichtssprache Dänisch sei, könne eine Minderheit eine Abstimmung über die Einrichtung einer deutschen Schulabteilung und entsprechend im Falle von Deutsch als gängiger Unterrichtssprache eine Minderheit eine Abstimmung über eine dänische Schulabteilung verlangen. In den Städten (gegebenenfalls auch Flensburg) sollten sowohl eine dänische als auch eine deutsche Schulabteilung eingerichtet werden.

Ein weiteres Sprachproblem, das die Entscheidungsträger beschäftigte, war, ob in den deutschen Schulabteilungen das Fach Dänisch und in den dänischen Schulabteilungen das Fach Deutsch unterrichtet werden sollte und gegebenenfalls, ob dieser Unterricht obligatorisch oder freiwillig sein sollte. Das Argument zugunsten des Unterrichts war, dass es angemessen erscheine, Kindern, die eine Grundschule im dänischen Staat besuchten, zumindest einige Stunden Dänischunterricht zuteilwerden zu lassen. Andererseits sei es jedoch nicht sinnvoll, einen Dänischunterricht unter Zwang einzuführen, da man sich in der deutschen Zeit (bis 1920) ja gerade gegen den zwangsweisen Deutschunterricht gewehrt hatte. Forderungen nach einem Deutschunterricht

---

7 Die Klausel über ein kommendes Schulsystem für Flensburg wurde aufgrund eines Schreibens des Provisorischen Ministeriums für Nordschleswigsche Angelegenheiten in den Entwurf aufgenommen 19.9.1919, Journalnummer 185/1919.

an rein dänischen Schulen könnte Probleme hinsichtlich der Suche nach Lehrern verursachen, die Deutsch unterrichten könnten.

Nach Paragraf 21 des Schulgesetzes vom 30. Juni 1920 sollte es auf dem Land in den deutschen Schulabteilungen ab dem dritten Schuljahr vier bis sechs Stunden Dänischunterricht pro Woche geben, wobei Eltern bei der Schulkommission eine Befreiung von diesem Unterricht beantragen konnten. In Schulen, in denen der Unterricht dänisch war, konnte die Schulkommission freiwilligen Deutschunterricht anbieten. In den Städten sollte in den dänischen beziehungsweise deutschen Schulabteilungen jeweils Deutsch- beziehungsweise Dänischunterricht angeboten werden, aber auch hier sollten Eltern eine Befreiung beantragen können.

Abstimmungen über deutsche Schulabteilungen

Im November 1920 erließen das Innenministerium und das Bildungsministerium Vorschriften darüber, wie die Abstimmungen über Doppelschulabteilungen durchzuführen seien.[8] Zehn Prozent der Eltern des Schulbezirks, die in der Gemeinde stimmberechtigt waren, sollten die Schulkommission schriftlich zur Veranlassung einer Abstimmung auffordern.

Das Recht auf Abstimmung über eine deutsche Abteilung einer Grundschule wurde besonders im Kreis Tondern in vielen Schulbezirken wahrgenommen. Ein solcher Antrag auf eine besondere deutsche Schulabteilung wurde am 4. Januar 1921 von sechzehn Eltern in Abel gestellt. Nach öffentlicher Auslegung einer Wahlliste von Personen in der Abeler Schulgemeinde, die das elterliche Sorgerecht über Kinder unter vierzehn Jahren innehatten, wurde in mehreren Tageszeitungen und durch Bekanntmachung angekündigt, dass die Abstimmung am 24. Februar 1921 stattfinden solle.[9] Die Abstimmung ergab fünfzehn Stimmen für die Errichtung einer deutschen Schulabteilung in Abel; es gab keine Gegenstimme. Aufgrund der insgesamt vierzig Stimmberechtigten war die Zwanzig-Prozent-Anforderung erfüllt, und die deutsche Schulabteilung konnte eingerichtet werden, sobald die Voraussetzungen in Sachen

---

8 UVM-Rundschreiben v. 13.11.1920 an die Schuldirektionen Nordschleswigs; Rundschreiben des Innenministeriums v. 13.11.1920 an die Amtmänner in Nordschleswig, abgedruckt in: Love og Ekspeditioner vedkommende Kirke- og Skolevæsenet 1919–20, 910–915.

9 RAÅ, Tønder Amts Skoledirektion (Skoledirektion), Aktenzeichen 1920–23 Nr. 14/6-1921.

Räumlichkeiten und Lehrkräfte geschaffen seien. 1924 gab es 33 dänische und 29 deutsche Schüler in der Schule in Abel.[10]

Ein Beispiel aus Jeising zeigt, dass es oft lange dauern konnte, bis eine deutsche Schulabteilung eingerichtet war. Bei der Abstimmung am 24. Mai 1922 gab es dreizehn Ja-Stimmen für eine deutsche Schulabteilung. Danach erfolgten unzählige Verhandlungen zwischen dem Gemeinderat, der Schulkommission und einem Architekten über verschiedene Möglichkeiten in Bezug auf Um- und Anbauten, den etwaigen Zukauf von Gebäuden und ähnliches. Doch erst im Frühjahr 1923 fand sich eine zufriedenstellende Lösung. Dann musste die Lehrerfrage gelöst werden. Zunächst unterrichtete der damals in deutscher Zeit ausgebildete Lehrer abwechselnd achtzehn Stunden pro Woche in der dänischen und achtzehn Stunden in der deutschen Schule. Schließlich gelang es, zum 1. Dezember 1923 einen Lehrer eigens für die deutsche Abteilung einzustellen.[11]

In Abel wie auch in Jeising blieben die dänischen Eltern der Abstimmung fern. Bei der Abstimmung in Renz am 10. Juli 1922 und Norder Lügum 1924 stimmten zwei Eltern dagegen, aber mit elf beziehungsweise zehn Ja-Stimmen wurde die deutsche Abteilung an beiden Stellen eingerichtet.[12] Gleiches galt im August 1921 in Eggebek-Kraulund, obwohl es fünfzehn Nein-Stimmen und nur vierzehn Ja-Stimmen gab. Die Anzahl der Nein-Stimmen hatte keinen Einfluss auf die Entscheidung, wenn nur ein ausreichend großer Prozentsatz (zwanzig Prozent) der Eltern für die deutsche Niederlassung stimmte.[13]

Nicht überall wurden Abstimmungen durchgeführt. Wenn Gemeinderat und Schulkommission schon vorab gemeinsam der Ansicht waren, dass eine Abstimmung zu einem positiven Ergebnis führen werde, konnte die deutsche Abteilung ohne weitere Formalitäten eingerichtet werden. So war es zum Beispiel im Fall der deutschen Schulabteilungen in Rapstedt und Tingleff. Ebenso wurden in Hoyer, Ruttebüll und Seth-Ubergm, in denen die Schulen und die Mehrheit der Eltern deutsch waren, ohne Abstimmung dänische Schulabteilungen geschaffen.[14]

An einigen Orten, wo es im Schulbezirk viele Kinder gab, konnte es für die deutsche Minderheit schwierig sein, die Anforderung der zwanzig Prozent aller

---

10 Beretning om Skolevæsenet i Tønder Amt i 1924, 9.

11 Über die Abstimmung in Jeising s. RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 13/16-1921.

12 Hejmdal 9.8.1921; Vestslesvigsk Tidende 7.6.1924.

13 Hejmdal 26.8.1921; vgl. Antwort der Schuldirektion Tondern 20.1.1921 an den Kreis Tondern auf eine Anfrage über die fehlende Bedeutung der Nein-Stimmen, RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 13/1-1921.

14 Siehe hierzu Kreisschulbeauftragter Nicolai Svendsen 5.8.1922 an das UVM, RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 13/13-1922.

Wahlberechtigten bei der Abstimmung zu erfüllen. Dies stellte sich zum Beispiel bei der Abstimmung über eine deutsche Abteilung in Ulkebüll am 2. November 1921 heraus. Allerdings bot Paragraf 21 des überarbeiteten nordschleswigschen Schulgesetzes vom 1. Mai 1923 hier eine neue Möglichkeit. Eine doppelte Abteilung könne auch dann eingerichtet werden, wenn weniger als zwanzig Prozent der Schulbezirkswähler dies beantragten, diese jedoch mindestens 24 Kinder im schulpflichtigen Alter vertraten, und den Kindern nicht eine andere Schule mit deutscher Unterrichtssprache angeboten werden konnte.[15] Die Möglichkeiten des neuen Gesetzes veranlassten 23 Unterzeichner, die nach eigenen Angaben 39 Kinder vertraten, erneut eine deutsche Schulabteilung in Ulkebüll zu beantragen. Im Ergebnis bekam Ulkebüll allerdings keine eigene deutsche Schule, weil den Kindern der Besuch der deutschen Schule in Sonderburg angeboten werden konnte. Die Wohnlage der Kinder war so, dass sie dadurch keinen wesentlich längeren Schulweg in Kauf zu nehmen hatten. Zudem erklärte sich die Schule in Sonderburg zur Aufnahme der Kinder aus Ulkebüll bereit.[16]

In den ersten Jahren nach 1920 war die deutsche Minderheit mit der Möglichkeit der Einrichtung deutscher kommunaler Schulabteilungen zufrieden.[17] Der Vorsitzende des Deutschen Schulvereins für Nordschleswig, Wilhelm Koopmann (1870–1940), machte vielfach im Hintergrund seinen Einfluss geltend, um deutsche Eltern zum Fordern der Einrichtung deutscher Schulabteilungen zu veranlassen. Der sogenannte Bülderuper-Schulfall war jedoch ein Zeichen dafür, dass die deutschen schulbezogenen Forderungen zunehmend schärfer wurden. So verlangte man hinsichtlich der deutschen Schulabteilungen weitaus mehr Unabhängigkeit gegenüber den dänischen Schulbehörden, widrigenfalls man sonst stattdessen deutsche Privatschulen schaffen würde.

Nach vielen Versuchen, Deutschunterricht in Bülderup zu etablieren, fand am 20. Dezember 1924 eine Abstimmung über eine deutsche Schulabteilung statt, doch das Ergebnis und die anschließende Anmeldung von Kindern für die deutsche Abteilung führten zu einer Ungewissheit, ob es die erforderlichen zehn Kinder im schulpflichtigen Alter unter vierzehn Jahren, die

15 Vgl. Rundschreiben des Innenministeriums 3.4.1925; bei der Abstimmung waren nun zusätzlich zum weißen Ja/Nein-Stimmzettel blaue Stimmzettel für jedes gemäß Elternwunsch in der deutschen Abteilung anzumeldende Kind abzugeben, Love og Ekspeditioner vedkommende Kirke- og Skolevæsenet 1925–26, 136–140.

16 RAK, UVM, 1. Departement, 1. Kontor, Journalnummer 2683/1923; RAÅ, Sønderborg Skoledirektion, Journalnummer 306/1922.

17 Siehe den Artikel: Die Schulleitung der deutschsprachigen Schulabteilungen in Nordschleswig, Neue Tondersche Zeitung 18.3.1922.

die deutsche Abteilung besuchen wollten, überhaupt gab. Die Angelegenheit wurde daraufhin durch das Bildungsministerium geprüft, das am Ende eine neue Abstimmung am 20. Mai 1925 verfügte. In den deutschen nordschleswigschen Zeitungen wurde die Angelegenheit daraufhin groß thematisiert („Der Bülderuper Schulskandal"),[18] und die deutschen Eltern boykottierten die neuerliche Abstimmung, die im Ergebnis über dreißig Stimmen gegen und keine Stimme für die Schaffung einer deutschen Abteilung ergab. Der Grund hierfür war, dass mithilfe dieses Falles der Weg für die Gründung einer deutschen Privatschule in Bülderup geebnet werden sollte. Auch hier wirkte Koopmann im Hintergrund, wie der Fall auch genutzt wurde, um Aufmerksamkeit zu erzeugen und Geldmittel aus Deutschland einzuwerben.[19] Im Ergebnis kam es zur Gründung einer deutschen Privatschule, deren Kinderzahl, wie sich dann herausstellte, die Einführung einer deutschen Schulabteilung auch so hergegeben hätte. Im Jahr 1925 hatte die Schule 18 Schüler, 1928 waren es bereits 26. Im Gegenzug wurde die dänische Schule in Bülderup durch die Einstellung einer dritten Lehrkraft aufgewertet – was wiederum einen neuen Konflikt heraufbeschwor, als einige deutsche Eltern den Teil ihrer zu zahlenden Steuern einbehielten, der den Kosten des Gehalts der dritten Lehrkraft entsprach.[20]

Die obigen Beispiele deutscher Schulabteilungen stammen fast alle aus dem Kreis Tondern, was ein Hinweis darauf ist, dass es die weitaus meisten zweisprachigen Abteilungen diesem Kreis gab. Ende 1927 existierten im Kreis Apenrade insgesamt fünf deutschsprachige Schulabteilungen, drei im Kreis Sonderburg und nur zwei im Kreis Hadersleben, während es im Kreis Tondern ganze neunzehn gab. In den erstgenannten drei Kreisen gab es nur wenige deutsche Abteilungen außerhalb der eigentlichen Städte. Die Unterschiede waren darin begründet, dass es im Kreis Tondern die meisten deutsch gesinnten Menschen gab, aber auch, dass der Kreisschulbeauftragte Nicolai Svendsen (1873–1966) aktiv die Versuche deutscher Eltern unterstützte, deutsche Schulabteilungen aufzubauen. Dies war ihm allemal lieber als das Risiko, dass sie stattdessen eine deutsche Privatschule gründeten.

18 Apenrader Tageblatt. Deutsche Zeitung für Nordschleswig 10.6., 3.7. und 10.7.1925; Koopmann im Deutschen Volkskalender für Nordschleswig 1927, 23–24.

19 Über den Bülderuper Schulfall und die Abstimmung 20.5.1925 s. Hejmdal 12.5., 20.5. und 22.5.1925; RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 27-9/1925.

20 Siehe hierzu RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 29-16/1928; UVM, 1. Departement 1. Kontor, Journalnummer 1576/1928; Vestslesvigsk Tidende 10.10., 20.10., 25.10. und 14.11.1928; Neue Tondersche Zeitung 25.10. und 14.11.1928.

Die westschleswigsche Übergangsregelung mit zwei Sprachen an einer Schule

Die verworrenen Nationalitätsverhältnisse in zahlreichen Schulbezirken entlang der Grenze erforderten laut dem Kreisschulbeauftragten Svendsen und der übrigen Schuldirektion des Kreises Tondern besondere Aufmerksamkeit. Hier musste behutsam und mit Bedacht vorgegangen werden, um deutschen wie dänischen Befindlichkeiten Rechnung zu tragen. An einigen Orten trat die Schuldirektion daher für ein „dehnbares" Schulsystem ein, das mit dem Schulgesetz von Nordschleswig vielleicht nicht immer unbedingt im Einklang war und gelegentlich von Svendsen gegenüber dem Bildungsministerium erläutert und verteidigt werden musste.[21]

An mehreren kleineren Schulen, deren Lehrer jeweils unter noch deutschen Verhältnissen ausgebildet worden waren, wurden die Kinder nicht nach Nationalität aufgeteilt, sondern absolvierten alle geschlossen sämtliche Schulstunden, wobei im Wechsel auf Deutsch und Dänisch unterrichtet wurde. Es gab mehrere annähernd rein deutsch gesinnte Dörfer, zum Beispiel Loitwitt, Haustedt und Bredewatt, wo es nur sehr wenige dänische Schüler gab. Eine Abstimmung hier hätte eine deutsche Schule und nur wenige dänische Kinder bedeutet, denen kein Dänischunterricht hätte erteilt werden können. Svendsen war der Überzeugung, dass ein schulischer Ablauf mit dänischem Unterricht und einer ausgedehnten Anzahl deutscher Stunden letztendlich dazu führen würde, dass die Zahl der dänischen Kinder ansteige. In mehreren dieser Schulbezirke waren die deutschen Eltern mit diesem Provisorium einverstanden, da sie den Lehrer aus der Zeit vor 1920 kannten und die Kinder somit in mehreren Fächern auch auf Deutsch unterrichtet wurden. 1923 wurde dieses dehnbare Schulwesen in zehn Schulen praktiziert: Wennemoos, Lüdersholm, Bredewatt, Hostrup, Dravit, Lügumgaard, Loitwitt, Norder Lügum, Haustedt und Emmerschede.

Im Jahr 1927 lag die wöchentliche Stundenzahl des erweiterten Deutschunterrichts in Bredewatt bei zehn Stunden, in Haustedt waren es fünfzehn, Lüdersholm zehn, Loitwitt dreizehn bis fünfzehn, Lügumgaard zwölf und

---

[21] Svendsen an das UVM 10.2.1923, RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 17 II 42/1923. Das UVM hatte ein umfassenderes Formular verlangt, ausgefüllt mit Angaben zum zweisprachigen Unterricht an diesen Schulen. S. a. die Ausführungen Svendsens: Folkeskolerne i Tønder Amt efter Genforeningen (erteilt in einer Besprechung in Renz am 24.8.1922) in: RAÅ, Tønder Skoledirektion, Nicolai Svendsens Håndarkiv, Nr. 9; vgl. Nicolai Svendsen: I Genforeningens tjeneste. Sønderjydsk Skæbne, Bd. 3. Apenrade 1968, 67.

Wennemoos acht Stunden.[22] Aus dem Lehrplan der Schule Loitwitt ergibt sich, dass die Lehrerin dort fünfzehn Stunden Unterricht auf Dänisch und dreizehn Stunden auf Deutsch erteilte.[23] Der Dänischunterricht fand in den Fächern Dänisch und Schreiben statt, die Hälfte der Stunden in Religion, Geschichte, Erdkunde und Singen wurde auf Dänisch abgehalten. Deutsch war die alleinige Sprache im Deutschunterricht und im Fach Rechnen und wurde ansonsten in der Hälfte der Stunden in Religion, Geschichte, Erdkunde und Singen angewandt. Die einzige Lehrerin Sophie Nissen (1889–?), ausgebildet an der Pädagogischen Hochschule Schwerin, hat das alles im Alleingang bewältigt. Bei seinem Schulbesuch im Januar 1924 stellte der Kreisschulbeauftragte fest, dass die Lehrerin die schwierige Aufgabe des Unterrichtens in zwei Sprachen mit viel Energie und großem Verständnis meistere.[24]

In zwei Fällen half Svendsen bei der Aufrechterhaltung der zweisprachigen Regelung, obwohl Koopmann und andere deutsch gesinnte Nordschleswiger eine Abstimmung über eine deutsche Schulabteilung herbeigeführt hatten. In Bredewatt hatten vierzehn Personen eine Abstimmung verlangt, aber bevor diese am 29. Dezember 1921 stattfand, hatten die dänischen Vertreter des Gemeinderats an den Kreisschulbeauftragten geschrieben und ihn nach Bredewatt kommen lassen, um mit einigen Eltern zu sprechen. Da ihnen zusätzliche Deutschstunden versprochen worden waren, gab es am Ende nur fünf Stimmen für die deutsche Abteilung, die somit nicht zustande kam.[25] Ebenso war es in Lüdersholm, wo die Abstimmung über eine deutsche Schulabteilung geplant war, während der alleinige Lehrer Willy Leick (1898–1992) gerade einen Lehrgang in Kopenhagen absolvierte. Nach der Abstimmung wurde bei einem Treffen zwischen der Schulkommission in Lüdersholm und der Schuldirektion jedoch vereinbart, zehn deutsche Stunden in der Schule einzuführen. Anschließend wollten nur zwei Eltern eine Aufnahme ihrer Kinder in eine deutsche Abteilung.[26]

Auch auf andere Weise haben Svendsen und die Tonderaner Schuldirektion dazu beigetragen, dass einige der Übergangsprobleme des Schulwesens

22 Beretning om Skolevæsenet i Tønder Amt i 1927, 10.

23 Lehrplan der Schule Loitwitt (bestätigt durch das UVM 12.2.1924), RAÅ, Tønder Skoledirektion, undervisningsplaner 1920–30.

24 Schulbesuch 16.1.1924, RAÅ, Nicolai Svendsens privatarkiv, skolebesøg og tjenesterejser 1923–46.

25 RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 18/6-1921; Vestslesvigsk Tidende 30.12.1921.

26 Eine Kopie des Sitzungsprotokolls findet sich in: RAÅ, Tønder Skoledirektion, lærerembeder 1920–70, Buhrkall (Schule Lüdersholm). Willy Leick: Lydersholm Skole (persönliche Aufzeichnungen), 16 (Privatbesitz); über die Abstimmung s. Ribe Stiftstidende 30.5.1924.

in den national gemischten Gebieten an der Grenze Anfang der 1920er-Jahre gelöst werden konnten. Svendsen beschaffte für mehrere Jahre eine Sonderzuwendung des Bildungsministeriums, damit die Schuldirektion den Unterricht an den Regelschulen durch zusätzlichen Unterricht in Deutsch oder Dänisch ergänzen konnte.[27] So wurde etwa eine Summe für einen deutschen Wanderlehrer aufgewendet, der an Orten Deutsch unterrichten konnte, wo es noch keine Möglichkeit gab, eine deutsche Schulabteilung aufzubauen. In Rohrkarr war ein Schullehrer aus dem Königreich eingestellt worden, der nicht auf Deutsch unterrichten konnte. Die zusätzliche Mittelbewilligung wurde unter anderem für drei Stunden Deutschunterricht durch den Deutschlehrer aus Jeising verwendet. In Uberg und Seth war die überwiegende Mehrheit der Ortsansässigen deutscher Gesinnung und der Unterricht an den beiden Schulen entsprechend auf Deutsch. Aber nach der Volksabstimmung beziehungsweise Wiedervereinigung war eine Anzahl dänischer Grenzschutzbeamte zugezogen, die auf dänischem Unterricht für ihre Kinder bestanden.[28] Zunächst wurde auf einem Bauernhof eine temporäre dänische Schule eingerichtet. Langfristig wurde dann eine dänische Schulabteilung geschaffen. Eine endgültige Regelung des Schulsystems in Seth und Uberg verzögerte sich jedoch um einige Jahre, da man sich über den Standort einer gemeinsamen dänischen Schule zunächst nicht einigen konnte. Eine Sonderregelung wurde auch in der Schule Friedrichskoog eingeführt, wo der Unterricht auf Deutsch stattfand, die Lehrkraft jedoch gleichzeitig dafür zuständig war, dass zwei Kinder von Grenzschützern auf Dänisch unterrichtet wurden.[29] 1926, als weitere dänische Schüler hinzugekommen waren, wurde ein Schlüssel von fünfzehn Stunden Unterricht auf Deutsch und fünfzehn auf Dänisch eingeführt.[30]

Diese Übergangsregelung mit beiden Sprachen an einer Schule wurde an einigen Schulen noch bis weit in die 1930er-Jahre beibehalten.[31]

---

27 Siehe RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 21/1921 und Svendsens Ausführungen zur außerordentlichen Sonderbewilligung 10.1.1925 und 21.1.1926, RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummern 15/1-1924-26.

28 Antrag an das Bildungsministerium für eine dänische Schule von 28 Beamten aus Seth 2.5.1923, RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 5/23-1923.

29 RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 30–34/1926.

30 Ebd., UVM-Schreiben 18.5.1926.

31 Siehe bspw. Bericht des Kreises Tondern 1934 (Anm. 22), 8.

Lehrpläne und Lehrbücher

Die Schulpläne der einzelnen Gemeinden und nicht zuletzt die Lehrpläne jeder Schulabteilung sind wichtige Quellen zum Thema Unterricht an den zweisprachigen Schulen. Der Schulplan musste ein Verzeichnis über die Schulen der Gemeinde, die Anzahl der Lehrerstellen sowie Informationen über Namen, Geburtsjahr, Gehalt und Wohnverhältnisse der Lehrkräfte enthalten. Der Lehrplan war durch die Schulkommission zu erstellen und über die Schuldirektion dem Bildungsministerium zur Genehmigung zu übermitteln. Dies war eine Sonderregelung für Nordschleswig; im Rest des Landes mussten die Lehrpläne dem Bildungsministerium lediglich zur Kenntnis vorgelegt werden. Auch geringste Änderungen des Lehrplans erforderten jeweils ein erneutes Genehmigungsprozedere. Zu den geforderten Angaben zu den Lehrplänen gehörten die wöchentlichen Stundenzahlen in den Fächern und die in den einzelnen Fächern angewandte Sprache. Es gab auch einen Abschnitt über die Verteilung der Arbeit unter den Lehrern der Schule, über das Lernziel jeder Klasse in den verschiedenen Fächern und schließlich einen Hinweis auf die verwendeten Bücher und Lehrmittel.[32]

Es können hier nur einige Punkte aus den Lehrplänen erwähnt werden. Die Beispiele stammen aus den dänischen und deutschen Schulabteilungen in Buhrkall, aber andere zweisprachige Schulen hatten ähnliche Lehrpläne. In Buhrkall wurde wie in allen deutschsprachigen Schulabteilungen das Fach Dänisch unterrichtet. Es war eine absolute Ausnahme, wenn deutsche Schüler sich nicht für die Teilnahme am Dänischunterricht entschieden. Ebenso boten die dänischsprachigen Schulabteilungen in der Regel Deutsch an. 1927 wurde das Fach an 137 Schulen Nordschleswigs angeboten, und in den allermeisten Fällen nahm die Mehrheit der Kinder teil. So gab es beispielsweise im Kreis Apenrade 1.404 Teilnehmer des Deutschunterrichts und 248, die davon befreit waren.[33] Somit wurde neben den dänischsprachigen Abteilungen der zweisprachigen Schulen Deutsch auch an vielen rein dänischen Schulen angeboten.

In der Zielvorgabe für das Fach Dänisch in der deutschen Abteilung in Buhrkall heißt es, die Kinder sollten „lernen, die Sprache richtig zu verstehen, wenn sie sie hören und lesen". Sie müssten „in die Lage versetzt werden, Dänisch einigermaßen fließend und fehlerfrei zu sprechen und es gemäß den

---

[32] Im UVM-Archiv wie auch in denen der Schuldirektionen finden sich gesammelte Schul- und Lehrpläne der nordschleswigschen Gemeinden.

[33] Die Zahlen stammen aus den Berichten der vier Schuldirektionen 1927.

Regeln der Rechtschreibung und des logischen Denkens zu schreiben". Entsprechende Leistungen sollten die Kinder der dänischen Abteilung in ihrem Deutschunterricht erbringen.

In der deutschen Abteilung mussten die Kinder im Fach Deutsch etwas mehr können. Sie sollten „mit den am leichtesten verständlichen Hauptwerken der deutschen Literatur vertraut gemacht werden" und sowohl Diktate als auch Nacherzählungen und Aufsätze schreiben. Entsprechend sollten in der dänischen Abteilung Kinder der ältesten Klassenstufe „mit den am leichtesten verständlichen Hauptwerken der dänischen Literatur vertraut gemacht werden" werden und ebenfalls Diktate, Nacherzählungen und Aufsätze schreiben.[34]

Waren die Zielsetzungen für Dänisch und Deutsch somit völlig parallel, so gab es an vielen zweisprachigen Schulen erhebliche Unterschiede zwischen den Fächern Geschichte und Erdkunde. Wurden in den dänischen Schulabteilungen wie im übrigen Dänemark dänische Geschichte und dänische Geografie mit lediglich kurzen Schlaglichtern auf die Weltgeschichte und die Geografie anderer Länder unterrichtet, so wurden in den deutschen Schulabteilungen sowohl dänische als auch deutsche Geschichte und Geografie gelehrt.

Der Lehrplan sollte auch ausweisen, welche Schulbücher und Lehrmittel an den dänischen und deutschen Schulen eingesetzt wurden.[35] Neue Bücher mussten von der Schulkommission vorgeschlagen und vom Ministerium genehmigt werden. Die Kreisschulbeauftragten führten Aufsicht mit den Lehrmitteln im Rahmen ihrer Schulbesuche. Svendsen beanstandete zum Beispiel, dass an mehreren Schulen alte deutsche Rechenbücher und Atlanten genutzt wurden. Ein besonderes Problem war die Beschaffung guter deutscher Lesebücher, da die bisherigen nicht mehr anwendbar waren. Das Bildungsministerium sorgte dafür, dass den Schulen das *Deutsche Lesebuch für die oberen Stufen der Bürger- und Mittelschulen der südjütischen, Landesteile I–II,* herausgegeben von P. Lauridsen, Kopenhagen 1920, angeboten wurde, aber da die Texte auf dänischer Kulturgrundlage ausgewählt worden waren, erschienen die Bücher der deutschen Minderheit als nicht geeignet. In Buhrkall hatte der Verein Jugendspende Nordschleswig der deutschen Schulabteilung mehrere Lesebücher von J. Beltz geschenkt, die der Lehrer Jacob Hansen (1877–1960) ohne Genehmigung in der deutschen Schulabteilung eingeführt hatte, woraufhin der Lehrer eine Rüge des Ministeriums erhielt. Später stellte sich heraus, dass die Bücher dann doch genehmigt wurden und daher auch an

---

[34] RAÅ, Tønder Skoledirektion, undervisningsplaner 1920–30: dänische und deutsche Schule Buhrkall (bestätigt durch das UVM 1926).

[35] Nørr: Genforeningens bedste gave (Anm. 4), 127–133.

anderen Schulen genutzt werden konnten.[36] Svendsen bemühte sich sehr darum, gute deutsche Lesebücher zu beschaffen. Er begab sich mehrmals nach Hamburg, um sich das dortige Lesebuchsystem anzusehen, das er als auch für die deutschen Schulabteilungen sehr geeignet einstufte, woraufhin entsprechende Anschaffungen für mehrere deutschsprachige Schulen im Kreis Tondern getätigt wurden.

Schulgebäude und Lehrkräfte

Die Aufteilung des Schulwesens in eine dänische und eine deutsche Abteilung bedeutete erhöhte Kosten, die viele der kleinen Gemeinden nicht tragen konnten oder wollten. Eine bedeutende Hilfe, die wesentlich dazu beitrug, dass die deutsche Minderheit eigene Abteilungen bekommen konnte, war die Möglichkeit des Schulgesetzes von Nordschleswig vom 1. Mai 1923, das außerordentliche staatliche Fördermittel des Bildungsministeriums vorsah, wenn eine Aufteilung der Grundschule einer Gemeinde in eine dänische und eine deutsche Abteilung zu „unverhältnismäßig hohen Kosten für die Gemeinde" führen würde. Dieser Zuschuss musste in jedem Einzelfall etwa für die Einrichtung zusätzlicher Schulgebäude und Lehrerwohnungen beantragt werden. In der ersten Hälfte der 1920er-Jahre wurden Gebäude für die vielen neuen deutschen Schulabteilungen insbesondere im Kreis Tondern benötigt. Allein in den Jahren 1922 und 1923 wurden in diesem Kreis sechs neue Schulgebäude eingeweiht, die insgesamt 545.000 Kronen gekostet hatten, von denen der Staat Zuschüsse in Höhe von 162.500 Kronen gewährt hatte.[37] Zu diesem Zweck erhielten drei neu gebaute zweisprachige Schulen in der Gemeinde Buhrkall insgesamt 100.000 Kronen an Fördermitteln. Diese drei Schulkomplexe in Buhrkall, Renz und Groß Jündewatt sind gute Beispiele für die zweisprachigen Schulabteilungen, die in den Jahren nach 1920 eingerichtet wurden. Die drei Schulen umfassten ein gemeinsames Schulgebäude mit Klassenzimmern für beide Nationalitäten und zugehörigen Wohnungen jeweils für den dänischen und deutschen Hauptlehrer. Die Gebäude waren aus rotem Backstein und im Jugendstill gehalten.[38]

---

36 RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 10/5, 10/9 und 10/12-1925; vgl. ebd., indberetninger om undervisningsmateriel 1925.

37 Siehe hierzu Svendsens vertrauliche Ausführungen über das Schulwesen im Kreis Tondern 1923, RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 16-17/1929.

38 Über die Schulgebäude in Renz und Gr. Jündewatt siehe RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 5/25-1921 und 1922; über die staatlichen Fördermittel siehe RAK, UVM 1. Departement, Journalnummer 2947/1921 (Renz), 661/1922 (Buhrkall) und 814/1923 (Gr. Jündewatt).

In der Gemeinde Buhrkall wurden für die deutschen Abteilungen gute Bedingungen geschaffen. An anderen Orten, zum Beispiel Ruttebüll, wurde eine neue Schule für die dänische Abteilung gebaut, während die deutsche Abteilung in der alten Schule eingerichtet wurde. Es gab auch Beispiele dafür, dass sich der deutsche Teil mit bescheideneren Verhältnissen zufriedengeben oder auf bessere Möglichkeiten für ein Bauvorhaben warten musste. So wurde in Ekensund in der Gemeinde Broager die deutsche Schulabteilung im örtlichen Gasthaus untergebracht. Der Klassenraum war von der Wirtsstube lediglich durch einen vor die Tür geschobenen Schrank getrennt, wodurch der Unterricht durch Lärm und Geruch von Alkohol und Tabak gestört wurde.[39]

An mehreren Orten teilten sich die dänischen und deutschen Kinder die Räumlichkeiten und den Spielplatz beziehungsweise Pausenhof. Abgesehen von kleinen Reibereien und manchmal Rangeleien zwischen den dänischen und deutschen Kindern führte der gemeinsame Schulgang in der Regel nicht zu Problemen. Und auch die Lehrkräfte hatten mit der Zusammenarbeit normalerweise keine Schwierigkeiten. An den meisten Orten herrschte ein gepflegtes Miteinander, sodass man zum Beispiel auch mal die Kinder des oder der jeweils anderen hütete. Eine Ausnahme bildete hier Hoyer in der ersten Hälfte der 1920er-Jahre, wo es ständige Unstimmigkeiten zwischen dem dänischen und dem deutschen Hauptlehrer gab.

Sowohl die Schulräume als auch die Lehrerwohnungen befanden sich im alten deutschen Schulgebäude von 1905. Zunächst hatten die beiden deutschen Lehrer die zwei vorhandenen Schulwohnungen belegt. Die Angelegenheit musste bis vor das Ministerium, bevor der deutsche Zweitlehrer seine Wohnung räumen musste, und der dänische Hauptlehrer ins Erdgeschoss einziehen konnte. Anschließend ging es um die Frage, wer am Abend die Haustür abschließen solle, was seitens der Schulkommission mit deutscher Mehrheit dem dänischen Lehrer auferlegt wurde. Später kam es zum Streit über den Schreibunterricht in der deutschen Abteilung, den der dänische Hauptlehrer erteilte. Svendsen war mehrmals zu Schlichtungsgesprächen in Hoyer, aber die Sache wurde insofern durch die Parteien erschwert, als diese sich weigerten, sich gegenseitig zu grüßen. Die Angelegenheit wurde erst beigelegt, als sowohl die deutsche als auch die dänische Hauptlehrerstelle jeweils mit neuen Lehrern besetzt worden waren.[40]

[39] Erik Nørr: Udvidet undervisning på Broagerland i 1920-erne. In: Sønderjysk Månedsskrift 2006, 181–82.

[40] Über den Konflikt in Hoyer s. Nørr: Genforeningens bedste gave (Anm. 4), 204–208.

Nicht nur für neue Schulgebäude konnten staatliche Sonderzuschüsse erlangt werden. An den zweisprachigen Schulen war es oft notwendig, mehr Lehrer einzustellen, als wenn alle Schulkinder ohne Aufteilung nach Nationalität die Schule geschlossen besucht hätten. Das nordschleswigsche Schulgesetz bot daher die Möglichkeit, staatliche Subventionen in Höhe von 75 Prozent der Gehaltskosten für die zusätzlichen Lehrer zu bekommen, die aufgrund der Aufteilung der Kinder in zwei Abteilungen eingestellt werden mussten. Normalerweise betrug die staatliche Förderung für Lehrergehälter nur zwanzig Prozent.[41]

Im Jahr 1920 wurden alle Lehrerstellen in den nordschleswigschen Kreisen neu ausgeschrieben, und die bisherigen Lehrer mussten sich gleichberechtigt mit Bewerbern aus Dänemark bewerben. Im Ergebnis kam es daher in den 1920er-Jahren zu zwei Arten von Lehrern an Schulen Nordschleswigs: 1.) den schleswigschen Lehrertyp, vor 1920 an deutschen Pädagogischen Hochschulen ausgebildet, und 2.) dänische Lehrer, die an Lehramtshochschulen, sogenannten Seminaren, in Dänemark ausgebildet waren. Dank der schleswigschen Lehrkräfte war den deutschen Schulabteilungen die Einstellung von Lehrern möglich, die problemlos auf Deutsch unterrichten konnten. In der Zeit von 1920 bis 1924 waren im Kreis Tondern insgesamt 75 Lehrerinnen und Lehrer mit deutscher Ausbildung beschäftigt, davon 39 an dänischsprachigen und 36 an deutschsprachigen Schulen.[42]

Für freie Stellen musste die Schulkommission drei Kandidaten benennen, unter denen die Schuldirektion auswählen sollte. Darüber hinaus musste jede Einstellung durch das Bildungsministerium genehmigt werden.[43]

Die Schulkommissionen Nordschleswigs, nicht zuletzt im Kreis Tondern, waren oft nur für einen sehr kleinen Bezirk zuständig. Dies bedeutete, dass es in vielen Schulkommissionen eine deutsche Mehrheit geben konnte, obwohl es in der Gemeinde und damit im Gemeinderat eine dänische Mehrheit gab. So gab es etwa nach den Wahlen zur Schulkommission 1925 an vierzehn Orten eine deutsche Mehrheit.[44] In den deutschen Schulabteilungen erlangten die deutschen Mitglieder der Schulkommissionen großen Einfluss auf die Kandi-

---

41 Henrik Lehmann: Haandbog i Lovgivningen om den danske Folkeskole. Kopenhagen 1930, 96–97.

42 L. S. Ravn: Tyskuddannede lærere ved danske kommunale skoler i Sønderjylland 1920–63 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 35). Apenrade 1964.

43 Über das Einstellen von Lehrkräften in Nordschleswig siehe Nørr: Genforeningens bedste gave (Anm. 4), 178–203; Erik Nørr: Genforeningslærerne. In: Fyrretyve fortællinger fra Sønderjylland. Udgivet af Sprogforeningen. Apenrade 2014, 335–343.

44 Beretning om Skolevæsenet i Tønder Amt i 1925, 10.

datenbenennungen. Dies wird von Alfred Torp (1896–1933) bestätigt, der Lehrer an der deutschen Schule in Tondern und eine Art Sekretär von Svendsen in dessen Eigenschaft als Kreisschulbeauftragter war. Torp hielt es für vorteilhaft, wenn die Lehrer der deutschen Abteilungen deutsch gesinnt waren, weil sie dann auf deutscher kultureller Grundlage unterrichten konnten.[45]

In diesem Zusammenhang sei nur ein einziges Beispiel für die Einstellung von Lehrern an einer deutsch-dänischen Schule genannt, und zwar in Buhrkall 1923, wo die neu gebaute zweisprachige Schule zur Indienststellung bereit war. Schulkommission und Gemeinderat schlugen den Lehrer S. A. Christensen für die Stelle des dänischen Hauptlehrers und als Zweitlehrer den dänisch ausgebildeten Aage H. Rasmussen vor, der Vertretungslehrkraft gewesen war und den die Ortsansässigen gern behalten wollten. Ebenso entsprach es dem Wunsch der deutschen Eltern, dass der bisherige Lehrer Jacob Hansen (beschäftigt in Buhrkall 1910–1941) seine Hauptlehrerstelle weiterführte, nunmehr jedoch für die deutsche Schulabteilung.[46]

In mehreren Fällen hatten die Lehrer Stunden in beiden Schulabteilungen zu geben, damit es mit dem Stundenplan hinkam. So wurde etwa der neue Zweitlehrer in Buhrkall, Iver Andersen Damm (1901–1986, eingestellt 1926), mit Unterricht sowohl in der dänischen als auch der deutschen Abteilung betraut. Der Regelfall war es aber sonst, dass ein Lehrer der dänischen Abteilung Dänisch in der deutschen Abteilung unterrichtete und umgekehrt. Jacob Hansen in Buhrkall bat darum, hiervon freigestellt zu werden, da die Schüler, die nicht an seinem Deutschunterricht in der dänischen Abteilung teilnahmen, Lärm und Ärger machten.[47] In anderen Fällen mussten sich die Lehrer gegenseitig aushelfen, etwa weil der dänische Hauptlehrer in Jündewatt, Niels Carl Spandet (1892–1971), nicht singen konnte, und der Gesangsunterricht an der dänischen Schule somit vom Zweitlehrer und der Deutschlehrerin übernommen werden musste. Ebenso musste der Turnunterricht für die deutschen Schüler in Baistrup dem dänischen Lehrer übertragen werden, da Lehrer Heinrich Fabricius (1895–1961) kriegsversehrt war.[48] Es brauchte nicht viel, um in einer national gemischten Bevölkerung in Sachen Schulunterricht

---

45 Lærer Alfred Torps optegnelser fra et ophold i Tønder. Udgivet af Peter Kr. Iversen. In: Sønderjyske Årbøger 1963 und 1965. S. a. Alfred Torp: Den danske Mindretalsskoleordning i Sønderjylland. In: Politisk Aarbog 1930, 31–49.

46 RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 13/5-1923.

47 J. Hansen an die Schulkommission in Buhrkall 13.2.1928, RAÅ, Tønder Skoledirektion, lærerembeder Buhrkall-Bülderup 1920–70.

48 RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 13/5-1923 und 11/4–1921.

die Stimmung hochkochen zu lassen. 1926 erhoben deutsche Zeitungen Vorwürfe gegen den Hauptlehrer Christensen in Buhrkall, weil er sich im Dänischunterricht in der deutschen Abteilung abfällig über die „grausamen deutschen Soldaten im Dreißigjährigen Krieg" geäußert habe. Der Fall wurde aber nicht weiterverfolgt, da auch die deutschen Mitglieder der Schulkommission der Ansicht waren, dass die Angelegenheit von der deutschen Presse aufgebauscht worden sei.[49]

In den ersten Jahren nach 1920 war es unproblematisch, Lehrer für die deutschen kommunalen Schulabteilungen zu bekommen. Es gab noch genügend Kandidaten, die vor der Volksabstimmung beziehungsweise Wiedervereinigung eine deutsche Ausbildung absolviert hatten. Einige dieser Lehrkräfte wurden entweder zur Schulung am staatlichen Lehrerkolleg in Kopenhagen oder auf Lehramtshochschulen (dän.: Seminare) nördlich der ehemaligen Königsau-Grenze geschickt, um mit den neuen Gegebenheiten vertraut zu werden. Andere Lehrer wiederum, die an den deutschen Schulen tätig sein sollten, wurden zwecks Fortbildung in Sachen deutscher Lehrertätigkeit in Theorie und Praxis an die Universität Jena, später auch nach Hamburg, beordert. Das nordschleswigsche Schulgesetz vom 1. Mai 1923 eröffnete auch die Möglichkeit, dass Kandidaten, die Absolventen einer deutschen Pädagogischen Hochschule waren, bei Bedarf an den deutschen kommunalen Schulen tätig werden konnten, sofern sie eine ergänzende Prüfung in dänischer Sprache, Literatur und Geschichte abgelegt hatten. Bedingung: Sie mussten dänische Staatsangehörige sein. In den späten 1920er-Jahren stellte sich ein Mangel an Kandidaten für die deutschen Lehrerstellen ein, und 1927 begab sich die gesamte Schuldirektion aus Tondern geschlossen nach Kopenhagen, um mit dem Bildungsministerium zu verhandeln und Lösungen für das Problem zu erörtern, da der Mangel an Lehrkräften, die auf deutscher Kulturgrundlage unterrichten konnten, das gesamte Minderheitensystem im Schulbereich ins Wanken zu bringen drohte.[50]

[49] Der Schleswigholsteiner 23.1.1926; Neue Tondernsche Zeitung 9.2.1926; RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 16/8-1926.

[50] Siehe hierzu Nørr: Genforeningens bedste gave (Anm. 4), 199–201.

Aufsicht über die deutsch-dänischen Schulen

Alle Kreisschulbeauftragten Nordschleswigs haben fleißig die Schulen besucht, wie aus ihren Aufsichtsprotokollen und, was den Kreis Tondern anbelangt, den Tagebüchern Svendsens über Schulbesuche und Dienstreisen hervorgeht.[51] Svendsen besuchte immer sowohl die dänische als auch die deutsche Schulabteilung und konnte so den Unterrichtsstand in beiden Abteilungen vergleichen. Mal waren die Verhältnisse in der dänischen Schule besser (Solderup, 18. April 1923), in anderen Fällen in der deutschen (Abel, 10. September 1925).

In einigen Fällen musste Svendsen auch bei Problemen schlichten, die zwischen den Nationalitäten aufgetreten waren. In seinem Schulbericht an das Ministerium aus dem Jahr 1928 schrieb er, dass Schulbesuche im gesamten südlichen Gürtel zwischen der Brede-Au und der Grenze besonders nötig seien, wo die Nationalitäten mehr oder weniger gemischt seien und dieser Umstand immer noch gewisse Kontroversen mit sich bringe.[52]

Den Kreisschulbeauftragten kamen auch Beispiele für den Gebrauch der dänischen und deutschen Sprache im Unterricht zum gegenseitigen Nutzen aller Schulkinder zur Kenntnis. Als der Kreisschulbeauftragte N. J. Nielsen (1876–1940) 1924 die Schule in Kitschelund (Gemeinde Bau) besuchte, wohnte er einer Gesangsstunde bei, in der unter anderem folgende dänischen und deutschen Lieder gesungen wurden:

- „Vipper springe"
- „Lieb Heimatland adé"
- „Moder kær"
- „Jylland mellem tvende have"
- „Oh, Strassburg"
- „Husker du i høst"
- „Kærlighed fra Gud"
- „Ich hatt' einen Kameraden"

[51] RAÅ, Nicolai Svendsens privatarkiv, skolebesøg og tjenesterejser 1923–46; über die Besuchstätigkeit der Kreisschulbeauftragten s. Nørr: Genforeningens bedste gave (Anm. 4), 103–112.

[52] RAÅ, Tønder Skoledirektion, Journalnummer 20a/24-1929.

Die Schule hatte eine dänische Abteilung mit dreizehn und eine deutsche mit zwölf Kindern – und nur einen Lehrer: den in deutscher Zeit ausgebildeten Nis Johnsen (1901–?). Die Gesangsstunden absolvierten alle Kinder gemeinsam.[53]

Bedeutung und Auflösung der zweisprachigen Schulen

Das Schulsystem für Nordschleswig eröffnete die Möglichkeit, zweisprachige Abteilungen einzurichten, wenn eine Minderheit dies verlangte. Besonders im Kreis Tondern spielten die kommunalen zweisprachigen Schulen eine große Rolle. So gab es 1930 hier neunzehn kommunale deutsche Schulen mit insgesamt 934 Schülern. In den 1920er-Jahren wurden einige deutsche Privatschulen gegründet, zum Beispiel in Bülderup 1925, Lüdersholm 1929 und Scherrebek 1930. Diese deutschen Privatschulen hatten 1930 insgesamt 122 Schüler.[54] In den anderen nordschleswigschen Landkreisen hatten die deutschen Privatschulen einen größeren Anteil der deutschen Kinder. Zudem wurde in den 1920er-Jahren an mehreren kleineren Schulen in den Grenzorten des Kreises Tondern eine besondere westschleswigsche Übergangsregelung praktiziert, bei der dieselbe Lehrkraft die Kinder in zwei Sprachen in derselben Klasse unterrichtete.

Die deutsch-dänischen zweisprachigen Schulen halfen 1920, den Übergang zum dänischen Schulsystem relativ schmerzlos zu gestalten. Die deutsche Minderheit erhielt das Recht, kommunale und private Schulen zu gründen. Vielen ehemaligen Lehrern war es möglich, nach 1920 weiterzumachen, darunter auch einige, die nur schwerlich auf Dänisch hätten unterrichten können. Die Aufsichtstätigkeit der Kreisschulbeauftragten sowie staatliche Zuschüsse stellten sicher, dass das deutsche Schulwesen mit dem dänischen auf gleicher Höhe war. Die Regelung bedeutete auch, dass sowohl Dänisch an deutschen Schulen als auch Deutsch an vielen dänischen Schulen unterrichtet wurde. Vielfach sahen sich die beiden Schulabteilungen in einem Wettbewerb, wer am besten sei, was dem Standard des Schulwesens durchaus zuträglich war. In den meisten Fällen hatten die beiden Abteilungen und ihre Lehrer ein passables Verhältnis zueinander, wenngleich es an einigen Stellen verschiedentlich auch zu Reibereien zwischen beiden Nationalitäten kommen konnte.

53 RAÅ, Aabenraa Skoledirektion, tilsynsprotokol 1920–35, Schulbesuch 12.11.1924; Schulwesen im Kreis Apenrade 1924.

54 Beretning om Skolevæsenet i Tønder Amt i 1930.

Durch den politischen Vertreter der deutschen Minderheit, Pastor Johannes Schmidt (1869–1959), und den Vorsitzenden des Deutschen Schulvereins in Nordschleswig, Wilhelm Koopmann, Rektor an der deutschen Privatschule in Tingleff, wurden ab Anfang der 1920er-Jahre verschiedene Forderungen im Namen des deutschen Schulwesens gestellt.[55] Die Regelung mit den deutschen Schulabteilungen befriedigte nicht den Wunsch der deutschen Minderheit nach einer „Gesinnungsschule", die nicht nur die deutsche Sprache, sondern auch deutschen Geist und deutsche Kultur als Grundlage hatte und nicht einer dänischen behördlichen Kontrolle unterlag. Die Forderungen wurden im dänischen Reichstag und auch in Gesprächen mit dänischen Schulfachleuten und Ministerialbeamten mehrfach vorgetragen.

Eine der Grundvoraussetzungen waren unabhängige deutsche Schulkommissionen für die deutschen Schulabteilungen und ein eigenständiger deutscher Kreisschulbeauftragter. Die dänischen Behörden waren eher nicht geneigt, diese Forderungen zu erfüllen, da der ganzen Angelegenheit ja auch eine politische Agenda zugrunde lag, nämlich der Wunsch nach einem neuen Grenzverlauf. In den 1930er-Jahren traten auch deutsche Absichten zutage, nationalsozialistische Inhalte an deutschen Schulen zu fördern. Ende der 1930er-Jahre wurden die Forderungen des deutschen Schulwesens dahingehend verschärft, dass nach einer regelrechten deutschen kulturellen Autonomie im schulischen Bereich verlangt wurde. Mit dem nordschleswigschen Schulgesetz vom 15. März 1939 wurden mehrere der deutschen Schulforderungen umgesetzt. Es wurde eine Regelung mit Schulkommissionen für die gesamte Gemeinde in Kombination mit Schulräten für die einzelnen Schulabteilungen eingeführt, das heißt mit deutschen Schulräten für die deutschsprachigen Schulabteilungen. Es wurde auch ein deutscher Schulbeauftragter benannt, der die deutschen kommunalen und privaten Schulen beaufsichtigen sollte.

Obgleich die nationalsozialistischen Unterrichtsinhalte in den deutschen Privatschulen wesentlich stärker in den Vordergrund traten als in den deutschen kommunalen Schulabteilungen, und die Lehrer aus Letzteren generell in Schule und öffentlichem Diskurs gemäßigter auftraten als einige lautstarke

---

[55] Henrik Becker-Christensen: Det tyske mindretal i Nordslesvig 1920–1932, I, Apenrade 1990, 195–220; Fr. Christensen: Aufbau deutscher Schulen in Nordschleswig 1919–1940. In: Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig, 23 (1971); W. Koopmann: Das deutsche Schulwesen in Nordschleswig. In: Deutscher Volkskalender für Nordschleswig, 1927, 17–32; über die Ansichten dänischer Behörden und Schulfachleute zu den Forderungen für das deutsche Schulwesen s. Nørr: Genforeningens bedste gave (Anm. 4), 267–278 und 369–381.

Lehrer der deutschen Privatschulen,[56] wurden schlussendlich dennoch sowohl die deutschen Privat- als auch die deutschen kommunalen Schulen 1945/46 nach dem Ende der deutschen Besatzung Dänemarks (1940–1945) geschlossen. Viele Lehrer, auch aus den kommunalen Schulabteilungen, wurden im Lager Faarhus interniert, weil sie sich für den Zeitfreiwilligendienst gemeldet hatten, der als Ergänzung zur deutschen Wehrmacht eine Art örtliche Heimvolkswehr der deutsch gesinnten Nordschleswiger war.

Als das deutsche Schulwesen wieder aufgebaut wurde, geschah dies ausschließlich auf privater Basis, da die Erlaubnis zur Schaffung kommunaler deutscher Schulen als ein Sonderrecht betrachtet wurde, das man der deutschen Minderheit nicht mehr gewähren wollte.[57] Wären die deutschen kommunalen Lehrer vor und während der Besatzung gemäßigter aufgetreten, hätte das System des kommunalen Schulwesens wahrscheinlich nach 1945 genauso weitergeführt werden können wie das der bis heute (2022) existierenden gemeinsamen deutsch-dänischen Kirchengemeinden in den Städten Nordschleswigs. Zwar hätten die vielen kleinen deutschen Schulabteilungen auf dem Land die Zentralisierung des Schulwesens in den 1950er- und 1960er-Jahren ohnehin kaum überlebt, aber in den besagten Städten und an einigen anderen Orten hätte es noch heute kommunale deutsche Schulabteilungen geben können – was erhebliche Auswirkungen auf das gesamte Schulsystem in Nordschleswig hätte haben können.

---

[56] Siehe hierzu Nicolai Svendsen: Mindretallets Skoleforhold efter Genforeningen [1945]; über die Unterschiede zwischen Lehrkräften der deutschen kommunalen Schulen und der deutschen Privatschulen siehe RAÅ, Tønder Skoledirektion, Nicolai Svendsens håndarkiv, Nr. 9.

[57] Gesetz v. 12.7.1946 über private deutschsprachige Schulen und Anderes mehr; vgl. Bekendtgørelse (Durchführungsverordnung) v. 28.8.1946.

Helsogn og kirkeforfatning – Slesvigs kirkelige deling

Carl Christian Jessen

Indtil 1920 var Slesvig kirkeligt en enhed, et bispedømme eller stift siden 948 og fra 1542 med sin egen lutherske kirkeordinans. Den nye grænse 1920 betyder, at Nordslesvigs evangelisk-lutherske menigheder adskilles fra denne landskirkelige enhed og indlemmes i den danske evangelisk-lutherske folkekirke. Herved mister menighederne deres kirkestruktur og forfatning, som indtil da havde omfattet alle i sognene, uanset sprog, kultur og nationalitet. Kirkeforfatningen krævede før 1920, at kirkeledelse og præster på alle måder administrerede denne diversitet, især at de gejstlige magtede både dansk og tysk kirkesprog. Man kan derfor bruge udtrykket *helsogne* om menighedernes lokale struktur. Et fornemt eksempel på ledelse i denne slesvigske kirkemodel møder vi i nordslesvigeren Theodor Kaftans (1847–1932) 31-årige episkopat 1886–1917, der under politisk pres både fra nord og syd til stadighed søgte at realisere fordringen om enhed i den evangelisk-lutherske kirke og i hvert enkelt sogn.[1] Hans syn og praksis søgtes efter 1920 videreført af en del af den nordslesvigske gejstlighed, især blandt dem, der ved lokale afstemninger blev bekræftet i deres embeder, men også enkelte af de nye, rigsdanske præster; et markant eksempel er den senere biskop i Haderslev, Frode Beyer (1894–1976)

[1] Se Th. Kaftan: Erlebnisse und Beobachtungen. Kiel 1924, og Carl Christian Jessen: Biskop i grænselandet. Theodor Kaftan 1847–1932 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 102). Aabenraa 2009. Endvidere Carl Christian Jessen: Kirken i genforeningen – slesvigske noter. I: Kirkehistoriske Samlinger 2020, 96–110.

i Rinkenæs. Men generelt lykkedes det ikke. Den politiske udvikling stimulerede sammen med den danske kirkelige frihedslovgivning dannelsen af tyske frimenigheder, Nordschleswigsche Gemeinde, der ligesom de danske frimenigheder satte skel i sognet.

Af varig betydning blev imidlertid, at den danske kirke i de fire købstæder oprettede embeder som tysk sognepræst, et af de fineste træk på den imødekommenhed over for det slesvigske, som det ellers nok kunne skorte på ved indlemmelsen. Alt skulle være dansk, og forsøg på at overføre elementer, for eksempel kirkeforfatningen, var forgæves, idet man stødte ind i en polariseret debat i Danmark, om en kirkeforfatning i det hele taget var nødvendig? Nordslesvigske repræsentanter i J.C. Christensens kirkelige udvalg 1921 som Indre Missions gamle formand, sognepræst Hans Tonnesen i Hoptrup (1854–1935) og kirkehistorikeren Carsten Petersen fra Magstrup (1871–1943) kom til kort i sagen. Forsøg på at videreføre den slesvigske højmesseliturgi, der for en stor del skyldtes den lærde præst i Gl. Haderslev, Hans Schlaikier Prahl (1845–1930), mislykkedes ligeledes. Bedre gik det med den sønderjyske salmebog, hvor Prahl også havde været hovedkraften ved udgivelsen 1888; slesvigerne satte hælene i og beholdt den til 1954.

Kontinuitet og brud hen over 1864 og 1920

Nærværende bidrag bygger på indtrykket af manglende forståelse i kongeriget for den slesvigske kontinuitet, som hverken 1864 eller 1920 kunne fjerne. Befolkningen forblev den samme, og kirken bekendte sig til det evangelisk-lutherske, samtidig med at den magtede at rumme levende religiøse bevægelser inden for den fælles ramme. Den slesvigske selvstændighed og kontinuiteten fra hertugdømmernes tid var mærkbar, herunder som en tilbagevendende skepsis overfor centralistiske tendenser, hvad enten de udgik fra København eller Berlin. Staternes centralisme så bestandig grænselandet som en „udkant” mere end en mulighed for udvikling i kraft af samspil mellem forskellige traditioner. Centralismens arrogance parret med uvidenhed om forholdene i grænselandet forsøgte slesvigerne at imødegå med en blanding af forståelse og fasthed. Glæden over det danske fandt man på det kulturelle og åndelige plan, for kirkens vedkommende især i den rige arv fra de religiøse bevægelser i kongeriget, Grundtvig og Kierkegaard, gudstjenestelivet, salmerne. Selvom slesvigerne havde forbehold: For meget fuglekvidder i salmerne og idylliske

beskrivelser af Guds riges vækst og indflydelse i folkelivet. Men også den manglende folkelige og demokratiske indflydelse i kirken.[2]

Tyngdepunktet lå imidlertid i det fremadrettede, Kongeågrænsen skulle slettes og landsdelen bringes hjem. Hvad der gik forud, og ganske særligt det preussiske, havde ikke væsentlig betydning for denne dagsorden. Ikke mange umagede sig i festens øjeblik med at se kontinuiteten i landsdelens historie. På kirkens område deltes Nordslesvig på langs med oprettelsen af det nye Haderslev stift i øst, samtidig med at det vestlige blev lagt til Ribe. Kaftans vision af kirkens enhed i området tabte kampen over for det politiske og nationale uden at man så meget som overvejede muligheden af at bryde med reformationsårhundredets brutale princip „cujus regio, ejus religio", oversat: staten bestemmer. Man opgav den teoretiske mulighed, at netop en luthersk grænselandskirke kunne være forbillede for andre ved at hævde sin frihed og rummelighed: at der inden for kirken var plads til begge nationer med sprog og folkelighed. Bortset som nævnt fra de sønderjyske købstæder. På tysk side havde magtpolitikken været en afgørende hindring, som Kaftan måtte bekæmpe. Og efter 1920 betød den nære forbindelse mellem det folkelige og det kirkelige i den grundtvigske teologi og praksis, at den danske kirke forblev en statskirke, som de nordslesvigske menigheder blev indlemmet i. Det blev svært for både teologer og menigheder at fastholde den kaftanske vision af kirken som hævet over det folkelige og nationale, som „überweltlich".

Kirkeforfatningsspørgsmålet[3]

Allerede 11. februar 1920 reagerede det slesvigske-holstenske konsistorium på udfaldet af folkeafstemningen: „Med dybeste smerte oplever vi slesvig-holste-

---

[2] I genforeningsåret 1920 gribes det bevægelige gemyt Carsten Petersen af stemningen og skriver 9. juli i Kristeligt Dagblad, som han ellers gennem 1919 benyttede til agitation for den slesvigske kirkeforfatning: „den dag jeg og mit folk efter så lang en adskillelse drager ind i den danske folkekirke, da drager vi ind til en rig og dejlig fremtid det er den store lykke, måske den største i dette øjeblik, at vi mødes med en kirke, som åndens frodighed følger fra år til år, som har vækstens opmuntring, hjemlighedens duft, livets sejrsgang og Guds velsignelses fylde over sig „.

[3] Debatten om tabet af den slesvigske kirkeforfatning er grundigt beskrevet af Christian de Fine Licht: Den nordslesvigske vælgerforenings kirkeudvalg 1918–19. Sammenhængen med den rigsdanske kirkepolitik. I: Sønderjyske Årbøger 1984, 87–120, og af Per Ingesman: Da der gik kirkepolitik i genforeningen. I: Sønderjyske Årbøger 1995, 239–260.

nere, at en stor del af det gamle bispedømme rives fra os… en stor uret."[4] Med baggrund i den tyske adskillelse mellem stat og kirke ser man nu en yderligere risiko for adskillelse mellem kirke og folk, og inden den nye grænsedragning må alle vågne op og blive sig landskirkens velsignelser bevidst. Et par år senere vedtager Slesvig-Holsten en ny kirkeforfatning, hvor man viderefører traditionen fra den slesvigske kirkefornyelse gennem det 19. århundrede og så at sige bekræfter den kaftanske linje: Det vigtigste er ikke forfatningen i sig selv, men at den danner et rum for ånden og dens virke. Her får Kaftan selv, men også hans elev Johannes Tonnesen (1882–1971)[5], indflydelse gennem bladet *Die Landeskirche*. Det er givet, at nordslesvigere har fulgt udviklingen sydpå og set afstanden fra disse nybrud til den danske udvikling, hvor grundlovens løfte om kirkeforfatning fortsat blev ignoreret.

Forinden var grænselandet gennem en heftig debat, hvor nordslesvigeren, sognepræst i Maugstrup Carsten Petersen (1871–1943), i en årrække eneste danske prædikant syd for sproggrænsen, var en markant deltager.[6] Petersen var tilhænger af en slesvigsk folkekirke med egen forfatning, en holdning han bekendtgjorde straks efter 11. november 1918, et særstandpunkt i forhold til Vælgerforeningens kirkeudvalg. Også for dominerende røster i kongeriget var hans model uantagelig, så meget mere som han med stor elegance trampede ind i en følsom og vedvarende debat om kirkeforfatning overhovedet. Både Petersen og rigsdanske forfatningstilhængere, ikke mindst lederen af Kirkeligt Landsforbund Henry Ussing (1855–1943), blev der set bort fra ved besættelse af de gejstlige lederembeder. Petersen blev som nævnt medlem af J.C. Christensens kirkelige udvalg i 1921, og ved udvalgsarbejdets afslutning ved juletid nedskrev han sine bemærkninger, en mismodig slesviger, på randen af bitterhed tog her afsked med det kirkepolitiske, som han herefter fulgte i iagttagerens rolle.

De nye kirkelove blev vedtaget i rigsdagen 1. juli 1922. De betød, at hele den slesvigske kirkeforfatning ophørte. I stedet for kirkeforstanderskab og kirkekollegium fik man menighedsråd, i stedet for synode og synodeudvalg

---

4 Citeret efter Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte VI. Neumünster 1989, 12 (Klaus Blaschke).

5 Sognepræst i Hellevad 1911–19. Til sin død hævdede Tonnesen helsognstanken og skriver 1967: „i den udelte menighed bekræfter vi for hinanden, at vi i vort spændingsfyldte land bekender os til den fred, der overgår al forstand", citeret fra Jessen: Biskop i grænselandet (note 1), 167, hvor der redegøres især for den slesvigske Indre Missions forhold til det grundtvigske.

6 Se C.C. Jessens udgivelse af Petersens erindringer: En nordslesvigsk præst. Carsten Petersen 1871–1943. I: Sønderjyske Årbøger 2014, 369–442.

provstiudvalg med tilsynet med kirkebygninger og præstegårde som opgave og med provsten og to lægfolk som medlemmer. Før 1920 indsattes kirkeforstanderskabet (kirkeældste) højtideligt med løfte foran alteret, nu afgav menighedsrådsmedlemmerne et skriftligt løfte. Endvidere indrettedes et kirkesyn ved provsten og en byggesagkyndig person. Som nævnt deltes Sønderjylland mellem Haderslev og Ribe stifter. Kirkesproget blev dansk med særlige bestemmelser for de tyske dele af købstædernes menigheder, ligeledes for tyske frimenigheder på landet ved benyttelse af sognekirkerne. Præsten frigjordes fra skoletilsynet, og læreren fra kirkesanger- og organistfunktionen. Kvinder fik valgret og valgbarhed. Præsten måtte underkaste sig en del ændringer med hensyn til præstegårdsjorden, ligesom han nu betalte husleje og kommuneskat som alle andre.

Helsognet – en biskop med forståelse og præster med tradition

Efter Slesvigs deling og kirkens indlemmelse i den danske folkekirke var spørgsmålet, om der kunne bevares helsogne efter slesvigsk tradition. Biskoppen i det nydannede Haderslev Stift, valgt i 1923, Valdemar Ammundsen (1875–1936), en højt kvalificeret professor i kirkehistorie med engagement i grænselandet og kontakter overalt i de evangeliske kirker, viste forståelse for sagen. Ammundsens økumeniske engagement og hans særlige beskæftigelse med minoritetsproblemer var stærkt medvirkende til, at Slesvig blev et emne i den lutherske verden.[7] Og med hensyn til helsognet, delte han syn med sin forgænger før 1920, Theodor Kaftan. En sognekirke burde kunne rumme begge nationaliteter, så længe man var fælles om den lutherske bekendelse og det kristne evangelium.

Indtil 1917 havde Theodor Kaftan som nævnt været biskop for det udelte Slesvig stift fra Kongeåen til Ejderen, og alle sogne i Nordslesvig var helsogne, der holdt gudstjenester på dansk suppleret med tyske efter behov ved den samme sognepræst. Traditionen med de to sprog var styrket af, at hovedparten af de nordslesvigske præster var landsdelens egne sønner, med tysk teologisk uddannelse, suppleret med et ophold på det lokale pastoralseminarium

[7] Se Jens Holger Schjørring: Kristendom og socialt engagement. V. Ammundsen og hans samtid. København 1980.

i Gl. Haderslev præstegård, ledet af Prahl. Problemerne opstod, når præsten passede sit statsembede med overdreven pligtfølelse over for germaniseringen og deltog i den tysknationale propaganda. Kaftan søgte at mindske modsætningerne ved en afbalanceret kurs, men det var selvsagt ikke muligt at lade det nationale ude af betragtning og ignorere statens og politikernes forventninger. Ifølge hans teologi var kirken hævet både over staten og kulturlivet som „überweltlich", uden at det betød, at den var ligeglad med denne verden. Hans sociale bevidsthed betød livslangt engagement i kirkens diakonale arbejde og fremme af de institutioner, der blev skabt i perioden og som påvirkede gejstlighed og menigheder både før og efter 1920. Her tænkes især på Breklum-anstalterne og diakonissehuset i Flensborg.

Kaftans kirkesyn satte sit præg på de mange lægfolk, der gennem årene valgtes til at tage ansvar i sognene og som mødte biskoppen gennem hans regelmæssige visitatser hvert tredje år. Biskoppen, der indledte sin præstetid som ansvarlig for den danske del af menigheden i Aabenraa, kunne ubesværet arbejde ud fra helsognstanken. Den stærkeste støtte til helsognet findes før og efter 1920 dog ikke alene i Kaftans indsats, men også i den omfattende Indre Missions-bevægelse fra 1880-erne og fremefter. Til trods for en smertelig splittelse i 1912 betød den omfattende tilslutning til bevægelsen, at man fra sogn til sogn søgte at fastholde den slesvigske kirketradition. I et tilbageblik mange år senere (1967) udtrykte Johannes Tonnesen det således:

> „IMs bekendelse peger på, at selv de mest ideelle kræfter og værdier i grænselandets folkekamp dog tilhørte den faldne verden, fristelsen til at være sig selv nok… I gennembrudstiden aflagde IM en bekendelse, at Kristi menighed ikke er det samme som en folkemenighed, men det folk, der bekender og tror Kristus og hans overhøjhed."[8]

Helsognet blev efter 1920 bevaret i købstædernes folkekirkelige ordning med menighedsråd og præster af begge nationaliteter.[9] I landsognene derimod dannedes fra 1923 en del steder frie tyske menighedskredse, sammensluttede i Nordschleswigsche Gemeinde (NG) og med deres præster tilknyttet

---

8 Citeret fra Jessen: Biskop i grænselandet (note 1), 167.

9 Se Jens Holdt: Kirkelig Vekselvirkning mellem Grænselandet og Moderlandet 1920–47. I: Nordslesvigs aandelige Genforening med Danmark (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland,10). Aabenraa 1948, 106–118.

landskirken syd for grænsen.[10] Disse frimenigheder nød godt af den liberale danske kirkelovgivning, men brød ved deres dannelse med den hidtidige helsognstanke. Det lå dog lige for at henvise til de danske frimenigheder i Nordslesvig før 1920, af disse blev de fleste dog nedlagt efter genforeningen, bortset fra Rødding og Bovlund, hvor den grundtvigske substans syntes stærkest, og hvor det nationale har været knap så fremtrædende som menighedsdannende faktor; i Aabenraa og Haderslev indgik frimenighederne gradvist i det folkekirkelige helsogn.[11]

Ammundsen forsøgte i 1934 at imødekomme behovet for folkekirkelig betjening af det tyske mindretal på landet med ansættelse af C.F. Bruhn fra Bjolderup (1905–54), cand.teol. fra København, i et kapellan-embede først i Haderslev, dernæst 1941–47 i Burkal. Dette helsognseksperiment lykkedes dog ikke ganske.[12] Besættelsen og de nazistiske sammenslutninger kom i vejen, og NG fortsatte efter befrielsen med Friedrich Jessen (1901–85) som den ledende gejstlige. Man deltes med de danske menigheder om sognekirkerne.

Præsteafstemningerne

Præsteafstemningerne 1920 blev et betydeligt punkt i genforeningsprocessen i kirken. Afstemningen i sognet gjaldt spørgsmålet: Skulle præsteembedet opslås og præsten blive nødt til at søge sin egen stilling, eller kunne afstemningen bekræfte præsten i sit embede, så der ikke skulle foretages videre? Oprindeligt var det et forslag fra Vælgerforeningens kirkeudvalg. Der var nogen usikkerhed forud, idet en del nordslesvigere opfattede den tosprogede præst som

[10] Forløbet omkring dem er grundigt beskrevet af Günter Weitling: Deutsches Kirchenleben in Nordschleswig seit der Volksabstimmung 1920. Aabenraa 2007.

[11] Poul Schülein anfører i Kulturelle Forhold i Sønderjylland 1920–1942. Haderslev 1943, 117, kritisk, at NG stiller sig direkte under landskirkens styrelse, hvorved denne „fremmedmenighedsdannelse" ikke kan kaldes en virkelig frimenighed i dansk forstand.

[12] C.F. Bruhn, præstesøn fra Bjolderup, havde et nært forhold til præsten i Uge, Christian Jessen (1909–94), der vedligeholdt en vis balance til den hjemmetyske del af menigheden. Før Jessen var Anton Westergård Jacobsen (1895–1966), sognepræst. Han blev senere førstepræst i Flensborg for de danske menigheder i Sydslesvig. De tre nævnte gejstlige kan alle karakteriseres som præster af Kaftans og Ammundsens linje. Se om forholdene i Burkal Martin Schwarz Lausten: Den kirkelige genforening i 1920 og grænselandspræsten Martin Schwarz. København 2019. Samt Dansk præste- og sognehistorie, X, Haderslev Stift. Aarhus 1977–91, 1245.

det normale også i fremtiden.[13] På den anden side krævede røster i kongeriget samtlige fjernet. Eller i det mindste så mange som muligt af de „tyske præster" – uden hensyn til flertallets nordslesvigske rødder. At man måske gjorde en præstefamilie hjemløs, har formentlig fået nogle til at vige tilbage fra at kræve afstemning. Lykkeligvis blev udfaldet, at langt de fleste, 36 ud af 42, blev bekræftet i deres embeder. Man kan se det som et udslag af den slesvigske sognebevidsthed og selvstændighed.[14]

Man gentog altså ikke den brutale fremgangsmåde fra 1850 og i nogen grad også 1864. I den relativt fredelige proces viste den slesvigske respekt for embedet sig. Men stærkt medvirkende var desuden den vitalisering af kirken, som Indre Mission stod for i årene både før og efter 1920. Adskillige af sognekirkerne var ganske enkelt blevet fyldt. IM var et vækkelsesarbejde med dansk sprog, et flertal af danske lægfolk under ledelse af tyske præster. Det er rimeligt at kalde IM en ægte slesvigsk bevægelse. Ved genforeningen overføres arbejdet til dansk IM; det samme skete med en betydelig flok af diakonale medarbejdere, i første række menighedssøstre, som overførtes fra Flensborg Diakonissehus til Sankt Lukasstiftelsen i Hellerup. Hvad ydre mission angår, fulgte et længere forløb, inden DMS (Det danske Missionsselskab) indgik samarbejde med Breklum-missionen om missionsområdet i Indien (Jeypore). I en kort periode udsendte Nordslesvig sine egne danske missionærer, „arvet" fra Breklum, Hans Toft og Anders Andersen, til Jeypore. Samtidig støttede missionsvenner fra mindretallet Breklum gennem deres egen forening.

En vigtig del af IM var også efter 1920 den stærkt konservative, nærmest ortodokse del af bevægelsen, fra 1913 kaldt Det Gamle Budskabs Indre Mission, som efter en læremæssig strid skilte sig ud fra den oprindelige bevægelse på det teologiske spørgsmål, om man skulle koncentrere sig om „det ene fornødne" eller, som Hans Tonnesen og sønnen Johannes mente, også vedkende sig den nationale problematik og især de menneskelige og sjælesørgeriske udfordringer. Men begge fløje anså IM for en slesvigsk bevægelse, hvis betydning er uomtvistelig, når vi efterspørger årsagen til, at kirken i Nordslesvig stadig i 1920, trods megen elendighed og tab af ungdom, fremstod som en levende kirke i sognene.

---

13 Se Schülein i Kulturelle Forhold (note 11), 110. Se i øvrigt H. Hejselbjerg Paulsen: Menighedsafstemningerne efter genforeningen. I: Haderslev stiftsbog 1970, 26–38.

14 Også på skoleområdet skulle lærere, der ønskede at forblive, søge deres egne stillinger (tak til Erik Nørr for denne oplysning). For præsteembedets vedkommende handler det imidlertid om den lutherske embedsteologi: Præsten har sit personlige kald fra menigheden til sin sjælesørgeriske virksomhed, det „pastorale" embede.

Johannes Tonnesen

Til den unge generation i IM hørte præstesønnen fra Hoptrup, Johannes Tonnesen, der kom til at indtage en særstilling i genforeningsforløbet, idet han forlod Nordslesvig, selvom hans menighed i Hellevad-Egvad ønskede hans forbliven. Hans redegørelse for dette skridt rækker ud over de lokale og kirkelige cirkler.

I 1918 skrev Tonnesen kritisk om selvbestemmelsen, at den som princip ikke løser problemerne i områder med blandet nationalitet, så man kan leve ved siden af hinanden og udfolde det nationale, kulturelle og kirkelige liv i begge folkegrupper. Hidtil havde man søgt „afgrænsningen" og vakt mistillid og utilfredshed, og med de nye mindretal ville det ikke blive anderledes. Løsningen ligger ikke i grænsedragninger og regeringsprogrammer, men i „en ny ånds sejrrige gennembrud i Europa". Hver nationalitet skal anerkendes som en hellig sag med ret til at fremme sin egen kultur; alternativet er den gamle voldspolitik. Den danske stat må fra nu af stimulere det tyske mindretal og styrke den nationale bevidsthed; de blandede distrikter må ikke være en „heksekedel"[15], men et sted, hvor kulturer mødes i den nye ånds „pinsevejr", hvor alt nationalt liv er helligt og har krav på fremtidsmuligheder. Bitterheden må forsvinde i ærbødighed for andre standpunkter, og selvbestemmelsen må udfoldes på et historisk-nationalt grundlag. Tonnesen tror på „ånden i nationalitetstanken", modsat vold.[16]

Men et halvt år senere kom redegørelsen med de væsentlige grunde til at, at han forlod Nordslesvig og tog beslutningen et år før den eventuelle præsteafstemning. Den væsentlige grund var, at „forholdene i et grænseland bliver utålelige, ja et helvede, når målet for nationalitetskampen er en *omnationalisering* af den nationale modstander. Nationalfølelsen beror ikke på historiske eller kulturelle overvejelser, men er „apriori", „en medfødt åndelig tilstand eller bevidsthed", som i øvrigt styrkes, hvor der ved en ny grænsedragning skabes et mindretal. I stedet må de to nationaliteter anerkendes, og man må i en ny ånd løse kulturopgaven: at fremme dem begge i deres ejendommeligheder. I den nye ånd ser man ikke frem- eller tilbagegang som nationale erobringer eller tab.

---

15 Skjult citat af hans far, Hans Tonnesen, der netop har kaldt Nordslesvig en heksekedel.

16 Sædekornet 1918, 156. Kirchen- und Schulblatt 1919, 18.

Tonnesen havde set frem mod genforeningen med håb, idet han anså Nordslesvig for modnet til selvbestemmelsen. Men „stykke for stykke er min tro blevet til skamme. Alt forbliver ved det gamle. Selv IM svigter, og fra dansk side afviser man at samarbejde med tyske præster i Nordslesvig, til trods for at disse dog har skabt forudsætningerne for, at der overhovedet er levende kristne kredse at knytte forbindelse til." Tonnesen fortsatte: „Når den nationale skillelinje skal føres igennem Guds børns rækker, så er det mig en helligbrøde, der er lige så stor som den, der blev begået i de tyske, nationalistiske krigsprædikener. Kun det trosliv, der står under Helligåndens tugt, har overbevisende kraft…" Her knytter Tonnesen tilbage til urkraften i den slesvigske teologi, Claus Harms (1778–1855) i Kiel, der i sin forkyndelse tog afsæt i helligåndsteologi. Men der er også reference til det nye navn i Kiel, dogmatikeren Erich Schaeder (1861–1936), der i en årrække udrustede de unge teologer.

Konsekvensen for Hellevadpræsten blev: „Jeg ser ingen arbejdsmuligheder mere i Nordslesvig for mig og min anskuelse." Tonnesen må afvise „tvangstanken", der møder ham i dansk forklædning i håbet om at han skulle blive dansk „i tidens løb".[17] Nu bosatte han sig i Rendsborg og blev i et par år redaktør af et nyt blad, *Die Landeskirche*. Man noterer sig dér meget kraftige udfald mod *Kristeligt Dagblad*, der har betjent sig af en „nedrig tone mod Deutschtum". Mere håbefuldt hører man om dannelsen af et „Bruderbund" af tidligere nordslesvigske præster. Og Tonnesen skrev om præsteafstemningerne, at de var „eine erfreuliche Ehrenrettung". I lyset heraf rejste Johannes Schmidt-Wodder (1869–1959), folketingsmand for mindretallet, spørgsmålet om man kunne bibeholde „die örtliche Gemeinde", altså bevare helsognet, hvor det måtte ønskes. Men tanken døde, ikke mindst med dannelsen af Nordschleswigsche Gemeinde i 1923. Alligevel fastholdt Tonnesen sit håb om, at „troskirken" kunne forene som den stærkeste, fællesskabsdannende kraft. Håbet fik han stærkt brug for et tiår senere.[18]

Jürgen Braren

I den yngre generation af præster er slesvigeren Jürgen Braren (1879–1964) et markant eksempel på den modsatte løsning. I stedet for at rejse bestemte han sig for at blive, og hans menighed i Aastrup bekræftede ham i det. Som

17 Sst. Se i øvrigt M. Kamphövener: Johannes Tonnesens idealsogn. I: Sønderjysk Månedsskrift 1975, 227–229.

18 Die Landeskirche 1921, 217: Glaubensgemeinschaft und Bekenntnisgemeinschaft.

Tonnesen var han slesviger, nærmere betegnet friser, opvokset i Breklum, og Braren forbindes ofte med begrebet „Zweiströmigkeit"[19]. Hans første embede var Bylderup, derefter Aastrup og fra 1925 Højer. Han vandt respekt både hos danske og tyske som en dygtig teolog, der i præstebladet krydsede klinger med selveste biskoppen i dogmatiske materier, blandt andet i 1908 i en omfattende diskussion om forsoningen. Højer havde tysk gudstjenestesprog og et mindre antal danske gudstjenester, der blev forrettet med bistand af nabopræsten. Braren viste sig i Højer som en principfast herre, der trods sine pastorale kvaliteter ikke lod sig rokke fra, at han i den tysk dominerede flække brugte tysk præstekjole, hvorimod han i Aastrup havde anvendt det danske ornat. Flere gange kom han i konflikt med de lokale og med den tyske del af befolkningen, ikke mindst i forhold til de politiske aktivister, og med Günter Weitling kan man bruge Braren som eksempel på, at det alle gode hensigter til trods ikke lykkedes at indfri helsognsidealet: At være helt og fuldt præst for begge nationaliteter i menigheden. Weitling skriver konkluderende: „Efter Nordslesvigs indlemmelse i Danmark… måtte idealet om én præst for den nationalt adskilte sognemenighed, som før 1920 kunne realiseres ved hjælp af tosproget uddannede, for det meste fra Nordslesvig stammende præster, strande."[20] Rinkenæs, hvor den senere biskop Frode Beyer var præst, var nok en undtagelse[21]. Weitling indrømmer, at det hører til kristendommens ældste traditioner at respektere de kulturelle og nationale forskelle inden for samme menighed (jf. Galaterbrevet 3,28).

Vi lader spørgsmålet stå. Mødet mellem den rigtige teologi og de barske nationalpolitiske realiteter blev i det mindste synligt og mærkbart. Det så Braren allerede i 1918, da han tilslutter sig nordmanden Eivind Berggrav, som skrev om kirken og krigen: „ Nu skal Guds ord være det, der *heler os*." Men Braren udtrykker sin tvivl „om vi tyske præster er så ramt af nationalisme og patriotisme, at vi ikke er egnede som bannerførere for Kristus-troen og Kristus-tanken?"[22] Alligevel løfter han banneret i 1919: „Nu kommer kirkens time!"[23]

19 Om Braren og Højer, se Dansk Præste- og sognehistorie IX:B, Ribe Stift. København 1971, 1210–17. Endvidere Erik Christensen: Fra min virksomhed i Tønder (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 1). Aabenraa 1939, 98.

20 Weitling: Deutsches Kirchenleben (note 10), 29.

21 Se erindringer af Frode Beyer: Efterklang og eftertanke. København 1967, især 47f (om Johannes Tiedje) og 60ff (forholdet til det tyske mindretal).

22 Kirchen- und Schulblatt 1918, 103. 1915 udgav Braren: Der Krieg und das Evangelium Jesu (Bergas, Slesvig).

23 Kirchen- und Schulblatt 1919, 25.

16. november 1926 afholdt de tyske frimenigheder og de folkekirkelige tyske menigheder en fælles kirkedag i Tønder. Braren talte om en „usympatisk udvikling", idet både de religiøse og folkelige interesser var truet. Menighedens enhed var vigtig, fordi forkyndelsen derved kunne koncentrere sig om det centrale og den „nordslesvigske ejendommelighed" varetages. Braren skrev senere: „En fuldstændig danisering henholdsvis germanisering ødelægger det særlige slesvigske islæt, tosprogetheden; jeg har forsøgt at tydeliggøre dette med det omfattende, men vovede udtryk *Zweiströmigkeit*.[24] Med denne holdning lagde Braren sig tæt op ad Ammundsens linje, der havde sine internationale forudsætninger i „Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen".[25]

Ammundsen og de tyske menigheder

Selvom det var uden for Haderslev stift, gav besættelsen af sognepræsteembedet i Højer Ammundsen anledning til at reflektere over forholdene i kirken mellem tysk og dansk, da provsten i Tønder, Erik Christensen (1866–1946) i december 1924 spurgte ham til råds.[26] Ammundsen så det som en lykke for de danske, at „den religiøse og nationale interesse i det store og hele falder sammen. Det er i linje med Guds ordning, at mennesker af dansk afstamning og overvejende dansk sprog også drages ind i dansk kirkeliv." Men der skal arbejdes på langt sigt, så meget mere som kirken i Sydslesvig og i Holsten, som man ellers måtte støtte sig til, „åndeligt er svag". En forhastet ydre sejr, som ellers ligger lige for, kan som altid bære i sig spiren til nederlag. Det kan man lære af det danske styre i 1850-erne: man ville det rigtige, bringe folket til at ære sit danske sprog og sin danske natur, men nåede dog mest det modsatte.[27] Så langt som muligt, skrev Ammundsen, må man modarbejde befolkningens splittelse på det kirkelige område i dansk og tysk. Jo mere forbindelse der er, desto mere vil dansk påvirkning være uimodståelig. Men i frimenighedsdannelsen har de tysksindede desværre fundet et middel til isolation, især efter at menighederne er optaget i den slesvig-holstenske landskirke og kan fremstille sig selv som

---

24 Se Weitling: Deutsches Kirchenleben (note 10), 29.

25 Se Jessen: Biskop i grænselandet (note 1), 338, om tidsskriftet „Die Eiche" og bevægelsen „Life and Work", hvor både Kaftan og Ammundsen gjorde sig gældende.

26 RAÅ, Erik Christensens arkiv, brev fra Ammundsen.

27 Som bekendt hentyder Ammundsen bl.a. til den hårdhændede politik efter Isted-sejren, hvor op mod hundrede præster og lærere blev afskediget, blandt dem Theodor Kaftans far i Løjt og den senere slesvigske biskop Bertel Godt.

den ægte fortsættelse af kirken før 1920. Tilmed forstår tyskerne jo med stor dygtighed at benytte lovgivningen til at skaffe sig økonomiske fordele. Ammundsen oplyste, at den tyske synode har bevilliget 40.000 mark til arbejdet og opfordret hver menighed til at give mindst 20 mark. For Ammundsen ser det ud til, at tyskerne sætter ind på at skabe en kirkelig organisation uden for folkekirkeordningen med forbindelse sydpå.

Erik Christensen fastholdt i sin lokale administration, at de tysktalende sognepræster, der efter aftalen med folkekirken holdt lejlighedsvise gudstjenester i sognene for mindretallet, var at anse som hjælpepræster uden sognepræsteansvar. Det skurrer imod den senere ordning i 1935 med den såkaldte danske (grundtvigske) „grænsepræst", der ansattes som residerende kapellan i en række sogne, altså med forpligtelse. Christensen indrømmer da også diplomatisk, at han „aldrig havde været rigtig glad for den løsning".[28]

Referatet fra den tyske „Gemeindetagung" foranledigede sammen med en række ubesvarede spørgsmål et møde 14. december 1926 i Sønderborg mellem Ammundsen og den slesvigske biskop Eduard Völkel (1878–1957)[29], som var ledsaget af den tyske præst i Sønderborg Carl Marius Jørgensen (1883–1955)[30] og pastor Gottfried Horstmann (1881–1972), leder af de tyske frimenigheder. I Erik Christensens arkiv findes en kopi af Ammundsens personlige referat og reaktion efter mødet.

Biskoppen mente, at Jørgensen bebrejder de rigsdanske præster en skjult dagsorden, at det skulle være deres opgave at omvende de tyske nationalt. Men så mangler jo tilliden, og sjælesorgen umuliggøres. Målet må ifølge Jørgensen være „frelsessikre kristne", som er sig deres ansvar bevidst; han talte kraftigt for udvikling af det tyske menighedsarbejde med bibel og mission. Man drøftede også organiseringen af de tyske menigheder i byerne, hvor provst Hans Peter Marcus Bade i Aabenraa (1871–1936) i modsætning til sin kollega i Haderslev ønsker en selvstændig organisation, alt imens NG beholdt sin struktur i landmenighederne.

Om sit eget bidrag til mødet skrev Ammundsen:

> „Jeg motiverede, hvorfor jeg havde ønsket denne sammenkomst. Jeg havde overtaget embedet, netop fordi det er et grænseland; det var mig en trang at tjene mine danske landsmænd, men også de tyske med evangeliet; jeg

---

28 Christensen: Fra min Virksomhed (note 19), 106.

29 Biskop i Slesvig 1925–33.

30 Kompastor i Sønderborg 1912, tysk sognepræst 1920–53.

> havde nemlig meget at gøre med arbejde for forståelse mellem kirkerne, herunder også forbindelse med tyske kirkeledere; så det var unaturligt ikke at have drøftet disse problemer med min nærmeste embedsbroder syd for grænsen. Jeg har længe haft den opfattelse, som nylig professor Scheel har givet udtryk for[31], at Slesvig i særlig grad var egnet til, at to nationaliteter her kunne mødes på rette måde. I mit samarbejde med tyske præster gik vi fra begge sider ud fra, at der mellem os var en stor forskel i nationale og historiske synspunkter, det diskuterede vi ikke videre, men arbejdede sammen i det, som er fælles menneskeligt og kristeligt."

Ammundsen drøftede videre påstanden om mistro mod danske kirkemyndigheder og frimenighedernes opfattelse, at de kan tjene den tyske befolkning „uafhængigt fra en dansk kirkemyndigheds tryk". Også spørgsmålet om lydighed mod øvrigheden blev vendt (Romerbrevet 13). Jørgensen har mindet om loyalitet som en selvfølge for kristne, mens Horstmann har ladet mistroen bero på den „usalige bestemmelse", at kirkesproget var dansk, hvilket Völkel tolkede derhen, at alt der gives tyskerne skal have karakter af undtagelse.

Vedrørende antallet af tyske gudstjenester mindede Ammundsen om sin forgænger Kaftans syn: Man kan få alle de gudstjenester, man vil, blot nogen møder op. Men nu handlede det om gudstjeneste i det sprog, som også er de fleste tysksindedes hverdagssprog. Indtil nu er en del tyske tjenester klaret af præsterne fra før 1920, som blev bekræftet i deres embeder, men nu er det nødvendigt, at de tyske opmuntrer deres unge til at læse teologi både i København og i Tyskland. Horstmann bemærkede, at arbejdet ikke længere kan klares af de gamle fra før, i Tinglev er der mere end nok til Schwarz fra Burkal.[32] Men Ammundsen replicerede, at der var en del steder, hvor også de tyske var ganske godt tilfredse med de præster, der var kommet nordfra. Og Horstmann erklærede, at han kunne provokere en stor udtrædelse af folkekirken, hvis han ville, men han har foreløbig „holdt igen"! NG var nyttig, fordi den hjalp nogle, som ellers ikke ville blive betjent. Ammundsen svarede, at man var på usikker grund med hensyn til ansættelse af tyske andenpræster, så længe man ikke véd, om der tilsigtes udtrædelse. På mødet optrådte Jørgensen så afgjort tysk, som det var at vente, skrev Ammundsen, som mindede Sønderborg-præsten om, at hans bedømmelse af de rigsdanske præster som nationalister var

[31] Otto Scheel (1876–1954) professor i slesvig-holstensk historie ved Kiels universitet.

[32] Flere påpegede det ejendommelige, at præsten forretter på tysk i nabosognet og på dansk i den samme familie, f.eks. ved begravelser.

overdreven. Jørgensen afviste imidlertid klart, at han skulle være under tryk fra de danske kirkemyndigheder. Om Horstmann[33] noterede Ammundsen, at han synes at have udviklet sig til en fanatiker.

Tønder Provstikonvent

Ved sin tiltræden i Højer 1925 mødte Jürgen Braren et kollegafællesskab, det såkaldte Tønder provstikonvent, som er beskrevet af initiativtageren Erik Christensen[34]. Konventet byggede på solide slesvigske traditioner for præstesammenkomster, især i Kaftans bispetid, og det genopstod 1920 som et indlysende behov, idet halvdelen af de 21 præster var nytilkomne. Christensen indledte konventet 1922 med at henvise til apostlens ord om „åndens enhed i fredens bånd" (Efeserbrevet 4,3). Derefter går det slag i slag til 1934, hvor konventet opløses i forbindelse med NGs mobilisering, men også med oprettelsen af et embede som „grænsepræst", besat med grundtvigianeren N.P. Nielsen (1885–1982). Mødet 1935 aflystes, da fem tyskuddannede præster sagde farvel, men også takkede for det gode samarbejde. Deltagelsen var som regel 100 %, og efterhånden kom også præstekonerne med. En række højtkvalificerede teologer, hvem grænselandet lå på sinde, stillede sig til rådighed som forelæsere og som prædikanter ved den offentlige gudstjeneste i forbindelse med det todages konvent. Foruden de teologiske professorer medvirkede fremtrædende gejstlige som Olfert Ricard (1872–1929), domprovst C. Skovgaard-Petersen (1886–1955) og Diakonissestiftelsens forstander L.J. Koch (1875–1969) med de solide slægtsrødder i Døstrup præstegård. Men konventets egne medlemmer bidrog også: Peder Simonsen fra Nr. Løgum med et indlæg om „Jesu tårer", der efter sigende ledte tankerne hen på gammel slesvigsk prædikekunst. I modsat side af spektret kunne man opleve den akademiske Jürgen Braren, der holdt forelæsning om kirkens væsen og virke i en argumenterende stil under overskriften: Kirken må og skal kunne *samle*!

Bag konventet lå et stærkt ønske om at bevare elementer af den slesvigske kirketradition ved nærkontakt mellem tysk- og danskuddannede præster – og

33 Biskoppen ramte ikke helt ved siden af. Horstmann fik en broget løbebane, som i denne begrænsede sammenhæng ikke kan få plads. Det bør dog nævnes, at P. Neergaard Jessen giver ham et smukt eftermæle i Dansk præste- og sognehistorie IX:A, Ribe Stift. København 1969, 936.

34 Christensen: Fra min Virksomhed (note 19), 105.

her dukker tanken om helsognet naturligvis op, især hos Braren.[35] Den gejstlige hjælp, der blev tildelt ham i Højer, anså han for hjælpepræstetjeneste, han var *sognepræsten*! Og da „grænsepræsten" med sit selvstændige embede kom til, var det bestemt ikke med hans gode vilje. Men på forskellig måde, for eksempel i præstekjolesagen, hvor han insisterede på den tyske embedsdragt, kom han til at spænde ben for sig selv, til trods for at han nød almindelig respekt og påskønnelse.[36] Andre præster havde svært ved at komme bort fra deres tyske uddannelsesbaggrund, og i hele området, Tønder og Aabenraa provstier, fordredes meget gejstligt diplomati. Vanskelighederne syntes størst, hvor man ikke kunne fastholde det slesvigske („Zweiströmigkeit"), men forlangte en klar national afgørelse. Nazismen og besættelsen blev en provokation, der i så henseende var ekstrem, og som efterlod de slesvigske i et tomrum og de kirkeligt og teologisk bekendelsestro i en nederlagsposition helt til 1945.

Ammundsen beskrev situationen 1927 i sit notat efter mødet med Völkel, hvorledes der de første år efter hans ankomst var „helt ro på det kirkelige område i stiftet. Men i de sidste år drives agitationen med voldsomhed og ubegrænsede pengemidler sydfra". Den tyske præst i Haderslev, provst Christian Jensen Petersen (1861–1941), har ganske vist trøstet sin biskop med, at hans „fredsarbejde" er lykkedes for Haderslevs vedkommende. Måske også i Sønderborg, skriver Ammundsen, selvom pastor Jørgensen er „noget mere udpræget" end provst Petersen – hvad der så præcist menes med det. Men biskoppen vidste, at han skulle rundt om Jørgensen, hvis der skulle forhandles nyordninger.[37] I Vilstrup, der bliver et urocentrum, erklærer de: Havde bare vor sognepræst kunnet tale tysk, ville vi aldrig have forlangt andet.

Sammenfattende skrev Ammundsen:

> „Billedet er broget, og man må på det kirkelige område konstatere, at man i 1920 undervurderede de nationale vanskeligheder, hvilket ikke blot er den danske administrations fejl, men fuldt så meget de sønderjyske rådgiveres. Man så kun befolkningens vilje til at ville til Danmark. For adskillige

35 Sst. 98f.

36 Dansk Præste- og sognehistorie IX:B (note 19), 1213. I Aastrup brugte Braren dansk præstekjole under hensyntagen til det danske flertal i menigheden, i Højer blev det med samme begrundelse til tysk embedsdragt.

37 Biskoppens notat rummer mange andre spændende bemærkninger. Det går bedst, skriver han, hvor der sidder ældre præster fra den tyske tid, f.eks. Bruhn i Bjolderup. I Løjt er andenpræsteembedet genoprettet, og sønderjyden H.J. Hansen fik dels arbejdet blandt de danske, dels betjening af de tyske. Her kommer Horstmann og prædiker med langt større tilslutning end Hansen, som måske ikke er betydelig nok til at klare stillingen.

> var det dog måske mere et: Løs fra krigens og nederlagets Tyskland. *Man forstod ikke, hvor stærkt hensyn der må tages til kontinuiteten i den historiske* udvikling og at der må arbejdes på langt sigt med den største tålmodighed. En faktor vil vel også være, om det danske menighedsliv udfolder sig på en sådan måde, at kirkeligt sindede tyske vil føle det som et tab at bryde enhver forbindelse dermed…"

Nogen vil foretrække, at de tysksindede overlades til at danne frimenigheder overalt. Men derved vil „hovedlinjen fra 1920" være forladt, skrev Ammundsen:

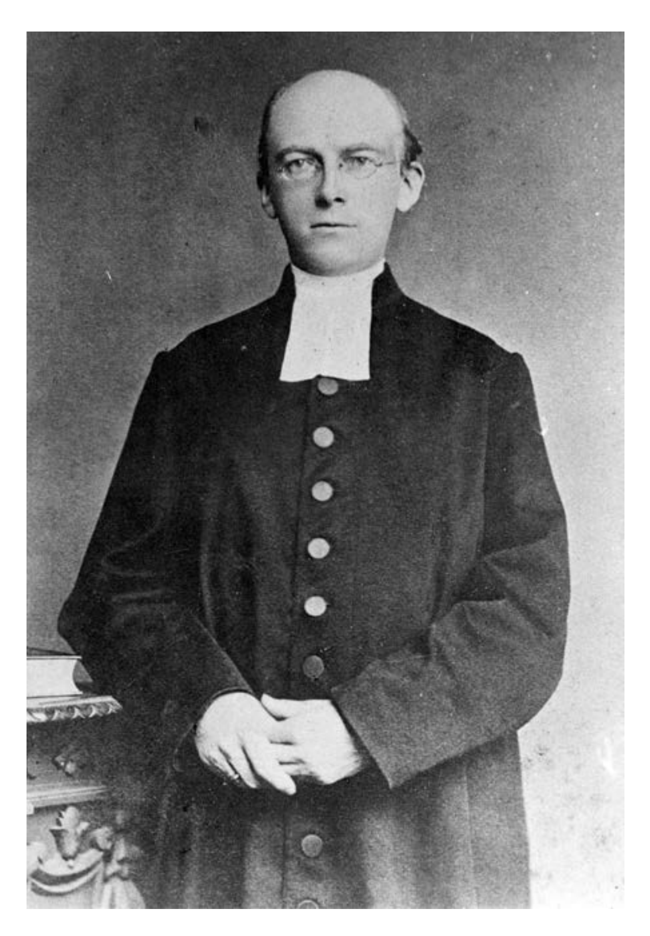
> „Frimenighedsbevægelsen vil måske gøre noget gavn ved at få tag i mennesker, der først kun kommer af nationale grunde, men som jo kan tænkes kristeligt påvirkede sidenhen. Men den sønderriver befolkningen, så adskillige, der har gået til dansk gudstjeneste vil ophøre dermed. Den har et stærkt politisk tilsnit og har næppe nogen større religiøs kraft med undtagelse af Horstmann… Vor opgave vil derfor være at holde hovedlinjen fra 1920, men rette fejl i enkelthederne."

Vi standser uden endelig konklusion, en ny periode med stor usikkerhed og forandring lå ganske åbenbart foran. Grænselandets kirke stod efter bedste formening ikke bedre rustet end før til en ny tid, og indlemmelsen i den danske folkekirke efterlod mange ubesvarede spørgsmål – vækkelse og kirkeforfatning, bærende elementer i kirkens overlevelse før 1920, syntes borte. Kaftan og Ammundsen var ikke længere, hvad nu?

Det er endnu ikke tid til vidtgående slutninger. Indtil videre synes *kontinuiteten* at være den mest interessante indfaldsvinkel. Det er vanskeligt at besvare spørgsmålet om integrationen i dansk kirkeliv, selvom den var et klart ønske nordfra. Syd for Kongeåen reagerede man besindigt og opretholdt i stort omfang de traditioner og det kirkeliv, der havde sine selvstændige rødder i det slesvigske. Et udtryk for det møder vi i det kirkehistoriske arbejde. Grundtvigianeren provst Jens Holdt, en veteran fra verdenskrigen, der skrev disputats om Brødremenigheden og N.J. Holm og som ældre en række biografier om missionsfolkene Hans Tonnesen, Nicolaj Nielsen og Carsten Petersen. Og præsten Hans Hejselbjerg Paulsen fra Øster Løgum skrev en række kirkehistoriske afhandlinger og udgav samleværket *Den nordslesvigske Kirke* (1949) ud fra grundbetragtningen, at denne kirke var og blev dansk, men at den i

umindelige tider af mange grunde havde skabt sin egen tradition, med H.A. Brorson som det ypperste.

Af det foregående vil det fremgå, at megen interesse bør samle sig for det fundament, der blev lagt i årtierne før 1920, med Theodor Kaftan som den centrale skikkelse. En biskop med skandinavisk og europæisk ry inden for lutherdommen, også som den produktive og flittige biskop i Slesvig stift, der i en menneskealder prægede præster og menigheder, så det kan spores endnu, selvom tiden er en ganske anden.



1: Biskop Theodor Kaftan, som satte et stærkt præg på den nordslesvigske kirke i tysk tim (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Bischoff Theodor Kaftan hat der Nordschleswigschen Kirche sein starkes Gepräge verliehen. (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



2: Højer Kirke, hvor Jürgen Braren tjente som sognepræst i årene 1925-43 (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Die Kirche zu Hoyer, wo Jürgen Braren in den Jahren 1925-43 als Pastor diente (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



3: Biskop Valdemar Ammundsen havde stor forståelse for slesvigske kirketraditioner og for det tyske mindretals kirkelige behov (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Bischoff Valdemar Ammundsen hatte für schleswigsche Kirchentraditionen und für die Bedürfnisse der deutschen Minderheit großes Verständnis (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



Evangelisk-luthersk

Psalmebog

for de

dansktalende Menigheder

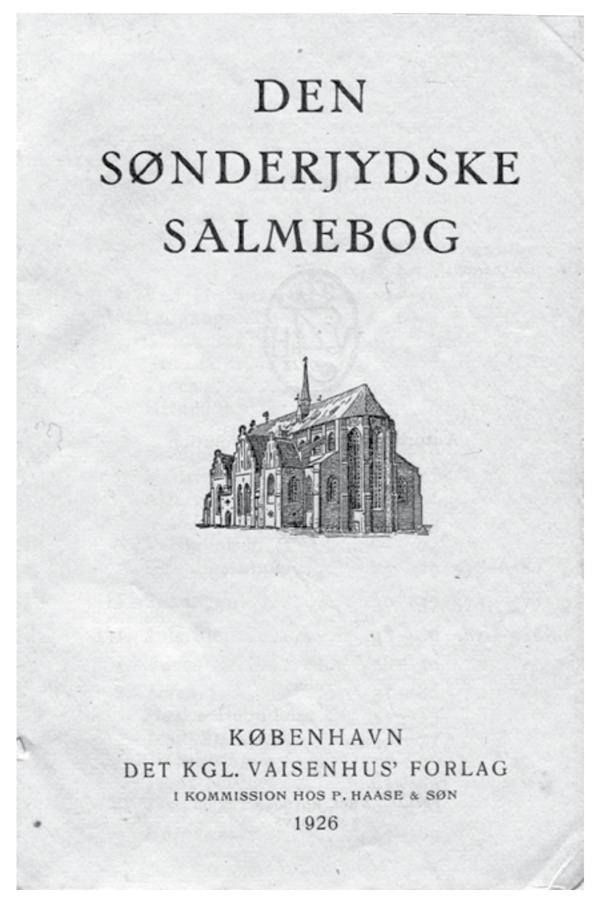
i

Slesvig.

Priis uindbunden 2 M.

Schleswig
Tryk og Forlag af Julius Bergas.

4: Fra *Evangelisk-luthersk Psalmebog for de dansktalende Menigheder i Slesvig* fra 1889 (til venstre) til *Den sønderjyske Salmebog* fra 1926 (til højre) var der en stærk kontinuitet (salmebøger i privateje).



Vom *Evangelisk-luthersk Psalmebog for de dansktalende Menigheder i Slesvig* von 1889 (links) zum *Den sønderjyske Salmebog* (das nordschleswigsche Gesangbuch) von 1926 (rechts) gab es eine starke Kontinuität (Gesangbücher im Privatbesitz).

Gesamtgemeinde und Kirchenordnung — die kirchliche Teilung Schleswigs

Carl Christian Jessen

Bis 1920 war Schleswig kirchlich eine Einheit: ein Bistum oder eine Diözese seit 948 und seit 1542 mit eigener lutherischer Kirchenordnung. Die neue Grenzziehung 1920 führte zu einer Trennung der evangelisch-lutherischen Gemeinden von dieser landeskirchlichen Einheit und zu ihrer Eingliederung in die dänische evangelisch-lutherische Volkskirche. Die Kirchengemeinden verloren damit ihre Kirchenstruktur und ihre Ordnung, ihre „Verfassung", die bis dahin für alle in den Gemeinden gegolten hatte — ungeachtet der Sprache, Kultur und Nationalität. Diese Kirchenordnung hatte bis 1920 vorgesehen, dass Kirchenführung und Pfarrer in jeder Hinsicht eigenverantwortlich für diese Vielfalt zuständig sein und die Geistlichen insbesondere sprachlich ihre kirchlichen Aufgaben auf Deutsch und Dänisch wahrnehmen können sollten. Insofern kann man diese lokale Struktur der Kirchengemeinden als Gesamtgemeinden bezeichnen. Ein Beispiel für sehr gute Führungsarbeit im Rahmen dieses schleswigschen Kirchenmodells findet sich in dem 31 Jahre (1886–1917) währenden Episkopat des Nordschleswigers Theodor Kaftan (1847–1932), der sich unter politischem Druck von Norden und Süden fortwährend um die Verwirklichung der Forderung nach Einheit der evangelisch-lutherischen Kirche

in jeder einzelnen Gemeinde einsetzte.[38] Seine Sicht- und Vorgehensweisen versuchte ein Teil der nordschleswigschen Geistlichkeit nach 1920 fortzuführen. Das galt besonders für Würdenträger, die in örtlichen Abstimmungen in ihren Ämtern bestätigt worden waren, aber vereinzelt auch für neu hinzugekommene reichsdänische Pfarrer. Als prominentes Beispiel könnte hier der spätere Bischof von Hadersleben, Frode Beyer (1894–1976) in Rinkenis, genannt werden. Allerdings waren die Bemühungen im Allgemeinen nicht erfolgreich, und insofern trug die politische Entwicklung zusammen mit der dänischen freiheitlichen Gesetzgebung zur Bildung neuer deutscher Freigemeinden in Gestalt der Nordschleswigschen Gemeinde bei, die ebenso wie die dänischen Trennlinien in der Gemeinde herbeiführten.

Als dauerhaft bedeutsam sollte sich indessen erweisen, dass die dänische Kirche in den vier größeren nordschleswigschen Städten jeweils das Amt eines deutschen Gemeindepfarrers einrichtete – eine durchaus bemerkenswerte Geste des Entgegenkommens gegenüber den schleswigsch Gesinnten, wovon in anderweitiger Hinsicht im Zuge der Eingliederung in dänische Verhältnisse eher nicht die Rede sein konnte. Alles möge doch bitte dänisch werden; Versuche des Einführens von Elementen, etwa die Kirchenordnung, waren vergeblich in einer Zeit des polarisierenden Diskurses in Dänemark über die Frage, ob eine Kirchenordnung überhaupt notwendig sei. Nordschleswigsche Vertreter des kirchlichen Ausschusses von J. C. Christensen 1921, etwa der ehemalige Vorsitzende der Inneren Mission, Hans Tonnesen in Hoptrup (1854–1935), und der Kirchenhistoriker Carsten Petersen aus Maugstrup (1871–1943), hatten in der Angelegenheit das Nachsehen. Versuche des Fortführens der schleswigschen Hauptgottesdienstliturgie, die größtenteils auf den gelehrten Pfarrer in Alt Hadersleben, Hans Schlaikier Prahl (1845–1930), zurückging, scheiterten ebenfalls. Besser erging es da schon dem nordschleswigschen Kirchengesangbuch, für dessen Erscheinen 1888 Prahl ebenfalls die treibende Kraft gewesen war. Hier zeigten sich die Schleswiger standhaft – und das Gesangbuch blieb bis 1954 in Gebrauch.

[38] Siehe Theodor Kaftan: Erlebnisse und Beobachtungen. Kiel 1924 und Carl Christian Jessen: Biskop i grænselandet. Theodor Kaftan 1847–1932 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 102). Apenrade 2009. Außerdem Carl Christian Jessen: Kirken i genforeningen – slesvigske noter. In: Kirkehistoriske Samlinger 2020, 96–110.

Beständigkeit und Brüche über die Zeit von 1864 und 1920

Der vorliegende Beitrag beruht auf dem Eindruck eines dänischerseits mangelnden Verständnisses für die schleswigsche Beständigkeit, der weder „Niederlage 1864" noch „Wiedervereinigung 1920" etwas anhaben konnten. Die Bevölkerung blieb dieselbe, die Kirche bekannte sich zum evangelisch-lutherischen Selbstverständnis und bot dabei gleichzeitig genügend Raum für rührige religiöse Bewegungen innerhalb eines gemeinsamen Rahmens. Schleswigsche Eigenständigkeit und Kontinuität aus den Zeiten der Herzogtümer waren spürbar und präsent, einschließlich einer ständigen Skepsis gegenüber zentralistischen Anwandlungen aller Art – ob von Kopenhagen oder Berlin ausgehend. Der staatliche Zentralismus betrachtete das Grenzland regelmäßig eher als „Randgebiet" als eine Möglichkeit für Entwicklung durch ein Zusammenwirken verschiedener Traditionen. Der Arroganz des Zentralismus gepaart mit Unwissen bezüglich der Verhältnisse im Grenzland versuchten die Schleswiger mit einer Mischung aus Verständnis und Entschlossenheit zu begegnen. Freude über das Dänische fand man im Kulturellen und Geistigen – und was das Kirchliche anbelangt besonders im reichhaltigen Erbe der religiösen Bewegungen im Königreich, Grundtvig und Kierkegaard, in den Gottesdienstaktivitäten, den Kirchenliedern. Obschon es unter den Schleswigern auch Vorbehalte gab: zu viel „Vogelgezwitscher" in den Liedern, die Schilderungen über die Ausdehnung des Gottesreiches und seinen heilsbringenden Einfluss auf das Alltagsleben zu verklärt und idyllisch. Aber auch die mangelnde Einbindung des Volkes und das Fehlen einer demokratischen Beteiligung in der Kirche standen in der Kritik.[39]

Dennoch überwog der Wille, nach vorn zu schauen; es galt, die Königsaugrenze zu tilgen und den Landesteil „heimzuholen". Was vorher war, insbesondere das Preußische, hatte keinen wesentlichen Einfluss auf diese Agenda. Nur wenige machten sich im Überschwang der Freuden und Feierlichkeiten die Mühe, die Kontinuität der Geschichte des Landesteils zu thematisieren. In

39 Im Jahr der Wiedervereinigung war der emotional bewegte Petersen von der Atmosphäre ganz ergriffen und schrieb am 9.7.1920 im Kristeligt Dagblad, das er ansonsten das ganze Jahr 1919 genutzt hatte, um für die Schleswiger Kirchenverfassung zu werben: „An dem Tag, an dem ich und mein Volk nach so langer Trennung in die dänische Volkskirche eintreten, werden wir in eine reiche und wunderbare Zukunft eintreten … es ist das große Glück, vielleicht das größte dieses Augenblicks, dass wir einer Kirche begegnen, die von Jahr zu Jahr von der Üppigkeit des Geistes begleitet wird, die die Ermutigung des Wachstums, den Duft der Heimeligkeit, den Triumph des Lebens und die Fülle des Segens Gottes in sich trägt …".

kirchlicher Hinsicht wurde Nordschleswig der Länge nach geteilt, wobei im Osten das neue Bistum Hadersleben entstand, während der Westen Ripen zugeschlagen wurde. Kaftans Vision einer Region mit kirchlicher Einheit verlor den Kampf gegen das Politische und Nationale, ohne auch nur die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, mit dem brutalen Prinzip des Reformationsjahrhunderts „cuius regio, eius religio" zu brechen, frei übersetzt: Der Staat entscheidet. Man verzichtete auf die theoretische Möglichkeit, dass gerade eine lutherische Grenzlandkirche ein Modell für andere sein könnte, indem sie ihre Freiheit und Aufgeschlossenheit betonte: dass innerhalb der Kirche Platz für beide Nationen mit ihren Sprachen und ihrem Volkstum sei – wobei es sich, wie bereits erwähnt, in den größeren nordschleswigschen Städten anders darstellte. Auf deutscher Seite war die Machtpolitik ein entscheidendes Hindernis gewesen, gegen das Kaftan zu kämpfen hatte. Und nach 1920 bedeutete die enge Verbindung zwischen Volk und Kirche in der Theologie und Praxis Grundtvigs, dass die dänische Kirche eine Staatskirche blieb, in die die nordschleswigschen Gemeinden eingegliedert wurden. Es wurde sowohl für Theologen als auch für Gemeinden schwierig, die kaftansche Vision der Kirche als über dem Volk und dem Nationalen stehend, als „überweltlich" aufrechtzuerhalten.

Die Frage der Kirchenverfassung[40]

Bereits am 11. Februar 1920 reagierte das schleswig-holsteinische Konsistorium auf das Ergebnis der Volksabstimmung: „Mit tiefstem Schmerze erleben wir Schleswig-Holsteiner, dass ein großer Teil des alten Bistums uns entrissen wird … ein schweres Unrecht."[41] Vor dem Hintergrund der deutschen Trennung von Kirche und Staat sah man nun eine weitere Gefahr der Trennung zwischen Kirche und Volk, und im Vorfeld der neuen Grenzziehung müssten alle aufwachen, hellhörig und sich der Segnungen der Landeskirche bewusst werden. Wenige Jahre später verabschiedete Schleswig-Holstein eine neue Kirchenverfassung, die an die Tradition der schleswig-holsteinischen Kirchenerneuerung des 19. Jahrhunderts anknüpft und gewissermaßen die Kaftan-Linie bestätigte:

40 Den Diskurs über den Verlust der schleswigschen Kirchenverfassung hat Christian de Fine Licht ausführlich beschrieben: Den nordslesvigske vælgerforenings kirkeudvalg 1918–19. Sammenhængen med den rigsdanske kirkepolitik. In: Sønderjyske Årbøger 1984, 87–120. Desgleichen Per Ingesman: Da der gik kirkepolitik i genforeningen. In: Sønderjyske Årbøger 1995, 239–260.

41 Zitiert nach: Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte VI. Neumünster 1989, 12 (Klaus Blaschke).

Das Wichtigste sei nicht die Verfassung selbst, sondern dass sie dem Geist und seinem Wirken ein Raum sei. Nicht nur Kaftan selbst, sondern auch sein Schüler Johannes Tonnesen (1882–1971)[42] erlangten hier Einfluss durch das Blatt *Die Landeskirche*. Es steht außer Frage, dass die Nordschleswiger die Entwicklung südlich der Grenze genau verfolgten und die Absonderung dieser Neuerungen gegenüber der Entwicklung in Dänemark sahen, wo die grundgesetzlich verankerte Zusicherung einer Kirchenverfassung weiterhin ignoriert wurde.

Zuvor hatte es im Grenzland eine heftige Debatte gegeben – mit dem Nordschleswiger und Gemeindepfarrer zu Maugstrup Carsten Petersen (1871–1943), seines Zeichens einige Jahre der einzige dänische Prediger südlich der Sprachgrenze, als prägnantem Teilnehmer.[43] Petersen sprach sich für eine schleswigsche Volkskirche mit eigener Verfassung aus; ein Standpunkt, den er gleich nach dem 11. November 1918 bekanntgab und damit eine Sonderposition gegenüber dem Kirchenausschuss des Wählervereins einnahm. Auch namhafte Stimmen im Königreich bezeichneten sein Modell als unannehmbar – umso mehr, als er mit viel Eleganz in eine gefühlsbeladene und ständige Diskussion über Kirchenverfassung im Allgemeinen hineintrampelte. Sowohl Petersen als auch reichsdänische Verfassungsbefürworter, nicht zuletzt der Leiter des Kirkeligt Landsforbund, Henry Ussing (1855–1943), blieben bei der Besetzung von Führungsposten innerhalb der Geistlichkeit unberücksichtigt. Petersen wurde, wie erwähnt, 1921 Mitglied des Kirchenausschusses von Christensen. Zum Ende der Ausschussarbeit um die Weihnachtszeit hin brachte er seine Gedanken zu Papier; ein vergrämter Schleswiger am Rande der Verbitterung verabschiedete sich aus der Kirchenpolitik, um diese fortan nur mehr als Beobachter zu verfolgen.

Die neuen Kirchengesetze wurden am 1. Juli 1922 vom Rigsdag verabschiedet und bedeuteten das Ende der gesamten Schleswiger Kirchenverfassung. Statt eines Kirchenvorstandes und eines Kirchenkollegiums gab es Pfarrgemeinderäte, statt einer Synode und eines Synodalausschusses gab es Propsteiausschüsse mit Aufsicht über Kirchengebäude und Pfarrhäuser, und mit dem Probst und zwei Laien als Mitgliedern. Vor 1920 waren die Kirchenvorsteher mit einem Gelübde

[42] Gemeindepfarrer in Hellewatt 1911–1919. Bis zu seinem Tod bestand Tonnesen auf der Idee der Gesamtgemeinde und schrieb 1967: „In der ungeteilten Gemeinde bestätigen wir uns gegenseitig, uns in unserem spannungsgeladenen Land zu jenem Frieden bekennen zu wollen, der über allem Verstand ist." zitiert nach Jessen: Biskop i grænselandet (Anm. 1), 167, wo insbesondere das Verhältnis der schleswigschen Inneren Mission zu den Ideen Grundtvigs thematisiert wird.

[43] Siehe C. C. Jessens Ausgabe der Erinnerungen Petersens: En nordslesvigsk præst. Carsten Petersen 1871–1943. In: Sønderjyske Årbøger 2014, 369–442.

vor dem Altar feierlich eingesetzt worden; jetzt legten die Mitglieder des Kirchenvorstandes ein schriftliches Gelübde ab. Außerdem wurde eine Kirchenaufsicht durch den Propst und einen Bausachverständigen eingerichtet. Wie erwähnt war Nordschleswig zwischen den Diözesen Hadersleben und Ripen aufgeteilt. Die Kirchensprache wurde Dänisch mit besonderen Regelungen für die deutschen Teile der Gemeinden in den größeren Städten und auch für die deutschen Freikirchen auf dem Lande bei Nutzung der Gemeindekirchen. Der Pfarrer wurde von der Schulaufsicht und der Lehrer von der Funktion des Kirchensängers und Organisten befreit. Die Frauen erhielten das aktive und passive Wahlrecht. Für den Pfarrer gab es eine Reihe von Änderungen in Bezug auf die Pfarreiimmobilie, und er zahlte nun Miete und Gemeindesteuer wie jeder andere auch.

Die Gesamtgemeinde – ein verständnisvoller Bischof und traditionsbewusste Pfarrer

Nach der Teilung Schleswigs und der Eingliederung der Kirche in die allgemeine dänische Volkskirche stellte sich die Frage, ob Gesamtgemeinden gemäß schleswigscher Tradition erhalten bleiben könnten. Der 1923 gewählte Bischof der neu gegründeten Diözese Haderslev Stift, Valdemar Ammundsen (1875–1936), ein hochqualifizierter Professor für Kirchengeschichte, zudem sehr engagiert im Grenzland und mit vielerlei Kontakten zu den protestantischen Kirchen, zeigte Verständnis für die Angelegenheit. Ammundsens ökumenisches Engagement und sein besonderes Interesse an Minderheitenfragen trugen in hohem Maße dazu bei, dass Schleswig zu einem Thema in der lutherischen Welt wurde.[44] Hinsichtlich des Gesamtgemeindethemas teilte er die Sichtweise seines Vorgängers vor 1920, Theodor Kaftan. In einer Gemeindekirche müsse es Raum für beide Nationalitäten geben, solange man einvernehmlich zum lutherischen Bekenntnis und christlichen Evangelium stehe.

Bis 1917 war Kaftan Bischof der ungeteilten schleswigschen Diözese von der Königsau bis zur Eider, und alle Gemeinden Nordschleswigs waren Gesamtgemeinden, die ihre Gottesdienste in dänischer Sprache, bei Bedarf durch denselben Pfarrer auf Deutsch ergänzt, abhielten. Die zweisprachige Tradition wurde dadurch gestärkt, dass die meisten nordschleswigschen Pfarrer aus der

[44] Siehe Jens Holger Schjørring: Kristendom og socialt engagement. V. Ammundsen og hans samtid. Kopenhagen 1980.

Region stammten und ein deutsches theologisches Studium absolviert hatten, ergänzt um einen durch Prahl geleiteten Aufenthalt im örtlichen Pastoralseminar im Pfarrhaus Alt Hadersleben. Probleme traten immer dann auf, wenn der Pfarrer in seinem staatlichen Amt einen übermäßigen Pflichtbewusstseinseifer hinsichtlich der „Germanisierung" an den Tag legte und sich an der deutsch-nationalen Propaganda beteiligte. Kaftan versuchte, die Gegensätze durch einen Kurs der Ausgewogenheit abzumildern, aber es war natürlich nicht möglich, das Nationale außer Acht zu lassen und die Erwartungen von Staat und Politik zu ignorieren. Seiner Theologie nach sei die Kirche im Sinne von „überweltlich" sowohl über dem Staat als auch über der Kultur, ohne indessen diese „Welten" als gleichgültig betrachten zu wollen. Sein soziales Bewusstsein bedeutete ein lebenslanges Engagement für die diakonische Arbeit der Kirche und die Förderung der in dieser Zeit geschaffenen Einrichtungen, von denen die Geistlichen und Pfarrgemeinden sowohl vor als auch nach 1920 beeinflusst wurden. Besonders abzustellen ist hierbei auf die Breklumer Anstalten und die Diakonissenanstalt in Flensburg.

Kaftans Vision der Kirche prägte die vielen Laien, die im Laufe der Jahre gewählt wurden, um in den Gemeinden Verantwortung zu übernehmen, und die den Bischof bei seinen regelmäßigen Visitationen alle drei Jahre kennenlernten. Der Bischof, der sein Pfarramt als Verantwortlicher für den dänischen Teil der Gemeinde in Apenrade begann, konnte problemlos vom Grundgedanken des Gesamtgemeindekonzepts ausarbeiten. Die stärkste Unterstützung für die Gesamtgemeinde vor und nach 1920 war jedoch nicht nur in Kaftans Bemühungen zu finden, sondern auch in der umfangreichen Bewegung der Inneren Mission (IM) ab den 1880er-Jahren. Trotz einer schmerzhaften Spaltung im Jahr 1912 führte die breite Unterstützung der Bewegung dazu, dass die Gemeinden eine nach der anderen die schleswigsche Kirchentradition aufrechterhalten wollten. In einer Rückschau viele Jahre später (1967) formulierte Johannes Tonnesen dies folgendermaßen:

> „Das IM-Bekenntnis deutet darauf hin, dass auch die ideell gefestigtsten Kräfte und Werte im Grenzlandvolkskampf am Ende doch der gefallenen Welt nachhingen und der Versuchung der Selbstgenügsamkeit anheimfielen ... In der Umbruchzeit legte die IM das Bekenntnis ab, dass die Gemeinde Christi nicht das gleiche wie eine Volksgemeinde sei, sondern vielmehr das Volk, das sich zu Christus und seiner Oberherrschaft bekennt und daran glaubt."[45]

[45] Zitiert nach Jessen: Biskop i grænselandet (Anm. 1), 167.

In der allgemeinen Kirchenordnung der größeren Städte wurde die Gesamtgemeinde nach 1920 aufrechterhalten – mit Pfarrgemeinderäten und Pfarrern beider Nationalitäten.[46] In den ländlichen Gemeinden hingegen bildeten sich ab 1923 an mehreren Orten deutsche Freigemeindekreise, vereint unter der Nordschleswigschen Gemeinde (NG) und mit Pfarrern, die der Landeskirche südlich der Grenze verbunden waren.[47] Diese Freigemeinden profitierten von den liberalen dänischen Kirchengesetzen, wandten sich mit ihrem Zustandekommen allerdings vom bisherigen Konzept der Gesamtgemeinde ab, wobei der Verweis auf die dänischen Freigemeinden vor 1920 hier naheliegend war, wenngleich die meisten davon nach der Volksabstimmung und Grenzneufestlegung aufgelöst wurden. Nicht so allerdings diejenigen in Rödding und Baulund, wo die grundtvigianische Substanz am stärksten zu sein schien, der Nationalgedanke hingegen eine weniger prominente Rolle bei der Bildung der Gemeinden spielte. In Apenrade und Hadersleben gliederten sich die Freigemeinden nach und nach in die allgemein-, also volkskirchliche Gesamtgemeinde ein.[48]

Ammundsen versuchte 1934 dem Bedarf nach allgemeinkirchlicher Betreuung der deutschen Minderheit auf dem Lande durch die Einsetzung des C. F. Bruhn aus Bjolderup (1905–1954), Theologe aus Kopenhagen, in das Kaplanamt entgegenzukommen, zunächst in Hadersleben, später, 1941 bis1947, in Buhrkall. Dieses „Experiment" in Sachen Gesamtgemeinde gelang indessen nicht so ganz.[49] Die Besatzung Dänemarks durch die Wehrmacht und die nationalsozialistischen Vereine und Verbände wurden hier zum Stolperstein. Die NG indessen führte ihre Bemühungen nach Kriegs- und Besatzungsende mit

46 Siehe Jens Holdt: Kirkelig Vekselvirkning mellem Grænselandet og Moderlandet 1920–47. In: Nordslesvigs aandelige Genforening med Danmark (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 10). Apenrade 1948, 106–118.

47 Die diesbezüglichen Ereignisse hat Günter Weitling ausführlich dargestellt: Deutsches Kirchenleben in Nordschleswig seit der Volksabstimmung 1920. Apenrade 2007.

48 Poul Schülein führt in Kulturelle Forhold i Sønderjylland 1920–1942. Hadersleben 1943, 117, kritisch an, die NG begebe sich direkt unter die Führung der Landeskirche, wodurch diese „Fremdgemeindebildung" nicht als echte Freigemeinde im dänischen Sinne bezeichnet werden könne.

49 C. F. Bruhn, Pfarrerssohn aus Bjolderup, pflegte ein enges Verhältnis zum Pfarrer in Uk, Christian Jessen (1909–1994), der für die Aufrechterhaltung einer gewissen Ausgewogenheit in Relation zum minderheitendeutschen Teil der Pfarrgemeinde sorgte. Vor Jessen war Anton Westergård Jacobsen (1895–1966) Gemeindepfarrer gewesen. Er wurde später Hauptpfarrer in Flensburg zur Betreuung der dänischen Gemeinden in Südschleswig. Die drei genannten Geistlichen können alle als Pfarrer auf gleicher Linie mit Kaftan und Ammundsen bezeichnet werden. Über die Verhältnisse in Buhrkall s. Martin Schwarz Lausten: Den kirkelige genforening i 1920 og grænselandspræsten Martin Schwarz. Kopenhagen 2019. S. a. Dansk præste- og sognehistorie, X, Haderslev Stift. Aarhus 1977–91, 1245.

Friedrich Jessen (1901–1985) als leitendem Geistlichen fort. Die Gemeindekirchen teilte man sich mit den dänischen Pfarrgemeinden.

Die Pfarramtswahlen

Die sogenannten Pfarrerabstimmungen 1920 sollten für den kirchlichen Prozess nach der Wiedervereinigung große Bedeutung erlangen. Bei der Wahl in der Gemeinde ging es um die Frage: Sollte die Stelle des Pfarrers ausgeschrieben werden, der Pfarrer sich somit um seine eigene Stelle bewerben müssen, oder würde der Pfarrer durch Abstimmung lediglich ohne weitere Veranlassung in seinem Amt bestätigt werden können? So lautete ursprünglich ein Vorschlag beziehungsweise Antrag des Kirchenausschusses des Wählervereins. Im Vorfeld gab es diesbezüglich einige Unsicherheit, weil nicht wenige Nordschleswiger die Zweisprachigkeit von Pfarrern als den Regelfall ansahen – auch in Zukunft.[50] Auf der anderen Seite forderten Stimmen im Königreich die Entfernung sämtlicher „deutschen Pfarrer", oder wenigstens möglichst vieler von ihnen, aus ihren Ämtern – ungeachtet des Umstandes, dass die meisten von ihnen aus Nordschleswig stammten. Dass gegebenenfalls eine Pfarrersfamilie durch eine solche Maßnahme obdachlos würde, wird vermutlich den einen oder anderen zum Abrücken von der Forderung nach einer Abstimmung veranlasst haben. Und zum Glück ergab es sich letztendlich, dass weitaus die meisten, 36 von 42, in ihren Ämtern bestätigt wurden. Das mag als Ausdruck für Selbstbewusstsein und Eigenständigkeit der schleswigschen Pfarrgemeinden gewertet werden.[51]

Die brachiale Vorgehensweise von 1850 und in gewissem Maße auch von 1864 wurde also nicht wiederholt. In dem relativ friedlichen Prozess zeigte sich der schleswigsche Respekt vor dem Amt. Aber auch die (Wieder)Belebung der Kirche durch die Innere Mission in den Jahren vor 1920 war ein wichtiger Faktor. Mehrere der Pfarrkirchen waren einfach voll geworden. Die IM, das war Erweckungsarbeit mit dänischsprachigen, mehrheitlich dänischen Laien unter der Lei-

[50] Siehe Schülein in Kulturelle Forhold (Anm. 11), 110. S.a. H. Hejselbjerg Paulsen: Menighedsafstemningerne efter genforeningen. In: Haderslev stiftsbog 1970, 26–38.

[51] Auch im schulischen Bereich mussten Lehrkräfte, die bleiben wollten, sich um ihre eigenen Stellen bewerben (Dank an dieser Stelle an Erik Nørr für diese Information). Hinsichtlich des Pfarramtes ging es jedoch um die lutherische theologische Amtsauslegung: Der Pfarrer erlangt sein persönlich als Berufung empfundenes Amt von der Gemeinde im Sinne seines seelsorgerischen Wirkens, des „pastoralen" Amtes.

tung von deutschen Pfarrern. Man kann die IM mit Fug und Recht als eine echte schleswigsche Bewegung bezeichnen. Nach der Wiedervereinigung wurde die Arbeit auf die dänische IM übertragen; gleiches geschah mit einer beträchtlichen Gruppe von diakonischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, vor allem Gemeindeschwestern, die von der Flensburger Diakonissenanstalt zum St.-Lukas-Stift in Hellerup (Kopenhagen) versetzt wurden. Was die externe Mission anbelangt, so war dies ein längerer Prozess, bis die DMS (Det danske Missionsselskab) eine Zusammenarbeit mit der Breklum-Mission für das Missionsgebiet Indien (Jeypore) einging. Eine kurze Zeit lang entsandte Nordschleswig seine eigenen dänischen, von Breklum übernommenen Missionare, Hans Toft und Anders Andersen, nach Jeypore. Gleichzeitig leisteten die Missionsfreunde aus der Minderheit Breklum Unterstützung durch ihren eigenen Verein.

Ein wichtiger Teil der IM war auch nach 1920 der sehr konservative, fast schon orthodoxe Teil der Bewegung, ab 1913 Innere Mission der Alten Botschaft genannt, der sich nach einem Lehr- und Glaubensstreit von der ursprünglichen Bewegung in der theologischen Frage abspaltete, ob man sich auf das „einzig Notwendige" konzentrieren oder, wie Hans Tonnesen und sein Sohn Johannes meinten, auch die nationale Problematik anerkennen und sich vor allem den menschlichen und seelsorgerischen Herausforderungen stellen sollte. Aber beide Flügel betrachteten die IM als eine schleswigsche Bewegung, deren Bedeutung unbestreitbar ist, wenn wir fragen, wie es sein konnte, dass die Kirche Nordschleswigs 1920 noch immer trotz vielen Elends und Verlusten an Jugend als lebendige Kirche in den Gemeinden auftrat.

Johannes Tonnesen

Zur jungen Generation der IM gehörte der Pfarrerssohn aus Hoptrup, Johannes Tonnesen, der im Laufe der Zeit eine Sonderstellung in den Geschehnissen der Wiedervereinigung einnehmen sollte, indem er Nordschleswig verließ, obgleich seine Gemeinde in Hellewatt-Eckwatt sich für seinen Verbleib ausgesprochen hatte. Seine diesbezüglichen Erklärungen und Erläuterungen gehen über ortsbezogene und kirchliche Belange hinaus.

1918 schrieb Tonnesen kritisch über das Selbstbestimmungsrecht, dass es als Prinzip die Probleme in Gebieten mit gemischter Nationalität nicht in dem Sinne löse, dass die Menschen nebeneinander leben und ihr jeweiliges nationales, kulturelles und kirchliches Leben in beiden Volksgruppen entfalten könn-

ten. In der Vergangenheit habe man eine „Abgrenzung" angestrebt und damit Misstrauen und Unzufriedenheit gesät, und das würde mit den neuen Minderheiten nicht anders sein. Die Lösung liege nicht in Grenzziehungen und Regierungsprogrammen, sondern im „siegreichen Durchbruch eines neuen Geistes in Europa". Jede Nationalität müsse als heilige Sache anerkannt werden, mit dem Recht, ihre eigene Kultur zu fördern; die Alternative sei die alte Politik der Gewalt. Der dänische Staat müsse von nun an die deutsche Minderheit stimulieren und das nationale Bewusstsein stärken; die gemischten Bezirke dürften kein „Hexenkessel"[52] sein, sondern vielmehr ein Ort, an dem sich die Kulturen „im Pfingstwetter" des neuen Geistes begegneten, wo alles nationale Leben heilig sei und Anspruch auf gute Zukunftsaussichten habe. Die Verbitterung müsse der Ehrfurcht vor anderen Standpunkten weichen, die Selbstbestimmung sich auf einer historisch-nationalen Grundlage entfalten. Tonnesen glaubte an den „Geist der Nationalität" im Gegensatz zur Gewalt.[53]

Aber ein halbes Jahr später kam die Erklärung mit den wesentlichen Gründen, warum er Nordschleswig verließ und diese Entscheidung ein Jahr vor der etwaigen Pfarramtswahl traf. Der wesentliche Grund war, dass „die Verhältnisse in einem Grenzland unerträglich, ja zur Hölle werden, wenn das Ziel des Nationalitätenkampfes die Umnationalisierung des nationalen Gegners ist". Nationalgefühl beruhe nicht auf historischen oder kulturellen Erwägungen, sondern sei „à priori […], ein angeborener geistiger Zustand oder ein Bewusstsein", das im Übrigen verstärkt werde, wenn durch eine neue Grenzziehung eine Minderheit geschaffen werde. Vielmehr müssten die beiden Nationalitäten anerkannt und die kulturelle Aufgabe in einem neuen Geist dahingehend gelöst werden, beide in ihren Eigenheiten zu fördern. In diesem neuen Geist würden Fortschritt und Rückschritt nicht als nationale Eroberungen oder Verluste betrachtet.

Tonnesen hatte der Wiedervereinigung hoffnungsvoll entgegengesehen, da er Nordschleswig als reif für die Selbstbestimmung ansah. Aber „Stück für Stück ist mein Glaube erschüttert worden. Alles bleibt beim Alten. Selbst die IM versagt, und die dänische Seite verweigert sich der Zusammenarbeit mit den deutschen Pfarrern in Nordschleswig, obwohl diese doch (erst) die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass es dort lebendige christliche Kreise gibt, zu denen man eine Bindung aufbauen kann." Tonnesen weiter: „Wenn

[52] Verstecktes Zitat seines Vaters Hans Tonnesen, der Nordschleswig als ebendies bezeichnet hatte: einen Hexenkessel.

[53] Sædekornet 1918, 156. Kirchen- und Schulblatt 1919, 18.

die nationale Trennlinie durch die Reihen der Kinder Gottes gezogen werden soll, so ist das für mich ein ebenso großes Sakrileg wie die deutschnationalen Kriegspredigten. Nur das Glaubensleben unter der Züchtigung des Heiligen Geistes hat Überzeugungskraft ...” Hier knüpfte Tonnesen an den Begründer der Schleswiger Theologie, Claus Harms (1778–1855) in Kiel, an, der seine Predigten auf die Theologie des Heiligen Geistes gründete. Es gibt aber auch einen Hinweis auf den neuen Namen in Kiel, den Dogmatiker Erich Schaeder (1861–1936), der einige Jahre lang die jungen Theologen ausbildete.

Die Folge für den Priester von Hellewatt war: „Ich sehe in Nordschleswig keine Arbeitsmöglichkeiten mehr für mich und meine Ansichten.” Tonnesen musste den „Zwangsgedanken” zurückweisen, der ihm in dänischem Gewand in der Hoffnung begegnete, dass er „im Laufe der Zeit” dänisch werden möge”.[54] Er ließ er sich sodann in Rendsburg nieder und wurde für einige Jahre Redakteur einer neuen Zeitschrift, *Die Landeskirche*. Man stellte dort sehr starke Angriffe gegen das *Kristeligt Dagblad* fest, das einen „herablassenden Ton gegenüber dem Deutschtum” an den Tag gelegt habe. Hoffnungsvoller vernahm man die Kunde von der Bildung eines „Bruderbundes” ehemaliger nordschleswigscher Pfarrer. Und Tonnesen schrieb über die kirchlichen Pfarramtsabstimmungen, sie seien „eine erfreuliche Ehrenrettung”. Vor diesem Hintergrund warf der Minderheitsabgeordnete im dänischen Folketing Johannes Schmidt-Wodder (1869–1959) die Frage auf, ob „die örtliche Gemeinde” beibehalten, also ob die Gesamtgemeinde dort, wo es gewünscht werde, bewahrt werden könne. Doch die Idee scheiterte, nicht zuletzt mit der Gründung der Nordschleswigschen Gemeinde 1923. Dennoch hielt Tonnesen an seiner Hoffnung fest, dass die „Glaubenskirche” als stärkste gemeinschaftsbildende Kraft einend wirken könnte. Diese Hoffnung sollte sich für ihn ein Jahrzehnt später als dringend nötig erweisen.[55]

Jürgen Braren

In der jüngeren Pfarrersgeneration ist der Schleswiger Jürgen Braren (1879–1964) ein markantes Beispiel für die umgekehrte Lösung. Anstatt zu gehen, entschied er sich zu bleiben, und seine Gemeinde in Aastrup bestätigte ihn darin. Wie Tonnesen war er ein Schleswiger, genauer gesagt ein Friese, auf-

[54] Ebd. S. a. M. Kamphövener: Johannes Tonnesens idealsogn. In: Sønderjysk Månedsskrift 1975, 227–229.

[55] Die Landeskirche 1921, 217: Glaubensgemeinschaft und Bekenntnisgemeinschaft.

gewachsen in Breklum, und Braren wird er oft mit dem Begriff der „Zweiströmigkeit"[56] in Verbindung gebracht. Seine erste Stelle war in Bülderup, anschließend Aastrup und ab 1925 in Hoyer. Er erwarb sich den Respekt der Dänen und der Deutschen als fähiger Theologe, der sich in dogmatischen Fragen im Priesterblatt mit dem Bischof höchstselbst anlegte, unter anderem im Jahr 1908 mit einer ausführlichen Diskussion über das Sühneopfer. In Hoyer war Deutsch die Sprache der Gottesdienste, und dazu gab es eine kleinere Anzahl dänischer Gottesdienste, die mithilfe des benachbarten Pfarrers verrichtet wurden. Braren gerierte sich in Hoyer als prinzipientreuer Mann, der es sich trotz seiner seelsorgerischen Qualitäten nicht nehmen ließ, in dem Deutsch dominierten Bezirk die deutsche Klerikertracht anzulegen, während er in Aastrup die dänischen Gewänder getragen hatte. Mehrmals geriet er mit den Einheimischen und dem deutschen Teil der Bevölkerung aneinander, nicht zuletzt in Bezug auf die politischen Aktivisten, und mit Günter Weitling kann man Braren als Beispiel dafür heranziehen, dass es ihm trotz aller guten Vorsätze nicht gelang, das Ideal der Gesamtgemeinde zu erfüllen: ein vollwertiger Pfarrer für beide Nationalitäten der Gemeinde zu sein. Weitling schreibt insofern schlussfolgernd: „Nach der Eingliederung Nordschleswigs in Dänemark […] musste das Ideal von einem Pastor der national getrennten Gesamtgemeinde, welches sich vor 1929 durch zweisprachig ausgebildete, zumeist aus Nordschleswig stammende Pastoren realisieren liess, scheitern."[57] Der Ort Rinkenis, wo der spätere Bischof Frode Beyer (1894–1976) als Pfarrer seines Amtes waltete, war da wohl eine Ausnahme[58] Weitling räumt ein, dass das Respektieren kultureller und nationaler Unterschiede innerhalb derselben Gemeinde zu den ältesten Traditionen des Christentums zählt (vgl. Galaterbrief 3,28).

Wir lassen diese Frage offen. Das Aufeinandertreffen zwischen rechtschaffener Theologie und harter nationalpolitischer Wirklichkeit wurde zumindest sichtbar und spürbar. Braren sah dies bereits 1918, als er sich dem Norweger Eivind Berggrav (1884–1959) anschloss, der über die Kirche und den Krieg Folgendes schrieb: „Nun möge Gottes Wort dasjenige sein, das uns *heilt*." Doch Braren hat seine Zweifel, „ob wir deutschen Pfarrer (womöglich) so sehr von Nationalis-

---

[56] Über Braren und Hoyer s. Dansk Præste- og sognehistorie IX:B, Ribe Stift. Kopenhagen 1971, 1210–17. Außerdem Erik Christensen: Fra min virksomhed i Tønder (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 1). Apenrade 1939, 98.

[57] Weitling: Deutsches Kirchenleben (Anm. 10), 29.

[58] Siehe Erinnerungen Frode Beyers: Efterklang og eftertanke. Kopenhagen 1967, insbesondere 47f (über Johannes Tiedje) und 60ff (das Verhältnis zur deutschen Minderheit).

mus und Patriotismus eingenommen sind, dass wir als Fahnenträger des Christus-Glaubens und des Christus-Gedankens ungeeignet sind?"[59] Dennoch zeigte er 1919 Flagge: „Jetzt schlägt die Stunde der Kirche!"[60]

Am 16. November 1926 veranstalteten die deutschen Freikirchen und die allgemeinkirchlichen deutschen Gemeinden einen gemeinsamen Kirchentag in Tondern. Braren sprach von einer „unsympathischen Entwicklung", da sowohl religiöse als auch bürgerliche Interessen bedroht seien. Die Einheit der Gemeinde sei wichtig, weil sich die Predigt dann auf das Wesentliche konzentrieren und die „nordschleswigsche Eigenart" erhalten bleiben könne. Braren schrieb später: „Eine völlige Danisierung beziehungsweise Germanisierung zerstört das spezifisch schleswigsche Element, die Zweisprachigkeit; ich habe es versucht mit einem umfassenden, aber gewagten Ausdruck Zweiströmigkeit zu verdeutlichen."[61] Mit dieser Sichtweise lehnte sich Braren eng an die Linie Ammundsens an, der seine internationalen Voraussetzungen im „Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen" hatte.[62]

Ammundsen und die deutschen Gemeinden

Obgleich außerhalb der Diözese Hadersleben stattfindend, war die Besetzung der Stelle des Gemeindepfarrers in Hoyer für Ammundsen Anlass zum Nachdenken über die kirchlichen Verhältnisse in Sachen Dänisch und Deutsch, nachdem der Propst zu Tondern, Erik Christensen (1866–1946) ihn im Dezember 1924 um Rat gefragt hatte.[63] Ammundsen betrachtete es als Glücksfall für die Dänen, dass „das religiöse und das nationale Interesse im Großen und Ganzen deckungsgleich sind. Es ist im Einklang mit Gottes Ordnung, dass Menschen dänischer Abstammung und überwiegend dänischen Sprachgebrauchs auch dem dänischen Kirchenleben zugeführt werden." Aber es müsse hier langfristig gearbeitet werden, und zwar umso mehr, als die Kirche in Südschleswig und Holstein, an die man sich sonst hatte anlehnen können

[59] Kirchen- und Schulblatt 1918, 103. 1915 erschien durch Braren: Der Krieg und das Evangelium Jesu (Bergas, Schleswig).

[60] Kirchen- und Schulblatt 1919, 25.

[61] Siehe Weitling: Deutsches Kirchenleben (Anm. 10), 29.

[62] Siehe Jessen: Biskop i grænselandet (Anm. 1), 338, über die Zeitschrift Die Eiche und die Bewegung Life and Work, in denen sowohl Kaftan als auch Ammundsen sich zu Wort meldeten.

[63] RAÅ, Erik Christensens privatarkiv, Brief von Ammundsen.

„von geistiger Schwäche" sei. Ein überhasteter Sieg nach außen hin, der ja eigentlich auf der Hand liegen würde, könne auch stets den Keim der Niederlage in sich bergen. Dies habe man an der dänischen Verwaltung in den 1850er-Jahren sehen können: Man habe das Richtige gewollt, das Volk dazu bringen, sich seine dänische Sprache und Wesensart anzueignen, jedoch meistens das Gegenteil erreicht.[64] Soweit möglich, schrieb Ammundsen, muss man der Spaltung der Bevölkerung im kirchlichen Bereich in Dänen und Deutsche entgegenwirken. Je mehr Verbindungen es gibt, desto unumkehrbarer wird der dänische Einfluss sein. Aber in der Bildung der Freikirchen haben die Deutschgesinnten leider ein Mittel zur Isolation gefunden, zumal die Gemeinden in der schleswig-holsteinischen Landeskirche aufgegangen sind und sich als echte Fortführung der Kirche vor 1920 darstellen können. Außerdem verstehen es die Deutschen bekanntlich sehr gut, die Gesetzgebung zu ihrem wirtschaftlichen Vorteil zu nutzen. Ammundsen teilte mit, dass die deutsche Synode 40.000 Mark für die Arbeit zur Verfügung gestellt und jede Gemeinde aufgefordert habe, mindestens zwanzig Mark zu spenden. Ammundsen hatte den Eindruck, dass die Deutschen darauf abzielten, eine kirchliche Organisation außerhalb der allgemeinkirchlichen Ordnung mit Beziehungen nach Süden aufzubauen.

Erik Christensen hielt in seiner örtlichen Verwaltung daran fest, dass die deutschsprachigen Gemeindepfarrer, die gemäß der Vereinbarung mit der allgemeinen Volkskirche gelegentlich Gottesdienste in den Gemeinden für die Minderheit abhielten, als Hilfspastoren ohne pfarramtliche Zuständigkeit zu betrachten seien. Dies steht im Gegensatz zur 1935 getroffenen Regelung im Sinne des sogenannten dänischen „Grenzpfarrers", der in mehreren Kirchengemeinden als Hausgeistlicher, das heißt mit Verpflichtungen, eingesetzt wurde. Christensen räumte denn auch diplomatisch ein, dass er „mit dieser Lösung nie wirklich glücklich" gewesen sei.[65]

Das Protokoll der deutschen „Gemeindetagung" gab zusammen mit mehreren anderen offenen Fragen Anlass zu einer Sitzung am 14. Dezember 1926 in Sonderburg zwischen Ammundsen und dem schleswigschen Bischof Eduard Völkel (1878–1957)[66], letzterer in Begleitung des deutschen Pfarrers in

[64] Bekanntlich bezieht sich Ammundsen hier unter anderem auf die Politik der Härte nach dem Idstedt-Sieg, durch die an die hundert Pfarrer und Lehrer ihre Kündigung erhielten, unter ihnen der Vater Kaftans in Loit und der spätere schleswigsche Bischof Bertel Godt.

[65] Christensen: Fra min Virksomhed (Anm. 19), 106.

[66] Bischof zu Schleswig 1925–33.

Sonderburg Carl Marius Jørgensen (1883–1955)[67] und Pastor Gottfried Horstmann (1881–1972), seines Zeichens Leiter der deutschen Freigemeinden. Im Archiv Erik Christensens findet sich eine Abschrift der persönlichen Aufzeichnungen Ammundsens und der Reaktion nach dem Treffen.

Der Bischof war der Ansicht, Jørgensen unterstelle den reichsdänischen Pfarrern eine versteckte Tagesordnung, gemäß derer ihre Aufgabe eine „Umerziehung" der Deutschen in nationaler Hinsicht sei – wodurch indessen die Vertrauensbasis abhandenkomme und das Seelsorgerische unmöglich gemacht werde. Das Ziel müssten nach Ansicht Jørgensens „heilsgewisse Christen" sein, die sich ihrer Verantwortung bewusst seien; er sprach sich nachdrücklich für eine Entwicklung der deutschen Gemeindearbeit im Sinne der Bibel und des Missionarischen aus. Man erörterte auch das Organisieren der deutschen Gemeinden in den Städten, in welchem Zusammenhang Propst Hans Peter Marcus Bade in Apenrade (1871–1936) im Gegensatz zu seinem Haderslebener Kollegen eine eigenständige Organisation wollte, während die NG die Struktur in den Landgemeinden beibehalte.

Über seinen eigenen Beitrag zu dem Treffen schrieb Ammundsen:

> „Ich habe erklärt, warum ich um diese Unterredung gebeten habe. Ich hatte das Amt gerade deshalb übernommen, weil es sich um ein Grenzland handelt; es war mir ein Bedürfnis, meinen dänischen Landsleuten, aber auch den Deutschen mit dem Evangelium zu dienen; denn ich hatte viel damit zu tun, für die Verständigung zwischen den Kirchen zu arbeiten, einschließlich der Beziehung zu den deutschen Kirchenführern; weshalb es unnatürlich wäre, diese Probleme nicht mit meinem engsten Amtsbruder südlich der Grenze erörtert zu haben. Ich vertrete seit langem die kürzlich von Professor Scheel[68] geäußerte Ansicht, dass Schleswig besonders geeignet sei, um hier zwei Nationalitäten angemessen zusammenzuführen. In meiner Zusammenarbeit mit deutschen Geistlichen gingen wir auf beiden Seiten davon aus, dass zwischen uns ein großer Unterschied hinsichtlich der nationalen und historischen Ansichten besteht; wir diskutierten dies indessen nicht weiter, sondern arbeiteten zusammen in dem, was uns menschlich und christlich gemeinsam ist."

[67] Kompastor (‚Nebenprediger') in Sonderburg 1912, deutscher Gemeindepfarrer 1920–1953.

[68] Otto Scheel (1876–1954), Professor für schleswig-holsteinische Geschichte an der Kieler Universität.

Ammundsen kam des Weiteren auf die Behauptung eines Argwohns gegen dänische Kirchenbehörden und die Auffassung der Freigemeinden zu sprechen, sie könnten der deutschen Bevölkerung dienen „unabhängig von dem Druck einer dänischen Kirchenbehörde". Auch die Frage der Folgsamkeit gegenüber der Obrigkeit wurde besprochen (Römerbrief 13). Jørgensen hatte auf die Loyalität als eine für Christen selbstverständliche Sache verwiesen, während Horstmann das Misstrauen der „unsäglichen Bestimmung" zugeschrieben hatte, dass die Kirchensprache Dänisch sei, was wiederum Völkel dahingehend interpretierte, dass alles, was den Deutschen zugestanden werde, grundsätzlich als Ausnahme zu werten sei.

Hinsichtlich der Anzahl der deutschen Gottesdienste erinnerte Ammundsen an die Auffassung seines Vorgängers Kaftan: Man kann so viele Gottesdienste haben, wie man will, solange nur jemand kommt. Doch nun ging es um den Gottesdienst in der Sprache, die auch die Alltagssprache der meisten Deutschgesinnten war. Bisher seien einige deutsche Gottesdienste von in ihren Ämtern bestätigten Pfarrern von vor 1920 verrichtet worden, aber jetzt müssten die Deutschen ihre jungen Leute ermutigen, sowohl in Kopenhagen als auch in Deutschland Theologie zu studieren. Horstmann merkte an, dass die Arbeit nicht mehr von den Alten von früher erledigt werden könne, in Tingleff gebe es mehr als genug für Schwarz aus Buhrkall.[69] Doch Ammundsen erwiderte, dass an nicht wenigen Orten die Deutschen auch mit den Priestern, die aus dem Norden gekommen waren, durchaus zufrieden seien. Und Horstmann erklärte, er könne eine Vielzahl von Kirchenaustritten provozieren, wenn er wolle, aber er habe sich bisher „zurückgehalten"! Die NG sei nützlich, weil sie einigen half, die sonst nicht bedient worden wären. Ammundsen entgegnete, dass die Einstellung von deutschen Zweitpfarrern auf wackligen Beinen stehe, solange man nicht wisse, ob ein Austritt beabsichtigt sei. Bei dem Treffen verhielt sich Jørgensen so entschieden deutsch, wie man es erwarten konnte, schrieb Ammundsen und erinnerte den Pfarrer von Sonderburg daran, dass seine Einschätzung der reichsdänischen Pfarrer als Nationalisten übertrieben sei. Jørgensen wies indessen deutlich zurück, dass er von den dänischen Kirchenbehörden unter Druck gesetzt werde. Über Horstmann stellte Ammundsen fest, dass er sich zu einem Fanatiker entwickelt zu haben schien.[70]

---

69 Mehrere wiesen auf den sonderbaren Umstand hin, dass der Pfarrer seine Tätigkeit in der Nachbargemeinde auf Deutsch und in derselben Familie gegebenenfalls auf Dänisch verrichtete, etwa bei Bestattungen.

70 Der Bischof hatte hier nicht ganz Unrecht. Bei Horstmann kam es zu einer eher wechselvollen Laufbahn, deren Beschreibung den Rahmen der begrenzten Thematik dieser Abhandlung

Der Tonderaner Propsteikonvent

Bei Antritt seines Amtes in Hoyer 1925 lernte Jürgen Braren eine Kollegengemeinschaft kennen, den sogenannten Tonderaner Propsteikonvent, beschrieben von seinem Urheber Erik Christensen[71] Der Konvent knüpfte an die solide schleswigsche Tradition der Klerikerversammlungen an, insbesondere im Bischofszeitraum Kaftans, und wurde 1920 aufgrund eines offensichtlichen Bedürfnisses wiederbelebt, da die Hälfte der 21 Pfarrer Neuankömmlinge waren. Christensen eröffnete die Versammlung 1922 mit einem Hinweis auf die Worte des Apostels über „die Einheit des Geistes durch das Band des Friedens" (Epheserbrief 4,3). Danach ging es Schlag auf Schlag bis 1934, als der Konvent im Zusammenhang mit der NG-Mobilisierung aufgelöst wurde, aber auch mit der Schaffung des Amtes des „Grenzpfarrers", das der grundtvigianische N. P. Nielsen (1885–1982) ausübte. Das Treffen für 1935 wurde abgesagt, als sich fünf deutsch ausgebildete Pfarrer verabschiedeten, sich aber auch für die gute Zusammenarbeit *bedankten*. Die Anwesenheit lag in der Regel bei hundert Prozent, und nach und nach kamen auch die Ehefrauen der Pfarrer mit hinzu. Mehrere hochqualifizierte Theologen, denen das Grenzland ein besonderes Anliegen war, stellten sich als Dozenten und Prediger für den öffentlichen Gottesdienst anlässlich des zweitägigen Konvents zur Verfügung. Neben den Theologieprofessoren wirkten auch prominente Geistliche wie Olfert Ricard (1872–1929), Dompropst Carl Skovgaard-Petersen (1886–1955) und der Leiter der Diakonissenstiftung L. J. Koch (1875–1969) mit festen familiären Wurzeln im Pfarrhaus von Döstrup mit. Aber auch die eigenen Mitglieder des Konvents brachten sich ein: Peder Simonsen aus Norderlügum mit einem Vortrag über „Jesu Tränen", der dem Vernehmen nach an alte Schleswiger Predigten erinnerte. Am anderen Ende des Spektrums stand der Akademiker Jürgen Braren, der über das Wesen und Wirken der Kirche referierte und in argumentativem Stil betonte, dass „die Kirche einend wirken können soll und muss!"

Dem Konvent zugrunde lag ein starker Wunsch nach Aufrechterhaltung von Elementen der schleswigschen Kirchentradition durch eine enge Bindung zwischen deutsch und dänisch ausgebildeten Pfarrern – und hier tritt klarerweise der Gedanke der Gesamtgemeinde auf den Plan, insbesondere

sprengen würde. Erwähnt werden sollte allerdings, dass P. Neergaard Jessen ihm einen schönen Nachruf gibt in: Dansk præste- og sognehistorie IX:A, Ribe Stift. Kopenhagen 1969, 936.

71 Christensen: Fra min Virksomhed (Anm. 19), 105.

bei Braren.[72] Die geistliche Unterstützung, die ihm in Hoyer zugeteilt wurde, wertete er als hilfsklerikalen Dienst; der Gemeindepfarrer war er! Und als der „Grenzpfarrer" mit seinem eigenständigen Amt hinzukam, war ihm das ganz gewiss nicht recht. Aber in mehrerlei Hinsicht, etwa in Sachen Priestergewand, in der er auf das Tragen des deutschen Talars bestand, stellte er sich quasi selbst ein Bein, obwohl er allgemein Respekt und Wertschätzung genoss.[73] Anderen Pfarrern fiel es schwer, sich von ihrem deutschen Bildungshintergrund zu lösen, und in der gesamten Region, den Propsteien Tondern und Apenrade, war viel klerikale Diplomatie gefragt. Die Schwierigkeiten schienen dort am größten, wo die schleswigsche „Zweiströmigkeit" nicht aufrechterhalten werden konnte, sondern eine klare nationale Entscheidung gefordert wurde. Der Nationalsozialismus und die Besatzung Dänemarks durch die Wehrmacht ab 1940 wurden zu einer in dieser Hinsicht extremen Provokation, die die Schleswiger in einem Vakuum und die sich kirchlich und theologisch Bekennenden ganz bis 1945 in einer Position der Niederlage zurückließ.

Ammundsen beschrieb die Lage 1927 in seiner Notiz nach dem Treffen mit Völkel, wie in den ersten Jahren nach seiner Ankunft „auf kirchlichem Gebiet völlige Ruhe in der Diözese" geherrscht habe. „Aber in den letzten Jahren wird die Agitation mit Heftigkeit und unbegrenzten Mitteln von Süden her vorangetrieben." Der deutsche Pfarrer in Hadersleben, Propst Christian Jensen Petersen (1861–1941), habe zwar seinen Bischof sicherlich damit getröstet, dass seine „Friedensarbeit" in Hadersleben erfolgreich war. Vielleicht auch in Sonderburg, so Ammundsen, obwohl Pastor Jørgensen „schon etwas ausgeprägter" sei als Propst Petersen – was auch immer er damit genau gemeint haben mochte. Der Bischof wusste jedoch, dass er Jørgensen „mit ins Boot" holen musste, wenn neue Regelungen ausgehandelt werden sollten.[74] Im zu einem Unruheherd gewordenen Wilstrup, heißt es: Hätte doch nur unser Gemeindepfarrer Deutsch sprechen können, so hätten wir nie nach etwas anderem verlangt.

---

72 Ebd. 98f.

73 Dansk Præste- og sognehistorie IX:B (Anm. 19), 1213. In Aastrup trug Braren aus Rücksicht auf die dänische Mehrheit in der Gemeinde ein dänisches Klerikergewand und in Hoyer mit entsprechender Begründung ein deutsches.

74 Die bischöfliche Notiz enthält zahlreiche weitere interessante Anmerkungen. Am besten laufe es, wo ältere Pfarrer noch aus deutscher Zeit tätig seien, z. B. Bruhn in Bjolderup. In Loit war das Amt des Vizepfarrers wieder eingeführt worden, und der Nordschleswiger H. J. Hansen war teils für die Dänen tätig, teils betreute er die Deutschen. Hier kam Horstmann daher und fand für seine Predigten weitaus mehr Anhänger als Hansen, dem es vielleicht an Gewicht mangelte, um diese Stelle bestreiten zu können.

Zusammenfassend schrieb Ammundsen:

> „Es zeichnet sich ein gemischtes Bild, und im kirchlichen Bereich muss man zu dem Schluss kommen, dass 1920 die nationalen Schwierigkeiten unterschätzt wurden, was nicht nur an der dänischen Verwaltung liegt, sondern in Gänze auch ein Fehler der nordschleswigschen Berater (gewesen) ist. Alles, was man sah, war der Wille des Volkes nach einem Anschluss an Dänemark. Für viele war es aber vielleicht eher ein: Weg von dem von Krieg und Niederlage gebeutelten Deutschland! *Es wurde nicht verstanden, wie sehr die Kontinuität der historischen Entwicklung berücksichtigt werden* muss und dass langfristig und mit größter Geduld gearbeitet werden muss. Ein Faktor wird wahrscheinlich auch die Frage sein, ob sich das dänische kirchengemeindliche Leben so entwickelt, dass kirchlich gesinnte Deutsche es als Verlust empfinden werden, jede Verbindung mit ihm abzubrechen ..."

Einige würden es vorziehen, dass den Deutschen überlassen werde, überall Freikirchen zu bilden. Aber damit würde man von der „Hauptlinie von 1920" abrücken, so Ammundsen:

> „Die freikirchliche Bewegung könnte sich vielleicht als nützlich erweisen, indem sie Menschen erreicht, die zunächst nur aus nationalen Gründen kommen, später aber womöglich christlich beeinflusst werden. Aber sie reißt die Bevölkerung auseinander, so dass etliche, die sonst den dänischen Gottesdienst besuchten, dies nicht mehr tun werden. Sie hat einen stark politischen Zuschnitt und kaum eine religiöse Kraft, mit Ausnahme von Horstmann ... Unsere Aufgabe wird es daher sein, die Hauptlinie von 1920 zu wahren, aber Fehler in den Details zu korrigieren."

Wir schließen diesen Diskurs ohne wirkliches Endergebnis – und stellen lediglich fest, dass ganz offensichtlich eine neue Zeit mit viel Unsicherheit und großen Umbrüchen vor den Menschen lag. Die Kirche des Grenzlandes stand allem Eindruck nach für eine neue Zeit nicht besser gerüstet da als vorher. Die Eingliederung in die dänische Volkskirche ließ viele Fragen offen – Erweckung und Kirchenordnung, tragende Säulen für das Überleben der Kirche vor 1920, schienen nicht mehr zu existieren. Die Zeit Kaftans und Ammundsens war vorbei – was nun, was tun?

Die Zeit war nicht reif für weitreichende Schlussfolgerungen. Am vielversprechendsten erschien da immer noch der Gedanke der *Kontinuität*. Die Frage nach Integration im dänischen Kirchenleben lässt sich nur schwer beantworten, obwohl sie von Norden her ein klarer Wunsch war. Südlich der Königsau war das Verhalten eher besonnen bis bedächtig; man hielt weitgehend an den im Schleswigschen eigenständig verwurzelten Traditionen und kirchlichen Gepflogenheiten fest. Entsprechend kommt dies in der kirchengeschichtlichen Arbeit zum Ausdruck. Etwa beim Grundtvigianer Propst Jens Holdt, einem Weltkriegsveteran, der eine Dissertation über die Brüdergemeinde verfasste, und N. J. Holm – und seitens der älteren Semester mehrere Biografien über die Missionsleute Hans Tonnesen, Nicolaj Nielsen und Carsten Petersen. Und der Pfarrer Hans Hejselbjerg Paulsen aus Osterlügum schrieb mehrere kirchengeschichtliche Abhandlungen und brachte zudem den Sammelband *Den nordslesvigske Kirke* (1949) heraus – auf der Grundannahme fußend, dass diese Kirche zwar dänisch sei und bleibe, jedoch über eine denkbar lange Zeit aus vielerlei Gründen eine eigene Tradition hervorgebracht habe, mit H. A. Brorson als dem am stärksten herausragenden Beispiel.

Aus den obigen Ausführungen lässt sich ableiten, dass das Interesse sich vorwiegend auf das in den Jahrzehnten vor 1920 geschaffene Fundament konzentrieren sollte – mit Theodor Kaftan als der zentralen Figur. Ein Bischof von skandinavischer und europäischer Reputation im Bereich des Lutherischen, ein produktiver und fleißiger Bischof in der Diözese Schleswig, der über Generationen hinweg Pfarrer und Kirchengemeinden in einer Weise prägte, die noch heute erkennbare Spuren hinterlassen hat – wenn auch die Zeit mittlerweile eine gänzlich andere ist.

Det tyske mindretal

Grænserevisionskrav og integration – to modsatrettede bestræbelser?

Henrik Becker-Christensen

I denne artikel bliver der gjort nærmere rede for det tyske mindretals grænserevisionskrav og forsøgene på at modvirke såvel mindretallets som Nordslesvigs integration i det danske samfund. Tiden frem til 1933 var præget af interne diskussioner om formuleringen af grænserevisionskravet, uklare offentlige tilkendegivelser om mål og midler samt flere praktiske forsøg på at hæmme Nordslesvigs integration i Danmark. Efter Hitlers magtovertagelse i Tyskland satsede man utilsløret på en ren magtpolitik. Samtidig tilstræbte mindretalsledelsen at bevare tyskheden så stærk som muligt i organisatorisk henseende. Det var ud fra tanken om, at der var tale om et „midlertidigt ophold" i herbergstaten. For at bremse integrationen søgte man at udnytte de muligheder, som lovgivningen gav for at forvalte sig selv. Fra slutningen af 1930-erne og under besættelsen blev der på flere områder tale om en autonom stilling. I alle årene var der også på andre af livets områder tale om et parallelsamfund i Nordslesvig. Det gjaldt den enkeltes valg af forretning ved daglige indkøb, valg af håndværkere m.m. ud fra et nationalt synspunkt.

Udgangspunktet[1]

Den 9. juli 1920 underskrev Christian X. (1870–1947) loven om indlemmelsen af Nordslesvig i Danmark. Samme dag underskrev han også et „kongeligt budskab" til den nordslesvigske befolkning, hvor den fik tilsagn om hans beskyttelse. Samtidig udtrykte han forventning om, at „alle" landsdelens beboere til gengæld ville anerkende ham som deres rette konge og „med troskab efterleve rigets grundlov og de love og anordninger, som nu eller senere måtte udgå til dem".[2] Selv om det tyske mindretal ikke var eksplicit nævnt, lå der nok i brugen af ordet „alle" en særlig hentydning hertil.

Efter at kongen havde overskredet den gamle Kongeågrænse nord for Christiansfeld og deltaget i den store genforeningsfest på Dybbøl Banke, besøgte han den 12. juli Tønder. Alt forløb roligt og værdigt, men i *Neue Tondernsche Zeitung* gjorde pastor Johannes Schmidt (1869–1959) samme dag kongen opmærksom på de nationale forhold. Schmidt anfægtede ikke, at den tysksindede befolkning loyalt ville efterleve den nye herbergstats love, men han understregede, at denne loyalitet ikke var det samme som en tysk anerkendelse af grænsen. Han tilkendegav utvetydigt, at den tysksindede befolkning håbede på den dag, hvor den kunne træffe en ny afgørelse om det statsretslige tilhørsforhold „fri for en bloc afstemningens tvang, fri for fredstraktatens tvang".[3] Med disse ord var bolden givet op til en ny runde i det dansk-tyske livtag om landsdelens statsretslige tilhørsforhold.

Mens grænsedragningen i 1920 i Danmark blev opfattet som en retfærdig handling, hvor princippet om folkenes selvbestemmelse endelig var blevet knæsat, blev den af modparten i det nationale opgør opfattet som en voldsfred. Man kunne i tysksindede kredse opregne en lang række anklagepunkter. Værst var dog en bloc afgørelsen i 1. zone, der blev betegnet som et overgreb mod den tysksindede befolkning. Her var det især Tønders og Højers inddragelse i en bloc afgørelsen med henholdsvis 77 procent og 73 procent tyske stemmer, der var en torn i øjet. I stedet blev det krævet, at grænsen skulle være draget på grundlag af en kommunevis afstemning.

1 Hvor ikke andet er nævnt bygger dette afsnit på Henrik Becker-Christensen: Det tyske mindretal i Nordslesvig 1920–1932. Aabenraa 1990, I, 20–23 og II, 16–20.

2 Quellen zur Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion/Kilder til den dansk-tyske grænseregions historie, IV: Der nationale Gegensatz/De nationale modsætninger 1914–1933. Aabenraa/Flensburg 2001, 238–240.

3 *Neue Tondernsche Zeitung* 12.7.1920. Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, II. Kiel 1980, 192–193.

Det var dog ikke kun måden grænsen blev flyttet på, man var utilfreds med, men for mange tysksindedes vedkommende det forhold, at den overhovedet blev flyttet. Det kom tydeligt til udtryk i talrige resolutioner og kundgørelser i årene 1918–1920. De svingede mellem protester mod enhver form for afståelse og ønsker om benyttelse af selvbestemmelsesretten på en sådan måde, at grænsen enten alligevel ikke ville blive flyttet eller i hvert fald mindst muligt.

Lige som Flensborgbevægelsen og Dannevirkebevægelsen betragtede området syd for 1. zone som en uadskillelig del af Danmark, var den gamle slesvig-holstenske læresætning „up ewig ungedeelt" dybt rodfæstet i den tyske bevidsthed. For mange tysksindede var Kongeåen den historisk betingede grænse mellem Danmark og Tyskland og det gamle hertugdømme Slesvig hermed et tysk land. Selv om der i den nordlige del fandtes en dansksindet befolkning, hørte det hjemme i det tyske rige. Selv fortalere for en lempeligere politik over for de dansksindede havde ikke været i tvivl om, at statsgrænsen skulle ligge ved Kongeåen – og at den skulle blive der. Hertil kom en indgroet bevidsthed om det tyske kejserriges stormagtsstilling. Det var svært at indse, at en stat, der i 1910 havde haft 65 millioner indbyggere, skulle gøre knæfald over for et lille land som Danmark og afstå en del af sit nordlige hjørne. Det var disse holdninger, som det i nederlagets stund ikke var menneskeligt muligt at revidere over en kam.

Afgørende for det tyske mindretals grænserevisionskrav var det imidlertid, at den tyske regering i 1919 var blevet tvunget til at underskrive Versaillestraktaten, og at rigsregeringen senere udtrykkeligt ikke anerkendte den dansk-tyske grænse. Det kom blandt andet til udtryk, da de to lande i 1922 drøftede indgåelsen af en voldgiftstraktat, hvor Tyskland ikke ville indfri et dansk ønske om en gensidig agtelse af den territoriale integritet. Traktaten blev følgelig ikke til noget i den omgang.[4]

Hertil kom, at en opgivelse af grænserevisionskravet i 1920 med Johannes Schmidts ord havde været det samme som, at det tyske mindretal havde opgivet sig selv.[5] Set ud fra en nutidig betragtning, kan der være grund til at sætte spørgsmålstegn ved rigtigheden heraf. At det blev følt sådan i datiden, er der imidlertid ingen tvivl om. Det samme havde i årene mellem 1864–1920 også gjort sig gældende for den dansksindede befolkning, hvor løftet om en

---

4 Becker-Christensen: Tyske mindretal (note 1), II, 30–31.

5 Sst., 20.

folkeafstemning i Pragfredens § 5 havde haft en stor moralsk betydning, og håbet om en genforening med Danmark havde været med til at holde sammen på mindretallet i det tyske kejserrige. På det punkt var der ingen forskel på tiden før og efter 1920.

Grænserevisionskravet

I tiden fra 1918 til 1920 havde der i Nordslesvig ikke været enighed i den tyske lejr om holdningen til grænsespørgsmålet. Det var blandt andet kommet til udtryk i „Det tyske udvalg for hertugdømmet Slesvig", der var centrum for den regionale modstand. Udvalget var delt i en „forhandlingsfløj" og en „protestfløj". Forhandlingsfløjen erkendte, at en afståelse af Nordslesvig var uundgåelig, men den søgte at begrænse tabet til de overvejende dansksindede områder. Denne gruppe havde sin basis på Tønderegnen og var blandt andet repræsenteret af Johannes Schmidt, der tidligere havde været præst i Vodder. Protestfløjen var særlig stærkt repræsenteret på Haderslevegnen, hvor man i tysksindede kredse ikke ventede sig noget godt af en folkeafstemning. Protestfløjen modsatte sig derfor enhver afståelse af slesvigsk jord. Det prægede i foråret 1920 også opfattelsen af den tyske rigsregerings forslag om, at den sydligste del af 1. zone med den såkaldte Tiedje-linje skulle tilfalde Tyskland.[6] De forskellige holdninger til grænsespørgsmålet fik i august 1920 indflydelse på formuleringen af Schleswigscher Wählervereins program. De to første paragraffer fik følgende ordlyd: „Den slesvigske Vælgerforening kræver, at den selvbestemmelsesret, der er lovet det tyske folk, også bliver gennemført fuldt ud og retfærdigt ved grænseskellet mellem Danmark og Tyskland. Den anerkender ikke, at dette er sket ved fastlæggelsen af Danmarks sydgrænse, og forlanger derfor en ændring."[7]

Det var den mindste fællesnævner, som de tysksindede kunne enes om. Hvordan det skulle foregå, og hvor stor en del af Nordslesvig det skulle omfatte, var der forskellige meninger om. For at holde sammen på de forskellige fløje, var det nødvendigt, at man ikke lagde sig fast på konkrete mål. Med den valgte fremgangsmåde forsøgte Wählerverein at udskyde det kildne spørgsmål om, hvor en fremtidig grænse mellem Danmark og Tyskland skulle ligge til en uvis

6 Troels Fink: Da Sønderjylland blev delt 1918–1920, I-III. Aabenraa 1978–79, passim.

7 Quellen/Kilder (note 2), IV, 367.

fremtid. Udskiftningen af ordet „Revision" i 1926 med ordene „neue Entscheidung" i Wählervereins program betød ikke nogen ændring på dette punkt.[8]

Selv om flertallet inden for Wählerverein fulgte Johannes Schmidts linje, var han ikke altid i stand til at lægge låg på gryden. I de følgende år var de såkaldte „Kongeåfolk" i Haderslev med til at præge de teoretiske diskussioner om grænserevisionskravet og bidrog fra tid til anden til interne spændinger.[9] Mens der som tiden gik skete en tilnærmelse m.h.t. opfattelsen af midlet til en grænserevision, forblev der i taktisk henseende en afgørende forskel mellem Johannes Schmidt og Kongeåfolkene. Mens de sidstnævnte ville kundgøre for alverden, at det var Kongeåen, der var målet for grænserevisionen, ønskede Schmidt ikke på forhånd at angive nogen bestemt grænselinje.

Udadtil levede Wählerverein i sine officielle udtalelser op til 1920-programmets parole om ikke at være mere konkret. Ved folketingsvalget i 1924 blev vælgerne gjort bekendt med, at Wählerverein ville bekæmpe Versaillestraktaten og vente på en ny afgørelse. Hvordan den skulle gribes an, forlød der ikke noget om. Ved folketingsvalget i 1926 var parolen kort og godt: „Vi vil en ny afgørelse. Væk med Versailles". Ved folketingsvalget i 1929 blev grænserevisionskravet kogt ned til: „Væk med Versailles" og en henvisning til de gamle paroler. Ved folketingsvalget i 1932 gled dette krav derimod helt ud af Wählervereins valgopråb. Det var da et krav om Nordslesvigs tilslutning til det tyske marked, der havde fået førsteprioritet.

I juli 1920 havde Johannes Schmidt betegnet selvbestemmelsesretten som et „trylleord", der havde grebet de forskellige landes befolkninger. Det var dette „trylleord", der en måned senere blev nævnt i Wählervereins program som midlet til en „revision" af grænsen. Det beroede på den tanke, at en ny folkeafstemning var den eneste mulighed for det tyske mindretal for at kræve en genforening med Tyskland uden at komme i konflikt med den danske stat. Hertil kom, at mindretallet i 1920-erne var i overensstemmelse med den officielle holdning i Weimarrepublikken, hvis modstand mod Versaillestraktaten på dette punkt var baseret på en mere retfærdig gennemførelse af selvbestemmelsesretten.[10]

Tanken om selvbestemmelsesretten som en løftestang for en kommende grænseændring i tysk favør var baseret på en antagelse af de svingninger i bekendelsen til danskheden og tyskheden, som havde fundet sted i de foregående årtier. Det gjaldt også det stemningsskred, der tilsyneladende var

8 Becker-Christensen: Tyske mindretal (note 1), II, 58–60.

9 Sst., 73–89, 114–137.

10 Sst., 65–66.

sket mellem rigsdagsvalget i 1912 og folkeafstemningen i 1920 til fordel for danskheden. Det tyske mindretal kunne håbe på, at pendulet under ændrede konjunkturer også kunne svinge den modsatte vej. At der var reserver at trække på, fik mindretallet i hvert fald indtryk af ved folketingsvalget i september 1920, hvor andelen af passive vælgere i Nordslesvig havde været rekordhøj og nærmet sig 31 procent.

Valget havde imidlertid også været en skuffelse for det tyske mindretal. Wählerverein, der var opstillet under navnet Slesvigsk Parti, havde kun fået 7.505 stemmer svarende til 14,4 procent af de afgivne stemmer, men det rakte til, at Johannes Schmidt blev medlem af Folketinget. Her kom han til at repræsentere mindretallet frem til 1939. Ved folketingsvalget i 1924 var stemmetallet næsten uændret, men steg i 1926 til omkring 10.400. Ved de to følgende valg i 1929 og 1932 var det lidt under 10.000. Stemmeandelen svingede i de nævnte år mellem 13,3 procent og 15,6 procent.[11] Det gav ikke næring til håbet om en kommende grænseændring med stemmesedlen i hånd.

Det var på den baggrund, at Johannes Schmidt i anden halvdel af 1920-erne opgav tanken om selvbestemmelsesretten som et middel til en kommende grænseændring. I stedet skulle Danmark, som han betroede en snæver kreds, afstå Nordslesvig til Tyskland mod tilbud om beskyttelse og økonomiske kompensationer. Dette kandestøberi byggede i sidste ende på, at Tyskland igen udenrigspolitisk og militært var blevet en central spiller, der kunne bruge sin magt til at overbevise en dansk regering, om det fornuftige heri.[12] Det var et udslag af disse overvejelser, der blev luftet ved landdagsvalget i 1928, hvor det blev tilkendegivet, at en grænseændring skulle ske ved direkte forhandling mellem Tyskland og Danmark „under medvirken" af den nordslesvigske befolkning. Her var folkeafstemningstanken på vej ud.

Bestræbelser på at hæmme mindretallets integration – den organisatoriske opbygning

Da H. P. Hanssen (1862–1936) og hans meningsfæller i juli 1920 udsendte et program for partiet „den sønderjyske gruppe" indeholdt det også en hensigtserklæring om forholdet til den tysksindede befolkning. Det blev her blandt an-

11 Quellen/Kilder (note 2), IV, 252–253.

12 Becker-Christensen: Tyske mindretal (note 1), II, 269–281.

det tilkendegivet, at man ville sikre det tyske mindretal retten til at bruge eget modersmål i skole, kirke og retssal og støtte alle de tysksindede medborgeres overgang til „at blive gode, loyale danske statsborgere, fremme deres udsoning med den nye grænse og deres senere inderlige tilslutning til Danmark".

Planen om at danne en „sønderjysk gruppe" blev ikke til noget, men den her nævnte tilkendegivelse var essensen af den danske mindretalspolitik. Det havde i sommeren 1920 udmøntet sig i love, der søgte at imødekomme den tysksindede befolknings særlige sproglige behov inden for skolen, kirken, administrationen m.m. Hertil kom den ydre ramme med grundlovens frihedsparagraffer og anden lovgivning. Udgangspunktet var det enkelte individ og ikke mindretallet som helhed. Ingen af de politiske partier ønskede at give mindretallet en juridisk status som en samlet gruppe med egne beføjelser. Fra dansk side ville man således undgå, at mindretallet blev en stat i staten i den genvundne landsdel.[13]

Det tilfredsstillede ikke det tyske mindretal. Udgangspunktet her var en betænkning, som Det tyske Udvalgs kulturkommission i september 1919 havde fremsendt til den danske og den tyske regering, hvor der blev stillet krav om, at den tysksindede befolkning i de afståede områder skulle have status som en offentlig juridisk person. Det kommende tyske mindretal skulle have ret til at påligne sine medlemmer skat og til selv at disponere over de indkomne beløb. I politisk henseende skulle mindretallets interesser varetages af et særligt „folkeråd". En repræsentant herfra skulle have sæde i den danske regering og repræsentere mindretallet over for den danske rigsdag. Mindretallets kirkelige anliggender skulle ledes af et særligt synodeudvalg, der kunne nedlægge veto mod enhver anordning, som blev udstedt af den danske kirkeminister. Tilsvarende skulle mindretallet have ret til at oprette egne skoler under egen ledelse. I tilfælde af strid mellem mindretallet og den danske stat skulle der dannes en særlig voldgiftskommission bestående af to repræsentanter fra henholdsvis det danske og det tyske mindretal, en repræsentant fra hver af de pågældende regeringer og en opmand fra en skandinavisk stat.[14]

Med dette udspil var der lagt op til, at det tyske mindretal skulle have en autonom stilling i det danske samfund og hermed blive en stat i staten. Med vedtagelsen af Schleswiger Wählervereins program den 15. august 1920 blev det kogt ned til et krav om, at de tysksindede skulle forvalte sig selv inden

13 Henrik Becker-Christensen: Dansk Mindretalspolitik i Nordslesvig. Udformningen af den danske politik over for det tyske mindretal 1918–20. Aabenraa 1984, 181–188, 233–235.

14 Sst., 57–61.

for kirken-, skolen- og alle folkelige anliggender. I de følgende år gentog Johannes Schmidt kravet om kulturel autonomi, men nu ikke kun for det tyske mindretal, men også for det danske mindretal syd for grænsen. Tankegangen var her, som han betroede en snæver kreds, at de dansksindede i Nordslesvig skulle blive mildere stemt over for en grænserevision, hvis der først var indført en liberal tysk mindretalsordning i Sydslesvig.[15] Det skete som bekendt ikke. Realiteten var således, at det tyske mindretal bortset fra et dansk tilbud om tysksprogede kommuneskoler og et begrænset antal tyske gudstjenester var overladt til selv at skabe sine egne organisationer.

Da ønsket om en grænserevision var utænkelig uden et aktivt medspil fra et Tyskland, der havde genvundet tidligere styrke, måtte de efterladte tysksindede i Nordslesvig belave sig på at overvintre i det danske samfund indtil bedre tider. Hvis man ikke foretog sig noget, ville tyskheden smuldre – blive integreret. Det gjaldt derfor om at ruste den i organisatorisk henseende, så den bevarede og udbyggede sin styrke til den dag, hvor grænserevisionskravet var inden for rækkevidde.

Det var med henblik herpå, at *Nordschleswigsche Zeitung* i 1932 skrev, at „den dag, som vi alle venter på, vil komme, det er vi klippefast overbevist om; hvornår den vil komme, det ved vi ikke. Det har vi ingen indflydelse på. Men vi kan gøre ét: ruste os til dagen, idet vi utrætteligt arbejder for vor tyskhed, sejt forsvarer hver fodsbred tysk jord, plejer vor tyske kultur og mere og mere udbygger vort nationale liv."[16] Midlet hertil var egne skoler, gudstjenester, biblioteker, ungdomsforeninger og lignende. Organiseringen skulle således tjene til at hindre en udsivning af de tysksindede. Forudsætningen herfor var, at man på så mange af livets områder som muligt kunne skabe et tysk alternativ til det danske samfund og herved i praksis skabe et samfund i samfundet.

Det var en ny situation for de efterladte, at de skulle stå på egne ben. Hidtil havde de været vandt til, at det var repræsentanter fra de tyske partier og embedsmandsapparatet, der havde udgjort det ledende lag. Det var også dem, der fra efteråret 1918 havde organiseret modstanden mod grænseændringen, men ved indsættelsen af Den internationale Kommission i januar 1920, var der tyndet ud i rækkerne. I første omgang gjaldt det de overordnede embedsmænd, men resten fulgte hurtigt efter.

Resultatet var, som redaktøren af *Neue Tondernsche Zeitung*, Jacob Bödewadt (1883–1946), skrev i november 1920, at der opstod et hul i rækkerne

---

15 Becker-Christensen: Tyske mindretal (note 1), II, 90–98.

16 *Nordschleswigsche Zeitung* 9.2.1932. Grænsevagten 1932, 102.

så tyskheden „savnede nu pludselig mange steder den synlige ledelse". Han beklagede samtidig, at folketingsvalget i september 1920 havde vist, at mange tysksindede socialdemokrater havde vendt mindretallet ryggen i politisk henseende og stemt på det danske socialdemokrati. Konklusionen var ifølge Bödewadt, at: „Foreløbig kan vi kun regne med, at den tyske borger- og bondestand helhjertet hører til os."[17] Det var denne gruppe, der udgjorde kernen i mindretallet. Det var også klart kommet til udtryk ved tilblivelsen af Wählervereins program i august 1920, hvor det i § 5 blev tilkendegivet, at partiet gik ind for „en energisk, sund politik til fordel for middelklassen".[18]

For at kunne overleve som et tysk mindretal i det danske samfund, var det af afgørende betydning, at det fik adgang til skoler med eget undervisningssprog. Det havde ikke været muligt for den dansksindede befolkning i tiden før 1920, men i modsætning hertil kunne det tyske mindretal vælge mellem tysksprogede afdelinger af den offentlige skole (folkeskolen) eller egne privatskoler, der modtog offentlige tilskud. Det var en følge heraf, at der i 1921 var oprettet 23 tysksprogede kommunale skoleafdelinger i Nordslesvig. I 1925 var antallet vokset til 30. Herpå dalede det atter i nogle år, hvor det svingede mellem 28 og 29.[19]

Den her omtalte ordning tilfredsstillede dog ikke det tyske mindretal, hvis ledelse fra første færd satsede på egne privatskoler. Det afgørende var, som det blev formuleret af mindretallets folketingsmand, Johannes Schmidt, ikke den tyske sprogundervisning, men en undervisning der bundede i kærlighed til det tyske folk. Den drivende kraft i disse bestræbelser blev den i 1920 oprettede Deutscher Schulverein für Nordschleswig. I 1923 var der 8 tyske privatskoler, men i de følgende år voksede antallet støt. I 1932 var der 27 privatskoler med 1200 elever.

Bag de nævnte bestræbelser lå ønsket om at sikre grundlaget for en kommende grænserevision. Det var med henblik herpå, at de tyske skoler i Nordslesvig, som det blev udtalt i 1925, skulle medvirke til den tyske kulturs beståen „indtil en skønnere morgen gryr". Den samme tankegang blev benyttet af lederen af den tyske skoleforening, rektor Wilhelm Koopmann (1870–1940), da han i 1927 argumenterede for oprettelsen af en tysk privatskole i Vilsbæk. Den skulle ved en senere grænseændring være med til at sikre tyskheden på

[17] Quellen/Kilder (note 2), IV, 371–374.

[18] Sst., 367.

[19] Den sønderjyske skoleordning er grundlæggende behandlet hos Erik Nørr: Genforeningens bedste gave. Skoleordning og amtsskolekonsulenter i Sønderjylland og Danmark 1920–1963 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 90). Aabenraa 2003. Se også Erik Nørrs bidrag til denne antologi.

nordsiden af Flensborg Fjord i området mellem Gråsten og Bov. Samme år tilkendegav han i en anden sag, at den eneste mulige „Kongeåpolitik" var at oprette tyske skoler helt op til den gamle grænse.

Alle skoler var tænkt som kraftcentre for den tyske virksomhed og var da også mere end nogen anden enkeltforanstaltning med til at stabilisere mindretallet i de egne, hvor det havde stået svagt efter 1920 og give tyskheden nyt fodfæste. I 1932 var der i alt 3.600 elever i de tysksprogede skoler. Det svarede til omkring 14 procent af eleverne i Nordslesvig, men var langt fra det erklærede mål om at opnå en elevandel, der svarede til folkeafstemningsresultatet i 1920.[20]

På det kirkelige område fik den tysksindede befolkning i 1920 en egen præst inden for den danske folkekirke med fælles dansk-tyske menighedsråd i de fire byer Haderslev, Aabenraa, Sønderborg og Tønder. På landet måtte de tysksindede og de dansksindede derimod deles om den samme præst. Utilfredshed med denne ordning bevirkede, at flere tysksindede i 1923 meldte sig ud af folkekirken og grundlagde en frimenighed, der senere fik navnet Nordschleswigsche Gemeinde der evangelisch-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins. Ifølge vedtægterne skulle der ansættes tyske præster i de egne, hvor mindretallet var stærkt repræsenteret. I 1931 betjente fem præster 36 sogne.[21]

I 1920 stod det tyske ungdomsarbejde næsten på bar bund i Nordslesvig, men der blev arbejdet energisk med at oprette og udbygge tyske ungdoms- og sportsforeninger. I 1922 var der 29 tyske ungdomsforbund med mere end 2.000 medlemmer. Der var også nogle få tyske spejderkorps, flere tyske gymnastikforeninger og nogle nyoprettede tyske roklubber.

Ungdomsarbejdet var en vigtig del af mindretallets organiserede fritidsaktiviteter. Hertil kom andre bestræbelser på at sikre de voksne tysksindedes kultur- og fritidsbehov i form af foredrag, teater, kunst og anden underholdning. På dette område var mindretallet godt rustet, da der i forvejen eksisterede en bred vifte af tyske foreninger – særlig i byerne. I de større byer havde mindretallet faste tilholdssteder, der alle gik under navnet Deutsches Haus. På landet var det ofte de tyske privatskoler, der blev benyttet som forsamlingshuse. En gang om året mødtes man under åben himmel på det traditionelle tyske samlingssted Knivsbjerg.[22]

---

20 Becker-Christensen: Tyske Mindretal (note 1), I, 195–220.

21 Sst., I, 221–248.

22 Sst., I, 249–272.

Organisationer og foreninger var et vigtigt bindeled mellem de tysksindede. Det gjaldt også pressen. Efter grænsedragningen i 1920 var der tre tyske aviser i Aabenraa, Sønderborg og Tønder. Fælles for dem var det, at de i 1920-erne ofte fremsatte de tyske krav i skarpest mulig form og søgte at opretholde skellet mellem dansk og tysk. Fælles for dem var det også, at de havde faldende oplagstal og økonomiske problemer. Det bevirkede, at de i 1929 blev slået sammen til én avis med navnet *Nordschleswigsche Zeitung*, der udkom i Aabenraa.[23]

På mange af livets områder kunne den tysksindede befolkning således efter 1920 blive betjent af mindretallets egne institutioner og foreninger. Det gjaldt i praksis også indkøb af dagligdagens fornødenheder, der kunne foretages i forretninger, som i national henseende tilhørte egne landsmænd. Det var også tilfældet med valg af håndværkere, valg af læge m.m. I den danske lejr forholdt det sig tilsvarende. På den måde var der i Nordslesvig tale om et dansk og et tysk parallelsamfund, som først blev afviklet gradvist længe efter 1945. For mindretallets vedkommende var det i den her behandlede periode med til at hæmme den personlige integrationen i det danske samfund ud fra et bevidst valg.

Forsøg på at mindske Nordslesvigs integration i Danmark

I praksis blev der i årene frem til 1933 kun tale om små skridt på grænserevisionens vej. Der blev satset på, at utilfredshed med den økonomiske udvikling i landsdelen skulle slække det danske greb og dermed på sigt bane vejen for en ændring af de statsretslige forhold.

Nordslesvig var i 1920-erne en landbrugsdomineret egn, hvor over 40 procent af befolkningen havde tilknytning til dette erhverv. Valutaomlægning, låntagning, ændringer af produktionsforhold m.m. havde givet landbruget problemer i de første år efter 1920. Da eksportpriserne i midten af 1920-erne faldt drastisk, og den tyske told på slagtekvæg samtidig blev forhøjet, blev den økonomiske modgang skærpet til krise. Det bevirkede, at der i 1926 opstod en protestbevægelse i Nordslesvig, *Bondens Selvstyre*, der i voldsomme vendinger kritiserede den danske stats håndtering af de økonomiske problemer i landsdelen og stillede krav om et vidtgående lokalt selvstyre.

Den nye bevægelse blev et problem for både den danske og den tyske lejr. I den danske lejr ønskede man ro i den genforenede landsdel og opfatte-

---

[23] Sst., I, 273–287.

de enhver bevægelse, der stillede spørgsmålstegn ved det danske styre, som nationalt skadelig. I den tyske lejr frygtede mindretalsledelsen derimod, at Selvstyrebevægelsen med sine mere kontante paroler skulle få et sådant tag i de tysksindede vælgere, at den ville udkonkurrere Slesvigsk Parti ved et kommende folketingsvalg. I efteråret 1926 blev denne frygt så stor, at det tvang Wählerverein til at ændre kurs og gå i offensiven med et nyt tysk valgprogram, der på afgørende punkter mindede om Selvstyrebevægelsens.

Det lykkedes. Mens Selvstyrebevægelsen fik et dårligt valg gik Slesvigsk Parti frem. Folketingsvalget havde således understreget kraften i de nye politiske og økonomiske paroler, der blev gjort til en ledestjerne for det tyske mindretals politik i de følgende år. Målet blev at skabe en ny dansk-tysk protestbevægelse, som helt var kontrolleret af mindretallet. Resultatet af disse overvejelser blev den såkaldte Samlingsbevægelse, som løb af stablen i natten til den 21. april 1928. Rundt om i Nordslesvig blev der opsat plakater med Samlingsbevægelsens program. Her blev der fremsat flere krav, der nok sigtede på at afhjælpe de økonomiske problemer, men samtidig tilstræbte at Nordslesvig skulle få en mere autonom stilling i det danske rige. Det var i relation hertil, at det beroligende blev tilføjet at: „Nordslesvigs statsretslige tilknytning til Danmark berøres ikke ved disse krav".[24]

Iagttagere var ikke i tvivl om, at den nye bevægelse havde udspring i det tyske mindretal. Det var helt korrekt. Det var i tråd hermed, at Johannes Schmidt i et brev til de tyske myndigheder skrev, at aktionen „er foranlediget af mig". Han havde selv lavet udkastet til programmet, fået det godkendt af Wählerverein, skaffet pengene til aktionen fra de tyske myndigheder og leveret udkastet til bevægelsens henvendelse til statsministeren. På trods af dette er navnet „Samlingsbevægelsen" betegnende for det nye skridt, da det var hensigten at samle både danske og tyske om et fælles program. Men vel og mærke et program, der tjente det tyske mindretals interesser.

Aktionen blev en fiasko. Efter en stormomsust debut i april 1928, der blev efterfulgt af mange møder og forgæves henvendelser til regeringen, led Samlingsbevægelsen skibbrud ved landstingvalget den 14. september 1928, hvor den kun fik 1.019 stemmer i Nordslesvig, mens Slesvigsk Parti fik 6.736 stemmer. Hermed var dette forsøg på at sikre det tyske mindretal en bredere basis i den nordslesvigske befolkning løbet ud i sandet.[25]

---

24 Quellen/Kilder (note 1), IV, 434–438.

25 Becker-Christensen: Tyske mindretal (note 1), II, 193–211.

I de samme år var den politiske diskussion i Nordslesvig også præget af den i 1926 nyoprettede Kreditanstalt Vogelgesang i Haderslev, der skulle sikre bevarelsen af jord på tyske hænder. Efter en flyvende start blev kreditgivningen imidlertid fra 1928 stærkt indskrænket, da de tyske myndigheder skruede ned for bevillingerne. Fra dansk side blev kreditanstaltens virke opfattet som en offensiv handling i jordkampen. Der er ingen tvivl om, at det havde en nationalpolitisk betydning, men som udgangspunkt var der tale om en defensiv handling, der skulle stabilisere mindretallet indtil den ønskede „revision" af grænsen var inden for rækkevidde.[26]

Hvad Samlingsbevægelsen af taktiske grunde ikke havde nævnt i sit program, blev åbent udtalt af Wählerverein i 1928. Det var kravet om en økonomisk tilslutning til det tyske marked, som blev fremført af Slesvigsk Parti i valgkampen op til landstingsvalget. At det var et led i et langsigtet ønske om en grænserevision, blev klart tilkendegivet af Johannes Schmidt samme år i oktober. Han udtalte således, at vejen til en grænserevision måtte gøres i etaper, og at en friere økonomisk forbindelse med Tyskland var et skridt på denne vej. I de følgende år blev tanken om, at Nordslesvig skulle tilknyttes det tyske marked nedtonet. Den spillede ikke nogen rolle ved folketingsvalget i 1929. Det var først i slutningen af 1931, at spørgsmålet om økonomisk „Anschluss" til Tyskland blev taget frem igen i et bredere forum. Da var såvel Danmark som Tyskland blevet ramt af verdenskrisen.

Ved folketingsvalget i november 1932 blev denne parole gjort til det centrale krav i Wählervereins agitation. Det skete i en stor kampagne med et krav om, at den tyske toldgrænse blev flyttet op til den gamle Kongeågrænse fra tiden 1864–1920, så det nordslesvigske landbrug i toldmæssig henseende blev en del af det tyske hjemmemarked. At det i sidste ende var en grænserevision, man havde i kikkerten med toldgrænseplanen, fremgik af flere interne indlæg. Det var åbenbart også let gennemskueligt for vælgerne, for Slesvigsk Parti måtte denne gang nøjes med 13,3 procent af stemmerne. Det var det dårligste valgresultat i hele den her behandlede periode og understregede, at der var langt igen, før den nordslesvigske befolkning gik ind for en økonomisk tilslutning til Tyskland.[27]

---

[26] Sst., II, 138–179.

[27] Sst., II, 282–297.

„Heim ins Reich"?

Med Hitlers magtovertagelse i Tyskland den 30. januar 1933 indtrådte der en ny fase i grænsekampen. Det var de slesvig-holstenske nazister, der gav bolden op hertil. I februar betegnede pastor Johann Peperkorn (1890–1967), der var NSDAP's grænsepolitiske talsmand, afståelsen af Nordslesvig som en „bitter uret". Han appellerede til det tyske mindretal om at medvirke til, at der igen opstod et Stortyskland i Europas hjerte. Den 24. marts skruede den nye formand for Schleswig-Holsteiner Bund, Eckernfördes borgmester Wilhelm Sievers (1896–1966), op for blusset ved i en tale at tilkendegive: „Vi vil have Nordslesvig tilbage!" Fremstødet blev fulgt op ved et nyt møde den 5. april i Eckernförde under mottoet „Nordslesvig skal atter blive tysk".[28]

De nævnte udsagn førte til kraftige reaktioner i Danmark og vakte opmærksomhed i udlandet. Fra Berlin kom et pålæg om at dæmpe retorikken. Begivenhederne er i eftertiden kendt under betegnelsen „Ostersturm", på dansk „Påskeblæsten". Det satte skub i danske kredse og pustede nyt liv i grænsekampen. Men hovedadressaten for de slesvig-holstenske tilkendegivelser var i første række uden tvivl det tyske mindretal i Nordslesvig.

Det var heller ikke uden virkning. I begyndelsen af april 1933 kunne den danske lærer Alfred Torp (1896–1933) berette, at det i Tønder gik som en stille hvisken blandt de tysksindede, at de snart ville blive tyske igen.[29] Samtidig klagede folketingsmand J.P. Nielsen (1873–1952) over, at de tysksindede i Sønderborg var blevet fuldstændig „opfanatiserede".[30] I marts var der afholdt en „tysk aften" i Tønder. Den stod helt i nazismens tegn. 27 skrev under på, at de var rede til at kæmpe for det nye Tyskland. På et nyt møde den 1. april i Saksborg tilkendegav 65 personer, at de tilsluttede sig dannelsen af et „arbejdsfællesskab". Den 15. april blev de nazistiske arbejdsgrupper i Nordslesvig bedt om at tilslutte sig „centralen" i Aabenraa. Bag dette skridt stod Jens Lorenzen, der kaldte til samling om Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft Nordschleswig (NSAN). I praksis fungerede han som de slesvig-holstenske nazisters forlængede arm. Det kom blandt andet til udtryk, da der i sommeren 1933

---

28 Quellen zur Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion/Kilder til den dansk-tyske grænseregions historie; II: Ostersturm/Påskeblæsen 1933. Flensburg 1983, 28–49, 70–77.

29 Henrik Becker-Christensen: Byen ved grænsen. Tønder 1920–1970. Aabenraa 1993, 54.

30 Henrik Becker-Christensen: „Nordschleswig Erwache!" Det tyske mindretal og nazismen i 1933. I: Sønderjyske Årbøger 1998, 169–170.

blev oprettet et „lille førerråd" bestående af Jens Lorenzen, Johannes Schmidt, Gauleiter Hinrich Lohse (1896–1964) og Wilhelm Sievers.[31]

Imens var nazificeringen af mindretallet i fuld gang. NSAN's medlemstal voksede stødt. I august kunne rektor Koopmann berette, at der var 3.000 medlemmer. Partiet blev udbygget med lokalafdelinger, SA-afdelinger etc. Der blev afholdt „skolingsdage", „tysk aften", faneindvielser m.m. Det kunne mærkes i de hjemmetyske foreninger. Flere af dem blev opslugt af nyoprettede organisationer eller, som det var tilfældet med Slesvigsk Parti, spist op indefra. Navnet bestod, men i praksis blev det et „skuffeselskab", der blev hentet frem ved de politiske valg. Nazisterne stillede ikke op med eget parti, men sikrede deres indflydelse gennem kandidatopstillingen til Slesvigsk parti.

Alt gik dog ikke planmæssigt. De følgende år var præget af en bitter strid mellem flere nazistiske grupperinger inden for det tyske mindretal. Det skal ikke omtales nærmere her. Afgørende var det, at det i slutningen af 1930-erne var det i 1935 oprettede „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Nordschleswig (NSDAPN)" med dyrlæge Jens Møller (1894–1951) fra Gråsten som partifører, der var gået af med sejren.

Striden svækkede imidlertid ikke mindretallet. Tværtimod kunne der noteres fremgang på flere felter. For eksempel blev antallet af tyske privatskoler fordoblet 1932–34. Samtidig voksede andelen af skolepligtige elever i de tyske skoler fra 13,9 procent til 15,2 procent; hvorpå der indtrådte en stagnation. Ved folketingsvalget i oktober 1935 blev Slesvigsk Partis stemmeandel øget til 15,6 procent – en fremgang på 2.749 stemmer. Samtidig blev de tyske skolekrav mere højlydte. Mens den tyske skoleforening tidligere havde fremsat „ønsker", brugte den i 1937 og 1938 nu udtrykkene „vi kræver", „vi anser det for selvfølgeligt" etc. Kravene blev udmøntet i et 8-punktsprogram, der i det store og hele blev indfriet ved en ny skolelov i marts 1939. Grebet om skolen blev cementeret, da den tyske skolekonsulent i november 1939 blev formand for Deutscher Schulverein für Nordschleswig og samtidig trods dansk betænkelighed fik tilsyn med de tyske privatskoler. Med denne dobbeltstilling fik mindretallets skolevæsen i praksis en autonom stilling.[32]

Udviklingen blev næret af grænserevisionskravet, der havde præget mindretallet fra første færd. Det var også den underliggende dagsorden bag de hjemmetyske nazisters påstande om dansk undertrykkelsespolitik og forsøg på

[31] Sst., 187–201.

[32] Troels Fink: Sønderjylland siden genforeningen i 1920. København 1955, 101–108.

at udnytte landbrugskrisen til egne formål. I april 1933 blev der med Lorenz Christensen (1892–1965) som pennefører udsendt et „Nordslesvigsk manifest", der beskrev den økonomiske udvikling i landsdelen sort i sort. Der blev stillet krav om nedsættelse af et sønderjysk undersøgelsesudvalg og økonomisk kompensation til de skadelidte. Blandt underskriverne var flere kendte danske og tyske nordslesvigere og herunder flere repræsentanter for den nye protestbevægelse Landbrugernes Sammenslutning (LS), der i disse år havde fået tilslutning fra mange landmænd.[33] I praksis virkede offentliggørelsen af det nordslesvigske „manifest" som en gentagelse af Samlingsbevægelsens aktion i 1928.

To år senere bekendte Lorenz Christensen kulør som en fuldblods tysk nazist med bogen *Nordslesvig venter. Grænselandets økonomiske trængsler under det danske styre*. Ved landstingsvalget i 1936 blev ønsket om at komme „Heim ins Reich" luftet åbenlyst ved forskellige lejligheder. For eksempel udtalte Lorenz Christensen i en radiotale: „I har valget mellem Staunings Danmark og Hitlers Tyskland, mellem folkefront og folkefællesskab. Den store tid vi gennemlever, må bringe jer til erkendelse af, at vort slesvigske hjemlands fremtid bedst er sikret, når I stemmer tysk".[34] Det var af samme skuffe, da Jens Møller samme år indviede to partifaner i Haderslev med ordene: „Vi holder trofast vagt ved Kongeåen for Adolf Hitler" og „vi vil se hjemstavnen fri for trældoms bånd".[35]

Disse lokketoner fik øget appel, da det 3. rige for alvor begyndte at røre på sig i slutningen af 1930-erne. I marts 1938 blev Østrig indlemmet i Tyskland og i september Sudeterlandet, som Tjekkoslovakiet måtte afstå i kraft af Münchenaftalen. I marts 1939 kom turen til resten af Tjekkiet samt Memelområdet på grænsen mellem Litauen og Østpreussen. Herpå blev blikket rettet mod fristaden Danzig.

Begivenhederne sendte elektriske bølger igennem det tyske mindretal i Nordslesvig og skabte forventninger om, at dets ønsker om en grænserevision ville blive indfriet. Der blev spillet på det ved valget i april 1939, hvor Jens Møller afløste Johannes Schmidt i Folketinget. For eksempel afsluttede Jens Møller en valgtale med ordene: „Fører gør os fri! Stem Slesvigsk Parti!". Slesvigsk Parti fik 15,9 procent af stemmerne – en fremgang på 0,3 procent. Efterfølgende fik Jens Møller et pålæg fra de centrale myndigheder i Berlin om, at han ikke skulle røre ved grænsespørgsmålet i Folketinget, for ikke at belaste forholdet til Danmark. Han fulgte henstillingen, men følte sig ikke bundet heraf, da han

33 Grænsevagten 1933, 179–180.
34 Grænsevagten 1936, 332.
35 Sst., 275.

den 25. juni 1939 var taler ved årets Knivsbjergfest, hvor grænserevisionskravet igen blev proklameret.[36]

Under Tysklands besættelse af Danmark

Ved besættelsen af Danmark den 9. april 1940 troede det tyske mindretal, at målet var inden for rækkevidde. De tyske tropper blev hilst velkommen som befriere. Få dage senere blev det imidlertid fra rigstysk side tilkendegivet over for mindretalsledelsen, at sikringen af Danmarks „territoriale ukrænkelighed" indebar, at det tyske mindretal ikke måtte bringe grænsespørgsmålet på bane. I partiets „Rednerdienst" nr. 1 fra april 1940 blev det derfor påbudt de lokale ledere at undgå enhver omtale heraf.

Den tyske fremgang på vestfronten og Frankrigs sammenbrud gav dog ny næring til dette håb. Da Jens Møller den 16. juni 1940 talte til partiets ledende folk indskærpede han, at det var forbudt at flage med hagekorsflag – i hvert fald før den 28. juni, der var årsdagen for Versaillesfreden. Det skabte en udbredt forventning i mindretallet om, at grænsen ville blive flyttet denne dag. Den 28. juni kom og gik, uden at der skete noget. Strategien var åbenbart, at NSDAPN selv skulle puste så meget til ilden, at partiet kunne fremstå med et „folkekrav" om en grænserevision.

Gennem sommeren og efteråret 1940 fortsatte NSDAPN med at argumentere for, at Nordslesvig skulle blive genforenet med det 3. rige. I december 1940 blev partiet imidlertid tvunget til at omlægge sin politik. Det skete på et møde i Berlin, hvor det fra rigstysk side blev tilkendegivet, at NSDAPN i stedet skulle koncentrere sig om bevarelsen af tyskheden i Nordslesvig og sikre mindretallets indordning under de retningslinjer, der var udstukket for den „samlede tyske skæbnekamp". Herved blev NSDAPN's aktivisme ledt ind i nye baner.[37]

Blandt de nye initiativer var en organisatorisk styrkelse af mindretallet. Der blev oprettet flere nye tyske privatskoler. Her hjalp det, at den tyske besættelsesmagt kunne hente penge i den danske nationalbank til et omfattende skolebyggeri.[38] Hertil kom på flere andre områder en mere selvstændig ageren af

---

36 Sønderjyllands Historie 2. Efter 1815. Aabenraa 2009, 327 (Henrik Becker-Christensen).

37 Henrik Becker-Christensen: NSDAPN – og Slesvigsk Parti. Det tyske mindretals politiske virke under besættelsen. I: Joachim Lund (red.): Partier under pres – demokratiet under besættelsen. København 2003, 331–342.

38 Fink: Sønderjylland (note 32), 128.

det tyske mindretals organisationer, uden at danske myndigheder kunne gribe ind. Det gjaldt i 1943 også oprettelsen af et særligt tysk kontor under statsministeriet med en af mindretallets fremtrædende tyske nazister som leder.

Der er ingen tvivl om, at grænserevisionskravet forblev den underliggende dagsorden for det tyske mindretals virke under besættelsen, og at frygten herfor var med til at fremme en dansk imødekommenhed på flere punkter over for såvel mindretallet som besættelsesmagten. Men da krigslykken begyndte at vende i 1943, mistede dette hypotek sin kraft. Det kom klart til udtryk i et brev, som Jens Møller den 21. september skrev til Volksdeutsche Mittelstelle, hvor han kommenterede udviklingen: „Men én Ting ser jeg ganske tydeligt: det tyske Nederlag. Hvad skal der nu ske? Det er det ængstelige Spørgsmaal, som ogsaa vi Folketyskere i Nordslesvig stiller os selv."[39]

Spørgsmålet blev hængende i luften. Men to måneder senere kom den første antydning af et svar herpå. Det var den 11. november 1943, da den tyske præst i Haderslev, Friedrich Prahl (1885–1969), nedskrev nogle af de tanker, som en lille kreds af tysksindede havde drøftet med hensyn til mindretallets fremtid. Udgangspunktet var her ønsket om et godt forhold til de danske medborgere, som kun kunne bygge på absolut loyalitet fra tysk side. Det blev i den forbindelse tilkendegivet, at: „Den nuværende grænse består med rette. Et grænseproblem findes ikke længere. Dette vil vi på det rette tidspunkt erklære offentligt."[40]

Denne tilkendegivelse var en del af den såkaldte „Haderslebener Erklärung", der den 22. november 1945 blev udgangspunkt for oprettelsen af det tyske mindretals nye hovedorganisation Bund deutscher Nordschleswiger. I stiftelseserklæringen hedder det: „Som tyske nordslesvigere bekender vi os til ubetinget loyalitet over for den danske konge, den danske stat og den nuværende grænse og tilstræber en ærlig fred i vor hjemstavn."[41] Det blev starten på en ny begyndelse.

[39] Bilag til beretning til Folketinget afgivet af den af tinget under 25. oktober 1950 nedsatte kommission i henhold til Grundlovens § 45 (Den parlamentariske kommissions betænkning), XIV. København 1953. Bind 1: Danske dokumenter og oversættelser af tyske dokumenter, 173.

[40] Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, III. Kiel 1982, 157–159.

[41] Sst., III, 233.



1: Pastor Johannes Schmidt-Vodder var det tyske mindretals leder i 1920'erne og medlem af Folketinget for Slesvigsk Parti (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Pastor Johannes Schmidt-Wodder war der Leiter der deutschen Minderheit in den 1920er-Jahren und Mitglied des dänischen Folketings für Slesvigsk Parti (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



An unsre deutschen Wähler

Am 11. April wird zum Folketing gewählt. Wir sind eine der kleinsten Parteien Dänemarks, aber wir sind geschlossener Wille.

Wir sind mehr als eine Partei, **wir sind ein Stück deutscher Volksgemeinschaft** im jetzt dänischen Land.

Wir wollen für unsre Gemeinschaft deutsche Schulen und deutsche Gemeinden in eigener Verwaltung. Nur wir sind geeignet, Hüter deutschen Lebens zu sein.

Der dänische Staat kann das nicht und will das auch nicht. Was er gibt, sind im besten Falle Zugeständnisse, und beherrschend für die dänische Politik gegen uns bleibt der Wunsch, uns aufzusaugen.

Wo dänische Mehrheit unsre Schulen und Gemeinden verwaltet, legt man es darauf an, daß in ihnen dänischer, nicht deutscher Geist herrsche.

Wir aber wollen uns weder aufsaugen noch vom dänischen Geiste beherrschen lassen.

Wir bekämpfen den Versailler Traktat als ein unerhörtes Attentat gegen deutschen Staat und deutsches Volk, dem auch wir zum Opfer gefallen sind.

Wir warten auf eine nene Entscheidung, die kein Diktat sein wird und die dem Willen des deutschen Volkes sein Recht gibt.

Wir sind die Hüter schleswig-holsteinischen Erbes. Es soll sich zeigen, das nicht gestorben ist, was unsre Väter geschaffen und wofür sie gekämpft.

Deutsches und dänisches Leben können neben einander Raum haben, aber deutscher Staat und dänischer Staat müssen sich anders gegen einander abgrenzen, als es durch Versailles geschehen.

Wir treten auch dafür ein, daß Nordschleswig seine Sonderart erhalten bleibt und seinen besonderen Interessen Genüge geschieht.

Nur wir vertreten diese Ziele und wollen sie auch im Folketing vertreten wissen. Alle wirtschaftlichen Sonderinteressen haben dagegen zurückzutreten.

Deshalb bleibe niemand am 11. April zurück, der deutsche Zukunft will! Nur ein einmütiger, freimütiger und beharrlicher Wille erreicht sein Ziel.

Der Schleswigsche Wählerverein

2: Løbeseddel fra Slesvigsk Parti ved folketingsvalget i 1924 (RAÅ, Wählervereins arkiv nr. 43).

Laufzettel von Slesvigsk Parti während der Wahl zur Folketing im Jahre 1924 (RAÅ, Wählervereins arkiv nr. 43).

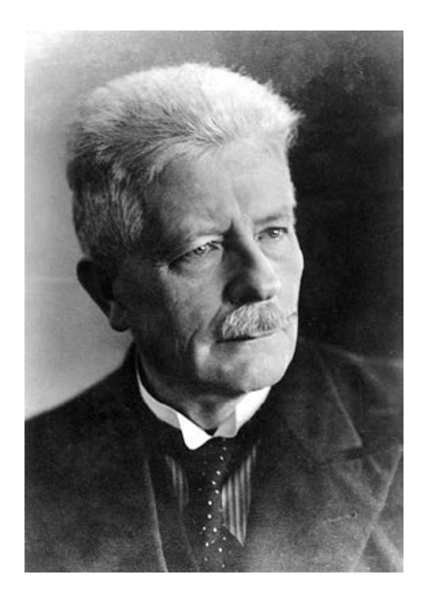
Was wir wollen:

1. Wir wollen eine neue Grenzentscheidung. Weg mit Versailles!
2. Wir wollen, unabhängig davon, wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland.
3. Wir wollen als deutscher Volksteil unser eigenes nationales Leben führen und fordern dafür kulturelle Selbstverwaltung.
4. Die Sonderkosten der national-kulturellen Ordnungen muß der Staat tragen helfen.
5. Wir wollen, daß das nationale Ringen ohne Herabsetzung des anderen Volkes geführt wird.
6. Nordschleswig ist als Selbstverwaltungskörper einzurichten. Wir wollen von eigenen Landeskindern verwaltet, gerichtet und unterrichtet werden.
7. Soziale Fürsorge muß sich aufbauen auf Selbsthülfe und Selbstverwaltung.
8. Der ganze Aufbau des Staates hat sich in weitem Maße der Selbstverwaltung zu bedienen.
9. Die durch die Einverleibung Nordschleswigs entstandene Mehrbelastung dieses Landesteils ist ihm abzunehmen durch Zinsermäßigung, Moratorien oder andere dazu geeignete Maßnahmen.
10. Mit dem „Ben"-System und dem Verwaltungsschlendrian ist gehörig aufzuräumen. Die Zahl der Beamten ist aufs stärkste einzuschränken bei ausreichendem Gehalt für die, welche nötig sind.

Schleswigsche Partei

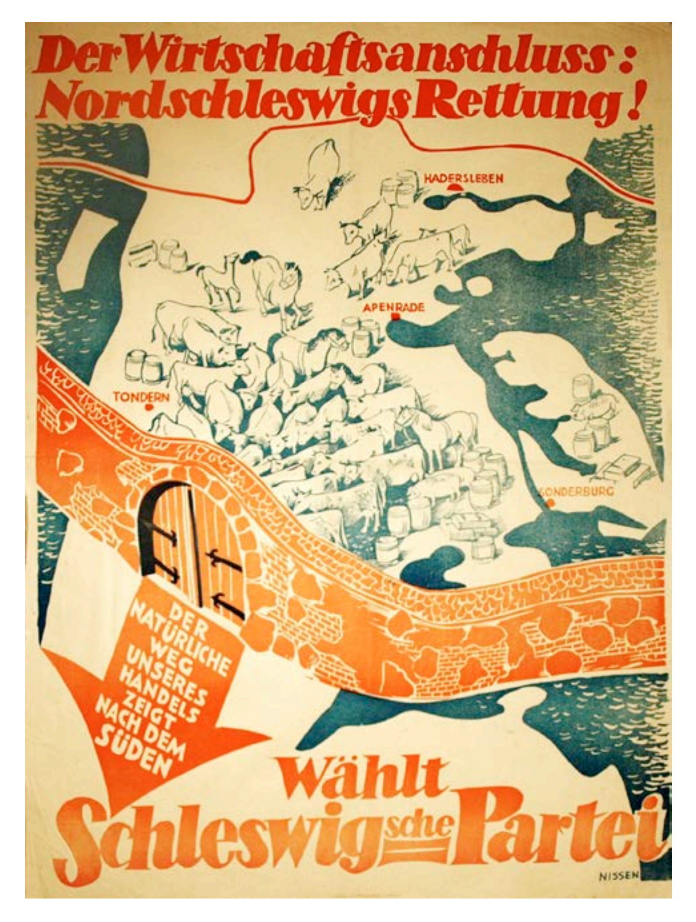
3: Plakat fra Slesvigsk Parti ved folketingsvalget i 1926 (RAÅ, plakatsamlingen).

Plakat von Slesvigsk Parti während der Wahl zur Folketing im Jahre 1926 (RAÅ, Plakatensammlung).



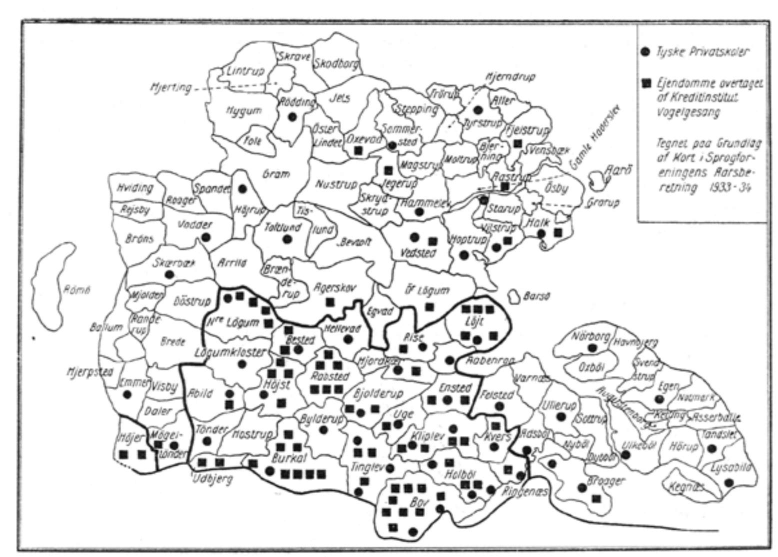
4: Rektor Wilhelm Koopmann var leder af de tyske privatskoler i Sønderjylland (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Rektor Wilhelm Koopmann war der Leiter der deutschen Privatschulen in Nordschleswig (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



5: Plakat fra Slesvigsk Parti ved folketingsvalget i kriseåret 1932 (RAÅ, plakatsamlingen).

Plakat von Slesvigsk Parti beim Folketingswahl im Krisenjahr 1932 (RAÅ, Plakatensammlung).



6: Dansk kort over tysk aktivitet i grænseområdet. Cirkel markerer tyske privatskoler, firkant gårde, som er overtaget af Kreditanstalt Vogelgesang og drives ved forpagtere (Grænsevagten 1936, 3).

Dänische Karte von der deutschen Aktivität im Grenzgebiet. Zirkel markieren deutsche Privatschulen, Viereck Höfe, die vom Kreditanstalt Vogelgesang übernommen sind und durch Pächter betrieben werden (Grænsevagten 1936, 3).



7: Løbeseddel fra Slesvigsk Parti ved folketingsvalget i april 1939, kaldet den „anden afstemning" på grund af grænsespørgsmålets altoverskyggende betydning (RAÅ, Politiadjudantens arkiv, journalnummer 5950).

Laufzettel von Slesvigsk Parti bei der Folketingswahl im April 1939, die wegen der Virulenz der Grenzfrage als „die zweite Abstimmung" bezeichnet wurde (RAÅ, Politiadjudantens arkiv, journalnummer 5950).



8: Medlemmer af det tyske mindretal hilste værnemagtens soldater velkommen i forbindelse med den tyske besættelse af Danmark den 9. april 1940, her i Aabenraa (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Mitglieder der deutschen Minderheit begrüßten die Soldaten der Wehrmacht bei der deutschen Besetzung Dänemarks am 9. April 1940, hier in Apenrade (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Die deutsche Minderheit

Grenzrevisionswunsch und Integration – zwei unvereinbare Ansinnen?

Henrik Becker-Christensen

In diesem Beitrag werden die Grenzrevisionsbestrebungen der deutschen Minderheit und die Versuche, der Integration der Minderheit und von Nordschleswig in die dänische Gesellschaft entgegenzuwirken, thematisiert. Die Zeit bis 1933 war geprägt von internen Diskussionen über die Formulierung des Grenzrevisionsbegehrens, von unklaren öffentlichen Verlautbarungen zu diesbezüglichen Zielen und Mitteln sowie mehreren praktischen Versuchen, die Integration von Nordschleswig in Dänemark zu behindern. Nach der Machtübernahme Hitlers in Deutschland setzte man unverhohlen auf reine Machtpolitik. Gleichzeitig bemühte sich die Minderheitenführung, das Deutschtum organisatorisch so stark wie möglich zu halten. Dies beruhte auf der Idee, dass es sich um einen „vorübergehenden Aufenthalt" im beherbergenden Staat handele. Um die Integration zu verlangsamen, nutzte man die Möglichkeiten der bestehenden Gesetze im Sinne einer Selbstverwaltung. Ab dem Ende der 1930er-Jahre und während der deutschen Besatzung (April 1940 bis Mai 1945) konnte in mehreren Bereichen von einer autonomen Position gesprochen werden. In all den Jahren gab es auch in anderen Lebensbereichen quasi eine Parallelgesellschaft in Nordschleswig – etwa, wenn es um die Wahl der Geschäfte für die täglichen Einkäufe oder die Beauftragung von Handwerkern ging. Hier kam es durchaus auf die nationale Sichtweise an.

Die Ausgangslage

Am 9. Juli 1920 unterzeichnete König Christian X. (1870–1947) das Gesetz zur Eingliederung Nordschleswigs in Dänemark.[1] Am selben Tag unterzeichnete er zudem eine „königliche Verlautbarung" an die nordschleswigsche Bevölkerung, in der er ihr seinen Schutz zusicherte. Er verband hiermit zugleich seine Erwartung, dass im Gegenzug „alle" Bewohner des Landesteils ihn als ihren rechtmäßigen König anerkennen und „in Treue das Grundgesetz des Reiches sowie die jetzt oder später an sie ergehenden Gesetze und Anordnungen befolgen" würden.[2] Obwohl die deutsche Minderheit nicht ausdrücklich erwähnt wurde, lag in der Verwendung des Wortes „alle" gleichwohl gewiss eine gezielte Andeutung auf ebendiese.

Nachdem der König zu Pferd die ehemalige Grenze am Verlauf der Königsaugrenze nördlich von Christiansfeld überquert und an der großen Wiedervereinigungsfeier auf den Düppeler Schanzen teilgenommen hatte, besuchte er am 12. Juli die Stadt Tondern. Alles verlief ruhig und würdevoll, aber in der *Neuen Tondernschen Zeitung* wies Pastor Johannes Schmidt (1869–1959) am selben Tag den König auf die nationalen Verhältnisse hin. Schmidt stellte nicht infrage, dass die deutsch gesinnte Bevölkerung loyal die Gesetze des neuen Herbergsstaats achten werde, betonte aber zugleich, dass diese Loyalität nicht mit einer deutschen Anerkennung der Grenze gleichzusetzen sei. Er äußerte unverblümt, dass die deutsch gesinnte Bevölkerung den Tag herbeisehne, an dem sie eine neue Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit „frei von den Zwängen der En-bloc-Abstimmung, frei von den Zwängen des Friedensabkommens" herbeiführen könne.[3] Mit diesen Worten war gewissermaßen eine neue Runde im deutsch-dänischen Ringen um die staatsrechtliche Zugehörigkeit des Landesteils eingeläutet.

Wurde die Grenzziehung 1920 dänischerseits als nur gerecht empfunden, als ein Akt, der dem Selbstbestimmungsrecht der Völker endlich Geltung verschafft habe, so wurde sie von der Gegenpartei der nationalen Auseinandersetzung als ein Gewaltfrieden angesehen, gegen den in deutschen Kreisen

---

[1] Wo nicht anders angegeben, beruht dieser Abschnitt auf Henrik Becker-Christensen: Det tyske mindretal i Nordslesvig 1920–1932. Apenrade 1990, I, 20–23 und II, 16–20.

[2] Quellen zur Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion/Kilder til den dansk-tyske grænseregions historie, IV: Der nationale Gegensatz/De nationale modsætninger 1914–1933. Apenrade/Flensburg 2001, 238–240

[3] Neue Tondernsche Zeitung 12.7.1920. Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, II. Kiel 1980, 192–193.

zahlreiche Anklagepunkte vorgebracht wurden. Am schwersten wog hier die En-bloc-Entscheidung in der ersten Abstimmungszone, die als Übergriff auf die deutsche Bevölkerung bezeichnet wurde. Besonders die Einbeziehung Tonderns und Hoyers mit 77 Prozent beziehungsweise 73 Prozent deutschem Stimmenanteil war den Kritikern ein Dorn im Auge. Entsprechend wurde die Forderung erhoben, die Grenzziehung aufgrund der kommunalen Abstimmungsergebnisse vorzunehmen.

Doch nicht nur die Art der Grenzverlagerung gab Anlass zu Missfallen, sondern nach Meinung vieler Deutschgesinnter allein schon der Umstand, dass überhaupt eine Verlagerung stattfand, was in zahlreichen Resolutionen und Äußerungen in den Jahren 1918 bis 1920 deutlich zum Ausdruck kam. Die Proteste pendelten zwischen Positionen gegen jegliche Form der Abtretung und dem Wunsch nach Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechts dergestalt, dass die Grenze am Ende dann doch nicht oder wenn, dann zumindest so wenig wie möglich verlagert werde.

Betrachteten die Flensburg-Bewegung und die Danewerk-Bewegung das Gebiet südlich der ersten Zone als einen untrennbaren Teil Dänemarks, so war demgegenüber das alte schleswig-holsteinische Schlagwort „up ewig ungedeelt" tief im deutschen Bewusstsein verankert. Für viele Deutschgesinnte war die Königsau die geschichtlich begründbare Grenze zwischen Deutschland und Dänemark und das alte Herzogtum Schleswig folglich deutsches Land. Mochte es im nördlichen Teil auch eine dänisch gesinnte Bevölkerung geben, so gehörte er gleichwohl zum Deutschen Reich. Selbst die Fürsprecher einer gemäßigteren Politik gegenüber dem Dänentum hatten nie bezweifelt, dass die Staatsgrenze entlang der Königsau verlaufen und dort tunlichst auch verbleiben solle. Hinzu kam ein eingefleischtes Bewusstsein über die Großmachtstellung des deutschen Kaiserreiches. Wie sollte es einzusehen sein, dass ein Staat, der 1910 eine Einwohnerzahl von 65 Millionen gehabt hatte, nunmehr gegenüber einem kleinen Land wie Dänemark einknicken und einen Teil seiner nördlichen „Ecke" abtreten sollte? Diese Sinneshaltungen waren es, die sich auch in der Stunde der Niederlage nach menschlichem Ermessen nicht so einfach abstreifen ließen.

Entscheidend für die deutsche Minderheit in Sachen Grenzrevisionsforderung war indessen, dass die deutsche Regierung 1919 zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages genötigt worden sei und die deutsche Reichsregierung später die deutsch-dänische Grenze ausdrücklich nicht anerkannt hatte. Zum Ausdruck kam dies unter anderem, als die beiden Staaten 1922 über die

Schließung eines Schiedsabkommens verhandelten, bei dem Deutschland einem dänischen Wunsch nach gegenseitiger Achtung der territorialen Integrität nicht entsprechen wollte. Folglich kam es bei diesem Versuch zu keiner Übereinkunft und keinem Abkommen.[4]

Hinzu kam, dass ein Abrücken von der Forderung nach einer Grenzrevision 1920 mit den Worten Johannes Schmidts einer Selbstaufgabe der deutschen Minderheit gleichgekommen wäre.[5] Aus heutiger Sicht könnte die Richtigkeit dieser Einschätzung angezweifelt werden. Gleichwohl steht es gewiss fest, dass sie die damalige Gefühlslage zutreffend widerspiegelte. Und ganz genauso war es im Zeitraum 1864 bis 1920 für die dänisch gesinnte Bevölkerung gewesen, als die in Paragraf 5 des Prager Friedens formulierte Zusage einer Volksabstimmung ein hohes moralisches Gewicht gehabt und die dadurch genährte Hoffnung einer Wiedervereinigung mit Dänemark zum Zusammenhalt der damals dänischen Minderheit im Kaiserreich beigetragen hatte. So gesehen bestand in diesem Punkt kein Unterschied zwischen der Zeit vor und nach 1920.

Die Grenzrevisionsforderung

Im Zeitraum von 1918 bis 1920 herrschte in Nordschleswig in der deutschen Volksgruppe keine einheitliche oder einhellige Meinung in der Grenzfrage vor. Zum Ausdruck kam dies unter anderem im Deutschen Ausschuss für das Herzogtum Schleswig, dem Dreh- und Angelpunkt des deutschen Widerstandes. Der Ausschuss war in einen „Verhandlungsflügel" und einen „Protestflügel" gespalten. Der Verhandlungsflügel erkannte die Unvermeidbarkeit einer Abtretung Nordschleswigs an, wobei die Verluste nach Möglichkeit auf die überwiegend dänisch gesinnten Gebiete zu begrenzen seien. Am stärksten war diese Fraktion in und um Tondern vertreten; ihr Sprecher war Johannes Schmidt, der ehemals Pfarrer in Wodder gewesen war. Der Protestflügel war besonders in und um Hadersleben vertreten, wo nach einhelliger Ansicht in deutsch gesinnten Kreisen eine Volksabstimmung nichts Gutes erwarten ließ. Insofern war der Protestflügel in Opposition gegen jegliche wie auch immer geartete Abtretung schleswigschen Gebiets. Dies prägte im Frühjahr 1920 auch

4 Becker-Christensen: Tyske mindretal (Anm. 1), II, 30–31.

5 Ebd., 20.

die Auffassung im Vorschlag der Reichsregierung, dass der südlichste Teil der ersten Zone mit der sogenannten Tiedje-Linie Deutschland zufallen solle.[6]

Die unterschiedlichen Auffassungen in der Grenzfrage erlangten im August 1920 auch Einfluss auf das Programm des Schleswigschen Wählervereins. Die ersten zwei Paragrafen hatten folgenden Wortlaut:

> „Der Schleswigsche Wählerverein will, dass das dem deutschen Volk zugesagte Selbstbestimmungsrecht auch an der Grenzscheide Dänemarks und Deutschlands rein und gerecht zur Durchführung gebracht wird. Er erkennt nicht an, dass das bei der Festsetzung von Dänemarks Südgrenze geschehen sei, und verlangt deswegen Revision."[7]

Dies war der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Deutschgesinnten einigen konnten. Wie das vonstattengehen und wie viel Nordschleswigs es betreffen sollte, darüber gab es verschiedene Meinungen. Um die unterschiedlichen Flügel zusammenzuhalten, war es notwendig, sich nicht auf konkrete Ziele festzulegen. Und mit der nun gewählten Vorgehensweise versuchte der Wählerverein, die brisante Frage der Lage einer künftigen Grenze zwischen Deutschland und Dänemark erst mal auf ungewisse Zeit hinauszuschieben. Dass der Begriff Revision im Programm des Wählervereins 1926 durch die Worte „neue Entscheidung" ersetzt wurde, änderte diesbezüglich nichts.[8]

Obwohl eine Mehrheit des Wählervereins eher Schmidts Linie zugeneigt war, gelang es diesem nicht immer, das Thema am „Hochkochen" zu hindern. In den Folgejahren brachten sich die sogenannten Königsauleute in Hadersleben in den theoretischen Diskussionen über die Grenzrevisionsforderung zunehmend in Stellung, weshalb es von Zeit zu Zeit zu internen Spannungen kam.[9] Näherten sich hinsichtlich der Frage der richtigen Mittel für eine Grenzrevision die Auffassungen nach und nach einander an, so änderte sich in taktischer Hinsicht nichts an der entscheidenden Diskrepanz zwischen Schmidt und den Königsauleuten. Wollten Letztere stets unmissverständlich kundtun, dass die Königsau das erklärte Ziel der Grenzrevision sei, so wollte Schmidt sich nicht von vornherein auf eine bestimmte Grenzlinie festlegen lassen.

6 Troels Fink: Da Sønderjylland blev delt 1918–1920, I-III. Apenrade 1978–79, passim.
7 Quellen/Kilder (Anm. 2), IV, 366.
8 Becker-Christensen: Tyske mindretal (Anm. 1), II, 58–60.
9 Ebd., 73–89, 114–137.

Nach außen hin hielt sich der Wählerverein in seinen offiziellen Verlautbarungen an die im 1920-Programm ausgegebene Parole des Unkonkret-Belassens. Bei der Wahl zum dänischen Parlament (dem Folketing) 1924 wurde den Wählern deutlich gemacht, dass der Wählerverein den Versailler Vertrag bekämpfen und auf eine neue Entscheidung warten wolle. Wie das umgesetzt werden sollte, wurde nicht weiter ausgeführt. Bei der Folketingswahl 1926 lautete die Parole kurz und bündig: „Wir wollen eine neue Entscheidung. Weg mit Versailles!" Zur Folketingswahl 1929 wurde die Grenzrevisionsforderung auf ein plakatives: „Weg mit Versailles!" und einen Hinweis auf die alten Parolen gekürzt. Zur Folketingswahl 1932 war diese Forderung indessen gänzlich aus dem Wahlaufruf des Wählervereins verschwunden. Stattdessen ging es nun vorrangig um den Anschluss Nordschleswigs an den deutschen Markt.

Im Juli 1920 hatte Schmidt das Selbstbestimmungsrecht als ein „Zauberwort" bezeichnet, das die Bevölkerungen verschiedener Länder in seinen Bann gezogen habe. Und dieses Zauberwort sollte sich später im Programm des Wählervereins wiederfinden – als das Mittel zur Erreichung einer „Revision" der Grenze. Es fußte auf dem Gedanken, dass eine neue Volksabstimmung für die deutsche Minderheit die einzige Möglichkeit zur Forderung einer Wiedervereinigung mit Deutschland sei, ohne mit dem dänischen Staat in Konflikt zu geraten. Hinzu kam, dass die Minderheit 1920 auf gleicher Linie mit der offiziellen Position der Weimarer Republik war, deren Widerstand gegen den Versailler Vertrag in diesem Punkt auf der Forderung nach einer gerechteren Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts beruhte.[10]

Der Gedanke, das Selbstbestimmungsrecht als Hebel für eine kommende Grenzverlagerung im deutschen Sinne zu nutzen, beruhte auf einer Deutung des in den vergangenen Jahrzehnten allgemein „mitschwingenden" Bekenntnisses zum Deutsch- beziehungsweise Dänischsein. Da gab es unter anderem diesen Stimmungsrutsch, der sich mutmaßlich zwischen der Rigsdagswahl 1912 und der Volksabstimmung 1920 zum Vorteil des Dänentums eingestellt hatte. Die deutsche Minderheit konnte darauf hoffen, dass unter geänderten konjunkturellen Bedingungen das Pendel auch in die andere Richtung ausschlagen könnte. Dass es hier ein Potenzial gab, bei dem man ansetzen konnte, hatte aus Sicht der Minderheit auf jeden Fall die Folketingswahl 1920 gezeigt, als der Anteil der Nichtwähler in Nordschleswig mit nahezu 31 Prozent einen Rekord erreicht hatte.

---

[10] Ebd., 65–66.

Allerdings war diese Wahl für die deutsche Minderheit gleichwohl enttäuschend verlaufen. Der Wählerverein, der unter dem Namen Schleswigsche Partei angetreten war, hatte lediglich 7.505 Stimmen entsprechend 14,4 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, was aber reichte, um Schmidt einen Sitz im Folketing zu ermöglichen. Hier vertrat er die Interessen der Minderheit bis 1939. Zur Folketingswahl 1924 war die Stimmenzahl nahezu unverändert, stieg dann aber 1926 auf rund 10.400 an – um bei den beiden folgenden Wahlen 1929 und 1932 erneut knapp unter 10.000 zu fallen. Der Stimmenanteil schwankte in den besagten Jahren zwischen 13,3 Prozent und 15,6 Prozent.[11] Dies war nicht geeignet, die Hoffnung auf eine kommende Grenzverlagerung über das Mittel des Stimmzettels zu nähren.

Vor diesem Hintergrund verabschiedete sich Schmidt in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre von dem Gedanken, das Selbstbestimmungsrecht als Mittel für eine kommende Grenzveränderung zu nutzen. Stattdessen solle Dänemark, wie er einem engen Kreis anvertraute, Nordschleswig an Deutschland abtreten, wofür als Gegenleistung Schutz und finanzieller Ausgleich angeboten werden solle. Solche politische Überlegung fußte letzten Endes auf der Annahme, dass Deutschland außenpolitisch und militärisch mittlerweile in die „erste Liga" aufgestiegen sei und als ein solch gewichtiger Akteur ganz gewiss eine dänische Regierung davon überzeugen könne, dass dies ja nur vernünftig wäre.[12] Auf solchen Erwägungen beruhende Einlassungen wurden zur Landtagswahl 1928 getätigt, wobei es hieß, dass eine Grenzveränderung durch direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark und „unter Mitwirkung" der nordschleswigschen Bevölkerung herbeigeführt werden solle. Der Gedanke einer Volksabstimmung war hier praktisch aus dem Spiel genommen worden.

Bestrebungen zur Behinderung der Integration der Minderheit – der organisatorische Aufbau

Als Hans Peter Hanssen (1862–1936) und seine Gesinnungsgenossen im Juli 1920 ein Programm der dänisch gesinnten Partei „den sønderjyske gruppe" veröffentlichten, enthielt dieses auch eine Absichtserklärung zum Verhältnis

11 Quellen/Kilder (Anm. 2), IV, 252–253.

12 Becker-Christensen: Tyske mindretal (Anm. 1), II, 269–281.

zur deutsch gesinnten Bevölkerung. So hieß es unter anderem, man wolle der deutschen Minderheit das Recht auf Nutzung der eigenen Muttersprache in Schule, Kirche und Gerichtssaal zusichern und alle deutsch gesinnten Mitbürger in ihrem „Übergang zu guten, loyalen dänischen Staatsbürgern unterstützen und ihre Versöhnung mit der neuen Grenze und später ihren inneren Anschluss an Dänemark fördern".

Aus dem Plan zur Bildung einer solchen „sønderjysk gruppe" wurde zwar nichts, aber das an dieser Stelle geäußerte Ansinnen war gleichwohl auch die Essenz der dänischen Minderheitspolitik, die sich im Sommer 1920 in Gesetzen manifestierte, die den besonderen sprachlichen Wünschen der deutsch gesinnten Bevölkerung in Schule, Kirche, Verwaltung und so weiter Rechnung tragen sollten. Hinzu kamen flankierend der äußere Rahmen des dänischen Grundgesetzes mit seinen Freiheitsrechten und auch anderweitige Gesetze. Gegenstand war hierbei stets die Person des Einzelnen, nicht die Minderheit als solche und als Ganzes. Keine der politischen Parteien wollte der Minderheit den rechtlichen Status einer geschlossenen Gruppe mit eigenen Befugnissen geben. Dänischerseits wollte man auf diese Weise vermeiden, dass die Minderheit im wiedererlangten Landesteil quasi ein Staat im Staate werde.[13]

Für Zufriedenheit sorgte dies in der deutschen Minderheit indessen nicht. Ausgangspunkt war diesbezüglich eine Denkschrift der Kulturkommission des Deutschen Ausschusses für das Herzogtum Schleswig, die die Kommission im September 1919 der deutschen und der dänischen Regierung übermittelt hatte, und in der die Forderung erhoben wurde, der deutsch gesinnten Bevölkerung in den abgetretenen Gebieten möge der Status einer öffentlichen juristischen Person verliehen werden. Der kommenden deutschen Minderheit sei das Recht auf das Erheben von Steuern bei ihren Mitgliedern und ein entsprechendes souveränes Verfügungs- und Verwendungsrecht über dieses Steueraufkommen einzuräumen. Politisch sollten die Interessen der Minderheit durch einen besonderen „Volksrat" wahrgenommen werden. Ein Ratsvertreter sollte einen Sitz in der dänischen Regierung innehaben und die Minderheit im dänischen Rigsdag vertreten. Kirchliche Angelegenheiten der Minderheit sollten durch einen besonderen Synodenausschuss geleitet werden, der ein Vetorecht gegen jegliche Anordnungen des dänischen Kirchenministers haben solle. Analog dazu möge die Minderheit das Recht auf eigene

13 Henrik Becker-Christensen: Dansk Mindretalspolitik i Nordslesvig. Udformningen af den danske politik over for det tyske mindretal 1918–20. Apenrade 1984, 181–188, 233–235.

Schulen unter eigener Leitung haben. In Streitfällen zwischen Minderheit und dänischem Staat sollte eine besondere Schiedskommission tagen – bestehend aus jeweils zwei Vertretern der dänischen und der deutschen Minderheit, jeweils einem Vertreter der beiden Regierungen sowie einem Obmann aus einem skandinavischen Staat.[14]

Mit diesem Vorschlags- beziehungsweise Forderungskatalog stand die Vorstellung im Raum, dass die deutsche Minderheit eine Autonomie in der dänischen Gesellschaft haben und damit ein Staat im Staate werden solle. Mit der Verabschiedung des Programms des Schleswiger Wählervereins am 15. August 1920 wurden diese Forderungen indessen dahingehend abgemildert, dass den Deutschgesinnten eine Selbstverwaltungsmöglichkeit in Sachen Kirche, Schule und allen Volksgruppenangelegenheiten eingeräumt werden solle. In den Folgejahren wiederholte Johannes Schmidt die Forderung nach kultureller Autonomie, aber jetzt nicht mehr nur für die deutsche, sondern auch für die dänische Minderheit südlich der Grenze. Die Überlegung hier war, wie er einem engen Kreis anvertraute, dass die dänischen Nordschleswiger in Sachen Grenzrevision dadurch milder gestimmt werden sollten, dass in Deutschland eine liberale Minderheitenregelung in Südschleswig eingeführt sei.[15] Bekanntlich kam es dazu nicht. Vielmehr sah die Realität so aus, dass, abgesehen von einem dänischen Angebot für deutschsprachige kommunale Schulen und eine begrenzte Anzahl deutscher Gottesdienste, die deutsche Minderheit hinsichtlich der Schaffung eigener Organisationen auf sich allein gestellt war.

Da der Wunsch nach einer Grenzrevision ohne aktives Zutun eines an alte Stärke wieder anknüpfenden Deutschlands nicht denkbar war, mussten sich die zurückgelassenen deutsch gesinnten Nordschleswiger zunächst auf einen Verbleib in der dänischen Gesellschaft einstellen und auf bessere Zeiten warten. Blieb man untätig, so würde das Deutschtum verwässern – und irgendwann integriert werden. Insofern galt es, sich organisatorisch zu rüsten, um Stärke zu wahren und auszubauen für den Tag, an dem die geforderte Grenzrevision in Reichweite gerückt sei.

Und im Hinblick auf eben darauf schrieb die *Nordschleswigsche Zeitung* 1932:

> „Der Tag, auf den wir alle warten, wird kommen, das ist unsere felsenfeste Überzeugung. Wann er kommt, wissen wir nicht; darauf haben wir keinen Einfluss. Aber eines können wir tun: für diesen Tag gerüstet sein,

---

14 Ebd., 57–61.

15 Becker-Christensen: Tyske mindretal (Anm. 1), II, 90–98.

> indem wir unermüdlich für unser Deutschtum kämpfen, beharrlich jeden Fußbreit deutschen Bodens verteidigen, unsere deutsche Kultur pflegen und unser nationales Leben immer weiter ausbauen."[16]

Das Mittel hierzu waren eigene Schulen, Gottesdienste, Büchereien, Jugendverbände und anderes mehr. Organisationsaufbau war somit das Instrument, um ein Versickern oder Versiegen des Deutschtums zu verhindern. Und die Voraussetzung hierfür war die jeweilige Schaffung einer deutschen Alternative zur dänischen Gesellschaft in möglichst vielen Lebensbereichen – und damit in der Praxis einer Gesellschaft in der Gesellschaft.

Es war eine neue Situation für die Zurückgelassenen, jetzt auf eigenen Beinen stehen zu müssen, war man es doch bisher gewohnt gewesen, dass Vertreter der deutschen Parteien beziehungsweise des Beamtenapparates für Führung und Vertretung gesorgt hatten. Sie waren es ja auch gewesen, die ab dem Herbst 1918 den Widerstand gegen die Grenzänderung organisiert hatten. Aber mit der Bildung der Internationalen Kommission im Januar 1920 hatten die Reihen sich gelichtet – anfangs hauptsächlich bei den leitenden Beamten, aber der Rest schloss sich diesen schon bald an.

Im Ergebnis, so der Redakteur der *Neuen Tondernschen Zeitung*, Jacob Bödewadt (1883–1946), im Blatt im November 1920, tat sich eine Lücke in den Reihen des Deutschtums auf; es „fehlte nun mit einmal an vielen Stellen die äußere Führung". Er haderte zugleich mit der Folketingswahl vom September 1920, die gezeigt habe, dass viele deutsch gesinnte Sozialdemokraten sich politisch von der Minderheit abgewandt und stattdessen ihre Stimme der dänischen Sozialdemokratie gegeben hätten. Bödewadt folgerte: „Einstweilen dürfen wir als innerlich voll zu uns gehörig nur das deutsche Bürger- und Bauerntum zählen."[17] Diese Gruppe machte den Kern der Minderheit aus. Und das hatte sich auch deutlich beim Zustandekommen des Programms des Wählervereins im August 1920 manifestiert, hieß es hier doch in Paragraf 5, dass die Partei „eine kräftige, gesunde Mittelstandspolitik" vertrete.[18]

Um als deutsche Minderheit in der dänischen Gesellschaft überleben zu können, war es entscheidend, Schulen mit eigener Unterrichtssprache zu haben. Die dänisch gesinnte Bevölkerung hatte in der Zeit vor 1920 diese Möglichkeit nicht gehabt, aber im Gegensatz hierzu konnte man sich in der

16 Nordschleswigsche Zeitung 9.2.1932; Grænsevagten 1932, 102.

17 Quellen/Kilder (Anm. 2), IV, 371–374.

18 Ebd., 368.

deutschen Minderheit entweder für deutschsprachige Abteilungen der allgemeinen öffentlichen Schule (Volksschule) oder aber eigene, öffentlich bezuschusste Privatschulen entscheiden. Infolgedessen waren 1921 in Nordschleswig 23 deutschsprachige kommunale Schulabteilungen geschaffen worden. Im Jahr 1925 waren es dreißig. In den Folgejahren ging die Anzahl geringfügig zurück und schwankte zwischen 28 und 29.[19]

Die hier skizzierte Regelung stellte die deutsche Minderheit, deren Führungsriege von Anfang an auf eigene Privatschulen gesetzt hatte, indessen nicht zufrieden. Entscheidend sei nicht, wie vom Folketingsmitglied der Minderheit, Schmidt, formuliert, der deutsche Sprachunterricht, sondern ein auf Liebe zum deutschen Volk beruhender Unterricht. Zur treibenden Kraft dieser Bestrebungen entwickelte sich der 1920 gegründete Deutsche Schulverein für Nordschleswig. Es gab 1923 acht deutsche Privatschulen, in den Folgejahren stieg deren Anzahl stetig an. Im Jahr 1932 gab es 27 Privatschulen mit 1.200 Schülern.

Die Bestrebungen fußten auf dem Wunsch nach einer sicheren Grundlage für eine kommende Grenzrevision. Im Hinblick hierauf, so eine Verlautbarung 1925, sollten die deutschen Schulen Nordschleswigs zum Fortbestand der deutschen Kultur beitragen „bis ein schön'rer Morgen tagt". Vom gleichen Gedanken getragen war der Leiter des Deutschen Schulvereins, Rektor Wilhelm Koopmann (1870–1940), als er 1927 für die Errichtung einer deutschen Privatschule in Wilsbek argumentierte. Diese sollte bei einer späteren Grenzveränderung zur Sicherung des Deutschtums auf der nördlichen Seite der Flensburger Förde im Gebiet zwischen Gravenstein und Bau beitragen. Im selben Jahr äußerte er in anderer Angelegenheit, die einzig mögliche „Königsaupolitik" sei die Errichtung deutscher Schulen bis ganz hinauf an die ehemalige Grenze.

Alle Schulen sollten Kraftzentren des Deutschtums sein und wirkten sich denn auch mehr als jede andere Einzelmaßnahme stabilisierend auf die Minderheit in Gegenden aus, in denen sie nach 1920 nicht mehr so stark vertreten waren, nun aber wieder besser Fuß fassten. Im Jahr 1932 hatten die deutschen Schulen insgesamt 3.600 Schüler. Das entsprach zwar rund vierzehn Prozent aller Schüler in Nordschleswig, war aber weit von dem erklärten Ziel entfernt,

[19] Die sønderjyske Schulordnung wird in ihren Grundzügen beleuchtet von Erik Nørr: Genforeningens bedste gave. Skoleordning og amtsskolekonsulenter i Sønderjylland og Danmark 1920–1963 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 90). Apenrade 2003. S. a. Erik Nørrs Beitrag in dieser Antologie.

nach welchem ein dem Volksabstimmungsergebnis von 1920 entsprechender Schüleranteil anzustreben sei.[20]

Im kirchlichen Bereich bekam die deutsch gesinnte Bevölkerung 1920 einen eigenen Pfarrer im Rahmen der dänischen Volkskirche mit gemeinsamem dänisch-deutschem Kirchenvorstand in den vier Städten Apenrade, Hadersleben, Sonderburg und Tondern. In ländlichen Gebieten hingegen mussten sich Deutsch- und Dänischgesinnte denselben Pfarrer teilen. Aus Unzufriedenheit mit dieser Regelung traten 1923 mehrere Deutschgesinnte aus der Volkskirche aus und gründeten eine Freigemeinde, die später den Namen Nordschleswigsche Gemeinde der evangelisch-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins bekam. Laut Satzung sollten Pfarrer in den Gegenden eingestellt werden, wo die Minderheit stark vertreten war. Im Jahr 1931 betreuten fünf Pfarrer 36 Gemeinden.[21]

Die deutsche Jugendarbeit in Nordschleswig war 1920 nahezu völlig zum Erliegen gekommen, aber es wurde mit Elan an Gründung und Ausbau deutscher Jugend- und Sportvereine gearbeitet. Im Jahr 1922 gab es 29 deutsche Jugendverbände mit mehr als zweitausend Mitgliedern. Zudem gab es einige wenige Pfadfinderbünde sowie mehrere deutsche Turnvereine und ein paar neu gegründete deutsche Rudervereine.

Die Jugendarbeit war ein wichtiger Bestandteil der organisierten minderheitlichen Freizeitaktivitäten. Darüber hinaus war man bestrebt, Kultur- und Freizeitbedürfnissen der Erwachsenen in Form von Vortragsabenden, Theater, Kunst und anderweitiger Kurzweil gerecht zu werden. In diesem Bereich war die Minderheit gut aufgestellt, da es bereits eine breite Palette an deutschen Vereinen gab – besonders in den Städten. In den größeren Städten hatte die Minderheit zudem ihre ständigen Anlaufstellen, die jeweils immer unter der Bezeichnung Deutsches Haus „firmierten“. Auf dem Land waren es häufig die deutschen Privatschulen, die als Gemeinschaftshäuser oder Versammlungsstätten dienten. Und einmal im Jahr traf man sich unter freiem Himmel auf der traditionellen deutschen Begegnungsstätte, dem Knivsberg, zehn Kilometer nördlich von Apenrade.[22]

Organisationen und Vereine waren ein wichtiges Bindeglied für die Deutschgesinnten. Das galt auch für die Presse. Nach der Grenzziehung 1920 gab es drei deutsche Zeitungen: in Apenrade, Sonderburg und Tondern.

[20] Becker-Christensen: Tyske Mindretal (Anm. 1), I, 195–220.

[21] Ebd., I, 221–248.

[22] Ebd., I, 249–272.

Ihr gemeinsames Merkmal war, dass sie in den 1920er-Jahren wiederholt in schärfster Form die deutschen Forderungen propagierten und stets das Trennende zwischen Deutsch- und Dänentum betonten. Ein weiteres gemeinsames Merkmal waren indessen auch sinkende Auflagenzahlen und finanzielle Probleme, was 1929 zu einer „Fusion" zu einer einzigen Publikation unter dem Namen *Nordschleswigsche Zeitung* führte, die in Apenrade erschien.[23]

Im Ergebnis war es so, dass in vielen Lebensbereichen die deutsch gesinnte Bevölkerung nach 1920 durch eigene minderheitliche Einrichtungen und Vereine betreut werden konnte. Das betraf in der Praxis auch die Einkäufe für den täglichen Bedarf, die in Läden getätigt werden konnten, die in nationaler Hinsicht im Besitz eigener Landsleute waren. Ähnlich verhielt es sich auch mit der Wahl des „richtigen" Handwerkers, Arztes und anderem mehr. Und dänischerseits waren die Verhaltensmuster die gleichen. Insofern konnte in Nordschleswig von dänischen und deutschen Parallelgesellschaften gesprochen werden, die erst nach 1945 und auch dann erst nach und nach an Ausprägung verloren. Hinsichtlich der deutschen Minderheit stellte dies in dem hier beschriebenen Zeitabschnitt durchaus ein Hemmnis und Hindernis für eine persönliche Integration in die dänische Gesellschaft dar – und zwar, weil man sich bewusst entsprechend entschied.

Versuche, die Integration Nordschleswigs in Dänemark zu behindern

In der Praxis konnte in den Jahren bis 1933 in Sachen Grenzrevision nur von Trippelschritten in diese Richtung gesprochen werden. Vielmehr setzte man darauf, dass Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Landesteil die dänische Meinungshoheit schwächen und damit mittelfristig den Weg zu einer Änderung der staatsrechtlichen Verhältnisse ebnen sollte.

Nordschleswig war in den 1920er-Jahren eine sehr landwirtschaftlich geprägte Gegend, wo mehr als vierzig Prozent der Bevölkerung in irgendeiner Weise mit diesem Gewerbe verbunden waren. Währungsreform, Darlehensaufnahmen, Änderungen der Produktionsverhältnisse und anderes mehr hatten der Landwirtschaft in den ersten Jahren nach 1920 Schwierigkeiten bereitet. Als die Exportpreise Mitte der 1920er-Jahre regelrecht einbrachen und

23 Ebd., I, 273–287.

gleichzeitig der deutsche Zoll auf Schlachtvieh erhöht worden war, entwickelte sich, was bis dato noch eine Konjunkturschwäche gewesen war, zu einer handfesten Krise. Dadurch entstand in Nordschleswig 1926 eine Protestbewegung, Bondens Selvstyre (Bäuerliche Selbstverwaltung), die in harschem Tonfall den Umgang des dänischen Staates mit den Wirtschaftsproblemen im Landesteil anprangerte und weitgehende lokale Selbstverwaltung forderte.

Diese neue Bewegung wurde auf beiden Seiten, der deutschen wie der dänischen, zum Problem. Dänischerseits wollte man Ruhe im wiedervereinigten Landesteil, weshalb jegliche Regung oder Anwandlung, die die dänische Herrschaft infrage stellte, als national schädlich galt. Deutscherseits fürchtete die Führung der Minderheit, dass die Selbstverwaltungsbewegung mit ihren markigen Sprüchen in den Reihen der deutsch gesinnten Wählerschaft „wildern" und bei der nächsten Folketingswahl als direkte Konkurrenz zur Schleswigschen Partei dieser viele Stimmen abjagen könnte. Im Herbst 1926 war diese Befürchtung so dominant geworden, dass es den Wählerverein zu einer Kursänderung und einer Offensive mit neuem deutschem Wahlprogramm zwang, das in entscheidenden Punkten dem der Selbstverwaltungsbewegung ähnlich war.

Die Rechnung ging auf: Der Selbstverwaltungsbewegung war ein schlechtes Wahlergebnis beschieden, die Schleswigsche Partei gewann hinzu. Die Folketingswahl hatte somit die Kraft der neuen politischen und wirtschaftlichen Parolen verdeutlicht, die zum Leitbild der Politik der deutschen Minderheit in den folgenden Jahren wurden. Das Ziel war die Schaffung einer neuen dänisch-deutschen Protestbewegung unter völliger Kontrolle der Minderheit. Das Ergebnis dieser Überlegungen war die Bildung der sogenannten Einheitsbewegung. In der Nacht zum 21. April 1928 wurden überall in Nordschleswig Werbeplakate mit dem Programm der Einheitsbewegung angebracht. Inhalt: diverse Forderungen, bei denen es zwar auch um das Angehen der wirtschaftlichen Probleme ging, aber auch darum, dass Nordschleswig eine autonomere Position im dänischen Königreich haben solle, wobei diesbezüglich quasi zur Beruhigung hinzugefügt war, dass „diese Forderungen nichts an der staatsrechtlichen Verbundenheit Nordschleswigs mit Dänemark ändern würden".[24]

Beobachter hatten indessen keinerlei Zweifel, dass die neue Bewegung auf die deutsche Minderheit zurückging, was auch zutraf. Und folgerichtig äußerte Johannes Schmidt in einem Schreiben an die deutschen Stellen, dass

24 Quellen/Kilder (Anm. 2), IV, 434–438.

die Maßnahme durch ihn „veranlasst" worden sei. Er selbst hatte den Programmentwurf verfasst, ihn durch den Wählerverein absegnen lassen, für die Maßnahme Gelder von den deutschen Stellen eingeworben und den Entwurf für die Einlassung der Bewegung an den dänischen Ministerpräsidenten erstellt. Gleichwohl war der Name Einheitsbewegung durchaus bezeichnend für diesen neuen Schritt, der auf ein Sammeln oder Scharen von Deutschen wie Dänen um ein gemeinsames Programm abzielte – ein Programm, wohlgemerkt, das den Interessen der deutschen Minderheit dienen sollte.

Allein: Die Aktion scheiterte kläglich. Nach einem stürmischen Auftakt im April 1928, gefolgt von zahlreichen Sitzungen und Eingaben an die dänische Regierung, erlitt die Einheitsbewegung Schiffbruch bei der Landstingswahl am 14. September 1928, als sie in Nordschleswig lediglich 1.019 Stimmen erhielt, die Schleswigsche Partei hingegen 6.736. Damit war der Versuch, eine breitere Basis für die deutsche Minderheit in der nordschleswigschen Bevölkerung zu schaffen, im Sande verlaufen.[25]

In denselben Jahren war die politische Diskussion in Nordschleswig auch durch die 1926 neu gegründete Kreditanstalt Vogelgesang in Hadersleben geprägt, deren Zielsetzung die Bewahrung von Grund und Boden in deutscher Hand war. Nach einem fulminanten Beginn ging die Darlehensgewährung ab 1928 deutlich zurück, nachdem die deutschen Stellen die Bewilligungen gekürzt hatten. Aus dänischer Sicht war die Tätigkeit der Kreditanstalt ein offensives Mittel im sogenannten Bodenkampf. Es steht auch außer Frage, dass sie nationalpolitisch von Bedeutung war, aber grundlegend ging es hier eher um defensives Handeln, und zwar im Sinne einer Stabilisierung der Minderheit, bis die erhoffte „Revision" der Grenze in Reichweite komme.[26]

Was die Einheitsbewegung aus taktischen Gründen in ihrem Programm nicht erwähnt hatte, wurde 1928 offen vom Wählerverein ausgesprochen: die Forderung nach einem wirtschaftlichen Anschluss an den deutschen Markt, der von der Schleswigschen Partei im Wahlkampf zur Landstingswahl propagiert wurde. Dass dies Teil eines langfristigen Wunsches nach einer Grenzrevision war, wurde von Schmidt im Oktober desselben Jahres deutlich geäußert, indem er offenbarte, dass der Weg zu einer Grenzrevision in Etappen absolviert werden müsse und offenere Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland ein Schritt in diese Richtung seien. In den folgenden Jahren indessen wurde der Gedanke einer engeren An-

[25] Becker-Christensen: Tyske mindretal (Anm. 1), II, 193–211.

[26] Ebd., II, 138–179.

bindung Nordschleswigs an den deutschen Markt immer weniger betont und spielte bei der Folketingswahl 1929 keine Rolle. Erst Ende 1931 kam die Frage eines solchen wirtschaftlichen „Anschlusses" an Deutschland erneut in einem breiteren Forum auf die Tagesordnung, als Deutschland und Dänemark von der Weltwirtschaftskrise betroffen worden waren.

Zur Folketingswahl im November 1932 wurde diese Parole zur zentralen Forderung in der Wahlwerbung des Wählervereins, und zwar im Rahmen einer groß angelegten Kampagne mit dem Bestreben, die deutsche Zollgrenze nach Norden an die ehemalige Königsaugrenze aus der Zeit von 1864 bis 1920 zu verlagern, damit die nordschleswigsche Landwirtschaft zollrechtlich zum deutschen Binnenmarkt gehören würde. Dass hinter diesen Zollgrenzplänen letztendlich das Ziel einer Grenzrevision stand, ging aus verschiedenen internen Beiträgen hervor. Und auch die Wähler durchschauten offenbar das Manöver, denn die Schleswigsche Partei musste sich diesmal mit 13,3 Prozent der Stimmen begnügen, dem schlechtesten Wahlergebnis des gesamten hier dargestellten Zeitraums und ein deutlicher Hinweis darauf, dass es noch lange dauern würde, bis sich die nordschleswigsche Bevölkerung mit dem Gedanken eines wirtschaftlichen Anschlusses an Deutschland würde anfreunden können.[27]

„Heim ins Reich"?

Mit der Machtergreifung Hitlers in Deutschland am 30. Januar 1933 trat der Grenzkampf in eine neue Phase – und es waren die schleswig-holsteinischen Nazis, die den Anstoß hierzu gaben. Im Februar bezeichnete Pastor Johann Peperkorn (1890–1967), seines Zeichens grenzpolitischer Sprecher der NSDAP, die Abtretung Nordschleswigs als „bitteres Unrecht". Er forderte die deutsche Minderheit auf, sich für die Entstehung eines Großdeutschlands im Herzen Europas mit einzusetzen. Am 24. März verschärfte der neue Vorsitzende des Schleswig-Holsteiner-Bundes, Eckernfördes Bürgermeister Wilhelm Sievers (1896–1966), in einer Ansprache den Ton mit den Worten: „Wir wollen Nordschleswig wiederhaben!" Der Vorstoß wurde mit einer erneuten Versammlung am 5. April in Eckernförde unter dem Motto „Nordschleswig muss wieder deutsch werden" untermauert.[28]

---

[27] Ebd., II, 282–297.

[28] Quellen zur Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion/Kilder til den dansk-tyske grænseregions historie; II: Ostersturm/Påskeblæsen 1933. Flensburg 1983, 28–49, 70–77.

Diese Äußerungen führten zu heftigen Reaktionen in Dänemark und wurden auch im restlichen Ausland durchaus registriert. Aus Berlin kam indessen die Weisung, in Sachen Rhetorik abzurüsten. Die Ereignisse sind später in die Annalen als „Ostersturm" eingegangen, der in dänischen Kreisen für einigen Wirbel sorgte und dem Grenzkampf neue Nahrung gab. Dabei steht außer Frage, dass die schleswig-holsteinischen Äußerungen in erster Linie gezielt auf die deutsche Minderheit in Nordschleswig gemünzt waren.

Und die Wirkung blieb nicht aus. Anfang April 1933 konnte der dänische Lehrer Alfred Torp (1896–1933) berichten, dass unter den Deutschgesinnten in Tondern hinter vorgehaltener Hand die Kunde, man werde bald wieder deutsch sein, die Runde mache.[29] Das Folketingsmitglied J. P. Nielsen (1873–1952) beschwerte sich über eine regelrechte „Fanatisierung" der Deutschgesinnten in Sonderburg.[30] Im März kam es in Tondern zur Veranstaltung eines gänzlich im Zeichen des Nationalsozialismus stehenden „deutschen Abends". Bei dieser Gelegenheit trugen sich 27 Personen in eine Liste derer ein, die zum Kampf für ein neues Deutschland bereit seien. Auf einer erneuten Versammlung am 1. April in Saxburg bekundeten 65 Personen, dass sie die Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft" unterstützten. Am 15. April wurden die nationalsozialistischen Arbeitsgruppen in Nordschleswig aufgefordert, sich der „Zentrale" in Apenrade anzuschließen. Urheber dieser Maßnahme war Jens Lorenzen, der zu einem Treffen der Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft Nordschleswig (NSAN) aufrief. In der Praxis diente er als verlängerter Arm der schleswig-holsteinischen Nationalsozialisten, was unter anderem deutlich wurde, als im Sommer 1933 ein aus Jens Lorenzen, Johannes Schmidt, Gauleiter Hinrich Lohse (1896–1964) und Wilhelm Sievers bestehender „kleiner Führerrat" gebildet wurde.[31]

Unterdessen war die Nazifizierung der Minderheit nunmehr in vollem Gange. Die Mitgliederzahl der NSAN stieg stetig an; im August konnte Rektor Koopmann hier die Zahl dreitausend vermelden. Die Partei wurde um Ortsverbände, SA-Abteilungen und anderes mehr erweitert. Es wurden „Schulungstage", „deutsche Abende", Fahneneinweihungen und Ähnliches veranstaltet. Das machte sich entsprechend in den heimdeutschen Vereinen bemerkbar, von denen mehrere neugegründeten Organisationen einverleibt

---

29 Henrik Becker-Christensen: Byen ved grænsen. Tønder 1920–1970. Apenrade 1993, 54.

30 Henrik Becker-Christensen: „Nordschleswig Erwache!" Det tyske mindretal og nazismen i 1933. In: Sønderjyske Årbøger 1998, 169–170.

31 Ebd., 187–201.

oder, wie im Fall der Schleswigschen Partei, von innen unterwandert wurden. Der Parteiname blieb derselbe, aber es handelte sich in der Realität um ein „Scheinunternehmen", das bei politischen Wahlen nur pro Forma antrat. Die Nationalsozialisten traten nicht mit einer eigenen Partei an, sondern sicherten sich ihren Einfluss durch die Nominierung von Kandidaten der Schleswigschen Partei.

Allerdings lief nicht alles nach Plan. Die folgenden Jahre waren durch einen erbitterten Streit zwischen mehreren nationalsozialistischen Gruppierungen innerhalb der deutschen Minderheit geprägt, worauf hier nicht näher eingegangen werden soll. Entscheidend war, dass Ende der 1930er-Jahre die 1935 gegründete Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Nordschleswig (NSDAPN) mit dem Veterinär Jens Møller (1894–1951) aus Gravenstein an der Parteispitze am Ende als Sieger hervorging.

Die Minderheit wurde indessen durch den Streit nicht geschwächt. Vielmehr verzeichnete man in mehreren Bereichen sogar Stärkung und Fortschritt. So verdoppelte sich im Zeitraum 1932 bis 1934 beispielsweise die Anzahl deutscher Privatschulen. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der schulpflichtigen Kinder an den deutschen Schulen von 13,9 Prozent auf 15,2 Prozent und stagnierte dann. Zur Folketingswahl im Oktober 1935 erhöhte sich der Stimmenanteil der Schleswigschen Partei auf 15,6 Prozent – ein Zuwachs um 2.749 Stimmen. Parallel hierzu wurden die deutschen Schulforderungen lauter. Hatte der Deutsche Schulverein in der Vergangenheit lediglich „Wünsche" geäußert, so hieß es 1937 und 1938 nunmehr „wir fordern", „wir betrachten es als selbstverständlich" und ähnliche Formulierungen. Konkretisiert wurden die Forderungen in einem Acht-Punkte-Programm, dem im Rahmen eines neuen Schulgesetzes im März 1939 im Großen und Ganzen auch stattgegeben wurde. Die Kontrolle über die Schulen verfestigte sich, als der deutsche Schulbeauftragte im November 1939 Vorsitzender des Deutschen Schulvereins für Nordschleswig wurde und zudem trotz dänischseitiger Bedenken mit der Aufsicht über die deutschen Privatschulen betraut wurde. Mit dieser Doppelfunktion war in der Praxis eine Autonomie des minderheitlichen Schulwesens herbeigeführt worden.[32]

Zusätzlich genährt wurde die Entwicklung durch die Forderung nach einer Grenzrevision, die der Minderheit von Anfang an am Herzen gelegen hatte. Um diese ging es, wenn auch unterschwellig, auch immer bei den von den heimdeutschen Nationalsozialisten geäußerten Behauptungen einer dänischen Unterdrückungspolitik und den Versuchen, die Landwirtschaftskrise zu eigenen

[32] Troels Fink: Sønderjylland siden genforeningen i 1920. Kopenhagen 1955, 101–108.

Zwecken zu instrumentalisieren. Im April 1933 erschien ein unter Federführung von Lorenz Christensen (1892–1965) verfasstes „Nordschleswigsches Manifest", das die wirtschaftliche Entwicklung des Landesteils in den düstersten Farben malte. Gefordert wurden darin die Einsetzung eines nordschleswigschen Untersuchungsausschusses und finanzielle Ausgleichszahlungen an die Geschädigten. Unterzeichnet hatten unter anderem mehrere namhafte dänische und deutsche Nordschleswiger, einschließlich mehrerer Vertreter der neuen Protestbewegung Gemeinschaft der Landwirte, der sich in diesen Jahren viele Landwirte angeschlossen hatten.[33] In der Realität mutete die Veröffentlichung dieses nordschleswigschen „Manifests" an wie eine Wiederholung der seinerzeitigen Aktion der Einheitsbewegung (Samlingsbevægelse) von 1928.

Zwei Jahre später „outete" sich Christensen endgültig als Vollblutnazi mit dem Buch *Nordschleswig wartet. Die wirtschaftliche Notlage des Grenzlandes unter dänischer Herrschaft*. Im Vorfeld der Landstingswahl 1936 wurde bei verschiedenen Gelegenheiten unverblümt der Wunsch „Heim ins Reich" geäußert. So sagte Christensen etwa in einer Rundfunkansprache:

> „Ihr habt die Wahl zwischen [Ministerpräsident] Staunings Dänemark und Hitlers Deutschland, zwischen Volksfront und Volksgemeinschaft. Die große Zeit, in der wir leben, muss in euch die Erkenntnis reifen lassen, dass die Zukunft unserer schleswigschen Heimat am besten dadurch sichergestellt wird, dass ihr deutsch wählt."[34]

In die gleiche Kerbe schlug Jens Møller, als er im selben Jahr zwei Parteifahnen in Hadersleben mit den Worten hisste „In Treue zu Adolf Hitler halten wir Wacht an der Königsau" und „Wir wollen die Befreiung der Heimat von den Fesseln der Knechtschaft".[35]

Diese Verlockungen verfingen umso mehr, als das Dritte Reich Ende der 1930er-Jahre deutlich die Zügel anzog: Im März 1938 erfolgte der Anschluss Österreichs an Deutschland, im September die Einverleibung des Sudetenlandes, das die Tschechoslowakei aufgrund des Münchner Abkommens abtreten musste. Im März 1939 waren die übrige Tschechoslowakei sowie das Memelland an der Grenze zwischen Litauen und Ostpreußen an der Reihe. Anschließend wurde die Freistadt Danzig in den Blick genommen.

33 Grænsevagten 1933, 179–180.

34 Grænsevagten 1936, 332.

35 Ebd., 275.

Diese Ereignisse elektrisierten förmlich die deutsche Minderheit in Nordschleswig und nährten Erwartungen, dass der Wunsch nach einer Grenzrevision in Erfüllung gehen würde. Auf dieser Klaviatur spielte man auch zur Wahl im April 1939, als Jens Møller Johannes Schmidt im Folketing ablöste. So schloss Møller zum Beispiel eine Wahlrede mit den Worten: „Führer mach' uns frei! Wählt Schleswigsche Partei!" Letztere erhielt 15,9 Prozent der Stimmen – ein Zuwachs um 0,3 Prozent. Im Nachgang wurde Møller von den Zentralbehörden in Berlin angewiesen, die Grenzfrage nicht mehr im Folketing zu thematisieren, um das Verhältnis zu Dänemark nicht zu belasten. Er leistete dieser Aufforderung zwar Folge, fühlte sich aber nicht daran gebunden, als er am 25. Juni 1939 als Redner auf dem jährlichen Knivsbergfest auftrat und bei dieser Gelegenheit erneut die Forderung nach einer Grenzrevision proklamierte.[36]

Dänemark unter deutscher Besatzung

Durch die Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 wähnte die deutsche Minderheit das Ziel nunmehr in Reichweite. Die deutschen Besatzer wurden als Befreier begrüßt. Wenige Tage später verlautete indessen von reichsdeutscher Seite gegenüber der Führung der Minderheit, die Zusicherung der „territorialen Unantastbarkeit" Dänemarks bedeute, dass die deutsche Minderheit eine Thematisierung der Grenzfrage zu unterlassen habe. Der parteiliche „Rednerdienst" Nr. 1 vom April 1940 wies die örtlichen Leiter entsprechend an, auf jedwede diesbezügliche Erwähnung zu verzichten.

Die deutschen Erfolge an der Westfront und der Zusammenbruch Frankreichs gaben der Hoffnung indessen neue Nahrung. Als Møller am 16. Juni 1940 eine Ansprache vor leitenden Parteimitgliedern hielt, schärfte er ihnen ein, dass es nicht gestattet sei, mit der Hakenkreuzfahne zu flaggen – zumindest bis zum 28. Juni, dem Jahrestag des Versailler Friedens. Dies schürte in weiten Teilen der Minderheit die Erwartung, dass an dem Tag die Grenzverlagerung stattfinden werde. Doch der 28. Juni kam und verrann auch wieder, ohne dass etwas passierte. Die Strategie war offenbar, dass die NSDAPN selbst so viel Öl ins Feuer gießen solle, dass die Partei mit einem „Volksbegehren" für eine Grenzrevision an die Öffentlichkeit gehen könne.

36 Sønderjyllands Historie 2. Efter 1815. Apenrade 2009, 327 (Henrik Becker-Christensen).

Im Laufe des Sommers und des Herbstes 1940 warb die NSDAPN weiterhin unvermindert für eine Wiedervereinigung Nordschleswigs mit dem Dritten Reich. Im Dezember 1940 wurde der Partei jedoch eine Neuausrichtung ihrer Politik auferlegt – und zwar auf einer Sitzung in Berlin, wo es hieß, die NSDAPN möge sich fortan in erster Linie um das Bewahren des Deutschtums in Nordschleswig kümmern und dafür Sorge tragen, dass die Minderheit sich den für den „gesamtdeutschen Schicksalskampf" vorgegebenen Richtlinien unterordne. Hierdurch wurde die Regsamkeit der NSDAPN in neue Bahnen gelenkt.[37]

Zu den neuen Initiativen gehörte eine organisatorische Stärkung der Minderheit. So wurden etwa weitere deutsche Privatschulen geschaffen, wobei es hilfreich war, dass die deutsche Besatzungsmacht sich bei der dänischen Zentralbank, der Nationalbank, Gelder für die umfangreichen Schulbaumaßnahmen „beschaffen" konnte.[38] Außerdem kam es in mehreren anderen Bereichen zu einem zunehmend eigenständigen Agieren minderheitlicher Organisationen unter Umgehung dänischer Behörden. So wurde etwa 1943 eine dem dänischen Ministerpräsidialamt angegliederte Art besondere ständige deutsche Vertretung eingerichtet, der ein namhaftes nationalsozialistisches Mitglied der Minderheit vorstand.

Es besteht kein Zweifel, dass während der Besatzungszeit das Grenzrevisionsansinnen, wenn auch unterschwellig, stets auf der Tagesordnung der deutschen Minderheit verblieb und dass das dänischerseits in mehreren Punkten sowohl gegenüber der Besatzungsmacht als auch der Minderheit geübte Stillhalten oder Wohlverhalten viel mit entsprechenden Befürchtungen zu tun hatte. Aber als das Kriegsblatt sich 1943 zu wenden begann, verlor dieses Einschüchterungsgebilde zunehmend an Wirkung – erkennbar auch deutlich am Wortlaut eines Schreibens Møllers vom 21. September an die Volksdeutsche Mittelstelle, in welchem er die Entwicklung kommentierte: „Aber eins sehe ich ganz deutlich: die deutsche Niederlage. Was soll nun werden? Das ist die bange Frage, die auch wir Volksgenossen in Nordschleswig uns stellen."[39]

37 Henrik Becker-Christensen: NSDAPN – og Slesvigsk Parti. Det tyske mindretals politiske virke under besættelsen. In: Joachim Lund (Hrsg.): Partier under pres – demokratiet under besættelsen. Kopenhagen 2003, 331–342.

38 Fink: Sønderjylland (Anm. 32), 128.

39 Bilag til beretning til Folketinget afgivet af den af tinget under 25. oktober 1950 nedsatte kommission i henhold til Grundlovens § 45 (Den parlamentariske kommissions betænkning), XIV. København 1953. Bind 2: Tyske dokumenter, 767.

Die Frage stand anschließend erst mal so im Raum und wurde zwei Monate später andeutungsweise beantwortet, und zwar am 11. November 1943, als der deutsche Pfarrer in Hadersleben, Friedrich Prahl (1885–1969), einige Gedanken zu Papier brachte, die sich ein kleiner Kreis deutsch gesinnter Personen gemeinsam um die Zukunft der Minderheit gemacht und erörtert hatte. Dabei wurde im Grundsatz der Wunsch nach einem guten Verhältnis zu den dänischen Mitbürgern formuliert, das nur auf absoluter Loyalität von deutscher Seite beruhen könne. Geäußert wurde diesbezüglich: „Die jetzige Grenze besteht zu Recht. Ein Grenzproblem gibt es nicht mehr. Das werden wir zu gegebener Zeit öffentlich vertreten."[40]

Diese Verlautbarung war ein Teil der sogenannten Haderslebener Erklärung, die am 22. November 1945 zum Ausgangspunkt für die Bildung der minderheitlichen neuen Hauptorganisation Bund deutscher Nordschleswiger wurde. In der Gründungserklärung heißt es dazu: „Als deutsche Nordschleswiger bekennen wir uns zu unbedingter Loyalität dem dänischen König, dem dänischen Staat und der jetzigen Grenze gegenüber und erstreben einen ehrlichen Frieden in unserer Heimat."[41] Dies war der Beginn eines neuen Anfangs.

[40] Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, III. Kiel 1982, 157–159.

[41] Ebd., III, 233.

Den ekstreme sønderjyde

Krisebevægelser i 1920-ernes og 1930-ernes Sønderjylland

Leif Hansen Nielsen

Sønderjylland var i mellemkrigsårene karakteriseret ved mange krisebevægelser og højrenationalistiske strømninger. Blandt de vigtigste var Cornelius Petersen med *Bondens Selvstyre* fra midten af 1920-erne, Lei-bevægelsen eller Samlingsbevægelsen i sidste halvdel af 1920-erne og Landbrugernes Sammenslutning (LS) i starten af 1930-erne. I denne artikel kastes der et blik på årsagerne til – og konsekvenserne af – protestbevægelserne i Sønderjylland.

Bevægelserne i Sønderjylland har været genstand for mange undersøgelser både i samtiden og senere. Af nyere forskning kan nævnes Hans Schultz Hansens fremstilling i *Det Sønderjyske Landbrugs Historie* fra 1994, såvel som hans tilsvarende artikel i *Bol og By* fra samme år om de nordslesvigske bondebevægelser, hvor der detaljeret redegøres for det sønderjyske landbrugs vanskeligheder efter Genforeningen og krisebevægelsernes udvikling og forløb.[1] Ligeledes har Henrik Becker-Christensen behandlet emnet i *Sønderjyllands Historie* fra 2009, ligesom Morten Andersen har taget emnet op i sin bog fra 2008 om Slesvigs deling og den økonomiske genopbygning.[2]

---

1 Hans Schultz Hansen: Det sønderjyske landbrugs historie 1830–1993 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 72). Aabenraa 1994, 218ff og samme: De nordslesvigske bondebevægelser i mellemkrigstiden. I: *Bol og By*. Landbohistorisk Tidsskrift 1994:2, 46–65.

2 Henrik Becker-Christensen: Fra „mod hinanden" til „med hinanden". I: Sønderjyllands Historie, 2, Efter 1815. Aabenraa 2009, 306 ff. Morten Andersen: Den følte grænse. Slesvigs deling og genopbygning 1918–1933 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 99). Aabenraa 2008, 370 ff.

Kim Salomon har i 1980 i bogen *Konflikt i Grænseland. Sociale og nationale modsætninger i Sønderjylland 1920–33* behandlet perioden ganske udførligt med fokus på årsagerne til den nationale konflikt: Var den økonomisk betinget eller nationalt og kulturelt? Han når frem til et „både-og", men også til den interessante pointe, at konflikten i Nordslesvig var lokalt forankret. Havde Nordslesvig været et økonomisk kraftcenter med industri og med betydning for Danmarks og Tysklands økonomi, havde konfliktbilledet været et ganske andet. Da havde det formentlig udviklet sig til en interstatslig konflikt mellem Danmark og Tyskland, som for eksempel Ruhr-distriktet var mellem Tyskland og Frankrig, og ikke primært som en lokal konflikt mellem flertalsbefolkning og mindretal.[3]

Tidligere har Peter Hopp behandlet emnet med fokus på mindretallets rolle i konflikten og i etableringen af Samlingsbevægelsen.[4] Henrik Becker-Christensen har i sin doktordisputats om det tyske mindretal i Nordslesvig 1920–1932 fokuseret på samspillet mellem bevægelserne og mindretallets ændrede kurs fra midten af 1920-erne og frem.[5] Svend Thorsen sætter i sin gennemgang af den politiske partidannelse i Sønderjylland fra 1970 bevægelserne ind i en politisk kontekst, ligesom Troels Fink med vanlig forstandighed har kommenteret bevægelserne i bogen om *Sønderjylland siden Genforeningen i 1920*. Endelig kan det nævnes, at bevægelserne også har fået selvstændig behandling i det klassiske værk: *Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals* Historie fra 1938.[6]

Mange har med andre ord betrådt denne sti – og med forskelligt udgangspunkt. Helt centralt i fremstillingerne er pointeringen af, at bevægelserne opstod som følge af den vanskelige økonomiske udvikling i landsdelen efter Genforeningen, oftest krydret med den nationale konflikt og mindretallets krav om en grænseflytning. Men det gennemgående budskab er også, at krisebevægelserne til trods for stor opmærksomhed i samtiden ikke opnåede en position, hvor de reelt kom til at true de etablerede organisationer og det politiske system.

[3] Kim Salomon, Kim: Konflikt i Grænseland, Sociale og nationale modsætninger i Sønderjylland 1920–33. København 1980.

[4] Peter Hopp: Bodenkampf und Bauernbewegung. Von der Anfangsphase der Kreditanstalt Vogelgesang bis zum Ende der Sammlungsbewegung. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Minderheit in Nordschleswig. I: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 100, 1975, 217–320.

[5] Henrik Becker-Christensen: Det tyske mindretal i Nordslesvig 1920–1932 II. Aabenraa 1990, 180–221.

[6] 6 Svend Thorsen Delt efter anskuelser. Den politiske partidannelses forløb i Sønderjylland efter genforeningen i 1920. København 1970, 100ff. Troels Fink: Sønderjylland siden Genforeningen i 1920. København 1955, 24ff og 63ff. Franz von Jessen: Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals Historie 1920–1937 III. København 1938, 206ff.

Rigtigt er det, at Sønderjyllands politiske landskab i denne periode netop var domineret af disse forhold. Men spørgsmålet er, om det er hele forklaringen på, hvorfor det netop var i Sønderjylland, at disse bevægelser havde så stor en tilslutning? Den landsdel, der blot få år tidligere med 75 procent af stemmerne under fest og optimisme stemte sig hjem til Danmark? Var der andre forhold end de økonomiske og nationale, der gjorde sig gældende? Videre kan man spørge, om disse bevægelser var ganske uden betydning for den politiske udvikling i landsdelen, selv om de ikke spillede en afgørende selvstændig politisk rolle?

Til at perspektivere udviklingen i Nordslesvig er det værd at erindre, at en nærmest tilsvarende udvikling fandt sted syd for grænsen med bondebevægelsen „Landvolk-bewegung", her dog efterfulgt af en senere stor tilslutning til nationalsocialismen. Denne udvikling er blandt andet behandlet af Rudolf Heberle i en sociologisk undersøgelse fra 1963, ligesom også Gerhard Stoltenberg i en undersøgelse af den politiske meningsdannelse i Slesvig-Holsten i Weimar-republikken har behandlet emnet. På dansk foreligger Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidts let tilgængelige oversigtsartikel i *Bol og By* fra 1994 om landfolkbevægelsen i Slesvig-Holsten.[7]

Det sønderjyske landbrug efter Genforeningen

Der kan ikke herske tvivl om, at det sønderjyske landbrug led voldsomt i årene efter Genforeningen. Årsagerne var mange, og de var både af finansiel, strukturel og konjunkturel art.

Før 1914 havde det sønderjyske landbrug nydt godt af Tysklands toldbeskyttelseslove og havde produceret med god fortjeneste til det store tyske hjemmemarked. Nu, efter Genforeningen, skulle det sønderjyske landbrug omlægge produktionen efter dansk mønster og til konkurrence på det frie verdensmarked. Denne omstilling blev på ingen måde lettere af, at det øvrige danske landbrug allerede i 1880-erne havde været gennem denne omstilling, samt at det danske landbrug tilmed havde oplevet en form for højkonjunktur

[7] Rudolf Heberle: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932. Stuttgart 1963. Gerhard Stoltenberg: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933. Düsseldorf 1962. Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt: Landfolkbevægelsen i Slesvig Holsten. I: *Bol og By*. Landbohistorisk Tidsskrift 1994:2, 66–77.

under verdenskrigen.[8] I Sønderjylland havde landbruget derimod haft trange kår under krigen. Mange bedrifter var på bedste beskub blevet drevet af hustruen eventuelt ved hjælp af børn, russiske krigsfanger eller af „gammelfar", der for længst var gået på aftægt. Jorden blev under krigen udpint grundet mangel på gødning, besætningerne nedbragt til et minimum af tvangsudskrivningerne, og bygningerne blev forsømt. Mange steder kom husfaderen aldrig hjem – omkring 6.000 unge nordslesvigere døde på slagmarken. Andre steder kom han hjem, men som invalid eller med nedbrudt helbred og nerver. Måske manglede „knægten", der skulle have taget over eller hjulpet til.

Hertil kom den lange og usikre overgangsperiode med valutaproblemer, markfald, ekstreme prisstigninger og vareknaphed. Bedre blev det ikke af, at mange, i tiltro til at marken atter ville rette sig, optog dyre kronelån i Danmark til køb af billige mark for på den måde at indfri markgælden. Men i takt med at overgangstiden trak ud, og indtjeningen fortsatte i mere og mere værdiløse mark, hvorimod kronelån og renter fortsat skulle betales i dyre danske kroner, blev det for mange en meget vanskelig tid.

Følgen blev en enorm gældssætning af det nordslesvigske landbrug, som ikke stoppede ved Genforeningen. I perioden 1920–23 udlånte Sønderjyllands Kreditforening således over 100 millioner kroner til det forgældede landbrug.[9] I 1925 var det nordslesvigske landbrugs gæld forøget med 42 procent i forhold til tiden før verdenskrigen. I gennemsnit var 64 procent af panteværdien af de sønderjyske gårde belånt, men tallet dækkede over store forskelle: 12 procent af de sønderjyske landbrug var gældfrie, men omvendt var 23 procent belånt ud over panteværdien.[10]

Da verdensproduktionen atter kom i omdrejninger efter krigen, gav det yderligere et dyk i priserne på landbrugsprodukter. Samtidig måtte landbruget i de første år efter Genforeningen trækkes med både dårligt vejr, tørke i 1921 og en våd sommer i 1923, samt udbrud af mund- og klovsyge i 1925–26.[11] Men galt skulle blive værre. Kronens værdi havde været meget svingende, så kravet om „den ærlige krone" steg, og i december 1924 vedtog Rigsdagen, at kronen skulle føres i pari, eller i hvert fald op til mindst 70 procent inden for to år. Hvor velmenende denne foranstaltning om en ærlig krone end var, blev den en katastrofe for landbruget, for med beslutningen var der givet statslig

8 Schultz Hansen: Bondebevægelser (note 1), 46 og Fink: Sønderjylland (note 6), 24.

9 Thorsen: Delt efter anskuelser (note 6), 100–101.

10 Schultz Hansen: Sønderjyske landbrug (note 1), 220–221.

11 Sst., 221.

sikkerhed for valutaspekulation. Udenlandske spekulanter opkøbte danske kroner i stor stil, og allerede i februar 1926 havde kronen genvundet 97 procent af sin guldværdi. Denne deflation betød et stærkt fald i landbrugets indtægter. Man fik mindre for varerne i udlandet samtidig med, at de indenlandske omkostninger forblev uændrede.

Ved midten af 1920-erne kom den første større bølge af konkurser, hvor mange af de mest forgældede landbrug måtte dreje nøglen om. Alene i Sønderjylland var der i 1926 over 100 konkurser. Året efter, i 1927, var antallet steget til 178.[12] Det var i skyggen af denne udvikling, at de sønderjyske krisebevægelser voksede frem.

Selvstyrebevægelsen

Den første, større krisebevægelse, der så dagens lys, var *Bondens Selvstyre* med Cornelius Petersen (1882–1935) som frontfigur.[13] Han kom oprindeligt fra Ejdersted, men var kort efter århundredskiftet, i 1905, flyttet op til gården Vester Anflod ved Møgeltønder. På dette tidspunkt var han ubetinget tysksindet, men på ingen måde fjendtligt stemt over for den danske del af befolkningen, som udgjorde majoriteten i den egn, han tilflyttede.[14]

I januar 1919 satsede han stadig på det tyske og lod sig opstille til nationalforsamlingen i Weimar for det venstreliberale tyske frisindede parti i Tønder-Husumkredsen. Det lykkedes ham dog ikke at blive valgt, og i løbet af foråret 1919 slog han nationalt om og blev en ivrig agitator for en dansk grænse ved Dannevirke.[15] I to småskrifter angreb han det tyske styre og agiterede for et Danmark til Ejderen.[16] Måske var det mindre et tilvalg af Danmark end et fravalg af Tyskland, for, som han forklarede i et af skrifterne, så kan det for „os, der føler os som tyskere" [„für uns Deutschfühlende"] virke forkert at skulle knytte os til et fremmed land. Det ville, sagde han, under normale forhold forekomme umuligt, men da landet nu var i opløsning, måtte tilhørsforholdet gennemtænkes:

---

12 Sst., 222.

13 Se f.eks. Hans Schultz Hansen: Cornelius Petersen – frisisk pioner og slesvigsk selvstyreagitator. I: Inge Adriansen og Mikkel Leth Jespersen (red.): Skurke og helte i Sønderjyllands historie (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 105). Aabenraa 2012, 244–259.

14 Thorsen: Delt efter anskuelser (note 6), 102.

15 Sst., 102ff.

16 Cornelius Petersen: Das schleswigsche Volk. Flensburg 1919 og Die schleswigsche Frage. Vom Standpunkt eines Bauern. Flensburg 1919.

„Vi er frisere eller jyder, nedersaksere [i.e. tyskere] er vi ikke".[17] Bag ønsket om en grænse ved Ejderen lå også et ønske om et udelt Slesvig. Cornelius Petersen mente, som mange andre slesvigere, at den sydslesvigske marsk var uundværlig for det slesvigske landbrug, specielt for det traditionelle studeopdræt.[18]

Blandt Dannevirkepolitikerne blev hans engagement hilst mere end velkomment, og fra økonomisk indflydelsesrige kredse i København fik han her i overgangstiden støtte til at opkøbe og udgive en avis i Tønder. En tid fik han ligefrem sæde i Grænseforeningens bestyrelse.[19]

I overgangstiden foretog Cornelius Petersen nogle vidtløftige spekulationer, der bragte ham i økonomisk uføre. Efter Genforeningen og med grænsedragningen lige syd for hans gård i Møgeltønder vendte hans utilfredshed sig nu mod det danske politiske system.[20] I 1924 stillede Cornelius Petersen op til folketingsvalget for Landmandspartiet, dog uden at blive valgt. Landmandspartiet var i 1924 blevet dannet af Dansk Landmandsforening som en udbrydergruppe fra Venstre. Partiet var et protestparti og i opposition til de traditionelle partier, som man mente havde ført landet i uføre både økonomisk, nationalt og moralsk. Ved valget i 1924 gik partiet til valg på bedre forhold for landbruget, lavere skatter samt besparelser på de offentlige udgifter.[21]

Cornelius Petersen havde gennem mange år været i opposition til det bestående, men det var først efter at „marken gik i nul og kronen i 100", at Cornelius Petersen fik ørenlyd i sin hetz mod embedsmandsvældet, administrationen, retsplejen, regeringen, levebrødspolitikere og parlamentarismen. Nu var det ikke længere som i 1919/20 den tyske „embedsmandspolyp", der var fjenden, men den københavnske centraladministration. Med „onelinere" som: „Vi fortsætter, hvor Skipper Clement slap", „Tyskerne tog vort blod og røvede vores penge, danskerne tager vores ejendomme", „Bønderne betaler tilbage i guldkroner, hvad de har lånt i papirkroner" og så videre lykkedes det ham at stable en bevægelse på benene.[22] I Tinglev fik han vedtaget en resolution, der kraftigt fordømte kronestigningen, protesterede mod de høje skatter,

17 Petersen: Das schleswigsche Volk (note 16), 13–14.

18 Schultz Hansen: Sønderjyske landbrug (note 1), 218.

19 Thorsen: Delt efter anskuelser (note 6), 103.

20 Se Schultz Hansen: Sønderjyske landbrug (note 1), 223 og Thorsen: Delt efter anskuelser (note 6), 104.

21 http://danmarkshistorien.dk/leksikon-og-kilder/vis/materiale/landmandspartiets valgavis. Siden besøgt 10.3.2020.

22 Thorsen: Delt efter anskuelser (note 6), 104.

krævede en nyordning af realkreditten og en nedskrivning af gælden samt en udsættelse af afdragene.[23]

I 1926 oprettede han, lidt i modstrid med den grundlæggende aversion mod parlamentarisme, Selvstyrepartiet. Samtidig begyndte han at udgive bladet *Bondens Selvstyre* som ugeblad og senere som dagblad benævnt *Folkets Selvstyre*. Cornelius Petersen kunne med sin grovmundede kritik af forhold og personer under deflationskrisen samle talrige tilhørere. Ofte blev han ved møderne sekunderet af Theodor Mathiesen Kylling fra Frørup (1877–1936) og af Hans Christian Lei fra Snogbæk (1873–1944). Særligt i 1926 op til folketingsvalget var mødeaktiviteten stor med mange møder især i Aabenraa og Sønderborg Amter samt i midtlandet fra Tinglev og op til Løgumkloster. Det var også dette år, at „løjtnant-oprøret" i Tønder fandt sted. Her blev en lille gruppe af yngre officerer med tilknytning til Cornelius Petersen og *Bondens Selvstyre* anholdt og sigtet for forsøg på anstiftelse af oprør, blandt andet ved i et brev til officerskolleger at sondere stemningen for, om de havde lyst til at arbejde for „at gennemføre en forfatningsændring, som vi anser for absolut nødvendig". Retssagen løb dog ud i sandet for myndighederne, da samtlige tre anklagede blev frifundet ved Søndre Landsret i januar 1927.[24]

Cornelius Petersen – og dermed partiet – var meget idérig og god til „stunts", der kunne holde gryden i kog. Han indførte således en Selvstyre-grundbog, hvor de indtegnede – når tiden skete fyldest – ville få erstatning for kronestigningen og for en eventuel tvangsauktion; han designede et selvstyreflag; han tog initiativ til oprettelsen af et bondeværn, der var et slags bevæbnet hjemmeværn med „militær organisation", som skulle forsvare hjemmene mod angreb på den personlige frihed og ejendomsret. Som et højdepunkt begyndte han i 1927 at udstede såkaldte SOS-penge (Selvstyre Organisationens Seddelbank-penge), dels for at finansiere partiets virke, dels for at undergrave den danske nationalbank.[25]

Bevægelsen fik med alle sine kulørte indslag stor opmærksomhed i både den landsdækkende og den lokale presse, hvor man havde lidt svært ved at placere bevægelsen nationalt. Flere af bevægelsens fremtrædende mænd var tidligere Dannevirkemænd som for eksempel Cornelius Petersen, Kylling og

---

23 Schultz Hansen: Sønderjyske landbrug (note 1), 223.

24 Nikolaj Petersen: „Løjtnant-oprøret" i Tønder 1926: Drama, tragedie eller farce? I: Sønderjyske Årbøger 2015, 93–124. Se også RAÅ, Tønder Politi, kriminalpolitiet, nr. 1539: Akter vedrørende Cornelius Petersen og bondeværnet.

25 Thorsen: Delt efter anskuelser (note 6), 106.

Iver Møller (1890–1956), Rinkenæs, men omvendt var der også fremtrædende hjemmetyskere med i bevægelsens ledelse, for eksempel H.C. Lei og Hans Hansen (1881–1958), Lille Mommark. Sagen var nok, at Selvstyrebevægelsen i Cornelius Petersens optik var en slesvigsk bondebevægelse og ikke en national bevægelse. Den tog udgangspunkt i den selvejende bondes ret og pligt, som det også kom til udtryk i partiprogrammet. Hovedbudskabet var her, at statsmagten skulle indskrænkes til det absolut minimale og kun omfatte militær, politi, udenrigspolitik samt overordnet infrastruktur. Følgelig skulle også skatterne sættes ned. Hans idealsamfund var et middelalderligt bondesamfund, hvor jordejerne mødtes på tinge i de enkelte sogne („grander") og valgte de bedste til en forsamling, som igen valgte de bedste til et herredsråd. Ud fra disse herredsråd skulle der så vælges et rigsråd (et „ministerium"), hvor kongen skulle føre forsædet.[26] Nøgternt betragtet var *Bondens Selvstyre* med dette program ikke et troværdigt alternativ til det eksisterende samfund. Men spørgsmålet var også, hvor stor tilslutning partiet reelt havde. Ved folketingsvalget i 1926 fik Selvstyrepartiet i Sønderjylland blot 2.117 stemmer (3,2 procent), hvilket var meget skuffende i forhold til de mange tilhørere, som bevægelsen havde samlet til møderne, kulminerende med omkring 3.000 ved et folkemøde i Aabenraa i oktober 1926.[27]

Valgresultatet markerede reelt partiets og bevægelsens vej ud af rampelyset og placerede det på linje med Landmandspartiet, der ved valget i 1924 havde fået 1.875 stemmer eller 3,3 procent af de afgivne stemmer.[28]

Samlingsbevægelserne

Slesvigsk Parti fik ved samme folketingsvalg i 1926 en fremgang på mere end 3.000 stemmer og nåede ved valget op på i alt 10.400 stemmer, hvilket svarede til 15,6 procent af de afgivne stemmer i Sønderjylland.[29] Fremgangen skyldtes i høj grad et samarbejde med – eller udnyttelse af – Cornelius Petersen og Selvstyrebevægelsen. Fra Slesvigsk Partis side så man Selvstyrepartiet og Cornelius Petersen som den ideelle urostifter og agitator mod det danske styre og som en faktor, der muligvis kunne få stemningen til at svinge over i tysk favør. Man var

---

26 Arthur Lessow: Cornelius Petersen im Spiegel seiner Zeit. I: Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig, 1976, 54.

27 Schultz Hansen: Bondebevægelser (note 1), 232.

28 Jessen: Haandbog (note 6), 229.

29 Sst., 234.

dog også bekymret for, om hans voldsomme angreb på de danske forhold kunne tiltrække tyske stemmer og derved svække hjemmetyskheden. Derfor nærmede Slesvigs Parti sig op mod valget i 1926 stærkt Cornelius Petersens program og opstillede H.C. Lei, Snogbæk, på Slesvigsk Partis liste sammen med tidligere pastor Johannes Schmidt-Vodder (1869–1959). Taktikken lykkedes, og den tyske del af Selvstyrebevægelsen stemte tysk. Efter valget blev det sagt: „Cornelius Petersen spillede ud, Lei sagde trumf og pastor Schmidt tog stikket hjem".[30]

Opmuntret af denne valgsucces så Slesvigsk Parti en stor mulighed for yderligere fremgang ved at stille sig på skuldrene af den døende Selvstyrebevægelse og danne en ny protestbevægelse, Samlingsbevægelsen, med H.C. Lei som frontfigur. Der blev holdt fortrolige møder med særligt indbudte, heriblandt også økonomisk trængte danskere. Ideen var at bygge bro over til ansete danske for på den måde at skabe en „samling" om en slesvigsk bevægelse, der på sigt kunne skabe grobund for en grænserevision. Fra hjemmetysk side var tanken om „det slesvigske" som løftestang for en genforening med Tyskland bestemt ikke fremmed.

Natten mellem den 20. og den 21. april 1928 kørte 27 biler ud fra Sønderborg for i nattens mulm og mørke at ophænge 4–5.000 plakater rundt om i landsdelen med et 10-punkts program. Hovedbudskabet var dannelsen af et sønderjysk råd, en form for særregering for landsdelen, der skulle forenkle forvaltningen, lette skattebyrden og ordne de økonomiske forhold. Programmet krævede, at den nordslesvigske gæld skulle nedskrives, renten sættes lavere, alle tvangsauktioner og akkorder midlertidigt standses. Derudover skulle det sønderjyske råd overtage hypoteklånefondets og lånekassens midler. Der var i programmet også lidt til de arbejdsløse, der blev stillet beskæftigelsesarbejder i udsigt inden for afvanding, beplantning og mergling, samt eftergivelse af fattighjælp. I forhold til det nationale ståsted sluttede programmet nærmest som en „tilståelsessag", idet punkt 10 indeholdt en understregning af, at Nordslesvigs statslige tilhørsforhold til Danmark ikke blev berørt gennem programmets krav.[31]

Man havde fra bevægelsens side håbet på en folkelig rejsning, men den udeblev helt og aldeles. Bevægelsens agitation og program var for naivt til at fænge den almindelige danske befolkning.

I forhold til Samlingsbevægelsens nationale ståsted faldt skællene endeligt fra øjnene ved Venstres landsmøde i Gram den 23. maj 1928, hvor Lei, Cor-

30 Thorsen: Delt efter anskuelser (note 6), 112. Se også Becker-Christensen: Tyske mindretal (note 5), 180ff.

31 Programmet gengivet i Grænsevagten 1928, 174–175.

nelius Petersen og Kylling var til stede for at tage debatten med statsminister Thomas Madsen-Mygdal (1876–1943). Ved dette møde kom Lei, som Svend Thorsen skriver, til at løfte „på sin økonomiske-saglige maske, så den tyske valgkandidat kom til syne".[32] I diskussionens hede fik Lei spurgt statsministeren, om han var klar over, hvad vej den nationale strømpil viste ved det nyligt afholdte valg i Sydslesvig, hvor det danske mindretal var gået tilbage: „Den vej viser strømpilen også her!" sagde han triumferende. Ved folketingsvalget i april 1929 mistede Slesvigsk Parti godt 600 stemmer i forhold til det foregående valg (9.787 stemmer, 14,3 procent af de afgivne stemmer).

På dette tidspunkt, i 1928–29, var forholdene også blevet bedre for det sønderjyske landbrug. Hjælpeforanstaltningerne var begyndt at virke, og der var en gunstig prisudvikling. Men knap lysnede det, før krakket på børsen i New York slog benene væk under hele verdensøkonomien med afsætnings- og produktionskrise, depression og arbejdsløshed. I 1930–31 ramte krisen det danske landbrug med fuld styrke og med kraftige fald i priserne. For eksempel faldt prisen på flæsk med 50 procent, tilsvarende faldt smørprisen med omkring 35 procent.[33] Det kunne naturligvis mærkes og førte atter til mange tvangsauktioner i det i forvejen hårdt ramte sønderjyske landbrug. Fra 68 tvangsauktioner i de fire nordslesvigske amter i 1930 steg antallet til 268 i 1931, for at nå hele 486 i 1932. Herefter klingede det lidt af med 322 i 1933, dog 379 i 1934 for så at falde til 181 i 1935. Rundt regnet hvert ottende til niende nordslesvigske landbrug var i perioden 1931–35 under hammeren mod hvert fyrretyvende landbrug i det øvrige land.[34]

Landbrugernes Sammenslutning

Det var i denne situation, at den nye krisebevægelse, Landbrugernes Sammenslutning (LS), så dagens lys. Bevægelsen havde ikke sit udspring i det sønderjyske, men fik hurtigt et godt tag i området med tilslutning fra både dansk- og tysksindede landbrugere. Det var også i Sønderjylland, at LS fik sit mest rabiate udtryk og sin største tilslutning. Efter blot ét år var medlemstallet i de fire nordslesvigske amter anslået til omkring 10.000, svarende til ca. 70 procent af samtlige landbrug.[35]

32 Thorsen: Delt efter anskuelser (note 6), 124.
33 Andersen: Følte grænse (note 2), 370.
34 Schultz Hansen: Sønderjyske landbrug (note 1), 281.
35 Sst., 282.

LS var stiftet på Randersegnen af gårdejer Knud Bach (1871–1948) fra Rønge i november 1930. Som udgangspunkt var det en protestbevægelse, men LS havde ambitioner om at blive en samlende, landsdækkende, erhvervsøkonomisk interesseorganisation i opposition til både Landbrugsrådet og Husmandsforeningen. I Sønderjylland tog udviklingen imidlertid en anden drejning, idet gamle kendinge fra de foregående sønderjyske krisebevægelser som gårdejer Th. M. Kylling fra Frørup, landbrugskandidat Kristian Nissen (1885–1958) fra Ellum og den hjemmetyske gårdejer Wilhelm Deichgräber (1906–1974) fra Sebbelev på Als tog teten. Sammen fik de trukket det sønderjyske LS over i en meget radikal retning med ulovlige aktioner som skattenægtelse, betalingsstandsning og udelukkelse af landmænd fra andelsmejerier, der havde købt ejendom på tvangsauktion og så videre.

Denne hårde kerne var fremtrædende i det sønderjyske LS i starten af 1930-erne, men spørgsmålet er, om de reelt repræsenterede LS, eller om de i stedet benyttede LS som en platform for en gammel dagsorden. Et brev fra Kylling til Deichgräber fra den 3. marts 1932 synes klart at pege på det sidste, nemlig at målet var en fortsættelse af de tidligere protestbevægelsers politik med løsrivelse af Sønderjylland fra Danmark. I brevet nedgør Kylling den lokale LS-ledelse: „Hans Petersen er en klog og beregnende koldhjertet hvid jøde, Schmidt en dumrian og stræber, Lorenzen, Brøde, en stræber, Nissen, Vilsbæk, en indbildsk nar og stræber, Peter Nielsen, Refsømark, nærmest et godmodigt får (…) Føj for Satan! (…) Vi skylder dog Cornelius Petersen lidt mere!". Længere fremme i brevet gøres målet for deres engagement tydeligt: „Nej, kære ven, vort gamle program er og bliver det bedste: Slesvig for slesvigere, løs fra København." Brevet slutter med en klar afstandtagen til LS, idet han skriver: „Vi holder med L.S. så vidt som vi kan se, at det gavner vort endelige mål, men vi bekæmper L.S. af fuldt hjerte, som den parlamentariske snylter den er, men ikke åbenlyst. Lidt taktik må vi tillade os, selv om den ikke er fin." [36]

I samme brev giver Kylling også opskriften på, hvordan man skal nå frem til målet, nemlig gennem en destabilisering af samfundet ved uro og optøjer: „Åben kamp, 300 mand til hver tvangsauktion hos vore folk, lad fanden tage sine. Og så kamp og nedsabling, når de christiansborgske lømler kommer herover."[37]

Det var klar tale, og brevet pegede i sin agitation både tilbage til de tidligere protestbevægelser, sydover til den mere voldelige Landvolkbevæ-

[36] Citeret fra Leif Hansen Nielsen: Stenderupslaget. I:Sønderjyske Årbøger 2019, 98–99.

[37] Sst.

gelse samt fremad mod den største konfrontation mellem ordensmagten og gældstyngede landmænd i mellemkrigstiden: Stenderupslaget, der fandt sted blot to måneder senere den 4. april 1932 i landsbyen Stenderup på Sundeved. Her udviklede et protestmøde mod en tvangsauktion sig helt efter Kyllings drejebog til tumult, stenkast og trukne politistave. Mødet var indkaldt af den radikale del af LS, der havde søgt støtte hos både kommunister og nazister. Efter det officielle møde var slut, tørnede omkring 800 til 1.000 demonstranter sammen med 100 betjente, herunder 50 indkaldt fra København. Betjentene var dog bedre forberedt på konfrontation end demonstranterne, og efter en god halv times tid var alt igen roligt i Stenderup.[38]

I Sønderjylland og Danmark blev der over en bred kam taget afstand fra optøjerne i Stenderup, også blandt de mere besindige i LS. Således udtalte gårdejer Hans Pedersen, Gramby: „Det der foregik, kan L.S. ikke anerkende", og han fortsatte: „Når vi indenfor sammenslutningen opfører os fuldt ud loyale overfor de tysksindede medlemmer, så må vi forlange det samme af disse." Også formanden for LS på Kegnæs, gårdejer Math. Hansen, Kronborg, udtalte sig fordømmende: „Jeg kan ikke forstå, hvorledes landmænd kan gå sammen med kommunisterne, der jo kun ønsker spektakler og ikke vil landbrugets vel, når det kommer til stykket".[39]

Den 13. april 1932, godt en uge efter Stenderupslaget, blev der ved et møde i Aabenraa skabt en ny organisatorisk struktur for det sønderjyske LS. Der blev valgt en hovedbestyrelse med medlemmer fra de fire sønderjyske amter, og dermed blev den selvbestaltede, rabiate ledelse af det sønderjyske LS kørt ud på et sidespor. Fra efteråret blev den moderate Peter Nielsen, Refsømark, der, som vi har set, bestemt ikke var den rabiate fløjs favorit, formand for LS i Sønderjylland.

Stenderupslaget betød med andre ord ikke, som man fra den radikale del af LS havde håbet, starten på en ny tumultarisk periode i Sønderjylland med optøjer og konflikt, der kunne bane vejen for en løsrivelse fra Danmark, men derimod starten på enden for protestbevægelserne i Sønderjylland. Det blev tydeligt for den besindige sønderjyske bonde, at tumult ikke var vejen ud af krisen – i særdeleshed ikke i samarbejde med kommunister, nationalsocialister og hjemmetyske grupper som i Stenderup. En anden medvirkende faktor for denne udvikling var bestemt også, at de politiske forhold ændrede sig drastisk

[38] Se Hansen Nielsen: Stenderupslaget (note 36).
[39] Citeret efter Grænsevagten 1932, 146f.

i Sønderjylland efter Hitlers magtovertagelse i januar 1933. Nu var det fra hjemmetysk side ikke længere krisebevægelser og tilfældige karismatiske personer, der gennem offentlig uro og modstand mod det danske styre skulle bane vejen for Nordslesvigs genforening med Tyskland, men nationalsocialismen.

Det politiske landskab efter Genforeningen

Hvad var det for et politisk landskab disse bevægelser groede op i efter Genforeningen og, til tider, ligefrem blomstrede i? Ja, det var et „politisk traditionsløst" landskab, som Svend Thorsen ganske rigtigt beskrev det.[40] Igennem alle udlændighedsårene havde det politiske spørgsmål været nationalt: Dansk eller tysk. Ikke om hvorvidt man tænkte konservativt eller liberalt, om man tilhørte arbejderklassen eller var selvstændig. Om man var kådner eller storbonde. Nej, spørgsmålet i Nordslesvig var, om man stemte dansk eller tysk. Hvis der endelig var en „politisk" diskussion i det danske flertal, gik den på, hvordan man skulle forholde sig over for tyskerne. Om det under udlændighedsperioden var H.A. Krügers (1818–1881) og Jens Jessens (1854–1906) protestpolitik eller H. P. Hanssens (1862–1936) mere pragmatiske realitetspolitik, der skulle følges. Senere, ved Genforeningen, om man tilhørte Aabenraa-, Flensborg- eller Dannevirkefløjen.

Vel er dette billede karikeret, men ikke mere, end at det overordnet set karakteriserer forholdene i Sønderjylland. Godt nok var der før Genforeningen i byerne og langs Flensborg Fjord ved teglværkerne socialdemokratisk tilslutning, men partiet fyldte ikke meget i det lidet industrialiserede Nordslesvig og blev af den danske flertalsbefolkning nærmest opfattet som et tysk parti, ikke som et socialistisk parti, der skulle agiteres imod.

Denne mangel på partipolitisk stillingtagen under fremmedherredømmet betød, at der i Nordslesvig ved Genforeningen ikke var tradition for at løse sociale og samfundsmæssige problemer gennem partipolitisk virke. Man stemte ikke på et partiprogram men på *sin* kandidat, hvilket fint illustreres af en anekdote fra folketingsvalget i september 1920, hvor en kone på Røddingegnen blev spurgt, om hun havde stemt på Venstre. Hendes svar var: „Nej, jeg stemte på Mads Gram!"[41]

[40] Thorsen: Delt efter anskuelser (note 6), 10.

[41] Gengivet af Thorsen: Delt efter anskuelser (note 6), 62.

Sønderjyderne havde i udlændighedsperioden været så optaget af den nationale konflikt, at den brede befolkning ej heller havde skænket dansk indenrigspolitik en tanke. Det billede, man i Sønderjylland i 1920 havde af Danmark, var vel nærmest et romantisk billede af „Mor Danmark", der skulle have sin røvede datter tilbage, eventuelt kongen (i.e. Danmark) på den hvide hest. Det var ikke det Danmark, der blot fem år tidligere under lange ideologiske forhandlinger om valgret havde fået vedtaget en ny grundlov, hvor der i 1901 havde været et systemskifte efter en lang periode med provisoriske finanslove, og hvor der havde været klassekamp med blandt andet storlockout og septemberforlig i 1899 og et slag på Fælleden i 1872.

H. P. Hanssen var som garvet politiker og rigsdagsmand ganske bevidst om dette „politiske vakuum" i Sønderjylland. Allerede i efteråret 1918 foreslog han en særlig sønderjysk rigsdagsgruppe, der i overgangsperioden skulle varetage sønderjyske opgaver og være uafhængig af de bestående partier. Formålet var dels at sikre, at de presserende opgaver blev løst efter saglige sønderjyske synspunkter, dels at give befolkningen lejlighed til at orientere sig i det politiske landskab, inden de valgte parti. H. P. Hanssens forslag mødte imidlertid modstand hos partierne på Christiansborg og blandt de sønderjyske fraktioner og blev derfor aldrig realiseret.[42]

Den manglende fornemmelse for de danske partiers politiske ståsted afspejler sig i store udsving i tilslutningen til de enkelte partier ved de første folketingsvalg i Sønderjylland efter Genforeningen, specielt for Venstre og Socialdemokratiet.[43] Ved folketingsvalget den 21. september 1920 fik Venstre næsten halvdelen af samtlige stemmer, ca. 18.000 stemmer. Næststørste parti var Slesvigsk parti med Johannes Schmidt-Vodder som kandidat, der opnåede 7.505 stemmer. På tredjepladsen kom med ligeledes godt 7.000 stemmer Det konservative Folkeparti, der særligt havde et godt valg i Haderslev Østeramt med de store gårde. Socialdemokratiet med I.P. Nielsen som spidskandidat fik ca. 6.500 stemmer, og det Radikale, eller rettere Sønderjysk Arbejderforening, 4.450 stemmer.

Den gunstige situation for Venstre kunne imidlertid ikke holde, og allerede ved det næste folketingsvalg skete der store forskydninger. Partiet styrt-

---

42 Schultz Hansen: Sønderjyske landbrug (note1), 158 samt Hans Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt: H.P. Hanssen 1914–1936 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 118). Aabenraa 2020,158ff.

43 Nedenstående bygger hovedsagelig på Thorsen: Delt efter anskuelser (note 6), 85ff samt ikke mindst Jessen: Haandbog (note 6), 221ff.

blødte med en tilbagegang på næsten 20 procent ved valget i 1924, men forblev herefter stabilt ved de næste to valg i 1926 og 1929 med godt 35 procent af stemmerne. Men under depressionen og med LS som konkurrent faldt tilslutningen atter voldsomt, så Venstre ved valget i 1935 blot fik 17,5 procent af stemmerne. Omvendt steg støtten til Socialdemokratiet støt gennem 1920-erne for at konsolidere sig med omkring 35 procent af stemmerne. Umiddelbart kan de store udsving tolkes som tegn på landsdelens „politiske traditionsløshed", men udviklingen var rent faktisk et udtryk for, at tilslutningen til de fire gamle partier tilnærmede sig landsgennemsnittet (figur 1). I 1939 var Socialdemokratiet det største parti med knap 40 procent af stemmerne, derefter kom Venstre med små 20 procent tæt forfulgt af de Konservative med ligeledes knap 20 procent. Med omkring 5 procent af stemmerne var Det Radikale Venstre klart det mindste af de gamle partier. Det danske nationalsocialistiske parti med sønderjyden Frits Clausen som frontfigur fik i Sønderjylland ligeledes omkring 5 procent af stemmerne mod knap 3 procent på landsplan. Overfor denne front af danske partier stod Slesvigsk Parti med ca. 16 procent af stemmerne.

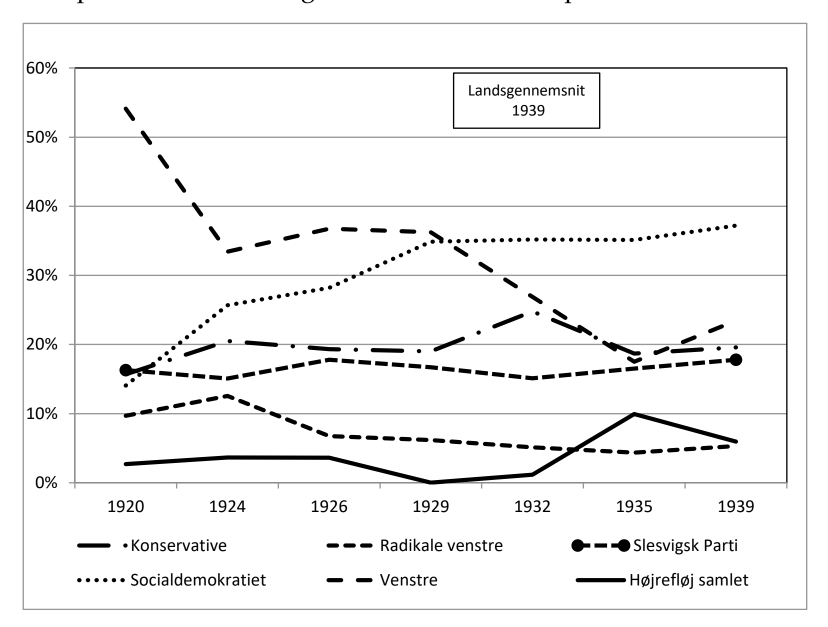


Fig. 1: Partiernes tilslutning ved folketingsvalgene 1920–1939 i Sønderjylland, Tilslutningen på landsplan i 1939 markeret med prikker (Slesvigsk Parti ikke medtaget) *Kilde: Franz von Jessen: Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals Historie III, 221ff..*

Et andet karakteristika ved det politiske landskab i Sønderjylland umiddelbart efter Genforeningen var en meget lav valgdeltagelse. Ved folketingsvalget i 1920 var der således kun 70 procent, der afgav deres stemme i Sønderjylland mod 77 procent i Danmark som helhed. Ved valget i 1924 var det fortsat blot 71 procent i Sønderjylland mod 78,5 procent i Danmark. Men da Cornelius Petersen og *Bondens Selvstyre* entrede scenen i 1926, ændrede også valgdeltagelsen sig. Ved valget i 1926 nåede den op på niveau med det øvrige land (77 procent på begge sider af Kongeåen). Ved valgene i 1929 og 1932 var valgdeltagelsen meget lig landsgennemsnittet med omkring 80 procent, men efter Hitlers magtovertagelse i 1933 og ledende slesvig-holstenske nazisters krav om en grænserevision under „Påskeblæsten" samme forår samlede den danske flertalsbefolkning sig dels gennem foreninger som Det Unge Grænseværn, Danske Samfund og de andre nationale foreninger, dels gennem en høj valgdeltagelse. I 1939 var der ikke mindre end 92,5 procent, der afgav deres stemme i Sønderjylland mod 79 procent på landsplan.

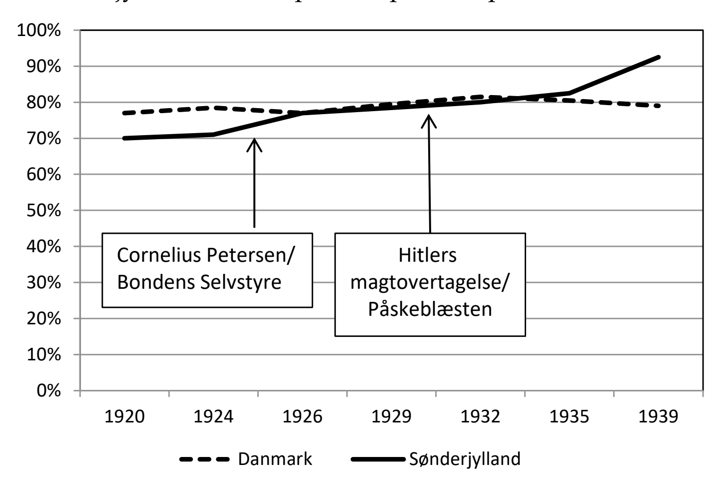


Fig. 2: Valgdeltagelsen ved folketingsvalgene 1920–1939. Sønderjylland og Danmark som helhed Franz von Jessen: Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals Historie III, 221ff. samt Danmarks Statistik vedr. folketingsvalgene.

Denne udvikling i stemmeprocenterne tyder på, at de ekstreme politiske manifestationer fra protestbevægelsernes og fra hjemmetysk/nazistisk side faktisk blev katalysatorer for en parlamentarisk bevidstgørelse i det genforenede Sønderjylland og dermed også en medvirkende faktor til den politiske genforenings fuldbyrdelse!

Sammenfatning

Indledningsvis blev spørgsmålet om, hvorfor krisebevægelserne havde en så relativ stor succes i Sønderjylland i mellemkrigsårene, stillet. Var der andre forhold end de rent økonomiske og nationale, der gjorde, at landsdelen var særlig modtagelig for protestbevægelsernes budskab? Og hvad betød bevægelserne for den politiske udvikling i landsdelen?

Den umiddelbare årsag til bevægelserne var oplagt de frustrerende økonomiske kår, som det sønderjyske landbrug oplevede i mellemkrigstiden med gældssætning, truende konkurser og tvangsauktioner. Genforeningen var båret af optimisme og troen på en ny start, men da glansbilledet krakelerede, og den økonomiske situation ikke umiddelbart bedredes, dukkede der et lag af skuffelse op i befolkningen, der vendte sig mod den nye værtsnation. Men at denne frustration og utilfredshed skulle udmønte sig i yderligtgående protestbevægelser, var ikke en naturlig følge. Her er det oplagt at medtænke nordslesvigernes politiske „jomfruelighed" som en medvirkende årsag til udviklingen. De mange, som ikke var partipolitisk forankrede, var oplagt mere flygtige og tilbøjelige til at følge karismatiske personer, populister om man vil, der kunne anvise simple (gen)veje ud af krisen, om det så var gennem et middelalderligt bondesamfund, slesvigsk selvstyre, et sønderjysk råd eller gennem boykot, tumult og oprør.

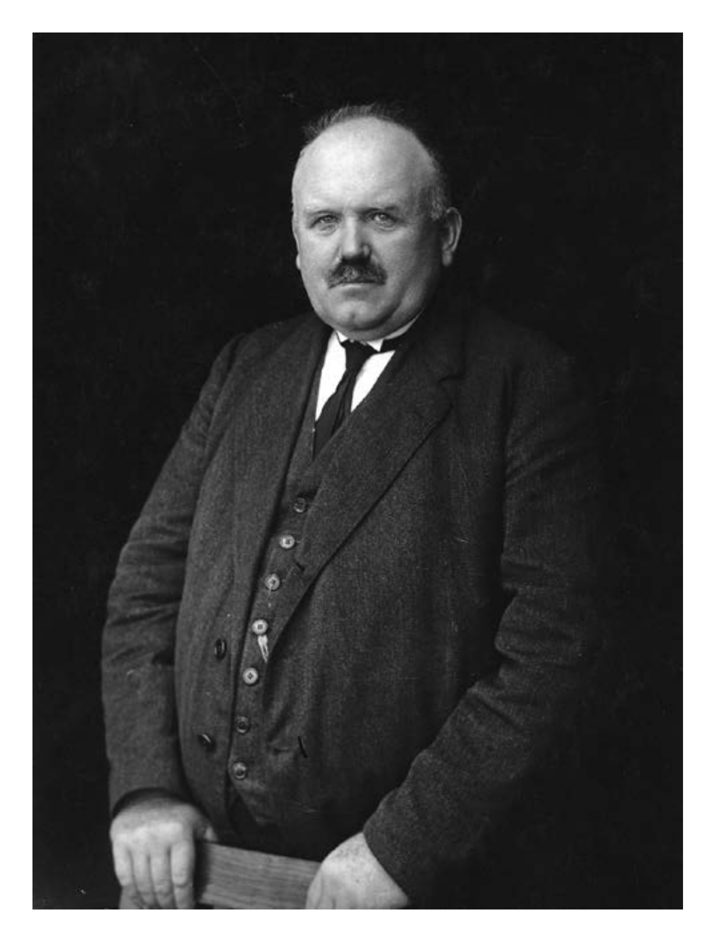
Men måske skal dette aspekt ikke tillægges for megen vægt, for i Sydslesvig, hvor der i den preussiske periode havde været tradition for politisk engagement med både liberale, konservative og socialdemokratiske kandidater, var udviklingen nærmest tilsvarende med fremkomsten af Landvolkbevægelsen i 1920-erne. Dette tyder ikke på, at manglende politisk erfaring skulle være en væsentlig årsag til tilslutning til krisebevægelserne.

Måske skyldtes udviklingen mere generelt den ustabilitet, der fulgte efter, at hidtidige faste samfundsstrukturer gik i opløsning sammen med krigsafslutningen i 1918. På begge sider af den nye grænse ønskede man efter ragnarok en ny start. I Nordslesvig kom den med Danmark og dermed også med en ny politisk virkelighed; i Sydslesvig var nybruddet vanskeligere at få øje på. Ganske vist blev Weimarrepublikken udråbt i 1919, men det var de samme folkevalgte, der styrede, som havde ledt nationen hen mod verdenskrig, katastrofe og økonomisk kaos. Her blev resultatet af krisebevægelserne og uroen i samfundet ikke en konsolidering af demokratiet, men en massiv tilslutning til et ikke-demokratisk parti, netop båret frem af bevægelserne. Som

det stod i *Flensborg Avis* den 29. januar 1929: „Mere og mere synes det dog at fremgå af møderne [hos „Landvolk"-bevægelsen], at det ikke så meget er landbrugsnøden, som den tyske republik og jøderne, man vil til livs […] Det er landbo-masserne, man vil søge at vinde på den måde, thi som en af talerne sagde: Har man masserne, så har man magten, og med magten følger retten."[44]

Tankevækkende er det i bagklogskabens klare lys at se, at hvor bevægelserne i Sydslesvig pegede frem mod nazismen, var bevægelserne i Nordslesvig en mulig medvirkende faktor for en (dansk) normalisering af det politiske landskab i Sønderjylland. Ved udgangen af perioden, i 1939, var tilslutningen til de „gamle" danske partier tilnærmelsesvist på niveau med landsgennemsnittet, og den politiske bevidsthed havde fundet sig selv gennem en mobilisering af alle danske stemmer, manifesteret gennem en ekstrem høj valgdeltagelse, og gennem et tilvalg af partier og demokrati i en nærmest klassisk „dem eller os" konstellation.

[44] Citeret efter Der nationale Gegensatz/De nationale modsætninger 1914–1933. Quellen zur Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion/Kilder til den dansk-tyske grænseregions historie, IV. Aabenraa og Flensburg 2001, 267.



1: Gårdejer Cornelius Petersen, Vester Anflod ved Møgeltønder, var Selvstyrebevægelsens ubestridte leder (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Hofbesitzer Cornelius Petersen, Wester Anflod bei Mögeltondern, war unbestritten die leitende Person der Bewegung für Bäuerliche Selbstverwaltung (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



2: Plakat fra Selvstyrebevægelsen, der viser en yngre bonde med riffel og ammunition på vej til København for at „rydde op". Inspirationen fra Mussolinis „march mod Rom" er tydelig (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Auf dem Plakat der Bewegung für Bäuerliche Selbstverwaltung sieht man einen jungen Bauer mit Gewehr und Munition bewaffnet, der auf dem Weg nach Kopenhagen ist, um dort „aufzuräumen". Die Inspiration von Mussolinis „Marsch nach Rom" ist deutlich (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).





3: SOS-nødpengeseddel, der på forsiden viser et bondeoprør på det gamle Urnehoved tingsted i 1523 (ikke 1220!) og på bagsiden blandt andre Cornelius Petersens underskrift (RAÅ, museumssamlingen).

Ein SOS-Notgeldschein, der auf der Vorderseite einen Bauernaufruhr auf der alten Thingstätte Urnehöved im Jahre 1523 (nicht 1220!) zeigt und auf der Rückseite unter anderen die Unterschrift von Cornelius Petersen (RAÅ, Museumsammlung).

Hvem der kræver

1. Standsning af Tvangsauktionerne
2. Indførelse af Moratorieordning
3. Nedskæring af Papirskronegælden til en Kurs omkring 60
4. Virksomme Midler til Bekæmpelse af Arbejdsløsheden
5. Eftergivelse af Fattighjælpen i Krisetiden
6. Retfærdighed imod vore Krigsinvalider
7. Nedskæring af de højere Embedsmændslønninger
8. Respekt for Parikronen i Stat, Amt og Kommune
9. Fjernelse af Bengnaveruvæsenet
10. Ophævelse af det sønderjydske Stedtillæg

kan kun stemme

paa Samlingsbevægelsens Valgmænd.

Sæt derfor ✕ ved Samlingsbevægelsen!

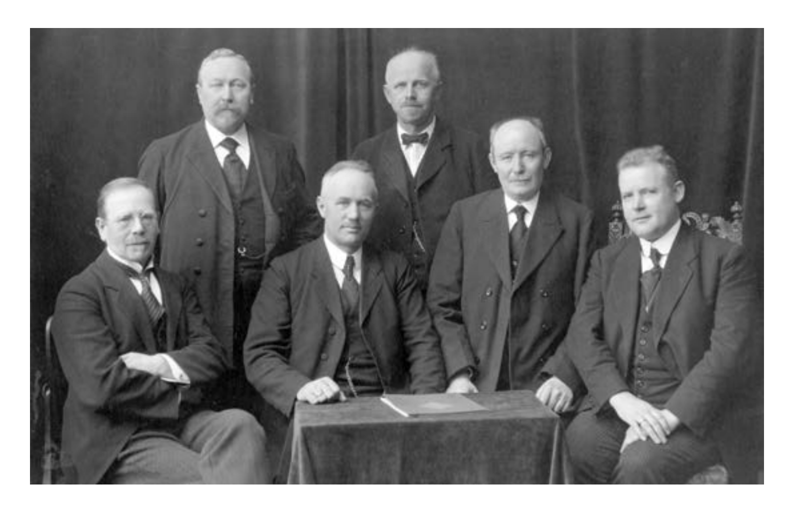
4: Samlingsbevægelsens program september 1928 (Tillæg til Folkets Røst 12.9.1928).

Das Programm der Sammlungsbewegung September 1928 (Beilage zur Folkets Røst 12.9.1928).



5: Scene fra „Stenderupslaget" i 1932, hvor vrede sønderjyske bønder og politibetjente stod over for hinanden (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

In der „Stenderupschlacht" 1932 standen zornige nordschleswigsche Bauern und Polizeibeamten kampfbereit gegen einander (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



6: De første sønderjyske rigsdagsmedlemmer fra partiet Venstre efter Genforeningen i 1920 (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Die ersten nordschleswigschen Reichstagsmitglieder der liberalen Venstre-Partei nach der Wiedervereinigung 1920 (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).



7: Frits Clausen, praktiserende læge i Bovrup, var „fører" for det danske nazistparti DNSAP (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Frits Clausen, praktischer Arzt in Baurup, war der Führer der dänischen nationalsozialistischen Partei DNSAP (Museum Sønderjyllands Mediearkiv).

Der extreme Nordschleswiger

Krisenbewegungen im Nordschleswig der 1920er- und 1930er-Jahre

Leif Hansen Nielsen

Nordschleswig beziehungsweise Sønderjylland war in den Jahren zwischen den Weltkriegen durch viele Krisenbewegungen und rechtsnationale Strömungen geprägt. Zu den wichtigsten zählten Cornelius Petersens Bäuerliche Selbstverwaltung (Bondens Selvstyre) ab Mitte der 1920er-Jahre, die Lei-Bewegung oder die Sammlungsbewegung (Samlingsbevægelsen) in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre und die Gemeinschaft der Landwirte (Landbrugernes Sammenslutning, LS) in den frühen 1930er-Jahren. Dieser Artikel befasst sich mit den Gründen – und den Folgen – der Protestbewegungen in Nordschleswig.

Diese Bewegungen sind in der damaligen Zeit und auch später Gegenstand vieler Forschungsvorhaben gewesen. Zu den neueren gehören Hans Schultz Hansens Darstellung in *Det Sønderjyske Landbrugs Historie* von 1994 sowie sein entsprechender Beitrag in der Publikation *Bol og By* aus demselben Jahr über die nordschleswigschen Bauernbewegungen, in dem die Schwierigkeiten der Landwirtschaft in Nordschleswig nach der Wiedervereinigung sowie die Entwicklung und der Verlauf der Krisenbewegungen detailliert erläutert werden.[1] Ebenso hat Henrik Becker-Christensen in *Sønderjyllands Histo-*

1 Hans Schultz Hansen: Det sønderjyske landbrugs historie 1830–1993 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 72). Apenrade 1994, 218ff; ebd.: De nordslesvigske bondebevægelser i mellemkrigstiden. In: Bol og By. Landbohistorisk Tidsskrift 1994:2, 46–65.

rie von 2009 das Thema aufgegriffen, desgleichen Morten Andersen in seinem Buch über die Teilung Schleswigs und den wirtschaftlichen Wiederaufbau.[2]

Kim Salomon hat sich 1980 in seinem Buch *Konflikt i Grænseland. Sociale og nationale modsætninger i Sønderjylland 1920–33* ausführlich dieser Zeit gewidmet und dabei besonders die Ursachen des nationalen Konflikts thematisiert: War dieser wirtschaftlich oder national und kulturell bedingt? Er kommt im Ergebnis zu einem „Sowohl als auch", aber auch zu der interessanten These, dass der Konflikt in Nordschleswig lokal verankert gewesen sei. Wäre Nordschleswig ein starkes Wirtschaftszentrum mit viel Industrie und großer Bedeutung für die dänische und deutsche Wirtschaft gewesen, so hätte sich das Konfliktbild ganz anders dargestellt und sich wahrscheinlich zu einem Staatenkonflikt zwischen Deutschland und Dänemark entwickelt, wie es zum Beispiel mit dem Ruhrgebiet zwischen Deutschland und Frankreich der Fall war, und sich nicht primär als lokaler Konflikt zwischen Mehrheitsbevölkerung und Minderheit manifestiert.[3]

In der Vergangenheit hat Peter Hopp das Thema bearbeitet und dabei schwerpunktmäßig die Rolle der Minderheit in diesem Konflikt und im Zusammenhang mit der Gründung der Sammlungsbewegung thematisiert.[4] Henrik Becker-Christensen hat in seiner Dissertation über die deutsche Minderheit in Nordschleswig 1920 bis 1932 das Zusammenspiel der Bewegungen und die Kursänderung der Minderheit ab Mitte der 1920er-Jahre untersucht.[5] Svend Thorsen ordnet in seinem Rückblick auf die Parteienbildung in Nordschleswig von 1970 die Bewegungen in einem politischen Kontext ein, wie auch Troels Fink in seiner üblichen einsichtsreichen Art in seinem Buch über *Sønderjylland siden Genforeningen i 1920* die Bewegungen kommentiert. Abschließend sei erwähnt, dass die Bewegungen in dem klassischen Werk *Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals Historie* von 1938 ebenfalls gezielt abgehandelt worden sind.[6]

---

2 Henrik Becker-Christensen: Fra „mod hinanden" til „med hinanden". In: Sønderjyllands Historie, 2, Efter 1815. Apenrade 2009, 306ff. Morten Andersen: Den følte grænse. Slesvigs deling og genopbygning 1918–1933 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 99). Apenrade 2008, 370ff.

3 Kim Salomon: Konflikt i Grænseland, Sociale og nationale modsætninger i Sønderjylland 1920–33. Kopenhagen 1980.

4 Peter Hopp: Bodenkampf und Bauernbewegung. Von der Anfangsphase der Kreditanstalt Vogelgesang bis zum Ende der Sammlungsbewegung. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Minderheit in Nordschleswig. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 100 (1975), 217–320.

5 Henrik Becker-Christensen: Det tyske mindretal i Nordslesvig 1920–1932 II. Apenrade 1990, 180–221.

6 Svend Thorsen: Delt efter anskuelser. Den politiske partidannelses forløb i Sønderjylland efter genforeningen i 1920. Kopenhagen 1970, 100ff; Troels Fink: Sønderjylland siden Genforeningen i

Mit anderen Worten: Viele haben diesen Weg thematisch beschritten – wenn auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln heraus. Im Mittelpunkt der Darstellungen steht indessen stets das Thema, dass die Bewegungen infolge der schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung in der Region nach der Wiedervereinigung entstanden; in der Regel auch immer „angereichert" mit dem nationalen Konflikt und der Forderung der deutschen Minderheit nach einer Grenzrückverlegung. Die übergreifende Botschaft ist allerdings auch, dass die Krisenbewegungen trotz großer damaliger Aufmerksamkeit nicht eine Position erlangten, in der sie zu einer realen Bedrohung für die etablierten Organisationen und das politische System hätten werden können.

Richtig ist, dass die politische Landschaft Nordschleswigs in dieser Zeit von ebendiesen Verhältnissen sehr geprägt war. Aber die Frage ist, ob dies die alleinige Erklärung dafür sein kann, warum diese Bewegungen gerade in Nordschleswig so viel Zulauf hatten – in jener Region, die sich nur wenige Jahre zuvor mit 75 Prozent der Stimmen laut jubelnd und voller Zuversicht für eine „Rückkehr in die dänische Heimat" entschieden hatte. Waren da womöglich doch noch andere Faktoren als nur wirtschaftliche und nationale im Spiel? Und um die Frage zu erweitern: Auch wenn sie in dem Sinne keine entscheidende eigenständige politische Rolle innehatten, waren die Bewegungen für die politische Entwicklung des Landesteils damit auch gänzlich ohne Bedeutung?

Hinsichtlich der Perspektive, aus der man die Entwicklung in Nordschleswig betrachten mag, sei daran erinnert, dass sich südlich der Grenze mit der „Landvolkbewegung" eine durchaus ähnliche Entwicklung vollzog, hier allerdings mit späterem großem Zulauf zum Nationalsozialismus. Dieser Entwicklung hat sich Rudolf Heberle 1963 in einer soziologischen Studie gewidmet, wie auch Gerhard Stoltenberg in einer Studie zur politischen Meinungsbildung in Schleswig-Holstein während der Weimarer Republik das Thema aufgegriffen hat. Auf Dänisch gibt es von Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt einen leicht verständlichen allgemeinen Beitrag in *Bol og By* von 1994 über die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein.[7]

1920. Kopenhagen 1955, 24ff und 63ff; Franz von Jessen: Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals Historie 1920–1937 III. Kopenhagen 1938, 206ff.

7 Rudolf Heberle: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932. Stuttgart 1963; Gerhard Stoltenberg: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933. Düsseldorf 1962; Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt: Landfolkbevægelsen i Slesvig Holsten. In: Bol og By. Landbohistorisk Tidsskrift 1994:2, 66–77.

Die nordschleswigsche Landwirtschaft nach der Wiedervereinigung

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Landwirtschaft in Nordschleswig in den Jahren nach der Wiedervereinigung stark gelitten hat. Die Gründe waren vielfältig, und sie waren finanzieller, struktureller und konjunktureller Natur.

Vor 1914 hatte die Landwirtschaft Nordschleswigs von den deutschen Zollschutzgesetzen profitiert und mit guten Gewinnen für den großen deutschen Binnenmarkt produziert. Nun aber, nach der Grenzneufestlegung, musste die Landwirtschaft in Nordschleswig die Produktion nach dänischem Vorbild neu ausrichten und sich dem Wettbewerb auf dem freien Weltmarkt stellen. Diese „Wende" wurde auch nicht eben dadurch erleichtert, dass der Rest der dänischen Landwirtschaft diese Umstellung bereits in den 1880er-Jahren vollzogen, mithin also hinter sich gebracht und die dänische Landwirtschaft während des Weltkriegs sogar eine Art konjunkturellen Aufschwung erlebt hatte.[8] In Nordschleswig hingegen war die Landwirtschaft während des Krieges arg gebeutelt. Viele Höfe waren mehr schlecht als recht von der Ehefrau bewirtschaftet worden, gegebenenfalls mit Hilfe von Kindern, russischen Kriegsgefangenen oder vom „Opa", der sich eigentlich schon längst aufs Altenteil zurückgezogen hatte. Während des Krieges wurde der Boden wegen des Mangels an Dünger zunehmend ausgelaugt, das Vieh durch die Zwangseinberufungen auf ein Minimum reduziert und die Gebäude vernachlässigt. Vielerorts kam der Vater und Ernährer nie mehr zurück – rund sechstausend junge Nordschleswiger ließen auf dem Schlachtfeld ihr Leben –, in anderen Fällen kam er als Kriegsversehrter, gesundheitlich angeschlagen oder nervlich zerrüttet nach Hause. Oder es fehlte der „Sohnemann", der das Heft in die Hand nehmen oder zumindest mit anpacken hätte können.

Hinzu kam die lange und unsichere Übergangszeit mit Währungsproblemen, Kursverfall der Mark, galoppierender Inflation und Warenknappheit. Förderlich war auch nicht gerade, dass viele Menschen im Glauben an eine Erholung der Mark teure Kronendarlehen in Dänemark aufnahmen, um mit einem Umtausch in billige Mark ihre Markschulden zu tilgen. Aber als sich der Übergang hinzog und die Einkünfte weiterhin in zunehmend wertloser Mark erwirtschaftet wurden, während Kronenkredite und Zinsen weiterliefen und

8 Schultz Hansen: Bondebevægelser (Anm. 1), 46; Fink: Sønderjylland (Anm. 6), 24.

entsprechend in teuren dänischen Kronen bedient werden mussten, wurde es für viele eine sehr schwierige Zeit.

In der Folge kam es zu einer enormen Verschuldung der nordschleswigschen Landwirtschaft, der auch die Wiedervereinigung keinen Einhalt gebieten konnte. Im Zeitraum 1920 bis 1923 vergab der Sønderjyllands Kreditforening somit Darlehen im Wert von über hundert Millionen Kronen an die finanziell schwer angeschlagene Landwirtschaft.[9] Im Jahr 1925 war die Schuldenlast der nordschleswigschen Landwirtschaft im Vergleich zur Vorkriegszeit um 42 Prozent gestiegen. Im Schnitt waren 64 Prozent des Immobilienwertes der Höfe Nordschleswigs durch Hypotheken belastet, wobei sich hinter diesem Durchschnittswert große Unterschiede verbargen: 12 Prozent der nordschleswigschen Betriebe waren schuldenfrei, 23 Prozent hingegen überschuldet, also über den Immobilienverkehrswert hinaus beliehen.[10]

Als die weltweite Produktion nach dem Krieg wieder anzog, kam es zu einem weiteren Preisverfall bei landwirtschaftlichen Gütern. Überdies mussten sich die Bauern in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung mit schlechtem Wetter herumplagen: Dürre 1921, ein verregneter Sommer 1923. Hinzu kam ein Ausbruch der Maul- und Klauenseuche 1925/26.[11] Doch es sollte noch schlimmer kommen. Der Wert der Krone hatte sich als sehr schwankend erwiesen, weshalb Forderungen nach einer „ehrlichen Krone" immer lauter wurden. Im Dezember 1924 beschloss der Rigsdag daher für die Krone eine Parifestlegung – oder wenigstens bis zu einer Höhe von mindestens siebzig Prozent – für die nächsten zwei Jahre. So gut gemeint diese Maßnahme im Sinne einer „ehrlichen" Krone war, so desaströs war sie für die Landwirtschaft, denn sie bedeutete quasi eine staatliche Bürgschaft zum Vorteil ausländischer Währungsspekulanten. Letztere kauften im großen Stil Dänenkronen auf, und bereits im Februar 1926 hatte die Krone 97 Prozent ihres Goldwertes wiedererlangt. Dieser Wertzuwachs (Deflation) führte zu starken Einnahmeeinbußen in der Landwirtschaft: weniger Erlöse für die Waren bei Verkauf ins Ausland bei weiterlaufenden Kosten in unveränderter Höhe im Inland.

Gegen Mitte der 1920er-Jahre kam es zur ersten großen Pleitewelle, in deren Verlauf viele der am höchsten verschuldeten Landwirte den Betrieb einstellen mussten. Allein in Nordschleswig gab es 1926 über hundert Insolven-

9 Thorsen: Delt efter anskuelser (Anm. 6), 100–101.

10 Schultz Hansen: Sønderjyske landbrug (Anm. 1), 220–221.

11 Ebd., 221.

zen. Ein Jahr später, 1927, waren es bereits 178.[12] Diese Entwicklung und diese Umstände waren es, die zur Entstehung und Stärkung der Krisenbewegungen in Nordschleswig entscheidend beitrugen.

Die Selbstverwaltungsbewegung

Die erste größere Krisenbewegung, die entstand, war die Bäuerliche Selbstverwaltung (Bondens Selvstyre) mit Cornelius Petersen (1882–1935) an der Spitze.[13] Ursprünglich aus Eiderstedt stammend, war er kurz nach der Jahrhundertwende, 1905, nordwärts auf den Hof Wester Anflod bei Mögeltondern gezogen. Zu dem Zeitpunkt war er von uneingeschränkt deutscher Gesinnung, gleichwohl aber in keiner Weise feindselig gegenüber dem dänischen Teil der Bevölkerung eingestellt – immerhin die Mehrheit in der Gegend ausmachend, in die er gezogen war.[14]

Im Januar 1919 galt für ihn weiterhin das Deutschsein, und er kandidierte zur Wahl der Nationalversammlung in Weimar für die Deutsche Demokratische Partei im Kreis Tondern-Husum. Er wurde jedoch nicht gewählt, und im Verlauf des Frühjahrs 1919 wechselte er in nationaler Hinsicht die Seiten und wurde zum eifrigen Fürsprecher einer dänischen Grenze am Danewerk.[15] In zwei kleinen Schriften griff er die deutsche Verwaltung an und agitierte für ein bis an die Eider reichendes Dänemark.[16] Womöglich ging es dabei aber weniger um eine Pro-Dänemark- als vielmehr eine Contra-Deutschland-Haltung, denn, wie er in einer der Schriften ausführte, es könne „für uns Deutschfühlende" falsch anmuten, sich einem fremden Land zuwenden zu sollen. Es würde sich, wie er meinte, unter normalen Umständen wie ein Ding der Unmöglichkeit anfühlen, aber da das Land sich nunmehr in einem Prozess der Auflösung befinde, müsse man seine Zugehörigkeit überdenken: „Wir sind Friesen oder Jüten, Niedersachsen [i. e. Deutsche] sind wir nicht."[17] Dem Ansinnen einer

[12] Ebd., 222.

[13] Siehe bspw. Hans Schultz Hansen: Cornelius Petersen – frisisk pioner og slesvigsk selvstyreagitator. In: Inge Adriansen und Mikkel Leth Jespersen (Hrsg.): Skurke og helte i Sønderjyllands historie (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 105). Apenrade 2012, 244–259.

[14] Thorsen: Delt efter anskuelser (Anm. 6), 102.

[15] Ebd., 102ff.

[16] Cornelius Petersen: Das schleswigsche Volk. Flensburg 1919 und Die Schleswigsche Frage. Vom Standpunkt eines Bauern. Flensburg 1919.

[17] Petersen: Das schleswigsche Volk (Anm. 16), 13–14.

Grenze entlang der Eider lag auch der Wunsch nach einem ungeteilten Schleswig zugrunde. Petersen meinte, wie viele andere Schleswiger auch, dass die südschleswigsche Marsch für die schleswigsche Landwirtschaft unentbehrlich sei, besonders im Hinblick auf die traditionelle Rinderzucht.[18]

Bei den sogenannten Danewerkpolitikern kam er mit seinem Engagement ausgesprochen gut an, und wirtschaftlich einflussreiche Kreise in Kopenhagen ermöglichten ihm während dieser Übergangszeit die Übernahme und Herausgabe einer Zeitung in Tondern. Eine Zeitlang hatte er sogar einen Sitz im Vorstand des Grenzvereins (Grænseforeningen) inne.[19]

Während der Übergangszeit nahm Petersen indessen einige leichtsinnige Spekulationen vor, die ihn in finanzielle Schwierigkeiten brachten. Nach der Wiedervereinigung und mit einer Grenzziehung direkt südlich seines Hofes in Mögeltondern richtete sich seine Unzufriedenheit nunmehr gegen das dänische politische System.[20] Im Jahr 1924 kandidierte Petersen für die Bauernpartei (Landmandspartiet) für das dänische Parlament, das Folketing, wurde aber nicht gewählt. Die Bauernpartei war 1924 vom Dänischen Bauernverband (Dansk Landmandsforening) als Abspaltung von der liberalen Partei Venstre gegründet worden. Die Partei war eine Protestpartei und stand in Opposition zu den traditionellen Parteien, von denen sie glaubte, sie hätten das Land in eine wirtschaftliche, nationale und moralische Schieflage geführt. Bei den Wahlen 1924 setzte sich die Partei programmatisch für bessere Bedingungen für die Landwirtschaft, niedrigere Steuern und Kürzungen der öffentlichen Ausgaben ein.[21]

Petersen haderte schon seit Jahren mit dem System, aber erst nachdem „die Mark auf Null und die Krone auf 100" gegangen waren, stieß er mit seinen verbalen Attacken gegen Beamtenwillkür, Verwaltung, Rechtspflege, Regierung, Politbonzen und den Parlamentarismus auf offene Ohren. Jetzt war nicht mehr wie 1919/20 der deutsche „Beamtenpolyp" der Feind, sondern die Kopenhagener Zentralverwaltung. Mit Einzeilern wie „Wir machen weiter, wo Skipper Clement [ein dän. bäuerlicher Rädelsführer] aufhörte" oder „Die Deutschen nahmen unser Blut und raubten unser Geld, die Dänen nehmen

---

18 Schultz Hansen: Sønderjyske landbrug (Anm. 1), 218.

19 Thorsen: Delt efter anskuelser (Anm. 6), 103.

20 Siehe Schultz Hansen: Sønderjyske landbrug (Anm. 1), 223; Thorsen: Delt efter anskuelser (Anm. 6), 104.

21 Siehe http://danmarkshistorien.dk/leksikon -og-kilder/vis/materiale/landmandspartiets valgavis. (letzter Aufruf am 10.3.2020).

uns unseren Grundbesitz" und „Die Bauern zahlen geliehene Papierkronen mit Goldkronen zurück" gelang es ihm, eine Bewegung zu mobilisieren.[22] In Tingleff erreichte er die Verabschiedung einer Resolution, die den Kronenanstieg scharf verurteilte, er wetterte gegen hohe Steuern, forderte eine Neuregelung des Hypothekenkreditwesens sowie einen teilweisen Schuldenerlass und ein Moratorium für die Kreditraten.[23]

Im Jahr 1926 gründete er, nicht ganz im Einklang mit seiner grundlegenden Aversion gegen den Parlamentarismus, die Partei der Selbstverwaltung (Selvstyrepartiet). Gleichzeitig begann er eine Tätigkeit als Herausgeber der Zeitung *Bondens Selvstyre* (Bäuerliche Selbstverwaltung) als Wochenblatt und später als Tageblatt, dann unter dem Titel *Folkets Selvstyre* (Selbstverwaltung des Volkes). Cornelius Petersen konnte mit seiner in deftig-markigen Worten vorgetragenen Kritik an Verhältnissen und Personen während der Deflationskrise viele Zuhörer um sich scharen. Oft „sekundierten" ihm auf den Versammlungen Theodor Mathiesen Kylling (1877–1936) aus Frörup und Hans Christian Lei (1873–1944) aus Schnabek. Besonders 1926, im Vorfeld der Folketingswahl kam es zu zahlreichen Versammlungen vorwiegend in und um Apenrade und Sonderburg sowie in der sogenannten Mittelgegend von Tingleff bis hinauf nach Lügumkloster. In diesem Jahr trug sich auch die „Leutnant-Revolte" in Tondern zu. Dabei wurde eine kleine Gruppe jüngerer Offiziere mit Verbindungen zu Petersen und Bondens Selvstyre festgenommen und des Versuchs der Anstiftung zum Aufruhr bezichtigt beziehungsweise beschuldigt, unter anderem, indem sie in einem Schreiben an Offizierskollegen vorgefühlt hätten, ob diese sich eine Beteiligung an einem Vorhaben „zur Herbeiführung einer unsererseits als absolut dringlich erachteten Verfassungsänderung" vorstellen könnten. Aus behördlicher Sicht verlief das Verfahren jedoch im Sande, da alle drei Angeklagten im Januar 1927 durch das Südliche Landgericht (Søndre Landsret) freigesprochen wurden.[24]

Petersen – und entsprechend die Partei – waren sehr umtriebig und auch zu „Husarenstücken" oder „Geniestreichen" imstande, um den Kessel ständig unter Dampf zu halten. So etwa die Idee zu einem Selbstverwaltungs-Grundbuch, mittels dessen die Zeichner – wenn es denn so weit war – einen Aus-

22 Thorsen: Delt efter anskuelser (Anm. 6), 104.

23 Schultz Hansen: Sønderjyske landbrug (Anm. 1), 223.

24 Nikolaj Petersen: „Løjtnant-oprøret" i Tønder 1926: Drama, tragedie eller farce? In: Sønderjyske Årbøger 2015, 93–124. S. a. RAÅ, Tønder Politi, kriminalpolitiet, Nr. 1539: Akter vedrørende Cornelius Petersen og bondeværnet.

gleich für den Kronenanstieg und gegebenenfalls eine Zwangsauktion bekommen sollten. Petersen entwarf auch eine Selbstverwaltungsfahne, initiierte die Schaffung einer Bauernwehr, eine Art bewaffnete Heimatarmee mit „militärischer Organisation", zur Verteidigung des Grundbesitzes gegen Angriffe auf die persönliche Freiheit und das Eigentumsrecht. Ein Höhepunkt war 1927 die durch ihn eingeführte Ausgabe sogenannten SOS-Geldes (durch die Selvstyre Organisationens Seddelbank, Notenbank der Selbstverwaltungsorganisation), zum einen zur Finanzierung der Parteiaktivitäten, zum anderen zur Untergrabung der dänischen Nationalbank.[25]

Dank all dieser „schillernden" Aktionen erlangte die Bewegung viel Aufmerksamkeit in der landesweiten wie der örtlichen Presse, wobei die Frage nicht ganz einfach schien, wo die Bewegung denn nun national einzuordnen sei. Mehrere führende Mitglieder waren ehemalige Danewerkleute, etwa Cornelius Petersen, Theodor Mathiesen Kylling und Iver Møller (1890–1956), aus Rinkenis, aber umgekehrt gab es da auch bedeutende deutsch gesinnte Nordschleswiger an der Parteispitze, zum Beispiel Hans Christian Lei und Hans Hansen (1881–1958), aus Klein Mommark. Im Grunde war es wohl so, dass es sich bei der Selbstverwaltungsbewegung nach Petersens Verständnis um eine schleswigsche Bauernbewegung und nicht eine nationale Bewegung handelte. Gedanklicher Dreh- und Angelpunkt und im Parteiprogramm entsprechend verankert waren die Rechte und Pflichten des selbstbestimmten Landwirtes. Die Kernbotschaft war, den Einfluss der Staatsmacht auf das Allernötigste zurückzudrängen, nämlich Landesverteidigung, polizeiliche Aufgaben, Außenpolitik und allgemeine Infrastruktur, weswegen folglich auch die Steuern zu senken seien. Petersens gesellschaftliche Idealvorstellung war eine mittelalterliche bäuerliche Gemeinschaft, in der die Schollenbesitzer in oder auf der Thingstätte ihrer jeweiligen Gemeinden („Granden") zusammenkamen und aus ihren Reihen die Besten wählten, die dann wiederum die Besten in den Hardesrat wählten. Aus diesen Hardesräten sollte dann ein Reichsrat (ein „Ministerium") gewählt werden, in dem der König den Vorsitz innehätte.[26] Nüchtern betrachtet, war Bondens Selvstyre mit diesem Programm keine ernstzunehmende Alternative zur existierenden Gesellschaft. Aber die Frage war gleichwohl, wie groß die Anhängerschaft der Partei tatsächlich war. Zur Folketingswahl 1926 erhielt die Selvstyre-Partei in Nordschleswig ledig-

[25] Thorsen: Delt efter anskuelser (Anm. 6), 106.

[26] Arthur Lessow: Cornelius Petersen im Spiegel seiner Zeit. In: Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig (1976), 54.

lich 2.117 Stimmen (3,2 Prozent) – ein ziemlicher Dämpfer, gemessen an den großen Zuhörerzahlen, die die Bewegung zu ihren Versammlungen sonst zu mobilisieren vermocht hatte, im Oktober 1926 in einer Volksversammlung in Apenrade mit immerhin rund dreitausend Teilnehmern gipfelnd.[27]

Mit dem Wahlergebnis begab sich die Partei in der Realität auf den Weg heraus aus dem Rampenlicht und reihte sich in puncto Gewicht mit der Bauernpartei (Landmandspartiet) ein, die bei der Wahl 1924 einen Anteil von 1.875 oder 3,3 Prozent der abgegebenen Stimmen erlangt hatte.[28]

Die Sammlungsbewegungen

Der Schleswigschen Partei (Slesvigsk Parti) war zur selben Folketingswahl 1926 ein Hinzugewinn von mehr als dreitausend Stimmen beschieden: Insgesamt 10.400 Stimmen entfielen auf sie, was 15,6 Prozent der in Nordschleswig abgegebenen Stimmen entsprach.[29] Der Erfolg war in hohem Maße einer Zusammenarbeit mit – oder Ausnutzung von – Petersen und der Selvstyrebewegung geschuldet. Aus Sicht der Schleswigschen Partei waren die Selbstverwaltungspartei und Petersen, der ideale „Mann fürs Grobe", Unruhestifter und Agitator gegen die dänische Verwaltung – und ein Faktor, der womöglich einen allgemeinen Stimmungsumschwung zum deutschen Vorteil mit herbeiführen könnte. Umgekehrt gab es aber auch die Sorge, dass Petersens heftige Tiraden gegen die dänischen Verhältnisse bei dem einen oder anderen deutsch gesinnten Wähler so gut ankämen, dass zu viele deutsche Stimmen in sein Lager abwandern könnten, und die deutsche Minderheit dadurch am Ende geschwächt dastehen würde. Folglich begann die Schleswigsche Partei im Vorfeld der Wahl 1926 ausgiebig in Petersens Programm zu „wildern" und ließ Lei aus Schnabek zusammen mit dem ehemaligen Pastor Johannes Schmidt-Wodder (1869–1959) auf der Liste der Schleswigschen Partei antreten. Diese Taktik ging auf: Der deutsch gesinnte Teil der Selbstverwaltungsbewegung wählte deutsch. Nach der Wahl hieß es im Sprachstil der Kartenspieler: „Cornelius Petersen kam raus, Lei sagte Trumpf und Pastor Schmidt nahm den Stich."[30]

---

27 Schultz Hansen: Bondebevægelser (Anm. 1), 232.

28 Jessen: Haandbog (Anm. 6), 229.

29 Ebd., 234.

30 Thorsen: Delt efter anskuelser (Anm. 6), 112. S. a. Becker-Christensen: Tyske mindretal (Anm. 5), 180ff.

Durch diesen Wahlerfolg beflügelt, sah die Schleswigsche Partei eine große Möglichkeit für weitere Fortune, indem sie die dahinsiechende Selbstverwaltungsbewegung als Steigbügelhalter für die Bildung einer neuen Protestbewegung nutzen würde: die Sammlungsbewegung mit Lei als Frontfigur. Es wurden vertrauliche Gespräche mit geladenen Teilnehmern geführt, darunter auch in finanzielle Bedrängnis geratene Dänen. Die Idee: ein Brückenschlag zu angesehenen Dänen, damit sich auf diese Weise viele um die schleswigsche Bewegung „versammelten", die wiederum mittelfristig den Nährboden für eine Grenzrückverlegung bereiten sollte. Den Heimdeutschen, also der deutschen Minderheit, lag der Gedanke, dass „das Schleswigsche" als Hebel zu einer Wiedervereinigung mit Deutschland genutzt werden könnte, keineswegs fern.

In der Nacht vom 20. auf den 21. April 1928 fuhren 27 Autos von Sonderburg aus los, um in der Dunkelheit allerorten im Landesteil vier- bis fünftausend Plakate mit einem Zehn-Punkte-Programm anzubringen. Die Hauptbotschaft war die Bildung eines Nordschleswigschen Rates (Sønderjysk Råd), eine Art Sonderregierung für den Landesteil, die die Verwaltung vereinfachen, die Steuerlast verringern und die wirtschaftlichen Verhältnisse regeln und in Ordnung bringen sollte. Das Programm sah vor, die Schulden Nordschleswigs abzuschreiben, die Zinsen zu senken und alle Zwangsversteigerungen und -vergleiche vorübergehend auszusetzen. Außerdem sollte der Nordschleswigsche Rat die Mittel des Hypothekenkreditfonds und der Darlehenskasse übernehmen. Das Programm hatte auch die Arbeitslosen im Blick, denen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Tätigkeiten in Sachen Entwässerung, Bepflanzung und Mergeldüngung sowie ein Erlass der Armenunterstützung in Aussicht gestellt wurden. In Bezug auf den nationalen Standpunkt endete das Programm fast mit einem „Bekenntnis", indem unter Punkt zehn betont wurde, dass mit den Forderungen des Programms keine Infragestellung der staatlichen Zugehörigkeit Nordschleswigs zu Dänemark verbunden sei.[31]

Die Bewegung hatte auf eine Volkserhebung gehofft, die jedoch gänzlich ausblieb. Agitation und Programm der Bewegung waren zu naiv, um beim dänischen Normalbürger verfangen zu können.

Hinsichtlich des nationalen Standpunkts der Sammlungsbewegung fielen auf dem Parteitag der liberalen Partei Venstre am 23. Mai in Gramm dann doch so manchem Teilnehmer die Schuppen von den Augen, als hier auch

---

31 Programmwiedergabe in Grænsevagten 1928, 174–175.

Lei, Petersen und Kylling anwesend waren, um mit Ministerpräsident Thomas Madsen-Mygdal (1876–1943) zu debattieren. An diesem Tag „lugte", wie Svend Thorsen es über die Person Leis formuliert, „[...] unter seiner wirtschaftlich-sachlichen Maske dann doch das Gesicht des deutschen Wahlkandidaten hervor".[32] Im Eifer des Diskurses hatte Lei den Ministerpräsidenten nämlich gefragt, ob er sich darüber im Klaren sei, in welche Richtung das nationale Gesinnungspendel bei der kürzlich abgehaltenen Wahl in Südschleswig ausgeschlagen habe, bei der die dänische Minderheit Verluste verzeichnet hatte. „In diese Richtung zeigt der Pfeil tendenziell auch hier!", fügte er triumphierend hinzu. Bei der Folketingswahl im April 1929 verlor die Schleswigsche Partei dann jedoch etwas mehr als sechshundert Stimmen gegenüber der vorherigen Wahl (9.787 Stimmen, 14,3 Prozent der abgegebenen Stimmen).

Zu dieser Zeit, 1928 bis 1929, hatten die Verhältnisse sich für die Landwirtschaft in Nordschleswig auch gebessert. Die Hilfsmaßnahmen begannen zu greifen, die Preise entwickelten sich in eine gute Richtung. Doch kaum hatte sich der Silberstreif am Horizont bemerkbar gemacht, zog der Crash an der New Yorker Börse der gesamten Weltwirtschaft den Boden unter den Füßen weg – mit den bekannten Folgen in Form von Absatz- und Produktionskrise, Depression und Arbeitslosigkeit. Die Krise 1930 bis 1931 traf die dänische Landwirtschaft mit voller Wucht; die Preise sackten regelrecht ab; für Schweinefleisch zum Beispiel um 50 Prozent, der Butterpreis fiel um rund 35 Prozent.[33] Das blieb natürlich nicht ohne Folgen und führte im Ergebnis erneut zu vielen Zwangsversteigerungen in der ohnehin arg gebeutelten nordschleswigschen Landwirtschaft. Von 68 Zwangsversteigerungen in den vier nordschleswigschen Kreisen im Jahr 1930 schnellte die Zahl 1931 auf 268 und 1932 gar auf 486 hoch. Etwas weniger düster dann im Jahr 1933 mit 322, dann aber wieder 379 im Jahr 1934, um dann 1935 auf 181 zurückzugehen. Rund jeder achte bis neunte nordschleswigsche landwirtschaftliche Betrieb kam im Zeitraum 1931 bis 1935 unter den Hammer. Im Rest des Landes war es nur jeder vierzigste.[34]

[32] Thorsen: Delt efter anskuelser (Anm. 6), 124.

[33] Andersen: Følte grænse (Anm. 2), 370.

[34] Schultz Hansen: Sønderjyske landbrug (Anm. 1), 281.

Gemeinschaft der Landwirte

Vor diesem Hintergrund wurde eine neue Krisenbewegung ins Leben gerufen: die Gemeinschaft der Landwirte (Landbrugernes Sammenslutning, LS). Sie ging zwar ursprünglich nicht auf Nordschleswig zurück, fasste im Gebiet jedoch schnell Fuß und hatte Anhänger unter dänisch- wie deutsch gesinnten Landwirten. Und in Nordschleswig schlug die LS auch die schärfsten Töne an und bekam die größte Gefolgschaft. Nach nur einem Jahr lag die Zahl der Mitglieder in den vier nordschleswigschen Kreisen bei geschätzten zehntausend – das entsprach siebzig Prozent sämtlicher landwirtschaftlichen Betriebe.[35]

Gegründet worden war die LS im November 1930 in der Gegend um Randers, nördlich von Aarhus, von Hofbesitzer Knud Bach (1871–1948) aus Rønge. Zu Beginn war es eine Protestbewegung, aber die LS entwickelte zunehmend den Anspruch, eine einende, flächendeckende, betriebswirtschaftliche Interessenorganisation in Opposition sowohl zum Landwirtschaftsrat (Landbrugsrådet) als auch zum Kleinbauernverband (Husmandsforeningen) zu werden. In Nordschleswig nahm die Entwicklung indessen einen etwas anderen Verlauf, indem „alte Bekannte" aus den früheren nordschleswigschen Krisenbewegungen wie Hofbesitzer Kylling aus Frörup, der Diplom-Landwirt Kristian Nissen (1885–1958) aus Ellum und der Volksgruppendeutsche und Hofbesitzer Wilhelm Deichgräber (1906–1974) aus Sebbeleff auf Alsen das Heft in die Hand nahmen. Gemeinsam betrieben sie einen Richtungsschwenk der LS hin zu sehr viel mehr Radikalität, einschließlich rechtswidriger Aktionen wie Steuerboykott, Zahlungsverweigerung und des Genossenschaftsmolkereiausschlusses von Landwirten, die ihren Betrieb im Wege der Zwangsauktion erworben hatten, und anderes mehr.

Dieser harte Kern war führend in der LS in Nordschleswig Anfang der 1930er-Jahre, aber die Frage ist, ob die Protagonisten die LS real als deren Vertreter anführten oder vielleicht doch eher die Bewegung als Plattform für eine alte Tagesordnung nutzten. Ein Schreiben Kyllings an Deichgräber vom 3. März 1932 scheint eindeutig Letzteres zu belegen, nämlich dass die Zielsetzung eine Fortführung der Politik der früheren Protestbewegungen sein müsse, sprich: die Loslösung Nordschleswigs von Dänemark. In dem Brief zieht Kylling gegen die örtliche LS-Leitung kräftig vom Leder:

---

35 Ebd., 282.

> „Hans Petersen ist ein gescheiter und berechnender, kaltherziger weißer Jude. Schmidt ein Dummkopf und Ehrgeizling, Lorenzen, Bröde, ein Ehrgeizling, Nissen, Wilsbek, ein eingebildeter Narr und Ehrgeizling, Peter Nielsen, Refsöfeld, am ehesten noch ein gutmütiges Schaf […] Pfui Teufel! […] Cornelius Petersen schulden wir dann aber doch ein wenig mehr!“

Und weiter unten in dem Brief kommt die Zielsetzung der Bemühungen deutlich zum Ausdruck: „Nein, lieber Freund, unser altes Programm ist und bleibt das beste: Schleswig den Schleswigern, weg von Kopenhagen!" Das Schreiben schließt mit einer klaren Distanzierung von der LS, indem es heißt: „Wir unterstützen die L.S., soweit es unserer Einschätzung nach unserem Endziel dient, aber wir bekämpfen die L.S. aus vollem Herzen als der parlamentarische Schmarotzer, der sie ist, aber ohne, dass es offenkundig wird. Ein wenig Taktik müssen wir uns zugestehen, auch wenn es nicht die feine Art ist." [36]

In demselben Schreiben formuliert Kylling auch das Rezept zur Erreichung des Ziels, und zwar gesellschaftliche Destabilisierung durch Aufstand und Ausschreitungen: „Offener Kampf, 300 Mann zu jeder unsere Leute treffenden Zwangsauktion, dem Teufel die Seinen zum Fraß. Und dann die christiansborgschen Lümmel bekämpfen und anfeinden, wenn sie hier herüberkommen."[37]

Das waren klare Worte, wobei der Brief sich in seiner Agitation sowohl auf die früheren Protestbewegungen, etwa nach Süden hin die Landvolkbewegung, bezog als auch die größte Konfrontation zwischen Staatsmacht und schuldenbelasteten Landwirten in den Zwischenkriegsjahren quasi schon vorwegnahm: die Schlacht von Stenderup, nur zwei Monate später, am 4. April 1932 im Dorf Stenderup auf Sundewitt westlich von Sonderburg. Hier entwickelte sich eine Demonstration gegen eine Zwangsauktion ganz nach dem Kylling-Drehbuch zu Tumult, mit Steinwürfen und gezückten Polizeischlagstöcken. Zur Protestversammlung hatte der radikale Flügel der LS aufgerufen und dabei gleichermaßen bei Kommunisten und Nationalsozialisten um Unterstützung geworben. Nach dem offiziellen Ende der Veranstaltung kam es zu Zusammenstößen zwischen achthundert bis tausend Demonstranten und hundert Polizisten, darunter fünfzig hinzugezogene Kräfte aus Kopenhagen. Die Polizei war indessen besser auf eine Konfrontation vorbereitet als die De-

[36] Zitiert nach Leif Hansen Nielsen: Stenderupslaget. In: Sønderjyske Årbøger 2019, 98–99.

[37] Ebd.

monstranten, sodass nach einer guten halben Stunde wieder völlige Ruhe in Stenderup einkehrte.[38]

In Nordschleswig und Dänemark wurde auf breiter Front Abstand von den Ausschreitungen in Stenderup genommen, auch unter den gemäßigteren LS-Vertretern. So äußerte etwa Hofbesitzer Hans Pedersen, Gramby: „Was da passiert ist, kann die L.S. nicht billigen" und weiter: „Wenn wir verbandsintern volle Loyalität gegenüber den deutsch gesinnten Mitgliedern wahren, müssen wir das gleiche auch von denen einfordern." Auch der LS-Vorsitzende auf der Alsener Südhalbinsel Kekenis, Hofbesitzer Math. Hansen, Kronborg, äußerte sein Missfallen: „Ich verstehe nicht, wie Landwirte sich mit den Kommunisten gemein machen können, die doch nur auf Radau aus sind und gegenüber der Landwirtschaft schlussendlich nichts Gutes im Sinn haben."[39]

Am 13. April 1932, gut eine Woche nach der Stenderup-Schlacht, kam es in Apenrade zur Bildung einer neuen organisatorischen Struktur der LS in Nordschleswig. Es wurde ein Hauptvorstand mit Mitgliedern aus den vier nordschleswigschen Kreisen gewählt, wodurch die selbsternannte rabiate Führungsspitze der nordschleswigschen LS aufs Abstellgleis befördert wurde. Ab dem Herbst wurde der gemäßigte Peter Nielsen, Refsöfeld, der, wie gesehen, wahrlich kein Favorit des radikalen Flügels war, zum Vorsitzenden der LS in Nordschleswig gewählt.

Anders ausgedrückt: Die Schlacht von Stenderup markierte somit nicht, wie vom radikalen Teil der LS erhofft, den Beginn einer neuen, von Tumult geprägten Zeit mit Aufruhr und Konflikt in Nordschleswig, was den Weg zur Loslösung von Dänemark hätte ebnen sollen, sondern vielmehr den Anfang vom Ende der Protestbewegungen in Nordschleswig. Den gemäßigten nordschleswigschen Bauern war klar geworden, dass Tumult nicht der Weg aus der Krise sein konnte – und erst recht nicht in Kooperation mit Kommunisten, Nationalsozialisten und volksdeutschen Gruppen wie in Stenderup. Ein weiterer Einflussfaktor dieser Entwicklung war zweifellos auch, dass die politischen Verhältnisse in Nordschleswig sich nach der Machtergreifung Hitlers im Januar 1933 dramatisch veränderten. Nun sollten nach Lesart der deutschen Volksgruppe nicht länger Krisenbewegungen und zufällige charismatische Personen mittels öffentlichen Aufruhrs und Widerstands gegen die dänische Verwaltung eine Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Deutschland herbeiführen – sondern der Nationalsozialismus.

---

38 Siehe Hansen Nielsen: Stenderupslaget (Anm. 36).

39 Zitiert nach Grænsevagten 1932, 146f.

Die politische Landschaft nach der Wiedervereinigung

Wie war sie, die politische Landschaft, in der diese Bewegungen nach der Wiedervereinigung erwuchsen und erstarkten und zeitweilig eine regelrechte Blütezeit erlebten? Nun, es war eine „politisch traditionslose" Landschaft, wie von Svend Thorsen sehr treffend beschrieben.[40] In all den Jahren des Ausländischseins war die politische Frage stets eine nationale gewesen: deutsch oder dänisch. Da ging es nicht um konservativ oder liberal, um Arbeiter, Selbstständiger oder Freiberufler. Um Klein- oder Großbauer. Nein, die Frage in Nordschleswig war stets, ob man deutsch oder dänisch wählte. Und wenn man denn von einer „politischen" Diskussion in der dänischen Mehrheitsbevölkerung sprechen wollte, dann war es allenfalls die Frage, wie man sich den Deutschgesinnten gegenüber verhalten sollte. Ob man in der Zeit des Ausländischseins eher ein Anhänger der Protestpolitik H. A. Krügers (1818–1881) und Jens Jessens (1854–1906) war oder eher der pragmatischen Real(itäts)politik Hans Peter Hanssens (1862–1936) den Vorzug gab. Und später, nach der Grenzneufestlegung, ob man sich dem Apenrade-, Flensburg- oder Danewerkflügel zugehörig fühlte.

Dieses Bild mag etwas plakativ und überzeichnet sein – aber auch nicht mehr, als dass es allgemein die Verhältnisse in Nordschleswig durchaus treffend widerspiegelt. Gewiss hatte es vor der Wiedervereinigung in den Städten und entlang der Flensburger Förde in den Ziegeleibetrieben eine sozialdemokratische Anhängerschaft gegeben, aber die Partei nahm ansonsten im wenig bis kaum industrialisierten Nordschleswig nicht viel Raum ein – und wurde seitens der dänischen Mehrheitsbevölkerung quasi als eine deutsche Partei wahrgenommen und nicht als eine sozialistische, gegen die es zu agitieren galt.

Dieser Mangel an parteipolitischer Verortung während der Fremdherrschaft, also des Ausländischseins, bedeutete, dass es zum Zeitpunkt der Grenzneufestlegung in Nordschleswig keine Tradition für das Lösen sozialer und gesellschaftlicher Probleme mittels parteipolitischer Maßnahmen gab. Man stimmte nicht für ein Parteiprogramm, sondern für seinen Kandidaten, was bestens in einer Anekdote aus der Folketingswahl im September 1920 zum Ausdruck kommt, als eine Frau aus der Gegend um Rödding auf die Frage,

[40] Thorsen: Delt efter anskuelser (Anm. 6), 10.

ob sie die liberale Partei Venstre gewählt habe, entgegnete: „Nein, ich habe für Mads Gram gestimmt!"[41]

Die Nordschleswiger hatte in der Zeit des Ausländischseins der nationale Konflikt derart beschäftigt, dass in der Bevölkerung überwiegend für dänische Innenpolitik gedanklich überhaupt kein Platz war. Das gängige Dänemarkbild in Nordschleswig 1920 war noch am ehesten ein romantisch-verklärtes, jenes der „Mutter Dänemark", der die geraubte Tochter zurückgegeben werden möge; eventuell noch der König auf seinem weißen Pferd. Aber sonst? Das Dänemark, das sich lediglich fünf Jahre zuvor nach zähen ideologischen Verhandlungen zum Thema Wahlrecht eine neue Verfassung gegeben hatte? Das 1901 einen „Systemwechsel" vollzogen hatte, nach einer langen Zeit mit immer neuen provisorischen Haushaltsverabschiedungen? Wo es zu Klassenkampf und Generalaussperrung (Lockout) und 1899 zum „Septembervergleich" gekommen war? Wo 1872 die Schlacht auf dem Fælled-Areal in Kopenhagen (Zusammenstöße zwischen einer Gruppe von Arbeitern und der Polizei) ausgetragen worden war?

Hanssen als der gewiefte Politiker und Reichstagsabgeordnete, der er war, wusste sehr wohl um dieses „politische Vakuum" in Nordschleswig. Bereits im Herbst 1918 schlug er die Bildung einer besonderen nordschleswigschen Reichstagsfraktion vor, die in der Übergangszeit Nordschleswig-relevante Aufgaben wahrnehmen und von den existierenden Parteien unabhängig sein sollte. Die Zielsetzung war dabei zum einen zu gewährleisten, dass dringliche Fragen nach sachlichen nordschleswigschen Gesichtspunkten gelöst würden, und zum anderen der Bevölkerung eine (bessere) Standpunktfindung in der politischen Landschaft zu ermöglichen, bevor sie bei Wahlen ihr Kreuzchen machten. Der Vorschlag Hanssens stieß indessen bei den Parteien in Christiansborg und auch bei den nordschleswigschen Fraktionen auf wenig Gegenliebe und wurde somit nie in die Tat umgesetzt.[42]

Das mangelhafte „Gespür" dafür, wo(für) die dänischen Parteien politisch so standen, kommt auch in den großen Schwankungen in der Anzahl der Wählerstimmen für die einzelnen Parteien bei den ersten Folketingswahlen nach der Wiedervereinigung zum Ausdruck; das gilt besonders für die liberale

---

41 Wiedergabe aus Thorsen: Delt efter anskuelser (Anm. 6), 62.

42 Schultz Hansen: Sønderjyske landbrug (Anm. 1), 158; Hans Schultz Hansen: Genforeningens arkitekt: H. P. Hanssen 1914–1936 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, 118). Apenrade 2020,158ff.

Partei Venstre und die Sozialdemokraten.[43] Zur Folketingswahl am 21. September 1920 entfiel auf die liberale Partei Venstre nahezu die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, etwa 18.000. Am zweitstärksten schnitt die Schleswigsche Partei mit Johannes Schmidt-Wodder (1869–1959) als ihrem Kandidaten ab, der 7.505 Stimmen errang. Drittstärkste Kraft wurde mit ebenfalls gut siebentausend Stimmen die Konservative Volkspartei, die besonders im Haderslebener Østeramt mit den großen Höfen gut abschnitt. Die Sozialdemokraten mit I. P. Nielsen als Spitzenkandidaten erhielten etwa 6.500 Stimmen und die Linksliberalen (dän. Name: die Radikalen), oder richtiger: der nordschleswigsche Arbeiterverein, 4.450 Stimmen.

Die Gunst der Stunde, und eine solche war es wohl nur, hielt für Venstre indessen nicht an, und bereits zur nächsten Folketingswahl kam es zu großen Verschiebungen. Mit einem Rückgang um fast zwanzig Prozent bei der Wahl 1924 stürzte die Partei regelrecht ab, stabilisierte sich dann aber bei den nächsten beiden Wahlen 1926 und 1929 mit gut 35 Prozent der Stimmen. Dann kam die Depression, und mit der LS war zudem ein Mitbewerber auf den Plan getreten, und Venstre erlebte erneut einen dramatischen Rückgang bei der Wahl 1935 mit nur 17,5 Prozent der Stimmen. Umgekehrt stieg der Zuspruch für die Sozialdemokraten in den 1920er-Jahren stetig an, um sich schließlich bei rund 35 Prozent der Stimmen einzupendeln. Vordergründig betrachtet, sind die großen Schwankungen ein Indiz für jene „politische Traditionslosigkeit" im Landesteil Nordschleswig, aber in Wahrheit war diese Entwicklung ein Ausdruck dafür, dass der Zuspruch zu den vier „Altparteien" sich immer mehr dem Landesgesamtdurchschnitt annäherte (siehe Abb. 1). Im Jahr 1939 waren die Sozialdemokraten die stärkste Partei mit knapp vierzig Prozent der Stimmen, auf dem zweiten Platz folgten die liberale Partei Venstre mit knapp zwanzig Prozent, dicht gefolgt von den Konservativen mit ebenfalls knapp zwanzig Prozent. Mit rund fünf Prozent der Stimmen war die linksliberale Partei Det Radikale Venstre mit Abstand die kleinste der Altparteien. Die Dänische Nationalsozialistische Partei mit dem Nordschleswiger Frits Clausen (1893–1947) an der Spitze erhielt in Nordschleswig ebenfalls rund fünf Prozent der Stimmen gegenüber knapp drei Prozent im Landesdurchschnitt. Dieser Front dänischer Parteien stand die Schleswigsche Partei mit etwa sechzehn Prozent der Stimmen gegenüber.

---

[43] Nachstehendes beruht hauptsächlich auf Thorsen: Delt efter anskuelser (Anm. 6), 85ff; und nicht zuletzt Jessen: Haandbog (Anm. 6), 221ff.

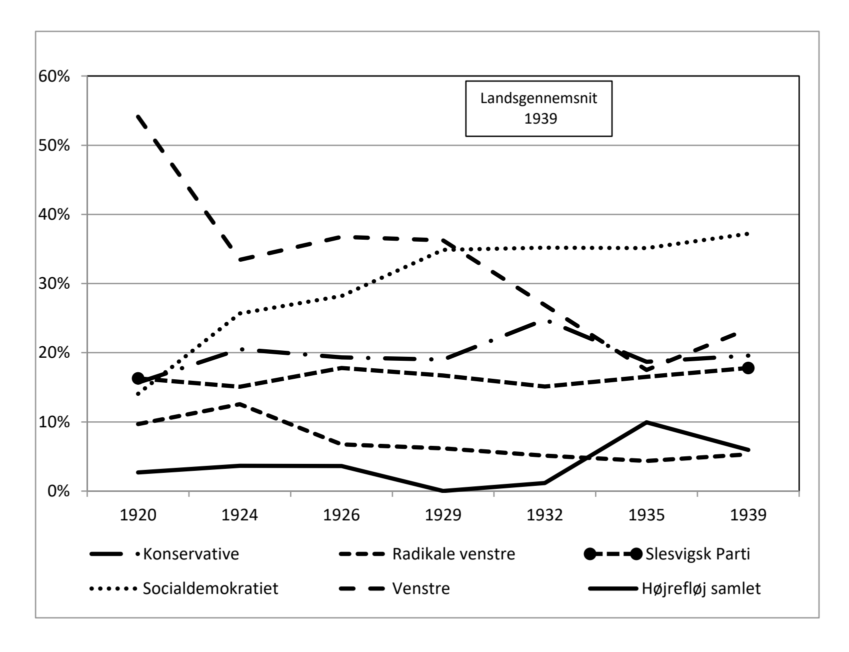


Abb. 1: Zuspruch zu den Parteien bei den Folketingswahlen 1920–1939 in Nordschleswig, Landesdurchschnitt 1939 mit Punkten markiert (Schlesw. Partei in der Abb. nicht enth.; Højrefløj samlet = Rechter Flügel insgesamt).
Quelle: Franz von Jessen: Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals Historie III, 221ff.

Ein weiteres Merkmal der politischen Landschaft Nordschleswigs unmittelbar nach der Wiedervereinigung war eine sehr geringe Wahlbeteiligung. Zur Folketingswahl 1920 gaben in Nordschleswig nur 70 Prozent ihre Stimme ab, in Dänemark als Ganzes waren es 77 Prozent. Zur Wahl 1924 erneut lediglich 71 Prozent in Nordschleswig gegenüber 78,5 Prozent im Landesdurchschnitt. Aber als 1926 Petersen und die Bäuerliche Selbstverwaltung (Bondens Selvstyre) die politische Bühne betraten, änderte sich auch die Wahlbeteiligung. Sie erreichte 1926 das Niveau des Landesdurchschnitts (77 Prozent auf beiden Seiten der Königsau). Bei den Wahlen 1929 und 1932 war die Beteiligung mit etwa achtzig Prozent dem Landesdurchschnitt sehr ähnlich, aber nach Hitlers Machtergreifung 1933 und der Forderung führender schleswig-holsteinischer Nationalsozialisten nach einer Grenzrückverlegung (Grenzrevision) während der als „Ostersturm" bezeichneten Gleichschaltungswelle in der deutschen Minderheit im selben Frühjahr suchte die dänische Mehrheitsbevölkerung im Gegenzug den Schulterschluss, zum einen durch Vereine wie Junge Grenz-

schützer (Det Unge Grænseværn), Dänische Gesellschaft (Danske Samfund) und andere nationale Vereine und Verbände, zum anderen durch eine hohe Wahlbeteiligung. Im Jahr 1939 gaben ganze 92,5 Prozent der Wahlberechtigten in Nordschleswig ihre Stimme ab – gegenüber 79 Prozent im Landesdurchschnitt.

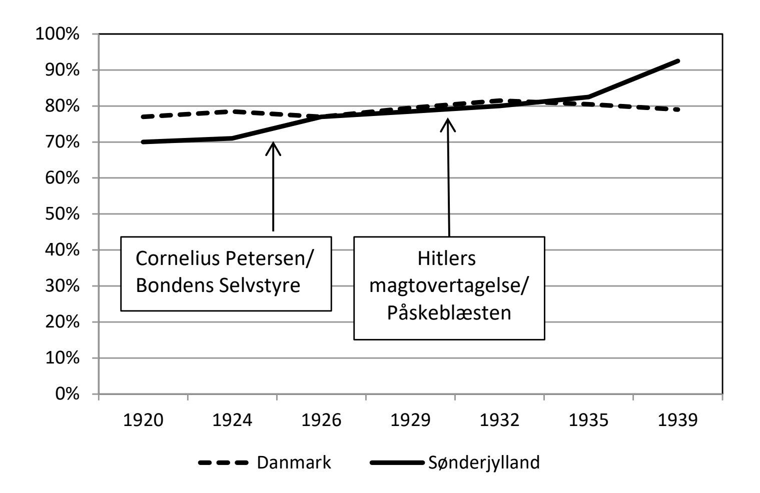


Abb. 2: Die Wahlbeteiligung zu den Folketingswahlen 1920–193; Nordschleswig (Sdj.) und Gesamtdänemark (DK).
Quelle: Franz von Jessen: Haandbog i det slesvigske Spørgsmaals Historie III, 221ff sowie Danmarks Statistik zu den Folketingswahlen.

Diese Entwicklung der Stimmenanteile ist ein Indiz dafür, dass die extremen politischen Manifestationen der Protestbewegungen und durch das Deutschvolkstum beziehungsweise den Nationalsozialismus am Ende zu Katalysatoren einer parlamentarischen Bewusstseinsfindung im wiedervereinten Nordschleswig und damit auch einem begünstigenden Faktor für den Vollzug der politischen Wiedervereinigung wurden!

Schlussbetrachtungen

Zu Beginn dieser Abhandlung wurde die Frage aufgeworfen, wie die Krisenbewegungen in Nordschleswig in den Jahren zwischen den Kriegen so einen relativ großen Zulauf bekommen konnten. Spielten da andere Faktoren als

rein wirtschaftliche und nationale eine Rolle, weshalb der Landesteil für die Botschaften der Protestler besonders empfänglich beziehungsweise anfällig gewesen sein sollte? Und welche Bedeutung erlangten diese Bewegungen für die politische Entwicklung im Landesteil?

Unmittelbar ursächlich für die Entstehung der Bewegungen waren offenkundig die frustrierenden wirtschaftlichen Verhältnisse der nordschleswigschen Landwirtschaft in den Zwischenkriegsjahren – mit Verschuldung, drohenden Insolvenzen und Zwangsauktionen. Die Wiedervereinigung war noch von einer Welle der Zuversicht und des Glaubens an einen Neuanfang getragen worden, doch als der „Lack" abzublättern begann und wirtschaftlich eine Besserung – aber bitte sofort! – nicht in Sicht zu sein schien, machte sich in der Bevölkerung Enttäuschung breit, die sich gegen die neue Heimatnation richtete. Dass aus dieser Frustration und Unzufriedenheit aber extremistische Protestbewegungen entstehen sollten, war gleichwohl keine logische Folge beziehungsweise Selbstverständlichkeit. Vielmehr ist es hier angezeigt, die politische „Jungfräulichkeit" der Nordschleswiger als für die Entwicklung mit ursächlich zu betrachten. Die vielen „Ungefestigten" ohne parteipolitische Verankerung waren klarerweise eher sprunghaft und tendenziell gern charismatischen Personen zugeneigt, Populisten, wenn man so will, die immer auch die einfachen, die simplen Wege (und Abkürzungen) aus der Krise heraus parat hatten, sei es durch mittelalterliches Bauerntum, schleswigsche Selbstverwaltung, einen Nordschleswigschen Rat – oder einfach nur Boykott, Tumult und Aufruhr.

Andererseits sollte diesem Aspekt vielleicht aber auch nicht zu viel Bedeutung beigemessen werden, denn schließlich hatte sich in Südschleswig, wo in preußischer Zeit durchaus eine Tradition für politisches Engagement mit liberalen, konservativen und sozialdemokratischen Kandidaten bestanden hatte, eine ganz ähnliche Entwicklung vollzogen, und zwar mit dem Aufkommen der Landvolkbewegung in den 1920er-Jahren. Insofern scheint hier eher wenig dafür zu sprechen, dass fehlende politische Erfahrung ein wesentlicher Grund für den Zuspruch zu den Krisenbewegungen gewesen sein sollte.

Womöglich lag die Entwicklung eher in der allgemeinen Unsicherheit und Instabilität begründet, nachdem mit dem Kriegsende 1918 bisherige gefestigte gesellschaftliche Strukturen zerfielen und auseinanderbrachen. Auf beiden Seiten der neuen Grenze sehnte man sich nach dem ganzen apokalyptischen Chaos nach einem Neubeginn. Und in Nordschleswig trat dieser ein – in Form von Dänemark und somit einer neuen politischen Wirklichkeit. Doch

in Südschleswig war ein Aufbruch zu etwas Neuem nur schwer erkennbar. Zwar wurde 1919 die Weimarer Republik ausgerufen, aber am Ruder saßen weiterhin dieselben Volksvertreter, die der Nation einen Weltkrieg beschert, das Land in eine Katstrophe gestürzt und wirtschaftliches Chaos angerichtet hatten. Hier war das Ergebnis von Krisenbewegungen und gesellschaftlichen Unruhen keine Konsolidierung der Demokratie, sondern ein massiver Zuspruch für eine nicht-demokratischen Partei, mit tatkräftiger Unterstützung der Bewegungen. So schrieb die Zeitung der dänischen Minderheit *Flensborg Avis* am 29. Januar 1929: „Mehr und mehr scheint jedoch aus den Versammlungen [der Landvolkbewegung] hervorzugehen, dass es sich nicht so sehr um die Not der Landwirtschaft handelt als um die deutsche Republik und um die Juden, denen man zu Leibe will […] Es sind die Bauernmassen, die man auf diese Weise zu gewinnen sucht; denn wie ein Sprecher sagte: Hat man die Massen, so hat man die Macht, und der Macht folgt das Recht."[44]

Zu denken gibt in der Rückschau, im Lichte des „Hinterher ist man immer klüger", die Feststellung, dass anders als die Bewegungen in Südschleswig, die für sich selbst den Weg zum Nationalsozialismus vorzeichneten, die Bewegungen in Nordschleswig eher ein begünstigender Faktor für eine (dänische) Normalisierung der politischen Landschaft in Nordschleswig gewesen sein könnten. Gegen Ende dieses Zeitabschnitts, im Jahr 1939, hatte der Zuspruch zu den dänischen „Altparteien" annähernd das Niveau des Landesdurchschnitts erreicht. Die Wähler hatten in ihrem politischen Bewusstsein „zu sich selbst gefunden", durch eine Mobilisierung aller dänischen Stimmen, sich in einer extrem hohen Wahlbeteiligung manifestierend, aber auch durch eine Hinwendung zum Parteienspektrum und ein Bejahen der Demokratie – und das aus einer ursprünglich nahezu klassischen „die oder wir"-Konstellation heraus.

[44] Zitiert nach: Der nationale Gegensatz/De nationale modsætninger 1914–1933. Quellen zur Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion/Kilder til den dansk-tyske grænseregions historie, IV. Apenrade und Flensburg 2001, 267.

Autoren- und Herausgeberverzeichnis/ Fortegnelse over forfattere og udgivere

Morten Andersen

- f. 1973, ph. d., tidligere arkivar ved Rigsarkivet i Aabenraa, nu lektor ved Munkensdam Gymnasium i Kolding.
- geb. 1973, ph. d., ehemaliger Archivar beim Rigsarkivet in Apenrade, jetzt Oberstudienrat am Munkensdam Gymnasium in Kolding.

Henrik Becker-Christensen

- f. 1950, professor, dr. phil., tidligere dansk generalkonsul i Flensborg.
- geb. 1950, Prof. Dr. phil., ehemaliger dänischer Generalkonsul in Flensburg.

Bettina Dioum

- f. 1968, arkivar, Landesarchiv Schleswig-Holstein.
- geb. 1968, Dipl.-Archivarin, Landesarchiv Schleswig-Holstein.

Martin Göllnitz

- f. 1982, Dr. phil., videnskabelig assistent ved Universitetet i Marburg og videnskabelig medarbejder ved forskningsprojektet „Sikkerhedsdynamikker".
- geb. 1982, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Marburg und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sonderforschungsbereich 138 „Dynamiken der Sicherheit".

Hans Schultz Hansen

- f. 1960, adjungeret professor, dr. phil., forskningsleder, Rigsarkivet i Aabenraa.
- geb. 1960, Prof. Dr., Forschungsleiter, Rigsarkivet in Apenrade.

Rainer Hering
- f. 1961, adj. professor, dr. phil, dr. theol, arkivar ved Staatsarchiv Hamburg 1987–2006, arkivchef for Landesarchiv Schleswig-Holstein siden 2006.
- geb. 1961, Prof. Dr. phil. Dr. theol., Archivar beim Staatsarchiv Hamburg 1987–2006, Leiter des Landesarchivs Schleswig-Holstein seit 2006.

Carl Christian Jessen
- f. 1941, cand.teol., tidligere sognepræst, senest i Kvissel, kirkehistoriker.
- geb. 1941, Theologe, ehemaliger Pastor, zuletzt in Kvissel, Kirchenhistoriker.

Leif Hansen Nielsen
- f. 1955, ph. d., arkivar og seniorforsker ved Rigsarkivet i Aabenraa.
- geb. 1955, ph. d., Archivar und Senior Researcher beim Rigsarkivet in Apenrade.

Erik Nørr
- f. 1944, dr. phil., tidligere arkivar og seniorforsker ved Rigsarkivet i København.
- geb. 1944, Dr. phil., ehemaliger Archivar und Senior Researcher am Rigsarkivet in Kopenhagen.

Jörg Rathjen
- f. 1966, dr. phil., arkivar, Landesarchiv Schleswig-Holstein.
- geb. 1966, Dr. phil., Archivar im Landesarchiv Schleswig-Holstein.

Caroline Elisabeth Weber
- f. 1987, dr. phil, postdoc ved Center for Grænseregionsforskning / Syddansk Universitet.
- geb. 1987, Dr. phil., Postdoc am Center for Border Region Studies / Syddansk Universitet.

Jørgen Witte
- f. 1946, mag.art., tidligere arkivar ved Rigsarkivet i Aabenraa og tidligere borgmester i Aabenraa.
- geb. 1946, M. A., ehemaliger Archivar am Rigsarkivet in Apenrade und ehemaliger Bürgermeister der Stadt Apenrade.

Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein

Band 1: Findbuch der Bestände Abt. 268 und 285: Lübecker Domkapitel mit Großvogtei und Vikarien sowie Amt Großvogtei, von Wolfgang Prange. 1975. XVII, 324 Seiten. ISBN 3-931292-01-0

Band 2: Findbuch des Bestandes Abt. 400.5: Von der Universitätsbibliothek Kiel übernommene Handschriften, von Wolfgang Prange. 1975. IV, 84 Seiten. ISBN 3-931292-02-9

Band 3: Findbuch des Bestandes Abt. 320 Eckernförde: Kreis Eckernförde, von Hans Wilhelm Schwarz. 1976. VIII, 89 Seiten. Vergriffen. Neuauflage siehe Band 44. ISBN 3-931292-03-7

Bände 4 und 5: Findbuch des Bestandes Abt. 7: Herzöge von Schleswig-Holstein-Gottorf 1544–1713. 1. und 2. Band, von Kurt Hector. 1977. XVI, XII, 852 Seiten. Nur zusammen zu beziehen. Auf die Nachträge und Indices, die als Band 11 erschienen sind, wird ausdrücklich verwiesen. ISBN 3-931292-04-5

Band 6: Findbuch des Bestandes Abt. 320 Eiderstedt: Kreis Eiderstedt 1867–1950, von Reimer Witt. 1978. VIII, 144 Seiten. Vergriffen. Neuauflage siehe Band 62. ISBN 3-931292-06-1

Band 7: Findbuch des Bestandes Abt. 218: Lauenburgisches Konsistorium zu Ratzeburg, von Wolfgang Prange. 1979. V, 148 Seiten. ISBN 3-931292-07-X

Band 8: Findbuch des Bestandes Abt. 320 Steinburg: Kreis Steinburg, von Robert Knull und Dagmar Unverhau. 1980. XVI, 215 Seiten. ISBN 3-931292-08-8

Band 9: Findbuch des Bestandes Abt. 65.1: Deutsche Kanzlei zu Kopenhagen bis 1730, von Konrad Wenn. 1981. VII, 171 Seiten. Vergriffen. Neuauflage siehe Band 118. ISBN 3-931292-09-6

Band 10: Findbuch des Bestandes Abt. 107: Ämter Cismar und Oldenburg, von Wolfgang Prange. 1982. VIII, 73 Seiten. Vergriffen. ISBN 3-931292-10-X

Band 11: Findbuch des Bestandes Abt. 7: Herzöge von Schleswig-Holstein-Gottorf 1544–1713. 3. Band, von Kurt Hector und Heinrich Frhr. von Hoyningen gen. Huene. 1983. Enthält Nachträge und Indices zu Band 4 und 5. XXIV, 422 Seiten. ISBN 3-931292-11-8

Band 12: Findbuch der Bestände Abt. 231, 232, 233 und 234: Ämter Lauenburg, Ratzeburg, Schwarzenbek und Steinhorst, von Wolfgang Prange und Konrad Wenn. 1984. XVII, 358 Seiten. ISBN 3-931292-12-6

Band 13: Findbuch des Bestandes Abt. 210: Lauenburgische Regierung zu Ratzeburg, von Wolfgang Prange und Konrad Wenn. 1985. XVII, 597 Seiten. ISBN 3-931292-13-4

Band 14: Findbuch des Bestandes Abt. 320 Segeberg: Kreis Segeberg, von Robert Knull und Dagmar Unverhau. 1985. XVIII, 140 Seiten. ISBN 3-931292-14-2

Band 15: Findbuch des Bestandes Abt. 320 Plön: Kreis Plön, von Hartmut Haase und Hans Wilhelm Schwarz. 1986. VIII, 262 Seiten. ISBN 3-931292-15-0

Bände 16 und 17: Findbuch der Reichskammergerichtsakten (Abt. 390 und andere), von Hans-Konrad Stein-Stegemann. 1986. 2 Bände: Titelaufnahmen und Indices. XIX, 734 Seiten. Nur zusammen zu beziehen. ISBN 3-931292-16-9

Bände 18 und 19: Findbuch der Reichskammergerichtsakten im Archiv der Hansestadt Lübeck, von Hans-Konrad Stein-Stegemann. 1987. 2 Bände: Titelaufnahmen und Indices. XXI, 1067 Seiten. Nur zusammen zu beziehen. ISBN 3-931292-18-5

Band 20: Schleswig-Holsteinische Archivtage 1985–1987 – Ansprachen und Vorträge –. Hrsg. von Angelika Menne-Haritz. 1987. 137 Seiten. ISBN 3-931292-20-7

Band 21: Schleswig-Holsteinische Regesten und Urkunden. Band 9: Herrschaft Breitenburg 1256–1598. Bearb. von Kurt Hector und Wolfgang Prange. Neumünster 1988. XI, 657 Seiten. Nur im Buchhandel erhältlich. ISBN 3-931292-21-5

Band 22: Landschaft und Siedlung im Wandel. Alte Flurkarten aus Schleswig-Holstein, Erdbücher, Urkunden, Vermessungsinstrumente. Eine Ausstellung im Landesarchiv Schleswig-Holstein 1989/1990, von Susanna Misgajski. 1989. 64 Seiten. ISBN 3-931292-22-3

Band 23: Schleswig-Holsteinische Regesten und Urkunden. Band 10: Kloster Ahrensbök 1328–1565. Bearb. von Wolfgang Prange. Neumünster 1989. 455 Seiten. Nur im Buchhandel erhältlich. ISBN 3-931292-23-1

Band 24: Findbuch des Bestandes Abt. 8.1: Schleswig-Holstein-Gottorfisches (Großfürstliches) Geheimes Regierungs-Conseil zu Kiel 1720–1773, von Wolfgang Prange und Konrad Wenn. 1989. X, 258 Seiten. ISBN 3-931292-24-X

Band 25: Findbuch des Bestandes Abt. 8.2: Schleswig-Holstein-Gottorfische (Großfürstliche) Rentekammer zu Kiel 1720–1778, von Wolfgang Prange. 1990. IX, 209 Seiten. ISBN 3-931292-25-8

Band 26: Schleswig-Holsteinische Regesten und Urkunden. Band 11: Die Protokolle des Lübecker Domkapitels 1535–1540. Bearb. von Wolfgang Prange. Neumünster 1990. 330 Seiten. Nur im Buchhandel erhältlich. ISBN 3-931292-26-6

Band 27: Durchs Objektiv gesehen. Aspekte der Filmgeschichte in Schleswig-Holstein. Eine Ausstellung im Landesarchiv Schleswig-Holstein 1992/1993, von Jutta Matz. 1992. 59 Seiten. ISBN 3-931292-27-4

Band 28: Historisches Ortsnamenlexikon von Schleswig-Holstein, von Wolfgang Laur. 2., völlig veränderte und erweiterte Auflage. Neumünster 1992. 755 Seiten. Vergriffen. ISBN 3-931292-28-2

Band 29: Findbuch der Bestände Abt. 216 und 217: Lauenburgische Gerichte, von Wolfgang Prange. 1992. 149 Seiten. ISBN 3-931292-29-0

Band 30: Schleswig-Holsteinische Regesten und Urkunden. Band 12: Die Protokolle des Lübecker Domkapitels 1522–1530. Bearb. von Wolfgang Prange. Neumünster 1992. 874 Seiten. Nur im Buchhandel erhältlich. ISBN 3-931292-30-4

Bände 31 bis 33: Findbuch des Bestandes Abt. 66: Rentekammer zu Kopenhagen, Schleswig-Holsteinische Kammer auf Gottorf, General-Landwesens-Kollegium, Steuerkommissionen, von Wolfgang Prange und Konrad Wenn. 1993. 3 Bände. 1077 Seiten. Nur zusammen zu beziehen. ISBN 3-931292-31-2

Band 34: Findbuch des Bestandes Abt. 320 Bordesholm: Kreis Bordesholm 1867–1932, von Veronika Eisermann und Hans Wilhelm Schwarz. 1993. V, 79 Seiten. ISBN 3-931292-34-7

Band 35: Urkundenbuch des Bisthums Lübeck. Teil 1. Hrsg. von Wilhelm Leverkus. Neudruck der Ausgabe von 1856. Neumünster 1994. XXXII, 901 Seiten. Nur im Buchhandel erhältlich. ISBN 3-931292-35-5

Band 36: Schleswig-Holsteinische Regesten und Urkunden. Band 13: Urkundenbuch des Bistums Lübeck. Band 2: Urkunden 1220–1439. Bearb. von Wolfgang Prange. Neumünster 1994. XIV, 656 Seiten. ISBN 3-931292-36-3

Band 37: Schleswig-Holsteinische Regesten und Urkunden. Band 8: Kloster Itzehoe 1256–1564. Bearb. von Hans Harald Hennings. Neumünster 1993. XIV, 569 Seiten. ISBN 3-931292-37-1

Band 38: Schienen zum Fortschritt. 150 Jahre Eisenbahn in Schleswig-Holstein. Ausstellungen zum Jubiläum der Eisenbahn in Schleswig-Holstein, von Christian Küster, Susanna Misgajski, Manfred Schulz und Günther Ungerbieler. 1994. 113 Seiten. Vergriffen. ISBN 3-931292-38-X

Band 39: „Der Stand der Frauen, wahrlich, ist ein harter Stand". Frauenleben im Spiegel der Landesgeschichte. Hrsg. von Elke Imberger. 1994. 231 Seiten. ISBN 3-931292-39-8

Band 40: Schleswig-Holsteins Lied und Farben im Wandel der Zeiten. Vorträge und Diskussionen eines wissenschaftlichen Symposiums: „150 Jahre Schleswig-Holstein-Lied". Hrsg. vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund und dem Landesarchiv Schleswig-Holstein. 1995. 112 Seiten. ISBN 3-931292-40-1

Band 41: Der 8. Mai als politische Zäsur. Ansprachen und Vorträge zum Symposium „Ende und Anfang im Mai 1945" in der Marineschule Mürwik am 17. Mai 1995 (Landeszentrale für Politische Bildung. Labskaus 4). 41 Seiten. ISBN 3-931292-41-X

Band 42: Der Kaiser, der Kanal und die Kinematographie. Begleitheft zur Ausstellung im Landesarchiv Schleswig-Holstein: Birt Acres – 100 Jahre Film in Schleswig-Holstein, von Hauke Lange-Fuchs. 1995. 71 Seiten. ISBN 3-931292-42-8

Band 43: Archive in Schleswig-Holstein. Bearb. von Veronika Eisermann und Hans Wilhelm Schwarz. 1996. 115 Seiten. ISBN 3-931292-43-6

Band 44: Findbuch des Bestandes Abt. 320.3: Kreis Eckernförde 1867–1950, von Veronika Eisermann und Hans Wilhelm Schwarz. 2., wesentlich erweiterte Auflage. 1996. VIII, 290 Seiten. ISBN 3-931292-44-4

Band 45: Schleswig-Holsteinische Regesten und Urkunden. Band 14: Urkundenbuch des Bistums Lübeck. Band 3: Urkunden 1439–1509. Bearb. von Wolfgang Prange. Neumünster 1995. 806 Seiten. ISBN 3-931292-45-2

Band 46: Schleswig-Holsteinische Regesten und Urkunden. Band 15: Urkundenbuch des Bistums Lübeck. Band 4: Urkunden 1510–1530 und andere Texte. Bearb. von Wolfgang Prange. Neumünster 1996. 839 Seiten. ISBN 3-931292-46-0

Band 47: Landgraf Carl von Hessen 1744–1836. Statthalter in den Herzogtümern Schleswig und Holstein. Eine Ausstellung im Landesarchiv Schleswig-Holstein, von Jens Ahlers, Jürgen Ostwald, Reimer Witt und Heyo Wulf. 1996. 215 Seiten. Vergriffen. ISBN 3-931292-47-9

Band 48: Findbuch des Bestandes Abt. 320.9: Kreis Husum 1867–1950, von Marion Dernehl und Reimer Witt. 1997. VII, 119 Seiten. ISBN 3-931292-48-7

Band 49: Die Wappen der Kreise, Ämter, Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein. Bearb. von Martin Reißmann unter Mitwirkung von Uta Hess, Jutta Matz und Hans Wilhelm Schwarz. Husum 1997. 415 Seiten. Vergriffen. ISBN 3-931292-49-5

Bände 50 bis 53: Findbuch des Bestandes Abt. 260: Regierung des Bistums, Fürstentums, Landesteils Lübeck zu Eutin, von Gertrud Nordmann, Wolfgang Prange und Konrad Wenn. 1997. 4 Bände. 1896 Seiten. Nur zusammen zu beziehen. ISBN 3-931292-50-9

Band 54: Die Anfänge des Landes Schleswig-Holstein. Vier Vorträge aus Anlaß des 50jährigen Landesjubiläums. Hrsg. vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund und dem Landesarchiv Schleswig-Holstein. 1997. 103 Seiten mit 10 Abb. ISBN 3-931292-51-7

Band 55: Landgraf Carl von Hessen 1744–1836. Vorträge zu einer Ausstellung. Hrsg. von Reimer Witt und Heyo Wulf. 1997. 163 Seiten. Vergriffen. ISBN 3-931292-52-5

Band 56: Der Hesterberg. 125 Jahre Kinder- und Jugendpsychiatrie und Heilpädagogik in Schleswig. Eine Ausstellung im Landesarchiv Schleswig-Holstein, von Susanna Misgajski. 1997. 157 Seiten. ISBN 3-931292-53-3

Band 57: Die Gottorfer auf dem Weg zum Zarenthron. Russisch-gottorfische Verbindungen im 18. Jahrhundert. Katalog zur Ausstellung im Landesarchiv Schleswig-Holstein, von Michail Lukitschev und Reimer Witt, unter Mitwirkung von Svetlana Dolgova, Jutta Matz, Marina Osekina und Sven Schoen. 1997. 203 Seiten. Vergriffen. ISBN 3-931292-54-1

Band 58: Schleswig-Holsteinische Regesten und Urkunden. Band 16: Urkundenbuch des Bistums Lübeck. Band 5: Siegelzeichnungen, Überlieferung, Indices. Bearb. von Wolfgang Prange. Neumünster 1997. 363 Seiten. ISBN 3-931292-32-0

Band 59: Schleswig-Holsteinische Beamte 1816–1848, von Gertrud Nordmann. 1997. VII, 445 Seiten. ISBN 3-931292-56-8

Band 60: Findbuch des Bestandes Abt. 170: Landschaft Stapelholm 1699–1867 (–1925), von Marion Dernehl. 1998. V, 52 Seiten. ISBN 3-931292-17-7

Band 61: Findbuch des Bestandes Kreis Herzogtum Lauenburg (Ratzeburg) 1873–1950, von Cordula Bornefeld und Hartmut Haase. 2001. 2 Bände. XIII, VIII, 687 Seiten. ISBN 3-931292-33-9

Band 62: Findbuch des Bestandes Abt. 320.4: Kreis Eiderstedt 1867–1950. Neu bearb. von Marion Dernehl und Reimer Witt. 1998. 2., erweiterte Auflage. IX, 167 Seiten. ISBN 3-931292-19-3

Band 63: Die Staatsgrundgesetze 1848/49 in Schleswig-Holstein und Lauenburg: Reprint zeitgenössischer Drucktexte. Hrsg. vom Verein zur Förderung des Landesarchivs Schleswig-Holstein e. V. 1998. 63 Seiten. ISBN 3-931292-55-X

Band 64: Heinrich Rantzau (1526–1598) – Statthalter in Schleswig und Holstein. Ein Humanist beschreibt sein Land. Katalog zur Ausstellung im Landesarchiv Schleswig-Holstein. Landesbeschreibung – Aufsätze – Katalog. Hrsg. von Marion Bejschowetz-Iserhoht, Hans Braunschweig, Reimer Witt und Heyo Wulf. 1999. 346 Seiten. ISBN 3-931292-57-6

Band 65: Arkivfortegnelse/Findbuch der Bestände Tønder kreds/Kreis Tondern 1867–1920 und/og Kreis Südtondern/Sydtønder kreds 1920–1950 i/im Landsarkivet for Sønderjylland und/og Landesarchiv Schleswig-Holstein. Redaktion Bettina Reichert und Hans Schultz Hansen. 1999. XIII, 353 Seiten. ISBN 3-931292-58-4

Band 66: Staatsgrundgesetze 1848/49 in Schleswig-Holstein und Lauenburg. Katalog zur Ausstellung im Haus Mecklenburg, Ratzeburg, 11. Mai bis 7. November 1999, von Hans Wilhelm Schwarz. 1999. 104 Seiten. ISBN 3-931292-61-4

Band 67: Findbuch des Bestandes Abt. 20: Herzöge von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Plön, von Wolfgang Prange und Konrad Wenn. 1999. XVIII, 221 Seiten. ISBN 3-931292-62-2

Band 68: Findbuch des Bestandes Abt. 2002: Landesfilmarchiv, von Dirk Jachomowski. 1999. XVI, 258 Seiten mit 70 Abb. ISBN 3-931292-59-2

Band 69: Gilden in Schleswig-Holstein. Vorträge zur Ausstellung im Landesarchiv Schleswig-Holstein. Hrsg. von Marion Bejschowetz-Iserhoht, Reimer Witt und Heyo Wulf. 2000. 171 Seiten mit 17 Abb. ISBN 3-931292-63-0

Band 70: Findbuch Helgoländer Bestände: Abt. 174 Landschaft und britische Kronkolonie Helgoland, Abt. 131 Landgemeinde Helgoland, Abt. 320.22 Inselkreis Helgoland, von Malte Bischoff und Robert Knull. 2003. 70 Seiten. ISBN 3-931292-60-6

Band 71: Wappen – Zwischen Tradition und Fortschritt. Begleitheft zur Ausstellung im Landesarchiv Schleswig-Holstein, von Martin Reißmann. 2000. 35 Seiten mit 24 Abb. ISBN 3-931292-65-7

Band 72: Findbuch des Bestandes Abt. 3: Grafschaft Holstein-Schauenburg-Pinneberg. Bearb. von Malte Bischoff und Lars E. Worgull. 2002. 89 Seiten. ISBN 3-931292-66-5

Band 73: Arkivfortegnelse/Findbuch der Bestände Tønder amt til 1867/Amt Tondern bis 1867 i/im Landsarkivet for Sønderjylland og/und Landesarchiv Schleswig-Holstein. Bettina Reichert und Jesper Thomassen. 2001. XXX, 377 Seiten. ISBN 3-931292-67-3

Band 74: Im Spannungsfeld zwischen Regional- und Landesgeschichte. Vorträge eines Regionalsymposiums im Landesarchiv Schleswig-Holstein. Hrsg. von Reimer Witt. 2003. 115 Seiten. ISBN 3-931292-64-9

Band 75: Von Gottesfurcht und Kirchenzucht. Aspekte kirchlichen Lebens in Schleswig-Holstein im 17. Jahrhundert. Katalog zur Ausstellung im Landesarchiv Schleswig-Holstein. Hrsg. von Marion Bejschowetz-Iserhoht, Malte Bischoff und Reimer Witt. 2001. 71 Seiten mit 38 Abb. ISBN 3-931292-68-1

Band 76: Beiträge zur schleswig-holsteinischen Geschichte. Ausgewählte Aufsätze, von Wolfgang Prange. Neumünster 2002. XIV, 610 Seiten. ISBN 3-529-02212-8

Band 77: Archivalien zur Geschichte Schleswig-Holsteins im Niedersächsischen Staatsarchiv in Stade, von Robert Gahde. 2002. 91 Seiten. ISBN 3-931292-69-X

Band 78: Kirchliches Leben in Schleswig-Holstein im 17. Jahrhundert. Vorträge zu einer Ausstellung im Landesarchiv Schleswig-Holstein. Hrsg. von Marion Bejschowetz-Iserhoht und Reimer Witt. 2003. 215 Seiten. ISBN 3-931292-71-1

Band 79: Nicht erschienen.

Band 80: Schleswig-Holstein und die Niederlande – Aspekte einer historischen Verbundenheit. Katalog zur Ausstellung im Landesarchiv Schleswig-Holstein. Hrsg. von Ernst Joachim Fürsen und Reimer Witt. 2003. 183 Seiten. ISBN 3-931292-72-X

Band 81: Findbuch des Bestandes Abt. 320.12: Kreis Pinneberg, von Robert Knull. 2003. IX, 127 Seiten. ISBN 3-931292-73-8

Band 82: Das dritte Elbherzogtum. Der Kreis Herzogtum Lauenburg und seine Geschichte. Eine Ausstellung des Landesarchivs Schleswig-Holstein und des Kreises Herzogtum Lauenburg, von Eckardt Opitz und Martin Knauer. 2003. [34] Bl. Vergriffen. ISBN 3-931292-74-6

Band 83: Von ehrbaren Handwerkern und Böhnhasen – Handwerksämter in Schleswig-Holstein. Katalog zur Ausstellung im Landesarchiv Schleswig-Holstein. Hrsg. von Marion Bejschowetz-Iserhoht und Reimer Witt. 2004. 76 Seiten mit 36 Abb. ISBN 3-931292-75-4

Band 84: Findbuch des Bestandes Abt. 320.11: Kreis Oldenburg 1867–1950. Bearb. von Veronika Eisermann. 2004. VI, 46 Seiten. ISBN 3-931292-76-2

Band 85: Findbuch des Bestandes Abt. 314: Oberversicherungsamt, von Wulf Pingel. 2005. V, 51 Seiten. ISBN 3-931292-77-0

Band 86: Belli Dithmarsici vera descriptio – Wahre Beschreibung des Dithmarscher Krieges, von Heinrich Rantzau (Christianus Cilicius Cimber). Edition, Einleitung und Übersetzung von Fritz Felgentreu. 2009. 252 Seiten mit 12 Abb. ISBN 978-3-931292-78-2

Band 87: Findbuch des Bestandes Abt. 301: Oberpräsidium und Provinzialrat der Provinz Schleswig-Holstein, von Elke Imberger. 2005. XXVIII, 576 Seiten. ISBN 3-931292-79-7

Band 88: Findbuch des Bestandes Abt. 111: Ämter Reinbek, Trittau, Tremsbüttel, von Dirk Jachomowski und Wulf Pingel. 2006. XI, 261 Seiten. ISBN 3-931292-80-0

Band 89: Das Landesarchiv Schleswig-Holstein. Eine Betrachtung aus archivtechnischer Sicht, von Roland Lucht. 2., komplett überarb. Auflage. 2014. 95 Seiten mit 22 Abb. ISBN 978-3-943423-11-2

Band 90: Findbuch des Bestandes Abt. 47: Christian-Albrechts-Universität Kiel. Teil 1: 1665–1945, von Georg Asmussen. 2007. VI, 185 Seiten. ISBN 978-3-937816-43-2

Band 91: Findbuch des Bestandes Abt. 47.1: Kuratorium der Christian-Albrechts-Universität, von Georg Asmussen. 2007. VIII, 61 Seiten. ISBN 978-3-937816-44-9

Band 92: 99 Silbermünzen. Der Haselauer Münzfund aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Katalog zur Ausstellung im Landesarchiv Schleswig-Holstein. Hrsg. von Marion Bejschowetz-Iserhoht und Rainer Hering. 2008. 215 Seiten mit 151 Abb. ISBN 978-3-931292-82-9

Band 93: Die Ordnung der Natur. Historische Gärten und Parks in Schleswig-Holstein. Katalog zur Ausstellung des Landesarchivs Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit dem Archiv für Architektur und Ingenieurbaukunst. Hrsg. von Marion Bejschowetz-Iserhoht und Rainer Hering. 2008. 215 Seiten mit 121 Abb. ISBN 13: 3-931292-83-6

Band 94: Findbuch des Bestandes Abt. 79: Ministerium für das Herzogtum Schleswig zu Kopenhagen 1851–1864, von Jörg Rathjen. 2008. XI, 121 Seiten. ISBN 978-3-937816-48-7

Band 95: Archive zwischen Konflikt und Kooperation/Arkiver mellem konflikt og samarbejde. 75 Jahre deutsch-dänisches Archivabkommen von 1933/75 år dansk-tysk arkivoverenskomst af 1933. Hrsg. von/udgivet af Rainer Hering, Johan Peter Noack, Steen Ousager und/og Hans Schultz Hansen (Landesarchiv Schleswig-Holstein/Statens Arkiver i Danmark). 2008. 159 Seiten mit 1 Abb. ISBN 978-3-937816-59-3

Band 96: Die Ordnung der Natur. Vorträge zu historischen Gärten und Parks in Schleswig-Holstein. Hrsg. von Rainer Hering. 2009. 271 Seiten mit 119 Abb. ISBN978-3-937816-65-4

Band 97: Findbuch der Bestände Abt. 80 und 56: Ministerium für die Herzogtümer Holstein und Lauenburg zu Kopenhagen 1852–1864 sowie Holsteinische Regierung zu Kopenhagen beziehungsweise Plön 1862–1864, von Jörg Rathjen. 2010. XXII, 620 Seiten. ISBN 978-3-937816-66-1

Band 98: Findbuch des Bestandes Abt. 109: Ämter Reinfeld, Rethwisch, Traventhal, von Wulf Pingel. 2010. VII, 116 Seiten. ISBN 978-3-937816-77-7

Band 99: Findbuch der Bestände Abt. 51 bis Abt. 55: Regierungen der Herzogtümer während der Erhebung 1848–1851, Dänische Immediatkommission zur gemeinsamen Regierung der Herzogtümer in Sonderburg 1848–1849, Landesverwaltung für das Herzogtum Schleswig 1849–1851 und Dänischer Regierungskommissar 1850–1851, Oberste Zivilbehörde für das Herzogtum Holstein in Kiel 1851–1852 sowie Militärische Behörden der Erhebungszeit 1848–1851, von Jörg Rathjen. 2010. XV, 606 Seiten. ISBN 978-3-937816-78-4

Band 100: Archivführer Schleswig-Holstein. Archive und ihre Bestände. Hrsg. vom Landesarchiv Schleswig-Holstein, dem Verband schleswig-holsteinischer Kommunalarchivarinnen und -archivare e. V. (VKA) und dem Nordelbischen Kirchenarchiv. 2011. 504 Seiten mit zahlreichen Abb. ISBN 978-3-937816-83-8

Band 101: Das Gedächtnis unseres Landes. Archive in Schleswig-Holstein. Begleitschrift zur Ausstellung. Hrsg. von Manfred von Essen, Rainer Hering, Anke Rannegger und Johannes Rosenplänter. 2011. 50 Seiten mit zahlreichen Abb. ISBN 978-3-931292-85-0

Band 102: Findbuch des Bestandes Abt. 22: Herzöge von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, von Jörg Rathjen. 2012. X, 213 Seiten. ISBN 978-3-937816-89-0

Band 103: Findbuch der Bestände Abt. 57 bis Abt. 62: Bundeskommissare für die Herzogtümer Holstein und Lauenburg 1863–1864, Österreichisch-preußische Oberste Zivilbehörde für das Herzogtum Schleswig 1864, Österreichisch-preußische Oberste Zivilbehörde für die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg 1864–1865, Österreichischer Statthalter für das Herzogtum Holstein, Preußischer Gouverneur für das Herzogtum Schleswig, Oberpräsident für die Herzogtümer Schleswig und Holstein (von Scheel-Plessen) in Kiel, Holsteinische Landesregierung in Kiel 1864–1866, Schleswig-Holsteinische Landesregierung in Schleswig 1865, Schleswigsche Regierung zu Schleswig 1865–1868, Zivilverwaltung/Regierung für Holstein 1866–1868, von Jörg Rathjen. 2012. XIII, 262 Seiten. ISBN 978-3-937816-90-6

Band 104: Wie mächtig sind Archive? Perspektiven der Archivwissenschaft. Hrsg. von Rainer Hering und Dietmar Schenk. 2013. 204 Seiten mit 18 Abb. ISBN 978-3-943423-03-7

Band 105: Prinz Heinrich von Preußen. Großadmiral, Kaiserbruder, Technikpionier. Hrsg. von Rainer Hering und Christina Schmidt. 2013. 256 Seiten mit zahlreichen Abb. ISBN 978-3-529-06100-4

Band 106: Findbuch der Bestände Abt. 18 und 19: Generalsuperintendent für Schleswig und Generalsuperintendent für Holstein, von Jörg Rathjen. 2016. X, 158 Seiten. ISBN 978-3-943423-14-3

Band 107: Schleswig-Holsteinische Regesten und Urkunden. Band 17: Das Protokoll des Lübecker Domkapitels 1544–1549 mit ergänzenden Texten. Bearb. von Wolfgang Prange. In Verbindung mit der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte hrsg. vom Landesarchiv Schleswig-Holstein. 2016. 201 Seiten mit 4 Abb. ISBN 978-3-943423-26-6

Band 108: 1864 – Menschen zwischen den Mächten/1864 – Mennesker mellem magterne. Hrsg. von/udgivet af Rainer Hering und/og Hans Schultz Hansen unter Mitarbeit von/under medvirken af Elke Imberger. Übersetzungen/Oversættelser: Eckhard Bodenstein. 2015. 478 Seiten mit 54 Abb. ISBN 978-3-943423-24-2

Band 109: Die „Reichskristallnacht" in Schleswig-Holstein. Der Novemberpogrom im historischen Kontext. Hrsg. von Rainer Hering. 2016. 394 Seiten mit 41 Abb. ISBN 978-3-943423-30-3

Band 110: Findbuch des Bestandes Abt. 13: Obergericht zu Gottorf 1713–1834, von Jörg Rathjen. 2017. IX, 185 Seiten. ISBN 978-3-943423-17-4

Band 111: Findbuch des Bestandes Abt. 320.6: Kreis Flensburg-Land 1867–1968, von Hartmut Haase. 2017. VI, 163 Seiten. ISBN 978-3-943423-18-1

Band 112: Findbuch des Bestandes Abt. 49: Schleswig-Holsteinische Regierung auf Gottorf 1834–1851, von Jörg Rathjen. 2017. XIII, 573 Seiten ISBN 978-3-943423-32-7

Band 113: Gestalten des Archivs. Nachgelassene Schriften zur Archivwissenschaft, von Adolf Brenneke. Hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Dietmar Schenk. 2018. 270 Seiten mit 16 Abb. ISBN 978-3-943423-50-1

Band 114: Findbuch des Bestandes Abt. 77: Dänische Ministerien, von Jörg Rathjen. 2018. IX, 71 Seiten. ISBN 978-3-943423-55-3

Band 115: Findbuch des Bestandes Abt. 68: Oberste Zoll- und Kommerzbehörden in den Herzogtümern und in Kopenhagen bis 1867, von Jörg Rathjen. 2018. XIII, 147 Seiten. ISBN 978-3-943423-54-9

Band 116: Findbuch des Bestandes Abt. 8.3: Schleswig-Holstein-Gottorfisches (Großfürstliches) General-Landes- und Ökonomie-Verbesserungsdirektorium zu Kiel 1766–1807, von Jörg Rathjen. 2018. XV, 371 Seiten. ISBN 978-3-943423-56-3

Band 117: „Die Schleswig-Holsteiner sind fortan Preußen." Schleswig-Holstein als preußische Provinz. Hrsg. von Rainer Hering und Julia Liedtke. 2020. 536 Seiten mit zahlreichen Abb. ISBN 978-3-898769-50-1

Band 118: Findbuch der Bestände Abt. 65.1–65.3: Deutsche Kanzlei zu Kopenhagen bis 1730, Deutsche Kanzlei zu Kopenhagen ab 1730, Deutsche Kanzlei zu Kopenhagen für das Herzogtum Lauenburg, von Jörg Rathjen. 2019. 2 Teile. XXXII, 860 Seiten. ISBN 978-3-943423-57-0

Band 119: Findbuch des Bestandes Abt. 11: Regierungskanzlei (Obergericht) zu Glückstadt, von Jörg Rathjen. 2020. 2 Teile. XXXII, 1029 Seiten. ISBN 978-3-943423-51-8

Band 120: Kommentierte Beständeübersicht des Landesarchivs Schleswig-Holstein. Bestandsaufnahme zum 150–jährigen Bestehen. Hrsg. von Rainer Hering. 2020. 629 Seiten mit 14 Abb. ISBN 978-3-943423-74-7

Band 121: Archivarbeit im Wandel. Das Beispiel des preußischen Staatsarchivs in Schleswig-Holstein 1870–1947, von Sarah Schmidt. 2021. 480 Seiten. ISBN 978-3-943423-82-2

Band 122: Die Folgen der Teilung Schleswigs – 1920/ Følgerne af Slesvigs deling – 1920. Hrsg. von/udgivet af Rainer Hering und/og Hans Schultz Hansen. 2022. XV, 494 Seiten. ISBN 978-3-94323-94-5

Die Ausstellungskataloge, der Band 117 sowie vor Band 89 erschienene Werke sind direkt über das Landesarchiv zu beziehen:

Landesarchiv Schleswig-Holstein
Prinzenpalais
24837 Schleswig
Telefon 04621 8618-00
Fax 04621 8618-01
landesarchiv@la.landsh.de
https://www.schleswig-holstein.de/landesarchiv

Ab Band 89 stehen die Bände, die bei Hamburg University Press veröffentlicht werden (ISSN 1864-9912), zum kostenlosen Lesen und Herunterladen sowie als hochwertige Printversion zur Verfügung. Die Printversion kann über den Buchhandel oder direkt beim Verlag bezogen werden:

Hamburg University Press
Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
Telefon 040 42838-7146
Fax 040 42838-3352
order.hup@sub.uni-hamburg.de
hup.sub.uni-hamburg.de